Arbeiterzeitung
L70000
52
13.VI.1917 - 8.VII. Innere Politik
13./VI. 1917
1
18

Patriotische Poesie.

Der Herr Ministerpräsident hat die politische Auseinandersetzung im Abgeordnetenhause mit einer schwungvollen Rede eröffnet; sie könnte in jedem patriotischen Lesebuch Aufnahme finden. Die reine Volkshymne in Prosa! Aber so gern man den Eifer des Grafen Clam-Martinic anerkennt, so staunt man doch über das seltsame Beginnen, der harten Wirklichkeiten des österreichischen Lebens durch poetische Anrufe Herr werden zu wollen.

Mit feierlichen Worten erklärt Graf Clam-Martinic: Das Programm der Regierung ist Oesterreich. Was soll es denn sein? Soll das Programm der österreichischen Regierung etwa China sein? Wenn der Ministerpräsident damit sagen wollte, daß der österreichischen Regierung vor allem die Entwicklung und Wohlfahrt Oesterreichs am Herzen liege, so hat er wirklich nichts Ueberraschendes gesagt; wenn er aber sagen will, es reiche aus, diesen Herzenswunsch zu h a b e n, so ist sein „Programm" recht bescheiden. Nun stehen vor uns große Aufgaben, von denen jede ein „Problem für sich" ist, und die „alle zusammen das österreichische Problem bilden", und „wir müssen die Formel finden für die Lösung". Es ist „keine Zauberformel", aber aus seiner „innersten Ueberzeugung" saat uns Graf Clam, daß sie liege in den einfachen Worten — nun sind wir aber ordentlich gespannt! Also worin liegt die Zauberformel? In dem „einfachen Worte": „Seien wir alle vor allem Oesterreicher!" Wirklich höchst einfach! Nun entsteht die Frage, sind die Oesterreicher bisher keine Oesterreicher gewesen und warum muß man sie so pathetisch anrufen, daß sie es werden? Warum ist es in der Wirklichkeit so kompliziert, da es sich doch so „einfach" sagen läßt? Seien wir Oesterreicher — es klingt schon fast so wie das bekannte: San m'r wieder guat! Das Programm der Regierung ist Oesterreich und die Zauberformel lautet: Seien wir alle vor allem Oesterreicher —: wahrlich, die Welt ist schlecht, die sich so rührenden Worten verschließt.

Wenn es sich verlohnte, könnte man freilich an diesen „einfachen Worten" einen ganzen, großen geschichtlichen Irrtum aufweisen. Vor allem Oesterreicher sein, das bedeutet nämlich nicht weniger, als das Selbstbewußtsein vor das nationale Bewußtsein zu stellen, sich zuerst als nationsloser Bürger dieses Staatenverbandes zu fühlen und dann, recht spät danach, als Deutscher, Tscheche, Pole und wie viel Nationen es in Oesterreich gibt, die dieser Umstellung beharrlich widerstreben. Dergleichen Umstellung kann einer vielleicht i n d i v i d u e l l vollziehen, zum Beispiel der Graf Clam, der einstmals ein überzeugter Anhänger des böhmischen Staatsrechtes war, nun ein „Gesamtösterreicher" ist, aber daß in dem Bewußtsein der N a t i o n e n das Staatsgefühl den Vorrang vor dem nationalen erhalten könnte, wird nicht bloß durch die Erfahrung ausgeschlossen, sondern ist an sich unmöglich. Wenigstens dort unmöglich, wo der Nationalitätenstaat jede höhere sittliche und geistige Idee, die im Gefühl der Menschen einen höheren Rang einnimmt, schuldig bleibt; eine Idee, die schon in seiner Tatsächlichkeit liegt, wie es etwa die Idee der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Verkörperung der Freiheit und Demokratie, war und ist. Umgekehrt ist es, wie der Graf Clam meint: Der Nationalitätenstaat kann seine Stärke nicht darin finden, daß er die Nationen zur Entsagung zwingt, daß er sie zwingt, sich ihm anzupassen, sondern daß er sich ihnen anpaßt: daß er sich nicht in Gegensatz und Widerstreit zu der nationalen Demokratie stellt, sondern auf ihr sich aufbaut, sie erfüllt. Sie reden jetzt alle mit Vorliebe vom „Staate" als von einer außerhalb der Nationen (und auch des Volkes) stehenden, gleichsam über ihnen thronenden Gewalt; aber wenn sie diesen „Staat" noch so hoch erheben, mit Verzückung von ihm sprechen, so bleibt doch die bescheidene Wahrheit übrig, daß der Staat nicht Selbstzweck ist, vielmehr nur das Mittel, den Nationen und den Völkern die Form der best- und größtmöglichsten Entwicklung beizustellen. Diese von der deutschen Wissenschaft ausgeheckte Ueberspannung des Staatsbegriffs — als ob der Staat von allem Anfang und vor den Menschen dagewesen wäre, so etwa: Im Anfang erschuf Gott den Staat —, ist schon in Nationalstaaten ein Trugschluß; wie dann erst in Nationalitätenstaaten und wie erst in einem Nationalitätenstaat, der, losgelöst vom Volke, nur die Legitimation des Geschichtlichen und Seienden hätte! Und wie unfruchtbar ist doch diese Vorstellung, die doch nur eine einzige beharrliche Selbsttäuschung ist! Seien wir alle vor allem Oesterreicher: aber wird es auch nur einer darum, und gar eine Nation, und werden es gar alle Nationen? Dabei begann der Ministerpräsident mit der Erkenntnis, der Weltkrieg habe „die nationalen Leidenschaften in ihren Tiefen aufgewühlt". Meint er nun, daß sie sich von patriotischen Anrufen beruhigen lassen, wie sich die Wogen beruhigen, wenn man auf sie Oel gießt? Das alles paßt wirklich für ein Lesebuch.

Man kann zweierlei meinen. Entweder, daß der Krieg so viel zu schaffen gibt, daß, bevor er gebändigt ist und seine allerschrecklichsten Wirkungen beschworen, die staatsrechtlichen Fragen ruhen müssen. Oder, daß, bevor das Verhältnis zwischen den Nationen nicht auf richtige Grundlagen gestellt ist, keine Ruhe in Oesterreich sein wird, mit dieser Grundarbeit also gleich begonnen werden müsse. Die Regierung sagt beides und sagt keines: die Verfassung ist gut, die Verfassung ist schlecht, die Verfassung muß geändert werden, aber sie soll ungeändert bleiben, sie habe ein Programm für die Aenderung, aber sie werde damit erst „im geeigneten Zeitpunkt" hervortreten, sie sei für keine Verfassungsexperimente zu haben, aber die Notwendigkeit eines zweckmäßigen Ausbaues verkenne sie nicht. Aber was ist Experiment, was ist Ausbau? Mit diesem Abweisen und Aufstacheln mehrt man nur die Unruhe und steigert die Gärung, und so ist die Wirkung der entgegengesetzt, die Graf Clam erreichen wollte. Wie immer: guter Wille, aber keine rechte Beherrschung der Sache.

Neue Freie Presse
13./VI. 1917

Die Rede des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic.

Ueber die politischen Grundsätze der Regierung.

Wien, 12. Juni.

Die Rede des Grafen Clam-Martinic wurde von den Kanonenschlägen im südlichen Tirol begleitet. Wenn unsere Soldaten an den Grenzen kämpfen und sterben, Triest, Trient und die Freiheit auf unserem Meere verteidigt werden und alle Schrecken des Krieges zu überwinden sind, schwingt uns das Herz mit bei dem Worte des Ministerpräsidenten: Das Programm der Regierung ist Oesterreich. Dieser Grundsatz kleidet eine neue Politik in alte Formen. Der Ministerpräsident hat den einzelnen Parteien keine Anerbietungen gemacht; er wirbt nicht durch Versprechungen an bestimmte Volksgruppen um Stimmen und opfert nicht den Ernst einer gewissenhaften Finanzpolitik, um Mehrheiten zu gewinnen. Der politische Markt bleibt geschlossen und wird nicht wieder geöffnet. Das ist ein Fortschritt, eine Politik, die nach fast dreijährigem Kriege die Widernatürlichkeit eines bedingten Pflichtverhältnisses zum Staate zurückweist. Die Gesamtheit der Eindrücke von den furchtbaren Erschütterungen in der Welt, die Summe der Folgen, die aus den gewaltigen Ereignissen abgeleitet werden müssen, werden alle Beziehungen der Menschen zum Staate ändern. Die Umwälzung in den Begriffen ist so stark, die Erkenntnis, daß die Staatsmänner und Parteien bei ihren Gedanken und Zielen vom Kriege ausgehen müssen, ist so lebendig, daß der lärmende Widerspruch der Czechen und ihre Posen jedem, der die Zeit hat auf sich wirken lassen, so veraltet, so vollständig aus der Gegenwart herausgefallen vorkommen, als würde ein Epimenides aus langem Schlummer erwachen und nicht wissen, was inzwischen geschehen ist. Oesterreich, überfallen von den mächtigsten Armeen, die jemals zusammengezogen worden sind, bedrängt von Rußland, Italien, Serbien, Montenegro und Rumänien, abgeschlossen vom Meere und bedrückt von der Vorratswirtschaft, hat seine Feinde nicht Herr über sich werden lassen. Ein Staat, der das erlebt und durchgemacht hat, wird nicht mehr durch eine Politik der Anerbietungen, welche die Verwaltung zerbröselt, die Finanzen erschöpft und das Parlament verdirbt, sich selbst verbetteln wollen. Der Ministerpräsident will es nicht tun, und das ist ein richtiger Anlauf zur Besserung.

Von dem Aufbau des Regierungsprogrammes, von der Form und von der Sprache, die nicht alltäglich sind, ließe sich wiederholen, was Shakespeare gesagt hat: In seinen Szenen wohlgeordnet und mit ebensoviel Bescheidenheit als Verstand vorgetragen. Aber das sind nur Aeußerlichkeiten, und wichtiger ist, wie ein Mann sich darin zeigt, der sich zu den parlamentarischen Einrichtungen bekennt, mit den Ueberlieferungen des Grafen Stürgkh vollständig bricht, aber furchtlos sein Urteil über die Parteien, die Oesterreich antasten, ausspricht. Er hat die Rechtsverwahrung der Czechen, die schon am ersten Tage des Sitzungsabschnittes beinahe zu einer Krise geführt hätte, nicht klügelnd hingenommen, sondern ruhig, bestimmt wie ein echter Ministerpräsident beantwortet. Das Bekenntnis zum Staate, sagte er, sei darin nicht in jener deutlichen Weise hervorgetreten, wie es die Regierung nach fast dreijährigem Kriege hoffen durfte. Er hat ihnen den Vergleich zwischen Oesterreich und den nebelhaften verschwimmenden Staatsgebilden entgegengehalten. Milder kann an Verirrungen nicht gerührt, mit größerer Schonung der Weg zur Pflicht und zur Einkehr nicht gezeigt werden. Aber die Gradheit des Tadels ist ein Merkmal des Ministerpräsidenten und er verallgemeinert ihn durch die Erklärung, daß kein Volksstamm in Oesterreich sich national gänzlich ausleben könne und daß jeder sich in die Lebensbedingungen des Staates einordnen und ihm nebelhafte und verschwimmende Staatsgebilde nicht überordnen dürfe.

Er sagt, was er denkt, weil er das Amt eines Ministerpräsidenten hoch anschlägt, nicht etwa persönlich, sondern als Vertreter der Staatsgewalt und Träger von Rechten, die er mit dem Gefühle für seine Würde erfaßt, wie er die Begrenzung durch die parlamentarischen Einrichtungen achtet. Wir haben im Frieden einen Parlamentarismus kennen gelernt, der von dem des Grafen Clam-Martinic wesentlich verschieden ist und durch den politischen Tauschhandel sich herunterbringen mußte. Seit vielen Jahren ist der Ausbruch des Weltkrieges befürchtet worden, und die innere Politik wurde den Rücksichten unterworfen, die sich durch die Unsicherheit aufdrängten. Oesterreich ist nach fast dreijährigem Kriege seiner Zukunft gewiß. Auch die Feinde haben diese Erkenntnis. Die Festigkeit der Fronten, die Unberührtheit des allergrößten Teiles unseres Bodens, das Bewußtsein, daß wir eine europäische Großmacht bleiben werden, alle diese Tatsachen müssen auf die innere Politik zurückwirken, wie die Besorgnisse vor dem Kriege in ihr zu spüren waren. Die Ueberlegenheit des Staates gegenüber den Parteien ist gewachsen. Sein Anspruch, führend zu sein und die Grenzen für das nationale Eigenleben zu bestimmen, wird durch die Ergebnisse des Krieges bekräftigt. Er ist freier geworden, und wie unter der Kaiserin Maria Theresia, wie unter den Staatsmännern dieses bewegten Zeitalters muß jetzt ein Ministerpräsident den Wunsch haben, sich nicht nur um die Politik des Tagesbedürfnisses zu kümmern, sondern gestaltend einzugreifen, schöpferisch zu sein und dem Lande zu geben, was es längst braucht, den inneren Frieden.

Der Ministerpräsident will dieses Ziel durch eine Reform der Verfassung erreichen. Er will auch bei diesem schwierigen Unternehmen auf verfassungsmäßigem Wege bleiben. Die Staatsgrundgesetze sollen einen nationalen Zubau bekommen durch Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Volksgemeinschaften, durch Einrichtungen zum Schutze der Minderheiten und durch Vermehrung selbstverwaltender Körperschaften. Oft ist es versucht worden und bisher nur an einzelnen Stellen gelungen; aber der Unterschied zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart ist groß. Die Regierung ist durch den Krieg unabhängiger geworden. Der Staat, der sich bei den meisten Ausgleichsversuchen beinahe versteckt hat, kann handelnd und leitend auftreten. Die Verfassungsreform, die Graf Clam-Martinic angekündigt hat, will die nationalen Fragen und das vielfach damit zusammenhängende Verhältnis zu den Ländern in grundsätzliche Rechtsnormen bringen. Der Völkerstreit, dessen bisherige Entwicklung mehr den örtlichen parlamentarischen oder ministeriellen Zufälligkeiten überlassen wurde, soll verstaatlicht werden. Die Rede des Grafen Clam-Martinic ist zugleich der Abschied von der Politik im Parlamente vor dem Ausbruche des Krieges. Die nationale Gesetzgebung und Verwaltung wird aufhören, ein politischer Dispositionsfonds zu sein. Der Versuch ist schwierig, aber ein hoher Gewinn ist es, daß er von einem aufrechten Manne unternommen wird. Ein Meilenzeiger wird aufgerichtet, der in die Zukunft des österreichischen Parlaments hinüberweist. Die Politik der Parteien wird sich verstaatlichen müssen.

Der Abend
14. VII. 1917

A
14
9.

Volksvertreter.

Gestern abends, als die Berichte aus dem Abgeordnetenhause bekannt wurden, ging ein langentbehrtes Gefühl der Zuversicht durch die Stadt. Man faßte wieder Mut daß die Volksvertretung vielleicht doch erfüllen könne, was so sehnsüchtig von ihr erwartet worden war, so lange man sie hatte entbehren müssen. Was war geschehen? Zwei kluge und mutige Reden waren gehalten worden; aber die Volksanwälte Seitz und Zenker werden wohl selbst nicht der Meinung sein, daß sie viel anderes gesagt hätten, als was jeder seit Jahren empfindet. Warum also plötzlich diese zuversichtliche Stimmung?

In diesen Reden war nicht über die Geschäftssprache gestritten noch war irgend eine der nationalen Zwistigkeiten behandelt worden, mit denen das Volkshaus vor mehr als drei Jahren geschlossen und nun wieder eröffnet worden war. Die Bevölkerung sah gestern mit freudiger Überraschung, daß es in diesem Hause der wüstesten Bierbankstreitereien doch Männer gibt, die den Mut und das Verständnis für andere Fragen besitzen, und die erkennen, welcher fast unüberbrückbare Abgrund zwischen den Wählern und den Gewählten, den Volkswünschen und den Abgeordneteninteressen offen ist. Seitz und Zenker haben es glücklich getroffen, Wortführer, nicht der kleinlichen Parteitreibereien, sondern der großen allgemeinen Not zu sein. Das ist der Erfolg ihrer mannhaften Reden, das der Grund des wiedererwachenden Vertrauens.

Nun wollen wir hoffen, daß das Eis gebrochen sei und daß sich das Abgeordnetenhaus endlich zu dem aufraffen wird, wozu seine Arbeit zu beginnen, seine heiligste Pflicht gewesen wäre: sich mit den Notwendigkeiten zu befassen, die der Krieg für das Volkswohl, oder sagen wir auch nur für die Möglichkeit, weiterzuleben, geschaffen hat. Wenn das Abgeordnetenhaus die Kraft und den Mut findet, sich von der Tyrannei der bekannten Demagogen zu befreien, die durch Stimmanstwand und Verwegenheit ersetzen, was ihnen an Volksfreundlichkeit und Verständnis mangelt; wenn es zunächst dafür sorgt, daß der Hunger des Volkes und die damit verbundenen unmöglichen Quälereien beseitigt werden; wenn es sich zu der Erkenntnis aufrafft, daß alles seine Zeit erfordert und daß heutzutage ein einziges armes Weib von der Qual des Anstellens zu befreien, unendlich mehr wert ist als alles worüber die Herren Wolf und Stransky streiten; wenn mit einem Wort die Volksbedürfnisse über die volkischen siegen — dann kann der gestrige Tag die Morgendämmerung besserer Zeiten bedeuten. Dann, aber auch nur dann! Viele Enttäuschungen wie die der Anfangstage würde das Parlament kaum mehr aushalten, noch die Bevölkerung sich gefallen lassen.

*

Der Abgeordnete Seitz hat seine Rede mit kräftigen Friedensworten begonnen und hat ein anschauliches Bild der Vorgänge in Stockholm gegeben. Auch damit wurde eine wirkliche Tat gesetzt. Es wurde bewiesen, daß sich das Abgeordnetenhaus nicht mit den zwei Sätzen abspeisen läßt, mit denen der Herr Ministerpräsident in seiner Erklärung den Weltereignissen Rechnung zu tragen für gut fand. Die Rede des Herrn Abgeordneten Seitz hat gezeigt, daß man sich auch im österreichischen Abgeordnetenhaus mit der Frage zu beschäftigen wünscht, die heute in allen fünf Weltteilen vom Greise bis zum unmündigen Kinde alle Seelen erfüllt. Das Abgeordnetenhaus wird sich nicht länger mit dem Hinweise auf die Erörterungen in den Delegationen abspeisen lassen. Im ungarischen Abgeordnetenhause haben Männer es schon längst erzwungen, daß Fragen der äußeren Politik besprochen und von den Ministern beantwortet werden. Es wird nun auch im österreichischen Abgeordnetenhaus so gehalten werden; auch dieses Haus wird sich entschließen müssen, mündig zu werden. Es muß über alle Angelegenheiten seiner Wähler Fragen stellen und auf Antwort bestehen, die Ausschließung der äußeren Politik muß aufhören. Daß es bisher so war, beweist nichts. Vieles, das bisher war, wird anders werden, so muß es auch das österreichische Abgeordnetenhaus und sein Verhältnis zur äußeren Politik werden.

Die Zeit Abendbl
14./III. 1917

Wirtschaftliche Fragen im Parlament.

Schon in den ersten Sitzungen des Abgeordnetenhauses wurde von den Abgeordneten verschiedenster Parteien eine große Anzahl von Anträgen eingebracht, von denen sich eine ganze Reihe mit wichtigen wirtschaftlichen Fragen befaßt. Wir lassen einige der bemerkenswertesten Anträge dieser Kategorie folgen:

Die Lieferungen für das Kriegsministerium.

Abg. Max Friedmann und Genossen stellen den Antrag:

„Das Abgeordnetenhaus wolle die Einsetzung eines Ausschusses beschließen, dem der Landesverteidigungsminister über das Lieferungswesen des Kriegsministeriums Aufschlüsse geben soll," und begründen ihn folgendermaßen:

Während der fast dreijährigen Kriegsdauer wurden für die Bedürfnisse des Heeres Summen verausgabt, von deren Höhe die Beträge der Kriegsanleihen eine annähernde Vorstellung geben. Die Vorgänge bei der Vergebung der Lieferungen haben nicht nur ganz besonders zu Kriegsbeginn, sondern auch nachher vielfach Anlaß zu Beschwerden gegeben, während wegen der Ausschaltung des Reichsrates die öffentliche Kontrolle fehlte und es auch den österreichischen Zentralstellen wie dem Handelsministerium, dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und dem Ackerbauministerium nicht möglich war, auf Grund der diesen Stellen zu Gebote stehenden Kenntnisse und Erfahrungen das Kriegsministerium entsprechend zu beraten, beziehungsweise berechtigte Wünsche und nützliche Anregungen wirksam zu vertreten. Eine Klarstellung der Vorgänge bei Vergebung der Lieferungen im Kriege entspricht einem allseits geäußerten Wunsch und scheint dringend geboten.

Der Ausgleich mit Ungarn.

Die Abgeordneten Friedmann und Genossen stellen den Antrag:

Das hohe Haus wolle beschließen: „Der Ausschuß zur Behandlung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Ungarn wird sofort eingesetzt und die Regierung aufgefordert, ihm über das Ergebnis der Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über den Ausgleich sowie über den Stand der Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche betreffend die künftigen handels- und wirtschaftspolitischen Beziehungen der Mittelmächte Aufklärungen zu geben."

In der Begründung des Antrages heißt es unter anderem: Die Verhandlungen der beiderseitigen Regierungen über den neuen Ausgleich sind zum Abschluß gelangt. Während in Ungarn die Fachvereinigungen zu Aeußerungen eingeladen wurden, vermied die österreichische Regierung jede Teilnahme der österreichischen Kreise, ja die Zensur unterdrückte jede Aeußerung. Dazu kommt, daß die Regierung in Ungarn, wo das parlamentarische Leben fortdauerte, naturgemäß in der Lage war, die ungarischen Interessen mit weit größerem Nachdruck zu vertreten als die österreichische Regierung, der der parlamentarische Rückhalt fehlte, zumal der größte Teil der Verhandlungen in die Aera Stürgkh fiel, während der jeder parlamentarische Kontakt unterbrochen war. Dem Reichsrat muß es möglich sein, sich noch vor endgültigem Abschluß der Regierungsverhandlungen mit beiden Fragen unter einem zu befassen. Soll die Parlamentserledigung nicht zu einer Formsache und dem Reichsrat die ihm in Fragen von so weittragender Bedeutung gebührende Teilnahme gesichert werden, muß die Volksvertretung noch vor Einbringung der Vorlagen auf diese Einfluß nehmen können. Hierzu erscheint es erforderlich, daß mit den Ausschußberatungen sofort eingesetzt werde.

Zum gleichen Gegenstand stellen die Abgeordneten Dr. Mataja und Genossen folgenden Antrag: Das hohe Haus wolle beschließen: „Die k. k. Regierung wird aufgefordert, das vorläufige Ergebnis der zwischen der k. k. österreichischen und der königlich ungarischen Regierung über die Regelung der Zoll- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten gepflogenen Verhandlungen dem Abgeordnetenhaus sogleich bekanntzugeben."

Die Spareinlagen bei den Banken.

Die Abgeordneten Bauchinger und Genossen stellen den Antrag: „Die Regierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, daß 1. den Banken die weitere Entgegennahme von Spareinlagen untersagt und namentlich unter keiner Bedingung neue Bewilligungen zur Entgegennahme von Spareinlagen durch die Banken erteilt werden; 2. daß die bisher bei den Banken gemachten Spareinlagen in demselben Maße eine entsprechende mündelsichere Deckung erhalten, wie dies den eigentlichen Sparkassen zur Pflicht gemacht ist, endlich 3. daß den Banken durch entsprechende steuerrechtliche Maßnahmen die Entgegennahme von Spareinlagen erschwert wird."

Die Zeit

14./VI. 1917

Lebendige Zeitgeschichte.

Von den Reden, die jetzt im Abgeordnetenhaus gehalten werden, sind nicht jene die interessantesten, in denen hohe Politik gemacht wird. Die Kriegs- und Friedensfragen, der Zusammenhang zwischen innerem und äußerem Staatsleben, die Grundlinien der künftigen Neugestaltung Oesterreichs, das alles ist gewiß sehr wichtiger und zeitgemäßer Redestoff. Es scheint aber einigermaßen schwer, über diese Dinge etwas Neues zu sagen, und die originalen und schöpferischen Geister, die programmbildend wirken, sind in unserem Parlament eine seltene Erscheinung. Trotzdem ist die Debatte über das Budgetprovisorium durchaus keine unfruchtbare. Ists auch keine eigentliche Budgetdebatte — und wie sollte sie das sein, da ihr keinerlei Voranschlagsziffern zugrunde liegen? —, so ist es doch eine erste gegenseitige Aussprache von Volksvertretern, die einander seit drei ereignisreichen Jahren nicht gesehen und nicht gehört haben. Wenn nach so langem Fernsein und Schweigen ein paar alte Bekannte sich wieder einmal am Stammtisch zusammenfinden, was gibt es da zu erzählen! Und was gibt es vollends zu erzählen, wenn Abgeordnete sich endlich wieder zusammenfinden, die aus den verschiedensten Gebieten der österreichischen Länder- und Völkerkarte stammen und die in diesen drei Jahren das gewaltigste Stück Reichs- und Weltgeschichte als Zeugen und Beobachter miterlebt haben. Wußten wir denn überhaupt, was während der Kriegszeit in Oesterreich sich zugetragen hat? Ein Kronland war von dem andern abgeschlossen, selbst zwischen Nachbarbezirken stockte der Verkehr, die Reichshauptstadt war ohne geistige Verbindung mit den Landeshauptstädten, jeder Teil lebte in mittelalterlicher Isolierung. Die Hemmungen des Reiseverkehrs setzten die sonst gewohnten tausendfachen Berührungen und Verbindungen auf ein Mindestmaß herab, und die üblichen Formen des Nachrichtenaustausches und der Berichterstattung waren durch die Zensur unterbunden.

Wie die Zensur uns geistig ein- und abgeschnürt hat, das kommt uns jetzt, wo die parlamentarische Redefreiheit wieder neue Nachrichtenquellen öffnet, erst so recht zum Bewußtsein. Jetzt sind die Abgeordneten da, berufene Schilderer des Volkslebens in den Kriegsgebieten, von den Reichsgrenzen im Norden und Süden, und nun erfahren wir, was da und dort geschehen ist, wie geschaltet und gewaltet wurde, was die Mächtigen getan und was die Unmächtigen gelitten haben. Die ganze Politik und Wirtschaftsführung der Kriegszeit, bisher nur in farblosen Umrissen und unübersichtlichen Teilzügen bekannt, gewinnt jetzt erst ein lebendiges Gesicht. Wie sehr aber hat diese Ergänzung unseres Wissens, diese Aufhellung dunkler Partien einer naheliegenden und doch unbekannten Zeitgeschichte uns notgetan! Wie sollte denn ohne solche Aufklärung ein Teil Oesterreichs den anderen, eine Nation die andere verstehen? Die politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen des Krieges haben überall tiefe Spuren hinterlassen, die stärksten natürlich in den zunächst und unmittelbar betroffenen Gebieten, und man muß über Art und Maß dieser Einwirkungen genau orientiert sein, wenn man die Stimmungen und Bedürfnisse von Millionen kriegsleidender Menschen richtig würdigen will. Zu der befremdenden oppositionellen Haltung des Polenklubs zum Beispiel bringen uns gewisse Detailschilderungen in der gestrigen Rede des Klubobmannes erst einen aufklärenden Kommentar. Und wie die Landbevölkerung, wie die provinziellen Gewerbekreise über die kriegswirtschaftlichen Leistungen der Verwaltung denken, kann man auch erst wissen, wenn man ihre Vertreter sprechen gehört hat. Die Bilder aus allen Reichsteilen, die da in voller Lebensfarbe aufleuchten, sind ungemein lehrreich und von höchstem Interesse. Mangelt es auch vorläufig an Regierungsvorlagen, die den Stoff zu parlamentarischer Arbeit großen Stils geben würden, so sind diese autobiographischen Schilderungen, aus denen Oesterreich erst sich selbst kennenlernt, doch an sich schon von so außerordentlichem Wert, daß mit ihnen allein das Parlament bereits seine Bedeutung und Unentbehrlichkeit bewiesen hat.

Neues Wiener Tagblatt
14./VI. 1917

14

Sektionschef Ritter v. Keller—Kanzleidirektor im Obersthofmeisteramt.

Wie wir berichteten, ist der langjährige Kanzleidirektor im Obersthofmeisteramt Sektionschef Franz Freiherr v. Wetschl in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger ist Sektionschef Oskar Ritter von Keller bestimmt.

Sektionschef v. Keller hatte bisher die Stelle eines Vizepräsidenten des Amtes für Volksernährung inne. Als sich im Verlaufe des Krieges die Notwendigkeit ergab, der Angelegenheit einer geregelten Organisation in der Volksernährung die volle staatliche Fürsorge zuzuwenden, wurde Oskar Ritter von Keller, damals noch Hofrat in der niederösterreichischen Statthalterei, berufen, den Plan einer Verteilungsorganisation für die notwendigsten Nahrungsmittel, insbesondere für Mehl und Brot, zu entwerfen und die Durchführung vorzunehmen. Statthalter Freiherr v. Bleyleben stellte diesen Beamten an die Spitze der Abteilung, der die Kriegswirtschaftsfragen zugewiesen waren, und Hofrat Ritter v. Keller bewährte sich in dieser verantwortungsvollen Stellung nicht nur als kenntnisreicher Beamter von hervorragenden Talenten sowie rastlosem Eifer, sondern auch in dem außergewöhnlich starken Parteienverkehr als Mann von gewinnender Liebenswürdigkeit und vollem Verständnis für die Not der Gewerbetreibenden gleichwie des Mittelstandes. Die Organisation, die Ritter v. Keller hinsichtlich der gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Mehl zuerst geschaffen hat, blieb grundlegend, wenn sie auch im Verlaufe der Zeit und unter dem raschen Wechsel der Verhältnisse wesentlichen Veränderungen unterworfen war.

Bei der Neuordnung der staatlichen Approvisionierung im vorigen Jahre wurde Oskar von Keller als Sektionschef in das Ministerium des Innern berufen, übernahm dort die Leitung der neuerrichteten Sektion für das Approvisionierungswesen und hatte als solcher den Vorsitz in der damals bestandenen interministeriellen Kommission für Ernährungsfragen. Bei der Errichtung des Amtes für Volksernährung, zu dessen Präsidenten Dr. Ritter v. Kokstein ernannt wurde, übernahm Sektionschef Ritter v. Keller die Stelle eines Vizepräsidenten in diesem Amte. Die Schwierigkeiten, die sich schon damals in der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zeigten, häuften sich mit der fortschreitenden Zeit. Trotzdem gelang es Sektionschef Ritter v. Keller, eine Reihe bedeutsamer Fragen und Aufgaben der Kriegswirtschaft mit großem Geschick und zum Wohle der Allgemeinheit zu lösen so-

wie drückende Erscheinungen auf organisatorischem Wege zu mildern. Seine hervorragende Arbeitskraft hat Sektionschef Oskar Ritter v. Keller auch bei der Schaffung des Ministeriums für Volksernährung bewiesen, an dessen Errichtung er hervorragenden Anteil genommen hat.

Neues Pester Journal 16
15./VI. 1917

* **Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen?** Seit Jahren ist unter den ungarischen Frauen eine Bewegung im Zuge, die den Zweck verfolgt, daß auch ihnen das Stimmrecht ertheilt werde, doch hat sich bisher keine Regierung gefunden, die die Wünsche der Frauen berücksichtigt und sie als „reif" zur Ausübung des Wahlrechts gefunden hätte. Nun scheint sich in jenen Kreisen, die über diese Frage jetzt zu entscheiden haben, eine Wandlung vorzubereiten. Wie wir nämlich aus unbedingt verläßlicher Quelle erfahren, wird die Frage der Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen von dem neuen Kabinet in Erwägung gezogen und, wie wir hören, sollen keine prinzipiellen Hindernisse bezüglich der Verwirklichung dieses Planes bestehen. Es bleibt nun abzuwarten, in welchem Ausmaße das Stimmrecht auf die Frauen ausgedehnt wird.

Vossische Zeitung

16. VI. 1917

Die neuen Männer in Ungarn.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 15. Juni.

Der feierliche Empfang, den heute König Karl in Budapest gefunden hat, scheint den Abschluß der schweren Krise zu bedeuten, die durch die Beeidigung des neuen Kabinetts äußerlich beendet wurde. Es konnte, wie gleich bei der Ernennung des Grafen Esterhazy hier vorausgesagt wurde, nur ein Kabinett der Minderheit werden. Alle Gruppen der Opposition sind darin vertreten, aber das Auftreten einiger Außenstehender gibt dem Kabinett das besondere Gepräge.

Die interessanteste Erscheinung ist vielleicht der neue Justizminister Vazsonyi, ein glänzender Redner und Verteidiger in Budapest, das doch an Advokaten und Rednern keinen Mangel hat. Besonders berühmt wurde er durch einen großen sozialistischen Prozeß und durch den Verleumdungsprozeß, den der damalige Ministerpräsident Lukacs im Jahre 1913 gegen den früheren Staatssekretär Desy angestrengt, aber infolge der hervorragenden Verteidigung seines Gegners verloren hatte. Vazsonyi ist übrigens der erste Jude, der in der Monarchie jemals Minister wurde. Der neue Finanzminister ist Dr. Gustav Gratz, früher Korrespondent der „Neuen Freien Presse", der wegen seiner glänzenden Kenntnisse vor kurzem in das Ministerium des Aeußeren berufen wurde und als Leiter der handelspolitischen Sektion sich Verdienste um die Verhandlungen mit Deutschland erworben hat.

Graf Apponyi, der einzige, der eine große staatsmännische Vergangenheit hat, und ferner die Grafen Zichy und Szerenyi sind in Deutschland längst bekannt. Die Wahl Batthyanyis, der bei der Spaltung der Unabhängigkeitspartei sich dem radikalen Flügel des Grafen Karolyi anschloß, wird besonders im gegnerischen Ausland auffallen, weil er und Graf Karolyi ihren gemäßigten Standpunkt gegenüber England niemals verhehlt haben. Doch hat Graf Batthyanyi sich amtlich zum Fernhalten von jeder äußeren Politik verpflichtet. Vorläufig allerdings könnte er gerade hier in Wien als Minister am königlichen Hoflager indirekten Einfluß auf die äußere Politik gewinnen; doch dürfte er nur kurze Zeit hier bleiben und bald durch den Grafen Zichy ersetzt werden, um selbst das neuzugründende Verkehrsministerium zu übernehmen. Auch der neue Minister des Innern, Gabriel v. Ugron, der als radikaler Achtundvierziger im Parlament durch viele Reden und Auftritte hervortrat, gilt als persönlicher Freund des Ministerpräsidenten.

Zunächst wird sich in einer kurzen Session im Juni das neue Ministerium dem Reichstag vorstellen und die dringendsten Dinge erledigen. Daran schließen sich im Juli die Delegationen. Erst im Herbst wird die Hauptfrage, nämlich die Wahlreform, aufgerollt werden. Dann kommt auch der Ausgleich, dessen Abschluß für Deutschland so wichtig ist, zur Sprache. Welchen Standpunkt Graf Apponyi, der bisher sehr entschieden gegen einen 20jährigen Ausgleich war, jetzt einnehmen wird, ist bei den widersprechenden Nachrichten aus Budapest und Wien noch nicht klar. Doch spricht die Tatsache, daß er überhaupt im Kabinett ist, dafür, daß er seinen extremen Standpunkt aufgegeben hat. Die Arbeitspartei, jetzt Opposition mit dem Grafen Tisza an der Spitze, ist an den Ausgleich ohnehin politisch gebunden. Aber niemand darf glauben, daß der Kampf zu Ende sei. Es ist und bleibt ein Minderheitskabinett, das wir jetzt in Ungarn haben, und es geht mit Mut, aber ohne Garantie des Gelingens, allen Gefahren entgegen.

Emil Ludwig.

Reichspost Abendbl. 16./VI. 1917

Falschmünzerei im Parlament.

Zu den dringendsten, vornehmsten und fruchtbarsten Aufgaben der nach drei Jahren endlich wieder versammelten Volksvertretung hätte es gehört, die während des langen absolutistischen Interregnums vorgekommenen Ausschreitungen und Mißgriffe der plötzlich allmächtig gewordenen Bureaukratie — der zivilen wie der militärischen — selbstverständlich mit aller durch die gegenwärtige Lage der Monarchie gebotenen Vorsicht zur Sprache zu bringen, um die Fehler, die geschehen sind, in ihren Folgen zu mildern und für die Zukunft abzustellen, wirkliche Schuld zur Rechenschaft zu ziehen, Unrecht gut zu machen und zu sühnen, wo dies anders möglich ist. Das vor allem hatte die Bevölkerung vom Parlament erwartet und gewiß hätte sich bei einigem guten Willen auf allen Seiten für solche parlamentarische Arbeit die Form finden lassen, die den gewollten Zweck erfüllt, ohne den Interessen des von Feinden umlagerten und umlauerten Vaterlandes Abbruch zu tun. Dem Walten der Bureaukratie, die der parlamentsüberdrüssig gewesenen Bevölkerung die Sehnsucht nach dem Parlament mit Gewalt wieder eingebleut hat, wäre eine gründliche parlamentarische Beleuchtung von Herzen zu gönnen gewesen. Es wäre dies eine dem Wesen des zur Kontrolle berufenen Parlaments entsprechendes, also echt parlamentarisches Werk gewesen, und was das Wichtigste ist, vielleicht das geeignetste Mittel, die Parteien des durch seine unschöne Vergangenheit so verunreinigten Parlaments zusammenzuführen zu gemeinsamer fruchtbringender Arbeit.

In geradezu vorbildlicher Weise ist der erste christlichsoziale Sprecher in der Budgetdebatte dieser parlamentarischen Pflicht nachgekommen. Die Kritik der geschehenen Fehler und Mißgriffe durch den Obmann der Christlichsozialen Vereinigung ließ an volkstümlicher Kraft und Schärfe, an Klarheit und rückhaltloser Offenheit nichts zu wünschen übrig; aber sie war eine fruchtbare Kritik, weit entfernt von bloßer negativer Nörgelei und Herabsetzungssucht, durchlodert vom heiligen Feuer der Begeisterung für Vaterland und Bevölkerung, getragen vom Willen zu helfen, zu bessern, zu heilen, aufzurichten und vom patriotischen Schmerze über all das Unheil, das Amtsschimmelunverstand und -kurzsichtigkeit angerichtet. Leider hielt sich die Mehrzahl der Redner auf der anderen Seite des Hauses nicht an dieses Vorbild. Ganz andersgearteten Bedürfnissen hatte dort die Kritik zu dienen. Was zu einer Einigungsplattform für die Volksvertretung hätte werden sollen und können, verwandelte chauvinistische Verblendung kleiner Geister zu einem Ackerfeld neuer verschärfter Zwietracht. Wir sehen ab von einem Stransky, der vermutlich einem Rasseninstinkte folgte, als er in seiner Rede mit bei ihm sicherlich unechtem hussitischen Hasse alles zusammentrug, was geeignet ist, die nationalen Leidenschaften aufzupeitschen, die Gegensätze zu vertiefen und Oesterreich herabzusetzen, jenes Oesterreich, das trotz aller Unzulänglichkeiten an wahrer Freiheit, wirklicher Demokratie, Moral in Verwaltung und Judikatur noch immer turmhoch alle die Schwindeldemokratien überragt, die unser staatliches Sein zertrümmern wollen. Aber was soll man dazu sagen, wenn die Korosec, Striberny und Genossen, ja selbst der Sprecher des Polenklubs, ihrer Kritik an der Bureaukratie eine gegen die Deutschen gerichtete Tendenz gaben, zum Teil in Kraftsprüchen, welche die Wahrheit auf den Kopf stellen und die Absicht der Giftmischerei an der Stirne tragen?

Die deutsche Bevölkerung Oesterreichs litt und leidet nicht minder unter den Mißgriffen der Bureaukratie, die sich übrigens in den Feindesländern während des Krieges noch viel ärger ausgetobt hat als bei uns, als die nichtdeutsche. Eine Statistik der Nationalität der Urheber aller geschehenen Fehler würde den chauvinistischen Schlagwortefabrikanten im Parlament das Werkzeug zu ihren Ausbrüchen gegen die Deutschen Oesterreichs aus den Händen schlagen. Man mache die Probe aufs Exempel und *frage die ukrainische Bevölkerung, ob sie sich lieber deutschen Beamten oder polnischen Beamten anvertraue!* Man höre also endlich mit der Giftmischerei auf, die Deutschen Oesterreichs für Mängel verantwortlich zu machen, die der Bureaukratie aller Staaten und Nationen der Welt anhaften und von denen sich verhältnismäßig noch am meisten gerade die deutsche Beamtenschaft frei hält. Schmerzliche Erfahrungen wie den „Fall Niedrist" hat Deutschösterreich eine Menge erlebt, aber erfüllten die deutschen Parteien darob die Welt mit würdelosem Geschrei und parlamentarischem Desperadogepolter? Es ist dem Tatbestand nicht angemessen, durchaus unzulässig und darf ferner nicht geduldet werden, daß Parteien, die ihr radikales Treiben vor dem Kriege mitschuldig machte an der über alle Völker Oesterreichs hereingebrochenen furchtbaren Heimsuchung, sich jetzt auch noch in einer Anklägerrolle gegen die Deutschen Oesterreichs gefallen.

Die Bevölkerung Oesterreichs bedarf dringend der parlamentarischen Tribüne. Gerade deshalb muß Ungezogenheiten chauvinistischer Demagogen und Hetzer, die für den Parlamentsbetrieb Dynamit sind, in der schärfsten Weise begegnet werden. Krieg der Brunnenvergiftung und Falschmünzerei, dieser Arbeit für das lauernde feindliche Ausland!

Vossische Zeitung

17. VII. 1917

Neue Männer in Ungarn.

Von

Professor Dr. Ludwig Stein.

Die jetzt veröffentlichte Liste der ungarischen Minister ist noch nicht als abgeschlossen zu betrachten. Es werden vielmehr eine Anzahl neuer Ministerien gebildet, für die Männer in Aussicht genommen sind, die ich bereits in meinen jüngsten Ausführungen als die gegebenen Kandidaten bezeichnet habe. So soll ein Ministerium für die Uebergangswirtschaft dem früheren Staatssekretär im Handelsministerium Josef Szterenyi übertragen werden. Schon bei dem letzten Ausgleich zwischen Ungarn und Oesterreich vor 10 Jahren fiel Szterenyi, der, wie der jetzige Finanzminister Dr. Graß, von Hause aus ebenfalls Journalist war, eine führende Rolle zu. Er steht fest auf dem Boden eines langfristigen Ausgleichs. In der Frage der Wirtschaftsverhandlungen mit dem Deutschen Reich hat Szterenyi seit Kriegsbeginn in Wort und Schrift Hervorragendes geleistet. So spröde und zurückhaltend Graf Tisza dieser Materie gegenüberstand, so unverdrossen arbeitete Szterenyi in Gemeinschaft mit dem führenden Ministerpräsidenten Wekerle an den verschiedenen Tagungen der Mitteleuropäischen Wirtschaftsunion, einer Schöpfung des Berliner Nationalökonomen Professors Julius Wolf, an deren Spitze der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein steht. Wiederholt ist Szterenyi für das Vorzugssystem an Stelle der Zollunion eingetreten.

Ein völlig neuer Mann in der ministeriellen Laufbahn ist der gegenwärtige Rektor der Universität Budapest, Professor Bela Foeldes. Er gilt als die erste nationalökonomische Autorität, deren Werke in der deutschen Literatur Klang haben. Abgesehen von einem literarischen Strauß, den er vor Jahrzehnten mit Schmoller ausgefochten hat, veröffentlichte Foeldes in den angesehensten volkswirtschaftlichen Zeitschriften Deutschlands eine Reihe von fachwissenschaftlichen Arbeiten, die ihm uneingeschränkte Anerkennung eintrugen. Weniger bekannt ist es im Reiche, daß Foeldes seit Jahr und Tag im Abgeordnetenhause politisch tätig und augenblicklich Vizepräsident jenes großen Flügels der Unabhängigkeitspartei ist, deren Führer der gegenwärtige Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi ist. Von Foeldes ist ebenso wie von Szterenyi zu erwarten, daß sie die Ueberzeugung von der Wichtigkeit und Bedeutung des Wirtschaftsbündnisses unserer Gruppe unter voller Beherrschung der Materie besitzen. Nach den jüngsten Erklärungen des Grafen Albert Apponyi stehen dem Ausgleich in Oesterreich keine Hindernisse mehr im Wege, so daß nach Gutheißung des Ausgleichs durch den ungarischen Reichstag, dem die Tisza-Partei rückhaltlos beipflichten wird, die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich mit Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden können.

Es ist tunlich, die von Graf Apponyi gefundene Formel in der

Arbeiterzeitung

18./VI. 1917

Die vielen Ausschüsse.

29 Ausschüsse mit 1272 Mitgliedern.

Der deutsche Reichstag, der doch eine sachgemäße Ordnung liebt und sie richtig zu organisieren weiß, hat während des Krieges seine Verhandlungen ungemein vereinfacht: im Grunde läßt er neben dem Plenum nur einen Ausschuß wirken: den Hauptausschuß des Reichstages. Unser Abgeordnetenhaus hat es richtig schon zu neunundzwanzig Ausschüssen gebracht, die zusammen 1272 Mitglieder haben. Da überdies, nach der neuen Geschäftsordnung, für jedes Mitglied ein Ersatzmann zu wählen ist — was einen Sinn vielleicht für einen oder für einige wichtige Ausschüsse hätte, bei allen Ausschüssen aber eine ganz unzweckmäßige Maßregel ist —, so gibt es eigentlich 2544 Mitglieder von Ausschüssen! Das heißt im Durchschnitt hat heute schon jeder Abgeordnete fünf Ausschüsse zu versehen; bei den Abgeordneten, die politisch führen, wird es aber wohl die doppelte Zahl sein. Gott mag wissen, was mit diesen vielen Ausschüssen bezweckt wird. Ursprünglich, in den Vorberatungen, war die Rede von vier Ausschüssen; plötzlich fällt dem Präsidenten ein, alle alten Ausschüsse auszugraben, und so steht der Unsinn in Flor. Natürlich gibt es für jede Sache nun ein halbes Dutzend Ausschüsse. Budgetausschuß, Kriegswirtschaftlicher Ausschuß, Wiederherstellungsausschuß, Ernährungsausschuß, Volkswirtschaftlicher Ausschuß: wohl jede mit dem Kriege zusammenhängende Frage könnte an jeden dieser Ausschüsse gewiesen werden und einer genügte. Wozu man jetzt einen Ausgleichsausschuß wählt, einen Weinbauausschuß (als ob der Landwirtschaftliche Ausschuß da nicht ausreichte!), einen Wasserrechtsausschuß, einen Wehrausschuß, einen Tierseuchenausschuß, einen Bodenentschuldungsausschuß, mag Gott wissen. Man wird sich doch nicht etwa die Sache so vorstellen, daß man, wenn man sich bei der Beratung des Budgetprovisoriums über Unzukömmlichkeiten innerhalb der Armee beschweren will, erst den Wehrausschuß aufsuchen müsse, oder wenn man von der Zensur reden soll, in den Preßausschuß zu gehen habe? Oder wenn man die Notlage der Beamten erwägt, in den Staatsangestelltenausschuß? Spezialausschüsse braucht man lediglich zur Vorberatung von Gesetzen; die Beschwerden über die Verwaltung, welchen Gebietes immer, müssen in einem Hauptausschuß vereinigt sein. Die vielen Ausschüsse fördern also die Geschäfte nicht, sondern erschweren sie.

Nun könnte man es dabei bewenden lassen, daß es die meisten der gewählten Ausschüsse ja auf lange hinaus zu einer Sitzung nicht bringen werden. Das ist richtig; aber da der Herr Ausschußobmann doch wirken will, werden Sitzungen doch unternommen, und das Ergebnis ist, daß die Ausschüsse einander im Wege stehen und nur die allgemeine Beschlußunfähigkeit herauskommt. Dazu kommt noch, daß jetzt fast jeder Ausschuß die „doppelte" Größe hat. Ursprünglich war eigentlich nur der Budgetausschuß mit 52 (53) Mitgliedern gedacht. Nun sind von den 29 eingesetzten Ausschüssen nur zehn mit 26 (27) Mitgliedern bestimmt, 19 aber mit 53 Mitgliedern. Daraus kann nur ein allgemeiner Wirrwarr entstehen. Man muß das Abgeordnetenhaus rechtzeitig aufmerksam machen, nicht jedem Einfall auf Einsetzung von Ausschüssen nachzugeben und sich die Arbeit nicht überflüssig zu erschweren.

österr. Volkszeitung

19./VI. 1917

35

Autonomistischer Zentralismus!

Von Reichsratsabgeordneten **Franz Jesser**

Immer schärfer treten die Absichten der Regierung über die Ausgestaltung unserer Verfassung zutage. Die Thronrede sprach von der unerläßlichen Einheit des Staates, von den Reformen in den einzelnen Kronländern und von dem Festhalten an dem Dualismus, der Ministerpräsident lehnte in seiner Rede im Abgeordnetenhause alle nationalen und autonomistischen Sonderwünsche ab, hob nachdrücklich hervor, daß an den bewährten Grundlagen des Staates nicht gerüttelt werden dürfe, weil jeder Versuch einer Durchführung der Sonderwünsche die Kräfte in endlosen und aussichtslosen Kämpfen aufzehren würde. Thronrede und Ministererklärung sicherten jedoch den Völkern freie nationale und kulturelle Entwicklung zu. In der Rede des Grafen Clam-Martinic im Herrenhause erhält die Absicht der Regierung eine programmatische Form: „autonomistischer Zentralismus", das heißt Festhalten an dem Einheitsstaat, Festhalten an den Kronlandseinheiten, nationale Autonomie innerhalb der einzelnen Kronländer. Die Regierung verspricht den Angehörigen der einzelnen Völker weitgehende nationale Selbstverwaltung als Bürgern des Gesamtstaates, lehnt jedoch die Selbstverwaltung in der Form von nationalen Sonderstaaten ab. Die Staatsbürger sollen unmittelbar Oesterreicher sein, nicht mittelbar.

Diese Regierungserklärung ist eine Ablehnung jener Formel von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker, welche die Entente geprägt hat, um unsere Monarchie künftig dadurch unter ihre Kontrolle zu kriegen, daß sie einen nationalen Sonderstaat gegen den anderen und gegen die Regierung des Gesamtstaates ausspielen kann. Dem Selbstbestimmungsrechte der Völker wird das Selbstbestimmungsrecht des Staates gegenübergestellt. Der Staat besteht nämlich nicht nur aus den Völkern, sondern auch aus den geographischen Räumen, über welche die Völker verbreitet sind. Und sehr oft zwingt der gemeinsame Raum zwei Völker zusammen, die sich bisher nicht vertragen konnten. Gerade darin, daß sie so oft um diesen Raum miteinander ringen, kommt das höhere, meist nicht klar erkannte gemeinsame Interesse zum Ausdruck. Es gibt daher nicht nur Völkerinteressen, die der Staat zu berücksichtigen hat, sondern auch Interessen der Landschaften. Und da das Leben des Gesamtstaates aus dem Zusammenwirken der Landschaften und der Völker entsteht, so läßt sich der Staat nicht ohne gewaltsame Zerreißung uralter Zusammenhänge in seine Völkerbestandteile zerlegen, so wenig wie in seine landschaftlichen Teile. Die Völker zerreißen zwar die Länder — aber die Länder zerreißen auch die Völker, das heißt, die einzelnen Teile einer über mehrere Länder verteilten Nation haben unter der nationalen Gemeinsamkeit mit anderen Volksteilen auch zahlreiche räumliche Gemeinsamkeiten mit anderen Landesteilen, die von Angehörigen einer anderen Nation bewohnt werden. Die höhere Einheit, in welcher diese Mannigfaltigkeiten zusammengefaßt werden können, ist nur der Gesamtstaat. In diesem Sinne ist er als Einheitsstaat zu bezeichnen. In diesem Einheitsstaate ist eine Dezentralisierung der Verwaltung, eine stärkere Heranziehung der Bevölkerung zu den Verwaltungsgeschäften sehr leicht durchführbar. Ein nicht unbedeutender Teil kann den nationalen Selbstverwaltungskörpern übertragen werden.

Müssen aber deshalb die einzelnen Völker zu besonderen staatlichen Gebilden, zu Unterstaaten, zusammengefaßt werden? Es ist unvermeidlich, daß die Verwaltung dieser Unterstaaten sich nicht dauernd mit der Pflege der reinen Kulturfragen begnügen wird, sondern daß sie ihre besondere Staatlichkeit auch in wirtschaftlichen und sozialen Fragen zum Ausdruck bringen wird. Unsere Industrie weiß ein Lied zu singen von der Züchtung nationaler Industrien in Ungarn und Polen durch Ausschließung deutscher Angebote. Ist eine Vervielfachung dieser Vorbilder wirklich wünschenswert? Die Folgen einer solchen völkerstaatlichen Umwandlung für die äußere Politik und für die Armee brauchen wir nicht zu schildern.

Gegen unser Eintreten für den Einheitsstaat wird von einzelnen deutschen Politikern eingewendet, daß diese unsere Sorge für das Staatswohl von der Regierung gewiß nicht gelohnt werden würde. Es sei daher besser, sich ebenfalls auf unsere völkische Häuslichkeit zu beschränken und die Sorge für den festen Zusammenhang der vielen Völkerstaaten der Regierung zu überlassen. Dagegen ist folgende Einwendungen zu erheben: Die eigenartige unzusammenhängende Verbreitung der Deutschen in Oesterreich macht die Zusammenfassung aller Deutschen zu einem deutschen Sonderstaat als Gegenstück zu dem räumlich geschlossenen tschechischen, polnischen und südslawischen unmöglich. Natürlich läßt sich eine staatsrechtliche Form finden — sie wäre jedoch nur mit kümmerlichem Leben erfüllt. Die deutsche Neigung zum Partikularismus würde gestärkt werden — wir würden in Landesmannschaften zerfallen, deren allgemeine politische Bedeutung gegenüber den großen slawischen Unterstaaten gering wäre. Das weiß die Entente und stellt die völkerstaatliche Umwandlung der Monarchie als Programm auf. Diese Liebe zur völkischen Selbstbestimmung sollte denn doch zu denken geben!

Wenn wir also den Völkerbundesstaat sowie jeden anderen Förderalismus ablehnen, so dürfen wir darum noch nicht das gerade Gegenteil — den starren zentralistischen Staat — verlangen. Wer unserem Volke einzureden versucht, daß künftig die Deutschen in Oesterreich als Herrenvolk über beherrschte Völker walten werden, macht sich einer absichtlichen Irreführung schuldig. Uebrigens hat es niemals einen derartigen Zustand in Oesterreich gegeben — denn auch im Vormärz war nicht das deutsche Volk, sondern die deutsche Sprache und die deutsche Kulturform alleinherrschend. Die deutsche Masse war politisch ebenso rechtlos wie die nichtdeutsche. Gegen den starren Zentralismus sprechen sich aber auch die meisten deutsch geleiteten Kronländer aus. Und endlich hat die Kriegswirtschaft die Mängel einer übermäßigen Zentralisation gelehrt.

Auf die Gefahr hin als Regierungsmann verschrien zu werden, erkläre ich ungescheut, daß ich den Gedanken des autonomistischen Zentralismus für jenen halte, der tatsächlich ohne allzu große innere Erschütterungen durchzuführen ist. Wir verhehlen uns nicht, daß auch wir Deutsche manche Opfer zu bringen haben werden, und daß heftige Kämpfe im eigenen Lager, wahr-

Neues Wiener Tagblatt Abend 19./VI. 1917

Budgetausschuß.

Der Budgetausschuß, der heute um 9 Uhr vormittags zur Beratung des Budgetprovisoriums zusammengetreten war, nahm die Darlegungen des Finanzministers Doktor v. Spitzmüller über den Stand der Staatswirtschaft entgegen und vertagte sich sodann auf morgen, da keines der anwesenden Ausschußmitglieder das Wort ergreifen wollte.

Nachstehend der Bericht über die kaum anderthalbstündige Sitzung:

Unter Vorsitz des Obmannes Dr. Sylvester und in Anwesenheit des Finanzministers Dr. von Spitzmüller, des Eisenbahnministers Dr. Freiherrn v. Forster, des Arbeitsministers Dr. Freiherrn v. Trnka und des Leiters des Ackerbauministeriums Dr. v. Seidler trat der Budgetausschuß heute um 9 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen.

Obmann Dr. Sylvester erinnert daran, daß dem Ausschuß zur Erledigung des Budgetprovisoriums eine Befristung bis Donnerstag gesetzt worden sei, demnach für die Beratung nur drei Tage zur Verfügung stehen. Er schlägt vor, von einer Teilung der Verhandlungen in eine General- und Spezialdebatte Umgang zu nehmen und nur eine Debatte über den Gegenstand abzuführen; ferner die Redezeit vorläufig mit je einer halben Stunde festzusetzen.

Diesem Vorschlag stimmt der Ausschuß zu.

Die Vorschläge des Referenten.

Berichterstatter Dr. Steinwender leitet hierauf die Verhandlung über das Budgetprovisorium ein. Er bespricht in eingehender Weise einzelne in den letzten Friedensjahren und während des Krieges verfügte finanzielle Maßnahmen und die hierauf erfolgte Basierung des Budgets. Er spricht sich schließlich dafür aus, vom sachlichen Standpunkt aus die Befristung des Budgetprovisoriums auf eine kürzere Zeit als sechs Monate, etwa vier Monate, festzusetzen, die Ermächtigung für die Durchführung von Kreditoperationen nicht unbeschränkt zu geben, sondern in einem solchen Ausmaße, wie es dieser Zeit von vier Monaten voraussichtlich entsprechen würde, eine Bestimmung über die Art der Kreditoperationen aufzunehmen, wobei er es als zweckmäßig halten würde, jetzt von der Ausgabe nicht amortisabler Renten abzusehen, endlich eine Ermächtigung bezüglich der Prolongierung der fälligen schwebenden Schulden aufzunehmen, welche in die Ziffer der allgemeinen Ermächtigung nicht einzubeziehen wäre. Die Stilisierung dieser Anträge behält sich der Berichterstatter vor.

Der Finanzminister für die Unterbrechung der Beratung.

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller führt aus, er habe zunächst auftragsgemäß im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten dem Ausschuß zur Erwägung zu stellen, ob es derselbe mit Rücksicht auf die politische Situation und die Tatsache, daß die Regierung die Demission des Gesamtkabinetts unterbreitete, für richtiger befinden würde, die Verhandlungen zunächst, sei es auch nur für die allerkürzeste Zeit, zu unterbrechen.

Ohne Rücksicht auf diesen Umstand habe er jedenfalls im Auge, dem Budgetausschuß eine Reihe von Nachweisungen zu unterbreiten, die es den Mitgliedern des Ausschusses ermöglichen sollen, soweit es im Kriege überhaupt realisierbar erscheint, einen Einblick in die Lage unsrer Staatswirtschaft zu gewinnen. Der Minister bemerkt, dem Ausschuß eine Anzahl von Nachweisungen vorlegen zu wollen, bittet aber, sie als vertraulich zu betrachten, womit allerdings nicht gesagt sei, daß dieselben definitiv vertraulich bleiben sollen, vielmehr werde es Sache des Ausschusses sein, zu entscheiden, in welcher Weise diese Mitteilungen in dem vom Berichterstatter an das Haus zu erstattenden Referat zu verwerten sein werden.

Strengste Vertraulichkeit.

Obmann Dr. Sylvester bemerkt mit Rücksicht auf die eingangs gemachten Ausführungen des Finanzministers, es wäre nach den allgemeinen konstitutionellen Begriffen üblich, die Verhandlungen des Ausschusses zu vertagen. Der Ausschuß befinde sich aber gegenwärtig unter so außerordentlichen Verhältnissen, daß alle das größte Interesse haben, die in Aussicht gestellten Aufklärungen des Ministers zu erhalten. Er beabsichtige daher, die Sitzung des Ausschusses fortzusetzen.

Was die Frage der Vertraulichkeit anlangt, sei wohl eine geheime Sitzung nicht notwendig, er richte aber an alle Anwesenden das dringendste Ersuchen, die zu gewärtigenden Aufklärungen als strengst vertraulich zu behandeln.

Die Vorschläge des Obmannes werden zur Kenntnis genommen, worauf

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller das Wort ergreift und die dem Ausschusse vorgelegten Ausweise durch einige Ausführungen ergänzt. Der Finanzminister beleuchtet sodann in längeren Ausführungen die allgemeine budgetäre Situation und erörtert im Detail die Gründe, die sich der Aufstellung eines Staatsvoranschlages im jetzigen Augenblicke entgegenstellen, sowie die Modalitäten, unter welchen eine ziffernmäßige Begrenzung der von der Regierung in Anspruch zu nehmenden Kreditermächtigung stattfinden könnte.

Nach der Rede des Finanzministers wurde die Verhandlung des Budgetausschusses auf morgen 10 Uhr vormittags vertagt.

Reichspost Abendblatt
19./VII. 1917
37

KA. Abg. Dr. Mataja über Parlament und Regierung. Wie uns aus Linz berichtet wird, hielt am 17. d. der Katholische Volksverein für Oberösterreich eine sehr gut besuchte Versammlung ab, in der RAbg. Dr. Mataja über Parlament und Regierung sprach. Er bemerkte u. a., daß die deutsche Bevölkerung durch den bisherigen Verlauf der Tagung enttäuscht sei. Sie erwartete vom Parlament keine staatsrechtlichen Abhandlungen, sondern praktische, volkswirtschaftliche und sozialpolitische Arbeit und die Thronrede habe bedeutend mehr Anklang gefunden, als die ganzen Debatten des Abgeordnetenhauses. Er bitte aber zu bedenken, daß wir den anderen Nationen nicht vorschreiben können, was sie zur Sprache zu bringen wünschen, und auch die Verständigung sei nicht leicht zwischen Abgeordneten, die drei Jahre hindurch in keinem Kontakt miteinander gestanden sind. Außerdem entbehre das Parlament jeder Führung durch die Regierung. Bei den ungeheuren Gegensätzen der Ansichten und dem gewaltigen Arbeitsmaterial möge man ja nicht vorzeitig die Geduld verlieren, was den Parlamentsfeinden sehr willkommen wäre. Wenngleich die allgemeine Unzufriedenheit der beste Nährboden für radikale Strömungen sei, so haben doch gerade die Ereignisse im Kriege den Christlichsozialen in vielen Punkten Recht gegeben. Wäre im Frieden für unsere militärische Rüstung noch besser vorgesorgt worden, so wären Tausende unserer Soldaten heute noch am Leben und hätten ihre geraden Glieder, und deshalb sei es ein Verdienst der christlichsozialen Partei, daß sie sich für die Wehrkraft des Reiches eingesetzt hat. Die beste Bestätigung habe der Antisemitismus gefunden, denn die Bereicherung der gewissen Elemente an dem allgemeinen Elend sei einfach fürchterlich. Es gebe kaum einen Christen mehr, der nicht Antisemit sei, einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiter trotz ihrer jüdischen Führer. (Großer Beifall.) Nach den Dankesworten des Vorsitzenden wurde die so glänzend besuchte Versammlung der u. a. die RAbg. Doktor Schlegel und Brandl anwohnten, geschlossen.

Reichspost Abendz
19./VI. 1917

Nach der Demission des Ministeriums Clam-Martinic.

Die Parteien und die Regierung.

Graf Clam-Martinic ist heute schon in aller Früh, um 7 Uhr, vom Kaiser in Audienz empfangen worden. Er unterbreitete dem Monarchen die Ergebnisse des gestrigen Ministerrates, die in dem Beschlusse, die Gesamtdemission des Kabinettes der Krone zu unterbreiten, gipfelten.

Der Kaiser hat nach der Berichterstattung sich die Entscheidung vorbehalten. In parlamentarischen Kreisen glaubt man Grund zu der Annahme zu haben, daß Graf Clam-Martinic mit der Neubildung der Regierung unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte, die sich im Verlaufe der letzten krisenhaften Tage ergeben haben, beauftragt werden wird.

Das Schwergewicht der Verhandlungen wendet sich derzeit dem Polenklub zu, in dem Abg. Dr. von Glombinski die Entwicklung in eine bedenkliche Richtung zu steuern strebt. Es wird von Seite der polnischen Parlamentarier die Einsetzung der unbeschränkten Zivilverwaltung in Galizien begehrt und diese Forderung wird in einer Form gestellt, die ihre Unfreundlichkeit gegen die Armee und namentlich den langjährigen Landesverteidigungsminister v. Georgi kehrt. Auf Seite derjenigen Parlamentsgruppen, die sich einem Diktat des Polenklubs nicht unterordnen wollen, empfindet man dies um so stärker, als Minister Georgi in seiner ganzen Amtsführung immer die personifizierte, strenge und allerdings auch von allen äußeren Einflüssen unabhängige Korrektheit war; man rechnet es ihm besonders hoch an, daß seine Verwaltung von gewissen Lieferungsaffären vollkommen rein geblieben ist.

Der Sturmlauf geht auch gegen beide Ressortminister, Baron Forster und Schenk, eine Gegnerschaft welche die deutschen Parteien als gegen sich selbst gerichtet ansehen. Auch in christlichsozialen parlamentarischen Kreisen hebt man hervor, daß der Versuch, gerade diese beiden tüchtigen Fachminister abzuschießen, den deutschen Abgeordneten allzu viel Toleranz gegenüber den unmäßigen Leidenschaften der anderen Seite zumute.

Im Laufe des heutigen Vormittags hat sich für die Ueberbrückung der Gegensätze noch kein konkretes Moment ergeben.

Indessen wurde der Budgetausschuß aus Mangel an Rednern — eine Erscheinung, die schon lange nicht mehr da war — auf morgen vertagt; es sprach sich darin der Wunsch aus, während der Krise, wie es üblich ist, die sachlichen Verhandlungen nicht weiter zu führen. Dieses Prinzip dürfte nun auch auf die andern Ausschüsse angewendet werden, die jetzt hätten zusammentreten sollen.

Die Zeit
19./VII.1917

Ein Illuminierter.

Das Kabinett Clam hat seine Demission gegeben und damit einer unnatürlichen Situation ein Ende gemacht. Es geht gegen die Natur des Parlaments, was das Ministerium Clam versucht hat, mit einem Parlament und ohne eine gesicherte Majorität zu regieren. Wenn es in der Vergangenheit manches Mal zu gehen schien, dann war es nur möglich, weil die jeweilige Regierung das Parlament terrorisierte, wofür die beliebteste Formel die Drohung mit dem „Nachhauseschicken" war. Diese Drohung würde aber heute nicht mehr verfangen. Der parlamentarische Terrorismus hat sich ausgelebt, nach dem Gesetz, nach dem sich jede Gewalt schließlich abstumpfen muß. Mehr als drei Jahre hat der Terrorismus sich betätigt, mehr als drei Jahre ist das Parlament „nach Hause geschickt" gewesen. Der staatsmännische Stumpfsinn, der damals am Ruder war, hat geglaubt, daß der Krieg im allgemeinen — was er ja freilich vorübergehend getan hat — eine Stärkung der autoritären Kräfte gegenüber den demokratischen auf lange Zeiten zur Folge haben werde. Die Stumpfsinnigen haben sich verrechnet. Andere, weiterblickende Staatsmänner, die allerdings nicht die unserigen waren, haben die allgemeinen politischen Wirkungen des Krieges richtiger vorausberechnet, sie haben vorausgesehen, daß der Krieg, nach dem Zwischenspiel einer allgemeinen Säbelherrschaft, in einen ungeheuren Aufschwung der Demokratie in der ganzen Welt münden werde. Sie haben richtig vorausgesehen, aber noch immer zu wenig nahe. Ihre Voraussicht hat sich nicht, wie sie meinten, erst nach dem Kriege, sondern schon während des Krieges erfüllt. Die demokratische Welle ist da, so stark wie noch nie zuvor, und kein Mensch in der Welt ist mehr mächtig genug, ihr zu widerstehen.

In dieser Lage sah sich das Ministerium Clam, das bei seiner Berufung noch mit ganz anderen Plänen gespielt hatte, gezwungen, das Parlament ganz normal, ohne den Staatsstreich, ohne den es sich das Parlament ursprünglich gar nicht denken konnte, einzuberufen. Auf ein geknebeltes Parlament hatte sich das Ministerium Clam im Geiste eingerichtet, auf ein ungeknebeltes war es nicht vorbereitet. Womit sein leitender Geist, Graf Clam, sich während der fünf Monate, die er zur Vorbereitung des Parlaments zur Verfügung hatte, eigentlich beschäftigt hat, hat man sich oft vergebens gefragt. Nachdem man die zwei „Reden", die er im Abgeordneten- und im Herrenhause verlesen hat, kennengelernt hat, kann man es ungefähr erraten. Er hat sich mit der Abfassung dieser beiden Stilübungen beschäftigt. Graf Clam glaubte, während des Krieges und durch den Krieg auf neue politische Ideen gekommen zu sein, derentwegen er sich auch von seinen früheren Parteigenossen trennte. Solche „Illuminierte" sind immer geistig bedenkliche Persönlichkeiten, weil sie klarer Gedanken und noch viel mehr praktischer Wirksamkeit unfähig zu sein pflegen. Wenn man Graf Clams weltfremde „Reden" liest, muten sie einen in der anspruchsvollen Diktion und dem bescheidenen Inhalt wie Schriften von Mystikern an, die einer „Erleuchtung" teilhaft geworden zu sein glauben. „Mein Programm ist Oesterreich" — mit dieser aufgeblasenen Selbstverständlichkeit, die er für unergründliche Tiefe hielt, glaubte Graf Clam der Welt eine fruchtbare neue Wahrheit offenbart zu haben. Wie alle von dem heiligen Geist Besessenen, hatte er fürder nur ein Streben, seine Offenbarung von sich zu geben. Das hat er nun auch in seinen zwei „Reden" getan, die jetzt in der Registratur der Weltgeschichte ruhen mögen, bis sie ein Erforscher der Kriegspsychose als menschliche Dokumente daraus wieder hervorzieht.

Nachdem er der Welt die neue Wahrheit beschert, glaubte Graf Clam, wie alle falschen Religionsstifter, die Welt müsse ihm nun ohneweiters folgen, und so bemühte er sich auch nicht weiter um das Parlament und solche Banalitäten, wie Majoritätsbildung. Der heilige Geist, der aus seinen Reden sprach, mußte alle bannen, und als einige, speziell die Polen, sich nicht bannen lassen wollten, sendete er noch durch seinen journalistischen Hohenpriester gegen die Unbotmäßigen einen Bannstrahl aus. Er versagte, und so mußte der Erleuchtete sich schließlich zu einer anderen Banalität bequemen, zur Demission. Hoffen wir, daß er einen Nachfolger bekommt, der weniger vom heiligen als vom parlamentarischen Geist einen Hauch verspürt und das Parlament nicht mit dem Terrorismus des Tierbändigers und noch weniger mit den hieratischen Gebärden des Sektenstifters, sondern nach den in der ganzen Welt anerkannten und geübten Grundsätzen der parlamentarischen Regierung leitet. Dann wird's auch bei uns gehen, so wie überall anderwärts.

Fremdenblatt
19./VI.1917

Gesammtdemission des Ministeriums Clam-Martinic.

Der Kaiser hat gestern sofort nach seiner Rückkehr den Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic in längerer Audienz empfangen. Graf Clam-Martinic erstattete dem Monarchen ausführlichen Bericht über die durch den Beschluß des Polenklubs geschaffene parlamentarische Situation.

Vor dieser Audienz war kein Ministerrat zusammengetreten.

Nach der Audienz berief Graf Clam-Martinic einen Ministerrat ein, der um halb 6 Uhr zusammentrat und bis 11 Uhr abends währte.

Das Ergebnis dieser Beratung war, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, der Beschluß, daß das Ministerium Clam dem Kaiser heute die Gesamtdemission überreichen wird.

Wie in diesen Kreisen angenommen wird, wird der Kaiser sich seine Entschließungen vorbehalten.

Arbeiterzeitung 19. VII. 1917

Demission der Regierung Clam.

Die Regierung Clam-Martinic hat beschlossen, dem Kaiser die Demission des Gesamtkabinetts zu unterbreiten. Der Beschluß ist nach einem langen Ministerrat, der bis in die elfte Nachtstunde dauerte, gefaßt worden; leicht scheint den Ministern, die noch kein halbes Jahr im Amte sind und wohl alle gern im Amte bleiben würden, der Entschluß nicht gefallen zu sein. Wie sich die Krise weiter entwickeln werde, ob ein neuer Mann hervortreten wird, der sich seine Mitarbeiter frei wählt, oder ob Graf Clam-Martinic an der Spitze bleibt und sich nur einige geschicktere Minister aussucht, als er sie bis jetzt hatte, muß abgewartet werden. Zweierlei ist aber klar: daß die Krise nicht „erledigt" werden kann, indem man den Reichsrat heimschickt, und daß es so mit der Regierung nicht bleiben kann. Eine derart schwache Regierung ist nicht möglich.

Denn es ist selbstverständlich nur eine Krise der Regierung, und bei ihr fehlt es, nicht im Parlament. Es mag schmerzlich sein, daß im Abgeordnetenhause eine Mehrheit für das Budgetprovisorium nicht vorweg vorhanden ist, und ganz gewiß eine schmerzliche Enttäuschung für diejenigen, die ihre Wissenschaft von Oesterreich etwa von dem Herrn Hermann Bahr beziehen, der noch immer bei dem österreichischen „Wunder" hält; aber daß Abgeordnete oder Parteien verpflichtet wären, für eine Regierungsvorlage zu stimmen und daß sie, wenn sie sich dessen weigern, zu entlassen seien, damit für den § 14 Platz werde, diesen Unsinn zu behaupten wird man sich doch wohl hüten. Es ist ein Segen der Geschäftsordnungsreform, daß sie klare Verhältnisse schafft und die Dinge durchsichtig werden; denn wie oft hat die Obstruktion es zu verhüllen gehabt, daß die Regierung eigentlich keine Mehrheit besitzt? Man hat es allerdings, infolge der Verschlampung aller politischen Verhältnisse, sozusagen vergessen, daß eine Regierung auch das Vertrauen einer Mehrheit im Parlament braucht. Hat man jemals gesagt, gemeint, daß die Regierung Stürgkh das Vertrauen des Reichsrates besitzt, danach auch nur gefragt? Nein, immer hieß es nur, der Graf Stürgkh besitze unverändert das Vertrauen der Krone, und damit war die Erörterung auch schon zu Ende. Nicht ganz so, aber doch nicht viel anders, war es bei der Regierung Clam-Martinic der Fall; als ihr hervorstechendes Merkmal wurde gerühmt, daß sich der Ministerpräsident des besonderen Vertrauens des Monarchen erfreue. Das Vertrauen der Krone ist im monarchischen Staate gewiß wichtig, wie wichtig, ersieht man an dem Kabinettswechsel in Ungarn; aber daß es genüge und daß sonst nichts in Frage käme, ist doch ein großer Irrtum. Und wenn nun die Regierung Clam-Martinic aus dem Beschluß des Polenklubs den Schluß zieht, daß es ihr für das Budgetprovisorium an der Mehrheit im Abgeordnetenhause voraussichtlich fehlen würde, und daraus die Folgerung zieht, daß sie, weil über keine Mehrheit verfügend, nicht im Amte bleiben kann, so urteilt sie richtig und handelt konstitutionell. Sie kann es doch schließlich nicht darauf ankommen lassen, daß die Budgetvorlage wirklich abgelehnt oder die ganze parlamentarische Maschinerie in Unordnung gebracht werde. Der Budgetausschuß soll ja die Beratung der Vorlage schon morgen aufnehmen und am 1. Juli hat das Budgetprovisorium in Kraft zu treten. Wozu also warten, da gehandelt werden muß?

Die Gebrechen der Regierung Clam-Martinic liegen weit weniger in den Handlungen oder Vorsätzen des Kabinetts als in der Unzulänglichkeit der meisten Minister. Man merkt der Zusammensetzung die Unerfahrenheit des Kabinettschefs an; er hat sich zu viel subalternen Geist zugesellt. Wir haben, wohlmeinend, wie wir schon sind, den Grafen Clam-Martinic auf diese Gebrechlichkeit seines Kabinetts bereits vor geraumer Zeit aufmerksam gemacht; es ist ein Ministerium für den § 14, aber keines für den heißen Boden des Reichsrates. Man hat das sehr deutlich und sehr peinlich in der fünftägigen politischen Debatte wahrnehmen können. Man hätte eigentlich zu erwarten gehabt, daß sich die Minister, und zwar alle Minister, zum Reden drängen werden, die Gelegenheit, zum Parlament und zum Volke zu reden, begierig suchen müssen. Statt dessen war, mit der Ausnahme des Finanzministers, auf der ganzen Ministerbank geradezu eine komplette Drückebergerei wahrzunehmen; haben sie doch nicht einmal die Verpflichtung gefühlt, ihr Amt gegen Angriffe zu verteidigen! Wieviel ist über die innerpolitische Verwaltung geklagt worden? Der Minister des Innern schwieg! Welche scharfen Worte fielen über die Suspension der Geschwornengerichte? Der Justizminister schwieg! Wie ist über die Landwehrgerichte gesprochen worden! Weder der Justizminister noch der Landesverteidigungsminister wagten ein Wort! Welche Vorwürfe sind gegen die Zentralen erhoben worden! Weder der Handelsminister noch der Ackerbauminister wußten ein Wort zu sagen! Der Eisenbahnminister war der Gegenstand der allerschärfsten Angriffe; er aber hält das Schweigen für den bessern Teil der parlamentarischen Tapferkeit! Ganz abgesehen davon, daß es die seltsamste Art ist, die Autorität des Staates dadurch verfechten zu wollen, daß man auf die blutigsten Angriffe schweigt, ist es nicht überraschend, daß ein Ministerium, das so wenig strategische Tüchtigkeit offenbart, jenes Ansehen nicht zu erringen vermag, das zur Sammlung einer parlamentarischen Gefolgschaft unerläßlich ist. Die Frage der Ernährung ist heute die schwerste Sorge jedes Menschen, und dieser Ernährungsminister fühlt sich nicht für verpflichtet, darüber, wie die nächsten Wochen und Monate durchgehalten werden sollen, ein zusammenfassendes Wort zu sagen! Gute Fachmänner — angenommen, die Herren seien es — sind gewiß notwendig und nützlich. Aber in dieser Zeit muß ein Ministerium auch Führergeist haben, doch etwas mehr verkörpern als das Talent, einen Gesetzentwurf ausarbeiten zu lassen. Das fehlt der Regierung Clam und das ist ihr politischer und parlamentarischer Mangel. Dabei hat sie nicht bloß § 14-Minister übernommen, sondern einen, den man schon losgeworden war, überdies noch ausgegraben; aber es wäre hoch an der Zeit, die § 14-Leute von Stürgkh her von der Bildfläche gänzlich verschwinden zu lassen.

Deshalb ist diese Ministerkrise beileibe kein aufwühlendes Ereignis. Sie ist die einfache Aufgabe, ungeschickte Hände durch geschicktere zu ersetzen, eine Aufgabe, die trotz der politischen Armut in Oesterreich wohl noch zu lösen sein wird.

Kölnische Zeitung
20./VI. 1917

Das Kabinett Esterházy.

v **Budapest**, 16. Juni. Ein Minderheitskabinett hat in Ungarn die Leitung der Geschäfte übernommen. Die von der bisherigen Opposition so nachdrücklich angestrebte Zusammenfassung aller nationalen Kräfte für die Dauer des Kriegs ist auch nach dem Sturze der Regierung Tisza nicht erfolgt, ja die größte, nahezu zwei Drittel des gegenwärtigen ungarischen Abgeordnetenhauses umfassende nationale Arbeitspartei ist an der Regierung überhaupt nicht beteiligt. Vielleicht wird es dem Grafen Esterházy durch Eröffnung seines Programms gelingen, einen ansehnlichen Teil dieser Partei für sich zu gewinnen, wenn nicht, so wird er früher oder später gezwungen sein, das Abgeordnetenhaus auch im Kriege aufzulösen, um sich, wenn er parlamentarisch regieren will, eine Mehrheit zu verschaffen. Das neue, bisher aus zehn Mitgliedern bestehende Kabinett ist aus Anhängern von fünf Parteien und einigen tüchtigen Fachmännern zusammengestellt. Der Ministerpräsident selber, ein junger, hochbegabter Mann, ist, ungeachtet er immer der Andrássy-Partei angehörte, eigentlich ein politisch unbeschriebenes Blatt, der bei der Zusammensetzung seines Kabinetts keineswegs das Beispiel seines Amtsvorgängers befolgte. Graf Tisza wählte sich nämlich stets solche Mitarbeiter, die den Durchschnitt nicht überragten, um so dem ganzen Regierungssystem den Stempel der eignen Persönlichkeit aufdrücken zu können. Im Kabinett Esterházy dagegen nehmen zwei politisch scharf ausgeprägte Individualitäten Platz, Kultus- und Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi, Führer der 57 Mitglieder zählenden Unabhängigkeits- und 48er-Partei, und Justizminister Dr. Wilhelm Vázsonyi, Führer der drei Mann hohen Demokratenpartei. Graf Albert Apponyi, an der Schwelle des Greisenalters angelangt, ist dem ausländischen, insbesondere dem deutschen Publikum bekannt wie wenig andre ungarische Politiker. Ein glühender Nationalist, auf den in seinen Jugendjahren der persönliche Umgang mit dem Führer der französischen Katholiken Grafen Montalembert unauslöschbaren Eindruck gemacht hat; ein Redner, der in allen Kultursprachen die Zuhörerschaft mit sich reißt. Es kann die Tragik seines Lebens genannt werden, daß er, der durch seine außerordentlichen Fähigkeiten zum Führer bestimmt gewesen wäre, nun zum zweiten Male sich mit der Leitung eines Ressortministeriums begnügen muß. Weniger bekannt ist der Demokratenführer Wilhelm Vázsonyi. Er steht im besten Mannesalter. Als Sohn eines jüdischen Lehrers in Budapest geboren, arbeitete er sich als Volksredner zum politischen Führer seiner Vaterstadt empor, in deren Gemeinderat seit mehr als einem Jahrzehnt sein Wort das ausschlaggebende ist. Auf dem flachen Lande hat er sich bis heute keinen Anhang zu verschaffen vermocht. Als Kriminalist und Verteidiger in politischen Prozessen konnte er sein glänzendes Talent voll entfalten. Vor der ätzenden Schärfe seines Witzes blieben nicht nur die Regierungen, die er bekämpfte, sondern auch die Opposition, mit der er sich in einem Lager befand, niemals verschont. Ob die schöpferischen Gaben in ihm ebenso groß sind wie die kritisierenden, wird er nun, zur Regierung berufen, Gelegenheit haben, zu beweisen. Seine Stelle als Justizminister ist von allem Anfange an als eine übergangsweise gedacht, da er von den neu zu errichtenden fünf Ministerien die Leitung desjenigen für soziale Angelegenheiten übernehmen soll. Die drei wirtschaftlichen Minister des Kabinetts Esterházy sind ausgezeichnete Fachleute. Politisch am wenigsten exponiert ist unter ihnen Finanzminister Dr. Gustav Gratz, einer der besten Kenner des ungarischen volkswirtschaftlichen Lebens. Gründliches Wissen und nimmermüde Arbeit führten ihn aus der journalistischen Laufbahn — nahezu 2 Jahrzehnte lang war er auch Mitarbeiter der Kölnischen Zeitung — zuerst auf den Posten eines Direktors des Landesbundes der ungarischen Fabrikindustriellen, dann in das Auswärtige Amt, wo ihm die Leitung der handelspolitischen Angelegenheiten anvertraut wurde. Handelsminister Graf Béla Serényi ist mehr ein rednerisches Talent, der einmal bereits das Ackerbauportefeuille innehatte. Man hofft, daß er der Anziehungspunkt für die allfälligen Überläufer aus der Nationalen Arbeitspartei bilden wird, der er bis vor nicht allzulanger Zeit selbst angehörte. Ackerbauminister Béla v. Mezössy ist ebenso wie der Minister des Innern Gabriel v. Ugron aus der Andrássyschen Verfassungspartei hervorgegangen. Von der Károlyi-Partei gehört Graf Theodor Batthyáni, von der klerikalen Volkspartei Graf Aladár Zichy der neuen Regierung an. Aus dem Kabinett Tisza ist Landesverteidigungsminister Fml. Szurmay auf seinem Posten verblieben, der sich nicht in der Politik, sondern auf dem Schlachtfeld einen Namen gemacht hat. Die Namen zweier Politiker, die man sucht, wenn man von der Sammlung der Kräfte der Linken im ungarischen Abgeordnetenhause spricht, fehlen in dieser Liste. Es sind Graf Julius Andrássy und Graf Michael Károlyi. Aber eben ihr Fernbleiben läßt einen Schluß zu auf das bisher der Öffentlichkeit nicht bekannte Wahlrechtsprogramm der neuen Regierung. Es dürfte so ausfallen, daß es Graf Andrássy für zu weitgehend, Graf Károlyi für zu eng bemessen findet, um es mit der unmittelbaren politischen Verantwortung decken zu können. Trotzdem sind beide Politiker geneigt, die neue Regierung zu unterstützen. Würde sich die neue Minderheitsregierung auf eine einheitliche Partei stützen können, so wäre ihr Stand viel leichter als jetzt, da sie auf so vielerlei Parteien und Parteiempfindlichkeiten Rücksicht nehmen muß. Und selbst, wenn es ihr gelingt, sich eine Mehrheit im Abgeordnetenhause zu verschaffen, wird sie nicht auf Rosen gebettet sein, da ihr eine große, festgefügte Opposition unter der Führung des Grafen Stephan Tisza gegenüberstehen wird.

Vossische Zeitung
20./VI. 1917

V
44

Das österreichische Problem.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 20. Juni.

Die Krise dauert fort, doch scheint es heute fraglich, ob das Kabinett bleibt, denn die Forderungen der Polen enthalten zwei für die Regierung angeblich unannehmbare Punkte. Der Zivilstatthalter für Galizien als Landmannminister und der Uebergang des Justizportefeuilles aus den Händen des den Polen mißliebigen polnischen Freiherrn von Schenk in die Hände eines anderen Polen erscheint der Regierung möglich. Aber ihr altes Streben nach dem Eisenbahn- und Handelsportefeuille erscheint aus mancherlei Gründen unannehmbar. Graf Clam-Martinic hat sich hierüber bereits erklärt und ihnen als Ersatz das Ackerbauministerium vorgeschlagen. Daß die Polen im Handelsministerium herrschen wollen, ist bei ihren ausgedehnten wirtschaftlichen Wünschen in Galizien sehr begreiflich. Und die Eisenbahnen möchten sie aus Aerger über den bekannten Erlaß des Freiherrn von Forster kontrollieren, der vor zwei Jahren, während des galizischen Sieges, für alle Bedienstete der Bahnen die Kenntnis der deutschen Sprache als unerläßlich erklärte, weil nicht nur die niederen, sondern auch die leitenden Beamten in Galizien sich mit den Organen der Heeresverwaltung in wichtigen Fällen nicht hätten verständigen können.

Zum Verständnis der Haltung des Polenklubs ist übrigens eine offiziöse Erklärung wichtig, die die Plötzlichkeit ihrer Haltung zu entschuldigen geeignet erscheint. Danach haben sie schon am 15. Mai den bekannten Oppositionsbeschluß gefaßt; aber die Regierung hat ihn die ganze Zeit über ignoriert und erst wenige Tage vor der ersten Sitzung Verhandlungen angeknüpft.

Ueber die möglicherweise tiefen Folgen der Krise unterrichten mehrere Erklärungen, in denen sich die Polen jeder neuen Regierung gegenüber volle Freiheit vorbehalten, da ja in der alten Regierung noch fünf Minister des Stürghkschen Kabinetts Platz gefunden hätten; ferner ihre Erklärung, daß die gegenwärtigen Verhandlungen mit den anderen Parteien zu keinerlei Verpflichtungen führen dürften. Anderseits haben sie an den Beratungen der slawischen Klubobmänner nicht teilgenommen, um sich an keine Partei zu binden und sich nicht an den slawischen Klub anzuschließen. Als der Tschechenobmann in einer Sitzung aller nichtdeutschen Parteien ersuchte, eine geschlossene Linie gegen jeden Versuch einer Neubildung des alten Ministeriums zu bilden, bedeutete diese Absage der Polen eine große Enttäuschung; eine zweite kleinere bot auch das Verhalten der „Unio Latina", die sich vorsichtig zurückzog. Hier ruht ein Symptom für eine Verständigung. Die Tschechen andererseits verschärften aber ihre ohnehin scharfe oppositionelle Haltung, indem sie in ihrer Presse erklärten, daß sie ohne die Lösung der Frage der verurteilten Abgeordneten und ohne Einstellung der Verfolgung in keinem Falle mit der Regierung reden würden. Die Deutschen sind gegen den slawischen Gedanken eines besonderen Kabinettes der Nationen und betonen mit Recht, der gegenwärtige Augenblick sei ungeeignet. Jetzt müsse man nur rasch und möglichst ohne Reibung das Budget sichern. Sollten die Polen doch noch zu gewinnen sein, so müßten die Deutschen mit ihnen und mit der Unio Latina das Budget sichern.

* **Wien**, 20. Juni.

Um die Mittagsstunde zeigten sich Zeichen einer Entspannung und man fängt an, mit einer günstigen Lösung der Krise zu rechnen, wenn das Zusammenleimen eines schwachen Ministeriums als günstige Lösung bezeichnet werden kann. Im Budgetausschuß, der seine Arbeit wieder aufgenommen hat, und ohne Pause über die Mittagsstunde weiterverhandelt, als wäre nichts vorgefallen, hat soeben der tschechische Sozialist Tomaschek in einer Art gesprochen, die auf eine Neigung zur Verständigung zwischen der Regierung und den Polen schließen läßt. „Statt von Grund auf den Neuaufbau des Staates mit einem völlig neuen Kabinett zu beginnen," sagt der Tscheche, „nähert man sich soeben wieder einer neuen Vereinbarung, die nichts verwirklicht als die Forderung des Tages."

Mit Bestimmtheit verlautet, die Polen hätten sich mit den zwei Portefeuilles zufrieden gegeben, die ihnen die Regierung anbietet und als welche das Justiz-, Ackerbau- oder Arbeitsministerium, keinenfalls aber Eisenbahn und Handel in Betracht kommen. Forster wird bei diesem Revirement gehen. Ferner hat sich die Regierung mit einem polnischen Zivilgouverneur für Galizien einverstanden erklärt und als solchen sollen die Polen Bobrzynski namhaft gemacht haben, der diese Stelle vor Jahren bekleidete und der bis zu diesem Frühjahr Landmannminister im gegenwärtigen Kabinett gewesen ist. Schließlich sollen die auf eine Milliarde gestiegenen Forderungen der Polen zu dem Wiederaufbau Galiziens bewilligt werden. Eine andere, noch unkontrollierbare Fassung behauptet, Graf Clam-Martinic habe — vielleicht unter dem Drucke der Parlamentsrede und der Presse, die die Allgemeinheit seiner Antrittsrede tadelte —, die Neuorientierung in Verfassungsfragen in Aussicht gestellt.

Emil Ludwig.

Neues Pester Journal

20./VII. 1917

45

Die österreichische Krise.

Ziemlich plötzlich, aber keineswegs unerwartet ist in Oesterreich eine Krise ausgebrochen und hat das Ministerium Clam-Martinic seine Demission eingereicht. Wer die Verhältnisse jenseits der Leitha auch nur mit ein klein wenig Aufmerksamkeit verfolgt, dem mußte es schon seit geraumer Zeit klar sein, daß die Einberufung des Reichsrathes für die ministerielle Existenz des Grafen Clam-Martinic verhängnißvoll sein wird. Wie erinnerlich, hat der junge Monarch gleich nach seinem Regierungsantritte von seinem Ministerpräsidenten Vorschläge bezüglich der Wiedereinberufung des Parlamentes gefordert, und als Körber stürzte und Clam-Martinic sein Nachfolger wurde, glaubte alle Welt, seine erste und wichtigste Aufgabe werde die Einberufung des Reichsrathes sein. Doch vergeblich wartete ganz Oesterreich hierauf, Monat auf Monat verging, das Parlament blieb weiter in jener Versenkung, in die es Stürgkh hatte verschwinden lassen, hiefür wurden aber Gerüchte flügge, daß Graf Clam-Martinic die wichtigsten politischen Probleme, so das deutsch-czechische und das der Staatssprache und der Geschäftsordnung des Hauses, sowie der Sonderstellung Galiziens mittels Octroi ordnen und dann erst den Reichsrath einberufen wolle.

So sehr aber auch die extrem-nationalistischen deutschen Elemente und alle Polen auf das Oktroi drängten, unterblieb dasselbe dennoch, weil noch rechtzeitig die Erkenntniß zum Durchbruch kam, daß ein solches Oktroi gleichbedeutend gewesen wäre mit einem endgiltigen Zusammenbruch des österreichischen Parlaments, was aber in den jetzigen Zeitläuften ein gar zu gewagtes Experiment und es überdies doch eine gar zu leichtfertige Politik gewesen wäre, vor Beendigung des Krieges bezüglich Galiziens endgiltige Entscheidungen zu treffen. So kam es denn zu keinem Oktroi und waren damit auch die Czechen für den Reichsrath gewonnen, dafür fühlten sich aber die Polen derart verletzt, daß sie, die früher stets die Stützen des Reichsrathes waren, nun zu einer Gefahr für ihn wurden. Recht eigentlich ist das Verhältniß so, daß sie die Sonderstellung Galiziens, trotzdem sie noch nicht durchgeführt ist, schon eskomptirt haben und sich als Fremdkörper im Reichsrath betrachten. Wohl wollen sie als Mitglieder desselben für Galizien noch allerhand Vortheile ergattern, gleichzeitig sich aber möglichst unangenehm machen, um ja nur eher abgestoßen zu werden und ihre Sonderstellung zu bekommen.

Thatsächlich haben denn auch die Polen sofort bei Zusammentritt des Reichsrathes ganz exorbitante finanzielle und politische Forderungen gestellt, und als Graf Clam-Martinic dieselben verweigerte, beschlossen sie, ihm kein Budgetprovisorium zu votiren. Da aber ohne die Polen Graf Clam-Martinic keine Majorität zusammenbringen kann, entstand hieraus eine Krise, in deren Verlaufe das Gesammtkabinet seine Demission unterbreitete. Nachdem nun Graf Clam keinerlei Lust hat, vom öffentlichen Schauplatz abzutreten, will er es mit einer Rekonstruktion seines Kabinets versuchen und hat hiezu auch schon angeblich die Zustimmung des Monarchen bekommen. Doch daß damit die Krise beschworen sein wird, erscheint uns als höchst unwahrscheinlich, weil, wenn auch der Ausbruch der Krise von den Polen provozirt ist, doch ihre eigentlichen Ursachen viel tiefer liegen.

Graf Clam-Martinic hat sich, seitdem er Ministerpräsident geworden, nicht den Pfifferling um die verschiedenen Parlamentsparteien gekümmert. Die aber wollen nicht mehr ein ihnen fremdes, von ihnen unabhängiges Kabinet, sondern ein parlamentarisches Kabinet. Und da gleichzeitig der Ruf nach Konzentration aller Kräfte laut geworden ist, kann es keine andere Lösung geben, als die eines parlamentarischen Konzentrationskabinets. Daß demselben noch mancherlei Schwierigkeiten im Wege stehen, ist gewiß, aber kaum größere als jeder anderen regierungsfähigen Neubildung. Diese wie jene muß die extremen nationalistischen Hetzer ausschließen, und es ist viel klüger, wenn das bei allen Nationalitäten geschieht, als nur bei einer. Man muß nur einmal in Oesterreich endlich wollen und dann kann Ordnung gemacht werden. So lange aber Regierungen an der Spitze stehen, denen an der Ordnung nichts liegt, weil sichs mit dem Paragraph 14 bequemer regieren läßt, ist es schwer, Ordnung zu schaffen.

Der Abend
20./VI. 1917

46

Ministerpräsident Graf Taaffe d. J.

Es wird fortgewurstelt.

Graf Clam-Martinic läßt heute in den ihm noch immer ergebenen Zeitungen seine Pläne verkünden. Das Abgeordnetenhaus hat seiner Meinung nach drei wichtige Aufgaben: die Erledigung des Budgetprovisoriums, die Wahlen in die Delegationen und die Verlängerung der Mandatsdauer. Dazu, nur dazu braucht Graf Clam-Martinic eine Mehrheit und um die zu erlangen, will er das Ministerium — teilweise — parlamentarisieren. Die neue Regierung soll bis zum 30. Juni ihr provisorisches Budget bekommen, und im Herbst will sie dann sehen, was sich sonst noch tun läßt. Mit anderen Worten: Es wird fortgewurstelt, von der Erledigung einer Staatsnotwendigkeit zur anderen. Die Zwischenzeit wird mit Parlamentskrisen ausgefüllt.

Was heute in den Räumen des Abgeordnetenhauses vorgeht, ist das Traurigste, was geschehen konnte. Die Ministerstellen, die Abgeordnete hätten einnehmen sollen, um Österreich auf Grund eines Einvernehmens aller Nationen und Parteien zu regieren, werden jetzt um ein schäbiges Budgetprovisorium verschachert und selbst wenn die Regierung im Herbst beginnen sollte, Beratungen und Verhandlungen über ein neues Nationalitätenrecht zu beginnen, was hat die Bevölkerung in Stadt und Land davon? Sie hat von der Volksvertretung ganz andere Dinge erwartet. Sie hat erwartet, daß die Volksvertretung die Rechtssicherheit der Bürger wiederherstellen, in die Kriegswirtschaft Ordnung bringen und vor allem die Stellung der Bevölkerung zum Kriege klarlegen werde. Ein Staatsmann von einigem Zuschnitt hätte aus dieser Stimmung in Österreich politisches Gold geschmiedet. Er wäre vor der Einberufung des Reichsrates vor die Parteien getreten, hätte ihnen ein Programm vorgelegt, das der Kriegsnot und Friedensstimmung des Volkes Rechnung trägt und wenn er es nur einigermaßen geschickt gemacht und sich Vertrauen zu erwerben verstanden hätte, er hätte das ganze Haus hinter sich gehabt. Statt dessen hat Graf Clam-Martinic den schweren Fehler begangen, sich mit Herrn Wolf in nationalpolitische Auseinandersetzungen einzulassen. Ihm ist denn auch das große Kunststück gelungen, daß der Sozialdemokrat Daszynski, dessen ganzes Leben ein Kampf gegen die galizischen Bezirkshauptleute war, im vollen Haus den inbrünstigen Ruf nach dem davongejagten galizischen Bezirkshauptmann ausstieß. Man wende hier nicht ein, daß Daszynskis sonderbares Reden und die Ausfälle der Tschechen tiefere Ursachen haben als die Ungeschicklichkeit eines Ministerpräsidenten. Es ist richtig: die krisenhaften Zuckungen der österreichischen Nationen haben ihren weltpolitischen Hintergrund. Aber gerade deshalb war es nicht nötig, ihnen noch eine Überdosis nationales Gift einzuflößen. Der Staatsmann, der die Zeichen der Zeit versteht, hätte Gegengift verabreichen müssen. Dieses Gegengift ist das Programm, das der Mann und das Weib von der Straße im Herzen und auf den Lippen tragen, wenn sie sich um Speck anstellen und des Morgens auf die leeren Märkte kommen. Ein anderes Programm gibt es heute nicht. Alles andere bedeutet trostloses Fortwursteln, dreimal trostlos, weil es das Mark der Bevölkerung kostet.

Ohne dieses Gegengift wird es nicht gehen. Graf Clam-Martinic wird, wenn er Glück hat, ein Ministerium bilden und noch einige Zeit fortwursteln. Was aber dann? Je länger das Fortwursteln dauert, desto tiefer wird sich das Haus in den nationalen Sumpf bohren. Hat es einen Zweck, mit dieser sicheren Voraussicht vor Augen ein System zu stützen, das schon so oft gescheitert ist? Die Abgeordneten aller Nationen mögen sich diese Frage vorlegen, denn sie werden sich vor ihren Wählern verantworten müssen, zu einer Zeit, da die Fallfrist des 30. Juni längst vergessen sein wird. Die Wähler werden sich keinen Deut darum kümmern, daß der Graf Clam-Martinic ein Budgetprovisorium gebraucht hat. Sie werden fragen, was die Abgeordneten für die Wähler getan und warum die Herren Abgeordneten nicht einen Ministerpräsidenten auf den Schild erhoben, der sich das Programm des Mannes von der Straße zu eigen gemacht: Stellungnahme zur Friedensfrage, Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten und Besserung der Kriegswirtschaft

sz.

Vossische Zeitung
20. VI. 1917

Die österreichische Ministerkrise

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung"

✻ **Wien,** 19. Juni.

Das beste Zeichen, daß diese Krise tiefere oder innere Gründe hat als nur den Beschluß des Polenklubs, der nur den Anlaß darstellt, ist die kühle Sprache, mit der der Rücktritt des Kabinetts heute früh nicht nur von den nichtdeutschen Blättern, sondern auch von den deutschen Zeitungen aller Richtungen, — von der „Reichspost" bis zur „Arbeiterzeitung" —, erörtert wird, und das Ermangeln jeglichen Bedauerns auf allen Seiten des Hauses. Zwar ist es richtig, weder den Polen noch einer anderen Nation kann man das grundsätzliche Recht einräumen, die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten gegen den Staat, wie es in der Thronrede heißt, an Bedingungen zu knüpfen, und der Schritt der Polen bedeutet tatsächlich in diesen drei Kriegsjahren ein europäisches Novum. Daß aber gerade diese Regierung tatenlos und dennoch widerspruchsvoll nach einem halben Jahre erschüttert wird, kann produktive Folgen haben. Denn diese Regierung, die im September bei ihrem Antritt die Lösung der dringendsten Fragen versprach, steht noch heute auf ihrem Ausgangspunkt und hätte nicht einmal ein Parlament einberufen, wäre sie nicht im April durch den Leiter der auswärtigen Politik zur Aufgabe ihrer oktroyistischen Pläne und zur Einberufung des Parlaments genötigt worden. In diese Session hat sich das Kabinett mit einer unbegreiflichen Unbefangenheit hineinbegeben, ohne durch Vorbereitungen mit den Parteien auch nur zu ergründen, ob und welche Mehrheit es habe.

Trotz des Grollens der nichtdeutschen Presse, trotz der Zurücksetzung der deutschen Parteien eröffnete man das Haus in dem unpolitischen Vertrauen, daß es schon gehen werde. Ganz offen haben von Anfang an Tschechen und Südslawen aus prinzipiellen Gründen eine oppositionelle Stellung eingenommen und die Polen, die in dem Hause die Mehrheit entscheiden, blieben zum mindesten ungewiß. Man hat sich zu spät in Verhandlungen eingelassen, und der Ministerpräsident verhält sich wie der Regisseur, der nach Beginn der Vorstellung mit dem Darsteller einer großen Rolle über die Gage zu verhandeln anfängt, für die er mit seinem ersten Stichwort aufzutreten gedenkt. Die Polen fordern viel: Wiederherstellung der Zivilverwaltung in Galizien, Einsetzung landeskundiger Beamter, eine halbe Milliarde zum Wiederaufbau und Ersatz der in Galizien requirierten Güter. Auch soll die Regierung die Zivilverwaltung mit einem zivilen Statthalter wieder herstellen. Der Weg zur Lösung ist an solchen Tagen, an denen noch niemand Bestimmtes weiß, immer an Aeußerlichkeiten und diesmal daran zu erkennen, daß der Vizepräsident heute früh von seiner Lazenburger Audienz direkt ins Parlament fuhr und dann die Verhandlungen mit den Führern verschiedener Parteien und Nationen aufnahm.

Die Regierung macht also jedenfalls den Versuch, sich nach den Wünschen des Polenklubs zu verändern und zu ergänzen. Daher dürften der Eisenbahn- und der Landesverteidigungsminister durch andere Persönlichkeiten ersetzt werden, die sich den Groll der Polen durch ihre Verfügung zugezogen haben. Auch das Ministerium für Galizien würde dann wieder besetzt werden und der jetzige Leiter des Ackerbauministeriums als Minister ins Kabinett eintreten. Leider muß man wohl wieder mit einem Beamtenministerium rechnen. Der Gedanke eines sogenannten Bundesministeriums wird auch in Gestalt einer starken Ergänzung aus den Kreisen des Parlaments sich kaum durchsetzen lassen. Die Verhandlungen des Budgetausschusses sind heute abgebrochen worden.

Ueber die Entwicklung konnte man heute mittag in den Couloirs des Parlaments alles Denkbare hören: Die Polen würden sich mit der Rekonstruktion vielleicht begnügen — oder auch nicht; die Parteiführer würden vom Kaiser empfangen werden oder keinesfalls empfangen werden; es bleibe beim alten Kabinett mit Veränderungen oder es komme ein neues Uebergangsministerium. Neue Namen tauchen auf, aber heute das geringste Verantwortliche zu melden, ist unmöglich. Wieder blickt alle Welt auf den Grafen Czernin. Gründe der äußeren Politik, für die freilich sein Vorgänger die Verantwortung trug, haben diese Schwenkung der Polen letzten Grundes verschuldet. Nun könnte es sein, daß, wenn auch nicht durch sachliche Zugeständnisse, so doch durch den großen Einfluß, den dieser Staatsmann auf alle Stellen der Regierung ausübt, Graf Czernin einen besonderen Anteil an der Lösung der Krise haben wird.

Emil Ludwig.

✻ **Wien,** 19. Juni.

Die Audienz beim Kaiser, während der Clam-Martinic die Demission des Ministeriums überreichte, dauerte von 8 bis 10 Uhr vormittag. Nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten verbreitete sich im Abgeordnetenhause die Nachricht, der Kaiser habe den Ministerpräsidenten mit der Umbildung des Ministeriums betraut. Der Ministerpräsident erschien mittags im Parlament und hielt dort zunächst mit den anwesenden Ministern Besprechungen ab. Ueber den Umfang einer eventuellen Umbildung herrscht in parlamentarischen Kreisen vorläufig noch keine Sicherheit. Vom Polenklub werden gegen verschiedene Mitglieder des Kabinetts Beschwerden erhoben. Es wird aber behauptet, daß auch eine Umbildung des Kabinetts den Voraussetzungen, die die jüngsten Beschlüsse des Polenklubs für die Bewilligung des Budgetprovisoriums angestellt haben, nicht entsprechen würde. In deutschen parlamentarischen Kreisen glaubt man nicht, daß der Polenklub im Falle einer Umbildung auf seinem oppositionellen Beschluß beharren würde. Im allgemeinen ist man der Meinung, daß schon mit Rücksicht auf die Befristung des Budgetprovisoriums die Krise einer raschen Lösung zugeführt werden müsse. Es wurde auch von der Möglichkeit gesprochen, durch eine Berufung der Parteiführer zum Kaiser die Vorbedingungen für die Lösung der Krise zu schaffen. Der Budgetausschuß, der heute die Verhandlungen des Budgetprovisoriums beginnen sollte, hat diese ohne in eine Debatte einzutreten, auf morgen vertagt, nachdem der Finanzminister von Spitzmüller Aufklärungen finanzieller Natur abgegeben hatte.

* * *

✻ **Budapest,** 19. Juni.

Graf Albert Apponyi, der neue Unterrichtsminister, hat seine im Jahre 1907 erlassene bekannte Sprachenverordnung für die Volksschulen, die das Kabinett Tisza durch eine den Nationalitäten entgegenkommende Verordnung ersetzt hatte, wieder in Kraft gesetzt. Im Sinne dieser Verordnung ist in allen Volksschulen die Unterrichtssprache die ungarische. In Schulen, wo andersprachige Kinder in der Mehrzahl unterrichtet werden, muß das tägliche Gebet, das Vaterunser, auch in ungarischer Sprache gesprochen werden.

Frankfurter Zeitung

20./VI. 1917

Die österreichische Ministerkrise.

Das Kabinett Clam-Martinitz hat dem Kaiser die Rücktrittserklärung überreicht. Das ist vorläufig das Ergebnis und der Stand der österreichischen Krise. Die Kriegserklärung des Polenklubs hat hingereicht, um eine Regierung zu stürzen, die vor einem halben Jahre berufen wurde, damit sie das neue Oesterreich mache. Sie hat es nicht gemacht, vielmehr hat der Versuch, das Parlament arbeitsfähig zu gestalten und in ihm die für die Sicherung von Oesterreichs Zukunft notwendigen Reformen durchzusetzen, außer der neuen Geschäftsordnung, deren segensreiche Wirkung erst durch Tatsachen sich zeigen muß, nichts ergeben, als eine Reihe aufgeregter, zum Teil widerwärtiger, auf alle Fälle dem Ansehen Oesterreichs als Verfassungsstaat abträglicher Auftritte im Abgeordnetenhause und jetzt den Rücktritt eben dieses Kabinetts, das bei der ersten Belastungsprobe zusamemngebrochen ist.

Herr von Körber mußte im letzten Herbst zurücktreten, weil er sich nicht entschließen konnte, die geplanten Reformen vor Einberufung des Reichsrats auf dem Wege der Verordnung durchzuführen. Der Kaiser berief den Grafen Clam-Martinitz, der zu den Kreisen gehört, in denen das Oesterreich der Tat, wie man sagt, seine Propheten und Freunde hatte. Es hieß von ihm, er habe unter den Erfahrungen des Krieges eine völlige Umwandlung seiner Gesinnung vollzogen und werde eine Regierung der starken Hand führen. Aber es ist ganz anders gekommen. Graf Clam ist auf denselben Weg getreten, den Körber gehen wollte, und den man diesen nicht gehen ließ, weil er damals als Irrweg galt. Nun ist der Vertrauensmann des Kaisers, dem es nicht an gutem Willen gefehlt hat, gleich über einen der ersten Stolperdrähte des parlamentarischen Verhaus gefallen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der geschickte Taktiker Körber, der sich in der Technik der Parteienbehandlung auskennt, und den vermutlich der Fehdebrief von 70 polnischen Galiziern nicht sofort aus dem Gleichgewicht geworfen hätte, auf diesem Wege ein Stück weiter gekommen wäre, als der neubekehrte Feudale, dem eine parlamentarische Lösung schwieriger Fragen ohnehin nicht besonders gut liegen mag. Wenn man aber diese Betrachtungen anstellt und diese Vergleiche zieht, kommt man leicht zu dem Ergebnis, daß jener Regierungswechsel in Wirklichkeit keine Abkürzung des Weges, sondern eine zeitraubender Umweg und vielleicht etwas Schlimmeres gewesen. Nimmt man hinzu, daß auch die ungarische Krise heute noch nicht so gelöst ist, daß ohne alle Besorgnis das Weitere abgewartet werden kann, so ergibt sich, daß die raschen, oft plötzlich wechselnden Entschlüsse, die seit sechs Monaten die österreichisch-ungarische Politik kennzeichnen, nicht durchaus als ein Zeichen von Entschiedenheit und Kraft angesehen werden müssen. Man hätte denken sollen, Graf Clam-Martinitz sei sich des Weges, den er gehen wolle, durchaus bewußt. Wäre das aber der Fall gewesen, so wäre er nicht vor dem Boykott einer Gruppe, die doch noch nicht ein Siebentel des Abgeordnetenhauses ausmacht, zurückgewichen. Die Regierung hätte sich dann von vornherein darüber klar werden müssen, wie weit sie im Abgeordnetenhause auf eine arbeitswillige und für die Ansprüche des Staates eintretende Mehrheit rechnen kann. Wenn die Abschwenkung des Polenklubs, der um der Interessen Galiziens willen dem Staate nicht einmal im Kriege das Budgetprovisorium bewilligen will, dem Kabinett seine Aufgabe als aussichtslos erscheinen läßt, so muß man daraus schließen, daß außer den deutschen Parteien wohl überhaupt niemand im Parlament sitzt, der dem Staate, was er zum Leben braucht, bedingungslos bewilligen will. Ist das aber der Fall, dann versteht man nicht, woher Graf Clam und diejenigen, die hinter ihm stehen, die Erwartung schöpften, sie könnten mit einem solchen Reichsrat große und tiefgreifende Reformen durchführen. Es ist dann auch nicht zu begreifen, warum noch im April mit hochgemuten Worten versichert wurde, die Regierung werde unverrückt an den Reformen festhalten, die sie für notwendig erkannt habe. Die Deutschen, die damals sich auf diese Versicherungen verließen, werden heute erkennen, daß auch diese Regierung weder das sichere Auge noch die feste Hand hat, um das Schiff durch die Brandung zu führen.

Was nun? Eine Reihe von Vermutungen werden herumgetragen. Es scheint, daß man irgendeine Lösung suchen wird, die gar keine Lösung ist, aber wenigstens das Weiterlaufen der Maschine ermöglicht. Man wird das System befolgen, das seit Jahrzehnten schon in Oesterreich angewendet wird. Man lebt von der Hand in den Mund, und wenn man es fertig bringt, das Budgetprovisorium bewilligt zu erhalten, so wird man schon aufatmen und die übrigen Sorgen gern bis zum nächsten Herbst vertagen. Aber es liegt auf der Hand, daß aus einer solchen Politik des „Fortwurstelns", wie es einst Graf Taaffe genannt hat, nichts das neue Oesterreich hervorgehen kann, das alle wahren Freunde des Donaureiches sehnsüchtig verlangen und schon im Werden glaubten. Kommt dieses neue Oesterreich nicht, so wird der alte Kaiserstaat zwar vermöge seines Schwergewichts und der in ihm lebenden historischen Kraft in den Gleisen weiterlaufen, die Geschichte und Geographie ihm angewiesen haben — „ein Staat wie Oesterreich verschwindet nicht", hat Bismarck einmal gesagt — aber es wird auch weiterhin in diesen Gebieten so bleiben, daß die durch Nationalitätenhader und Parteienzwietracht gebundenen großen Kräfte gebunden bleiben und sich auch allmählich abnutzen. Gewiß sind es zum großen Teil die Parteien, die den heutigen Zustand verschuldet haben. Aber das größte Uebel ist doch, daß sich keine Männer gefunden haben, die den ehrlichen Willen, den Mut und die Kraft hatten, die widerstrebenden Kräfte unschädlich zu machen oder wenigstens zurückzuhalten und dem auseinanderstrebenden Parlament eine Führung zu geben, zu der dieses Vertrauen haben könnte. Eine Regierung, die unruhig hin- und herschwankt, findet natürlich ein solches Vertrauen nicht. Wird die folgende Regierung, mag sie nun wieder Clam-Martinitz, oder Coudenhove, Beck, oder Spitzmüller heißen, nicht mehr Sicherheit, Festigkeit, Mut und Geschicklichkeit zeigen, so wird der Staat bald wieder am Grabe einer Regierung stehen und wenn es dann so weiter geht, werden, wie heute die Polen, dann morgen alle die Elemente triumphieren, welche die Zukunft Oesterreichs im Wesentlichen in einer völligen Lockerung seines Bestandes, und nicht etwa in einer vernünftigen Dezentralisation seiner Verwaltung, sondern in einer separatistischen Autonomie seiner historischen Kronländer sehen. Noch ist es nicht soweit, aber es wird gut sein, wenn die verantwortlichen Männer in Oesterreich sich klar machen, wohin die Fahrt gehen soll.

Reichspost

20. VI. 1917

51

Das Parlament im Kriege.

Wien, am 19. Juni.

Als das Abgeordnetenhaus vor drei Wochen zusammentrat, wurde es von den aufrichtigen Wünschen der ganzen Bevölkerung begrüßt. Man hoffte auf eine parlamentarische Kontrolle der Verwaltung, einmütiges, rasches Vorgehen gegen Wucher und ausbeuterische Spekulation, kräftige Maßnahmen für Invalide, notleidende Kriegerfamilien, arme Waisen und Hungernde. Eine Fülle von Arbeiten, für die es keine nationalen Grenzpfähle gab, wartete und man hoffte, daß der in drei Jahren angesammelte Arbeitswille des Hauses, der ungestüm die Einberufung verlangte, an der elementaren Größe dieser volkstümlichen Aufgaben zu elementarer Wucht anschwellen werde, jeden zornig niederschleudernd, der jetzt im Kriege nach diesen bitteren Erfahrungen, nach der blutigen Bezahlung, die unserem Volke auf den Schlachtfeldern für die parlamentarischen Obstruktionen gegen unsere Staatskraft abgefordert worden ist, sich abermals der Arbeitsfähigleit des Hauses entgegenzustellen wagen würde.

Und jetzt nach drei Wochen stecken wir genau wiederum dort, wo das Haus im März 1914 im Schlamm versank. Es ist als ob es für Scharen dieser Parlamentarier seitdem keinen Weltkrieg, keinen Kampf um die Existenz des Staates gegeben hätte, als ob nicht der Besitz, der Arbeitsertrag, das Wohl jeder einzelnen Familie auf dem Spiele stünden und nicht Hunderttausende vor dem Feinde mit ihrem Leben für die Fehler haften müßten, die hier begangen werden. Die Klabriaspartie wird dort fortgesetzt, wo sie gewisse Politiker vor drei Jahren verlassen haben. Mag inzwischen die Welt halb in Fetzen gegangen sein — das ist schnuppe. Heute sind die großen Staatsfragen, die sorgenschwer auf dem Parlamente lasten, nicht die riesenhaften finanziellen, sozialen, sittlichen, weltpolitischen Probleme des Krieges und des kommenden Friedens, sondern die geheimnisvollen Rätsel, wie der und jener rascher Minister werden, wie viele Portefeuilles die oder jene wild herumschlagende Partei ergattern kann, ob es sich empfiehlt, vier oder fünf neue Ministerposten ohne Amt und ohne Arbeit, selbstverständlich aber mit Bezügen, zu schaffen, welche nationalen Konzessionen auf Kosten der verwaltungstechnischen Ordnung zu erreichen seien. Der Kuhhandel blüht — für den Polen- und Tschechenklub gibt es keine Höchstpreise, die im nächsten Augenblicke nicht von kühneren Forderungen überlizitiert würden. Jetzt hält man augenblicklich dort, daß Abgeordneter Mastalka „die Annäherung der Tschechen an das Parlament und an die Regierung" — wohlgemerkt, an das Parlament, nicht an die parlamentarische Mehrheit — für abhängig erklärt von der „Lösung der Frage der verurteilten tschechischen Abgeordneten und Einstellungen der Verfolgungen" — es handelt sich um gerichtliche! — „die noch im Zuge sind." Man weiß, was dies bedeutet. Der gewesene Abgeordnete Kramar ist rechtskräftig wegen Hochverrat zu Tode verurteilt worden, eine Strafe, die ihm durch kaiserliche Begnadigung auf fünfzehn Jahre Kerker gemildert wurde, der Abgeordnete Klofac ist wegen Ausspähung und Hochverrat noch in Untersuchung. In beiden Fällen sollen das Gebot einer Partei über Recht und Gesetz entscheiden. Politische Gruppen versuchen die Einmischung in die Rechtspflege, fallen den Richtern in die Arme, erklären sich für kompetenter, ihr eigenes Urteil in Strafsachen für zuständiger, als das zur Kriegszeit für Hochverrat gesetzliche Verfahren. Das ist nicht mehr Parlamentarismus, das ist der Versuch, Konvent zu spielen. Eine schlimmere Anarchie gibt es nicht, als die terroristischer Parteien, die die Gerichte sich beugen und Recht und Gesetz für ihre Häuptlinge aufheben wollen. Und es fehlte noch, daß zur Belohnung der giftbäuchigen Verführungen, deren Folgen heute jedermann in der Monarchie kennt, parlamentarische Einflüsse sich auch noch in die Hoheitsrechte der Krone einmischen, damit das verurteilte Verbrechen straflos werde. In einer Zeit, in der die Rechtsordnung den einfachen Mann aus dem Volke mit tausend strengen Vorschriften bindet, auf sein Eigentum zu verzichten, zu entbehren und selbst zu hungern, gibt es kaum etwas Frivoleres, als die jungtschechische Forderung, die vom Staate den Verzicht auf die Rechtsordnung zugunsten von Parteihäuptlingen begehrt.

Auf der rechten Seite des Hauses hat man die Mäßigung der deutschen Parteien, mit der diese auf die bekannten „Voraussetzungen" des Parlamentes verzichteten, offenbar mißdeutet und das bereitwillige Entgegenkommen zu gemeinsamer friedlicher Arbeit als Verschüchterung aufgefaßt. Sonst wäre es nicht erklärlich, daß tschechische und polnische Gruppen ihre Forderungen von Tag zu Tag immer höher spannen und für ihre Maßlosigkeiten keine Grenzen mehr kennen. Den deutschen Parteien wird nichts übrig bleiben, als dieses Mißverständnis dadurch zu korrigieren, daß sie nun auch ihrerseits Forderungen aufstellen, die nicht so egoistisch sein werden, wie die von der anderen Seite, die aber mit Festigkeit und Energie vertreten werden müssen. An die Spitze dieser Forderungen gehören die Sätze: Nationale Konzessionen für Staatsnotwendigkeiten und Aufrechterhaltung der Staatsordnung werden nicht gegeben, Pflicht wird nicht bezahlt. Mit Parteien, die das Parlament obstruieren und sich damit zu inländischen Exponenten des Feindes machen, wird nicht mehr verhandelt!

Aber auch die Vertreter der Staatsautorität müssen sich endlich mit eiserner Entschlossenheit vor den Staat stellen und zeigen, daß sie auch die Faust ballen können, um den Staat und das Volk gegen gewissenlose Hetzer und Störenfriede zu verteidigen. Es ist genug.

Arbeiterzeitung

20./VI. 1917

52

Eine tatkräftige Regierung.

Die Regierung Clam-Martinic hat demissioniert und Graf Clam-Martinic unterhandelt. Aber hat er irgend einen Plan zur Entwirrung der Dinge, ja auch nur eine Vorstellung, wie die Konflikte geschlichtet werden könnten? Das wird ihm auch das wohlwollendste Urteil nicht nachsagen! Dem Grafen Clam-Martinic kann man alle „Pläne" unterbreiten: ebenso eine teilweise Umformung seines Ministeriums wie die Auswechslung aller Minister, ein Kabinett mit „parlamentarischem Einschlag" wie eines ganz aus Abgeordneten — er selbst hat keinen, weil er darüber, wie zu verfahren sei, wie in Oesterreich regiert werden kann, zu einer Meinung nicht gelangt ist. Er will im Augenblick nur sein Budgetprovisorium haben, und da es die Regierung, der er bisher vorgesessen ist, nicht zu erlangen vermag, so wird er eben eine andere Regierung „bilden". Welche? Das ist gleichgültig, Hauptsache ist, daß ihr das Budgetprovisorium bewilligt wird.

Die Krise der Regierung Clam-Martinic, dieser Regierung, die das Gute, das ihr angeblich vorschwebt, zwar nicht zustande bringt, die aber doch eigentlich niemandem Böses zufügen will, dennoch aber ungewöhnlich heftigen Feindschaften begegnet, diese Krise hat ohne Zweifel tiefe Ursachen, und zwar viel tiefere, als die „wundergläubigen" Oesterreicher sich zugestehen mögen. Aeußerlich sieht man freilich nur die Opposition gegen die Regierung, aber dahinter steckt mehr, steckt der Kampf gegen den Staat, der nun, wie er sich jetzt darstellt, bei sämtlichen nichtdeutschen Nationen die stärkste Gegnerschaft findet. Das ist besonders faßlich den Polen anzumerken. Wir glauben schon, daß es ihnen mit den Forderungen politischer und materieller Art, die sie erheben, blutig ernst ist; aber daß sie, die getreuen Fridoline jeder Regierung, jetzt das Budgetprovisorium verweigern, dessen Bewilligung sonst für sie eine Selbstverständlichkeit war, ist damit, daß sie zu der Regierung Clam kein Vertrauen besitzen und ihr Vertrauen an stattliche Voraussetzungen knüpfen, keineswegs erklärt. Zu dieser allerschärfsten parlamentarischen Taktik, ihnen ansonsten ganz fremd, konnten sich die Polen nur entschließen, weil sie sich von dem Staate Oesterreich innerlich schon losgelöst haben, mit ihm heute nur noch in einer Art von Zweckgemeinschaft leben, mit ihren Hoffnungen und Sehnsuchten aber längst anderswo weilen. Die Opposition der Polen, in ihrer Schärfe allen ihren hergebrachten Auffassungen widersprechend, ist nur ein Ausdruck der Entfremdung, die zwischen ihnen und dem Staate Oesterreich eingetreten ist. Es steht auch um die Opposition der Tschechen, der Südslaven, der Ruthenen anders, als man sichs zugeben will; es ist nicht jene landläufige Opposition mehr, die mit dem „Kurs", der gerade gesteuert wird, unzufrieden ist, die nach nationalen Konzessionen Ausschau hält; es ist heute der Widerspruch gegen die gesamte nationalpolitische Ordnung in diesem Staate. Es ist der Vorsatz jeder dieser Nationen, den Staat, der verlangt hat, daß sich seinen Notwendigkeiten die Nationen anpassen, derart umzuformen, daß er den Bedürfnissen der Nationen nach voller und restloser nationaler Ausprägung entspricht. Nichts kindischer deshalb als das Gerede von dem „Konzentrationsministerium," das alle Nationen und Parteien zur einträchtigen Arbeit für das Ganze verknüpfen und binden soll. In Eintracht sich zur Arbeit für das Ganze zu verbünden — nur schade, daß so viele dieses „Ganze" nicht wollen, es nicht erhalten, sondern sehr bedeutsam verändern möchten! Man kann natürlich irgend eine „Rekonstruktion" der Regierung Clam heraustüfteln, die das Budgetprovisorium in den Hafen bringt, aber eine Regierung, die das österreichische Problem bezwingt, werden wir darum noch lange nicht haben. Es wäre aber hoch an der Zeit, wenn man an den entscheidenden Stellen begriffe, daß mit derlei kleinen Auskunftsmitteln nichts getan ist, daß der Staat damit aus dem Sumpf nicht herauskommt, daß vielmehr die Notwendigkeit gebietet, sich von allen gerngeglaubten Fabeln endlich zu befreien und dem Ernst der Dinge unerschrocken ins Gesicht zu sehen.

Aber auch wenn man die Voraussicht nicht aufbringt, zu erkennen, daß doch einmal das ganze Problem betrachtet werden muß, wenn man nur die sozusagen normale Lage herstellen will, daß dem zerrissenen, einer natürlichen Mehrheit entbehrenden Parlament eine Regierung gegenübersteht, deren persönliches und sachliches Ansehen eine gewisse Anziehungskraft auf die Parteien verbürgt, auch dann wäre nichts unfruchtbarer als dieses Herumflicken an einem Ministerium, das im Zuschnitt verdorben ist. Schon daß sich an die einzelnen Minister eine so umfängliche Erörterung anknüpft, zeigt deutlich, daß es vor allem dem Ministerpräsidenten an jenem Führertalent gebricht, ohne das es in dieser gärenden Zeit nicht geht. Guter Wille, persönliche Unvoreingenommenheit sind sicherlich schätzenswerte Tugenden; aber sie machen den Mangel größerer politischer Konzeption nicht wett; und dieser Mangel ist schon in dieser Krise fühlbar, die zwar tiefe Ursachen hat, deshalb aber doch nicht an dem ersten Objekt und schon gar nicht bei dem harmlosen Budgetprovisorium ausbrechen mußte. Wenn schon die Regierung nicht herbeizuschaffen ist, die jene Ordnung des Verhältnisses der Nationen und ihres Verhältnisses zum Staate leistet, ohne die an eine wirkliche Konsolidierung des Nationalitätenstaates nicht zu denken ist, so muß doch wenigstens jene handwerksmäßige Tüchtigkeit zur Stelle sein, die imstande ist, die Reibungselemente vorauszusehen und Reibungen zu verhindern, der es also nicht zustoßen wird, daß sie mitten im Weltkrieg für ein Budgetprovisorium keine Mehrheit findet, also in eine Fährlichkeit gerät, die wohl noch keiner Regierung in Oesterreich beschieden war. Das ergibt doch einen Mangel an politischem Blick, der wohl nicht ermuntert, das Experiment zu wiederholen und an das unfröhliche Ende einen ebensolchen Anfang anzuknüpfen.

Als sich das Ministerium Clam bildete, dachte man wohl an eine lange beschauliche § 14-Zeit, und darauf, nämlich mit den Personen die Abneigung gegen das verfassungslose Regieren abzustumpfen, war bei der Wahl und Auswahl der Männer der Sinn gerichtet. Nun ist das Parlament da, nun sieht man Oesterreich, wie es eben ist, und muß die Regierung suchen, die dem wirklichen Oestereich, nicht dem Oesterreich der geträumten und nie erschauten Wunder entspricht. Die Regierung Clam-Martinic ist diese Regierung der Voraussicht und Tatkraft nicht.

Kölnische Zeitung 21./VI. 1917 54

Oesterreich-Ungarn.

Das neue Kabinett.

✡ **Wien**, 24. Juni. Die überraschenden Wendungen in der innern Politik der Donaumonarchie seit dem Regierungsantritt Kaiser Karls sind durch eine neue vermehrt worden: dem Kabinett Clam-Martinitz, das ein hochpolitisches sein wollte, sogar sich zwiefach, und zwar auf entgegengesetzten Wegen, unterfangen hatte, die Frage der innern Politik Österreichs oder besser die eigentliche österreichische Frage zu lösen, ist ein farbloses Beamtenministerium von Sektionschefs als Leitern der Einzelressorts gefolgt mit der bescheidenen Aufgabe, dem Staat zu sichern, was er gerade zum Leben braucht; und obendrein ist der Vorsitzende dieses Ministerrats ohne Minister der jüngste unter den verfügbaren Sektionschefs, Ernst Ritter v. Seidler, der soeben erst von dem inzwischen gestürzten Grafen Clam zum Leiter des Ackerbauministeriums ernannt worden war. Dieses „Leiter"-Ministerium — nur der aus dem Ministerium Clam übernommene Leiter des Ernährungsamts, Generalmajor Höfer, sowie die neuen Inhaber des Innen- und des Landesverteidigungsministeriums haben in ihm Ministerrang und -titel — wird sich damit begnügen, das sechsmonatige Budgetprovisorium, die Verlängerung der Dauer der Abgeordnetenmandate und die Delegationswahl unter Dach zu bringen. Es wird ein Übergangsministerium sein mit der Bestimmung, abzutreten, wenn die große Aufgabe der Neuordnung Österreichs, wie sie die Thronrede vorgezeichnet hat, der Lösung zugeführt werden soll und der gegen Jahresende fällige Abschluß des neuen wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn vollzogen werden muß. In welcher Weise die Bildung des neuen endgültigen Ministeriums gedacht ist, ergibt sich ziemlich klar eben aus der Reihe der jetzt unbesetzt gebliebenen Ministersessel — es sind die der sogenannten Landsmannminister der Polen und der Tschechen und des Ministers Baernreither als prädestinierten Ministers für soziale Fürsorge — sowie aus der Freihaltung der des Finanz-, des Arbeiten-, des Unterrichts-, des Eisenbahn-, des Handels- und des Justizministers für Minister auch nach Rang und Titel: es soll die Möglichkeit der Parlamentarisierung des Kabinetts und die bei gegebener Gelegenheit rasche und wenig kostspielige Durchführung derselben offen gelassen werden; das Aushilfsmittel, auf das auch Graf Clam im letzten Stadium seiner Ministerpräsidentschaft wieder verfallen war und das nach dem für den Gesamtstaat wenig erfreulichen Ergebnis seiner Erprobung durch das Ministerium Beck von dessen unmittelbaren Nachfolgern Bienerth und Stürgkh ad acta gelegt worden war und dort für immer verbleiben zu sollen schien, dieses Aushilfsmittel soll, und wahrscheinlich in der vom Grafen Clam versuchten Ausdehnung der Gattung der Landsmannministerien auch auf die andern Nationalitäten, neuerlich hervorgeholt und als Zaubermittel zur Lösung des österreichischen Problems, d. h. des Ausgleichs der Staatsinteressen mit denen der einzelnen Staatsvölker, angewandt werden. Provisorien sind in Österreich allerdings meist von langer Dauer. So ist es nicht ausgeschlossen, daß das „Leiter"-Ministerium länger wird leben müssen, als ihm ursprünglich zugedacht war. Vorderhand wird wohl die Aussicht, die es allen ministrabeln ehrgeizigen Parlamentariern aller Parteien und Nationalitäten so verlockend vor Augen stellt, dazu beitragen, daß es seine nächste Aufgabe, die Sicherung der dringenden Staatsnotwendigkeiten, schnell wird lösen können. Die Parteien und Nationalitäten wenigstens, die Graf Clam sich vergeblich bemüht hat, aus dem Schmollwinkel hervorzuholen, zeigen dem so überraschend an die Spitze der Geschäfte gestellten neuen Manne ein freundliches Gesicht, und da die Parteien des deutschen Blocks, der übrigens nach den letzten parlamentarischen Vorfällen das Bedürfnis fühlt, sich noch fester zusammenzufügen und sich eine noch straffere Organisation zu geben, als bewußte Staatsparteien dem Staate in dringender Kriegsnot alles bewilligen, was er zum Leben und zur siegreichen Beendigung des Krieges, der zu seiner Vernichtung angezettelt worden, braucht, wird das Kabinett Seidler eine Arbeitsmehrheit finden, die die genannten Angelegenheiten in Kürze erledigen wird.

Von der Persönlichkeit des neuen „Vorsitzenden des Ministerrats" — so nennt ihn das kaiserliche Handschreiben — ist vor allem wissenswert, daß er seine rasche Laufbahn dem Umstande verdankt, daß er zu den hohen Staatsbeamten gehört hat, die den nach der Serajewoer Mordtat so plötzlich zur unmittelbaren Thronfolge berufenen jetzigen Kaiser durch Vorträge in die Geheimnisse der Verwaltung einweihten. Er hat dabei in hohem Grade Vertrauen und Hochachtung des heutigen Herrschers gewonnen, der ihm bereits einen öffentlichen Beweis dafür durch die Betrauung mit der Leitung des Ackerbauministeriums gegeben hat. Ritter v. Seidler ist 55 Jahre alt. Nach siebenjähriger Tätigkeit als Sekretär der Leobener Handelskammer und Dozent für Volkswirtschaftslehre an der dortigen bergbaulichen Hochschule wurde er als Vorstand der dort neugeschaffenen politischen Abteilung ins Ackerbauministerium berufen, in dem er es schon im Jahre 1909 n Sektionschef brachte. Seit 1906 wirkte er auch mit Titel und Charakter eines Hofrats als ordentlicher Professor des Verfassungs- und Verwaltungsrechts an der Wiener Hochschule für Bodenkultur, seit 1901 als Privatdozent für dieselbe Disziplin an der Wiener Universität, wo er seit 1914 ebenfalls eine ordentliche Professur bekleidet. Von seiner wissenschaftlichen Befähigung zeugen eine Reihe volkswirtschaftlicher Schriften. Als praktischer Verwaltungsmann hat er sich namentlich auf dem Gebiete des Wasserrechts, wofür er einen Entwurf geschaffen hat, und des wirtschaftlichen Ausgleichs mit Ungarn, sowie der Handelspolitik erfolgreich betätigt. Seit Kriegsbeginn waren ihm außerdem schwierige Fragen der Kriegswirtschaft, namentlich die Regelung des Ein- und Ausfuhrverkehrs mit den Auslandsstaaten, zugewiesen.

Reichspost
21./VI. 1917

— **Kammerspiele.** Ja doch, die Neuheit dieser Bühne möchten wir recht warm empfehlen: Sie heißt „Fett", stammt von August Bräunert und hat mit Kunst ganz und gar nichts zu schaffen. Doch wohnen ihr bedeutende erzieherische und volksaufklärende Werte inne. Der Regenschirmhändler (!) Nathan Lichtblau kauft zehn Waggons Fett, um damit Kettenhandel zu treiben. Wie wahr, wie trefflich der Wirklichkeit abgelauscht! Es ist erfreulich, daß man die Wahrheit jetzt nicht bloß in den Gerichtssälen, sondern auch im Theater zu hören bekommt. Darum gehe jeder, der es gesundheitlich verträgt, in dieses Stück. Es wird zwar dort gejüdelt, daß sich die Balken und Nasen biegen und alle Tugenden der lieblichen Sippe kommen lärmend zum Ausbruch. Aber man tut einmal einen hochinteressanten Blick in die Werkstätte des Kettenhandels. Daß die Schilderung echt ist, bezeugte uns gestern der geschmeichelte Beifall der schöngelockten stammesgenössischen Zuschauer.

Abendz
22./VI. 1917 60

Der Abschied des Kabinetts Clam.

Der Abschied des Kabineits Clam-Martinitz vom Amte und vom Parlament vollzog sich in einer sonst hierzulande nicht üblichen Art, der man zubilligen muß, daß sie in parlamentarischem Geiste gedacht und ausgeführt war. Man wußte, daß sich die Parteien in einer Obmännerkonferenz geeinigt hatten, die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses solle nur eröffnet und bis Dienstag vertagt werden, bis zur Bildung des neuen Kabinetts. Es hieß, daß die Ministerbank leer bleiben würde. Die zahlreich erschienenen Abgeordneten sahen aber, bald nachdem das Glockenspiel sie in den Sitzungssaal gerufen hatte, alle Minister ihre Plätze einnehmen. Eine weitere Ueberraschung kam, als der Präsident des Hauses Abgeordneter Doktor Groß ein längeres Schreiben, das Graf Clam-Martinitz an ihn gerichtet hatte, verlas. Dieses Schreiben ist eine ausführliche Begründung des Rücktrittes des Ministeriums vom Amte, ein Rechenschaftsbericht, der vom Hause mit größter Aufmerksamkeit und Ruhe angehört wurde; es lag darin die Anerkennung, mit welchem Ernst der Kabinettschef sein Programm dem Erfolg zuführen wollte.

Das lebhafte Interesse für die weitere Gestaltung der Lage kam heute im Hause auch in dem Erscheinen zahlreicher Herrenhausmitglieder, unter andern des Fürsten Fürstenberg, der Grafen Erwein Nostitz und Larisch im Parlamentsgebäude zum Ausdruck. Die Anschauung geht dahin, daß ein reines Beamtenkabinett die Regierung übernehmen werde, dessen Mitglieder keinerlei Engagement belastet. Man meint, daß sich am Dienstag die neuen Männer dem Hause vorstellen werden. Im Laufe des heutigen Vormittags wurden im Zusammenhang mit der Kabinettsbildung mehrere politische Persönlichkeiten zum Kaiser berufen.

* * *

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Präsident Dr. Groß eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Min.

Der Minister des Innern übermittelt einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen über die Unfallversicherung der Arbeiter.

Der Abschiedsbrief des Ministerpräsidenten.

Präsident Dr. Groß: Hohes Haus! Es ist mir gestern in später Stunde das folgende Schreiben zugegangen:

„Hochgeehrter Herr Präsident!

Wie Euer Hochwohlgeboren bekannt, war es meine Absicht, eine Rekonstruktion des Kabinetts auf breiter Basis zu ermöglichen. Diese Modalität schien mir allein einen sicheren Weg zu bieten, um nicht nur die parlamentarische Erledigung der dringendsten Gegenstände zu gewährleisten, sondern auch eine Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse herbeizuführen, ohne welche ich mir eine weitausgreifende und gedeihliche Tätigkeit des Reichsrates in seiner Herbsttagung nicht wohl denken kann.

Im Verlaufe meiner Verhandlungen mit den politischen Parteien habe ich die Einsicht gewonnen, daß durch eine partielle Rekonstruktion wohl eine Majoritätsbildung für die allernächsten und dringendsten Aufgaben möglich wäre, daß jedoch die Aussichten für eine Erreichung des vorerwähnten weitergesteckten Zieles mindestens zweifelhaft sind. Da ich sonach auf eine Lösung, wie sie mir allein den Staatsinteressen und den wahren Interessen des Parlaments entsprechend erschien, nicht rechnen darf, habe ich mich entschlossen, Seiner Majestät den allerunterthänigsten Antrag zu stellen, die bereits unterbreitete Demission des Gesamtkabinetts allergnädigst annehmen zu wollen, und gewärtige die Allerhöchste Willfahrung dieses Antrages.

Da es mir nicht möglich war, Euer Hochwohlgeboren persönlich anzutreffen, so erlaube ich mir auf diesem Wege, hievon Mitteilung zu machen und Euer Hochwohlgeboren zu empfehlen, womöglich eine Verschiebung der Verhandlungen des hohen Abgeordnetenhauses bis Montag oder Dienstag zu veranlassen, ein Vorgang, der wohl dem parlamentarischen Brauche vollkommen entspricht.

Ich werde jedenfalls noch die Ehre haben, Euer Hochwohlgeboren aufzusuchen und mich von Ihnen am Ende einer Periode gemeinsamer Arbeit, an die ich stets mit den wärmsten und achtungsvollsten Gefühlen für die Person Euer Hochwohlgeboren zurückdenken werde, zu verabschieden.

Empfangen Euer Hochwohlgeboren die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung. Ergebenst

Clam-Martinitz.

Wien, am 21. Juni 1917."

Präsident Dr. Groß: Im Zusammenhang mit diesem Schreiben habe ich dem hohen Hause bekanntzugeben, daß der Landesverteidigungsminister mich ersucht hat, dem Hause mitzuteilen, daß er die Interpellation der Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen auf schriftlichem Weg beantworten wird.

Vertagung bis Dienstag.

Im übrigen glaube ich, daß wir unter den obwaltenden Verhältnissen entsprechend dem parlamentarischen Brauch nichts andres tun können, als die Verhandlungen zu vertagen. Ich schlage vor, die nächste Sitzung Dienstag, den 26. d., 11 Uhr vormittags mit der heutigen Tagesordnung abzuhalten.

Das Haus stimmt diesem Vorschlag zu.

Schluß der Sitzung 11 Uhr 40 Minuten vormittags.

Fremdenblatt

22./VI. 1917

Anbot eines Ministerpostens an den Sozialdemokraten Dr. Renner.

Die „Sozialdemokratische Korrespondenz" meldet:

Ministerpräsident Graf Clam-Martinic hat gestern das Präsidium des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten eingeladen, um ihnen seine Regierungspläne vorzutragen, und den Klub aufgefordert, einen Vertreter ins Kabinett zu entsenden. Mit Rücksicht auf die nationalpolitischen Aufgaben, welche sich die Regierung gestellt, habe die Regierung die Berufung des Abgeordneten Renner in Aussicht genommen.

Für die Partei erklärten die Abgeordneten Pernerstorfer und Seitz, daß der Abgeordnete Renner als Klubvorstand der Partei die Teilnahme an der Kabinettsbildung ablehnen werde. Prinzipielle Erwägungen lassen die Sozialdemokraten die Teilnahme an der Regierung eines kriegführenden Staates als völlig ausgeschlossen erscheinen. Die erste Aufgabe der Sozialdemokratie sei zurzeit die internationale Arbeit für den Frieden. Außerdem lassen die herrschenden Verfassungszustände keine Möglichkeit zu, irgend eine Verantwortung zu übernehmen. An der Aufrichtung einer dauernden parlamentarischen Ordnung und der Herstellung des Friedens zwischen den Nationen Oesterreichs und einer Verfassung, die diesen Frieden verbürgt, werde die Partei nach wie vor mitarbeiten.

Der Ministerpräsident nahm die Antwort bedauernd zur Kenntnis.

Reichspost
22./VI. 1917

61

Der Rücktritt des Ministeriums Clam-Martinic — endgültig.

Ein Uebergangsministerium in Aussicht.

Wien, am 21. Juni.

Die Fäden, die gestern schon geknüpft zu werden schienen, sind heute wieder den Händen, die sie hielten, entglitten und der Abend des heutigen Tages hat die parlamentarische Lage wieder in das Ungewisse und Uferlose zurückgestürzt. Die Vereinbarungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien, gestern in den Grundzügen schon gesichert, empfingen heute einen plötzlichen Stoß durch die Erklärung der Polen, daß sie nicht gesonnen seien, in ein Konzentrationskabinett einzutreten, in dem eine große slavische Partei fehle. Das war eine Schwenkung in der Richtung der Tschechen, die bei der bekannten Haltung der letzteren allen weiteren Versuchen einer Umbildung des Ministeriums Clam-Martinic ein Ende bereiten mußte.

Graf Clam-Martinic hat deshalb noch heute abend dem Kaiser die Bitte unterbreitet, die bereits überreichte Demission des Gesamtkabinetts zu genehmigen und eine andere Persönlichkeit mit der Regierungsbildung zu betrauen.

Es wird sich zeigen, ob der nun vor sich gehende Personenwechsel eine Erleichterung für die notwendige rasche Ordnung der Dinge bedeutet. Manche glauben es. Sicher war es ein Fehler, daß das Abgeordnetenhaus eröffnet wurde, bevor ein festes Arbeitsprogramm unter Solidarhaftung aller großen Parteien vereinbart worden war; dieser Regiefehler wäre aber nicht entscheidend gewesen, wenn in einzelnen Parteien mehr ernstlicher Wille zu einträchtiger Arbeit und mehr Verständnis für den Ernst der Stunde vorhanden gewesen wäre. Das Unternehmen, die vorhandenen Mängel an Organisation und gutem Willen durch ein Konzentrationsministerium zu überbrücken und die verschiedenen nationalen Gruppen durch Minister ohne Portefeuille am Kabinett zu beteiligen, schien gestern abend zu gelingen; heute aber schlossen sich vormittags schon die Südslaven mit den Tschechen zu einer Vereinbarung zusammen, die gemeinsamen Eintritt oder gemeinsame Abkehr zur Losung gegenüber dem Konzentrationskabinett machte, und als nun an den Polenklub die Entscheidung herantrat, seinen Absichten zu folgen und sich von den beiden andern Gruppen zu trennen, wich er zurück, ließ heute abend die bisherigen Vereinbarungen fallen und brachte damit den Plan der Umbildung des Kabinetts Clam-Martinic zum Sturze. Die maßgebenden unmittelbaren Motive für diese Geschehnisse liegen, wie der Ministerpräsident selbst bekannte, auf persönlichem Gebiete und er begründete auch mit jener ruhigen Offenheit, die sein Wesen auszeichnet, seinen Rücktritt damit, daß er den Eindruck habe, es sei seine eigene Person ein Hindernis der Entwirrung und deshalb halte er sich verpflichtet, der Ordnung durch eine geeignete Hand nicht den Platz zu verstellen.

Graf Clam-Martinic hat sich mit großem Freimut als ein Anhänger der Oktroierung der bekannten „Voraussetzungen" erklärt und dies verziehen ihm in der Tat jene Parteien, die diese Voraussetzungen nicht wollen, auch dann nicht, als er versicherte, die parlamentarische Erledigung dieser Staatsnotwendigkeiten anstreben zu wollen.

Es wird nun voraussichtlich zunächst ein Uebergangsministerium zur vorläufigen Fortsetzung der notwendigen Geschäfte gebildet werden, das die Aufgabe haben wird, eine dauernde Arbeitsmehrheit und eine definitive Regierung vorzubereiten. Als positive Elemente, die in den letzten Tagen ermittelt wurden, kommen dabei folgende Umstände in Betracht:

Die Polen erklären unter bestimmten wirtschaftlichen Zugeständnissen, die schon soviel wie vereinbart sind, die Arbeitsmehrheit bilden zu helfen.

Südslaven und Ruthenen haben in den Verhandlungen und in den parlamentarischen Ausschüssen gestern und heute wiederholt erklärt, die Herstellung der parlamentarischen Ordnung und die Erledigung der Staatsnotwendigkeiten ermöglichen zu wollen.

Die deutschen Parteien waren bereit, mit diesen Gruppen ein Konzentrationskabinett zu bilden.

Einer geschickten parlamentarischen Diplomatie müßte es gelingen, nun, da mit dem Rücktritte des Grafen Clam-Martinic gewisse persönliche Reibungen beseitigt sind, mit diesen positiven Tatsachen etwas anzufangen. Das Abgeordnetenhaus hat jetzt ganz freie Hand, sich die Neuordnung — wenn es überhaupt eine will — einzurichten. Keine Person, kein übernommenes Programm stört mehr. Jetzt ist die Probe darauf zu machen, wie viel Talent und guter Wille im Abgeordnetenhause lebendig sind. Eine Enttäuschung, die jetzt käme, wäre noch ernster, als die erste.

Vossische Zeitung
22. VI. 1917

Das österreichische Völkerproblem.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 21. Juni.

Ueber die Krise kann man verantwortlich nur unter Vorbehalt Meldung erstatten, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Die Richtung, in der sie sich bis heute vormittag bewegte, dürfte den Ausbau des bisherigen Kabinetts, und zwar durch Ernennung mehrerer Landsmannminister bedeuten. Das heißt, die Entwicklung der Regierung in ein engeres und weiteres Kabinett, um im Sinne eines Bundesministeriums möglichst vielen Nationen direkten Einfluß auf die Regierung zu verschaffen. Die Tendenz geht zunächst dahin, die nationalen Parteien zu einer Arbeitsmehrheit zusammenzuschließen, was zur Befriedigung der Polen in dem gestern abend gemeldeten Sinne, der Südslawen und Ruthenen im Verein mit den Deutschen möglich werden soll. So sollen sechs Minister ohne Portefeuille nur zu dem Zwecke der Wahrung ihrer nationalen Ansprüche in die Regierung eintreten. Dagegen sollen die im Kriege besonders wichtigen Ministerien der Finanzen, der Eisenbahnen, des Innern und der Landesverteidigung den deutschen Fachbeamten verbleiben. Es wäre dies also durchaus keine parlamentarische Verwaltung, wohl aber ein politisch parlamentarischer Zuwachs. Man möchte dadurch das Parlament zu einem Burgfrieden wenigstens in dem Maße bestärken, als jetzt noch von einem Burgfrieden gesprochen werden kann.

Daß so umfassende Neuregelungen plötzlich durch einen unerwarteten Anstoß hervorgerufen werden konnten und buchstäblich von heute auf morgen improvisiert werden sollen, bleibt unbegreiflich. Man versteht nur schwer, warum dies alles nicht in monatelangen Verhandlungen vor Eröffnung des Reichsrats sorgsam ausgearbeitet wurde. Indessen war bei der Verworrenheit und Gefährlichkeit des gegenwärtigen Zustandes jede Einigung willkommen. Ohne den altehrwürdigen Handel mit Zugeständnissen geht es auch diesmal nicht vorwärts.

Die Polen haben auch gestern vornehmlich mit Spitzmüller verhandelt. Sie sollen ihrer Milliarde so ziemlich sicher sein. Ferner sollen sie den Landsmannminister und, nach einer anderen Version, noch zwei Portefeuilles erhalten. Ein Gegengewicht soll durch einen ruthenischen Landsmannminister geschaffen werden, als welcher Lewicki genannt wird. Doch fordern die Polen daraufhin zwei Landsmannminister. Auch mit den Südslawen ist man im großen einig, und ihr Führer Korosec geht heute nachmittag zum Kaiser. Bei beiden Völkern ist aber nur eine Milderung der Opposition zu erreichen, denn ihre grundsätzliche oppositionelle Stellung behalten sie sich trotzdem vor, ein nur in Oesterreich möglicher und verständlicher Vorgang, daß eine mitregierende Nation der Regierung Opposition macht. Den vierten Landsmannminister sollen die zu der Unio latina vereinigten Italiener und Rumänen erhalten.

Nur die Tschechen, mit deren Führern Gf Clam-Martinic gestern und heute stundenlang verhandelte, bleiben unbeugsam in voller und leidenschaftlicher Ablehnung aller Pläne und Anträge, so daß die Hauptfrage, die deutsch-tschechische, vorläufig wieder unentschieden bleibt. Die Regierung hat jede Nachgiebigkeit wegen der eingesperrten Abgeordneten den Tschechen gegenüber verweigert und soll entschlossen sein, die Stelle eines tschechischen Landmannministers, wenn sie weiter unbeugsam bleiben, einer ihnen nahestehenden Persönlichkeit aus dem Herrenhause einzuräumen. Doch dürfte der Fall des eingesperrten Abgeordneten Klofac der Regierung noch große Schwierigkeiten bereiten.

Die Deutschen selbst, die vorläufig geschlossen vorgehen, haben ihre Zustimmung zu dem Bundesministerium für den Fall gegeben, daß die Einzelheiten des Planes ihren nationalen Besitzstand gesichert lassen. Die Christlich-Sozialen haben eine Beteiligung mit der formellen Begründung abgelehnt, sie hielten die Zeit für ein parlamentarisches Ministerium für ungeeignet, doch verlangt der Nationalverband evtl. noch einen deutsch-böhmischen und einen alpenländischen Landsmannminister. Nachdem die Regierung durch Einigung mit den Polen das Budget in Sicherheit gebracht zu haben scheint, will sie diese plötzliche und eilige Ausbildung ihrer eigenen Grundlagen wenigstens nicht in 48 Stunden überstürzen, und da das Budget heute nicht erledigt werden dürfte und nach der neuen Geschäftsordnung morgen wieder in das Plenum des Hauses kommen wird, so wird sich morgen wahrscheinlich das unerwartete Schauspiel ergeben, daß im Rahmen der fortgesetzten Budgetdebatte im Plenum des Hauses die Parteien sich zu einer Ministerkrise äußern werden, die noch gar nicht beigelegt ist.

Emil Ludwig.

Frankfurter Zeitung

23./VI. 1917

71

Ein Hetzversuch.

G Wien, 19. Juni.

In einem recht giftigen und denunziatorischen Artikel befaßt sich die heutige „Zeit" mit unserer Korrespondenz vom 7. Juni „Politische Schicksalstage" (Erstes Morgenblatt vom 14. Juni), in der ausgeführt war, welche Gefahren für den Bestand Oesterreichs eine ungehinderte Fortsetzung der mit dem Antrag Branta neuerdings aufgenommenen aggressiv slawischen Politik heraufbeschworen würde. Wir hätten keine Veranlassung, uns mit dem auch von persönlicher Bosheit strotzenden Artikel der „Zeit" des näheren zu befassen. Nur weil man nie weiß, von welcher Seite die „Zeit" gerade „beeinflußt" wird, und weil wir eine Beschuldigung der „Frankfurter Zeitung", daß sie aus irgend welchen mysteriösen Gründen die Völker Oesterreichs gegen einander zu hetzen versuche, nicht widerspruchslos hinnehmen können, stellen wir fest, daß der ganze Artikel der „Zeit" auf die bewußte und böswillige Unterstellung aufgebaut ist, daß wir nicht etwa, wie aus unserer ganzen Korrespondenz klar hervorgeht, für die Entfernung der Polen aus dem Reichsrat, das ist die Schaffung einer deutschen Abwehrmajorität und die von der Krone bereits zugesagte Sonderstellung Galiziens, sondern für den Verzicht Oesterreich-Ungarns auf den Besitz Galiziens eingetreten seien. Daß man auch darin, entsprechende Kompensationen voraus gesetzt, nicht grade ein katastrophales Unglück zu erblicken brauchte, hat die „Zeit" beispielsweise erst jüngst in einem Artikel über die Kriegsziele auseinandergesetzt. Aber das ist eine Sache für sich, und hat mit unserer Korrespondenz schlechterdings nichts zu tun. Die „Zeit" aber braucht die perfide Unterstellung, um mit der Gegenfrage kommen zu können (dies wohl der Zweck der ganzen Uebung!), was man wohl in Frankfurt sagen würde, wenn ein Wiener Blatt sich erdreistete, den Deutschen zu empfehlen, daß sie doch endlich „die Elsaß-Lothringer, Polen und Dänen, die ja nichts anderes verlangten, ihre Wege ziehen ließen, damit die ganze zivilisierte Welt aufhören könnte, sich ewig mit diesen Problemen zu befassen." Wir vermuten, in Frankfurt würde man einem solchen Wiener Blatt „empfehlen", zunächst die Kundgebungen der Elsaß-Lothringer selbst zur Kenntnis zu nehmen und dann erst hetzerische Fragen zu stellen. Einen kleinen Fingerzeig geben aber gerade diese Fragen, aus welchem Lager der Artikel der „Zeit" stammen mag. Aus dem Deutschen sicherlich nicht.

Frankfurter Zeitung

23. VII. 1917

Das Kabinett Esterházy.

Graf Esterházy hat am Donnerstag dem ungarischen Abgeordnetenhause das von ihm gebildete Kabinett vorgestellt und sein Programm vorgelegt. Der kurze Auszug, den das offiziöse Telegraphenbureau verbreitet, läßt nur ganz im allgemeinen die Grundzüge dieses Programms erkennen. Diese sind: Wahlreform, soziale Reformen, Ausgleich mit Oesterreich und darauf aufgebaute wirtschaftliche Abmachungen mit Deutschland, Festhalten an dem engen Bündnis mit dem Deutschen Reiche und an den mit der Türkei und Bulgarien geschlossenen Bündnissen. In den letzten Punkten, besonders was das Bündnis mit Deutschland angeht, unterscheidet sich die neue Regierung kaum von der alten. Die Elemente der früheren Opposition, die wie Graf Karolyi, eine auswärtige Politik des Selbstmordes befürworten und zur Entente hinneigen, sind daher von vornherein nicht in das Kabinett eingetreten. Auch den Ausgleich mit Oesterreich wird das neue Kabinett schwerlich anders behandeln können, als ihn Graf Tisza hätte behandeln können. Der Ausgleich ist ja auch, soviel man noch über ihn gehört hat, für Ungarn, infolge der politischen Ueberlegenheit seiner Regierung und seiner verfassungsrechtlichen Stellung in der Gesamtmonarchie, so günstig ausgefallen, daß es den Bogen wirklich überspannen hieße, wenn Ungarn jetzt versuchen wollte, sich noch weitere Vorteile auf Kosten Oesterreichs zu verschaffen. Graf Apponyi hat zwar zuerst den langfristigen Ausgleich bekämpft, seine Bedenken aber dann fallen lassen, vielleicht, weil er sich überzeugt hat, daß die längere Bindung ein Vorteil nach mehr für Ungarn als für Oesterreich ist und daß der langfristige Ausgleich eine der Staatsnotwendigkeiten ist, deren Verneinung überhaupt gleichbedeutend ist mit einer zerstörenden und auflösenden Politik, wie sie allerdings gewissen Teilen der ungarischen Opposition nicht fremd ist. Was nun aber den Hauptpunkt des Regierungsprogramms, die Wahlreform, betrifft, über die Graf Tisza gestürzt ist, so muß es nach dieser Entstehung der Ministerkrise auffallen, mit wie allgemeinen Wendungen der neue Ministerpräsident diese Kardinalfrage behandelt. Die Wahlreform soll sich auf die „breiten Schichten des Volkes erstrecken", die Altersgrenze für das Wahlrecht wird auf 24 Jahre herabgesetzt, Inhaber des Karlskreuzes sollen schon vorher wahlberechtigt sein; im übrigen will die Regierung der überlieferten ungarischen Wahlkorruption entgegentreten, und sie schlägt zu diesem Zwecke einige ganz bestimmte Maßregeln vor. Das ist nun alles sehr verdienstlich, vorausgesetzt, daß es durchgeführt wird. Denn es ist ja nicht das erstemal, daß die Beseitigung der Wahlfälschung angekündigt wird. In Bezug auf die Erweiterung und Sicherung des Wahlrechts aber lauten die Mitteilungen des Grafen Esterházy vorläufig doch so allgemein, daß es dem Belieben des Hörers überlassen bleibt, die Grenzen weit oder eng zu stecken, und man hat ein wenig den Eindruck, als sei die neue Regierung noch gar nicht im Reinen darüber, wie sie eine Wahlreform machen will, die zwar eine Erweiterung bringt, aber doch in der Hauptsache an den bisherigen politischen und nationalen Machtverhältnissen in Ungarn nichts ändert. Denn an eine solche Aenderung denkt offenbar Graf Esterházy ebensowenig wie Graf Tisza.

Das Programm der sozialen Reformen entspricht dem Grundcharakter des neuen Leiters der Regierung. Vielleicht wird darin das Hauptgewicht seiner Politik liegen. Aber dazu bedarf es einer Mehrheit im Parlament, und vorläufig vertritt die neue Regierung nur eine Minderheit, was sich schon darin äußert, daß sie das Budgetprovisorium nicht einmal auf ein halbes Jahr, sondern nur auf vier Monate bewilligt erhält und daß sie sich damit zufrieden geben muß, weil sie sonst zurücktreten oder den Reichstag auflösen müßte, beides Dinge, die sie natürlich unter den gegebenen Verhältnissen vermeiden muß. So stellt also die neue Regierung keine Lösung der Krise, sondern nur einen vorläufigen Nothehelf dar, und man wird wohl erst in einigen Monaten erkennen, ob diese plötzliche Krise nicht ein Umweg und Zeitverlust gewesen ist.

Frankf. Ztg. Zeitung
23./VI.1917
73

Die österreichische Krise.

G Wien, 22. Juni. (Priv.-Tel.) Ein neuer Einfall, von dem man sich seltsamerweise viel versprochen hatte, ist schon abgetan. Graf Clam-Martinitz hat endgültig seine Demission gegeben, weil die Polen sich weigerten, ohne die Tschechen in das Kabinett einzutreten, die Tschechen es unter allen Umständen aber ablehnten, der Regierung irgend etwas zu bewilligen. Die Idee, wenn man sie so nennen darf, über die Not des Augenblicks hinwegzukommen mit einer Regierung, in der alle Völkerschaften Oesterreichs wenn auch ohne Portefeuille vertreten sein sollten, stammt zwar von der Rechten des Hauses, die Linke hätte aber keine Schwierigkeiten bereitet, und der Minister des Aeußeren konnte damit nur einverstanden sein, weil damit der ganzen Welt bewiesen wäre, daß es in Oesterreich tatsächlich keine von staatswegen unterdrückten Nationen gibt. Wäre das Experiment gelungen, so hätte man tatsächlich auch von einer glücklichen Wendung sprechen können. Aber erfahrene Oesterreicher standen der ganzen Sache von vornherein skeptisch gegenüber. Es war doch fast naiv zu glauben, daß nach den Vorgängen der letzten Wochen die Parteien und Nationalitäten ohne vorherige sachliche Uebereinkunft sich in ein Kabinett zusammensetzen würden, nur um der Regierung die verlangten Kredite zu bewilligen. Es ist den Polen und auch den übrigen Slawen übrigens gar nicht daran gelegen, dem österreichischen Staat das Leumundszeugnis auszustellen, daß er niemand unterdrückt. Wenigstens die Tschechen und die Südslawen leben doch politisch geradezu von der entgegengesetzten Behauptung. Sie wollen jetzt auch nicht Oesterreich, sondern ihre nationalen Sonderstaaten und zwar mit dem Rechte der Aussaugung und Unterdrückung der deutschen Minderheit. Ueber diesen Gegensatz ist mit sogenannten Hausmittelchen wie einer Parlamentarisierung des Kabinetts nicht hinauszukommen. Es wird auch schwerlich innerhalb Oesterreichs entschieden werden. Welchen Entschluß man nun an der maßgebenden Stelle fassen wird, ist noch unbekannt. Leicht wird keiner sein; denn man möchte wohl Ordnung machen, wie es die Situation erfordert, aber zugleich weitestgehende Rücksicht auf die Möglichkeit des sogenannten „demokratischen" Friedens nehmen. Vermutlich versucht man es zunächst nur mit einem farblosen Beamtenkabinett, das nur das Budgetprovisorium, die Verlängerung der Mandatsdauer und die Einberufung der Delegation von dem Haus verlangen und vielleicht auch bekommen wird.

*

Wien, 22. Juni. (W. B.) Die Morgenblätter führen ziemlich übereinstimmend das Scheitern des Planes des Ministerpräsidenten Clam-Martinitz für die Bildung eines Konzentrationsministeriums darauf zurück, daß dieser nicht die gleiche Aufnahme bei allen Parteien fand und von verschiedenen Seiten Bedenken und neue Forderungen auftauchten, die im Kabinettschef die Ueberzeugung hervorriefen, daß er seinen Auftrag im gegebenen Momente nicht erfüllen könne. Mehrfach weisen die Blätter darauf hin, daß Clam-Martinitz vielleicht seine Person als Hindernis für die Durchführung seines Programms betrachte, woraus er die Konsequenzen gezogen habe. Ueberwiegend herrscht die Meinung vor, daß zunächst ein Uebergangskabinett berufen werde, um die Staatsnotwendigkeiten möglichst rasch von dem Abgeordnetenhause verabschieden zu lassen und Vorbereitungen für die Durchführung des Planes eines Konzentrationskabinetts zu treffen.

Österr. Volkszeitung
23./VI. 1917

In zwölfter Stunde.

Von Reichsratsabgeordneten **J. W. Dobernig.**

Der Hauptgrund, auf den das Scheitern der Aufgaben, die sich Graf Clam-Martinic gestellt hatte, zurückzuführen ist, liegt in einem persönlichen Mangel: Dieser Ministerpräsident hatte seine Sendung mit dem festen Willen übernommen, war redlich bemüht, seine Gedanken und Pläne in die Tat umzusetzen und konnte damit nicht durchdringen, weil er eben die offenen und geheimen Kräfte des parlamentarischen Bodens nicht kannte, deshalb auch mit den Schwierigkeiten, die in ihnen verborgen sind, nicht rechnete. Von einem Programm, das sich auf die alleinige Grundlage eines „Nur-Oesterreichtums" stützte, kann ein Ministerpräsident nicht lange leben. Zu dieser Erkenntnis ist Graf Clam-Martinic leider gekommen. Die Deutschen sehen ihn mit Bedauern scheiden: sie hatten ihn, der aus den Lehren des Krieges eine Reihe von Erfahrungen gezogen hatte, als eine offene, geradlinige Natur kennen gelernt.

Was die nächste Zukunft bringt, läßt sich zur Stunde auch nicht andeutungsweise aussprechen; vermutlich dürfte ein Uebergangsministerium zur Erledigung der dringendsten politischen Tagesbedürfnisse berufen werden, ein Uebergangsministerium, ohne starken parlamentarischen Einschlag. Die Entscheidung steht beim Kaiser. Schon jetzt muß mit aller Deutlichkeit und vor der gesamten Oeffentlichkeit dringend gefordert werden, daß das künftige Ministerium mit dem vollen Aufwand der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte sich um die wirtschaftlichen Sorgen des Tages bemühe. Der Reichsrat hat, obwohl bald ein Monat seit seiner Einberufung verstrichen sein wird, noch immer nicht Zeit gefunden, sich mit dem zu beschäftigen, was die Bevölkerung von ihm erwartet hatte. Vorher mußte der Geschäftsunordnung, durch die das Haus jahrelang der Verwüstung preisgegeben war, ein fester Damm entgegengesetzt und das Budgetprovisorium der ersten Lesung unterzogen werden. Schon bei der Behandlung des Budgetprovisoriums im Ausschuß stockte der Apparat, weil die Slawen sich gegenseitig darauf eingeschworen haben, dem Ministerpräsidenten das Lebenslicht auszublasen. Hieraus entstand eine schwere politische Verwirrung. Die Entwirrung erfordert kostbare Zeit, die leider den wirtschaftlichen Arbeiten entzogen wird.

Am Montag tritt der kriegswirtschaftliche Ausschuß zusammen, hoffen wir, daß er sich sofort in die Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten vertieft. Dieser Ausschuß sowie der Ernährungsausschuß sind die Stätten, auf welchen die ungeheuren wirtschaftlichen Auswüchse besprochen und bekämpft werden müssen. Hier ist keine Stunde zu verlieren. Die Not des Volkes pocht an die Tore des Parlaments. Sie steht über den staatsrechtlichen Wünschen der nichtdeutschen Parteien. Und wenn das Parlament keine Miene machen sollte, die vieltausendstimmigen Hilferufe zu hören, dann wird es vom verdienten Schicksal ereilt werden.

Noch ist es nicht zu spät; noch kann manche Unterlassung gut gemacht werden. Den deutschen Volksvertretern fehlt es an dem ernsten Willen hiezu ebensowenig als an dem Tag, an dem sie die Hallen des Parlaments wieder betreten haben. Die Verantwortung für alle Versäumnisse müssen sie ausdrücklich und in jeder Form ablehnen.

Fremdenblatt
23./VI. 1917
76

Die Affäre Klofac.

Der Immunitätsausschuß hielt gestern vormittags unter Vorsitz des Obmannes Bukvaj und in Anwesenheit des Ministers für Landesverteidigung Generaloberst Freiherrn von Georgi sowie des Justizministers Freiherrn v. Schenk eine Sitzung ab.

Abg. Eduard Rieger sprach sich gegen den Vertagungsantrag Mataja aus, tritt dagegen für den Antrag des Abgeordneten Dr. Waldner (Vertagung bis zur Entscheidung über die Frage der Kompetenz der Militärgerichte durch das Haus) ein.

Der Antrag des Abgeordneten Dr. Waldner, die Verhandlung über die Immunitätsangelegenheit Klofac bis zur Erledigung der dem Justizausschuß zugewiesenen kaiserlichen Verordnung vom 25. Juli 1914 durch das Haus auszusetzen, sowie der Zusatzantrag des Abgeordneten Dr. v. Lodgman, wonach der Justizausschuß ersucht wird, die Frage der Giltigkeit der § 14-Verordnung vom 25. Juli 1914 ehestens in Beratung zu ziehen und einen Beschluß des Hauses einzuholen; ferner der Zusatzantrag des Abgeordneten Eduard Rieger, wonach sich der Immunitätsausschuß vorbehält, für den Fall, als bis zum 10. Juli eine Entscheidung des Hauses nicht erfolgt ist, die Verhandlung in der Angelegenheit Klofac fortzusetzen und Beschluß zu fassen, werden angenommen.

Die Ausführungen des Landesverteidigungsministers.

Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung des Deutschen Nationalverbandes meldet die „Wiener politische Rundschau": Abgeordneter Professor Waldner berichtete über die Vorkommnisse im Immunitätsausschuß, speziell über die Ausführungen des Landesverteidigungsministers v. Georgi, der im Ausschuß über bedenkliche Umtriebe gegen die Wehrmacht des Staates während des Krieges Daten vorgebracht hatte. Die Mitteilungen über diese Darlegungen des Landesverteidigungsministers riefen im Nationalverband geradezu Sensation hervor.

Abg. Lodgman erklärte, daß die deutschböhmischen Abgeordneten eigentlich von den Eröffnungen des Landesverteidigungsministers nicht gar so überrascht gewesen seien, seiner Ansicht nach habe der Minister noch nicht alles gesagt. Er begreife es aber, daß der Eindruck auf die alpenländischen Abgeordneten ein so starker gewesen sei. Abg. Lodgman teilte mit, daß er eine Erklärung, die Abg. Dr. Baxa im Ausschuß gegen den Landesverteidigungsminister abgab, mit einer Gegenerklärung namens der deutschen Ausschußmitglieder beantwortet habe, indem er darauf hingewiesen habe, daß die Czechen selbst durch die Interpellation Stanek eine Klarstellung des Verhaltens gewisser czechischer Truppenteile im Kriege verlangt haben.

Ueber die Ausführungen des Freiherrn v. Georgi im Immunitätsausschusse liegt noch folgender Bericht vor: Der Minister gab — auf Antrag des Abg. Dr. v. Mühlwerth — Aufschluß über das Verhalten gewisser Truppenteile im Felde. In dreiviertelstündiger, mit großer Spannung angehörter Rede legte der Landesverteidigungsminister aus den in seinen Händen befindlichen Akten das Wesentliche dem Ausschusse dar. Der Minister erklärte, daß der größte Teil des vom Antragsteller vorgebrachten Materials auf Richtigkeit beruhe, ja sogar oft die Tatsachen in milderem Lichte erscheinen ließe als der Wahrheit entspräche. Ferner gab der Minister Aufschlüsse über das Verhalten einzelner Regimenter an der Ostfront, insbesondere hinsichtlich ihrer Reservemannschaften und -Offiziere. Diese Aufklärungen des Landesverteidigungsministers machten stärksten Eindruck. Der Minister hatte auch die Absicht, seine Darlegungen im Plenum vor Beginn der gestrigen Sitzung vorzubringen; auf Grund einer später erfolgten Vereinbarung aber und mit Rücksicht darauf, daß sich das Ministerium in statu demissionis befindet, nahm der Landesverteidigungsminister von seinem Vorhaben Abstand.

Kölnische Zeitung

23./VI. 1917

Oesterreich-Ungarn.

Die neue Krise.

✡ **Wien,** 22. Juni. (Telegr.) Clam-Martinitz' endgültiger Rücktritt, der noch gestern spät abends vom Kaiser genehmigt wurde, kam der großen Öffentlichkeit insofern überraschend, als sein vorgestern entwickelter Plan der Bildung eines großen Konzentrationskabinetts im ersten Augenblick auf alle Parteien bestrickend gewirkt hatte und vor allem die Polen für Clam-Martinitz umzustimmen schien. Der gestrige Tag brachte dann freilich den allgemeinen Rückschlag. Die Polen kehrten zu ihrer ersten Stellungnahme zurück, daß sie nur einer neuen Regierung die Staatsnotwendigkeiten bewilligen könnten, nachdem ihre Bedingung für ihren Eintritt in Clam-Martinitz' Kabinett, daß nämlich alle steirischen Gruppen daran teilnehmen müßten, infolge der hartnäckigen Ablehnung der Tschechen sich als unerfüllbar erwiesen hatte. Man kann Clam-Martinitz die Anerkennung nicht versagen, daß er, nachdem er einmal den Entschluß gefaßt hatte, seine Regierung auf diese breite Grundlage zu stellen, nichts unterlassen hat, was ihn hätte verwirklichen können, ohne Rücksicht auf seine feudale Vergangenheit und die Vorurteile seiner einstigen politischen Grundsätze. Er hat nicht nur durch Empfehlung von Audienzen des tschechischen Herrenhausmitgliedes Forscht und des Slowenen Koroschetz die Autorität der Krone für die Umstimmung der Tschechen und Südslawen neuerlich eingesetzt, sondern sogar den deutschen Sozialdemokraten den Eintritt ins Kabinett angeboten, natürlich vergeblich, da die Sozialdemokraten in Österreich noch nicht soweit vom marxistischen Doktrinarismus geheilt sind, daß sie den Entschluß aufbringen könnten, im Interesse einer großen Sache, wie es die Neugestaltung Österreichs ist und wofür sie in Karl Renner einen ausgezeichneten wissenschaftlich vorgebildeten und politisch denkenden Fachmann haben, zusammen mit den bürgerlichen Vertretern eine verantwortliche, positiv schaffende Regierung zu bilden. Man wird Clam-Martinitz ferner nicht die Anerkennung vorenthalten, daß er sich nicht an sein Amt geklammert, sondern es sofort in dem Augenblick niedergelegt hat, als er erkannte, daß seine Person das Hindernis der Beilegung der Krise sei. Man wird ihm außerdem zugute halten, daß er für die schwierige Aufgabe, die ihm der junge Herrscher übertragen hatte, den besten Willen mitgebracht hat. Leider reichte weder seine politische Begabung, die sehr groß hätte sein müssen, da er als völliger Dilettant ohne politische und parlamentarische Erfahrung bei der Lösung dieser schwierigsten Aufgabe von keinerlei Routine unterstützt war, noch seine Willenskraft dazu aus. Die Unschlüssigkeit, die er zeigte, sein ursprüngliches Programm, das der Neuordnung Österreichs durch kaiserlichen Machtspruch durchzuführen, trotzdem Stimmung und Gelegenheit dazu günstig waren, ließ leider nur zu bald erkennen, daß er das geistige Maß für die ihm anvertraute Aufgabe nicht besaß und ebenfalls an jener österreichischen Schwäche krankte, die die Ursache davon ist, daß man dort großen Entscheidungen lieber aus dem Wege geht und sich mit Kompromissen und Fortwursteln behilft. Mit der durchbrechenden Erkenntnis dieser seiner geistigen Beschaffenheit hatte er aber bei den Slawen Österreichs, den Hauptwidersachern einer Neuordnung Österreichs unter Stärkung der Zentralgewalt, die nur die feste Hand und den entschlossenen Willen respektieren, seine Rolle schon ausgespielt. Mit dem Fallenlassen der Absicht, durch Zwang in Österreich Ordnung zu schaffen, war er eigentlich schon ein politisch toter Mann, und er hätte besser daran getan, schon damals die Folgerungen daraus zu ziehen. Damals hätte er wenigstens einen schönen Abgang gehabt. Die Versuche, die er nachher in ganz andrer Richtung unternommen hat, haben weder ihm noch der Sache genützt.

Arbeiterzeitung
23. VII. 1917

Die Angst vor dem Ex lex.

Also richtig: der Ex lex geht um. Das heißt nämlich folgendes: Am 3. Juli wird die Ermächtigung gebraucht, die in dem Gesetzentwurf über die Führung des Staatshaushalts (Budgetprovisorium) angesprochen wird; bis zu diesem Tage hat man die aus der § 14-Verordnung. Und nun könnte am Ende am 1. Juli das Gesetz, weil noch nicht beschlossen, nicht kundgemacht werden, also hätte man keine Ermächtigung, also wäre der Schrecken des Ex lex („außerhalb des Gesetzes") hereingebrochen! Diesen Unsinn widerlegen wir seit Jahren, aber an der politischen Umbildung der Leute scheitern alle Beweisführungen. Dennoch wollen wir den Widersinn noch einmal aufzeigen.

Die einzige Ermächtigung, die die Regierung braucht, ist natürlich nur die des § 1: Die Regierung ist ermächtigt, die Steuern, Abgaben und Gefälle einzuheben. Die anderen Ermächtigungen bilden einleuchtenderweise keine rechtliche Notwendigkeit. Angenommen, diese Ermächtigung würde ihr nun fehlen. Was heißt das nun: Steuern einzuheben? Daß der Bürger Steuern ꝛc. zu zahlen hat, erfließt natürlich nicht daraus, daß die Regierung durch das Finanzgesetz ermächtigt worden ist, die Steuern einzuheben; seine Zahlungspflicht erfließt vielmehr aus den unterschiedlichen Steuergesetzen. Also bedeutet selbstverständlich jener Mangel der Ermächtigung nicht, daß der Bürger die Steuer, die zu leisten er nach dem betreffenden Steuergesetz verpflichtet ist, nun nicht zu zahlen brauche; auf die Zahlungspflicht des Bürgers hat der Umstand, daß der Regierung das Recht zur Einhebung der Steuer fehlt, einleuchtenderweise keinen Einfluß. Woraus sich ebenso selbstverständlich ergibt, daß der Staat die Steuer, die der Bürger freiwillig zahlt, auch dann übernehmen darf und übernehmen muß, wenn der Regierung die Berechtigung, die Steuer einzuheben, mangelt.

Der Mangel jener Ermächtigung bedeutet nur eines: daß die Regierung nicht berechtigt ist, die Steuern einzutreiben, wenn sie der Bürger nicht freiwillig (das heißt: bloß aus seiner gesetzlichen Verpflichtung) leistet, bedeutet also, daß man, solange „die jährliche Bewilligung der einzuhebenden Steuern" (§ 11 des Grundgesetzes) fehlt, die Steuern eben nicht durch Pfändung der Steuerpflichtigen eintreiben darf. So lange der Regierung jene Bewilligung fehlt, kann sie nicht Steuern mittelst Pfändung eintreiben. Und das soll eine „Lücke" sein! Wo aber ist da ein Zustand außerhalb des Gesetzes? Es ist eben der Zustand, daß nicht gepfändet werden kann; das aber ist dann der gesetzliche Zustand! Dieser Ex lex bedeutet also, daß die Regierung das Recht auf Pfänden nicht besitzt, woraus eben folgert, daß sie sich dessen Ausübung (des Pfändens) zu enthalten habe, so lange zu enthalten habe, bis ihr jene „jährliche Bewilligung" geworden ist. Und unsere von dem fremden Worte benebelten Parlamentsjuristen stellen die Sache so dar, als ob mangels jener Bewilligung eine verfassungsrechtlich unumgängliche, also überhaupt und keinen Augenblick zu missende Bewilligung fehlte!

Wie sieht es nun mit den Ausgaben des Staates, also mit dem, was der Staat zu zahlen hat? Hier ist vor allem zu sagen, daß zu der Leistung von Ausgaben, die auf Gesetzen beruhen, eine Ermächtigung weder notwendig ist, noch gegeben wird. Daß sie nicht notwendig, geht schon aus dem angeführten Wortlaut der betreffenden Bestimmung des Grundgesetzes (§ 11) hervor. Aber noch mehr aus der Erwägung, daß doch das, was der Staat aus Gesetzen zu zahlen verpflichtet ist (also beispielsweise Gehalte oder Zinsen der Staatsschuld), von keinem anderen Umstand abhängig gemacht werden kann: da eine Zahlungspflicht, die gesetzlich feststeht, keinen Augenblick in Zweifel geraten darf. Sie wird auch nicht gegeben: das Finanzgesetz enthält keine Ermächtigung zu Staatsausgaben, sondern nur ihre Festsetzung. (Ebenso das Budgetprovisorium: „Die Staatsausgaben sind auf Rechnung des gesetzlich festgestellten Staatsvoranschlages zu bestreiten.") Woraus sich eben ergibt, daß der Mangel jenes Budgetprovisoriums in Hinsicht der aus Gesetzen erfließenden Ausgaben des Staates überhaupt keine Folgen hat, der Mangel also auch keine „Lücke" ergibt. Die ganze Vorstellung, daß mangels des Budgetprovisoriums in dem Rechtsgang, der sich auf Gesetzen aufbaut, irgend eine Lücke entstünde, ist nicht mehr als ein Denkfehler.

Was natürlich nicht hindern wird, daß wir die nächsten Tage mit dem blödsinnigen Ex lex unaufhörlich werden behelligt werden!

Neues Wiener Tagblatt

23./VI. 1917

81

Die Demission des Ministeriums Clam.

Die heutige „Wiener Zeitung" veröffentlicht das nachstehende Allerhöchste Handschreiben:

„Lieber Graf Clam-Martinitz!

In Willfahrung Ihrer Bitte gewähre Ich in Gnaden die Demission Meines österreichischen Gesamtministeriums und beauftrage Sie und die Mitglieder des bisherigen Kabinetts, bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Amtsführung fortzusetzen.

Laxenburg, am 22. Juni 1917.

Karl m. p.

Clam-Martinitz m. p."

* * *

Den ganzen Tag über zeigte das Parlamentsgebäude das lebhafte Treiben, das in kritischen Zeiten zu beobachten ist. Trotzdem die nächste Plenarsitzung erst am Dienstag stattfindet, blieben sehr viele Abgeordnete in Wien und hielten sich im Hause auf, und auch zahlreiche Mitglieder aller Gruppen der Pairskammer erörterten die Situation und die Möglichkeiten der Lösung. Ueberaus sympathisch wurde die Art gewürdigt, in der der Kabinettschef Graf Clam-Martinitz sich gestern vom Parlament verabschiedet hat; im Plenum durch den offenen Ton des Schreibens an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, das, in parlamentarischem Geiste gehalten, einen Rechenschaftsbericht seiner Intentionen darstellt.

Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz, der während des ganzen Tages im Hause amtierte und zahlreiche Abgeordnete und Pairs empfing, wurde gestern abend neuerdings vom Kaiser in Audienz empfangen. Als Nachfolger des Kabinettschefs werden viele Persönlichkeiten genannt, Statthalter und gewesene Minister, eine Fülle von Kombinationen. Nach der herrschenden Anschauung ist die Bildung eines reinen Beamtenministeriums zu gewärtigen; die Frage ist nur, ob ein definitiver, das heißt weiter verbleibender Chef an die Spitze des provisorischen Kabinetts tritt oder ein Chef, der mit dem Uebergangsministerium dann zurücktreten würde.

Die Polen und die Tschechen erklären, daß sie einem neuen Kabinett mit neuen Männern — die Minister mit der § 14-Vergangenheit müßten ausscheiden — die Staatsnotwendigkeiten bewilligen werden. Man hofft, daß sich bereits Dienstag, spätestens Mittwoch, das neue Beamtenkabinett dem Volkshause wird vorstellen können.

Reichspost
24./VI. 1917

Ein Kabinett der Vorbereitung.

Wien, am 23. Juni.

Die Umrisse der neuen Regierung, die Oesterreich erhält, sind sichtbar. Sektionschef Dr. Ernst v. Seidler, seit kurzem Leiter des Ackerbauministeriums im Kabinett Clam-Martinic, ist heute vom Kaiser mit der Kabinettsbildung betraut und zum Vorsitzenden im Ministerrat ernannt worden. Eine unverbrauchte Kraft, reich an Wissen und Erfahrung, tritt ans Steuer. Ein Homo novus, aber kein Neuling; für die politischen Kreise eine Ueberraschung, wie Graf Esterhazy für Ungarn eine war; auf dem Gebiete der praktischen Arbeit daheim wie wenige andere und zwar gerade in jenem Zweige, der augenblicklich der wichtigste für Staat und Bevölkerung ist, aber in dem, was als hohe Politik bezeichnet wird, ein unbeschriebenes Blatt, die absolute Unbescholtenheit und daher gefeit gegen die Pfeile der politischen Rekrimination und Rachsucht, die dem scheidenden Ministerpräsidenten in den Rücken geschnellt wurden. Darauf gründet sich die Hoffnung, daß er im Parlamente glücklicher sein werde, als sein von den besten Absichten beseelter Vorgänger. Das Mütchen jener Parteien, die von den Parlamentskrankheiten der Vorkriegszeit keine vergessen und in der harten dreijährigen Kriegsschule herzlich wenig gelernt zu haben scheinen, ist gekühlt, die Steine ihres Anstoßes sind aus dem Weg geräumt, jede Ausflucht, Oesterreich noch länger auf die Erfüllung dessen warten zu lassen, was es im Kampfe um seinen Bestand von seiner Volksvertretung verlangen kann, wurde abgeschnitten. Nun heißt es Farbe bekennen.

Der neue Steuermann holt sich seine Mitarbeiter vom Pfluge; er umgibt sich mit Praktikern der staatlichen Verwaltung, jedes Ressort stellt selbst seinen Mann. Damit ist das vorläufige Aufgabenprogramm der kommenden Regierung gekennzeichnet. Es sollen vor allem die unaufschiebbaren Geschäfte erledigt werden. Vor allem Arbeit für Staat und Volk, dann erst das mäßige Vergnügen des Meinungsstreites über die Grundlinien der großen Politik. Zuerst die gemeinsamen Bedürfnisse der Gesamtheit, dann erst die Sonderwünsche der Völker und Parteien. Zuerst der Staat und sein Bestand, dann erst die Teile. Primum vivere, deinde philosophari, vor dem Gedankenaustausch das Leben. Schon war die Volksvertretung auf dem besten Wege, das umgekehrte Verfahren einzuschlagen. Die bisherige Regierung hatte politische Grundsätze verkündet, mehr noch, sie hatte eine, wenn auch kurze Vergangenheit. Begründete Unzufriedenheit, bloße Verneinung, Gier nach politischen Theatererfolgen fanden einen Hebel. Die rasende See, die ihr Opfer haben wollte, ließ sich durch die Erklärung des Grafen Clam-Martinic, daß sein Programm Oesterreich laute, nicht beschwichtigen. Erst recht nicht. Ihr Oesterreich, soweit es überhaupt in den politischen Träumen der Ministerstürzer Raum findet, ist nicht sein Oesterreich. Und so wurde, um nicht die Sache selbst zu gefährden, die Person von ihr getrennt. An den neuen Männern, die keine Farbe als die des kaiserlichen Vertrauens tragen, ist kein Vorwand weiterer Arbeitsverweigerung zu finden. Die politischen Leitsätze, die feierlich verkündet wurden, bleiben es, aber das neue Kabinett ist nicht damit verwachsen, ihm können sie nicht zum Vorwurf gemacht werden, sein Pflichtenkreis ist ein anderer. Es hat Vorarbeit zu leisten, die der Vereinigung der strittigen großen Grundfragen vorausgehen muß. Nicht das Fortwursteln ist der Sinn des Wechsels, sondern das Zeit gewinnen. Die parlamentarische Maschine soll erst in Gang gebracht werden und ihren Lebensdrang an kleineren, wenn auch nicht minder wichtigen und dringenden Aufgaben betätigen und steigern, ehe ihr die großen Probleme aufgebürdet werden. Die Bevölkerung will von Rückfällen in den alten unfruchtbaren Parlamentszank, von dem ihr übel wird, wenn sie sich nur daran erinnert fühlt, fürder verschont bleiben. Das Lebensinteresse der Monarchie verbietet sie, es darf nicht geschehen, daß das parlamentarische Hinterland verdirbt, was durch Ströme Blutes unserer Besten der Heimat in dreijährigem Ringen erworben ward.

Gleich seinem Vorgänger kommt der neue Kabinettschef aus dem Ackerbauministerium, gleich jenem behält er die Verwaltung des Ressorts, dem bisher seine Kraft gehört, auch in der neuen Stellung bei. Wenn heute die neue Regierung auch nur als ein Uebergang, als ein Provisorium bezeichnet wird — die Erfahrung rät übrigens in der Einschätzung des Provisorischen wie des Endgültigen in Oesterreich zur Vorsicht —, so ist der Umstand, daß die Leitung des augenblicklich wichtigsten Verwaltungszweiges und die oberste Führung der Staatsgeschäfte in einer Hand vereinigt bleiben, vielleicht doch nicht ganz belanglos. Schon daß der bisherige Leiter des Ackerbauministeriums und der Ernährungsminister die einzigen Mitglieder der scheidenden Regierung sind, die auch der kommenden angehören werden, gewissermaßen als die bleibenden Pole in der Erscheinungen Flucht, mag als Fingerzeig beachtet werden. Vom Ernährungswesen muß alles Experimentieren mit Personen und Methoden ausgeschlossen bleiben. Es ist auf diesem Gebiete mehr, als dem Patienten, der Bevölkerung, bekömmlich, herumgedoktert worden. Was not tut und keinen Aufschub mehr leidet, ist, daß endlich die gewonnenen Erfahrungen dreier Kriegsjahre verwertet werden. Dem neuen Kabinettschef geht der Ruf voraus, daß er mit den Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion ebenso vertraut ist, als er die Bedürfnisse der Verbraucher kennt. Mit eigenen Augen hat er sich von der Trostlosigkeit der derzeitigen Marktverhältnisse in der Reichshauptstadt, die mit jedem Eingriff der Zentralen sich verschlimmerten, überzeugen können. Die Dinge sind soweit gediehen, daß die Bevölkerung, statt von behördlichen Maßnahmen Hilfe zu erwarten, Angst vor ihnen hat. Und doch müßte es umgekehrt sein. Ein riesiges Arbeitsfeld harrt des hellen Kopfs und der starken Hand eines zielbewußten Fachmanns, der die Urgesetze des Wirtschaftslebens kennt und anerkennt, den Rat der Praktiker gelten und sich durch Kannegießereien von Allerweltsscharlatanen nicht beirren läßt. Wenn die Bevölkerung sieht, daß man ihr das Leben erleichtern will und auch die Fähigkeit besitzt, es im Rahmen des Möglichen zu tun, dann wird auch das Vertrauen wieder zurückkehren.

So sei denn nunmehr dem Ausland ein anderes Oesterreich gezeigt, als jenes, das durch die politischen Zerfahrenheiten der letzten Wochen zu unserm Schaden der Welt vorgetäuscht wurde. Das Bild war falsch, das die Stransky und Genossen in ihrer sauertöpfischen Miesmacherei von Oesterreich entworfen haben. Was bedeuten die gewohnten parlamentarischen Dissonanzen neben dem herrlichen Zusammenklang der Herzen unserer unvergleichlichen Krieger aller österreichischen Stämme? Was will das klägliche Desperado-Nein einiger politischer Jammerseelen neben der machtvollen Bejahung Oesterreichs durch den Fünf-Milliardenerfolg der sechsten Volksanleihe bedeuten? Schwatz vergeht, Tatsachen bestehen.

Neue Freie Presse

24./VI. 1917

Das Ministerium Seidler.

Ein Ministerpräsident, drei Minister und sechs Sektionschefs als Leiter.

Wien, 23. Juni.

Ernst v. Seidler ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Vor siebzehn Jahren kam das Glück an seine Türe. Er war Sekretär der Handelskammer von Leoben, ganz verflochten mit dem Leben in dieser Bergstadt, mit der örtlichen Selbstverwaltung im Gemeinderate und im Bezirksausschusse. Er mochte damals nicht ahnen, daß ihm eine höhere Bestimmung vorbehalten sei. Die Berichte und Gutachten der Kammer und Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften waren die Veranlassung, daß der Geheime Rat v. Roeßler seine Ernennung zum Ministerialsekretär im Ackerbauministerium empfahl. In siebzehn Jahren ist er von der siebenten zur ersten Rangsklasse, vom Ministerialsekretär zum Ministerpräsidenten vorgerückt. Dieser rasche Aufstieg ist für Männer bürgerlicher Herkunft in Oesterreich ungewöhnlich, aber noch seltener geschieht es, daß so schnelle Lebenserfolge nicht vom Neide verdorben werden und daß Ernst v. Seidler den Gipfel erreichen konnte, ohne auf dem Wege die Blutspuren zurückzulassen, die so häufig der Preis für die Ankunft auf Höhen sind. Er hat die unschätzbare Gabe, sich beliebt zu machen; um seine Persönlichkeit breitet sich das Wohlwollen aus, und Menschen, denen die Natur diese Fähigkeit der Anziehung verliehen hat, gehen leicht und schmerzlos durch die Welt. Ernst v. Seidler war bisher der Politik fremd. Das Ackerbauministerium, aus dem schon vier Ministerpräsidenten hervorgegangen sind, wollte niemals in Widerspruch zu den Landwirten sein und ist eine jener öffentlichen Dienststellen, wo an den Schaltern mannigfache Freundlichkeiten zu haben sind. Die Ernährungsfragen hätten einen Gegensatz zu den Grundbesitzern hervorrufen können, aber das Ministerium des Innern mußte nach einer Weisung des Grafen Stürgkh diese stachligen Angelegenheiten übernehmen, für die später ein besonderes Amt geschaffen wurde. Diese Aeußerlichkeiten erklären jedoch ungenügend, daß ein Ministerialsekretär nach siebzehn Jahren zum Ministerpräsidenten ernannt wird und daß er aus eigener Kraft sich den Staatsmännern anreihen kann, die an der Spitze der Verwaltung gestanden sind. Da muß ein Vorrat an Tüchtigkeit und Arbeitsfreude sein und Zufälligkeiten können nicht mehr zum Erfolge beitragen, als dies beinahe immer nötig ist. Ein Beamter mit ernster Lebensführung und strenger Sachlichkeit ist Ministerpräsident geworden. Ob seine Veranlagung sich in ein Verhältnis zur Politik setzen und die bisherigen Grenzen der Entwicklung überschreiten kann, darüber heute etwas zu sagen, wäre zu unsicher.

Die Ernennung zum Ministerpräsidenten war aus mehreren Gründen nötig. Das Ministerium hat nur eine zeitweilige Bestimmung, aber ein Mitglied, das die Vereinbarungen über den Ausgleich genau kennt, war unentbehrlich. Ernst v. Seidler hat an vielen Beratungen teilgenommen, ist mit der Handelspolitik vertraut und soll ausgestalten, was die frühere Regierung begonnen hat. Ungarn hat einen Ministerpräsidenten, und die Ungleichheit im Range hätte bei den Vereinbarungen unbequem werden können. Auch der Beweggrund dürfte maßgebend gewesen sein, daß drei Minister im Kabinette sind und der Vorsitzende das Ansehen einer noch höheren Würde braucht. Zeitweilige Regierungen sind Auskunftsmittel für unmittelbare Notwendigkeiten. Die oberste Pflicht ihrer Politik ist, keine zu haben, mindestens keine, die sich auf umstrittenes Gebiet wagt, die Kräfteverhältnisse ändert oder nach irgendeiner Richtung parteiisch wirkt. Die Namen der Sektionschefs, die als Leiter berufen worden sind, bürgen für eine gerechte und sachkundige Verwaltung. Wenn diese Männer, die sich im öffentlichen Leben schon vielfach hervorgetan haben, nicht zu Leitern, sondern zu Ministern ernannt worden wären, so könnte sich Oesterreich vor der Welt immerhin mit einer Regierung ausweisen, in der ein hohes Maß von Erfahrung, Verläßlichkeit und Gerechtigkeit vereinigt ist. Das Publikum hat eher das Gefühl der Beruhigung, wenn in bewegten Zeiten die Geschäfte denen anvertraut werden, die nicht als Fremde in ein Ministerium kommen, sondern berufsmäßige Verwalter sind. Der parlamentarische Druck kann bewirken, daß aus Persönlichkeiten, welche Macht über eine Abstimmung haben und einem befristeten Gesetze den Weg verlegen, ein Ministerium gebildet wird, ohne daß sie früher eine sachliche Beziehung zu ihm hatten. Wenn es sich fügt, daß ein Talent aus dem Parlamente in die Beamtenschaft kommt und sie auffrischt, wenn dieser Einschlag die verwendbaren Kräfte vermehrt, so kann der Staat nur gewinnen. Aber in die Vorstellungen und Neigungen des Volkes haben sich Zufallsminister noch nicht eingelebt, und milder sind die Folgen eines jähen Regierungswechsels, wenn der Sektionschef, der ohnehin das Bleibende in den Veränderungen, der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht ist, weiter die Hand anlegt.

Im nächsten Herbste werden andere Bedürfnisse zu befriedigen sein, und dann wird die Frage wieder aufgeworfen werden müssen, wie sich die Parteien auf der Rechten des Abgeordnetenhauses zu der innern und äußern Politik verhalten und wie sie die Pflichten im Kriege auf parlamentarischem Boden erfüllen wollen. Bis zu dieser großen Entscheidung, bis zur Rückkehr des Abgeordnetenhauses, das sich vielleicht schon in der nächsten Woche vertagen dürfte, wird das neue Ministerium darüber wachen, daß die Verwaltung im sicheren Geleise bleibe, von nationalen Einbrüchen nicht bedrängt, von parteiischen Ansprüchen nicht beunruhigt werde und eine kräftige Stütze der Armee und des Hinterlandes sei. Denn die einzige Politik, die keinen Stillstand verträgt, ist die Nahrungspolitik. Die Sektionschefs, die dem Ministerium als Leiter angehören, sind zum Teil wirtschaftliche Forscher, wie der Präsident unseres Statistischen Amtes Mataja, und Führer in der Währungspolitik wie Freiherr v. Wimmer. Bergbau, Kohle und Petroleum, dieser Nerv des Krieges zu Land und zu Wasser, sind dem Sektionschef v. Homann anvertraut gewesen. Der Ministerpräsident selbst hat Untersuchungen über die Kaufkraft des Geldes veröffentlicht. Wenn solche Persönlichkeiten in einem Ministerium vereinigt sind und der Leiter doch selbständiger handeln kann als der Sektionschef, muß ein Mittel aufzubringen sein, um den vielfachen Widerspruch zwischen der Nahrungspolitik und den Ueberzeugungen des unbefangenen Publikums zu mildern oder ganz zu beseitigen.

Die Sorge um das Brot ist nicht zeitweilig, und die Kurzfristigkeit oder Langfristigkeit einer Regierung macht darin keinen Unterschied. Seidler, Mataja, Wimmer, Homann, sie alle zusammen werden uns doch sagen können, ob es nicht möglich wäre, durch die Nahrungspolitik das zu tun, was das Wort sagt, Nahrung zu verschaffen, die ärmeren und die mittleren Klassen vor zu starken Entbehrungen und vor überflüssigen Beschwerlichkeiten zu schützen. Die Abgeordneten werden dem neuen Ministerium ein Lebensminimum bewilligen, die finanziellen Vollmachten und die Wahl der Delegierten. Dann werden sie die Verlängerung der Mandate beschließen und nach Hause gehen. Die Krise ist abgeschlossen, und helfen muß ein Provisorium. Das ist die wirkliche unabänderliche Verfassung in Oesterreich, die niemals zu entbehren war. Die Eindrücke der letzten Tage, die Reden auf der Rechten des Abgeordnetenhauses sind dem Frieden schädlich gewesen.

Die Zeit

24./VI. 1917

84

Eherechtsreform und Matrikelführung.

* **Wien**, 23. Juni. Die Abgeordneten Dr. Ofner und Genossen haben im Abgeordnetenhaus einen Antrag betreffend ein Gesetz über das Eherecht sowie über die Führung der Geburts-, Ehe- und Sterberegister eingebracht, durch den die Eheschließung sowie die Ehetrennung nach neuzeitlichen und freiheitlichen Grundsätzen geregelt und dem bestimmenden Einfluß der Kirche entzogen werden. Gleichzeitig soll die Führung der Geburts-, Ehe- und Sterberegister den politischen Behörden übertragen werden. Begründet wird der Antrag folgendermaßen: Die Idee des modernen Staates verlangt die Verstaatlichung des Instituts der Ehe unter Abschaffung aller konfessionellen Verschiedenheiten. Die Ehe ist vom Staat nur als soziales Institut zu behandeln. Die Anforderungen der allgemeinen Sittlichkeit sind von allen zu wahren; konfessionelle Anforderungen dagegen unterliegen nur einer konfessionellen, keiner staatlichen Sanktion. Die Idee des modernen Staates verlangt ferner staatliche Behörden zur Führung der Matriken. Auch von kirchlicher Seite wurde wiederholt hervorgehoben, daß der Staat den Pfarrämtern, die die Matriken führen, staatliche Obliegenheiten zugewiesen hat. Der Vorwurf ist gerechtfertigt und nur durch Uebernahme des Matrikenwesens vom Staat zu erledigen. Der Entwurf ist dem Gesetz über die Ehen und Matriken der Konfessionslosen entnommen, dessen einzelne Bestimmungen sich bewährt

Die Zeit

24./VI. 1917

Kabinettsprovisorium.

Wir sind also glücklich wieder bei einem Provisorium angelangt. Diesmal ist es ein Kabinettsprovisorium. Zu einer Zeit, wo man in der ganzen Welt Kabinette nur aus den hervorragendsten und populärsten Politikern zusammensetzt, bekommen wir in Oesterreich ein Ministerium der Ressortleiter, aus Beamten zusammengesetzt, die sich von vornherein nur als Sündenböcke betrachten müssen, und nur die bescheidene Aufgabe haben, die Staatsmaschine bis auf weiteres in Gang zu erhalten. Oesterreich ist seit jeher das klassische Land der Provisorien, und böse Zungen sagen uns nach, daß nichts bei uns so dauerlebig sei, wie gerade die für kurze Frist berechneten Uebergangszustände. Hoffentlich wird das neue Kabinett der Ressortleiter nicht ebenfalls zu diesen Dauerprovisorien zählen. Wenn man sich der Tatsachen erinnert, die dahin geführt haben, daß uns jetzt, zu einem so ernsten und wichtigen Zeitpunkt, eine politisch aktionsfähige Regierung mangelt, wird man unschwer erkennen, wie verhängnisvoll es wäre, die alten Fehler durch neue zu vermehren und zu potenzieren.

Wie sind wir denn zu unserem neuesten Provisorium gekommen? Dadurch, daß wir nicht müde werden, eine andere, ebenso alte österreichische Spezialität immer wieder in Brauch und Uebung zu halten. Hinter jedem Provisorium liegt eine Lässigkeitssünde: ein Zuspät! Dadurch, daß die wichtigsten politischen Dinge in Oesterreich immer zu spät angefangen und zu lässig betrieben werden, entstehen die Versäumnisse, Verlegenheiten, Klemmen, bis schließlich nichts übrigbleibt, als sich in letzter Stunde mit einem hastigen Flickwerk zu helfen: dem unvermeidlichen Provisorium. Drei Jahre lang hat man den Reichsrat nicht einberufen; man hat aber auch diese ganze Zeit nichts getan, um für den Fall einer künftigen Einberufung irgendwelche Vorsorge zu treffen. Es gab kein Parlament, und man regierte, als ob es nie wieder eines geben würde. Man ließ die Verbindungsdrähte zwischen Regierung und Parlamentsparteien ein- und abrosten; man ließ die Parteien untereinander den Kontakt verlieren. Das war die Sachlage, als vor einem halben Jahre das Kabinett Clam-Martinic ins Amt trat. Durch den Thronwechsel und durch die bekannten Neugestaltungen in der europäischen Politik war die Wiedereinberufung des Parlaments zur inneren und äußeren Staatsnotwendigkeit geworden. Der neue Ministerpräsident, der mit dem baldigen Zusammentritt des Abgeordnetenhauses rechnen mußte, rührte aber wieder keine Hand, um dazu politische Vorbereitungen zu treffen. Und schließlich schob er die Einberufung hinaus, schob sie immer wieder hinaus, so lange — bis er die Grube fertig gegraben hatte, in die er dann selbst hineinfiel. Wäre der Reichsrat, wie ursprünglich beabsichtigt, im März einberufen worden, so hätte der Kabinettschef reichlich Zeit gehabt, mit den Parteien zu verhandeln, und weil ihm eben reichlich Zeit zur Verfügung stand, hätte er auch die Oppositionsparteien nicht bockbeinig gefunden. Er ließ aber die Zeit ungenützt verstreichen und das Haus erst zusammentreten, als schon der Terminzwang drohte, als das Budgetprovisorium und die Gültigkeit der Abgeordnetenmandate dem Ablauf nahe waren. Jetzt war die Regierung in der Klemme, in der Zeitklemme, in die sie sich selbst gebracht hatte, und die Oppositionsparteien nützten das selbstverständlich aus, um die Regierung zu stürzen. Graf Clam-Martinic begann erst zu verhandeln, als ihm das Wasser an den Mund ging. Aus diesem Zuspät, das freilich nur das Schlußglied einer ganzen Kette von schweren politischen Versäumnissen war, ist nun das Provisorium hervorgegangen, vor dem wir heute stehen. In aller Eile mußte ein Aushilfskabinett gebildet werden, um nur für die Erledigung der nötigsten Formalitäten des staatlichen und parlamentarischen Geschäftsganges zu sorgen. Es ist aber doch wohl klar, daß wir in einer ereignis- und verwicklungsreichen Zeit wie der gegenwärtigen mit einem solchen Kabinett nicht das Auslangen finden können. Es ist unberechenbar, welche europäischen Wendungen jetzt von einer Woche zur anderen eintreten, welche großen Entschließungen notwendig werden können. Die Regierung, die Oesterreich jetzt braucht, darf keine unsichere und provisorische, sie muß eine wohlfundierte und aktionskräftige sein.

Neues Pester Journal
24. IV. 1917
88

* **Die Czechen im Weltkriege.** Kaum hatte das österreichische Parlament nach dreijährigem Dornröschenschlaf seine Pforten wieder geöffnet, wer waren es, die zuerst auf dem Plane erschienen, den Mund voll nahmen und Forderungen über Forderungen erhoben, darunter nichts weniger, als daß die slovakischen Komitate Ungarns von diesem abgetrennt werden sollen? Die Herren Czechen! Sie sahen die Zeit für gekommen, daß, wohl zur Belohnung ihrer bewährten Reichstreue, endlich das czechische Königreich wiederhergestellt werde, unter Anschluß aller Landestheile, seien es österreichische oder ungarische, wo Czechen und ihre Bluts- und Sprachverwandten, die Slovaken, hausen. Und es regnet von Ausfällen gegen die Ungarn, die ja in dem großen Weltringen nichts Anderes gethan haben, als daß sie die Integrität nicht nur ihres eigenen Vaterlands, sondern der ganzen Monarchie mit Hingabe all ihrer Kräfte, bis auf den letzten Blutstropfen, vertheidigten. Wie aber hatten sich die Czechen im Weltkriege verhalten? Man hatte ja alles Mögliche darüber gemunkelt, man wußte von Desertionen ganzer czechischer Regimenter, von schnödem Verrath, von Paktiren und Fraternisiren mit dem Feinde; aber schreiben durfte man darüber nicht, es verstieß — so hieß es — gegen die militärischen Interessen der Monarchie und hätte böses Blut gemacht. Und nun kommt kein Geringerer, als der österreichische Landesvertheidigungsminister Freiherr v. Georgi und macht im Immunitätsausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses haarsträubende Mittheilungen über das verrätherische Verhalten der czechischen Regimenter im Weltkriege. Er legte ziffermäßige Daten über die czechischen Regimenter vor, die zum Feinde übergetreten sind, über die czechischen Legionen, die sich bei fast allen feindlichen Armeen gebildet haben, sowie darüber, daß in den österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenenlagern Rußlands die Czechen sich für die russische Armee schaarenweise anwerben ließen. Leider liegt die Rede des Freiherrn v. Georgi nicht im Wortlaute vor; die Sitzung scheint eine vertrauliche gewesen zu sein und die Wiener Blätter bringen über ihren Verlauf nur kurze Andeutungen. Aber in den Kreisen der österreichischen Abgeordneten, die die Ausführungen des Ministers anhörten oder von ihnen Kenntniß erhielten, riefen diese Offenbarungen Bestürzung und Sensation hervor. Im deutschen Nationalverband erklärte Abgeordneter Lodgman, daß die deutsch-böhmischen Abgeordneten eigentlich von den Eröffnungen des Landesvertheidigungsministers nicht gar so überrascht gewesen seien; seiner Ansicht nach habe der Minister noch nicht Alles gesagt. Was aber thaten die Czechen diesen Enthüllungen gegenüber? Sie thaten entrüstet, beeilten sich aber nicht, die ziffermäßig belegten Angaben des Ministers zu widerlegen, was ihnen ja schwer gefallen wäre, sondern sie sagten, die Mittheilung des Ministers sei ein Racheakt des gestürzten Kabinets ... Und der Czechische Verband hat heute nach einem Referat Dr. Stransky's den Abgeordneten Stanek ermächtigt, vom Landesvertheidigungsminister den Wortlaut der Rede mit dem Beweismaterial abzufordern, damit der Verband dann weitere Schritte unternehmen könne. Es wurde auch der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß nach der Demission der Regierung von Seiten des Landesvertheidigungsministers so schwerwiegende Beschuldigungen mit offenkundiger politischer Tendenz vorgebracht wurden; das Präsidium des Czechischen Verbands verwahrte sich gegen alle Versuche, die Lage in dieser Weise zu erschweren. Die Czechen machen also der nunmehr gewesenen Regierung Vorwürfe wegen ihrer Indiskretion, aber kein Wort der Entschuldigung, kein Wort der Selbstrechtfertigung entfährt ihren Lippen: die Thatsache der Desertion, des Verraths ganzer czechischer Regimenter wird von ihnen mit keinem Worte bestritten. — Sie haben sich edel, vornehm und patriotisch benommen im Weltkriege, die Czechen, und nun fordern sie ihren Lohn — auf Kosten Ungarns!

Vossische Zeitung.
24./VI.1917

24
89

Unterredung mit Graf Esterhazy

Von

Professor Dr. Ludwig Stein.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Budapest**, 23. Juni.

In einer Unterredung, die mir Graf Moriz Esterhazy gewährte, führte der neue ungarische Ministerpräsident aus: In einer früheren Kundgebung habe ich bereits dargelegt, daß ich in allen Fragen der auswärtigen Politik der Doppelmonarchie mit dem gemeinsamen Minister des Aeußeren, Grafen Czernin, völlig eins bin. Das ganze Kabinett steht geschlossen auf dem Boden dieses von mir entwickelten Programms. Aus der Erklärung des Ministers am Königlichen Hoflager, Grafen Theodor Batthyany, werden Sie ersehen, daß auch der linke Flügel der Unabhängigkeitspartei meine Haltung gutheißt. Denn Graf Batthyany erklärte: „Ehe ich im Kabinett ein Portefeuille annahm, habe ich sehr ernst und gründlich das außenpolitische Programm des Grafen Esterhazy geprüft, und es ist meine Pflicht, mit der größten Loyalität zu erklären, daß ich dieses Programm annehme und dagegen nichts einzuwenden habe." Dieses Bekenntnis zu meiner Bündnispolitik ist so unzweideutig und vorbehaltlos, daß die äußere Politik meines Kabinetts an Einmütigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Beiläufig möchte ich erwähnen, daß der Finanzminister meines Kabinetts, Dr. Gustav Graf ein Zipser von Geburt ist. Er vertrat zehn Jahre hindurch einen sächsischen Wahlbezirk in Siebenbürgen. Es trifft sich, daß der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband gerade heute, wo im Parlament die wichtigsten Fragen zur Behandlung stehen, im Saale des neuen Rathauses der Haupt- und Residenzstadt Budapest die gemeinsamen Fragen bei der Uebergangswirtschaft verhandelt. Dabei wird der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Gustav Stresemann neben österreichischen und ungarischen Vertretern das Referat erstatten. Zu meinem großen Leidwesen kann ich an dieser Tagung nicht teilnehmen, da gleichzeitig Verhandlungen im Parlament stattfinden, so daß ich unabkömmlich bin. Ich hatte aber bereits den Vorzug, heute deutsche Abgeordnete zu sprechen und ihnen meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, sie hier als unsere lieben Gäste begrüßen zu können.

In meiner Programmrede habe ich mich ja schon ausdrücklich dahin geäußert, daß auf handelspolitischem Gebiete eine unserer wichtigsten Aufgaben die Regelung unserer künftigen wirtschaftlichen Verhältnisse zum Deutschen Reiche bildet. Daran wird sich eine der veränderten Lage entsprechende Regelung unserer handelspolitischen Verhältnisse zu der verbündeten Türkei und dem verbündeten Bulgarien schließen. Diese meine Aeußerungen tun zur Genüge dar, daß ich den Bestrebungen des Wirtschaftsverbandes, an dessen Spitze der erste Vizepräsident des Deutschen Reichstages, Geheimrat Paasche, steht, nicht nur lebhaftes Interesse, sondern auch volles Verständnis entgegenbringe. Es kann den gemeinsamen Bestrebungen nur förderlich sein, wenn man sich durch persönliche Fühlungnahme menschlich nähertritt und dadurch auch sachlich leichter verständigt, als es auf schriftlichem Wege möglich ist. Das lebendige Wort kann unter Umständen Wunder wirken. Unsere gemeinsamen Feinde rechnen immer noch mit dem Märchen der Aushungerung, und sie sehen in der Friedensfrage wesentlich eine Magenfrage. Ihre Hoffnungen und Berechnungen werden zuschanden werden. Wir haben hinsichtlich unserer künftigen Ernte ähnliche Maßnahmen getroffen wie das Deutsche Reich. Es ist eine Beschlagnahme gleich bei der Ernte vorgesehen, um dem Kriegswucher vorzubeugen. Der Weizen steht in unserem Lande vortrefflich. Unsere Feinde haben somit ihre Hoffnungen auf eine Niederzwingung Mitteleuropas durch Aushungerung auf Sand gebaut.

Die Wahlrechtsreform ist die Hauptaufgabe des neuen Kabinetts. Es besteht Aussicht, daß dieser entscheidende Punkt in dem Regierungsprogramm ohne neue Wahlen zur Durchführung gelangt. Was in meinen Kräften steht, wird nicht unterlassen werden, um das von mir und meinem Kabinett ausgearbeitete Wahlrecht mit Hilfe des gegenwärtigen Parlaments durchzubringen. Sollte dies jedoch nicht gelingen, so bin ich entschlossen, das Parlament aufzulösen. Zwar verhehle ich mir die Schwierigkeiten von Neuwahlen in Kriegszeiten keineswegs, indessen hat mich der Krieg gelehrt, Hindernisse nicht tragisch zu nehmen. Und ich hoffe, daß mir diese Entschlossenheit die Majorität verschafft, die ich zur Durchführung meines Programms brauche.

* * *

25./VI. 1917

8/90

Die christlichsozialen Tiroler Abgeordneten gegen die Bildung des deutschen Blocks.

Unter dem Vorsitz ihres Obmannes Landeshauptmannes Schraffl hielt der Klub der christlichsozialen Reichsratsabgeordneten Tirols eine mehrstündige Beratung ab, in der einhellig eine Entschließung, betreffend die Delegationswahlen für Tirol, angenommen und Obmann Schraffl mit den diesbezüglich erforderlichen vorbereitenden Verhandlungen beauftragt wurde.

Eingehend wurden die Vorschläge in der letzten Sitzung des Deutschen Nationalverbandes bezüglich Bildung eines sämtliche Abgeordneten deutscher Zunge umfassenden großen deutschen Blocks besprochen und einhellig eine Entschließung gefaßt, wonach seitens der Tiroler christlichsozialen Abgeordneten aus taktischen und programmatischen Gründen an einer solchen Blockbildung nicht teilzunehmen sei.

Ebenso einhellig sprachen sich sämtliche christlichsozialen Tiroler Reichsratsabgeordneten dahin aus, daß sich alle staatstreuen deutschbürgerlichen Abgeordneten zu gemeinsamer wirtschaftlicher Arbeit im Parlament zusammenschließen sollen, um in erster Linie der Not im Ernährungswesen zu steuern, das Durchhalten erträglicher zu gestalten und die Fürsorge- und sonstigen sozialpolitischen Arbeiten raschestens in Angriff zu nehmen. Diese Beschlüsse wurden den deutschen Parteien vom Obmanne Schraffl zur Kenntnis gebracht. Ferner wurde beschlossen, vom Ernährungsamte die Festsetzung von Viehpreisen für Tirol zu verlangen, und zwar in der gleichen Höhe wie in Kärnten und Salzburg; ferner die Festsetzung der Preise für Tiroler Weine, wie sie für Weine gleicher Qualität in den anderen Kronländern bezahlt werden.

Landeshauptmann Schraffl begab sich mit den Abgeordneten Meixner und Kienzl zum neuen Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und zum Minister des Innern Grafen Toggenburg, um die Genannten zu ihrer Ernennung zu beglückwünschen und die dringendsten Tiroler Landesfragen zu besprechen.

Tägliche Rundschau
25./VI. 1917

Das Uebergangsministerium in Oesterreich.

Wie oft ist während des Krieges vom Umlernen die Rede gewesen! Wie selten aber hat man wirklich umgelernt! Daß die österreichischen Parteien, zumal die nichtdeutschen, in der mehrjährigen Kriegsbeschaulichkeit parlamentarischer Nichtbetätigung umgelernt haben, davon ist heute auch nicht ein Hauch zu spüren. Zurzeit erscheint die innerpolitische Lage in Oesterreich so heillos verfahren, daß man nach dem Rücktritt des Ministeriums Clam-Martinitz aus der Sackgasse, vor der es nach kurzer Dauer stand, nicht anders mehr herauszukommen glaubt als durch die Zuflucht zu dem oft erprobten Rezept eines farblosen Beamten-, oder, wie man sich ausdrückt, Uebergangs-, richtiger: Verlegenheits-Ministeriums. Das bedeutet aber nicht den Versuch einer grundsätzlichen Klärung, nicht den Versuch, den Widerstreit der Sonderansprüche der Nationalitäten und Parteien zu meistern, sondern den vorläufigen Verzicht hierauf, das Bekenntnis der Unfähigkeit, die innerpolitische Krise zu lösen. Die Slawen Oesterreichs gebärden sich begehrlicher, übermütiger, weniger österreichisch denn je, und auch die Deutschen scheinen noch immer nicht gelernt zu haben, daß sie ihr Heil nur in ihrer geschlossenen Einheit und in der Einigkeit ihrer Politik zu suchen haben.

Berner Bund
25./IV. 1917

25
93

Die Lösung der Krise in Oesterreich

Es ist im Grunde keine Lösung, sondern die Umgehung einer Lösung. Der neuernannte Ministerpräsident Seidler hat selbst den Führern der politischen Parteien gegenüber geäußert, es handle sich lediglich um einen Uebergangszustand. Man will unter allen Umständen die nötigen Mittel für die Weiterführung des Krieges unter Dach bringen, und das war nur möglich, wenn man ein gänzlich unpolitisches Ministerium an die Spitze des Staates stellte. Diesen Charakter trägt das Ministerium Seidler, das sich in der Hauptsache aus Fachleuten zusammensetzt. Als am 19. Juni Graf Clam-Martinic die Demission des Kabinettes ankündigte, waren drei Möglichkeiten zur Entwirrung vorhanden: 1. Teilweise Parlamentarisierung des Kabinettes. 2. Berufung eines Beamtenkabinettes. 3. Vertagung des Parlamentes. Eine stärkere Heranziehung der parlamentarischen Parteien schien zunächst nicht ausgeschlossen, als Kaiser Karl, dem ein frischer Zug unleugbar eigen ist, mit dem sozialdemokratischen Parlamentarier und ausgezeichneten Kenner der Nationalitätenfragen Dr. Renner eine mehrstündige Unterredung hatte. Die Pläne Dr. Renners sehen die Gründung eines Bundesstaates vor, in dem eine Bedrückung der einzelnen Nationalitäten nicht mehr möglich wäre. Zu diesem Zwecke sollte ein „Bundesministerium“ geschaffen werden, in dem wenigstens ein Sozialdemokrat sitzen sollte. Der Plan scheiterte daran, daß die Sozialdemokraten sich weigerten, einem „Kriegskabinette“ anzugehören. So wurde die zweite, provisorische Lösung vorgezogen.

25./VII. 1917

96

Das provisorische Kabinett Seidler.

Drei Minister, neun Leiter.

* Wien, 25. Juni.

Heute wurden die kaiserlichen Handschreiben veröffentlicht, mit denen der Kaiser das neue Beamtenkabinett mit der Führung der Regierungsgeschäfte betraut. Zu unseren Mitteilungen hierüber ist noch nachzutragen, daß mit der Führung der Agenden des Ministeriums für Galizien der Hofrat Dr. Ritter v. Twardowski unter gleichzeitiger Ernennung zum Sektionschef und mit der Führung des Ackerbauministeriums Sektionschef Ritter v. Ertl, beide als Leiter, betraut worden sind. Das neue Kabinett besteht somit aus drei Ministern und neun Leitern.

Die kaiserlichen Handschreiben.

Der Kaiser hat das nachfolgende aus Laxenburg, 23. d., datierte Handschreiben erlassen:

„Lieber Dr. Ritter v. Seidler!

Ich ernenne Sie zu meinem österreichischen Ministerpräsidenten und verleihe Ihnen gleichzeitig taxfrei die Würde eines Geheimen Rates.

Ferner ernenne ich in Genehmigung Ihrer Anträge den Geheimen Rat Generalmajor Anton Höfer unter Bestätigung in der Leitung des Amtes für Volksernährung, neuerlich zu meinem Minister, den Geheimen Rat und Statthalter in meiner gefürsteten Grafschaft Tirol und Vorarlberg Friedrich Grafen Toggenburg zu meinem Minister des Innern und betraue gleichzeitig den Geheimen Rat, Präsidenten der Statistischen Zentralkommission Dr. Viktor Mataja, mit der Leitung meines Handelsministeriums, den Geheimen Rat Sektionschef Dr. Ludwig Cwiklinski mit der Leitung meines Ministeriums für Kultus und Unterricht, den Geheimen Rat Direktor der Nordbahn Sektionschef Dr. Karl Freiherrn v. Banhans mit der Leitung meines Eisenbahnministeriums, den Geheimen Rat Sektionschef Dr. Hugo Ritter v. Schauer mit der Leitung meines Justizministeriums, den Geheimen Rat Sektionschef Emil Ritter Homann v. Herimberg mit der Leitung meines Ministeriums für öffentliche Arbeiten, den Sektionschef Dr. Moritz Ritter v. Ertl mit der Leitung meines Ackerbauministeriums, den Sektionschef Dr. Ferdinand Freiherrn v. Wimmer mit der Leitung meines Finanzministeriums und den Sektionschef Feldmarschalleutnant Karl Czapp v. Birkenstetten mit der Leitung meines Ministeriums für Landesverteidigung.

Endlich betraue ich den Ministerialrat Dr. Julius v. Twardowski-Skrzynna unter gleichzeitiger Ernennung zum Sektionschef in meinem Ministerratspräsidium mit der provisorischen Führung der zuletzt von Minister Dr. Michael Bobrzynski versehenen Agenden.

Karl m. p.

Seidler m. p.“

In zwei weiteren Handschreiben wird Generalmajor Höfer neuerlich als Minister mit der Leitung des Volksernährungsamtes betraut und der Statthalter in Tirol Graf Toggenburg zum Minister des Innern ernannt.

Die Beeidigung.

Am Sonntag vormittags fand die Beeidigung der Mitglieder des neuen Kabinetts statt. Nach der Beeidigung wurden alle Mitglieder des Kabinetts in Kollektivaudienz empfangen und Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler und Minister des Innern Graf Toggenburg in besonderer Audienz.

Österr. Volkszeitung
26./VI. 1917

Zum Zusammenschluß der Deutschen.

Mit den verfassungsrechtlichen Fragen wird sich das Abgeordnetenhaus im Herbst besonders zu beschäftigen haben. Deshalb ist auch vom Deutschen Nationalverband die Anregung ausgegangen, daß die deutschen Parteien (Deutscher Nationalverband, Christlichsoziale, deutsche Sozialdemokraten und Wiener Freiheitliche) einen Block bilden, der die Vorarbeit für die nationalpolitischen Fragen zu leisten hätte. Die Tiroler christlichsozialen Abgeordneten, die unter der Führung des Abgeordneten Schraffl stehen, haben indes dem Obmann des Deutschen Nationalverbandes, Abg. Dobernig, mitgeteilt, daß ihre Gruppe an einer derartigen Blockbildung aus taktischen Gründen nicht teilnehmen könnte. Dem Vernehmen nach ist der Grund für diese ablehnende Haltung darin zu suchen, daß dem Block auch die Wiener Freiheitlichen angehören sollen.

In den maßgebenden Kreisen des Deutschen Nationalverbandes hat diese Haltung der Tiroler christlichsozialen Abgeordneten sehr befremdend gewirkt. Bei dem Plan, einen deutschen Block zu bilden, schwebte dem Nationalverband keineswegs vor, daß die verschiedenen deutschen Parteien auf ihre Parteigrundsätze Verzicht leisten sollen; den Nationalverband leitete vielmehr lediglich die Absicht, daß die deutschen Parteien gemeinsame Richtlinien über die Stellung des deutschen Volkes in Oesterreich aufstellen sollten, da ja im Herbste mit den nationalpolitischen Vorlagen die Verfassungsfrage im Abgeordnetenhause aufgerollt werden soll, die zugleich eine Lebensfrage für den Staat und das deutsche Volk in Oesterreich bedeutet. Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Abgeordneten sich beizeiten vorsehen müssen, um mit einem gemeinsamen Programm hervorzutreten, um so mehr, da die Tschechen und Südslawen, die Polen und Ruthenen ohne Unterschied der politischen Parteischattierung sich vereinigt haben. Man glaubt infolgedessen, daß seitens der Tiroler christlichsozialen Abgeordneten das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gefallen sei, um so mehr, als viele und maßgebende christlichsoziale Abgeordnete bezüglich des gemeinsamen Vorgehens in nationalen Fragen durchaus den Standpunkt des Nationalverbandes teilen.

Die Stimmung im Deutschen Nationalverband gibt folgende Aeußerung des Abg. Dr. Steinwender wieder: Die Anregung, die vom Deutschen Nationalverband ausgegangen ist, war nicht so konkreter Natur, daß damit eine dauernde Organisation gemeint wäre. Der Sinn war, daß wir in nationalpolitischen Dingen mit allen deutschen Gruppen Fühlung nehmen wollen. Diese Fühlung wird auf jeden Fall versucht werden, ohne daß deswegen eine eigentliche Organisation eintreten würde. Es soll nur gesagt werden, daß auch die anderen ebenso deutsche Abgeordnete sind wie wir und daß in nationalpolitischen Angelegenheiten ein gemeinsames Vorgehen anzustreben ist.

Der Wiener Abgeordnete Dr. Wilhelm Neumann erklärte zu der Angelegenheit: Die Wiener Freiheitlichen sind gewohnt, ihren politischen Weg nach dem Leitwort „Viel Feind, viel Ehr" zu gehen; daß sie jedoch gerade die Ungunst der Herren Christlichsozialen Tirols auf sich geladen haben, traf sie einigermaßen überraschend. Die Mitglieder der deutschfreiheitlichen Vereinigung haben sich als Vertreter der deutschen Stadt Wien stets als deutsche Mandatare betätigt, waren und sind jederzeit treue nationale Mitarbeiter, ohne sich jedoch irgendjemandem aufzudrängen. Wir verkennen den politischen Wert, ja die Notwendigkeit des vom Nationalverband angeregten Zusammenschlusses aller deutschen Abgeordneten um so weniger, als die Verbände der nichtdeutschen Nationen sich über alle Parteiunterschiede hinweggesetzt und taktisch machtvolle Einheiten geschaffen haben.

Wir kennen die Beweggründe nicht, aus welchen die Bildung des deutschen Blocks behindert werden soll. Der Gegensatz zwischen Tiroler Christlichsozialen und Wiener Freiheitlichen, der mangels jeglicher Berührungspunkte niemals hervorgetreten ist, scheint offenbar nur ein Vorwand für „taktische und programmatische" Pläne zu sein, deren Urheber vorläufig noch

hinter den Kulissen bleiben.

Reichspost
26./VI. 1917

Unsere Autonomie.

Wien, am 25. Juni.

Die Volksvertreter werden, wenn sie sich morgen nach mehrtägiger Pause wieder versammeln, eine neue Regierung vor sich haben. Die Worte, mit denen sich die frühere dem Parlamente vorgestellt hat, sind kaum verhallt, die Programmreden ihres Chefs haben sich kaum dem Gedächtnisse eingeprägt, und schon sind die Plätze mit den Nachfolgern besetzt. Mit Nachfolgern, deren Nachfolger schon irgendwo im Hintergrunde des Stichwortes harren, wenn anders auf den Uebergangscharakter des neuen Kabinetts ein Verlaß ist. Und als wäre ihnen, wie einer hysterischen Frau beim Zerschlagen des bißchen Küchenporzellanes, beim Anblick herumfliegender Trümmer wohler geworden, gebärden sich die Parteien, die den kleinen Zwischenfall herbeigeführt haben, nunmehr ein gutes Stück vernünftiger, offenbaren löbliche Vorsätze, wie die rasche Verabschiedung des Budgetprovisoriums usw. Wenn das gute Wetter nur auch anhielte! Der Preis, der bezahlt wurde, wäre nicht zu hoch, wenn dafür die wirkliche Arbeitsfähigkeit der Volksvertretung gesichert würde. Kaum etwas benötigt Oesterreich jetzt mehr, als eine Vertretung, die auf der Höhe ihrer weltgeschichtlichen Aufgaben steht, sich ihres Berufes, ihrer Pflichten gegenüber Vaterland und Bevölkerung bewußt ist. Es wird nur wie ein leises Andeuten dieser Aufgaben sein, wenn morgen die neue Regierung bei ihrem Einzug ins Haus die von ihrer Vorgängerin fertiggestellten Vorlagen über die Kriegsgewinnsteuern mitbringen wird. Ein ganzes Panorama wirtschaftlicher Erlebnisse aus der Kriegszeit läßt schon das bloße Wort vor unseren Blicken aufsteigen. Wenn in der Bevölkerung, die über alle Vorstellungen parlamentsüberdrüssig war, als sie vom Weltbrand überfallen wurde, im Laufe der harten Zeit die Sehnsucht nach einer Tribüne des freien Wortes immer mächtiger wurde, so hatten daran gewisse Erscheinungen der entfesselten Kriegswirtschaft, der sich die Bevölkerung hilflos preisgegeben sah, das Hauptverdienst daran. Das müßige und stumme Zuschauen, wie sich die Bureaukratie immer mehr in den Maschen des Netzes verstrickte, das sie in den Tagen der Ueberstürzung gerade erwischt und unserem Wirtschaftsleben umgeworfen hatte, ward um so weniger vergnüglich, je mehr die Allgemeinheit zur Leidtragenden wurde. Heute sind die Dinge bis zu einem Punkte gediehen, daß eine schleunige Remedur gesucht und gefunden werden muß. Wer immer sie bringt, Parlament oder Regierung oder beide vereint in verständnisvoller Zusammenarbeit, wird den Dank von Millionen ernten. . . .

Doch wenden wir heute unsere Blicke einmal erquicklicheren Dingen zu. Von den wenigen erfreulichen Erscheinungen der bisherigen Tagung möchten wir das im großen und ganzen einvernehmliche Marschieren der beiden großen bürgerlichen deutschen Gruppen voranstellen. war längst vor der Wiedereinberung des Reichsrats, nahegelegt durch die während der Kriegszeit gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse, angebahnt und vorbereitet worden. Die Vereinbarungen hatten jetzt die Probe auf ihre parlamentarische Lebenskraft zu bestehen; es hatte sich zu zeigen, ob nicht auch diesmal, wie schon so manchesmal in der Vergangenheit, die Rechnung der deutschen Gemeinbürgschaft ohne den Wirt gemacht worden wäre. Ob nicht auch diesmal die Itio in partes, der Kantönligeist, diese parteipolitische Ausstrahlung der autonomistischen Veranlagung im deutschen Charakter, sich schließlich als mächtiger erweisen werde als die verstandesmäßige Ueberzeugung von der wenigstens dermaligen Höherwertigkeit dessen, was die harte Gegenwart der Gesamtheit als gemeinsame Aufgabe vorschreibt. Nun, bisher wurde die Probe bestanden, obwohl es an Versuchen von außen, das Gift der Zersetzung in die deutsche Phalanx zu spritzen, sie auseinanderzusprengen, nicht gefehlt hat. Daß diese Versuche gerade immer wieder von jenen Zirkeln ausgehen, als deren geistige Zentralen sich die liberale Großpresse gibt, kennzeichnet die eigenartige Lage der Deutschen Oesterreichs. Es findet niemand etwas daran, daß vor den beiden bürgerlichen deutschen Gruppen sich schon die Polen von Bilinski bis Daszynski und die Tschechen von Stransky bis Hruban und von Tusar bis Stanek zu festen nationalen Blocks zusammengefügt haben, von ähnlichen Vergatterungen im Lager kleinerer Nationen gar nicht erst zu reden. Sogar das gelegentliche Zusammengehen der nationalen Blocks aller „Nichtdeutschen", das den parlamentarischen Taktikern auf der rechten Seite des Hauses in den letzten Wochen fallweise geglückt ist, so innerlich haltlos ein solches Kunstgebilde erscheinen muß, wurde mit fatalistischer Ergebung hingenommen und beinahe wohlwollend beurteilt. Sünde ist nur, wenn die deutschen Parteien, nein, wenn der bürgerlich-nationale Teil der deutschen Parteien das gleiche versucht, was in allen anderen nationalen Lagern längst Tatsache ist. Freilich sind die Deutschen, die ihre „öffentliche Meinung" vielfach an Elemente in Pacht gegeben haben, denen deutsches Empfinden nicht angeboren ist, selber schuld daran.

Erfreulich nannten wir dieses Miteinandermarschieren. Erfreulich vor allem deshalb, weil es zu einem besseren Sichverstehen, zu einer Verringerung der Reibungsflächen führen kann. Wenn wir von der Hochwarte des Weltkrieges zurückblicken auf Deutschösterreichs Vergangenheit, so müssen wir uns alle gestehen, daß wir einander oft recht überflüssig das Leben sauer gemacht haben. Heute erkennen 90% aller Deutschen die Hauptgefahr ihres Volkstums. Die reichen wirtschaftlichen Erlebnisse der Kriegszeit haben vielen die Augen geöffnet, die durch Jahrzehnte blind und taub an der geistigen Verseuchung unseres Volkes vorbeigingen. „Wir haben umgelernt", bekennt der Kärntner nationalradikale Führer Dr. Angerer, vordem ein Rufer im Kulturkampf, der ein Kampf gegen den Bruder war. Wir lassen uns von Juden nicht in unsere Angelegenheiten dreinreden, erklärt die Hauptorganisation der Wiener deutschnationalen Hochschüler gegenüber den girrenden Hetzversuchen der Freien Schule. Und die Presse der Hetzer, die sich bisher die Rolle einer publizistischen Vertretung des Deutschtums angemaßt hatte, ist so überrascht von der Abweisung, daß ihr das Feigenblatt entfällt und sie ihren wahren Charakter in einer unverhüllten Kriegserklärung an das deutsche Volk, dessen Sprache sie schändet, zu erkennen gibt. Nun, dieser Verlust wird zu verschmerzen, diese Gegnerschaft zu ertragen sein. Wir anderen aber wollen fortfahren im Abbau der Mißverständnisse und der Uebereibungen des Gegensätzlichen. Kein Programmpunkt soll abgeschwächt werden, kein Grundsatz zu Schaden kommen, aber die aufgedonnerten Schlagworte der Streitsucht mögen verstummen, auf die künstliche Zucht der Spaltpilze sei Verzicht geleistet. Klar sei die Linie, die scheidet, gezogen, damit der Brückenbau, wo dies dem höheren Interesse der Volksgesamtheit nützlich, um so unbedenklicher erfolgen kann. Und daß wir in der nächsten Zukunft hauptsächlich dieses Brückenbaues bedürfen werden, das kann keiner verkennen, der offenen Auges durch die Gegenwart schreitet. Wenn wir uns nicht beeilen, geistig autonom zu werden, so ist unfehlbar das wirtschaftliche und kulturelle Fremdjoch unser Los.

Arbeiterzeitung 26./VI. 1917 100

Der Ministerwechsel.

Der Kabinettswechsel ist vollzogen. Erstaunlich ist, daß die Handschreiben, wodurch die Entlassung der alten und die Ernennung der neuen geschieht, vom 23. Juni datiert sind, die amtliche Kundmachung aber erst am 26. Juni (Dienstag) geschehen wird. Wir halten einen solchen Vorgang für durchaus gesetzwidrig. Das Handschreiben über die Ernennung der neuen Minister lautet:

Lieber Dr. Ritter v. Seidler! Ich ernenne Sie zu meinem österreichischen Ministerpräsidenten und verleihe Ihnen gleichzeitig taxfrei die Würde eines Geheimen Rates. Ferner ernenne ich in Genehmigung Ihrer Anträge den Geheimen Rat Generalmajor Anton Höfer unter Bestätigung in der Leitung des Amtes für Volksernährung neuerlich zu meinem Minister; den Geheimen Rat und Statthalter in meiner gefürsteten Grafschaft Tirol und Vorarlberg Friedrich Grafen von Toggenburg zu meinem Minister des Innern und betraue gleichzeitig den Geheimen Rat Präsidenten der Statistischen Zentralkommission Dr. Viktor Mataja mit der Leitung meines Handelsministeriums; den Geheimen Rat Sektionschef Dr. Ludwig Cwiklinski mit der Leitung meines Ministeriums für Kultus und Unterricht; den Geheimen Rat, Direktor der Nordbahn, Sektionschef Dr. Karl Freiherrn v. Banhans mit der Leitung meines Eisenbahnministeriums; den Geheimen Rat Sektionschef Dr. Hugo Ritter v. Schauer mit der Leitung meines Justizministeriums; den Geheimen Rat Sektionschef Emil Ritter Homann v. Herimberg mit der Leitung meines Ministeriums für öffentliche Arbeiten; den Sektionschef Ritter v. Ertl mit der Leitung meines Ackerbauministeriums; den Sektionschef Dr. Ferdinand Freiherrn v. Wimmer mit der Leitung meines Finanzministeriums und den Sektionschef Feldmarschalleutnant Karl Czapp v. Birkenstetten mit der Leitung meines Ministeriums für Landesverteidigung. Endlich betraue ich den Ministerialrat Dr. Julius v. Twardowski-Skrzypna unter gleichzeitiger Ernennung zum Sektionschef in meinem Ministerratspräsidium mit der provisorischen Führung der zuletzt von Minister Dr. Michael Bobrzynski versehenen Agenden.

An diesen Ernennungen fällt vor allem die ungewöhnliche Erhöhung des Dr. v. Seidler auf. Bisher sind derlei Uebergangsministerien so gebildet worden, daß ein Minister mit dem Vorsitz im Ministerrat betraut wurde. Zum Beispiel ist Graf Kielmansegg seinerzeit zum Minister des Innern ernannt, Clary zum Ackerbauminister, Wittek zum Eisenbahnminister, und sie alle sind mit dem Vorsitz im Ministerrat betraut worden. Es wäre wohl möglich, den besonderen Grund dieser Erhöhung anzugeben. Die merkwürdigste Ernennung ist wohl die des Grafen Toggenburg zum Minister des Innern. Er ist bisher Statthalter in Tirol gewesen und hat das Geschäft, nach den Irrungen und Wirrungen des Freiherrn v. Spiegelfeld, mit ziemlichem Erfolg geführt. Warum mußte er nun, da es sich nur um ein Uebergangsministerium handelt, von Tirol berufen werden, wo dann dort eine Lücke entsteht und wo sich doch wohl auch im Ministerium des Innern der Uebergangsbeamte gefunden hätte? Dabei kann man wohl sagen, daß Graf Toggenburg, der sich in Oesterreich nie umgeschaut hat, von den Dingen, die jetzt vor einem Minister des Innern stehen, wenig Kenntnis hat. Auch hier würden freilich die Gründe anzugeben sein, und der Grund eines höchstausgebildeten Klerikalismus sprach wohl auch mit. Bemerkenswert ist, daß das neue Kabinett zwei Polen enthält, keinen einzigen Tschechen aber. Dr. v. Seidler hat darauf verzichtet, das Ackerbauministerium zu leiten; man ist eben Ministerpräsident. Von den scheidenden Ministern ist Graf Clam-Martinic mit folgendem Handschreiben verabschiedet worden:

Lieber Graf Clam-Martinic! Gleichwohl ich die Gründe voll würdigte, welche Sie bewogen haben, Ihr verantwortungsvolles Amt in meine Hände zurückzulegen, habe ich mich doch schwer und nur mit aufrichtigem Bedauern entschließen können, Ihrem Rücktrittsansuchen stattzugeben. Indem ich Sie hiemit von dem Amt meines Ministerpräsidenten in Gnaden enthebe, gedenke ich dankbar der selbstlosen und patriotischen Opferwilligkeit, mit welcher Sie mir und dem Staate unter besonders schwierigen Verhältnissen Ihre wertvollen Dienste geliehen haben. Ihre vornehme Gesinnung, Ihr warmes patriotisches Empfinden und nicht minder Ihre reichen Erfahrungen und Kenntnisse hatten mich seinerzeit bewogen, Sie in den Rat meiner Krone zu berufen. Ich glaubte, das höchste Staatsamt besseren Händen nicht anvertrauen zu können. Ich muß es tief und aufrichtig beklagen, daß die politischen Verhältnisse Ihre wertvolle Mitarbeit nunmehr mir und dem Staate entzogen haben. Der Fortdauer meiner uneingeschränkten Wertschätzung halten Sie sich versichert, als deren äußeres Zeichen ich Ihnen taxfrei das Großkreuz meines St. Stephan-Ordens verleihe.

Das Handschreiben ist vom Grafen Clam-Martinic gegengezeichnet. Ein derart warmes, ja zärtliches Abschiedsschreiben haben wir noch nie gelesen. Unser Urteil über Clams Ministerschaft haben wir schon deutlich ausgesprochen. Aufgefallen ist uns vor allem der Satz von der „selbstlosen und patriotischen Opferwilligkeit". Wenn das keine Anspielung darauf sein soll, daß Graf Clam, um Ministerpräsident zu werden, einige Verwaltungsratsstellen aufgegeben hat, verstehen wir es nicht recht: ist es denn ein so großes Opfer, in Oesterreich Ministerpräsident zu werden, und ist der Umstand, daß jemand dabei keine materiellen Interessen im Auge hat, eine derartige Ueberraschung, daß er das Wort „selbstlos" erfordert? Auch die übrigen Handschreiben sind sehr gnädig. Herrn Bärnreither wird „für seine mit hingebungsvollem Eifer entfaltete, vorzügliche Wirksamkeit wärmster Dank und volle Anerkennung" ausgesprochen; bei dem Freiherrn v. Georgi wird „gern und dankbar der vieljährigen, stets ausgezeichneten Tätigkeit, die er sowohl in seinen früheren militärischen Verwendungen als auch auf dem gegenwärtigen Posten entfaltet hat", gedacht; es wird ihm die volle Anerkennung ausgesprochen. Dem Freiherrn v. Forster wird „für die auf diesem Posten mit aufopfernder Hingebung geleisteten ausgezeichneten Dienste volle Anerkennung und wärmster Dank ausgesprochen". Dem Freiherrn v. Hussarek: „Ich würdige dankbar und mit warmer Anerkennung Ihre vieljährige, hingebungsvolle und hervorragende Tätigkeit." Dem Freiherrn v. Trnka wird „für seine vielerprobte, vorzügliche Wirksamkeit in dieser Stellung wärmster Dank ausgesprochen". Dem Dr. v. Spitzmüller: „Ich gedenke gerne der besonderen Verdienste, die Sie sich während Ihres Wirkens auf diesem Posten in treubewährter Hingebung erworben haben"; volle Anerkennung und wärmsten Dank. Dem Freiherrn v. Handel: „Ich spreche Ihnen für Ihr von aufopferndem Pflichteifer getragenes, vorzügliches Wirken volle Anerkennung und wärmsten Dank aus." Dem Freiherrn v. Schenk: „Ich spreche Ihnen für Ihre vieljährige, hingebungsvolle Wirksamkeit im öffentlichen Dienste meinen wärmsten Dank aus." Dem Dr. Urban: „Ich spreche Ihnen für Ihre sehr verdienstvolle Tätigkeit volle Anerkennung und wärmsten Dank aus." Bei Georgi, Forster, Hussarek, Trnka, Spitzmüller und Handel (bei Schenk nicht) wird die Wiederverwendung im Dienste vorbehalten. Das hat vorläufig die Bedeutung, daß die Ausgetretenen den Ministergehalt weiter beziehen. Georgi, Forster, Handel werden ins Herrenhaus berufen. Spitzmüller erhält die Baronie. Auf die Aufzählung der Orden, die die Scheidenden erhalten, werden die Leser wohl verzichten.

Die Zeit
27/VI. 1917
106

Parlamentskontrolle.

Das Abgeordnetenhaus hat dem neuen Kabinett das Budgetprovisorium bewilligt. In der kurzen Erklärung, mit der Ministerpräsident Dr. v. Seidler gestern die bescheidenen Ambitionen der provisorischen Regierung umgrenzte, ist auch der weitere Arbeitsplan des Hauses bescheiden vorgezeichnet: Verlängerung der Mandatsdauer, Delegationswahlen, Kriegsgewinnsteuer. Ueber dieses Arbeitsprogramm scheint man vorläufig nicht hinausgehen zu wollen, und die parlamentarischen Kalendermacher sind bereits an der Arbeit, um auf den Tag auszurechnen, wann der Stoff erledigt sein wird und wann man Schluß machen kann. Die Saison ist nun allerdings bereits vorgerückt, und insbesondere die ländlichen Abgeordneten pflegen um diese Zeit leicht ungeduldig zu werden. Aber bei aller Rücksicht auf die beruflichen Pflichten und Wünsche der Landwirte muß doch gesagt werden, daß es auf die Bevölkerung einen peinlichen Eindruck machen würde, wenn die Abgeordneten es jetzt mit der Erledigung eines vorwiegend formalen Arbeitsstoffes so eilig hätten, um dann nur rasch wieder auseinanderzugehen. Viel zu lange hat die parlamentslose Zeit in Oesterreich gedauert, als daß man es natürlich finden könnte, die alten Kalendergewohnheiten ohne weiteres wieder in Geltung treten zu sehen. Ein Parlament, das drei Jahre lang unfreiwillig Ferien genoß, muß nicht, kaum wieder einberufen, sofort auf Sommerferien gehen, wenn die Julisonne brennt. Es gibt jetzt dringende Angelegenheiten, Herzens- oder richtiger: Magenangelegenheiten des Volkes, von denen jedermann auf der Straße spricht, und von denen zu sprechen, jedem Volksvertreter ein Bedürfnis sein müßte. Die Wichtigkeit der hohen Politik und der nationalen Streitfragen in allen Ehren. Aber womöglich noch stärker und allgemeiner ist jetzt das Interesse an den Zuständen der Verwaltung, an den schwer empfundenen Uebeln des Wirtschaftslebens und Ernährungswesens: die täglichen Allerweltsleiden und die Unzulänglichkeit der amtlichen Heilmethoden, das alles ruft nach Abhilfe, das alles ruft nach Kritik und Kontrolle, und niemand würde begreifen, wenn das Parlament auseinanderginge, ohne dieser größten Volkssorge eine gründliche Aussprache gewidmet zu haben.

All die dünkelhaften Schwätzer, die sich sonst darin gefallen hatten, geringschätzig und wegwerfend über den Wert parlamentarischer Einrichtungen zu urteilen, sind nun mäuschenstill. Denn nach allem, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, gibt es keine Meinungsverschiedenheit mehr darüber, daß die öffentliche Tribüne uns unentbehrlich ist, sei es, um für die angesammelten Volksleidenschaften ein Ventil zu öffnen, sei es, um durch Mahnung und Ansporn die österreichische Verwaltung, die sonst stillzustehen und einzuschlafen droht, in ein halbwegs modernes Entwicklungstempo zu bringen. Wir alle sind überzeugt davon, daß in diesen drei schweren Kriegs- und Sorgenjahren vieles, was schlecht ging, hätte besser gehen können, wenn jene Tribüne nicht verschlossen geblieben wäre. Es gibt keine Bureaukratie in der Welt, die durch ein kritik- und rechenschaftsloses Walten nicht faul und untüchtig würde. Auch die österreichische Bureaukratie macht von dieser Regel keine Ausnahme. Um so notwendiger ist es daher, daß jetzt, wo endlich wieder das Volk durch seine Vertreter zu Worte kommt und sich mit der Staatsgewalt auseinandersetzen kann, diese Auseinandersetzung mit aller Offenheit und Gründlichkeit stattfinde. Auf das jahrelange erzwungene Stillschweigen ein freiwilliges folgen zu lassen, wäre unverzeihlich. Hinter der Mauer der Zensur, die alle lästigen Beobachter, Frager und Tadler fernhielt, hat sich im Garten unserer Verwaltung so viel Unkraut, haben sich so viel Mißstände und üble Gewohnheiten eingenistet, daß es für die bessernde parlamentarische Kontrolle jetzt ein großes Stück Arbeit gibt. Das Parlament sollte nicht auf Ferien gehen, ohne wenigstens einen Teil dieser Arbeit geleistet zu haben.

Neue Freie Presse

27./III. 1917

107

Die Christlichsoziale Vereinigung über die Bildung eines deutschen Blocks.

Die Christlichsoziale Vereinigung hielt heute unter Vorsitz ires Obmannes Hauser eine längere Klubberatung, die das rlamentarische Arbeitsprogramm zum Gegenstande hatte. ußerdem wurde in bezug auf die Meldungen über die geplante ildung eines deutschen Blocks von der Vereinigung festgestellt, aß die Tiroler Reichsratsabgeordneten in dieser Sache überhaupt einen Beschluß gefaßt haben und ein derartiger ntrag der Christlichsozialen Vereinigung auch nie zur eratung vorlag. (Die Meldung von dem Beschlusse der iroler Christlichsozialen wurde von der offiziellen Parteikorrespon- enz veröffentlicht. Anm. d. Red.)

Vossische Zeitung

28/VI. 1917

111

Minister Georgis Rechtfertigung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 27. Juni.

Der Ruf, den Generaloberst v. Georgi nach seiner Entlassung sozusagen wie Titurel noch aus dem Grabe erhebt, hat einen Mißklang und hat daher beinahe alle Teile des Hauses verstimmt. Wirkte es schon sonderbar, daß ein Minister, der nicht den Mut hatte, im Plenum die Armee gegen schwere Beleidigungen zu verteidigen, nach seinem Abgange schriftlich eine Erklärung abgibt, zu der ihn allerdings die neue Geschäftsordnung berechtigte, so berührt zugleich der Eingang peinlich, in dem er, statt die angegriffenen Faktoren der Heeresleitung zu entlasten, sich hinter die Taten der Armee zurückzieht, deren Größe niemand anzweifeln wird. Auch seine Begründung, warum er schriftlich erwidere, sieht ebenso komisch aus. Er wäre nämlich im Parlament von den Abgeordneten so sehr in Anspruch genommen gewesen und konnte nicht immer zuhören. „Ich gebe zu," schreibt er weiter, „daß, wenn die Angaben eines Abgeordneten sich bewahrheiten sollten, die Empörung über derartige Vorkommnisse völlig begreiflich wäre." Hieran knüpft er aber nicht die Versicherung, die Vorkommnisse zu untersuchen, sondern fordert im Gegenteil den anklagenden Abgeordneten auf, weitere Vorkommnisse zu seiner Kenntnis zu bringen. Die Abgeordneten können aber kein Verfahren einleiten und die Militärverwaltung will es offenbar nicht.

Im weiteren gibt der Minister zu, daß viele Mißgriffe geschehen wären, wünscht aber, daß die Angriffe bis nach Friedensschluß vertagt würden und verwahrt sich gegen die Verallgemeinerungen. Diese laxen Erklärungen, die nach keiner Seite entschieden klangen und nur einen Teil von dem wiedergeben, was der Minister im Ausschuß darlegte, werden überall als oberflächlich und zudem als unpolitisch beurteilt. Der Minister kann von Glück sagen, daß heute mittag bei der Abstimmung über die Zulassung einer Debatte über diese seine Erklärungen die Deutschen ihn dessen enthoben und die meisten Polen durch Verlassen des Saales die Sache in dem Sinne entschieden, daß die Debatte abgelehnt wurde. Der ganze Vorgang ist weit über seine sachliche Bedeutung hinaus ein deutlicher Beweis der traurigen Symptome für die völlige Verwandlung der Lage in Oesterreich zuungunsten der Deutschen. In einem vor zwei Jahren eröffneten Reichsrate hätten die Tschechen schweigen und nach allem, was bei ihren Divisionen geschehen ist, froh sein müssen, wenn niemand hierzu die Stimme erhoben hätte. Heute sind sie es, die, im Gefühl ihrer Stärke, nach zwei von den Deutschen versäumten Jahren die Debatte erzwingen wollen, die sich auch um den tschechischen Hochverrat dreht, während die Deutschen vorsichtig abwinken, um nicht den Tschechen noch Genugtuung für ihre „Taten" zu gewähren. Wer unbefangen solche Wendungen in Wien erlebt, fragt sich zuweilen, warum in einem Lande, in dem viele gehängt wurden, diejenigen straflos und frei bleiben, die eine solche Politik gemacht und ermöglicht haben.

Emil Ludwig.

Neues Pester Journal
28/VII. 1917
28
112

* **Für das Frauenwahlrecht.** Der Bund ungarländischer Frauenvereine hielt heute Nachmittag im Lloydsaale eine Versammlung für das Frauenwahlrecht. Die Sitzung wurde von der Präsidentin des Bundes, Gräfin Albert Apponyi, mit einer Ansprache eröffnet, in welcher sie betonte, daß angesichts der ungeheuren Opfer und Leistungen der Frau es eine Sache der Billigkeit sei, wenn auch Frauen das Wahlrecht erhalten. Der Staatssekretär im Ministerpräsidium Markgraf Georg Pallavicini erklärte im Namen des Ministerpräsidenten Grafen Moriz Esterházy, daß die Regierung die Frage der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen mit dem größten Wohlwollen behandle und daß durch die geplante Reform zahlreiche Frauen zur Ausübung ihrer politischen Rechte kommen werden. Minister des Innern Gabriel Ugron wies auf die Unrichtigkeit der Behauptung hin, als ob die politische Thätigkeit der Frauen auf ihre Wirksamkeit im Familienkreise einen unheilvollen Einfluß ausüben würde. Er erklärte, daß wenn die Reform in Bezug auf die Frauen das allgemeine Wahlrecht nicht bringen werde, so viel gewiß sei, daß eine große Anzahl Frauen das Stimmrecht erlangen werde. Zum Schlusse hielt Frau Franz Perczel das Referat, in welchem sie in vortrefflicher Weise alle Argumente für das Frauenwahlrecht anführte. In ähnlichem Sinne sprachen auch die Abgeordneten Ladislaus Hammersberg, Samuel Bakonyi, Johann Benedek und Lehel Héderváry, worauf Auguste Rosenberg die Resolution der Versammlung in Betreff des Frauenwahlrechtes verlas. Nach einigen Schlußworten der Präsidentin war die Versammlung zu Ende.

28/VI. 1917

113

Ausgeglitten.

Graf Czernin hat das ganze, durch Monate erworbene Vertrauen der Bevölkerung zu seinen, verhältnismäßig wenigstens modernen, volksfreundlichen und friedliebenden Absichten durch die paar Zeilen Erklärung, die er dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler zur Verlesung im Abgeordnetenhaus übergeben hat, aufs Spiel gesetzt. Die Antwort, die Graf Czernin auf die harmlosen Friedensanträge einiger Abgeordneten erteilt hat, wirkt wie die Faust aufs Auge. Es hätte genügt, wenn Graf Czernin seine wiederholt öffentlich zum Ausdruck gebrachte Friedensbereitschaft noch einmal ausgesprochen, und es wäre gut gewesen, wenn er sie noch durch eine Andeutung über die ihm vorschwebenden Kriegsziele erweitert hätte. Dafür wäre ihm unsere in auswärtigen Fragen nicht gerade verwöhnte und sicher auch nicht anspruchsvolle Volksvertretung dankbar gewesen, und mit ihr auch die unter dem Kriege leidende Bevölkerung. Statt dessen rasselt Graf Czernin mit einer junkerhaften Verteidigung des von niemandem angegriffenen Rechtes der Krone, Frieden zu schließen, und einer strikten Ableugnung des von niemandem noch bestrittenen Rechtes der Volksvertretung, über den Frieden eine Meinung zu äußern, daher und verdirbt alles, was er bisher Gutes, in Worten wenigstens, geleistet hat.

Selten erleben wir den Fall, daß sich ein Minister auf die Verfassung beruft, und manchesmal sieht es so aus, wie wenn dieser oder jener Minister an die Existenz unserer Verfassung ganz vergessen hätte. Um so fataler ist es, daß, wenn schon ein Minister die Verfassung zitiert, er es an falschem Ort und zu falschem Zweck tut. Auf jenen Artikel der Verfassung, der dem Kaiser das Recht, Frieden zu schließen, vorbehält, hat schon der verflossene Graf Clam in der Thronrede Bezug genommen, um damit die Verschiebung des Verfassungsgelöbnisses zu begründen. Kein Gelehrter hat noch den Kausalnexus zwischen dem und jenem herausgefunden. Graf Czernin führt nun auch diesen bei den Ministern anscheinend beliebt gewordenen Verfassungsartikel an, um einen Frieden auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker von sich zu weisen. Ja, aber, um Gottes willen, mit dem Frieden auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker — jener so unendlich oft schon abgewerkelten Formel des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates — meint man doch nicht, daß die Völker über die Köpfe ihrer Regierungen miteinander Frieden schließen sollen. Das ist die Idee des russischen Maximalisten Lenin, jenes von unseren Offizios eine Zeitlang protegierten anarchistischen Schwärmers, der davon träumt, daß die Soldaten an den Fronten miteingnder fraternisieren und gegen ihre Regierungen Frieden schließen sollen. Das ist es aber nicht, was der Arbeiter- und Soldatenrat, die provisorische russische Regierung und alle Welt, auch Präsident Wilson, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker meint. Diese Formel bezieht sich nicht auf die Kompetenz zum Friedensschluß, sondern auf den Inhalt des künftigen Friedens selbst, der allen Völkern das Selbstbestimmungsrecht, das heißt die Demokratie, bringen soll. Das hat aber doch wieder mit dem formalen Recht der Krone zum Friedensschluß nichts zu tun.

Soll diese Distinktion, nachdem monatelang darüber in der ganzen Welt diskutiert wird, dem Minister des Aeußern entgangen sein? Erinnert sich denn Graf Czernin nicht, daß er selbst in der sensationellen Verlautbarung des k. k. Korrespondenzbureaus vom 15. April, durch die er sich so viele wohlverdiente Sympathien in unserer Bevölkerung und im Ausland erworben hat, unmittelbar nach Veröffentlichung der Kriegsziele der russischen provisorischen Regierung, die jene Formel enthielt, diese Formel wiederholt und hinzugefügt hat, daß sie sich mit dem von ihm vorher bezeichneten „Kriegsziel der österreichisch-ungarischen Monarchie" „deckt"? Wie kann er nun diese Formel, noch dazu in so überheblichem Ton, mit einer ganz unverständlichen Begründung ablehnen? Wie soll man das begreifen? Wie sollen es wir, wie soll es das Ausland begreifen? Wird man im feindlichen Ausland nicht jetzt auch gegen den Grafen Czernin, wie schon lange gegen Herrn v. Bethmann, den Vorwurf der Duplizität erheben? Kann ein derartiges Gebaren uns dem „ehrenvollen Frieden", den Graf Czernin nach wie vor anstrebt, näherbringen? Hat da nicht der konservative Innenpolitiker dem Diplomaten das Konzept verdorben? Wenn man, wie es jetzt die Zeit mit sich bringt, demokratisch nach außen sein will, so muß man es auch nach innen, und vor allem im eigenen Innern, sein. Auch auf dem Parkett der Demokratie kann man ausgleiten, wenn man sich darauf zu bewegen nicht gewöhnt ist.

Wien, 30. Juni.

Am 27. Juni l. J. hat der Abgeordnete Daszynski im Abgeordnetenhause eine Anfrage über die Friedensvorbereitungen gestellt und hiebei ausgeführt, die k. u. k. Regierung habe in ihren wiederholten Erklärungen die Bereitwilligkeit ausgesprochen, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker einzugehen.

Die Vieldeutigkeit des Wortes vom Selbstbestimmungsrechte der Völker und die wechselnde Bedeutung, welche die Ententemächte ihm unterlegt haben, dürften schuld daran sein, daß die hierauf abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten mehrfach mißverstanden wurde.

Zuerst tauchte diese Formel in der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 23. Jänner 1917 auf als Forderung nach allgemeiner Demokratisierung, also nach inneren Reformen der einzelnen Staaten. Der hierin gelegene, nicht nur sympathische, sondern auch zeitgemäße und durchaus gerechtfertigte Gedanke eines Ausbaues des Nationalitätenrechtes auf politischem und kulturellem Gebiete im Rahmen des Gesamtstaates entspricht vollkommen der Auffassung unserer Regierungskreise. In der Thronrede hat dieser Reformgedanke programmatischen Ausdruck gefunden.

Die provisorische russische Regierung hat dann mit ihrer Erklärung vom 11. April 1917 der Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einen durchaus anderen, rein außenpolitischen Inhalt gegeben. Unter Ablehnung der Absicht, andere Völker zu beherrschen und ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen, hat die russische Regierung den kriegführenden Staaten das Recht vindiziert, das Schicksal ihrer Völker beim Friedensschluß selbst zu bestimmen. Dieser Auffassung von den Grundlagen eines dauerhaften Friedens mit dem russischen Volke vermochte sich die österreichisch-ungarische Regierung ohneweiters anzuschließen. Ist doch dieser Krieg für unsere Mächtegruppe ein Volkskrieg im wahren Sinne des Wortes, der nicht durch einen Frieden entschieden werden kann, welcher den Wünschen unserer Völker widerspräche, die ja vom Anbeginn an für die Erhaltung ihrer angestammten Wohnsitze und für das Recht kämpfen, ihre Schicksale ohne Einmischung Dritter selbst zu bestimmen.

Seither hat die Formel vom Selbstbestimmungsrechte der Völker in ihrem Laufe durch die verschiedenen Erklärungen der Ententemächte eine neue Wandlung ihrer Bedeutung erfahren. Sie ist zur Forderung des Verzichtes der Monarchie auf ihr Selbstbestimmungsrecht geworden, das heißt des Verzichtes auf ihre Souveränität und Integrität, des Verzichtes auf ihr und ihrer Völker Recht, das Verhältnis der Nationalitäten zum Staat auf dem Boden der inneren Politik, durch das verfassungsmäßige Zusammenwirken von Krone und Parlament selbst zu bestimmen. Dieser letzte von den Ententemächten geprägte Begriff des Selbstbestimmungsrechtes der Völker bedeutet uns gegenüber einen Eingriff in das innere Gefüge der Monarchie. An die Stelle des Rechtes Oesterreich-Ungarns, über seinen territorialen Bestand frei zu bestimmen, sollte ein den einzelnen Nationalitäten Oesterreich-Ungarns von der Entente verliehenes Recht treten, sich das Gesetz ihrer staatlichen Zugehörigkeit selbst zu geben. Das war, im geraden Gegensatze zum Lwowschen Gedanken, die Verneinung des Staates, ein Plan, offenkundig zu dem Zwecke in die Welt gesetzt, die Nationalitäten Oesterreich-Ungarns gegen einander auszuspielen und das Gefüge der Monarchie zu lockern.

Ein so aufgefaßtes Selbstbestimmungsrecht der Völker hat die k. u. k. Regierung niemals anerkannt, nie anerkennen können, nie anerkennen dürfen. Diese Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker war es, welche der Ministerpräsident im Auge hatte, als er im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern in seiner Erklärung vom 27. Juni l. J. sagte, die Annahme des Abgeordneten Daszynski sei irrig, als ob die k. u. k. Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauernden Friedens anerkannt hätte.

Die Worte des Ministerpräsidenten v. Seidler waren also gegen die Anmaßung der Entente gerichtet, sich in unsere inneren Verhältnisse einzumengen, selbstverständlich aber nicht gegen die Rechte unserer eigenen Völker auf Teilnahme an dem Aufbaue des Friedens und an dem Ausbaue unserer inneren staatlichen Ordnung. Sie waren eine Abwehr gegen feindliche Eingriffe in unser Staatsleben, nicht ein Angriff gegen die eigenen verfassungsmäßigen Einrichtungen.

In diesem Sinne verstanden, bedeutet der Hinweis auf das Recht der Krone, Frieden zu schließen, die Feststellung, daß im Verhältnisse zu unseren Feinden der Wille der Monarchie verfassungsmäßig, unter selbstverständlicher Verantwortlichkeit der gemeinsamen Regierung, durch den Herrscher zum Ausdrucke gebracht werde und nicht durch dieses, von den Ententemächten beliebte „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" beeinträchtigt werden dürfe.

Wie aus den vielfälligen Erklärungen der gemeinsamen Regierung bekannt ist, wird sie ausschließlich von dem Gedanken geleitet, den von ihr angestrebten ehrenvollen Frieden im vollen Einverständnisse mit den Völkern Oesterreich-Ungarns zu erringen. Von der Ueberzeugung getragen, in der Friedensfrage mit ihnen eins zu sein, liegt es der Regierung ferne, der Betätigung der gesetzlichen Vertretung der Völker auf dem Gebiete des Friedensproblems ein Hindernis in den Weg zu legen.

Die Heldentaten unserer Armee und die aufopfernde Haltung unserer Völker im Hinterlande haben bei allen maßgebenden Faktoren der Staatsleitung volle Würdigung gefunden und tiefste Dankbarkeit ausgelöst. Es ist klar, daß nach solchen heroischen Leistungen die Regierung mit voller Beruhigung die Mitwirkung ihrer Völker, die Mitverantwortung der Parlamente beim Aufbaue des Friedens erwartet, jenes Friedens, der den Völkern dauernde Ruhe, gesicherte Entwicklung und steigende Wohlfahrt verbürgen soll.

Frankenstein
30./VI. 1917
118

Reichspost

30./VI. 1917

120

Genug der Selbstzerfleischung.

Wien, am 29. Juni.

Was von gewissen Auslassungen tschechischer Redner und ihrer Wirkung auf das Ausland und auf die Kriegslage zu halten ist, wurde hier wiederholt angedeutet. Es wäre endlich wahrhaftig an der Zeit, gewissenhafter zu werden, mehr Rücksicht auf das Staatsinteresse zu nehmen und insbesondere nicht zu vergessen, daß die Krieger aller österreichischen Völker mit ihrem Blute jede politische Torheit bezahlen müssen, die im Parlament von Volksvertretern aus Pflichtvergessenheit oder Unverstand begangen wird. Es ist einfach nicht statthaft, daß in Zeiten, wie den gegenwärtigen, von der Parlamentstribüne jeder politische Kannegießer nach Herzenslust darauf losredet. Schon in Friedenszeiten hat uns diese parlamentarische Zuchtlosigkeit einzelner „Volksvertreter" über alle Maßen geschadet, geschweige denn jetzt, wo jedes unüberlegte Wort von den Feinden in ein Geschütz gegen unsere Krieger, gegen den Frieden und insbesondere gegen einen guten Frieden verwandelt wird. Machen wir unsere häuslichen Streitigkeiten, wenn ihre Erörterung schon jetzt als unumgänglich betrachtet wird, wenigstens unter uns ab! Müssen alle Beschwerden, alle Bedenken, alle Kritiken gleich an die große Glocke gehängt werden, die eine Verbandsglocke ist? Die Söhne aller Völker schützen uns vereint mit ihren Leibern gegen die Verbandsarmeen, und in der Volksvertretung soll geredet werden dürfen, was die Verbandsohren gerne hören, was unseren Feinden nützt, was uns gegeneinander reizt und unsere Verbündeten verdrießen muß? In den Parlamenten aller „Demokratien" hat man zur Erörterung unangenehmer Dinge, die man das feindliche Ausland nicht wissen lassen will, eigene Ausschüsse mit vertraulicher Beratung und Geheimsitzungen der Kammern eingeführt. Nur bei uns soll, obwohl kein Staat schwierigere innerpolitische Verhältnisse hat als Oesterreich hemmungslos darauf los geredet werden können, wie jedem Hinz und Kunz der Schnabel gewachsen ist. Die nachträgliche Zensur, die übrigens eine recht fragliche und gewiß höchst unvollkommene Einrichtung ist, vergrößert oft noch, wie jede Halbheit, durch ihre Unsicherheit das Uebel.

Es war überaus wohltuend, in der Friedensdebatte von einem Mitgliede des Tschechischen Verbandes, Abg. Propst Stojan, endlich ganz andere Worte zu vernehmen, als man sie bisher von jenen Bänken hören mußte, Worte treu österreichischer Gesinnung. Vielleicht ist das Eis gebrochen und kommt nun doch allmählich die Vernunft zu Worte, die politische Vernunft, die den slavischen Parlamentsparteien sagt, daß nicht nur sie, sondern daß auch die Parteien der Deutschen Oesterreichs über allerlei Ungemach während des Krieges zu klagen hätten und daß diese Beschwerden kein nationales Privileg eines einzelnen Volksstammes, sondern allgemeine Bevölkerungssache sind, daß alles, was einzelne Redner dem Staate antun, dem eigenen Volke zum Schaden gereichen muß. Oesterreich ist nun einmal ein Völkerreich mit allen seinen Vorzügen und Schwierigkeiten; jeder Stümper vermag Unbefriedigendes zu entdecken oder mit Steinwürfen unermeßlichen Schaden anzurichten. Aber ist das auch eine Politik? Nützt er etwa seinem Volksstamm damit, wenn er das gemeinsame Wohnhaus durch mutwillige Demolierungen unwohnlicher für alle macht? — Man mache also endlich Schluß mit der unverantwortlichen Kannegießerei, die niemanden befriedigt, als unsere Feinde, und allen schadet, zumal unseren Kriegern und — unserer Valuta!

Bei dieser Gelegenheit sei auch ein Wort an die Presse unserer reichsdeutschen Verbündeten gerichtet. Daß gewisse Auslassungen im österreichischen Parlament ihren berechtigten Unmut hervorrufen mußten, steht außer Frage. Aber Torheiten und wären sie noch so haarsträubend, entgiftet man nicht, wenn man sie womöglich noch übertrumpft. Man sollte sich draußen ständig vor Augen halten, daß Oesterreich kein einheitlich nationaler Staat, sondern ein Völkerstaat ist, in welchem Geschichte und Natur den deutschen Geist zwar führend, aber nicht allmächtig und allein gültig gemacht haben; ebenso, daß für die parlamentarischen Aeußerungen von politischen Exaltados nicht gleich ganze Nationen verantwortlich gemacht werden dürfen. Gerade die Rede des tschechischen Abgeordneten Stojan ist ein Beweis, daß die Stransky und Kalina noch nicht „die" tschechische Nation sind, ebenso wenig, als man einzelne betrübliche Vorfälle bei tschechischen Truppenkörpern verallgemeinern darf, dies wäre bitteres Unrecht an den vielen Heldenregimentern, die auch von Tschechen gestellt wurden und deren Ruhmestaten in unseren Armeeberichten bezeugt sind. Wenn daher ein Blatt vom Range der „Leipz. N. Nachr." sich dazu hinreißen läßt, unter dem Eindrucke gewisser Reden im Parlament vom „tschechischen Feind" zu schreiben und zu behaupten, daß „die Slaven, voran die Tschechen, Oesterreichs innerer Feind" seien, so ist dies politischer Wahnwitz, der in das Gebiet der Kriegspsychose zu verweisen ist, eine Amokläuferei, die nicht anders zu erklären ist, als daß die Ueberzahl der Feinde, die sich auf Deutschland und seine Verbündeten gestürzt haben, bei manchen einen wahren Koller, überhaupt nur mehr Feinde zu sehen und gelten zu lassen, hervorgerufen hat. Oesterreich-Ungarn in seiner Gesamtheit mit allen seinen Völkern ist Verbündeter des Deutschen Reiches. Diese Tatsache muß jeder, der nicht Unheil anstiften will, respektieren. Es ist denkbar, daß ein einzelner, eine Partei, eine Geistesrichtung sich als „innerer Feind" benimmt — dergleichen soll auch außerhalb Oesterreichs vorgekommen sein —, aber unwahr und unmöglich ist, daß ein Volksstamm als solcher diese Bezeichnung verdient. Solches behaupten, hieße Oesterreichs Grundlagen leugnen. Also Schluß endlich mit allen Kannegießereien des Chauvinismus wie des Unverstandes!

30./VI. 1917 121

Eine bewegte Sitzung des Herrenhauses.

Reden über militärische und politische Vorgänge im Kriege.

Wien, 29. Juni.

Ein melancholischer Eindruck bleibt von den Berichten über die heutige Sitzung des Herrenhauses zurück. Der trübe Gedanke, daß die Oesterreicher sich immer und überall gegenseitig wehe tun, daß sie immer und überall in den Wunden herumbohren, legt sich wie ein Nebel auf das Gemüt. Das Herrenhaus ist nicht vom allgemeinen Stimmrechte gewählt und nicht von den Schwankungen der Volksgunst abhängig. Die Leidenschaften schlagen dennoch hinein, und die Zeit, da die Politik sich dort auf samtenen Sohlen bewegte, ist vorüber. Es kann sein, daß der gegenständliche Sinn des heutigen Geschlechts rücksichtslose Aufrichtigkeit unvermeidlich macht und zur vollen Wahrheit drängt; es kann sein, daß die Entblößung der Gebreste am Leibe des Staates, diese Schaustellung vor aller Welt, nötig sind zur Einkehr und zur Umkehr. Was ist jedoch Wahrheit im lebendigen Flusse eines noch fortdauernden Krieges, da die Forschung nicht einsetzen kann, um festzustellen, was geschehen ist. Generaloberst Freiherr v. Dankl hat sich erhoben, um seine Erfahrungen, seine Wahrheit mitzuteilen. Der Sieger über die Russen, einer der Feldherren dieses Krieges, der Führer einer unserer Armeen hat als Redner in einer parlamentarischen Versammlung gesprochen. Er gehört zur Geschichte der drei Jahre mit ihren Schlachten; er war einer der Mitwirkenden bei dieser Tragödie der Menschheit. Nichts kann interessanter sein, als die Psychologie der Männer, welche die schwere Verantwortung empfunden haben, an der Spitze eines Heeres in dem Augenblicke zu sein, da von ihrem Willen und ihrer Begabung die ganze Zukunft eines Landes bestimmt wird. Der Generaloberst spricht von seiner Verwaltung in polnischen Gebieten, von seinen Erfahrungen im Kriege, von seinem Verhältnisse zu den Bewohnern. Er weist den Vorwurf des Herrn v. Bilinski zurück, daß die militärischen Kreisvorstände sich durch Fehler um die Neigung des Volkes gebracht haben; er schildert die Wirklichkeit, sagt die genaueste Wahrheit, überzeugt das Haus und wird von allen Seiten vielfach beglückwünscht.

Wie kann eine Wahrheit sicherer sein, die Zuverlässigkeit jedes Wortes stärker bekräftigt werden, und was soll weniger strittig sein als die Erzählung des Generaloberſten Freiherrn v. Dankl, aus der die Stimme der Armee zu vernehmen ist. Da erhebt sich der frühere Statthalter von Galizien, Herr v. Korytowski, verteidigt seine Verwaltung und rechtfertigt die Beamten, die im Kriege auf ihren Posten in Galizien waren. Ein zweiter Statthalter in polnischen Landesteilen, Generalmajor Freiherr v. Diller, breitet ebenfalls seinen Schild über die polnische Beamtenschaft aus. Wir sehen an diesem Beispiele, in dem sich Wahrheiten gegenüberstehen, wie schwer es ist, die Wahrheit, auch wenn sie den Sieger von Krasnik, einen großen Soldaten und berühmten Feldherrn zum Zeugen hat, im Kriege über jeden Widerspruch zu erheben. Das schmerzliche Gefühl, das die Grausamkeit der Wahrheit hervorruft, wurde noch verstärkt durch den Streit, der um sie geführt worden ist, durch die Verschiedenheit der Auffassungen über die Vergangenheit zwischen leitenden Persönlichkeiten im Militär und Zivil. Viele haben sich die erste Budgetdebatte des Herrenhauses nach dem Ausbruche des Krieges anders vorgestellt; viele haben gemeint, daß von dort, ähnlich, wie es in der Adresse geschehen ist, eine flammende Verwahrung gegen jede Schuld am Kriege, eine Kundgebung für einen ehrenvollen Frieden, ein Wort für Gemeingefühl und Einheit ausgehen werde. Das Abgeordnetenhaus ist nach seiner Bestimmung der unmittelbare Empfänger der Volksmeinung; das ist seine große Bedeutung, aber zugleich die Ursache, daß die nationalen Reizbarkeiten im Kriege dort eine so lebhafte Wirkung haben. Desto nötiger wäre es, daß neben dieser Vielheit das Bedürfnis nach Einheit und Zusammenschluß im Herrenhause vertreten werde. Die Debatte hat jedoch nicht vereinigt, sondern getrennt; vielleicht durch die mannigfachen Wahrheiten nicht weniger getrennt als im Abgeordnetenhause.

Es war eine der bewegtesten Sitzungen. Aus den politischen Feuerherden, aus Polen und Böhmen flogen die Funken von rechts und links auf. Mehr als fünf Stunden wurde gesprochen, und die Spannung hörte nur selten auf. Aber wer in diesen Sensationen den Blick frei hat für die Wandlungen im öffentlichen Leben, wird die Rede des Prinzen Ferdinand Lobkowitz nicht ohne das Bedauern lesen, daß in nutzlosen Kämpfen mit dem konservativen Adel in Böhmen viele Kräfte, die das Land und das Reich hätten vorwärts bringen können, verloren gegangen sind. Prinz Lobkowitz sprach heute als Soldat, der im Felde vor dem Feinde gestanden ist. Er fühlt sich durch manche Ausschreitungen in Böhmen auch menschlich getroffen, und die merkwürdige Veränderung, die sich in ihm zugetragen hat, drückt in den Worten sich aus, daß die Verfassung einst von den Vätern bekämpft wurde, daß die Partei jedoch auf diesen Boden sich gestellt habe. Das Nationalitätsprinzip dürfe nicht überwuchern und die Pflicht gegen den Staat nicht an Bedingungen geknüpft werden. Wenn auch nur vor dreißig Jahren der Fürst Georg Lobkowitz, der frühere Oberstlandmarschall in Böhmen, ebenso gedacht und gesprochen hätte, wäre vielleicht der Weltkrieg nicht entstanden. Wir mußten alle Kämpfe gegen das Staatsrecht, die Wirren der Fundamentalartikel und der Sprachenverordnungen durchmachen; das Parlament mußte in Zerrüttung kommen, bis Prinz Ferdinand Lobkowitz, aus dem Felde zurückkehrend, erklärt, daß die Verfassung verbesserungsfähig sei, daß dem Staate gesichert werden müsse, was er brauche, und daß die Pflichten gegen ihn bedingungslos zu erfüllen seien. Spät kommt ihr, doch ihr kommt. Es wäre reizvoll, diese Entwicklung zu beobachten, wenn der Irrtum nicht so viele Schäden verursacht hätte und aus ihm nicht so viele falsche Meinungen über die Monarchie hervorgegangen wären.

Denn die Entente hört zu und war auch unsichtbar anwesend bei den Reden und Gegenreden über Polen und Böhmen, bei den Ausführungen des armenisch-katholischen Erzbischofs von Lemberg, Teodorowicz, der die empfindlichsten Nerven berührte und manches gesagt hat, was andere Parlamente nur bei verschlossenen Türen erörtern lassen, damit die Wahrheit geprüft werde. Das Herrenhaus wird die Debatte morgen fortsetzen. Der Berichterstatter Freiherr v. Plener, in dem die Ueberlieferungen der klassischen Zeit des Parlaments lebendig sind, wird das Wort ergreifen. Da so viele Wahrheiten aus dem Drange innerer Notwendigkeit ausgesprochen worden sind, wird auch die große Wahrheit nicht verschwiegen bleiben, die von der Armee im Felde, von der Bevölkerung im Hinterlande und von der Friedenspolitik erzählt, von dem Wunsche nach ehrenvollem Abschlusse des Verteidigungskampfes. Die Höhe der Staatsschuld, der Wert des Geldes, die Nahrungssorgen, die Kohle, all das sollte uns von gegenseitiger politischer Zerfleischung abhalten. Es war eine bewegte Debatte mit harter Strenge gegen uns selbst und auch ohne Schonung für Oesterreich.

Vossische Zeitung
31. V. 1917

Gegen die Sondergelüste der Slawen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 31. Mai.

In der Eröffnungssitzung des Reichsrats hat, wie gemeldet, der tschechische Verband die übliche staatsrechtliche Verwahrung eingebracht und die Umgestaltung der Monarchie in einen Bundesstaat von freien und gleichberechtigten Nationalstaaten gefordert. Demgegenüber wurde von seiten des deutsch-nationalen Verbandes und der christlich-sozialen Vereinigung sowie von jenen deutsch-böhmischen Abgeordneten, die keinem dieser Parteiverbände, sondern nur der deutsch-böhmischen Vereinigung angehören, eine Erklärung eingebracht, die den folgenden Wortlaut hat:

„Das böhmische Staatsrecht, durch welches Millionen von Deutschen in den Sudetenländern gegen ihren Willen in ein neues Staatengebilde eingezwängt werden sollen, ist nicht nur für diese, sondern für die Deutschen aller Länder und aller Zeiten ein für allemal abgetan. Jeder Versuch einer Wiedererweckung des böhmischen Staatsrechtes, das vor allem den Rechten der Deutschen in Böhmen und der nationalen Selbstverwaltung widerspricht, wird den schärfsten Widerspruch aller Deutschen im Staate hervorrufen. Auch die staatsrechtlichen Bestrebungen, die in der Erklärung der südslawischen Abgeordneten unverhüllt zutage getreten sind, werden auf die entschlossene Abwehr aller Deutschen in Oesterreich stoßen. Daß diese Frage aber gerade jetzt, wo durch den Weltkrieg die Notwendigkeit eines starken einheitlichen Gesamtstaates erwiesen wurde, aufgeworfen wird, verurteilen wir auf das schärfste. Dem Reichsrate, der berufen ist, im Sinne der Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Staates mitzuarbeiten, dürfen nicht Zeit und Kraft durch einen Streit weggenommen werden, von dem erwiesen ist, daß er zu nichts führt. Jetzt mehr als je haben sich alle dem Staate unterzuordnen. Die Deutschen tun dies und lassen sich von dieser Pflicht durch nichts oder am wenigsten durch die heute abgegebenen staatsrechtlichen Erklärungen abbringen."

Auch der südslawische Klub hat eine der tschechischen ähnliche staatsrechtliche Erklärung abgegeben: „Die im südslawischen Klub vereinigten Abgeordneten erklären, daß sie auf Grund des kroatischen Staatsrechtes die Vereinigung aller von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Gebiete der Monarchie zu einem selbständigen, von jeder nationalen Vorherrschaft freien, auf demokratischer Grundlage aufgebauten Staatskörper unter dem Szepter der habsburg-lothringischen Dynastie fordern, und daß sie für die Verwirklichung dieser Forderung mit allen Kräften einstehen werden. Mit diesem Vorbehalt werden die Südslawen an den Arbeiten des Parlaments teilnehmen."

123

1/VII. 1917

Der zweite Fehler.

Die unglückselige Erklärung über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Dr. v. Seidler im Abgeordnetenhaus namens des Grafen Czernin abgegeben hat, hat, wie aus der heute vorliegenden neuesten Rede Lloyd Georges hervorgeht, ihre leicht vorauszusehende, dem Frieden ungünstige Wirkung getan. Ob die Berichtigung, die nach mehrtägiger Ueberlegung im Fremdenblatt gefolgt ist, diese Wirkung aufheben wird, darf bezweifelt werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß Berichtigungen überhaupt wenig Eindruck machen, und ebenso, daß kurze, klare Aussprüche im Gedächtnis der Menschen viel fester sitzen bleiben als langatmige, komplizierte Darlegungen. So ist aber leider die Berichtigung ausgefallen. Sie behandelt das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie einen neuen Begriff, der erst in diesem Krieg zur Geltung gekommen ist und zu dessen Verständnis man die einzelnen Aeußerungen der gegnerischen Regierungen studieren müsse. Sie unterscheidet dann drei Definitionen. Die erste soll Wilson in seiner Botschaft vom 23. Januar 1917 gegeben haben, und diese soll sich lediglich auf „innere Reformen der einzelnen Staaten" bezogen haben. Die zweite Definition wird in der Erklärung der provisorischen russischen Regierung vom 11. April 1917 gefunden, die „den kriegführenden Staaten das Recht vindiziert" haben soll, „das Schicksal ihrer Völker beim Friedensschluß selbst zu bestimmen". Unter Zugrundelegung dieser beiden Definitionen erklärt sich die k. u. k. Regierung mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" einverstanden. Sie verwirft nur die dritte Definition, die die Entente in einem ungenannten Dokument niedergelegt haben soll, wonach „den einzelnen Nationalitäten Oesterreich-Ungarns von der Entente das Recht verliehen" wäre, „sich das Gesetz ihrer staatlichen Zugehörigkeit selbst zu geben".

Wir bedauern, gestehen zu müssen, daß wir diese feinen Distinktionen, soweit wir sie verstehen, in den betreffenden gegnerischen Kundgebungen nicht finden. Wilson sagte am 23. Januar 1917, „daß es jedem Volke, dem kleinen sowohl wie dem großen und mächtigen, freistehen solle, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen". „Regierungsform" und „Entwicklungsgang" sind wohl von der „staatlichen Zugehörigkeit" kaum zu trennen, und die von der k. u. k. Regierung gebilligte Wilsonsche Botschaft kommt ungefähr auf dasselbe hinaus wie die von der k. u. k. Regierung mißbilligte Definition der Entente. Die provisorische russische Regierung andererseits hat überhaupt von einem „Recht der kriegführenden Staaten, das Schicksal ihrer Völker selbst zu bestimmen" (was geradezu der Gegensatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker wäre), nicht gesprochen, sondern von einem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" schlechthin, ohne nähere Definition. Einer solchen näheren Definition hat es auch nicht bedurft. Der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist mindestens anderthalb Jahrhunderte alt, unter Berufung auf ihn sind alle Revolutionen gemacht worden, sind zum Beispiel die dreizehn englischen Kolonien 1776 von England abgefallen und haben die Vereinigten Staaten von Amerika gegründet; auf Grund jenes Rechtes haben auch die Russen jüngst ihre Revolution gemacht und den Zaren gestürzt. Die Amerikaner und die Russen sind es sicher nicht, die das historisch genugsam definierte Selbstbestimmungsrecht der Völker einengend zu interpretieren oder gar hinwegzuinterpretieren geneigt wären.

Deswegen wird die amtliche Berichtigung im feindlichen Ausland keinen oder einen schlechten Eindruck machen. Sie war nach dem ersten der zweite Fehler. Sie läßt eine Unerfahrenheit und Unsicherheit im Hantieren mit den landläufigsten Begriffen der demokratischen Politik erkennen, die erklärlich ist, wenn man bedenkt, daß bei uns auf dem Ballplatz seit Metternich und bis in die jüngste Zeit nichts so sehr verabscheut wurde als die Demokratie. Das Mißgeschick, das den Ballplatz bei seinem ersten Debut auf dem Gebiet der demokratischen Politik ereilt hat, sollte eine Mahnung sein, vom Ballplatz zunächst den dort eingesessenen feudalen Geist zu vertreiben und den demokratischen einziehen zu lassen. Wenn man ernstlich, wie es uns in der Thronrede verheißen wurde, demokratische Politik, und mit Erfolg, betreiben will, wird man dazu auch wahre Demokraten verwenden müssen.

Die Zeit
1./VII. 1917

Anbahnung einer deutsch-tschechischen Verständigung.

* Wien, 30. Juni.

Trotz der durch die dreijährige Stagnierung des Parlaments unleugbar verschärften nationalen Gegensätze, die soeben in besonderer Heftigkeit bei der Friedens- und Budgetdebatte im Abgeordnetenhaus zu tumultuösen Zusammenstößen und leidenschaftlichen Redekämpfen den Anlaß geboten haben, ist schon seit mehreren Tagen in fast allen Parteilagern das vorläufig allerdings noch nicht systematisch organisierte, jedoch intensive Bestreben zu beobachten, eine Konsolidierung der gesamten Kräfte durch eine engere Annäherung der größeren Verbände untereinander herbeizuführen. Vor allem zeigt sich in deutschen Kreisen der feste Wille, im Sinne einer Ueberbrückung der Kluft, die sie von den Tschechen trennt, zu wirken. Seit dem Sturz des Kabinetts Clam, den man ausschließlich auf die ablehnende Haltung des Polenklubs in der Budgetfrage zurückführt, ist in den Beziehungen zwischen den Polen und den Deutschen eine steigende Erkaltung eingetreten, ein Prozeß, der jetzt infolge der leidenschaftlichen Ausfälle der polnischen Herrenhausmitglieder eine wesentliche Verschärfung erfahren hat. Diese Tatsache reifte bei den Deutschen die Ueberzeugung, daß die Zeit des ehedem traditionellen Zusammengehens mit den Polen für immer um ist, und daß es im Interesse des Deutschtums selbst gelegen sei, nach neuen Parteibündnissen Umschau zu halten. Noch hat diese Erkenntnis zwar nicht jene Klarheit und Stärke erreicht, daß die Leitung des Verbandes ihr schon offiziell näher getreten wäre und sich in verbindliche Verhandlungen eingelassen hätte, sie findet jedoch immer neue Anhänger und Anwälte. Kennzeichnend für die heutige Situation und den Umschwung der Auffassungen bei den Deutschen ist die Tatsache, daß diese jetzt in erster Linie den Frieden mit dem Tschechenverband als erstrebenswertestes Ziel betrachten.

Schon vor Wochen hatten einzelne deutsche Parlamentarier, namentlich die Vertreter der Alpenländer und noch energischer die Christlichsozialen, auf die Gefahren einer vollkommenen Isolierung der Deutschen hingewiesen, weil sie damals schon die veränderte Taktik der Polen als neue und dauernde Frontveränderung erkannt hatten und die Einleitung von zweckmäßigen Vorkehrungen für dringend notwendig hielten. Führende deutsche Abgeordnete suchten seitdem immer wieder mit den leitenden tschechischen Parlamentariern in näherer Fühlung zu bleiben, jedoch konnte trotz aller weiteren, auch jetzt noch fortgesetzten Bemühungen bisher eine greifbare, taugliche Verständigungsgrundlage noch nicht gefunden werden. Zu gleicher Zeit drang auch bei einzelnen Mitgliedern der deutschböhmischen Abgeordnetengruppen, deren Einfluß auf die bisherige Taktik der gesamten deutschbürgerlichen Gemeinbürgschaft bekanntlich von entscheidendem Gewicht war und die tschechenfeindliche Tendenz im Verband bedenklich in den Vordergrund gedrängt hatte, die Erkenntnis durch, daß eine weitere unnachgiebige Abschließung gegenüber allen Versuchen einer nationalen Verständigung in Böhmen einfach unhaltbar geworden sei und nur bedenkliche Folgen zeitigen müßte. Die Führung dieser friedensbereiten deutschböhmischen Parlamentarier, die sich insbesondere mit dem Gedanken einer Ordnung auf Basis der nationalen Autonomie schon zu befreunden beginnen, hat unter anderen der Abg. Dr. v. Lodgman in die Hand genommen, der auch die Unterstützung einzelner Mitglieder der deutschen Agrarier und der deutschen Arbeiterpartei gefunden hat. Seit gestern wird im Schoße des Nationalverbandes von den Alpendeutschen neuerlich eine rührige Tätigkeit in dem Sinne einer Annäherung an alle Parteien des Hauses und vor allem auch an die Tschechen und Südslawen entfaltet. Man hält es zwar nicht für wahrscheinlich, daß es in absehbarer kürzerer Zeit gelingen könnte, eine wirkliche Konzentrierung der Parteien im Hause durchzusetzen, jedoch gibt man sich der Erwartung hin, daß wenigstens für den Gedanken eines gefestigten Burgfriedens bei der Mehrheit aller Parteien Verständnis schon jetzt gewonnen werden kann.

Vossische Zeitung
3./VII. 1917

Kaiser Karls Amnestie-Erlaß.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 2. Juli.

Der Eindruck, den die Verlesung des kaiserlichen Handschreibens über die politische Amnestie im Justizausschuß durch den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler hervorrief, war ganz gewaltig, denn sie traf alle Parteien gleichermaßen unvorbereitet.

Das Hauptinteresse wandte sich natürlich sofort der Frage zu, welche der Abgeordneten unter die Bestimmungen des Amnestieerlasses fallen, und namentlich, wie weit er auf die Abgeordneten Kramarsch und Klofac anzuwenden ist, für welche die Tschechen sofort beim Zusammentritt des Abgeordnetenhauses die Freilassung oder wenigstens Revision des Prozesses verlangt hatten. Auf Kramarsch und Klofac trifft ein Passus des Kaiserlichen Handschreibens zu, jedoch ist zur Freilassung der beiden noch ein besonderer Gnadenakt nötig, der auch, wie allgemein angenommen wird, sofort erfolgen dürfte, wenn er nicht schon erfolgt ist. Der Mandatsverlust Kramarschs bleibt auch nach einem solchen Gnadenakt bestehen, aber die Nachsicht der Rechtsfolgen des Urteils würde ihm die Wählbarkeit wiedergeben. Klofac, der sich nur in Untersuchungshaft befindet, würde durch einen besonderen Kaiserlichen Gnadenakt die Möglichkeit bekommen, sofort ein Mandat auszuüben.

Für die Anwendung der Amnestiebestimmungen kommen ferner in Betracht die ruthenischen Abgeordneten Marco Kurylowitz sowie die tschechischen Abgeordneten Urival, Choc, Netolicky, Vojna und Raschin, ferner der Slowene Grafenauer. Sie sind alle durchwegs rechtskräftig verurteilt worden. Nicht teilhaftig werden der Amnestie die ins Ausland geflüchteten tschechischen Abgeordneten Masaryk und Dürich und der italienische Abgeordnete Pittacco. Natürlich erfolgt auch keine Rehabilitierung des italienischen Abgeordneten Batisti, der auf italienischer Seite gegen Oesterreich gekämpft hat, gefangengenommen und gerichtet worden ist. Dr. Kramarsch verbüßt seine Strafe in der Kriegsanstalt Möllersdorf. Gegenüber den Behauptungen über seine Behandlung wird von gutunterrichteter Seite mitgeteilt, er erfreue sich des besten Wohlbefindens. Der tschechischen Behauptung, daß er hungern müsse, widerspricht den Tatsachen, da Kramarsch sich selbst beköstigen darf. Uebrigens darf er eigene Kleidung tragen und auch für Lektüre ist reichlich gesorgt.

Die Parteien des Abgeordnetenhauses waren wegen der geringen Zahl von Abgeordneten, die sich heute im Parlament einfanden, noch nicht in der Lage, zu der Ankündigung der Amnestie Stellung zu nehmen. Morgen werden vor der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses alle Klubs sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Die Tschechen wollen morgen in heftiger Form gegen die Ausführungen replizieren, die vorige Woche von deutschböhmischen Mitgliedern des Herrenhauses gegen sie vorgebracht wurden. Die deutschen Parteien stehen teilweise vor einer ganz neuen innerpolitischen Lage, zu der sie nicht in wenigen Stunden werden endgültig Stellung nehmen können. In tschechischen Kreisen glaubt man, daß der Kaiser auch seinen Plan, nach Prag zu reisen, ausführen wird, das er seit seinem Regierungsantritt noch nicht gesehen hat.

Fremdenblatt
3./VII. 1917
133

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nimmt heute nach mehrtägiger Pause seine Plenarsitzungen wieder auf. Vor der Sitzung wird die Obmännerkonferenz behufs Festsetzung des Arbeitsprogramms zusammentreten. Unter den in Verhandlung zu ziehenden Gegenständen befinden sich: Der Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage betreffend die kaiserlichen Verordnungen über die zeitweilige Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte, der Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage betreffend die kaiserliche Verordnung über die zeitweilige Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und über die Regierungsvorlage betreffend die kaiserliche Verordnung, womit bei Stillstand der ordentlichen Gerichtsbarkeit Zivilpersonen der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden, ferner über die Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, womit Zivilpersonen wegen Stillstandes der ordentlichen Gerichtsbarkeit zeitweilig der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden, und über die Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873 betreffend die Bildung von Geschwornenlisten. Besonderes Interesse dürften die Verhandlungen über die Regierungsvorlage betreffs der kaiserlichen Verordnung über die zeitweilige Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte erwecken, da der Verfassungsausschuß, dem Antrage des Abgeordneten Vizepräsidenten Pernerstorfer gemäß, den Antrag stellt: „Den kaiserlichen Verordnungen vom 7. Juli 1915, R. G. Bl. Nr. 189, vom 2. Jänner 1916, R. G. Bl. Nr. 6, und vom 27. Dezember 1916, R. G. Bl. Nr. 427, werde die Genehmigung verweigert." Auch bezüglich der Regierungsvorlage betreffend die kaiserliche Verordnung über die zeitweilige Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit beantragt der Justizausschuß: „Den kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, welche die zeitweilige Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit verfügen, wird die Genehmigung verweigert." Aus der Begründung der Haltung des Justizausschusses in dieser Frage sei hervorgehoben: Die Verordnungen sind, wie alle, die mit Berufung auf § 14 St. G. G. ergangen sind, in doppelter Beziehung zu überprüfen.

1. Nach ihrer Verfassungsmäßigkeit.
2. Nach ihrer Zweckmäßigkeit.

Zu 1. bemerkt der Bericht: Der § 14 St. G. G. verlangt eine solche zeitliche Dringlichkeit der Maßregel, daß der Reichsrat zu seiner gesetzlichen Wirksamkeit trotz guten Wollens der Regierung nicht rechtzeitig einberufen werden kann. Dieser gute Wille bestand beim Ministerium Stürgkh nicht. Bei derart absichtlicher Umgehung des verfassungsmäßigen Weges der Gesetzgebung sind die in der Zwischenzeit erlassenen kaiserlichen Verordnungen durch § 14 St. G. G. nicht gedeckt, sie enthalten vielmehr eine Verletzung des verfassungsmäßigen Rechtes des Parlaments auf seine Mitwirkung zu allen gesetzlichen Anordnungen.

An dieser Verfassungswidrigkeit leiden alle kaiserlichen Verordnungen unter dem Ministerium Stürgkh, so auch die obigen. Für sie treten aber die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt hinzu. Alle diese Verfügungen hängen zusammen und sollen in ihrer Gesamtheit eine den einzelnen vor jeder Willkür sichernde, unabhängige und unparteiische Rechtsprechung gewährleisten. In diesem Zusammenhange und aus diesem Ziel sind auch die Artikel 2 und 3 des Staatsgrundgesetzes zu werten, welche bestimmen, daß Organisation und Kompetenz der Gerichte durch Gesetze festgestellt werden, daß Ausnahmsgerichte nur in den von den Gesetzen im voraus bestimmten Fällen zulässig sind, daß der Wirkungskreis der Militärgerichte durch besondere Gesetze bestimmt wird. Die Betonung der Gesetzlichkeit hat hier den tiefen Sinn, der in dem Satze gelegen ist, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf. Betreffs der Militärgerichtsbarkeit wird die Vorschrift des Staatsgrundgesetzes dadurch verstärkt, daß die Militärgerichte und ihr Verfahren nicht mit jenen Garantien ausgestattet sind, welche die Sicherung einer unbefangenen Rechtspflege verlangt. Die Richter sind nicht definitiv und auf Lebensdauer ernannt, sie sind in Ausübung ihres richterlichen Amtes nicht unabhängig, sie sind nicht unversetzbar und unabsetzbar. Sie haben nicht die Beobachtung der Staatsgrundgesetze zu beschwören. Nach § 3 der Verordnung vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und § 2 der Verordnung vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, richtet sich das Verfahren nach der Militärstrafprozeßordnung. In diesem Verfahren ist aber der Kommandant, das heißt eine nicht zur Rechtsprechung, sondern zur Verwaltung gehörige Behörde von ausschlaggebender Bedeutung. Für das Verfahren der Feldgerichte fehlen wichtige Garantien, insbesondere das Recht der Verurteilten zur Ergreifung der Nichtigkeitsbeschwerde. Das Verfahren ist zu sehr von dem Grundsatz der Disziplin durchzogen.

Zu 2. Gegenüber der offenen Verfassungswidrigkeit der Verordnungen, der Hauptursache, welche das Abgeordnetenhaus bestimmen muß, ihnen die Genehmigung zu verweigern, tritt ihre Zweckmäßigkeit in den Hintergrund. Doch soll darauf hingewiesen werden, daß die Gründe, welche das Staatsgrundgesetz bewirkt haben und ebenso die Erfahrungen, welche mit der Judikatur der Militärgerichte über Zivilpersonen gemacht wurden, mit allem Nachdruck gegen die weitere Fortdauer dieser Gerichtsbarkeit sprechen.

Nach den Mitteilungen der Abgeordneten wird über diese Gegenstände der Tagesordnung eine eingehende General- und Spezialdebatte geführt werden, die gewiß zwei Haussitzungen in Anspruch nehmen dürfte. Von weiteren Gegenständen, die noch in den Plenarsitzungen des Hauses erledigt werden sollen, sind außer den Delegationswahlen und der Kriegsgewinnsteuer noch nach den Wünschen der Abgeordneten insbesondere die Angelegenheiten der Unterhaltsbeiträge nach den Berichten des Unterhaltsausschusses und die Beamtengehaltsregulierung der parlamentarischen Erledigung zuzuführen. Aus dem reichen Arbeitsprogramm ist zu entnehmen, daß das Haus nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, schon Ende dieser Woche, sondern kaum vor Mitte Juli in die Sommerferien gehen wird, ja daß, wenn der Vorschlag der Deutschradikalen Vereinigung durchdringt, mit einer Sommertagung zu rechnen ist.

Neue Freie Presse Abendblatt
3./VII. 1917
A 3
135

Wirkung des Amnestieerlasses im Abgeordnetenhause.

Erörterung der Frage auf deutscher Seite.

Wien, 3. Juli.

Das wichtigste parlamentarische Ereignis ist heute der Amnestieerlaß. Auf deutscher Seite hat er gänzlich überraschend gewirkt. Die Führer der deutschen Parteigruppen haben von der Maßregel vor ihrer Mitteilung im Justizausschusse nichts gewußt. Die Frage wurde aufgeworfen, ob andere Parteien ins Einvernehmen gezogen worden seien. Das wurde im Abgeordnetenhause bestritten; es wurde darauf hingewiesen, daß der Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler im Justizausschusse erklärt habe, es handle sich um einen rein spontanen Akt der Krone. Vor dem Sturze des früheren Ministeriums wurde bekanntlich der Vorschlag gemacht, daß sieben Landsmannminister ernannt werden sollen. Darunter wäre auch ein czechischer gewesen, der jedoch nicht im Einvernehmen mit dem Klub hätte berufen werden sollen. Es ist bekannt, daß einer der Gründe für die Weigerung der Czechen der Standpunkt gewesen ist, daß die Urteile der Militärgerichte über Zivilpersonen, namentlich das Urteil über die Abgeordneten Kramarz und Raschin, einer Revision unterzogen werden sollen. Im Zusammenhange mit dem Beschlusse des Ausschusses, die Genehmigung der kaiserlichen Verordnung über die Militärgerichtsbarkeit bei bestimmten politischen Verbrechen der Zivilpersonen zu verweigern, hat der Abgeordnete Groß den Antrag gestellt, daß die von den Militärgerichten über Zivilpersonen wegen dieser politischen Verbrechen gefällten Urteile einer Revision unterzogen werden sollen. Ob dieser Antrag im Hause die Mehrheit gefunden hätte, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen, hat jedoch bei der Stimmung vieler Parteien große Wahrscheinlichkeit für sich. Die Frage, was mit diesen Urteilen zu geschehen habe, ist somit schon bei zwei Anlässen vor dem Hause gewesen: bei der Bildung des sogenannten Völkerministeriums und bei den Beschlüssen und Vorfällen, die eine Rückwirkung der Ansicht im Parlament waren, daß die kaiserliche Verordnung über die militärische Kompetenz, wenn es sich um politische Verbrechen von Zivilpersonen handelt, aufzuheben sei. Im Abgeordnetenhause war eine starke Bewegung innerhalb der Parteien für die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums im Herbst. Deutsche, Czechen, Polen, Südslawen und Ruthenen hätten daran teilnehmen sollen. Schon damals wurde die Frage erörtert, ob die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums durchführbar gewesen wäre, wenn es bei den Rechtsfolgen der von den Kriegsgerichten verurteilten politischen Verbrecher hätte bleiben sollen.

Allein diese Vorgänge sind auf dem Gebiete der parlamentarischen Technik geblieben und die Amnestie ist nicht ein Werk der Parteien, kein Ergebnis ihrer Verständigung, sondern ein freier Entschluß der Krone. Nun entsteht die Frage, wie die Amnestie auf die Czechen wirken, ob sie der Anstoß zur Einkehr und Umkehr sein werde. Denn die czechische Politik hat während des Krieges viele Empfindlichkeiten hervorgerufen und ihr politischer sowie ihr geistiger Zusammenhang mit den allgemeinen Strömungen in beiden Staaten der Monarchie, mit dem allgemeinen Gefühl, daß der Lebenskampf den Anschluß der ganzen sittlichen Persönlichkeit fordere, hat mannigfache Störungen durch vielbesprochene Ausschreitungen erfahren. Die Deutschen im Abgeordnetenhause haben nach so vielfachen Erfahrungen nicht die Sicherheit, daß durch die Versöhnlichkeit, die sich in der Amnestie zeigt, durch die Milde gegen die Vergangenheit, durch den Wunsch, auf den die Kundgebung hinweist, daß alles Geschehene in Vergessenheit versenkt werde, durch die Aufforderung zu gemeinsamer Arbeit das innere Gefühlsleben der Czechen sich den Staatsnotwendigkeiten anpasse und daß sie alle ihre politischen Ziele und Anschauungen verstaatlichen werden.

Diese Frage wurde heute im Abgeordnetenhause in den Reihen der deutschen Parteien lebhaft besprochen und der Obmann des Nationalverbandes, der Abg. Dobernig, wird diese Stimmungen in einer Erklärung zum Ausdruck bringen. Politik ist angewandte Psychologie. Ist bei der Psychologie der Czechen ein Fortschritt zu erwarten oder nicht? Werden sie auf das weiße Blatt, das ihnen hingehalten wird, den Entschluß niederschreiben, sich nicht mehr in Träumereien zu verlieren, oder das Maß ihrer Forderungen noch erweitern? Es ist begreiflich, daß solche Fragen den Deutschen besonders am Herzen liegen und daß sie heute für die Stimmungen des Abgeordnetenhauses von besonderer Wichtigkeit sind.

Reichspost

3./VII.1917

Ein kaiserlicher Gnadenakt.

Wien, am 2. Juli.

Das heutige Namensfest des Kronprinzen ist durch ein in seiner Art beispielloses kaiserliches Werk der Gnade und Nachsicht, des Vergebens und Vergessens zu einem bedeutsamen geschichtlichen Datum erhoben worden. In einem an den österreichischen Ministerpräsidenten gerichteten Handschreiben gibt der Kaiser seinen Entschluß kund, allen wegen bestimmter Versündigungen am Vaterland verurteilten Personen die Strafe zu erlassen und das wegen solcher Verfehlungen gegen verschiedene Personen schwebende Strafverfahren einzustellen.

Die Hand eines Kindes, das dereinst die Geschicke der Monarchie zu leiten berufen ist, soll Verirrte ins Vaterland zurückführen — so umschreibt das Allerhöchste Handschreiben den Zweck der am Namensfeste des Kronprinzen erfolgten Generalabsolution politischer Sünder, die vor und während des Krieges, statt dem in seinem Bestande bedrohten Vaterland pflichtgemäß alle ihre physischen und geistigen Kräfte zu weihen, in unbegreiflicher, selbstmörderischer Verblendung sich gegen den eigenen Staat gestellt und so schwere Schuld auf ihr Gewissen geladen haben. Unter den vielen bitteren Erlebnissen des Krieges war keines schmerzlicher als die erschütternde Erfahrung, daß sich zum Ueberfall übermächtiger äußerer Feinde noch vielfach Verrat im Innern gesellte, der das Unternehmen der Feinde nicht unwesentlich förderte, ja geradezu ein fester Posten in der Kriegsrechnung der Feinde war. Der Umfang der betrübenden Erscheinungen, die weite Verzweigung der Machenschaften und Zettelungen, die Bloßstellung von Persönlichkeiten in angesehener führender Stellung und andere Begleitumstände waren niederdrückend für die in ihren heiligsten Empfindungen verletzte staatstreue Bevölkerung, beschämend für die Monarchie vor dem befreundeten wie dem feindlichen Auslande und leider auch verhängnisvoll für viele unserer braven Krieger, die mit ihrem Blute das moralische Manko wettzumachen hatten. Die Früchte einer jahrelangen Politik des Zickzacks und der Schwäche gegenüber den Elementen der Zersetzung und Staatsverneinung waren reif geworden. Der Geist der Irredenta, den man, statt ihn rechtzeitig zu zertreten, geduldet, geschont, ja gelegentlich sogar verhätschelt hatte, offenbarte in der Stunde der höchsten Gefahr seinen wahren Charakter, seine Bestimmung, die schier unheimliche Größe seiner unterirdisch gewachsenen Macht. Schweres Unheil ist durch die Verderber des öffentlichen Geistes angerichtet worden und in vielstimmigem schrecklichen Chor erhebt sich wider die Schuldigen die Anklage aus Heldengräbern und Gefangenenlagern. Nach der ganzen Strenge des Gesetzes, das der unerbittliche Zwang jener harten Zeit uns gegeben, ward mit den bedauernswerten Opfern der Verführung verfahren; da war es nicht unbillig, wenn der Arm der Gerechtigkeit auch nach den Verführern und Anstiftern griff.

•

Kaiserliche Gnade, kaiserliches Verzeihen fällt der blinden Justiz in den Arm. Der Kaiser, dessen Blick in die Zukunft gerichtet ist, erkennt, daß nach dem Kriege die Völker der Monarchie, wie die ganze übrige Menschheit, vor allem der gegenseitigen Versöhnung bedürfen. Die Politik des Hasses und der Vergeltung, genährt

137

3./VII. 1917

Amnestie für strafbare Handlungen aus politischen Beweggründen.

Das Handschreiben des Kaisers.

Wien, 2. Juli.

Der Kaiser hat am Namenstage des Kronprinzen aus persönlicher Entschließung eine politische Amnestie für Zivilpersonen erlassen. Die Gefängnisse werden sich öffnen, worin Abgeordnete ihr Leben verschmachten. Der Kaiser schenkt ihnen die Freiheit, löscht die Verbrechen aus, wegen deren sie verurteilt worden sind, und macht sie wieder zu Vollbürgern, gibt sie der Familie und der Heimat zurück. Mancher, über den ein Todesurteil verhängt worden ist, das in eine langjährige Freiheitsstrafe umgewandelt wurde, mochte wohl gedacht haben, daß der Tag seiner Wiederauferstehung kommen werde. Aber selbst der Stärkste hat in der Einsamkeit der Zelle manchen Augenblick, in dem der Zweifel ihn faßt, die Hoffnung schwindet und das Grauen über ein verödetes, qualvolles Alter beginnt. Was mag ein solcher Mann fühlen, wenn ihm die Nachricht mitgeteilt wird, daß die Last auf seinem Herzen von einer gütigen Hand abgewälzt worden sei, daß ihm die Möglichkeit geboten werde, einen neuen Weg zu betreten, und daß alles vergeben sei. Die Untersuchungen werden eingestellt und viele Unglückliche, die sich vergangen haben und die kaum noch hoffen konnten, das Auge an einer Wiese oder an einem Walde zu erfreuen, sind begnadigt. Von jedem Handschreiben des Kaisers, von jeder Kundgebung seines Willens gehen politische Wirkungen aus, die nie fehlen, wo die Krone in öffentliche Angelegenheiten eingreift. Aber die wichtigste Unterlage dieser Amnestie ist die aus der Persönlichkeit des Kaisers sich entwickelnde Auffassung seines Verhältnisses zu der Zeit, in der er die Sorgen der Regierung auf sich nehmen mußte. Er möchte die Kette der Vergangenheit nicht mit sich fortschleppen, nicht ihre Verwicklungen gleichsam verewigen. Er sagt im Handschreiben, daß wir an der Schwelle einer neuen Zeit seien; er will in sie nicht hineintragen, was sich an menschlichen und politischen Verirrungen in dem Krieg aufgehäuft haben mochte. Er hat, wie aus so vielen Empfängen bekannt geworden ist, den auch im Handschreiben wiederholten Gedanken an die Versöhnlichkeit der Völker in sich aufgenommen. Er hat ihn mit dem Gemüte erfaßt und aus solchen Erwägungen und Stimmungen, aus der Anlage des Kaisers ist das Handschreiben entstanden, das einen Stachel entfernt.

Politische Urteile sind in den meisten Ländern kurzlebig. Freisinnige Menschen werden immer ein Unbehagen bei solchen Verfolgungen haben, auch wenn sie Gegner der Partei oder des Mannes sind, der seine Handlungen vor Gericht zu verantworten hat. Wenn überdies im Abgeordnetenhause fast sämtliche Parteien das Bedenken haben, ob das Verfahren der Militärgerichte gegen Zivilpersonen staatsgrundgesetzlich zulässig gewesen sei, ist die Amnestie zugleich eine parlamentarische Entlastung. Wir haben manchen Abgeordneten, der später vor seinen Richtern gestanden ist, bekämpft und seine Politik für schädlich gehalten. Keiner von denen, die jetzt das Gefängnis verlassen, kann der frühere sein, von keinem dürfte mehr übrig bleiben als eine Erinnerung an entschwundene Menschen und Verhältnisse. Von der Politik, die sie hatten aufbauen wollen, ist keine Spur vorhanden, der russische Imperialismus hat die schwerste Niederlage erlitten, die Freunde, an die sie glaubten, sind zerstreut oder verkommen, und vor den Toren des Gefängnisses tut eine Welt sich vor ihnen auf, die sie nicht kennen und die gewiß nicht die ihre ist. Das Bündnis zwischen der Monarchie und Deutschland ist jetzt im Kriege die größte politische Tatsache. Während die Begnadigten in der Haft waren, haben sich Veränderungen in der Politik zugetragen, größer als sonst in Jahrzehnten. Von den Verirrten hat keiner diese Entwicklung des Krieges erwartet, keiner sie auch nur für möglich gehalten. Die verbündeten Armeen im Westen und im Osten tief im Feindesland, die russischen Grenzfestungen niedergeworfen, Serbien, Rumänien, Montenegro aufs Haupt geschlagen und Rußland in den Zuckungen einer bisher so wenig gestaltungsfähigen, zwiespältigen und durch den Mangel an Klarheit sich verbrauchenden Revolution.

Die Amnestie wird in einem besonders feierlichen Handschreiben verfügt. Der Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler hat diese wichtige Kundgebung im Justizausschusse des Abgeordnetenhauses mitgeteilt und die Frage entsteht, welche politische Wirkung sie auf die Czechen haben werde. Der Kaiser selbst anerkennt, daß diese Partei im Abgeordnetenhause von den Vertretern des deutschen Volkes mit großer Mäßigung behandelt worden sei. Aber die Czechen im Parlament sind an dem Wendepunkte, wo sich zeigen muß, ob sie für die Noblesse in dem kaiserlichen Handschreiben empfänglich seien, ob sie den ernsten Willen haben, die von der Krone gewünschte Politik der Versöhnlichkeit zu unterstützen, und ob auch sie empfinden, daß nach den Weltereignissen an der Schwelle der neuen Zeit eine Ernüchterung und ein verworrenen Plänen abgekehrter Sinn nötig seien. Die Psychologie der Czechen wird die politischen Folgen der Amnestie bestimmen. Sie wurde als ein freies Geschenk und nicht als politisches Tauschmittel gewährt, nicht als Zugeständnis, um eine Vorlage durchzusetzen. Sie hat den Ursprung in der Politik des Kaisers, über die Vergangenheit hinweg der Zukunft entgegenzugehen, die er mit seinem Namen verknüpfen will. Die innere Politik soll von diesen Hemmungen nicht gebunden werden. Es mag auch kein Zufall sein, daß die Amnestie nach den Debatten im Herrenhause, wo die politischen Wunden entblößt worden sind und wo die Reden so viel Zerrissenheit enthüllt haben, erlassen worden ist. Der Kaiser sagt, er wolle keinen Haß; er möchte den segensreichen Fortschritt aller seiner Völker und deren gemeinsame Arbeit. Die Amnestie gilt für sämtliche Nationen von Oesterreich, aber das Handschreiben macht den Eindruck, als wolle es besonders Deutsche und Czechen nähern und sie in den Vordergrund der Politik bringen.

Da ist die Rechnung mit der Psychologie der Czechen zu machen. Wollen auch sie durch eine stille, sich selbst gewährte Amnestie manche Irrtümer der Vergangenheit abschwören, manche Uebertreibungen von sich weisen und jeden Hang zum Abenteuerlichen unterdrücken? Wenn der Kaiser erklärt, daß die Deutschen und ihre Vertreter während der letzten parlamentarischen Verhandlungen durch ihre Mäßigung die Staatsinteressen gefördert haben, so liegt in diesen Worten der Beweis, daß die Krone auch die Anlässe kennt, bei denen die Zurückhaltung gegenüber einzelnen Reden ein Verdienst war. Die Leistungen des deutschen Volkes im ganzen Verlaufe des Krieges, die Hingabe an Oesterreich, die wirtschaftlichen und finanziellen Opfer sind eine geschichtliche Wahrheit. Versöhnlichkeit, Sehnsucht nach dem Ausgleich und Wunsch nach gemeinsamer Arbeit waren in ihnen stets lebendig. Ob die Czechen nach dem kaiserlichen Handschreiben einen neuen Abschnitt beginnen, ob diese reine Menschlichkeit zu ihnen sprechen, ob sie zur ruhigen Besonnenheit zurücklenken werden, ist ein Problem der Völkerpsychologie. Die Wirkung läßt sich heute noch nicht ausmessen.

Die Zeit

3./VII. 1917

Die Quelle des Uebels.

Noch nie ist von dem Gnadenrecht der Krone ein besserer Gebrauch gemacht worden als in der Amnestie, mit der der Kaiser allen wegen politischer Delikte von Zivil- und Militärgerichten verurteilten Zivilpersonen die Strafe und deren Rechtsfolgen nachsieht und die noch anhängigen Strafverfahren aboliert. Der Kaiser will mit dieser seiner Entschließung eine „Politik der Versöhnlichkeit" anbahnen, deren Ziel es sein soll, „mit Mut und Einsicht Völkerwünsche zu befriedigen". Jeder Mensch, in dem der Nationalhaß nicht den letzten Funken von Rechtsgefühl erstickt hat, wird die Amnestie wie eine Erlösung begrüßen. Denn es war ein unerträgliches Gefühl, zu wissen, daß Tausende von Menschen verurteilt sind oder ihrer Aburteilung entgegensehen, von Gerichten, die nach unserer Verfassung für ihre Aburteilung gar nicht zuständig sind, nach Verfahren, die die vollen Garantien einer gerechten Rechtsprechung, wie sie unsere Verfassung jedem Staatsbürger gewährt, nicht an sich tragen. Das Recht ist nur Recht, wenn es streng in den gesetzlich vorgeschriebenen Formen und von den gesetzlich vorgesehenen Organen geübt wird. Jede Verletzung dieser Formen und Kompetenzen macht das Recht zum Schein, die Gewalt zur Wirklichkeit. Einen Menschen töten lassen, ist Recht, wenn dies auf Grund eines auf korrektem Weg geschöpften Urteiles geschieht. Sonst ist es Mord oder Totschlag.

Die Regierung hatte nun während des Krieges den Gang der Justiz für politische Verbrechen durch § 14-Verordnungen geändert. Sie hatte die Geschwornengerichte für alle die drei Jahre aufgehoben, obzwar die Verfassung dies nur für höchstens ein Jahr gestattet. Sie hatte an die Stelle der gesetzmäßig kompetenten Zivilgerichte für Zivilpersonen die Militärgerichte, zum Teil Feldgerichte und Standgerichte, gesetzt, obzwar die Verfassung verbietet, daß der Bürger seinem gesetzmäßigen Richter entzogen werde. Da aber der § 14, bei aller seiner Weitmaschigkeit, auch klar und deutlich jede verfassungswidrige Anordnung ausschließt, waren die betreffenden § 14-Verordnungen verfassungswidrig, und der Justizausschuß hat Mut und vor allem Sinn für die Erhaltung der tiefsten Grundlage der Existenz des Staates, der Gerechtigkeit, gezeigt, indem er diesen § 14-Verordnungen seine Zustimmung versagte. Es ist kein Zweifel, daß das Plenum des Abgeordnetenhauses diesem Akt der Gerechtigkeit beigetreten wäre. Welcher Zustand wäre dann entstanden? Tausende und Tausende würden hinter Kerkermauern schmachten, deren Verurteilung auf verfassungswidrige, also rechtsungültige Weise erfolgt ist.

Ein für jeden anständig fühlenden Menschen unerträglicher, für einen Staat, der sich nicht des letzten Attributs seiner sittlichen Existenz entäußern will, unmöglicher Zustand. Aus diesem hat nun der Kaiser mit der Amnestie der Regierung einen Notausweg gebahnt. Die inkorrekt Verurteilten oder in Untersuchungshaft Gesteckten werden freigelassen werden. Aber wer wird diesen unglücklichen Opfern einer Mißregierung die schrecklichen Jahre wiedergeben, die sie hinter Kerkermauern verbracht, das Stück Gesundheit und Lebensmut, das sie dort verloren haben? Wer weckt die Toten wieder auf? Wer scheidet jetzt, da alle unterschiedslos amnestiert sind, die etwa Schuldigen von den Unschuldigen? Kann die Gnade ein voller Ersatz sein für das Recht? Was wir da in den letzten drei Jahren, durch Zensur zum Schweigen verurteilt, mit haben ansehen müssen — weg damit! Aber niemals in der Zukunft darf es wieder möglich sein, daß verblendete Minister sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen, unter dem falschen Prätext des § 14 die Verfassung aufheben und die Fundamente des Staates erschüttern, dem Staatsbürger die Sicherheit des Lebens und die Freiheit rauben und ihn rechtlos machen. Das darf nicht wieder geschehen, so wahr Oesterreich ein Rechtsstaat ist und es für alle Zeiten bleiben soll. Und damit es nicht geschehe, gibt es nur ein Mittel: die schleunigste Abschaffung des so viel mißbrauchten § 14, der die Quelle dieses und so vieler anderer Uebel gewesen ist; Abschaffung des Systems der unparlamentarischen Regierungen, die den § 14 brauchen, weil sie mit dem Parlament nicht regieren können; Einführung streng parlamentarischer Ministerien, die keinen § 14 brauchen, weil sie ohne Parlament überhaupt nicht existieren können.

Kölnische Zeitung

4./VII.1917

140 4

Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 60 ₰ } zuzüglich 20% Kriegszuschlag
für die Reklamezeile oder deren Raum 3 ℳ }

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Haupt-Geschäftsstelle: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 259.

Vertretungen: Koblenz C. Heidenheim, Löhrstr. 129. Krefeld J. F. Houben Lennep Ad. Mann. Mainz Mainzer Verlagsanstalt. Mannheim D. Frenz. Mülheim (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M.-Gladbach E. Schellmann. Neuß H. Carenfeld. Neuwied Felix Trumm. Remscheid C. A. Kochenrath. Rheydt O. Berger. Ruhrort Andreae & Co. Saarbrücken 3 C. Schäler, Sulzbachstr. 15. Siegburg A. Fritz, Zeughausstr. 4. Solingen Ed. Elven. Wiesbaden H. Gieß. — **Sonst. Vertret. in Deutschland:** In allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. Bremen Herm. Wilker, Wilh. Schellen.

Oesterreich-Ungarn.

Der Straferlaß des Kaisers.

✡ **Wien,** 3. Juli. (Telegr.) Die durch den Ministerpräsidenten in der gestrigen Sitzung des Justizausschusses verkündete vom Kaiser als Namenstagsgeschenk seines Erstgeborenen erlassene Amnestie wirkte wie eine gewaltige Sensation auf dessen Mitglieder. Alle Nichtdeutschen brachen in laute Bravorufe aus, und der Vorsitzende des Ausschusses ersuchte sofort den Ministerpräsidenten, den Dank des Ausschusses an die Stufen des Thrones zu leiten. Auch die Wiener Blätter feiern den hochherzigen Entschluß des Kaisers, durch diesen Gnadenakt eine Epoche der Versöhnung in Österreich einzuleiten, und sprechen die Hoffnung aus, daß die nichtdeutschen Nationalitäten den Rat des Kaisers, die maßvolle, die Staatsinteressen fördernde Haltung der Deutschen nachzuahmen, befolgen, und das schiedlich-friedliche Nebeneinanderwohnen der Völker in Österreich ermöglichen werden. Die Arbeiterzeitung betont besonders die Initiative des Kaisers, der dieser Gnadenakt entsprungen ist.

Die Beurteilung des Erlasses.

✡ **Wien,** 3. Juli. (Telegr.) Wie nicht anders zu erwarten war, hat der kaiserliche Erlaß auf die deutsche und nichtdeutsche Bevölkerung und Volksvertretung verschieden gewirkt. Auf deutscher Seite erkennt man die edle Absicht an, die den jugendliche Herrscher mit diesem hochherzigen Gnadenakt verfolgt, und die dahin zielt, durch das eigne Beispiel weitestgehender Versöhnlichkeit alle Völker Österreichs mitzureißen und die Grundlagen zu schaffen für eine endgültige Beilegung des nationalistischen Haders und eine schiedlich-friedliche Neuordnung des Reiches, und man hofft und wünscht aufrichtig, daß diese edle Absicht ihre Früchte tragen möge. Man verhehlt sich aber namentlich in den deutschradikalen Kreisen Böhmens nicht, daß auf der Seite des deutschen Volkes ein hohes Maß von Entsagung dazu gehört, alles zu vergessen, was der Weltkrieg an unerfreulichen Erscheinungen bei den Tschechen und andern Nationalitäten gezeitigt hat, und was der Anlaß zu noch gewaltigern Anstrengungen und noch schwerern Opfern an Blut und Gut gewesen ist, die gebracht werden mußten, um die entstandenen Schäden wieder gutzumachen. Man fragt sich insbesondere, ob durch diese neue, gänzlich überraschend gekommene Wendung, die die Hoffnung des deutschösterreichischen Volkes auf seine Anerkennung als eigentliches Staatsvolk Österreichs zunichte macht, nicht ein Zustand geschaffen werde, der es dauernd um den Lohn seiner staatstreuen Gesinnung und seiner unbedenklichen Selbstaufopferung für das Wohl des Staatsganzen und der Dynastie bringe. Anderseits zweifelt man aus der Kenntnis der slawischen Volksseele heraus daran, daß die slawische Welt Österreichs dieses großmütige Gnadengeschenk des Kaisers richtig verstehen werde, und fürchtet, daß sie es vielmehr als Schwäche deuten und als Ausmunterung mißbrauchen wird, nunmehr erst recht an die Verwirklichung staatszersetzender Bestrebungen zu gehen, und daß sie dadurch in den Glauben versetzt werden wird, alles durchsetzen zu können, wenn sie nur keck und herausfordernd auftrete. Auf slawischer Seite dagegen herrscht laute Jubelstimmung. Man fühlt sich dort als Sieger und hat das vor nicht langer Zeit noch bohrende Gefühl der Unsicherheit und den Druck des schlechten Gewissens bereits völlig verloren. Dementsprechend war auch der Verlauf der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses. Als der Ministerpräsident den kaiserlichen Straferlaß verlas, drängten auf die Ministerbank die slawischen Abgeordneten ein, während die deutschnationalen auf ihren Sitzen blieben, und nur die erstern veranstalteten am Schlusse der Verlesung geflissentliche Beifallskundgebungen, welche die Deutschnationalen durch Hochrufe auf das Heer und den Kaiser und ironische Bemerkungen über die Hochverräter erwiderten. Der Lärm war so groß, daß sich der Präsident beim Übergang zur Tagesordnung nicht verständlich machen konnte. Mit größter Spannung erwartete man nun die Erklärung, die der Obmann des Deutschen Nationalverbandes beauftragt worden war, für diesen in der Amnestiesache abzugeben. Indes zog sich die Verhandlung über den Bericht des Justizausschusses, den § 14. Verordnungen betreffend die Aufhebung der Schwurgerichte die Genehmigung zu versagen, so in die Länge, daß der Obmann Dobernig noch nicht

Neue Freie Presse

4./VII. 1917

141

Die Politik der Amnestie.

Rückkehr der Bestraften in das öffentliche Leben.

Wien, 3. Juli.

Gnade ist das schönste Recht der Fürsten. Wenn der Schuldige dem Gesetze verfallen ist, der Spruch des Richters ihn in die Schauer des Kerkers zwingt und ein Verzweifelter in der Einsamkeit verkümmert, kann ihm die verfassungsmäßige Macht der Krone, Strafen zu erlassen, Rettung bringen. Wer freisinnige Grundsätze so in sich aufgenommen hat, daß sie ihm zur Natur geworden sind, wird sich nicht politisch als Kerkermeister vor eine Türe stellen wollen, die von der Amnestie geöffnet werden soll. Er wird nicht durch Wort und Schrift der Büttel sein wollen, der die Strafe politischer Verbrecher, die sich am Staate vergangen haben, fordert, wenn die Krone, gestützt auf die verfassungsmäßigen Grundgesetze, welche sie über die richterliche Gewalt erheben, Verzeihung gewährt. Die freisinnige Weltanschauung hat sich in einer Zeit gebildet, da manches als politisches Verbrechen galt, was später selbstverständliche Freiheit der Meinungen gewesen ist. Schon dieser häufige Wechsel in den Ansichten mußte bewirken, daß die Hilfe des jetzt so allgemein und so vielfach verwendeten Strafgesetzes im öffentlichen Leben unvolkstümlich war. Wer diese Ueberzeugungen hat, wird bei politischen Gnadenerlässen keinen Unterschied zwischen den Personen machen, welche durch sie aus dem Gefängnisse hinausgeführt werden, und wäre es selbst der schlimmste Gegner. Aber nur das Urteil des Richters wird durch die Amnestie aufgehoben und nicht das persönliche Urteil, welches das Recht jedes Bürgers in einem freien Staate ist und das sich durch nichts binden läßt. Die Duldsamkeit gegen die Bestraften braucht sich nicht auf die Strafwürdigkeit zu erstrecken, auf die Vorgänge im Lebenskampfe der Monarchie, auf die Fremdheit in den Stimmungen bei den Gefahren, von denen wir bedroht gewesen sind, und auf die Vergangenheit, die für die Schuldigen kriminell abgeschlossen wird, aber politisch bleibt. Das Gesetz verbietet, solchen Personen, solange sie in Rechtschaffenheit auf ihrem Wege fortwandeln, einen Vorwurf zu machen oder sie auf irgendeine Art zu schmähen. Das möchten wir nicht tun, auch wenn die buchstabenmäßige Vorschrift nicht bestünde. Es ist jedoch eine Pflicht, nach allem, was geschehen ist, die Politik in der Amnestie, in der vom Ministerpräsidenten gegengezeichneten Kundgebung ein wenig näher zu prüfen.

Die Amnestie gilt für strafbare Handlungen aus politischen Beweggründen im ganzen Reiche. Durch die Verhältnisse sind jedoch Czechen in den Besitz der Meistbegünstigung gekommen. Das Verfahren gegen Angehörige dieses Volkes hat die stärkste Bewegung hervorgerufen und der Zusammenhang zwischen den Ereignissen im Gerichtssaale und der Politik sämtlicher czechischen Gruppen im Reichsrate war bei keiner Nation so unmittelbar. Deshalb war die Amnestie immer auf der politischen Tagesordnung und niemals außerhalb des Gesichtskreises. Aber die Vertreter des Ausgleichs in Böhmen haben immer gedacht, daß in einem Augenblicke, wo beide Völker unter dem Zwange der Kriegsnot sich zum inneren Frieden entschließen und das lang ersehnte Werk endlich gelingt, der Schlußstein durch eine Amnestie gelegt wird, die den Gedanken ausdrückt, daß nach einer solchen Erhebung und Erfüllung auch der Himmel sich den Sündern öffnet. Der Krieg, der die sorgfältigste Verwertung der Arbeitskraft braucht, damit der wirtschaftliche Haushalt des Volkes bestritten werden könne und die Nahrungspolitik nicht länger versage, ist der lebendigste Widerspruch zu den kühnen Verfassungsplänen, die jetzt herumschwirren und durch die Oesterreich ein so fremdes Gesicht bekommen würde, daß es im Spiegel der Geschichte gar nicht zu erkennen wäre. Ernsthaft verarbeitet sind nur die Voraussetzungen für das Recht der nationalen Minderheit in Böhmen, die ihr eigenes Leben auf eigenem Boden leben und nach dem Grundsatze der Selbstbestimmung nicht in beständiger Abhängigkeit von einer Mehrheit sein will, sondern Freiheit in den angestammten Wohnsitzen fordert. Da wäre es ein schönes Vollenden gewesen, wenn auf dem First des Friedenspalastes zu Prag die Fahne hätte aufgehißt werden können, welche Gnade verkündet. Ein schlagendes Beispiel der jetzigen Zustände ist die Delegationswahl, bei der die bloße Willkür der Czechen darüber entscheidet, ob Millionen der tüchtigsten und gewerblich am meisten entwickelten Bevölkerung auch nur einen einzigen Vertreter in dieser für die auswärtige Politik und für die Wehrkraft maßgebenden Körperschaft haben sollen.

Die Amnestie ist vor dem Ausgleiche in Böhmen erlassen worden. Sie hat nicht die Bestimmung, ein Wahrzeichen des bereits gesicherten Friedens zu werden. Der politische Zweck ist, den Sinn für Versöhnlichkeit erst zu wecken, den Willen zur gemeinsamen Arbeit erst zu schaffen und die Nachsicht, welche die Krone selber hat, auf andere zu übertragen. Sprechen wir von der czechischen Politik ganz unpersönlich und ohne jeden Hinweis auf die Männer, die aus den Gefängniszellen in das öffentliche Leben zurückkehren. Die letzten Reden czechischer Parteiführer im Abgeordnetenhause sind ein Beweis, daß der Widerstand sich nicht gegen diese oder jene Regierung, sondern gegen die leitenden Anschauungen in der gesamten Politik der Monarchie gerichtet hat. Wenn die Aeußerungen im Abgeordnetenhause mehr waren als bloße Worte, dann wollen die czechischen Gruppen nichts aufrecht lassen, was bei uns besteht, nicht die Verfassung, nicht die Verwaltung, nicht das Verhältnis zwischen beiden Staaten der Monarchie, nicht die Besitzstände der Volksstämme und nicht die Bündnisse. Mitten im Kriege und sogar mitten in den Schlachten sollen, wenn die Ausführungen der czechischen Parteien im Abgeordnetenhause ernst genommen werden müssen, die Beziehungen zwischen den Kronländern geändert, die bestehende Einheit aufgelöst und durch neue Schöpfungen ersetzt werden. Die alten historisch politischen Individualitäten des Oktoberdiploms werden mit einigem demokratischen Aufputze versehen, wobei die Czechen nur die Wiederbelebung des Staatsrechtes wollen, das die deutsche Minderheit an der Wurzel bedroht.

Die Politik der Amnestie kann nur sein, die Czechen aus solcher Verworrenheit hinüberzulenken zur österreichischen Staatlichkeit. Der politische Vorschuß, den ihnen dieser Gnadenerlaß noch vor dem Ausgleiche bietet, soll durch die Pflicht, welche Dankbarkeit auferlegt, durch die Stimmung, welche Milde verbreitet, die Partei, die ein so unrichtiges Verhältnis zum Kriege hatte, dazu bringen, daß sie in den jetzigen Weltereignissen, in dem Sturze des Zaren und in dem Zusammenbruche der auf so vielen Kongressen gefeierten Politik das Mögliche erkenne und der Verirrungen bewußt werde. Vor mehr als zwanzig Jahren fuhr der zum Ministerpräsidenten ernannte Graf Badeni von Lemberg über Prag nach Wien. Graf Taaffe hatte über die böhmische Hauptstadt wegen einer Verschwörung, die unter dem Namen der Omladina bekannt und im Abgeordnetenhause viel besprochen worden ist, den Ausnahmszustand verhängt. Graf Badeni wollte die Unterstützung der czechischen Parteiführer und der politische Vorschuß war die Amnestie für die Häupter der Omladina. Die Czechen verlangten mehr, drängten die Regierung und so kam es zu den berühmten Sprachenverordnungen und zu den Kämpfen, von denen das österreichische Parlament sich niemals ganz erholt hat. Wer möchte nicht wünschen, daß die Menschlichkeit in dem Amnestieerlasse diesmal einen besseren Lohn finde und der Anstoß zu einer schöpferischen Politik im Reiche und in Böhmen werde. Die Psychologie der Czechen hat bisher einen Sättigungspunkt nicht zugelassen. Aber der Versuch wird immer unternommen werden. Das ist die Politik der Amnestie.

Reichspost

4. VIII. 1917

Staatstheorie und Volksvergiftung.

Dem schrankenlosen Walten der politischen Zensur ist jetzt ein Zustand der Freiheit zu schrankenlosen politischen Exzessen in der Presse gefolgt. Schon die Wurzeln des Staates dürfen angegriffen werden. Und keine Hand hebt sich, den Staat zu verteidigen, niemand scheint den Mut zu haben, der Irreführung der Massen in den wichtigsten Begriffen, den chaotischen Reflexvorstellungen, die aus Rußland herüberstrahlen, entgegenzutreten. Nein, nicht Zensur und Staatsanwalt sind die richtige Antwort auf diese Brunnenvergiftung, die jetzt getrieben wird, sondern das entschlossene und mutige Bekenntnis zum Staat und zur Staatsordnung, ausgesprochen durch Männer, die nicht aus Byzantinismus, sondern aus ehrlicher Ueberzeugung sich zum Schutze der bedrohten Rechtsgüter sammeln.

Es macht sich in einem gewissen Teil der Presse das ganz systematische Bestreben kennbar, den Begriff des Staates und des Verhältnisses zwischen Volk und Monarchie zu erschüttern. Daß die sozialdemokratische Presse im Gegensatz zu der sehr jungen österreichischen Verfassungsgeschichte immerfort behauptet, daß die Kronrechte dem Kaiser erst durch die Verfassung „übergeben" worden sind, ist nach der prinzipiellen Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Staate begreiflich. Besonders bezeichnend ist aber, daß gewisse bürgerliche Blätter, die namentlich um die Leser aus dem Beamtenstande sich bewerben, die Revolutionierung der Rechtsbegriffe sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheinen. So erklärt heute ein Wiener jüdisches Spätabendblatt in der Besprechung des kaiserlichen Amnestieerlasses: „Die verfassungsmäßige Monarchie ist ein Vertrag zwischen dem Fürsten und dem Volke." — Das ist nicht eine zufällige Bemerkung, eine gelegentliche, nebensächliche Entgleisung eines Ignoranten, sondern die konsequente Fortspinnung täglicher Gedankenfäden. Der Zweck, der mit der Verbreitung dieser aus der französischen Revolutionszeit stammenden Staatstheorie verfolgt wird, ist zu erraten.

Wenn irgendwo die Falschheit des Satzes leicht ersichtlich ist, daß die verfassungsmäßige Monarchie einen Vertrag darstellt, so ist dies in Oesterreich der Fall. Der österreichische Staat ist zehnmal älter als die österreichische Verfassung; er hat durch die Verfassung nicht erst zu existieren begonnen, sondern durch diese eine durch einen einseitigen Willensakt der Krone geschaffene neue Form erhalten. — Der Rechtstaat ist überhaupt niemals ein Vertrag, ein Begriff, der von dem Elemente der Kündbarkeit und Auflöslichkeit nicht zu trennen ist, sondern ein in der sittlichen Ordnung begründeter Menschheitszweck, dessen Dauerhaftigkeit die Kündbarkeit ausschließt. Tatsächlich betrachtet die moderne Rechtslehre die Rousseausche Vertragstheorie als längst überwunden. Würde man die Vertragstheorie in einem Völkerstaat wie Oesterreich weiter verfolgen, so käme man zu narrenhaften Konsequenzen: Wenn die Monarchie ein Vertrag zwischen Kaiser und Volk ist — wer bestimmt dann auf Seite des letzteren, der aus Völkern mit verschiedenen Willensbildungen besteht, die Willensmeinung des Volkes? Jede Nation für sich oder alle mitsammen, die sich niemals in dieser Frage einigen werden? — Doch auf die ernstliche Ergründung der Konsequenzen kommt es den jetzigen Verkündern dieser Theorie wohl nicht an. Mehr ist ihnen wohl zu tun um die Verwirrung der Geister.

Alle Mutigen hätten jetzt die Pflicht, diesem planmäßigen Treiben sich entgegenzustellen.

Tägliche Rundschau
4. VIII. 1917

Oesterreich und die Polen.

(Wiener Brief.)

Die Verhandlungen des österreichischen Herrenhauses waren diesmal von ungewöhnlichem Interesse. In der sonst so stillen und vornehmen Pairskammer nahm die Unterhaltung oft einen überaus lebhaften, fast stürmischen Charakter an. Es war wie ein elementarer Ausbruch des Protestes des guten und loyalen Altösterreichertums gegen die Haltung eines erheblichen Teiles des Slawentums in diesem Weltkriege an der Front wie im Hinterlande. Es war gleichsam die Armee selbst, die auf der parlamentarischen Tribüne gegen die Verrätereien Front macht, mit denen sie auf Schritt und Tritt zu kämpfen hatte. Wie der gewesene Landesverteidigungsminister Generaloberst v. Georgi der tschechischen Verräterei die Maske vom Gesicht gerissen hatte, so hat der jüngst zum Mitglied des Herrenhauses ernannte Sieger von Krasnik, Generaloberst v. Dankl, auch den Polen, deren nationale Anmaßungen kaum noch eine Grenze kennen, einen Spiegel vorgehalten und gezeigt, in wie schroffem Mißverhältnis ihre eigenen Leistungen in diesem Kriege zum Teil mit den fast größenwahnsinnigen Forderungen stehen, die sie zu erheben sich berechtigt glauben.

Die Erklärung des Generaloberst v. Dankl war eine Abwehr aus dem Stegreif gegen eine polnische Herausforderung. Der gewesene Minister und frühere Obmann des Polenklubs, Ritter v. Bilinski, den manche in der jüngsten Ministerkrise sogar als den „kommenden Mann" bezeichnet hatten, hatte gegen die Heeresleitung den Vorwurf erhoben, sie habe in Russisch-Polen die russische Orientierung gefördert. Diesen Vorwurf wies Herr v. Dankl mit großer Entschiedenheit zurück. Er fügte mit vor Entrüstung bebender Stimme hinzu: „Vorsichtig mußten wir allerdings sein, denn wir standen auf unterwühltem Boden. Wir waren in Feindesland und auf Schritt und Tritt von Verrat umlauert. Von einem Enthusiasmus der befreiten Polen war blutwenig, um nicht zu sagen gar nichts zu spüren, und auch die polnischen Legionen haben das, und in nicht gerade sehr angenehmer Weise, zu fühlen bekommen. Wir haben auch bei unserem Aufmarsch in Galizien bei den politischen polnischen Behörden keineswegs allgemein jene Unterstützung gefunden (Hört, hört!), die wir bei österreichischen Behörden in unserem eigenen Lande eigentlich zu fordern berechtigt waren. Ich war selbst genötigt, während des Aufmarsches in dieser ernsten, schweren und verantwortungsvollen Zeit einen Bezirkshauptmann wegen seines Verhaltens gegen uns zur Anzeige zu bringen. Dieselbe Erfahrung dürfte wahrscheinlich auch das Oberkommando gemacht haben. Seine kaiserliche Hoheit Feldmarschall Erzherzog Friedrich, dem gewiß niemand den Vorwurf der Polenfeindlichkeit oder der Gehässigkeit gegen die Polen machen wird, hat mir gegenüber selbst erwähnt, welch schweren Stand er mit den polnischen Behörden in Galizien habe. Ich denke, die Geschichte des Feldzuges wird wohl voraussichtlich darstellen müssen, unter welch schweren Umständen wir den Kampf begonnen und weitergeführt haben." Diese Erklärungen wurden von der großen Mehrheit des Hauses mit stürmischem Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

Die niederschmetternde Anklage, die Herrn v. Bilinski zu einer ziemlich kleinlauten Entschuldigung bewog, erhielt noch eine volle Bekräftigung durch die Erklärungen des Chefpräsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts Freiherrn Ernst v. Plener, der erklärte: Es sei eine Tatsache, daß es in Galizien unter den Beamten, in den akademischen Kreisen und in der Bevölkerung russenfreundliche Bestrebungen gegeben habe. Ebenso sei es eine Tatsache, daß die Befreiung Polens lediglich das Verdienst der Zentralmächte gewesen und daß die Polen des Königreiches für die Befreiung ihres Landes von der russischen Herrschaft nichts getan haben. Denn die Teilnahme an den Legionen, die zum größeren Teile aus galizischen Untertanen bestehen, kann nicht zählen, und alle Versuche der Zentralmächte, im Königreiche eine nationale Armee zu schaffen, seien mißlungen. Im Jahre 1863 hätten die Polen mit todesmutiger Tapferkeit gekämpft, um sich von der russischen Herrschaft zu befreien. Jetzt sei jede nationale militärische Erhebung im Königreiche ausgeblieben und alle Versuche von Anwerbung und Bildung von Legionen seien gescheitert. Auch Freiherr v. Plener hob hervor, wie im Mißverhältnis zu diesen Leistungen die nationalen Ansprüche der Polen ins Ungemessene gewachsen seien. Daß bei den Polen heute nationale Anschauungen erwacht seien, die weit über den Rahmen alles bisherigen hinausgehen, sei eine Tatsache, und es wäre Torheit, das sich selbst ableugnen oder sich darüber täuschen zu wollen. Dann bestätigte Freiherr v. Plener noch ausdrücklich die Anklagen des Generaloberſten v. Dankl und sagte: „Daß die Armee oder das Armee-Oberkommando über die Aufnahme, die unsere Truppen im Königreiche bei ihrem ersten Einmarsche erfahren haben, nicht besonders erbaut und erfreut waren, ist eine Tatsache. Alle Offiziere, die dort waren, haben erzählt, mit wie wenig Neigung die österrichischen Truppen, welche das Land nach der polnischen Theorie von der russischen Herrschaft befreien sollten, von der polnischen Bevölkerung aufgenommen wurden, mit welchen Schwierigkeiten unsere Truppen im Königreiche zu kämpfen hatten. Das sind Tatsachen. Fragen Sie nicht mich, fragen Sie die ganze Armee, und Sie werden diese Antwort bekommen."

Wie verträgt sich diese Haltung der Polen im Weltkriege mit der polnisch-chauvinistischen Rede, die in derselben Sitzung des Herrenhauses der polnisch-armenische Erzbischof Teodorowicz gehalten hat, einer Rede, in der sich dieser hohe Seelenhirt nicht gescheut hat, auch in der unerhörtesten Weise gegen das Deutsche Reich und das Bündnis der Zentralmächte loszuziehen. Der Präsident des Hauses, Fürst v. Fürstenberg, rügte diese rednerische Ausschreitung des Mitgliedes des hohen polnischen Klerus mit den Worten: „Der Ton der ganzen Rede, ganz besonders aber einzelne Worte und Wendungen, als gegen unseren erprobten und treuen deutschen Bundesgenossen gerichtet, haben unsere Empfindungen und Gefühle schwer verletzt." Dr. G.

4. VIII. 1918 144

Graf Andrassys neues Partei-Programm.

Von

Professor Dr. Ludwig Stein.

Graf Julius Andrassy hat in der Sonntagsausgabe seines Organs „Magyar Hirlap" einen Aufsatz „Interessen und Parteien" veröffentlicht, in dem man das neue Parteiprogramm des gegenwärtigen Ministeriums Esterhazy erblicken kann, das ich an dieser Stelle als ein Kabinett Andrassy ohne Andrassy bezeichnet habe. In der Unterredung, die ich am Sonntag, 24. Juni, veröffentlicht habe, sagte mir der Ministerpräsident Esterhazy, daß er das neue Wahlrecht mit Hilfe des gegenwärtigen Parlamentes durchzubringen hoffe. Es ist in diesem Zusammenhange von Bedeutung, daß der eine Schwiegersohn des Grafen Andrassy, Markgraf Pallavicini (der im Gegensatz zu dem anderen Schwiegersohn des Grafen Andrassy, dem Grafen Michael Karolyi, restlos auf dem Boden der Politik seines Schwiegervaters steht) inzwischen zum Staatssekretär im Ministerpräsidium ernannt worden ist, so daß er dem Ministerpräsidenten Grafen Esterhazy zur Seite steht. Wenn also Graf Andrassy jetzt ein neues Parteiprogramm entwickelt, das sich vorbehaltlos auf den Boden der Wahlrechtsreform stellt, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß sich sein neues Parteiprogramm mit den Anschauungen des gegenwärtigen Kabinet.. in großen Zügen deckt.

Das neue Programm Andrassys fordert eine Parteigruppierung, die die Gefahr eines Paktierens und Handelns mit kleinen Fraktionen ausschaltet und vor allem die Einheitlichkeit des nationalen Lebens sichert. Den Kernpunkt seines Programms faßt Graf Andrassy wie folgt zusammen:

> „Diese allgemeine Regel auf die gegebene Situation anwendend, müssen wir dahin trachten, daß aus den Parteien, die die neue Regierung unterstützen, eine große demokratische Reformpartei gestaltet werde, die mit der weltgeschichtlichen Notwendigkeit rechnet, daß die gesamte innere Politik, den Lehren des Weltkrieges entsprechend, umgewandelt werden muß, und daß die moderne Sozialpolitik zur Geltung in allen Zweigen der Regierung und der Legislative kommen muß. Diese neuerstehende, einheitliche große Regierungspartei müßte sich neben dem treuen Dienst der nationalen Entwicklung die gerechte, voraussetzungslose, einheitliche Befriedigung der modernen gesellschaftlichen Ansprüche zum Ziele setzen. Mit dieser einheitlichen Parteigründung steht die Organisierung der bisher im Hintergrunde gehaltenen unorganisierten gesellschaftlichen Interessen und Schichten keinesfalls im Gegensatze, sie müssen nur ihre besonderen Interessen eingliedern in die Interessen der großen Einheit. Wenn sie das vor Augen halten, so werden sie für die neue Regierung eine neue Kraftquelle bedeuten, denn diese ist geradezu darauf hingewiesen, daß die bisher im Hintergrunde gehaltenen Elemente und Interessen zur Geltung kommen, daß sie Einfluß gewinnen auf die Feststellung der gemeinsamen nationalen Politik und die großen Reformpläne vor Einseitigkeit bewahren."

Wenn Graf Esterhazy mir gegenüber die Erwartung ausgesprochen hat, daß es ihm gelingen werde, sich eine Majorität zu schaffen, so liegen in den Worten des Grafen Andrassy die Umrißlinien vorgezeichnet, welche die Grundvoraussetzungen einer solchen Majorität enthalten. Eine Kammerauflösung mitten im Kriege wird nur im Notfalle erfolgen. Neuwahlen in den Schützengräben haben immer etwas Mißliches. Der jetzige Kabinettchef muß daher darauf bedacht sein, sich eine Majorität zu sichern, da er auf die Dauer unmöglich von der Gnade der Tiszaschen Majorität abhängen kann. Daß diese Majorität heute noch besteht, ersieht man aus dem Ergebnis der gestrigen Wahl des Kammerpräsidenten. Graf Esterhazy hätte es gern gesehen, wenn sich sämtliche Parteien auf die Person eines parteilosen Politikers, nämlich des Abgeordneten Ludwig Navay geeinigt hätten, der Tisza nahe genug steht, um auch die Stimmen der Mehrheitsgruppe auf sich zu vereinigen. Aber Navay stellte die Bedingung, daß seine Kandidatur von allen Parteien ohne Ausnahme aufgestellt werde. Da sich ein solcher Kompromiß nicht durchführen ließ, erfolgte gestern die Kraftprobe, und der Vertreter der Tisza-Partei, Karl Szaß, wurde mit 183 gegen 138 Stimmen gegen den derzeitigen Präsidenten des rechtsstehenden Flügels der Unabhängigkeitspartei, Johann Toth, zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. Darnach könnte es den Anschein gewinnen, als ob die Mehrheit der Tisza-Partei, die jetzt die eigentliche Opposition bildet, unzerbrechlich wäre.

Aber dieser Schein trügt. Das hat die Abstimmung über die Bewilligung der Staatsnotwendigkeiten erwiesen. Schon damals bereitete sich eine Kraftprobe vor. Die Tisza-Partei wollte nur für vier Monate die Indemnität bewilligen, während die in der Minderheit befindliche Regierung sechs Monate forderte. Bei der Abstimmung erhielt die gegenwärtige Mehrheitspartei nur 14 Stimmen Majorität, während die gestrige Abstimmung nahezu 50 Stimmen ergab. Dabei ist zu erwägen, daß bei der vorletzten Abstimmung von den 40 Kroaten, die für die gegenwärtige Regierung stimmen, nur etwas über die Hälfte zugegen waren, und daß ferner die gegenwärtigen Minister, deren Mandate durch ihre Ernennung erloschen sind, an der Abstimmung nicht teilnehmen konnten. Wären die Kroaten allesamt erschienen und hätten sich die Minister an der Abstimmung beteiligen können, so konnte bereits vorige Woche die Tisza-Partei in die Minorität versetzt werden. Uebrigens hat ja Tisza selbst vor einigen Jahren das Beispiel gegeben, wie man aus einer erdrückend kleinen Minorität über Nacht eine Dreiviertelsmajorität aus dem Boden stampfen kann. Was Tisza in Friedenszeiten gelungen ist, braucht Graf Esterhazy mit Hilfe Andrassys nicht zu mißlingen. Die gegenwärtige Regierung hat jetzt vier Monate Zeit, sich mit dem vom Grafen Andrassy verkündigten neuen Parteiprogramm eine Majorität zu sichern, die auf legalem Wege und ohne jene Erschütterungen, welche die Wahlen inmitten des Krieges hervorrufen könnten, jene Wahlreform durchsetzt, die nicht bloß der ganze Wahlrechtsblock fordert, sondern die selbst im Magnatenhaus von den urfeudalen Grafen Alexander Festetics, Emil Dessewffy, Ladislaus Szapary und Josef Mailath als unabwendbar befürwortet wird. So sagte Graf Festetics: „Das Volk selber liegt draußen im Schützengraben, und ob und wie sehr es das allgemeine Wahlrecht wünscht, das wissen nur jene, die mit ihm zusammen in Deckung und Graben gelebt haben." Graf Josef Mailath führte im Magnatenhause aus: „Die frühere Regierung ist aus dem Grunde gefallen, weil sie das Mahnwort der Zeit nicht zu begreifen wußte." Es ist ein interessantes und bemerkenswertes Schauspiel, daß sich der ungarische Hochadel um das demokratische Programm des Grafen Andrassy schart. Dieses neue Parteiprogramm mündet in dem Satz:

> „Der erste praktische Schritt muß darin bestehen, daß die im Parlament heute vorhandenen Parteien, die die frühere Regierung gemeinsam gestürzt haben und die die heutige Regierung gemeinsam unterstützen und die auch hinsichtlich des Wahlrechts ein gemeinsames Programm haben, in ihrer Gesamtheit oder zum großen Teil bestrebt sein sollen, ein gemeinsames Arbeitsprogramm festzustellen und einander näherzutreten."

Gelang es dem ungarischen Wahlrechtsblock bisher, so widerstrebende Elemente wie die Katholische Volkspartei, das Häuflein Demokraten und die radikale Unabhängigkeitsgruppe des Grafen Michael Karlyi unter einen Hut zu bringen, so muß es dem neuen Parteiprogramm Esterhazy-Andrassy gelingen, eine geschlossene Mehrheit zusammenzuschmieden, die dieses Wahlrecht nicht nur fordert, sondern auch durchsetzt. Stellt man die denkenden Politiker in Ungarn vor die Alternative: entweder allgemeines Wahlrecht ohne Kammerauflösung oder Neuwahlen mitten im Kriege, so werden sich unverblendete Köpfe genug finden, die für das Wahlrecht eintreten und bis zum Herbst eine Mehrheit bilden, die sich das neue Parteiprogramm des Grafen Andrassy zu eigen macht und ihm zum Durchbruch verhilft.

Reichspost Abend
4./VII. 1917

* **Der Krieg und die „sozialistischen Denker".** Am 30. März 1915 hatte der sozialdemokratische Abg. Pernerstorfer im „Berliner Tageblatt." großgetan:

„Wir erleben die Schrecknisse des Krieges seit acht Monaten und wir haben seit Jahren gewußt, daß er kommen werde."

Drei Wochen später, am 21. April, wiederholte die Austerlitzsche Wiener „Arbeiter-Zeitung" an leitender Stelle die Aufschneiderei:

„Es ist unserem unsterblichen Jean Jaurès nicht beschieden gewesen, Zeuge und Mitlenker jener Weltenschicksals zu werden, das er, wie alle sozialistischen Denker, vorausgesehen."

Aehnliche Beurkundungen sozialdemokratischer Vorauswissenschaft in bezug auf den Weltkrieg ließen sich in schier beliebiger Anzahl anführen. Nun überrascht aber plötzlich alle Gläubigen der sozialistischen „Denker" im Juniheft des „Kampf" (Heft 5—6) der nämliche Fritz Austerlitz mit dem kleinlauten Bekenntnis:

„Die Partei hatte bis tief in den Juli an den Krieg nicht gedacht. Es ist ihr der Gedanke einfach nicht gekommen, daß ein Krieg überhaupt möglich sei, geschweige denn, daß er vor der Tür stehe. Wie das kam, daß wir, so vieler Zeichen ungeachtet, an den Krieg gar nicht gedacht haben, ist schwer zu sagen .... Gewiß ist, daß wir an den Krieg nicht dachten und deshalb gegen ihn nicht rüsteten."

Mit den „sozialistischen Denkern", die alles wissen und voraussehen, wäre es also nichts? Sie hätten nichts gedacht und die prahlerischen Versicherungen vom März und April 1915 wären nur der übliche Demagogenschwindel gewesen? Der Widerspruch ist doch gar zu grell und unvermittelt, Austerlitz' Alibiversuch gar zu — interessiert, als daß man ohneweiters sich bestimmen lassen könnte, dem Austerlitz vom Juni d. J. aufs Wort zu glauben, daß die Austerlitz, Pernerstorfer und Genossen vom Frühjahr 1915 frech gemogelt haben. Vielleicht ist das Umgekehrte der Fall. Im achten Kriegsmonat erinnerte sich Austerlitz vielleicht doch noch zuverlässiger der Gedanken seiner Partei und „aller sozialistischen Denker" vor Krriegsausbruch, als im 34. Kriegsmonat. Wenn schon die Ententesozialisten, die so unermüdlich den Kriegsfuror gegen die Mittelmächte immer wieder zu entflammen wissen, die Vandervelde, Henderson, Thomas, Plechanow, Bissolati und Genossen ihre Gesinnungen den Wiener „Denkern", mit denen sie in lebhaftem Verkehr standen, völlig verborgen haben sollten, so sind doch die Wiener „Denker" zu tüchtige Logenbrüder, als daß sie von den Machenschaften und Brandstifterplänen des *** Weltgeheimbundes gegen die konservativen Mittelmächte gar nichts gemerkt haben sollten. Keinesfalls ist es überflüssig, die „sozialistischen Denker" vom Frühjahr 1915 mit den arglosen, an nichts gedacht haben wollenden Spurenverwischern vom Juni 1917 zu konfrontieren.

Berner Band
4./VII. 1917

Die österreichische Amnestie

Ein Amnestie-Erlaß wie der des jungen österreichischen Kaisers Karl kennt seinesgleichen nicht in der Geschichte. Uns wenigstens ist kein Fall bekannt, da mitten in einem gewaltigen Kriege Hochverräter begnadigt werden, schon angehobene gerichtliche Untersuchungen auf höheren Befehl niedergeschlagen werden. Aber besondere Verhältnisse bedingen auch besondere Maßregeln. Der neue Kaiser von Oesterreich hat schon mehrfach geäußert, daß sein erstes Bestreben sein werde, die politischen Kämpfe im Innern zum Schweigen zu bringen. Er will die Ketten aus früherer Zeit nicht mit sich ins neue Leben schleppen. So tut er einen entschiedenen Schritt und begnadigt sogar solche, die der Parteihaß bis zum Verrat des Vaterlandes geführt hat. Die Amnestie als Mittel zur Erreichung eines politischen Zweckes, das ist wohl das Neue an diesem außerordentlichen kaiserlichen Akte. Er bekundet einen festen, auf ein Ziel gerichteten Willen, der ein neues Oesterreich schaffen möchte, in dem die wilden parlamentarischen Kämpfe unbekannte Dinge sind. Ob das möglich sein wird? Wohl nur unter der Voraussetzung der Bildung eines eigentlichen Bundesstaates.

Der Amnestie-Akt zeigt aber noch ein Zweites. Der neue Kaiser scheint sich der Tatsache bewußt zu sein, daß die Zukunft dem demokratischen Gedanken gehört, und er hat schon durch verschiedene Reden und Taten keinen Zweifel darüber gelassen, daß er sich nicht gegen eine stärkere Beteiligung des Volkes an der Regierung sperren wird. Er und seine Ratgeber scheinen darüber klar zu sein, daß hier nur Entgegenkommen ihnen nützen kann. Durch den Krieg ist überall das demokratische Empfinden erstarkt und nur der hat Aussicht, in Zukunft seine Stellung zu behaupten, der mit dieser Tatsache zu rechnen weiß.

Arbeiterzeitung
4./VII.1917

Der Reinigungsprozeß.

Was wir jetzt in Oesterreich wahrnehmen, ist der Zusammenbruch eines Systems, das seine Sache ausschließlich auf Gewalt und Lüge aufgebaut hatte. In der heutigen Verhandlung des Abgeordnetenhauses hat der Leiter des Justizministeriums ein Wort gesprochen, das deutlich verrät, wie das Erbe einer bösen Vergangenheit auch auf dieser inoffensiven Beamtenregierung lastet. Ohne Einschränkung erklärte er, „daß die derzeitige Regierung die Verantwortung für die Erlassung der § 14-Verordnungen über die Aufhebung der gesetzlichen Strafgerichtsbarkeit nicht zu übernehmen hat". Das war der Wesensinhalt des Stürgkh-Hochenburgerschen Systems: keine Gewalttätigkeit und Gesetzwidrigkeit zu scheuen, rücksichtslos zu unterdrücken und sich jedes Bedenkens und Nachdenkens zu entschlagen, was aus einem solchen Regieren an fluchwürdigen Wirkungen für Staat und Gesellschaft herauskommen möge. Diese Minister hatten nur eines im Sinn: im Amt sich zu erhalten, mit allen Mitteln, und ginge darüber die ganze Staats- und Rechtsordnung zum Teufel; wir bleiben im Amte und nach uns die Sintflut, das war so ihre Devise. Jetzt kriechen die eklen Geheimnisse aus allen Winkeln hervor, und alle Regierungen, die nachgekommen sind, stöhnen über die Enthüllungen, die ans Tageslicht bringen, was in den drei traurigsten Jahren Oesterreichs gefrevelt ward und vertuscht wurde!

Der Untergang der Militärgerichte ist ein Schulbeispiel dieses vernunft- und gesetzlosen Regierens, eine warnende Lehre, die fortan keine Regierung unberücksichtigt lassen wird. Die Strafgerichtsbarkeit über politische Handlungen den Militärgerichten zu überweisen, bedeutete vorweg nichts anderes, als die Aufrichtung eines Schreckensregiments als die Auslieferung der Gerechtigkeit an Menschen, deren geistigen und moralischen Auffassungen die Richtschnur der Befehl gibt. Die § 14-Verordnung, im schroffsten Widerspruch zu der Verfassung stehend, war die nackte Gewalt; sie konnte sich nur behaupten, wenn diese Militärjustiz vor jedem Worte der Kritik bewahrt blieb. Gewalt und Zensur sind Zwillingsgeschwister; eine rechtschaffene Verwaltung braucht die öffentliche Kritik nicht zu scheuen, und eine gewalttätige ist nicht möglich, wenn das Licht auf sie fällt. Wären all die Urteile der Militärgerichte, die wir jetzt schaudernd kennen lernen, denkbar gewesen, wenn dieses Richten und Urteilen öffentlich vor sich gegangen wäre? Ein Wort der Kritik hätte diese Militärrichter zur Besonnenheit zurückgeführt, hätte ihnen über die erschreckliche Unzulänglichkeit ihrer Begründungen, über die Grausamkeiten der Strafen die Klarheit gebracht, die sie von den ärgsten Ausschreitungen abgehalten hätte. Hätten derart aufgelegte Ungesetzlichkeiten wie die Verwandlung der Landwehrgerichte in Standgerichte geschehen können, wenn sich diese Richter nicht ins Dunkel hätten flüchten können? Man erinnere sich nur an das Raffinement, mit dem der Prozeß Kramarsch vor der Oeffentlichkeit geborgen wurde. Daß der bekannte Abgeordnete verhaftet worden ist, daß gegen ihn eine große Untersuchung begonnen hat, durfte nicht mitgeteilt, nicht einmal angedeutet werden. Die ganze Verhandlung vor dem Kriegsgericht war öffentlich; aber Stürgkhs Zensur machte die Oeffentlichkeit zunichte, und aus der Einrichtung der Strafprozeßordnung, die ein hohes Rechtsgut ist, wurde die Gelegenheit einiger Auserwählter, ihre Neugier zu befriedigen. Ueber das Urteil ein Wort zu sagen war unmöglich; wir erinnern uns, daß uns sogar die wörtliche Anführung des § 58 des Strafgesetzes verboten wurde. Dadurch ist gestumpft, daß sich alle an dem Wort: Hochverrat genug sein lassen und niemand das zu erfahren das Bestreben hat, was im Recht doch das Wichtigste ist: nämlich was die Verurteilten getan haben. Zum schweren Schaden aber auch des Staates und seiner Rechtspflege: denn ein Gericht, das nicht öffentlich tagt, hat vorweg den Verdacht gegen sich, ein ungerechtes zu sein, und sein Spruch hat für niemanden eine Beweiskraft. Es war, das fühlt jeder, kein Gericht, sondern eine Feme; und wie immer der Richterspruch begründet wird, wie immer er auch begründet ist: er kann auf keinen Glauben rechnen und die Bekräftigung durch die Ueberzeugung, daß hier Gerechtigkeit gewaltet habe, ist ihm für immer versagt. Das System Stürgkh, das sich auf Gewalt aufgebaut hat, hat alles in Verruf gebracht, was mit dem Staate zusammenhängt.

„Rettet aus das Infame!" Jawohl, wir wollen in Oesterreich ein Ende machen dieser Auffassung, die jedes Gesetz verhöhnt, und um gemeiner persönlicher Interessen den ganzen Staat außer Rand und Band geschleudert hat. Schmerzlich ist dieser Reinigungsprozeß, die heilsame Wirkung aber ist ihm sicher. Nicht ohne krampfhafte Zuckungen kann sich diese Ausstoßung des Bösen vollziehen; der Organismus aber, der sich davon befreit, wird dennoch gesünder und stärker.

Stationalverbändlerei entfernt. Schon deshalb, weil er rückhaltlos für die Aufhebung der § 14-Verordnungen eintrat. Seine Aufhebung von den Aufgaben einer deutschen Politik in Oesterreich weichen weit ab von dem, was die nationalradikale Propaganda bisher als Forderung der nationalen Be-

Die Zeit

4./VII. 1917

Ueberraschung.

Der kaiserliche Amnestieerlaß hat starke politische Wirkungen hervorgerufen, die aber wohl mehr der überraschenden Art, in der die Sache kam, als dem Gnadenakt an sich zuzuschreiben sind. Ueberraschungen haben in der Politik immer etwas Bedenkliches. Wenn die einen sich hocherfreut fühlen, fühlen sich die anderen gerade darum verstimmt, obwohl doch die eigentliche Absicht gewiß nicht war, des einen Lust zu des andern Leid werden zu lassen, oder umgekehrt. In Staaten, wo demokratische Einrichtungen lange eingebürgert sind und wo man daher auch die Technik der Demokratie beherrscht, unterläßt man es denn auch wohlweislich, die Oeffentlichkeit vor plötzliche, unerwartete Wendungen zu stellen. Da wird jede Maßregel von ernster politischer Bedeutung sorgsam vorbereitet, die öffentliche Meinung hat Zeit, sich mit dem Für und Wider vertraut zu machen, und ist die Sache einmal entscheidungsreif, so gibt es keine Ueberraschungseffekte, weder angenehmer noch peinlicher Art. In Oesterreich freilich fehlte es gegenwärtig völlig an den ausführenden und vermittelnden Organen, die für eine weitblickende politische Aktion den Boden allmählich vorbereiten und sichern könnten. Die Regierung ist eine provisorische, lebt von heute auf morgen, und hat nach keiner Seite hin die feste Stellung und die guten Verbindungen, die ihr irgendeine planmäßige Führung der Geschäfte gestatten würden. Eben darum ist es aber auch schwer zu verstehen, wie unter solchen Verhältnissen bei den deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses auch nur einen Augenblick die Neigung zu einer intransigenten Haltung Anklang finden kann. Eine Amnestie an sich kann doch, schon rein menschlich genommen, dem deutschen Empfinden gewiß nicht widerstreben. Es bliebe also nur das unangenehme Gefühl zu überwinden, das durch die Plötzlichkeit der Entscheidung, durch den Mangel an rechtzeitiger Orientierung ausgelöst wurde. Aber auch in diesem Punkte wird ruhige Ueberlegung bald zeigen, daß man keinen Grund hat, sich dauernd verstimmen zu lassen.

Man muß sich nur die parlamentarische Vorgeschichte der Amnestie vergegenwärtigen. Die § 14-Verordnungen über die Einstellung der Schwurgerichte und über die Kompetenzausdehnung der Militärgerichte hatten auf allen Seiten grundsätzliche Ablehnung erfahren, das Urteil über die Verfassungswidrigkeit der Verordnungen war ein fast allgemeines, die Verweigerung der parlamentarischen Genehmigung war absolut sicher. Daß die deutschen Parteien, die historischen Hüter der Verfassungstreue in Oesterreich, sich nicht in der Rolle von Verteidigern des Verfassungsbruches gefallen konnten, verstand sich wohl von selbst. War aber die Aufhebung der § 14-Verordnungen unvermeidlich, so war es offenbar ebenso unvermeidlich, daß es dann zu einer Revision der gesamten politischen Prozeßführung der drei Kriegsjahre kommen mußte. Die Aufhebung der Verordnungen traf nur die Autorität einer ohnedies bereits abgetanen Regierung, die Prozeßrevision aber hätte fortdauernd und mit immer wiederholten neuen Erschütterungen die Staatsautorität selbst heimgesucht. Diese Gefahr, die in unmittelbare Nähe gerückt war, ist nun gerade noch rechtzeitig durch die Amnestie abgewendet worden. Der kaiserliche Gnadenakt, aus dem Geiste versöhnender Humanität, nicht minder aber auch aus dem Geiste opportunistischer Staatsklugheit hervorgegangen, war eine vorbeugende Maßregel zum Schutze der bedrohten Staatsautorität, und diese vorbeugende Tendenz anzuerkennen und zu unterstützen, entspricht gewiß nur den staatserhaltenden Traditionen der deutschen Parteien. Eine Amnestie ist ein politischer Notbehelf, nicht aber ein politisches Programm. sie ist eine Beseitigung von Hemmnissen auf dem Wege, nicht aber ein Richtungswechsel. Ein Amnestieerlaß, der die „maßvolle, die Staatsinteressen fördernde Haltung" der Deutschen als vorbildlich für die anderen Nationen rühmt, kann für die Deutschen keinen Anlaß bilden, sich einer Verstimmungspolitik hinzugeben. Sie werden schließlich die heilsame Notwendigkeit einer Maßregel einsehen, die sie nur unter dem beirrenden Eindruck einer ersten Ueberraschung vielleicht verkannt haben.

Neues Wiener Tagblatt
5./VII. 1917

Ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz.

Der kriegswirtschaftliche Ausschuß verhandelte gestern nach Schluß der Hausitzung des Abgeordnetenhauses unter dem Vorsitz des Obmannes Seitz und in Anwesenheit des Generalkommissärs für die Kriegs- und Uebergangswirtschaft Riedl sowie des Ministerialrates Dr. Freiherrn v. Löwenthal den vom Referenten Doktor Freißler ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes, wodurch die kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1914 betreffend die Kriegswirtschaft ersetzt werden soll. In der Debatte, an der sich die Abgeordneten Dr. Ritter von Haller, Wilhelm Meixner, Ritter von Pantz, Dr. Jerzabek, Dr. Schubert, Friedmann, Dr. Krek und Dr. Ellenbogen beteiligten, wurden die Verordnung und die auf ihr basierenden Verfügungen der Behörden einer eingehenden Kritik unterzogen.

Generalkommissär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft Riedl gab eine Darstellung der Entstehung der Zentralen, ihrer Aufgaben und ihrer Wirksamkeit und legte die Notwendigkeit der Schaffung eines Ermächtigungsgesetzes dar, das für den Fall der Aufhebung der Verordnung an deren Stelle treten müßte.

Ministerialrat Dr. Freiherr v. Löwenthal erklärte, daß vom staatsrechtlichen Standpunkt die Ersetzung der praktisch sehr einschneidenden kaiserlichen Ermächtigungsverordnung durch ein Gesetz nicht als eine bloße Formalität anzusehen ist, sondern als ein wesentlicher Fortschritt auf dem Gebiete der Wiederherstellung normaler konstitutioneller Einrichtungen. Da der Ministerpräsident es für bedenklich erachtet, wenn während der Tagung des Reichsrates Ministerialverordnungen erscheinen müßten, die sich auf eine aus einer früheren Epoche stammende Notverordnung stützen, würde er die Annahme des Initiativantrages Dr. Freißler durch das Abgeordnetenhaus gern sehen.

Die Debatte wird in der heute vormittag stattfindenden Sitzung fortgesetzt.

Neues Wiener Tagblatt
5./VII. 1917

Deutsche Worte.

Wie alle Parteien des Volkshauses haben gestern auch die Deutschen klar herausgesagt, welchen Eindruck das deutsche Volk von dem Amnestieerlaß gewonnen hat. Zwei Führer sprachen, die Abgeordneten Dobernig und Fink, und es war gewiß mehr als natürliches Interesse, daß auf der Galerie sich deutsche Pairs als Zuhörer eingefunden hatten. Man hörte also tatsächlich alle Schichten und Kreise, alle politischen und sozialen Elemente des deutschen Volkes. Muß man es erst sagen, daß sich das ganze Volk in den Kundgebungen seiner berufenen Vertreter verehrungsvoll vor der Hochherzigkeit des Kaisers verneigt, dessen seltene Herzensgüte rückhaltlos rühmt? Das ist so sehr der Deutschen Oesterreichs Art und Wesen, daß die Treue zum Kaiser und zum Vaterlande nur mit dem Tode enden kann. Der Weltkrieg hat es an jedem Tage dieser drei furchtbaren Jahre gezeigt, wie opferfreudig der Deutsche seine Treue mit seinem Blute besiegelt. Und an die Huldigung für den Monarchen schlossen sie — auch dies ist ein Gebot ihrer staatstreuen Gesinnung — das Gelöbnis, „wir werden dem Vaterlande nach wie vor bedingungslos dienen".

Aus dieser Kaiser- und Staatstreue heraus ringen sich aber die Besorgnisse hervor, denen die Erklärungen der deutschen Parteiführer beredten Ausdruck in den würdigsten Worten gaben. Wird in dieser besten aller Welten denn stets Gutes mit Gutem gelohnt? Ein trauriges Lied von Undank tönt durch die Jahrtausende, seit es Menschen gibt, aus allen Blättern der Geschichte. Allzuoft wird das schöne Wort verkehrt: „Er zog aus, um zu fluchen, und segnete dann." „Wir wünschen," sagte Abg. Jodok Fink, „daß die edle Tat unsres Kaisers dem Reiche und seinen Völkern zum Segen gereichen und ihm nicht mit Undank gelohnt werde." So schmerzt es tief die Deutschen, daß sie nicht mit lautem Jubel den hellen Strahl der Gnade begrüßen können. Sie erwünschen den Erfolg einer erhabenen Seelengüte, vermögen aber nur darauf zu verweisen, daß angesichts der rednerischen Ausschreitungen und unverhohlenen Gesinnungsäußerungen, die sie in den letzten Wochen miterlebten, die Amnestie abermals ein Opfer an Selbstverleugnung den Deutschen zumutet. In dieser Feststellung ist die Spannung eingeschlossen, mit der die ganze politische Welt auf das Echo wartet, das der Gnadenakt des Kaisers bei den Beglückten wecken sollte, wie es nicht nur das politische, sondern vor allem das menschliche Empfinden erhoffen müsse.

Dem Geiste der Versöhnlichkeit wollte der Kaiser den Weg bahnen. „Es gilt, mit Mut und Einsicht und in wechselseitigem Entgegenkommen Völkerwünsche zu befriedigen," heißt es in der Amnestieverfügung. Wo bleiben die erziehlichen Wirkungen? fragen die Deutschen, und ihre Liebe zu Kaiser und Staat drängt sie, ihren schweren Bedenken Worte, von sittlichstem Ernste erfüllt, zu verleihen, daß die Gnade nicht als Gnade, nicht als ergreifendste und mächtigste Mahnung zum Entgegenkommen bewertet wird und daß der Umbau des Staates, an dem sie mit allen ihren Kräften arbeiten wollen, durch neue innere Kämpfe erschwert werde. Die Antwort auf die Hoffnung der Krone, auf Mut und Einsicht und wechselseitiges Entgegenkommen, von dort, wo sie eigentlich sofort, spontan und mit der gewinnendsten Geste hätte erfolgen sollen, sie vermissen die Deutschen. Das sagt in beweglichen und mannhaften Akzenten Abgeordneter Dobernig in seiner Erklärung, die er als einmütigen Beschluß des Deutschen Nationalverbandes feierlich vorgebracht hat. In der Ueberzeugung von der unbesiegbaren Kraft ihres Volkes wünschen die Deutschen, kaiser- und staatstreu, daß die gemeinsame Arbeit der Völker zur Tat werde. Daraus erwuchs ihnen die Pflicht, ihre Gefühle und ihre Sorgen mit aller Deutlichkeit zu bekunden.

Vossische Zeitung

5./VII. 1917

Der Amnestieerlaß im österreichischen Parlament.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 4. Juli.

Unter großer Spannung unterzog sich heute mittag der Obmann des Deutschen Nationalverbandes der schwierigen und undankbaren Aufgabe, im Namen der Deutschen Verwahrung gegen die tschechenfreundliche Amnestie einzulegen und dabei doch loyal zu bleiben. Gleichviel, welche Motive in den gestrigen langen und erregten Debatten das Plenum des Nationalverbandes schließlich zum Nachgeben brachten — jedenfalls kann man diesen Entschluß nicht genug rühmen, denn eine Absage an die Regierung in diesem Augenblick wäre zwar menschlich verständlich, aber in hohem Grade unpolitisch gewesen und hätte den Teil der Wirkung des Amnestieerlasses, der vielleicht fruchtbar werden könnte, gleich am Beginn zerstört. Die Kundgebung der Deutschen umging recht geschickt einen Angriff gegen die Krone, von deren alleiniger und spontaner Entschließung die ganze Aktion ausgeht ... „Wir drücken unser Befremden aus," begann Dobernig, „daß der Ministerpräsident die Krone nicht gewarnt hat. Als persönlicher Willensakt des Kaisers entzieht sich der Erlaß jeder Kritik, und wir verwerfen ausdrücklich die „Kaisertreue auf Kündigung". Wir werden dem Staate weiter bedingungslos dienen, aber vor unseren Wählern und vor dem deutschen Volke müssen wir offen sagen, daß durch diese Verfügung gerade die straflos ausgehen, die sich am Staate versündigt haben. Ein neues Opfer der Selbstverleugnung wird von uns gebracht. Aber wir können nicht vergessen, wie vielfach die politischen Machenschaften im Lande den furchtbaren Krieg mitverursacht haben ...."

Von hier aus vergrößerte sich der Beifall seiner Parteifreunde nach jedem Satze und erreichte seine größte Stärke, als der Redner offen sagte: „Tausende unserer Brüder sind die Opfer des Verrates geworden. Die Verurteilung von Personen dagegen, die durch Bedrängnis und Not sich zu Aeußerungen haben hinreißen lassen, bleibt bestehen. Wie soll das das Volk begreifen? Wir achten die hochherzigen Gefühle des Kaisers, aber wir fürchten, daß er übel belehrt und daß der Staat, an dessen Aufbau wir arbeiten, neuen inneren Kämpfen ausgeliefert wird. Wir Deutschen lehnen die Verantwortung ab für alle unabsehbaren Folgen dieses Aktes .."

Die Zeit
5./VII. 1917

Versuche zur Parteienkonzentrierung.

Annäherung der Deutschbürgerlichen an die Sozialdemokraten.

* Wien, 4. Juli.

Die vor längerer Zeit schon von mehreren führenden Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes eingeleiteten, allerdings nur unverbindlichen Sondierungen wegen Aufstellung eines deutschen Einheitsblockes zur fallweisen taktischen Kooperation in allen wichtigen nationalen Fragen waren vorübergehend ins Stocken geraten, sind aber soeben wieder intensiver aufgenommen worden. Den Anlaß zur Unterbrechung hatte die Haltung einzelner Tiroler Christlichsozialer, vor allem des Abg. Schraffl, geboten, die anscheinend eine Heranziehung weder der Wiener Freiheitlichen noch der deutschen Sozialdemokraten für zweckmäßig erachteten. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß hier ein Mißverständnis insofern vorlag, als die Mehrheit auch der Tiroler Christlichsozialen die Wichtigkeit einer Rallierung der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Deutschen nicht mehr bestreite. Infolgedessen sind die Verhandlungen deutscher Führer mit den Sozialdemokraten und Baron Sock als dem Vertreter der Wiener Freiheitlichen nun wieder in Fluß geraten. Es scheint, daß diese beiden noch außerhalb der deutschen Gemeinbürgschaft stehenden Parteien grundsätzlich einem Zusammengehen, allerdings zunächst nur von Fall zu Fall, zustimmen.

In allen deutschen Gruppen ist die Absicht hierbei leitend, insbesondere in rein nationalen Angelegenheiten auf diese Weise eine stärkere wirksame Initiative entfalten und auch ein mächtiges Wort bei der Lösung aller parlamentarischen Fragen sprechen zu können. Von besonderer Wichtigkeit aber ist die Erwägung, daß nach einer Vereinigung aller deutschen Fraktionen in der neuen Organisation, auch wenn diese nur lose gefügt ist und die Selbständigkeit der einzelnen Parteien unbeschränkt gewahrt bleibt, diese die an Stärke mächtigste Gruppe im Hause wäre und mit gebesserten Aussichten an weitere Bündnisse mit den nichtdeutschen Gruppen des Hauses schreiten könnte. Der feste Wille, so dem Parlament eine Mehrheit der Arbeitswilligen zu sichern, gewinnt bei der überwiegenden Mehrheit der Deutschbürgerlichen fortschreitend an Boden. Vorerst scheint nur ein Teil der Deutschradikalen aus mehr parteitaktischen und mandatspolitischen Motiven dem Gedanken noch feindselig gegenüberzustehen.

Österr. Volkszeitung

155

5./VII. 1917

Zur Erklärung des Reichsratsabgeordneten Dobernig.

Vom Reichsratsabgeordneten **Dr. Schürff.**

Die Erklärung des Deutschen Nationalverbandes, abgegeben durch seinen Obmann Dobernig, hat in parlamentarischen Kreisen, und zwar nicht bloß auf deutscher, sondern auch auf nichtdeutscher Seite, den größten Eindruck hervorgerufen. Der aus ihr entspringende Ernst und die darin ausgedrückte Besorgnis bezüglich der weiteren politischen Entwicklung in Oesterreich zeigen deutlich die Stimmung, die in deutschen Kreisen und unter den Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes herrscht. Möge aber niemand glauben, daß diese Erklärung nur ein Blatt Papier bedeutet und etwa mit platonischen Erklärungen früherer parlamentarischer Zeiten in eine Linie gestellt werden darf. Mögen aber insbesondere jene Kreise, die unter dem Titel eines gnadenvollen Nachlasses auf eine angebliche Versöhnung der Völker hinarbeiten und auf Kosten der Geduld des deutschen Staatsvolkes den unersättlichen und stets unverläßlichen Staatsverneinern auch diesmal wieder zu sehr entgegengekommen sind, aus dieser Erklärung herauslesen, daß auch gegenüber den deutschen Staatserhaltern mehr Rücksichtnahme am Platze gewesen wäre. Der Glaube, daß die unendliche Geduld der Deutschen ohne jede Grenze wäre, ist falsch, grundfalsch, und wer sich hievon überzeugen will, braucht nur nach der Stimmung im Volke und unter den deutschen Fronttruppen, die für den Bestand Oesterreichs zu jeder Zeit in der opferwilligsten Weise eintraten, zu lauschen. Um so mehr besteht für alle verantwortlichen Organe dieses Staates die Pflicht, den Deutschen nicht bloß ihre maßvolle und stets loyale Haltung im Kriege nachzurühmen, sondern auch zu beweisen, daß man sie nicht national und moralisch zu schädigen gewillt ist, es könnte sonst gar bald der Fall eintreten, daß das Wort „maßvoll" in der Weise, daß das Maß voll ist, umschrieben werde.

Im bisherigen Kriegsverlauf haben die Deutschen Oesterreichs durch ungezählte Opfer an Gut und Blut ihre Treue zur Monarchie bewiesen. Daß sie im Kampfe um ihr Volkstum zum mindesten zur gleichen Opferwilligkeit und Aufopferung stets bereit sein werden, steht außer Frage. Schon darum ist es klar, daß sie, wenn es ihrer patriotischen Hingebung in allen Wechselfällen dieses Riesenkampfes stets gelungen ist, die Sache des Staates siegreich zu verteidigen, auch im Lebenskampf um die Existenz ebenfalls siegreich dastehen werden. Abgeordneter Dobernig, der in seiner abgegebenen Erklärung wohl allen nationalbewußten Deutschen aus der innersten Seele sprach, hat in seinem Schlußsatz am kräftigsten das ausgesprochen, was uns Deutschen in Oesterreich in Hinkunft als Leitmotiv gelten soll und an was wir uns in Hinkunft zu halten haben. In diesem Sinne zu wirken ist unsere heiligste Pflicht, diese Pflicht soll uns aber nun noch mehr anspornen, für unser Volkstum und seine ihm zukommende Stellung in diesem Staate einzutreten.

5/VII. 1917

157

Das nationale Mäntelchen.

Der Amnestieerlaß hat auf die Deutschen schlecht gewirkt — ein Beweis, daß irgend etwas an ihm verfehlt war. Ueber Fehler in der Regie haben wir schon gesprochen. Der Amnestieerlaß weist auch einen tiefer liegenden politischen Fehler auf, der geradezu als Kapitalfehler bezeichnet werden könnte, weil er gegen die primitivsten Klugheitsregeln unserer inneren Politik verstößt.

Die nationale Frage, das wichtigste Stück unserer inneren Politik, ist, Gott sei's geklagt, nicht gelöst; in Streit und Hader leben die Nationen nebeneinander; gegenseitige Mißgunst und Eifersucht beherrschen ihre Beziehungen zueinander und sind bei den meisten Parteien die mächtigste Triebfeder aller ihrer politischen Pläne und Taten. Was immer geschieht, wird in den nationalen Lagern zuerst und hauptsächlich von dem Gesichtspunkt aus angesehen, ob es der eigenen Nation nützt, der gegnerischen schadet. Alle Begriffe von Recht und Unrecht treten vor dem alles beherrschenden nationalen Motiv zurück. Für menschliche, kulturelle, wirtschaftliche Erwägungen ist man taub. Es ist so wie im Kriege. Die Kriegspsychose, die wir gegenwärtig zwischen den kriegführenden Mächten beobachten können, beherrscht seit jeher den Gedankengang unserer nationalen Parteien und unserer inneren Politik. Rein sachliche Maßregeln der Staatsverwaltung gibt es für diese verzerrte Betrachtungsweise nicht. Alles wird durch die nationale Brille gesehen. Die Errichtung einer Schule und die Bestellung eines Nachtwächters — alles wird vom nationalen Gesichtspunkt aus beurteilt.

Dieser Geisteszustand unserer Nationen, aus ihrem ungeordneten Verhältnis zueinander sehr wohl erklärlich, legt jeder Regierung gewisse Vorsichten auf. Selbst nationale Maßregeln muß sie, wenn sie sie durchführen will, so viel als möglich ihrer nationalen Tendenz entkleiden — was allerdings sehr schwer ist. Aber eine nichtnationale, eine rein staatliche Maßregel, die sie treffen will, in ein nationales Gewand zu kleiden, ihr sozusagen das rote Tuch umzuhängen, sie unnötigerweise in den Streit der nationalen Parteien zu werfen — das ist eine bedenkliche Unklugheit, und jedenfalls eine solche, die vermieden werden kann. Im Falle des Amnestieerlasses hat aber die Regierung diese unbegreifliche Unklugheit begangen. Die Amnestie ist, ihrem Ursprung nach, kein Akt der nationalen Politik, sondern ein solcher der Staatsräson. Es handelte sich darum, die Staatsverwaltung vor jener zwar wohlverdienten, aber für die Regierungsautorität unerträglichen Bloßstellung zu bewahren, die ihr erwachsen wäre, wenn im Abgeordnetenhaus die die Justiz im Kriege betreffenden § 14-Verordnungen, wie vorauszusehen, aufgehoben worden wären, und die auf Grund dieser rechtsungültig erklärten Verordnungen verurteilten Tausende und Tausende von Menschen weiter in ihren Kerkern hätten schmachten müssen. Zu diesem Zweck, und nicht aus Neigung für die Slawen, ist die Amnestie erfolgt. Daß großenteils Slawen der Amnestie teilhaftig werden, ist vom Standpunkt der Amnestie aus Zufall, nicht Absicht. Wer wirklich amnestiert werden sollte durch diesen Erlaß und auch amnestiert worden ist, das ist die Regierung mitsamt allen ihren Funktionären, die auf Grund der rechtsungültigen Verordnungen drei Jahre judiziert haben. Das ist die Staatsräson des Amnesticerlasses. Wäre sie in dem Erlaß klar und deutlich herausgesagt worden, hätte keine nationale Partei sich gekränkt, keine sich begünstigt fühlen können. Aber diese Staatsräson wird in dem Erlaß nicht eingestanden. Sie wird im Gegenteil durch ein nationalpolitisches Mäntelchen verdeckt, indem darin von der Politik der nationalen Versöhnlichkeit die Rede ist, für die der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, während er für die oben entwickelte Staatsräson durch die unmittelbar bevorstehende Aufhebung der § 14-Verordnungen höchst dringend geworden war. Dies, das falsche nationalpolitische Mäntelchen, ist es, das die Aufregung verursacht hat. Statt ihre Verlegenheit einzugestehen, aus der die Amnestie ihr einen Ausweg verschaffte, wollte die Regierung den Amnestieerlaß als eine nationalpolitische Tat drapieren, und deswegen ist sie daran schuld, daß diese an sich berechtigte und menschenfreundliche Maßregel den ungewollten Erfolg hat, unsere ohnedies sehr unbefriedigenden nationalen Verhältnisse noch mehr zu verbittern.

Kölnische Zeitung 6./VII. 1917 159 6

Oesterreich-Ungarn.

Der österreichische Amnestie-Erlaß.

Die Stellungnahme der deutschen Parteien.

☆z **Wien**, 5. Juli. (Telegr.) Aus der noch gestern im Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärung der Christlichsozialen zu dem Amnestie-Erlaß, die freilich eine so schroffe Äußerung des Mißtrauens gegen die Regierung wie die des Deutschen Nationalverbandes vermied, und den kaiserlichen Gnadenakt trotz der Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten, weil er der reine Ausfluß des Gnadenrechtes der Krone sei, als einer Erörterung in den verfassungsmäßigen Körperschaften entzogen hinstellt, erhellt für den, der zwischen den Zeilen zu lesen versteht, daß auch die Christlichsozialen ihre schweren Bedenken dagegen haben, daß durch diesen Gnadenakt von den infolge von anfechtbaren Erkenntnissen der Militärgerichte Verurteilten viele straflos werden, durch deren schwere Schuld auch kostbares deutsches Blut draußen im Felde geflossen ist, und daß die Christlichsozialen, indem sie den sehnlichsten Wunsch aussprachen, die edle Tat des Kaisers möge dem Reiche und seinen Völkern zum Segen gereichen und ihm nicht mit Undank gelohnt werden, doch von der Sorge erfüllt sind, daß das Gegenteil eintreten könnte. Es ergibt sich also in der Sache in beiden Gruppen des deutschen Blocks eine völlige Übereinstimmung des Urteils über die Amnestie, obwohl sich die Christlichsozialen, durch ihre Weltanschauung und ihren größern Opportunismus veranlaßt, in der Form einer gedämpftern Tonart bedient haben. Übrigens hätten die Christlichsozialen, wenn sie nur der Volksstimmung in Wien und auf dem Lande, soweit es ihrer Führerschaft folgt, hätten Ausdruck verleihen wollen, sich der deutschnationalen Erklärung vollinhaltlich anschließen müssen, denn diese Volksstimmung ist durch die deutschnationale Erklärung erschöpfend wiedergegeben. Namentlich empfindet es das Wiener und das deutsche Volk überhaupt als eine Härte, daß Strafen, die wegen ganz geringfügiger Vergehen gegen Kriegsverordnungen, häufig nur wegen unüberlegter Worte, verhängt worden sind. aufrechterhalten bleiben, während auch alle wirklichen Verbrecher am Staatsgedanken und Staatswohl durch die Amnestie die volle bürgerliche Wiederherstellung erlangen. Der Zweck der Amnestie ist es freilich, eine nationale Versöhnung anzubahnen, sie kommt daher fast ausschließlich den Angehörigen nichtdeutscher Nationalitäten zugute. Abgesehen von dieser einseitigen politischen Wirkung hat sie aber auch die einseitig juristische, deutsche Verurteilte, die in mit dem Krieg zusammenhängenden und von den Militärgerichten abgeurteilten Fragen nicht in den Amnestie-Erlaß aufgenommen sind, von der Amnestie auszuschließen, ein Umstand, der vom deutschen Volke als eine doppelte Härte empfunden werden muß. Diese Seite hätte die Regierung nicht unbeachtet lassen sollen. Hätte sie dem Kaiser eine allgemeine Amnestie vorgeschlagen, so hätte sie nicht nur vermieden, daß diese Amnestie als ein einseitig die nichtdeutschen Nationalitäten begünstigender Akt erscheint, sondern auch den Deutschen eine Gegenleistung geboten, die sie versöhnlicher gestimmt hätte. Übrigens ist es gelungen, die Deutschböhmen, die ein schärferes Vorgehen gegen die Regierung beantragt hatten, für die Erklärung des Deutschen Nationalverbandes völlig zu gewinnen. Nur die Deutschradikalen zeigen noch die Neigung, in unbedingte Opposition zu treten, doch dürfte auch sie die Einsicht, daß mehr als je alle Deutschen in Österreich fest zusammenhalten müssen, von radikalen Schritten zurückhalten.

Tschechische Wünsche.

☆z **Wien**, 5. Juli. (Telegr.) Welche Wirkung der Straffreiheitserlaß auf die Tschechen gehabt hat, zeigt folgende Erklärung, die der Tscheche Stransky heute im Verfassungsausschuß in einer unverbindlichen, vertraulichen Aussprache über die Reform der Verfassung abgegeben hat. Unsre Feinde haben sich — führte er aus — der österreichischen Frage bemächtigt und eine Friedensfrage daraus gemacht. Wenn sich jede Nation das, was ihr den Frieden bringen soll, zu Hause einrichten könnte, würde sie es gern tun, weil das festere Garantien für die Dauerhaftigkeit gibt. Wenn aber eine Nation, die Hoffnung auf die Erfüllung ihrer Ideale hat, die sie seit Jahrhunderten hegt, und wenn man weiß, daß die andre Nation eine bessere Stellung innehat — also in diesem Falle die deutsche —, und daß diese Nation diese bessere Position nicht aufgeben wird, dann läßt sich auf diesem Wege ein Einvernehmen nicht erwarten. Daher ist es jetzt nicht opportun, über diese Dinge zu sprechen und besser, die Friedenskonferenz abzuwarten. Dieser Stransky spricht also ganz hemmungslos die Hoffnung aus, daß die Friedenskonferenz — das heißt, die Mitwirkung fremder, Österreich feindlich gesinnter Mächte — den Tschechen die Erfüllung ihrer Wünsche bringen werde.

Begnadigte Hochverräter.

WTB **Wien**, 5. Juli. (Telegr.) Der Wiener Politischen Rundschau zufolge, steht die Enthaftung der begnadigten frühern Abgeordneten Dr. Kramarsch und Dr. Rasin unmittelbar bevor. Die Enthaftung des Abgeordneten Klofatsch wurde bereits für heute vormittag erwartet, doch stehen ihr noch formelle Hindernisse im Wege.

Reichspost

6./VII. 1917

160

Die Beratungen des Verfassungsausschusses.

Eine Erklärung des Obmannes.

Wir erhalten folgende Aeußerung des Abg. Dr. Mataja, der Obmann des Verfassungsausschusses ist:

Das Abendblatt der „Neuen Freien Presse" vom 5. Juli 1917 veröffentlicht einen Bericht über die heutigen Verhandlungen des Verfassungsausschusses. Die Berichte sind ungenau, ganz lückenhaft und teilweise unrichtig.

Die Verhandlungen des Ausschusses wurden vertraulich erklärt. Dieses Blatt kann daher seine Information nur durch eine bedauerliche Indiskretion erhalten haben.

Sobald der Ausschuß den richtigen Augenblick für gekommen erachten wird, wird er im Sinne der Geschäftsordnung seine Verhandlungen selbst veröffentlichen. Die vorzeitige Publikation durch die „Neue Freie Presse" war durch einige Mitglieder des Ausschusses befürchtet worden.

Dr. H. Mataja
Reichsratsabgeordneter.

*

Nach dem Berichte der „N. Fr. Pr.", gegen den sich die vorstehende Erklärung richtet, hätte in der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses Abg. Dr. Stransky gelegentlich der allgemeinen Debatte über die Verfassungsrevision erklärt:

Unsere Feinde haben sich der österreichischen Frage bemächtigt und haben aus ihr eine Friedensfrage gemacht. Wenn sich jede Nation das, was ihr der Friede bringen soll, zu Hause richten könnte, würde sie es gerne tun, weil dieser Weg immerhin festere Garantien für die Dauerhaftigkeit gibt. Wenn aber einer Hoffnung hat auf Erfüllung von Idealen, die seit Jahrhunderten gehegt werden, und wenn man weiß, daß derjenige, der die bessere Stellung hat, diese freiwillig nicht aufgeben wird, läßt sich auf diesem Wege ein Einvernehmen doch nicht erwarten. Daher ist es nicht opportun, über diese Dinge zu reden und besser, in dieser Hinsicht die Friedensverhandlungen abzuwarten.

Abg. Dr. Stransky versichert demgegenüber, daß er in dieser Sitzung, die vertraulich war, in Wirklichkeit gesagt habe, daß eine Erörterung über die Verfassungsreform besser erst nach der Friedenskonferenz durchzuführen wäre, daß er jedoch nicht der Ansicht Ausdruck gegeben habe, daß über die Frage der Verfassungsreform in Oesterreich auf der Friedenskonferenz entschieden werden könnte.

In tschechischen Abgeordnetenkreisen wurde selbst der zweiten Wendung der Rede des Abg. Dr. Stransky entschieden widersprochen und erklärt, daß sich der Tschechische Verband mit dem Abg. Dr. Stransky durchaus nicht indentifiziere. Für morgen ½10 Uhr vormittags ist der Vorstand des Tschechischen Verbandes einberufen, um zu den Ereignissen des heutigen Tages Stellung zu nehmen.

Abend
6./VII. 1917

161

Obmännerkonferenz.

Das Arbeitsprogramm.

Wien, 6. Juli.

In der heute unter dem Vorsitze des Präsidenten Doktor Groß abgehaltenen Obmännerkonferenz stellte der Präsident des Polenklubs Dr. Lazarski die Bitte, es möge über die von den Polen eingebrachte Interpellation, betreffend die Requisitionen in Galizien, die Debatte eröffnet werden. Von mehreren Parteiobmännern wurde darauf hingewiesen, daß auch in anderen Kronländern Requisitionen vorgenommen wurden und daß das Haus die Frage der Requisitionen gemeinsam und einheitlich behandeln sollte.

Abgeordneter Dr. Seitz erklärte, daß es nicht angehe, die Frage der Requisitionen ausschließlich vom Gesichtspunkte der Produzenten zu beurteilen. Es handle sich dabei auch um wichtige Fragen der Volksernährung und der Konsumenten. Die Sozialdemokraten würden in der heutigen Sitzung eine Interpellation in dieser Richtung einbringen. Er stelle den Antrag, daß diese Interpellation, welche die Ernährungsfrage betrifft, gleichzeitig mit den oberwähnten verhandelt werde. Diesem Antrag wurde zugestimmt.

Sodann wurde vereinbart, daß heute und morgen Plenarsitzungen stattfinden. Montag werden die Ausschüsse tagen, und von Dienstag nächster Woche an täglich Plenarsitzungen stattfinden.

Das Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhauses wurde folgendermaßen festgesetzt: Heute wird, nachdem die Generalredner gesprochen haben, über die Ausschußanträge, betreffend die Ungültigkeitserklärung der § 14-Verordnungen abgestimmt werden. Hierauf wird das Gesetz, durch welches einige Bestimmungen der Arbeiterunfallversicherung abgeändert werden, in Verhandlung gezogen und sodann die Debatte über die Interpellationen, über welche in der heutigen Obmännerkonferenz beraten wurde, eröffnet werden. Diese Debatte wird die heutige und morgige Sitzung ausfüllen. In der Montagsitzung gelangen das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz, die Vorlage über den Unterhaltsbeitrag für die Familienangehörigen der Eingerückten und die Dienstpragmatik für die Lehrer zur Beratung. An diese Verhandlungsgegenstände werden dann die Kriegsgewinnsteuer, die Regierungsvorlage, betreffend die Jurisdiktion der Militärgerichte über Zivilpersonen, und ein Bericht des Staatsangestelltenausschusses über die Gehaltsfrage angereiht werden.

Neue Freie Presse

Abend

6./VII. 1917

162

Oesterreichischer Reichsrat.

Aufhebung der § 14-Verordnungen über die Geschwornen- und Militärgerichte.

Wien, 6. Juli.

Das Abgeordnetenhaus hat heute einstimmig beschlossen, den kaiserlichen Verordnungen, betreffend die Einstellung der Schwurgerichte und die Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit auf Zivilpersonen, die Genehmigung zu versagen. Das Abstimmungsergebnis wurde mit lebhaftem Beifalle aufgenommen. Vorher hatten noch die beiden Generalredner Udrzal und Schiegl gesprochen. Nach Erledigung dieses Gegenstandes referierte Abgeordneter Dr. v. Licht über einen Gesetzentwurf, mit dem einige Bestimmungen über die Unfallversicherung abgeändert werden.

Abgeordnetenhaus.

(15. Sitzung.) Beginn der Sitzung: 11 Uhr.

Auf der Ministerbank: Seidler, Höfer, Toggenburg, Mataja, Cwiklinski, Banhans, Schauer, Homann, Ertl, Wimmer, Czapp, Twardowski.

Auslieferungsbegehren.

Das Bezirksgericht Neuhofen an der Krems hat ein Auslieferungsbegehren wider den Abgeordneten Waldi wegen Uebertretung der Preistreiberei gestellt, das Kreisgericht Pilsen wider den Abgeordneten Pick wegen Verbrechens nach §§ 63 und 64 St. G.

Regierungsvorlage.

Der Leiter des Finanzministeriums übermittelt eine Regierungsvorlage, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtum Krain aufgenommenen Anleihe zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien.

Präsident Dr. Groß teilt mit, daß ihm eine nach § 69 der Geschäftsordnung zu behandelnde dringliche Anfrage, betreffend Requisitionen von Nahrungsmitteln, übergeben wurde. Ueber die Frage der Dringlichkeit werde er im Laufe der Sitzung abstimmen lassen, weil ähnliche dringliche Anfragen von anderen Seiten des Hauses in Aussicht gestellt wurden.

Die Aufhebung der Justizverordnungen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen, das ist die Fortsetzung der Verhandlung über die Berichte des Verfassungs- und Justizausschusses, betreffend die kaiserlichen Verordnungen über die zeitweilige Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte und die zeitweilige Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit.

Abg. Udrzal (czechischer Agrarier) beginnt in czechischer Sprache. Deutsch fortfahrend, erinnert er an den feierlichen Augenblick, den man bei Eröffnung der Dienstagsitzung erlebt habe. Se. Majestät, unser Kaiser und König, hat durch einen hochherzigen Gnadenakt die Gerechtigkeit, welche durch die Militärgerichtsbarkeit gestört wurde, zu Worte kommen lassen. Leider wurde dieser feierliche Augenblick durch Zornesausbrüche von der linken Seite des Hauses recht unangenehm gestört. Es scheint, daß auf dieser Seite nicht nur einzelne Herren, sondern ganze Parteien sind, welche am liebsten in der sogenannten Brunnenvergiftung arbeiten. Die Herren zeigen viel Anlagen, in diesem Genre groß zu werden. Sie vergessen dabei, daß das Genre selbst ein kleines und niedriges ist. Manche Abgeordnete haben vielleicht den Grafen Oswald Thun um die Lorbeeren beneidet, die er im Herrenhause pflücken wollte. Gebührende Abfertigung wurde ihm durch unsere Konnationalen an Ort und Stelle zuteil. Redner konstatiere nur, daß, bevor Graf Thun noch den ersten Schützengraben sah, bereits viele seiner Arbeiter, Beamten, Diener und sonstigen Angestellten, nur czechischer Nationalität, auf dem Felde der Ehre gefallen waren. Und seitdem er aus den Schützengräben wohlbehalten zurückgekommen ist, sind wieder viele von seinen czechischen Arbeitern und sonstigen Angestellten auf dem Felde der Ehre gefallen. Baron Plener hat den Versuch gemacht, die Handlungsweise des Grafen Thun durch seine Jugend zu entschuldigen. Wenn man wirklich so jung und unmündig ist, daß man für seine Handlungen nicht einstehen kann, wenn man einen besonderen Verteidiger, den bekannten Verteidiger in allen politischen Strafsachen, zur Hand haben muß, ist man eigentlich für das Herrenhaus nicht geeignet, sondern sollte im Elternhause unter der Obhut der Mama bleiben. Uebrigens ist Graf Thun durch den Gnadenakt Sr. Majestät abgetan. Er wollte auf dem kaiserlichen Gnadenwege den Bremser spielen, ist aber unter die Räder geraten, und die haben ihn so gründlich zermalmt, daß wir von seinen Ueberresten gar keine Notiz mehr zu nehmen brauchen. (Beifall bei den Czechen.) Anders verhält es sich mit den Ausführungen, die hier in der letzten Sitzung von der linken Seite zu vernehmen waren. Hier haben die führenden Männer der größten deutschen Parteien gesprochen und ihre Ausführungen können nicht ohne Erwiderung bleiben. Abg. Dobernig hat sich nicht klar genug geäußert. Er hat in gewissen Andeutungen gesprochen von „Kaisertreue auf Kündigung" und hat gemeint, die Herren drüben kennen keine solche, die sei anderswo zu suchen. Die Deutschen könnten nie den Schleier der Vergessenheit über gewisse Begebenheiten breiten. Er wollte andeuten, daß die Begebenheiten in Böhmen vor dem Kriege eigentlich mit eine Ursache des Krieges geworden seien. In so hochernsten Zeiten wäre es wohl Pflicht eines jeden, klar und deutlich zu sprechen. Jetzt stehen wir auf einmal vor einer großen böhmischen Frage. Wir wechseln diesbezüglich die Anschauungen! Wir haben hier schon Ministerpräsidenten gesehen, welche bei ihrem Eintritte in das Haus erklärt haben, daß keine böhmische Frage existiere; wir haben Ministerpräsidenten hier amtieren gesehen, die als Koerber I keine böhmische Frage gekannt haben, als Koerber II aber schon etwas davon gewußt haben. Jetzt stehen wir auf einmal ohne unser Zutun vor einer großen akuten Frage, die sogar über den Rahmen des Reiches hinausragt. Diese Frage wird früher oder später gelöst werden müssen; je früher wir an ihre Lösung schreiten, desto besser für den ganzen Staat, für die Monarchie, für die Dynastie, für alle Faktoren, denen an der Erhaltung dieses Reiches gelegen ist. (Zustimmung bei den Czechen.) Wer noch jetzt die Hegemonie der Minoritäten zu halten trachtet, versündigt sich am Geiste der Zeit, er versteht die große Zeit nicht und wird von der großen allgemeinen Weltströmung zermalmt werden. Doktor Schreiner hat bei der Rede des Abg. Dobernig in Zwischenrufen so manches angedeutet: „Wir Deutschen haben nie versagt!", „Unser Programm ist Oesterreich!" usw. Wer versagt hat — wahrscheinlich handelt es sich um die sogenannten unverläßlichen Regimenter. Darüber muß hier einmal haarscharf von den kompetenten Organen referiert werden.

(1 Uhr; die Sitzung dauert fort.)

164

6./III. 1917

Verfassungsreform.

Im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses ist gestern von tschechischer Seite eine Aeußerung gefallen, die berechtigten Widerspruch und Unwillen hervorrief und auch vor der weitesten Oeffentlichkeit zurückgewiesen werden muß. Der Abgeordnete Dr. Stransky erklärte nämlich, es habe keinen Zweck, sich jetzt auf Erörterungen über nationalen Ausgleich und Verfassungsreform einzulassen, man tue besser, damit bis zu den allgemeinen Friedensverhandlungen zu warten. Diesen Ausspruch irgendwelchen Deutungen zu unterziehen, wäre wohl überflüssig, er ist ja eindeutig genug. Aber man hat auch nicht alles getan, was sich in der Sache tun läßt, wenn man über eine so unerhörte Taktlosigkeit sich bloß patriotisch oder moralisch entrüstet. Denn das Wort des Abgeordneten Dr. Stransky ist immerhin als Symptom eines bedenklichen politischen Zustandes anzusehen, und solche Zustände schafft man nicht mit Reden, sondern nur mit Taten, nicht durch Entrüstung, sondern nur durch Bessermachen aus der Welt. Es ist keineswegs bewiesen, daß die ganze tschechische Nation oder auch nur deren Mehrheit auf dem Standpunkt stehe, es sei an der Möglichkeit einer befriedigenden innerpolitischen Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems zu verzweifeln, einer Lösung, die aus eigener Kraft und dem freien Zusammenwirken unserer Völker versucht würde. Daß die Verfassung Oesterreichs reformbedürftig ist, wird von niemandem bestritten. Sie ist reformbedürftig seit sie besteht, sie war von Anfang an unzulänglich, weil sie die Grund- und Existenzfrage Oesterreichs, die Nationalitäten- und Sprachenfrage, bloß mit ein paar allgemeinen theoretischen Sätzen abtut. Der praktische Inhalt der Gleichberechtigungsformel ist bis zum heutigen Tage gesetzlich undefiniert geblieben.

Unter dieser Unfertigkeit unserer Verfassung haben wir durch Jahrzehnte schwer gelitten und leiden wir gegenwärtig, in diesem Kriege, der über die nationalen Macht- und Rechtsfragen ganz Europas entscheiden soll, zehnfach schwer. Jeden aufrichtigen Vaterlandsfreund muß der Gedanke bedrücken, daß wir in die Friedensverhandlungen, die diesem Krieg ja doch einmal ein Ende machen werden, eintreten sollten als ein unfertiger Staat, als ein Staat, der an der Herstellung der Weltordnung mitwirken soll, ohne die Ordnung im eigenen Hause hergestellt zu haben. Ist es denn aber ein unabwendbares Fatum, daß jener große Moment in uns ein schwaches Geschlecht finden muß? Unsere inneren Angelegenheiten jemals vor ein auswärtiges Forum zu tragen, solche peinvolle Zumutung weisen wir von uns ab. Um so notwendiger aber ist es dann, daß wir jetzt, gerade jetzt und gleich jetzt, an die Arbeit gehen, um das lange vernachlässigte, aus Trägheit immer wieder zurückgestellte Verfassungsproblem endlich mit Ernst und Entschlossenheit zu lösen. Daß wir just zu so kritischem Zeitpunkt eine Regierung haben, die nur provisorischen Charakters und zur Führung bedeutender politischer Aktionen nicht befähigt ist, das ist freilich ein erschwerender Umstand, aber es ist keine Schwierigkeit, die ein Gelingen des Reformwerkes ausschließen würde. Im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses sitzen ja die berufenen Vertreter aller österreichischen Nationen beisammen, und wenn auch die Initiative der Regierung fehlt, so kann das doch kein Hindernis für jeden beliebigen anderen Faktor bilden, die Initiative zu ergreifen. Nur heraus mit einem Versuch, mit einem ersten Entwurf, mit dem Ansatz zur befreienden Tat! Von welcher nationalen Seite immer die ersten positiven Reformvorschläge kommen werden, sie werden selbstverständlich auf den anderen Seiten nicht sofort Anklang und Zustimmung finden. Es wird vielfachen Widerspruch geben, es wird Gegenentwürfe regnen. Aber es wird doch ein Anfang gemacht sein, es wird ein Substrat da sein, über das man verhandeln kann, und an der Hand des übergroßen Materials aus früheren Ausgleichverhandlungen wird sich vielleicht doch bald ein gangbarer Mittelweg finden lassen. Trostlos ist die Situation nur dann, wenn nichts geschieht. Wenn aber resolut zugegriffen wird, dann gilt das tröstliche Wort: Arbeiten und nicht verzweifeln!

None Free Press

Abend

6/VII. 1917

165

Die Deutschen über die Rede Stranskys.

Wien, 6. Juli

Ueber die heutige Sitzung des Deutschen Nationalverbandes wird folgendes Communiqué ausgegeben:

In der heutigen Sitzung des Deutschen Nationalverbandes wurde die Erörterung der Verfassungsfragen fortgesetzt. Im Zusammenhang damit wurde auf die Rede des czechischen Abgeordneten Dr. Stransky in der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses hingewiesen, in welcher Dr. Stransky die Regelung der politischen Verhältnisse Oesterreichs auf dem europäischen Friedenskongreß verlangt, eine Forderung, die sich mit den Plänen unserer Feinde deckt. Daraus geht hervor, daß die Czechen trotz des Amnestieerlasses sich weigern, mit den Deutschen in Verhandlungen einzutreten. Dies verdient besonders festgehalten zu werden.

Stranskys Auslegung seiner Rede im Verfassungsausschusse.

Das Präsidium des Czechischen Verbandes beschäftigte sich in seiner vormittags unter dem Vorsitze des Abgeordneten Stanek abgehaltenen Sitzung mit den gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Stransky im Verfassungsausschusse und mit den durch diese Rede herbeigeführten Erörterungen. Abgeordneter Dr. Stransky wird in der nächsten Sitzung des Verfassungsausschusses eine Erklärung abgeben, in welcher der Bericht über die von ihm gehaltene Rede sowie die heutige Verlautbarung des Vorstandes des Deutschen Nationalverbandes als auf einer mißverständlichen Auffassung seiner Ausführungen beruhend erklärt wird. Die gegen ihn gerichteten Vorwürfe werde er durch eine neuerliche präzisere Darlegung des Gedankenganges seiner Ausführungen entkräften.

Die czechischen Forderungen.

Der „Venkov" wendet sich gegen die Erklärungen der deutschen Abgeordneten, bezüglich des Inhalts der kaiserlichen Amnestie und erklärt, sie betrachten die Amnestie als die persönliche Tat des Kaisers, die keinerlei Verbindung mit der inneren Politik habe. Das czechisch-agrarische Blatt erklärt, daß die Czechen mit der gegenwärtigen Wiener Regierung nichts zu tun haben wollen, denn sie stehen ihr geradeso fremd gegenüber, wie der Regierung Clam-Martinic. Die gegenwärtige Regierung werde die czechischen Wünsche nicht zur Lösung bringen. Zu der Regierung, deren Präsident im Abgeordnetenhause die bekannte Erklärung über das Selbstbestimmungsrecht der Nation verlesen hat, können die Czechen kein Vertrauen haben, ihr Schicksal ist nicht das Schicksal der czechischen Nation, deren Pflicht es sei, für die Beseitigung dieses Kabinetts einzutreten, wie sie dies bezüglich des Kabinetts Clam-Martinic besorgt haben. Wer so große Ziele verfolgt, wie sie die czechische Nation bekanntgegeben hat, der sieht auf die gegenwärtigen deutschen Treibereien wie auf eine Kleinigkeit herab, da dieselben im offenen Gegensatz zu den großen Begebenheiten der Zeit stehen. Das werde man auch jenseits der Grenzen erkennen, wenn die Deutschen in der politischen Amnestie des Monarchen ein Unrecht zu ihren Rechten und an ihren Interessen sehen. Im übrigen, sagt der „Venkov", ist es uns gleichgültig, was die Deutschen und was die Regierung jetzt beginnen werden.

Unter Bezugnahme auf den kaiserlichen Amnestieerlaß schreibt die „Narodny Listy": Wir verlangen, daß durch die im Geiste der Amnestie anerkannte Gleichberechtigung der Nationen in diesem Staate und ihrer Selbstbestimmungsrechte ohne Verzug alles Unrecht beseitigt werde, welches dem czechischen Volke bezüglich seiner politischen, sprachlichen und kulturellen Rechte während des dreijährigen Krieges zugefügt wurde. Konkret gesprochen: Die höchsten Aemter in Böhmen, Mähren und Schlesien befinden sich noch immer in den Händen der Deutschen. Soweit in denselben in der Zeit vor dem Kriege Czechen angestellt waren, wurden sie rücksichtslos beseitigt, der Nation müssen besondere Vertreter der Amtsgewalt zugewiesen werden. Die besten Früchte der czechischen Literatur wurden auf den Index gestellt und aus den czechischen Schulbibliotheken beseitigt, die czechische Lehrerschaft in erhöhtem Maße unter die staatlich-kirchliche Aufsicht gestellt. Die Brosamen sprachlicher Rechte, die im langen politischen Kampfe erreicht wurden, wurden mit eiserner Hand vom Tische gefegt und die Germanisation in den czechischen Ländern durchgeführt. Schließlich wurden auch Versuche gemacht, die czechische Beamtenschaft zu demoralisieren, was bei dem entschiedenen Charakter unserer Beamten nicht zum Ziele führte. Wir verlangen, daß im Geiste der kaiserlichen Amnestie alles dieses Unrecht beseitigt werde.

Abgeordneter Nemec über die Stockholmer Friedenskonferenzverhandlungen.

Die czechisch-sozialdemokratischen Abgeordneten Habermann, Nemec und Smeral sind von ihrer Stockholmer Reise zurückgekehrt und haben sich heute im Parlament eingefunden. Nachmittags werden sie ihrem Verband persönlich Bericht erstatten.

Aus den Mitteilungen, die Abg. Nemec in einem Kreise von Politikern und Journalisten machte, geht hervor, daß Stockholm gegenwärtig der Mittelpunkt einer großen Versammlung von Politikern und Journalisten ist und daß dort über 100 Vertreter auswärtiger Blätter sich befinden. Die Behandlung, welche die Delegierten auf ihrer Reise erfahren haben, war überaus gut. In Stockholm verhandelten die czechischen sozialdemokratischen Abgeordneten hauptsächlich mit dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee, hatten aber auch Berührungen mit anderen Vertretern von Arbeiterparteien. Der Hauptgegenstand der Besprechungen war das Kennenlernen der Kriegsziele. Die Besprechungen trugen nur unverbindlichen Charakter, und für die czechischen Sozialdemokraten waren die Erklärungen ihres Verbandes im Parlament und ihr Programm einzig und allein maßgebend. Das erklärten sie auch den Parteiführern, mit denen sie in Stockholm zusammentrafen und unter denen sich auch Branting, Troelstra und Huysmans befanden, sowie sie auch erklärten, daß sie nicht im Auftrage der Regierung gekommen seien, sondern aus eigenem Antrieb, um der Friedenssache zu dienen.

Die Verhandlungen in Stockholm werden mit der größten Zurückhaltung geführt, doch ist man bestrebt, eine friedensfreundliche Stimmung zu fördern. Man hofft, daß es im August oder September möglich sein werde, eine allgemeine Friedenskonferenz zustande zu bringen. Freilich beobachten gegenwärtig noch die Arbeiterparteien von England und Frankreich sowie die Regierungen dieser Staaten große Zurückhaltung und machen noch Schwierigkeiten.

Nach der Ansicht des Abgeordneten Nemec liegt der Schwerpunkt bei den Russen. Gelingt es, die Vertreter der russischen Arbeiterparteien für die Friedenskonferenz zu gewinnen, dann ist auch die Teilnahme seitens der Arbeiterparteien Englands und Frankreichs zu erwarten, wobei bemerkt wird, daß sowohl die Minderheiten wie die Mehrheiten dieser Parteien dafür zu haben wären. Ein Entschluß bezüglich der Haltung der russischen Arbeiterparteien werde übrigens in kürzester Zeit fallen.

In Stockholm herrsche allgemein die Ansicht vor, daß das entscheidende letzte Wort in Wien gesprochen werden wird. Man begründet dies damit, daß vor allem in Rußland eine sehr freundliche Stimmung für Oesterreich-Ungarn herrsche und die Monarchie dort sehr viele Sympathien besitze. Auf der Rückreise hat sich Abgeordneter Nemec auch einen Tag in Berlin aufgehalten.

Neues Wiener Tagblatt

8. Juli 1917

Deutscher Nationalverband.

Parteiamtlich wird verlautbart: „Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes befaßte sich gestern nachmittag mit der Verfassungsfrage. Der vorgestern aufgetauchte Gedanke der Einsetzung eines Staatsrates wurde allgemein als zur Durchführung nicht geeignet bezeichnet. Dagegen sei es durchaus notwendig, einen andern Rahmen zu suchen, innerhalb dessen die so schwierigen Probleme, welche der Lösung harren, zur Vorerörterung gelangen können. Zur weiteren Besprechung dieser Angelegenheit wird ein Einvernehmen mit den andern Parteien gesucht werden.

Die „Politischen Tagebücher" schreiben: Wie wir von führenden Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes erfahren, besteht im Verbande die ungeteilte Ansicht, daß die Idee der Bildung eines Staatsrates, dem die Reform der Verwaltung zuzuweisen wäre, unbedingt zu verwerfen ist. Diese Auffassung wird auch in ganz unzweideutiger Weise dem Ministerpräsidenten mitgeteilt werden. Die im Verbande vereinigten deutschen Parteien und Abgeordnetengruppen lehnen jedoch eine Erörterung der Verfassungsfrage keineswegs ab, sondern werden im Gegenteil einen Vorschlag machen, der geeignet erscheint, die Frage der Verfassungsreform einer gedeihlichen Lösung zuzuführen.

Wie uns von andrer Seite mitgeteilt wird, haben die Abgeordneten Teufel und Hummer dem Deutschen Nationalverband einen Entwurf unterbreitet, der auch die Billigung des Gesamtverbandes gefunden hat. Die von den beiden Abgeordneten angeregte Lösung besteht darin, daß durch ein besonderes Gesetz eine von beiden Häusern des Reichsrates paritätisch beschickte Kommission eingesetzt werden soll, deren Vorsitz abwechselnd von den Präsidenten der beiden Häuser zu führen wäre. Die Kommission hätte sich mit den Verfassungsfragen zu befassen und soll auch befugt sein, Experten zu vernehmen. Der Kommission wäre die Pflicht aufzuerlegen, innerhalb einer nicht allzu fernen Frist Bericht zu erstatten. Da eine gemeinsame Kommission in der Geschäftsordnung nur für den Fall vorgesehen ist, daß in andrer Weise eine Uebereinstimmung zwischen den Beschlüssen beider Häuser nicht zu erzielen ist, so wäre für diesen Fall die Erlassung eines besonderen Gesetzes notwendig. Für die Anregung gibt es übrigens ein Präzedens, insofern auch eine ähnliche gemeinsame Kommission zur Beratung der Zivilprozeßordnung seinerzeit bestimmt wurde.

* * *

Die Zeit

13./VI. 1917

12

Der geeignete Zeitpunkt.

Es war gestern, als sich der Ministerpräsident erhob, ganz so banal wie in einer Generalversammlung. Da pflegt ein lesegewandtes „Mitglied der Verwaltung" den „Geschäftsbericht" möglichst rasch und schmerzlos herunterzuhaspeln, man erfährt daraus meist nicht viel mehr, als man ohnedies schon weiß, und wenn der Geschäftsbericht zu irgendeiner besonders interessanten geschäftlichen Transaktion kommt, etwa zu „unseren Konsortialgeschäften", erfährt man überhaupt nichts weiter, als daß die fürsorgliche Verwaltung sich vorbehält, der Generalversammlung über diese Geschäfte „im geeigneten Zeitpunkt" Aufklärung zu geben.

Die „Verwaltung" pflegt ihre Geheimtuerei damit zu rechtfertigen, daß es sich um „Geschäftsgeheimnisse" handelt, deren vorzeitiges Bekanntwerden bei der „Konkurrenz" der Gesellschaft schaden könnte. Aber wie darf Graf Clam-Martinic, der gestern sein sogenanntes Regierungsprogramm ganz in der Manier der „Geschäftsberichte" heruntergelesen hat, alle näheren Angaben über die von ihm beabsichtigte Verfassungsreform der Oeffentlichkeit und dem Parlament vorenthalten und sie auf den „geeigneten Zeitpunkt" vertrösten? Fürchtet er den Verrat seiner Geschäftsgeheimnisse? Fürchtet er etwa, daß die „Konkurrenz", daß irgendeiner der mit uns befreundeten oder verfeindeten Staaten daraus Nutzen ziehen, daß etwa die Vereinigten Staaten von Amerika seine luminösen politischen Ideen sich aneignen könnten? Ist nicht vielmehr im Gegenteil die Verfassungsreformabsicht, zu der sich der Graf Clam jetzt bekennt, auf die „Konkurrenz" zurückzuführen, die den Anstoß dazu gegeben hat? Wo kommt denn das Schlagwort von der „freien nationalen und kulturellen Entwicklung gleichberechtigter Völker" her, für dessen Verwirklichung Graf Clam im „Vorhandenen" keine Vorarbeit findet, die er deswegen als „ein Ziel der Zukunft" bezeichnet, das „vielleicht nur auf neuen Wegen erreicht werden kann"?

Graf Clam ist ehrlich genug, zuzugestehen, daß in unserem Staat nicht alles so ist, wie die Völker es zu verlangen berechtigt sind. Also Verfassungsreform mit einem ausgesprochenen Ziel. Aber warum denn nicht gleich an die Verwirklichung gehen, ehe die „Konkurrenz" ein drittes Mal ruft? Welches soll denn der „geeignete Zeitpunkt" für diese Verfassungsreform sein, wenn nicht der gegenwärtige? Lieber heute als morgen: jedenfalls ehe der Krieg aus ist. Denn in dem unfertigen Zustand, in dem sich heute unser Verfassungsbau befindet, dürfen wir nicht zur Friedenskonferenz erscheinen. Das verbieten uns staatliche Selbstachtung und staatliches Selbständigkeitsinteresse. Weiß Graf Clam, wie lange der Krieg noch dauern wird? Fürchtet er nicht, daß der Friede kommen könnte, ehe ihm der „geeignete Zeitpunkt" aufgegangen ist?

Ist die österreichische Regierung so rat- und hilflos geworden? Die Verfassung des Deutschen Reiches ist während des Krieges binnen wenigen Wochen entworfen, von allen unter einen Hut zu bringenden Bundesfürsten und vom konstituierenden Reichstag angenommen und in Kraft gesetzt worden, in kürzerer Zeit jedenfalls, als dem Grafen Clam gegönnt war, über sein Regierungsprogramm nachzudenken. Es kommt in solchen Sachen nicht soviel auf die Länge der Zeit und den „geeigneten Zeitpunkt" an, als darauf, daß einem was einfällt. Sollte dem Grafen Clam zur Verfassungsreform noch gar nichts eingefallen sein, und wäre dies das „Geschäftsgeheimnis", das der gestern verlesene „Geschäftsbericht" zu verbergen hat?

Neue freie Presse

13./VI. 1917

verliehen worden. Poestions literarische und wissenschaftliche Tätigkeit ist in unserem Blatte schon so oft, unter anderm von Björnstjerne Björnson, gewürdigt worden, daß es sich erübrigt, sie neuerdings zu skizzieren. Es sei nur bemerkt, daß Poestion „Island, das Land und seine Bewohner" (1885), obgleich in mancher Hinsicht veraltet, noch immer für das beste geographisch-ethnographische Handbuch über Island gilt, daß der verstorbene Wiener Germanist Professor Heinzel die „Isländischen Dichter der Neuzeit" (1895) als eine phänomenale Leistung bezeichnete und daß der größte moderne Lyriker des skandinavischen Nordens, Holger Drachmann, über die „Eislandblüten" (1904) in unserem Blatte einen begeisterten Dithyrambus veröffentlicht hat. Otto Hauser, selbst bekannt als sehr kritischer Literarhistoriker und erfolgreicher Uebersetzer fremdsprachiger Dichtungen, bemerkte zu der Monographie über den isländischen Poeten Steingrimur Thorsteinsson (1912), daß man auch dieses Buch, wie jedes von Poestion, mit reiner Freude begrüße. Einen nicht minder großen Erfolg hatte er mit seinen nordischen Sprachlehrbüchern. Berühmt ist besonders sein zuerst 1870 erschienenes Lehrbuch der norwegischen Sprache, von dem die Norweger selbst erst kürzlich wieder behaupteten, es sei die beste und umfassendste Darstellung ihrer Sprache. Poestion gilt auf dem Gebiete der neunordischen Sprachen als erste Autorität auf dem Kontinent. So ist ihm denn das Ehrendoktorat mit Recht verliehen worden.

[Neue Bilder des Kaiserpaares.] Die von kurzem von Professor v. Dobner nach dem Leben gemalten Bilder des Kaiserpaares sind in farbigen Reproduktionen im Verlage der Hofbuchhandlung R. Lechner (Wilh. Müller) erschienen. Das Bild der Kaiserin ist das erste, welches nach dem Leben gemalt wurde, und stellt die Kaiserin in weißer Toilette mit Diadem sehr glücklich dar. Der Kaiser ist in Feldadjustierung. Die Reproduktionen und die Absicht der Firma, sie zu wohltätigen Zwecken zu verkaufen, haben die Genehmigung des Kaiserpaares erhalten.

[Todesfälle.] Generalauditor d. R. Viktor v. Prati ist hier gestorben. Die Leiche wird morgen Mittwoch um 8 Uhr in der Kapelle des Garnisonsspitales Nr. 1 eingesegnet und auf dem Hernalser Friedhofe bestattet. — Oberst Albert Werth, Chef der dritten Sektion des Technischen Militärkomitees, Ritter des Franz Josefs-Ordens mit der Kriegsdekoration, Besitzer des Signum laudis, Militärverdienstmedaille am roten Bande und des Offizierehrenzeichens vom Roten Kreuze mit der Kriegsdekoration, ist am 9. d. gestorben. Die Leiche wird morgen Mittwoch um 1 Uhr in der Kapelle des Garnisonsspitals Nr. 1 eingesegnet und auf dem Zentralfriedhofe bestattet. — Gestern starb hier Herr M. U. Dr. Gustav Pick. Das Leichenbegängnis findet Donnerstag um 3/4 11 Uhr vom Zentralfriedhofe (israelitische Abteilung) aus statt. — Heute ist hier nach langem Leiden Frau Ernestine Erdheim geborne Hopfinger im 70. Lebensjahre gestorben. Das Leichenbegängnis findet Donnerstag um 11 Uhr von der Zeremonienhalle des Zentralfriedhofes aus statt. — Ingenieur Rudolf A. Rung, Leiter der Wiener Zweigniederlassung der Frankfurter Firma F. G. Kretschmer & Co., ist am 10. d. gestorben. — Privatier Hans Küttag ist heute im 54. Lebensjahre gestorben.

[Im Pollak v. Rudinschen Rekonvaleszentenhause] 4. Bezirk, Mayerhofgasse 3, fand am 4. d. anläßlich des tausendsten Tages seit der Eröffnung ein kleines Konzert für die Verwundeten statt, bei welchem das Quartett der Herren Hofmusiker Bachrach und Brüder Klein, Fräulein Helene Honnung Musikvorträge, Herr Dr. Raimund Hallatschka Gesangsstücke und die Elevinnen der Hofoper die Schwestern Fränze und Fräulein Pfundmeier Tänze zur Aufführung brachten.

Unmittelbar bevorstehende Einführung von Lebensmittelkarten.

Nach authentischen Informationen.

Wien, 12. Juni.

Abbau der Fleischpreise. Unveränderte Getreidepreise.

Nach der kaiserlichen Verordnung vom 24. März d. J. ist bekanntlich der Abbau der Preise in die Wege geleitet worden. Die Zentralpreisprüfungskommission ist bereits organisiert, ebenso sind die lokalen Preisprüfungsstellen gebildet. Die Ausschüsse der Zentralpreisprüfungskommission sind augenblicklich mit den beiden wichtigsten Fragen, den Getreide- und den Viehpreisen, beschäftigt. Die Zentrale wird eine Relation zwischen den Getreidepreisen, und zwar für sämtliche Pflanzen- und Bodenprodukte und den Viehpreisen herstellen, auf der Basis, daß die Getreidepreise auf ihrem gegenwärtigen Stande erhalten bleiben und die Viehpreise entsprechend herabgesetzt werden. Es ist das ein Problem, das, wenn es einmal gelöst sein wird, von der allergrößten Wichtigkeit für die gesamte Preisbildung sein wird. Professor Dr. Adolf Ostermayer von der Hochschule für Bodenkultur hat dem Ernährungsamt ein glänzendes Elaborat zur Verfügung gestellt und das überaus wertvolle Material der Arbeit des Gelehrten wird zur Verwirklichung dieses komplizierten Problems wesentlich beitragen.

Preisabbau in Gast- und Kaffeehäusern.

Die Zentralpreisprüfungskommission beschäftigt sich ferner mit dem Abbau der Preise in den Gast- und Schankbetrieben und der Einführung einer einfachen Speisefolge. Die Kommission hat während der Beratungen dieser Frage von seiten der betreffenden Standesvertretungen größtes Entgegenkommen gefunden. Die Preisregelung wird von den vornehmsten und erstklassigen Restaurants bis zum kleinsten Schankbetrieb erfolgen, und man hofft, die hohen Preise sowohl in den Gast- wie Kaffeehäusern in nicht allzu langer Zeit auf ein erträgliches Niveau herabdrücken zu können.

Die vereinfachte Speisekarte.

Die damit in Zusammenhang stehende Regelung der Speisenfolge in Gasthäusern steht bereits seit längerem in Diskussion, ist aber nicht mit einem Schlage zu regeln, da z. B. großen Betrieben, wenn sie bei Beschaffung eines Konsumartikels in größeren Quantitäten bei dem herrschenden Mangel auf Schwierigkeiten stoßen, die Verabreichung einer zweiten Fleischspeise gestattet werden müßte. Man hofft, in kurzer Zeit auch diese Frage regeln zu können.

Die Lebensmittelbezugskarte.

Das Ernährungsamt wird in kürzester Zeit die allgemeine Lebensmittelbezugskarte einführen.

---

den Donau-Oder-Kanal nur bis Ostrau hätten und damit nicht in der Kohlenkalamität stecken würden. Die Regierung habe diese Frage immer als Zeitvertreib oder als Versprechen für die Durchführung anderer Dinge behandelt. Nur die Elbe-Moldau-Kanalisierung — ein längst fälliges Werk — sei durchgeführt worden, aber nichts anderes; daß Mähren, Schlesien und Wien so zu kurz gekommen sind, müsse er den Regierungen zum Vorwurfe machen.

Wenn Redner die Reform Oesterreichs durch Oktroyierung für ausführbar halte und die Autonomie als einen Grundpfeiler der neueren Entwicklung Oesterreichs bezeichne, habe er damit schon den Weg gezeigt, auf welchem Oesterreich gehen muß. Aus der alten, historischen, staatsrechtlichen Autonomie muß sich die nationale Autonomie entwickeln. In dieser Hinsicht wurde in Mähren ein konkreter Versuch gemacht, den man wenigstens als nicht ganz mißlungen bezeichnen kann. Redner wolle gewiß nicht verkennen, daß sich der Lösung dieser Grundfragen in Böhmen große Schwierigkeiten entgegenstellen; wenn man die Sache aber leidenschaftslos, wissenschaftlich untersuche, sei sie nicht so hoffnungslos. Die Frage der Autonomie ist in Oesterreich soweit gefördert worden, daß eine Regierung, die sich über diese Frage schlüssig macht, die Lösung bringen könnte. Freilich wäre es notwendig, daß eine Regierung aufstünde, die sich über dieses Kernproblem äußert und das seltsame Beispiel einer Regierung zeigen würde, die eine Meinung über diese Dinge hat. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.) Vielleicht werde die Regierung im Verfassungsausschusse die Initiative in dieser Beziehung ergreifen. Die Regierungen in Oesterreich vergessen, daß ein Parlament nur fungieren kann, wenn ihm eine wirklich führende und leitende Regierung zur Seite steht. Nichts ist ungerechter, als dem Hause des allgemeinen Wahlrechtes vorzuwerfen, daß es Staatsnotwendigkeiten versagt hat.

Was man bei uns Staatsnotwendigkeit nennt, ist vielfach nichts anderes als der Ausdruck des großen, durch viele Jahrhunderte entwickelten Zwangsapparates, den jeder Staat notwendig braucht. Zur Lösung des großen Problems, das im Jahre 1848 an den Staat herangetreten ist, der Hinüberleitung des Zwangsstaates in einen Volksstaat, der darauf basiert ist, daß alle Völker den Zwang, der über ihnen geübt werden muß, als ihr eigenes Wirken und ein Ergebnis einer Machtbildung empfinden, an der sie auch teilhaben, ist manches geschehen, wie viel aber ist nicht geschehen?! Gerade weil sich jetzt diese Einheit — wie ähnlich niemals seit den Napoleonischen Kriegen — in den gewaltigen Taten des Volksheeres verkörpert, ist der Moment da, um mit der Ueberleitung des alten historischen Machtstaates in einen Staat, der auf dem Einverständnis der Völker beruht, zu beginnen.

Man sagt — und dieses Argument haben wir heute auch vom Ministerpräsidenten gehört — an den Fronten kämpfen unsere Völker zur Bewunderung aller, wie ist es möglich, daß dann hier nicht auch derselbe Geist der Brüderlichkeit und Einheit zu sehen ist?! Unsere Leute wissen, daß sie die Heimat, Oesterreich, verteidigen. Sie alle wollen Oesterreich. Wenn unsere Brüder, Väter und Söhne, zurückkommen werden, werden sie verlangen, daß wir nicht auf den Wegen, auf denen wir den Feind bekämpfen, sondern auf den Wegen des bürgerlichen Fortschrittes, der friedlichen, moralischen, ethischen Entwicklung aller unserer Völker ein gleiches Ziel erreichen: Die Festigung, Kräftigung und Sicherung Oesterreichs als einer großen europäischen Einheit. (Lebhafter Beifall links; Redner wird beglückwünscht.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Anfragen wegen Erledigung der § 14-Verordnungen.

Präsident teilt mit, daß Abg. Dr. Dmitrian auf Grund des § 66 der G. O. eine schriftliche Anfrage an ihn gerichtet habe, ob er nicht geneigt sei, die § 14-Verordnungen sofort den dazu bestimmten Ausschüssen zuzuweisen und die Arbeiten dieser Ausschüsse so zu betreiben, daß das Haus noch vor Ablauf von zwei Wochen imstande sein werde, über die grundsätzlichen kaiserlichen Verordnungen schlüssig zu werden. Diese Anfrage könne der Präsident nur dahin beantworten, daß er ebenso wie der Fragesteller den dringenden Wunsch habe, daß die § 14-Verordnungen der verfassungsmäßigen Behandlung zugeführt werden. Bisher sei er nicht in der Lage, die § 14-Verordnungen den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen, da diese Ausschüsse noch nicht gewählt werden konnten.

Ausschußwahlen.

Präsident gibt das Resultat der Wahlen in den Budget-, Finanz-, Justiz- und Kriegswirtschaftlichen Ausschuß bekannt und schlägt vor, folgende Ausschüsse einzusetzen, und zwar mit je 53 Mitgliedern: einen Ernährungsausschuß, einen Ausschuß zur Beratung der Wiederherstellung der geschädigten Landesteile, einen landwirtschaftlichen, Gewerbe-, sozialpolitischen, Wehr-, Notstandsausschuß, einen Ausschuß zur Beratung der Flüchtlingsangelegenheiten, Staatsangestellten-, Eisenbahn-, volkswirtschaftlichen, Ausgleichs-, Wasserstraßenausschuß; mit je 27 Mitgliedern: einen Wahlprüfungs-, Preß-, Weinkultur-, Sanitätsausschuß. Ferner schlägt er vor, die Zahl der Mitglieder des Verfassungsausschusses von 52 auf 53 Mitglieder zu erhöhen.

Die Vorschläge des Präsidenten werden angenommen.

Ueber Antrag des Abgeordneten Dr. Tobisch wird beschlossen, einen 52gliedrigen Ausschuß zur Beratung der mit den Unterhaltsbeiträgen in Zusammenhang stehenden Fragen einzusetzen.

Nächste Sitzung morgen Mittwoch, den 13. Juni, 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: Ausschußwahlen, erste Lesung des Budgetprovisoriums.

Vossische Zeitung

13./VI. 1917

4

Die Programmrede des Grafen Clam-Martinic.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien, 12. Juni.**

Die große erste Rede des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic in der heutigen Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses bedeutete in ihren äußeren Umrissen eine Enttäuschung. Die gesamte politische Welt war zusammengeströmt, um nach einem halben Jahre endlich zu hören, was die neue Regierung denkt und will. In dichtem Kranze umgaben die Abgeordneten die Ministerbank, da sie im voraus mit der schlechten Akustik und der leisen Stimme des Grafen Martinic rechneten. In den Logen warteten die Führer des Herrenhauses, und in der Diplomatenloge die jüngsten Attachés. Sie konnten heut vormittag viel für ihre Zukunft lernen, denn der Vortrag des Ministerpräsidenten trug alle Zeichen einer Rede, wie sie nicht gehalten werden soll.

Die ersten Sätze, die den Dank der Regierung an die Truppen und an die Bevölkerung enthielten, sprach er glatt, frei und tonlos. Er entledigte sich dieses Einganges rasch, war aber doch noch in einigen Sätzen verständlich, und fand den Beifall des Hauses. Nach einigen Augenblicken aber ergriff er sein Manuskript und begann aus der Maschinenschrift mit einer leisen, immer tonloseren Stimme, selbst scheinbar uninteressiert, sein Programm zu verlesen, als ob es ein Aufsatz wäre. Einige Male durch Beifall und Widerspruch unterbrochen, sah er sich plötzlich bei dem Worte „von der nationalen Exaltation" vor einer großen Erregung. Der Tscheche Kalina schrie wie üblich „Absolutismus, Polizei!" Schneller stieg der Sturm empor, und je mehr die Deutschen klatschten, um so leidenschaftlicher schrien die kräftigsten Organe der Tschechen in den Saal. Fäuste ballten sich gegen die Tribüne, und man hatte den Vorgeschmack eines jener Tumulte, die dieses Völkerhaus so oft erschüttert haben. Schließlich stellte sich heraus, daß die leise Stimme des Redners ein Mißverständnis geschaffen und daß die Tschechen nur das Wort „Exaltation" verstanden hatten.

Aber zum Kämpfer fehlen dem Grafen Martinic nicht nur die Mittel, sondern auch der Wille. Nicht wie Graf Tisza steht er in der Brandung, kühn wartend wie ein Wächter, der weiß, daß jede Rede der Regierung vor einer Volksvertretung zum Duell werden kann, noch auch wie Koerber, der einen jeden Zwischenruf mit einem besseren zu schlagen wußte, sondern zurückhaltend wie ein Kavalier, der ungern mit dem Volke zusammenstößt und in jedem Widerspruch nur schlechte Manieren sieht.

Als er im zweiten Teile seiner Rede zu speziell sozialen Dingen überging, sank die Stimme des Redners und mit ihr die Stimmung des Hauses immer mehr. Auf den Tribünen war nichts mehr zu verstehen. Es wurde immer lauter im Saale. Es mag wohl das erste Mal gewesen sein, daß hier ein Präsident des Hauses dem Präsidenten des Kabinetts bei seiner ersten, wichtigsten Rede mit der Glocke Ruhe verschaffen mußte, ohne daß Einwürfe gefallen wären, nur wegen der steigenden Interesselosigkeit der Hörer, die sich in geräuschvollem Aufsuchen ihrer Plätze und in lauten Gesprächen kundgab. In Ungarn wäre eine solche Regierungserklärung schon in der Form ganz unmöglich. Aber auch hier gab es Abgeordnete, die diese Art saloppen und unverständlichen Vortrages als eine Verletzung der Hörer bezeichneten. Unter großer Unruhe endete schließlich die Rede, und während die Deutschen klatschten, tönten Pfui-Rufe aus den Bänken der Tschechen dem Redner entgegen.

Als man dann zwei Stunden später die Rede las, dachte man freilich mit dem Piccolomini: Nach Tisch las man es anders. Es war auch mehr ein Vortrag als eine Rede, aber doch zu gedankenreich. Nach dem Danke an die Armee und an das Volk lehnte Graf Clam-Martinic zunächst jede Erklärung über den Frieden ab, die über die in der Thronrede enthaltenen Sätze hinausgingen. Aber obwohl nach der jetzigen Verfassung der Minister des Aeußeren nur in den Delegationen, nicht im Plenum des Hauses erscheinen und reden darf, hat doch mancher frühere Fall das Gegenteil bewiesen. Dieses Ausweichen des Grafen Clam-Martinic hat nicht nur formale, sondern auch politische Gründe. Es enttäuschte aber keineswegs, da bei der immer ungeklärter werdenden Lage in Rußland in diesem Augenblicke niemand sich Hoffnungen auf den Frieden machen kann. In etwas doktrinärer aber geschickter Weise steuerte nun der Minister unter dem Vorwande, von den Lehren des

---

Dr. Emil Ludwig.

Rapell ohne Einband verteilt. Absolut kann das Wort von dem „gelehrten Finanzleben Oesterreichs", das dieses Haus in Zukunft gehalten habe. Er tadelte die Hast vor der Oeffentlichkeit, die Hetzerei, ohne sie zu nennen. „Die Regierungen in Oesterreich verfuhren," sagte er, mit Recht legte allgemein, „darauf, daß ein Parlament nur erklären könne, wenn ihm eine wirklich führende Regierung ihre Seite stehe. Ein deutscher Schriftsteller hat auseinandergelegt, daß alles in der Welt polar sei; auch das Parlament sei nur eine polarische Erscheinung. Es kann nur mit einer wirklichen Regierung arbeiten, die nicht, wie Stürgkh, fremde Aufträge ausführt, sondern mit festen Forderungen hierherkommt. Der Staat ist bei uns immer noch zu sehr Zwangsmaschine. Die großen Probleme, die seit dem 48er Jahre schweben und die Ueberleitung dieses Zwangsstaates in einen modernen Selbstverwaltungsstaat, sind noch nicht gelöst worden." Gerade weil er sich jetzt so bewährt hat, sagt er im Gegensatz zum Minister-Interpretieren, glaube er, daß der Augenblick da sei, diese Ueberleitung aus der alten bürokratischen Machtfülle zu beginnen. Unsere Leute brauchen nicht zu wissen, daß sie die Zeitmaß Selbstverwaltung vertreiben, aber die Wege, die der Politiker geht, sind verschieden. „Wir müssen diese Wege schleunigst finden," schließt Redlich, „denn unsere zurückkehrenden Kinder und Söhne werden fordern, daß wir inzwischen die Wege gefunden haben."

Pester Lloyd

13./VI. 1917

5

Die Rede des Grafen Clam-Martinic.

Budapest, 12. Juni.

Die Rede, mit der Oesterreichs Ministerpräsident im Abgeordnetenhause die Debatte über das Budgetprovisorium eröffnete, wird ihren nachhaltigen Eindruck auch auf die öffentliche Meinung Ungarns nicht verfehlen. Selten sind einem österreichischen Staatsmanne glühendere, aus tieferer Ueberzeugung hervorquellende Worte des innigen Glaubens an Oesterreichs große Zukunft entströmt, als dem Grafen Clam-Martinic in diesen schwungvollen Ausführungen, die, auch wenn man von ihrem hochbedeutsamen politischen Inhalt absieht, als oratorische Leistung eine seltene Rednergabe erkennen ließen. Die Sätze, in denen Graf Clam-Martinic auf die wunderbare Verjüngung hinwies, die Oesterreich in den harten Heimsuchungen des Weltkrieges erfahren, klangen wie der Weckruf einer Morgenglocke und in ihrem sonoren Tone offenbarte sich der Lebenstrieb eines staatlichen Gemeinwesens, das sich losringt von lähmenden Zweifeln und zum Bewußtsein seiner geschichtlichen Sendung erwachen will. Diese Worte des Grafen Clam-Martinic sind nicht nur das Schönste, sie sind auch das Beste und Wahrste, was seit langer Zeit über Oesterreichs Bestimmung und Lebensberechtigung gesagt worden ist.

Freilich soll nicht verhehlt werden, daß, nach ungarischer Auffassung wenigstens, auch dem Oesterreich, dessen Zukunftsbild Graf Clam-Martinic heute im Reichsrat entworfen hat, noch in vielen Stücken die Mängel anhaften, nach deren Ueberwindung erst dieser Staat zu der Vollkraft emporblühen könnte, die der gegenwärtige Lenker seiner politischen Schicksale erhofft und die man ihm in Ungarn so gern gönnen möchte. Der nationale Streit, von dem der Ministerpräsident mit Recht sagen konnte, daß in ihm die Kräfte der Völker sich in endlosen und aussichtslosen Kämpfen aufzehren, dieses Erbübel der inneren Politik Oesterreichs, kann auf dem Wege schwerlich getilgt werden, auf dem Graf Clam-Martinic ihm beizukommen hofft. In Ungarn hat man allgemein den Eindruck, daß in den österreichischen Völkern die drei Kriegsjahre nicht nur das Bewußtsein von der unerläßlichen Notwendigkeit eines Sichlosringens vom Geiste der Zerklüftung ausgelöst haben, sondern daß dieses Abrücken der Massenpsyche sich bereits im kräftigsten Tempo vollzieht. Die Haltung der österreichischen Völker im Weltkriege ist ein einziger Akt der Selbstbejahung dieses Staates. Die Berufspolitiker Oesterreichs hingegen scheinen diese Wandlung nicht mitgemacht zu haben. Ihnen steckt der nationale Zank noch in den Gliedern, der vor dem Kriege sie beherrscht hat. Und was ihre Völker als ihren unter blutigen Opfern errungenen, kostbaren Besitz fest in der Hand halten, ist der politischen Zunft, die sich ihrer Scheuklappen um keinen Preis entledigen will, noch ein Zukunftsgebilde, dem die einen in zagem Sehnen, die anderen mit hartnäckigem Sträuben gegenüberstehen. In der österreichischen Völkerseele, die im Weltkriege den österreichischen Staat und in diesem das österreichische Vaterland erlebt hat, ist das Staatsbewußtsein nunmehr als kräftige Wirklichkeit vorhanden; auf dem parlamentarischen Fechtboden aber schleppt das politische Herkommen, kraft des Beharrungsvermögens, das alte Elend der nationalen Zersplitterung noch immer mit sich.

Vielleicht liegt es an der durchaus verfehlten Konzeption vom Staate, die aus den Geistern in Oesterreich, wie es scheint, nun einmal nicht auszurotten ist. Wie soll ein rüstiger Staatsgedanke im öffentlichen Bewußtsein Wurzel fassen, wo eine verworrene politische Doktrin, der sich selbst die klarsten Geister nicht entwinden können, den Staatsbegriff aus Elementen zusammensetzt, zwischen denen unüberbrückbare Widersprüche klaffen? Graf Clam-Martinic hat heute die drei Richtpunkte des österreichischen Staatsgedankens bezeichnet, nach denen die Verfassung Oesterreichs gleichmäßig und richtig ausbalanciert werden soll. Diese drei Richtpunkte wären: erstens die Einheit des Staates, zweitens das Geschichtlichgewordene seiner Struktur, die in dem Verhältnisse des Staates zu den Ländern ihren Ausdruck findet, und drittens die freie nationale und kulturelle Entwicklung gleichberechtigter Völker. Das scheint uns die Quelle aller Begriffsverwirrungen zu sein, an denen der österreichische Staat bisher gekrankt hat. So lange diese drei Richtpunkte als unverrückbar gelten, wird eine zuverlässige Ausbalancierung der österreichischen Verfassung kaum möglich werden. Das Hin- und Herpendeln zwischen den Extremen, dem Zentralismus und dem Autonomismus, ist in der gleichen Rangstellung dieser drei Richtpunkte begründet. In Wirklichkeit kann und sollte einzig die staatliche Einheit das Ziel der österreichischen Politik sein, die beiden anderen Richtungen aber können und sollten höchstens als Wege zu diesem Ziel in Betracht kommen, als Wege, denen gegenüber die Frage mit Recht aufgeworfen werden kann, ob sie die Eignung besitzen, zu dem Ziele zu führen? Der Fetischglaube an das Geschichtlichgewordene hat zur Verländerung des österreichischen Staates geführt. Man wird in Ungarn niemals begreifen, warum an dem Geschichtlichgewordenen so hartnäckig festgehalten werden muß. Wenn alles, was geschichtlich geworden ist, unantastbar und heilig ist, dann wäre ein Fortschritt, eine Weiterentwicklung unmöglich. Auch Staaten entwickeln sich nach den Gesetzen der Natur, und jedes Emporsteigen zu einer höheren Entwicklungsstufe bedingt ein Hinausgehen über das, was als Produkt des geschichtlichen Werdens entstanden ist. Die Anbetung des Gestern lähmt die Lebensenergien von Heute und versperrt den Ausblick auf Morgen. Wer an seine Zukunft glaubt, muß den Mut haben, die Vergangenheit zu überwinden. Der gleiche Fehler in der Zwecksetzung liegt in der Gleichstellung der freien nationalen und kulturellen Entwicklung gleichberechtigter Völker mit dem Postulat der Staatseinheit. Auch hier ist der Weg mit dem Ziel verwechselt. Der Staat, der gleichberechtigten Völkern die freie nationale und kulturelle Entwicklung schrankenlos zuerkennt, beschwört dadurch die Zersplitterung der Kräfte herauf, denn er selbst schafft die Reibungsflächen, an denen sich die Konflikte entzünden, gleichwie er selbst sich der Löschwerkzeuge begibt, die den Brand tilgen könnten. Ist der Einheitsstaat das Ziel, die nationale und kulturelle Entwicklung seiner Völker aber nur der Weg, dann ist die Korrektur in dem Staatsbegriff selbst gegeben: dann ist der Weg, jeder Weg dem Ziele unterzuordnen. Wir in Ungarn gehen vom Einheitsstaate aus. Er steht uns zu oberst. Alle übrigen Rücksichten haben sich ihm anzupassen. Allerdings ist der Einheitsstaat das bei uns Geschichtlichgewordene. Aber auch in Ungarn hätte es nie zu solcher Entwicklung kommen können, wenn im Verlauf einer tausendjährigen Geschichte das jeweilig Gegebene als ein Unantastbares gegolten hätte, das nicht von der Stelle gerückt werden darf.

Aus diesem Unterschiede heraus begreift es sich auch, daß Graf Clam-Martinic den tschechoslawischen und südslawischen Sonderstaatsbestrebungen gegenüber sich an einem Protest hat genügen lassen, der in Ungarn weit kräftiger ausgefallen wäre. Wenn im ungarischen Parlament sich Stimmen erhöben, die eine Losreißung österreichischer Gebietsteile und ihre Vereinigung mit Bruchstücken des ungarischen Staates zu verkünden wagten, so würde man hierzulande für ein solches Vorgehen eine ganz andere Bezeichnung finden als dies heute in der Rede des Grafen Clam-Martinic der Fall war. Man würde ein solches Vorgehen nicht nachsichtsvoll mit dem Mantel „einer Erörterung politischer Zusammenhänge, die in die Hoheitssphäre des anderen Staates der Monarchie hinübergreifen", bedeckt haben, und man würde sich auch durchaus nicht damit begnügt haben, gegen eine solche Vorgangsweise „nachdrücklich Verwahrung einzulegen". Kein nationaler Reizungszustand von der Welt könnte in Ungarn als Erklärungsgrund herangezogen werden für Dinge, die niemals statthaft waren, die aber gerade im Weltkriege, dessen Hammerschläge alle Bestandteile des Staates noch fester zusammengeschmiedet haben, geradezu widersinnig erscheinen müssen. Wir in Ungarn halten unverbrüchlich fest an unserem Einheitsstaate, zu dessen Verteidigung alle Söhne unserer politisch einheitlichen Nation zusammenstehen und der nach dem Zeugnis des Weltkrieges auch der Monarchie eine unversiegbare Kraftquelle ist. Und wir haben nur den Wunsch, daß auch in Oesterreich ein Läuterungsprozeß einsetzt, der von der Erkenntnis ausgeht, daß die Staatseinheit die einzige Bürgschaft für den Bestand Oesterreichs ist und der aus dieser Erkenntnis den Mut schöpft, diesem einzigen und obersten Ziel aller Entwicklung jede übrige Rücksicht unterzuordnen.

Frankfurter Zeitung

14.VI.1917

14
7

Politische Schicksalstage.

G Wien, 7. Juni.

Die Weltgeschichte wird vielleicht einmal die erste Juniwoche des Jahres 1917 als verhängnisvoll für Oesterreich bezeichnen. Denn in diesen Tagen ist die bisherige ungeschriebene Staatsordnung, der zufolge die Nation, die den Staat gegründet und die einzige allgemeinverständliche Sprache hat und die auch ein natürliches Anrecht auf die Führung im Staate und auf die Sprache seiner zentralen Körperschaften besitzt, beseitigt worden. Wie zum Lohne dafür, daß die Deutschen Oesterreichs unter unvergleichlichen Opfern den Staat vor dem Untergange bewahrten, daß der deutsche Bundesgenosse dreimal in den kritischsten Situationen das Reich geradezu gerettet hat, ist von der parlamentarischen Vertretung der nichtdeutschen Völker Oesterreichs, die schon halb draußenstehenden Polen miteingeschlossen, durchgesetzt worden, daß zukünftig nach der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses nicht mehr die deutsche Sprache die übliche der Verhandlungen bleibt, sondern jede der acht Landessprachen die gleichen Rechte hat und jede nichtdeutsche Rede in amtlicher Uebersetzung dem Protokoll beigegeben werden muß.

Von dieser Verfügung bis zu dem faktischen Zustand, daß auch tatsächlich in allen acht Landessprachen gesprochen, das Parlament in einen babylonischen Turm verwandelt und die Ausübung der präsidialen Gewalt fast unmöglich gemacht wird, ist nur ein Schritt. Denn wenn bisher jeder Abgeordnete, der den Ehrgeiz hatte, seine Rede auch für andere als seine engsten Sprachgenossen verständlich zu halten, deutsch sprechen mußte, wird er jetzt dazu gar keine Veranlassung mehr haben, denn seine Rede wird ja in amtlicher deutscher Uebersetzung dem Protokoll beigegeben werden. Das übrige wird schon der nationale Fanatismus besorgen. Der Lokalredakteur des Wochenblättchens von Chudim wird es „seinem" Abgeordneten einfach verbieten, in einer anderen als der nationalen Sprache zu sprechen, und er wird ihn einen Volksverräter heißen, wenn er es dennoch wagen sollte, sich seinem Verbot zu widersetzen. In nationalen Dingen behält ja immer der Radikalismus das letzte Wort. Und während früher der Zwang, in einer Weltsprache zu sprechen, etwas wie einen Bildungszensus für die Vertreter der kleinsten Völkerschaften bedeutete, wird in Zukunft die Möglichkeit, ja die nationale Pflicht, sich nur des heimatlichen Idioms zu bedienen, eine Auslese der Volksvertretung eher nach der entgegengesetzten Seite hin bewirken. Wie dermalen in Oesterreich die Dinge liegen, wird das Niveau des Hauses eher sinken als steigen. Die Entwicklung wird es mit sich bringen, daß die Nichtdeutschen sich der Präsidialgewalt mehr und mehr entziehen. Der deutsche Präsident versteht sie nicht, der zuständige Vizepräsident der eigenen Nationalität wird sie nur in den seltensten Fällen unterbrechen. Die Zerklüftung des Hauses, der man durch die Einführung der Rednertribüne steuern wollte, wird durch die Sprachverwirrung gesteigert und das Parlament, das eine Stätte der Verständigung durch die Sprache sein sollte, wird zur bloßen Abstimmungsmaschine, in der sich, wie die jüngsten Vorgänge beweisen, die nichtdeutschen Völkerschaften selbst gegen ihr eigenes Interesse, vereinigen, nur um die Deutschen der natürlichen Vorteile zu berauben, die sie als Angehörige eines Weltvolkes von 80 Millionen, als die Kulturträger des Landes und Bewohner der Zentralgebiete besitzen. Gelingt das, dann kann schließlich das Oesterreich entstehen, in dem die Deutschen politisch nichts mehr zu sagen haben, jenes Oesterreich, das in diesem Weltkriege, wie der tschechische Abgeordnete Kallina offenherzig genug gesagt hat, auf ganz anderer Seite hätte Stellung nehmen müssen, damit nicht Kinder des tschechischen Volkes gezwungen gewesen wären, auf ihre russischen Brüder zu schießen . . ., das Oesterreich, das auch angedeutet ist durch die verblüffende Tatsache des Begrüßungsschreibens, das der reichsrätliche Tschechenklub an den rechtsgültig wegen Hochverrats verurteilten ehemaligen Abgeordneten Dr. Kramarsch gerichtet hat. Komme niemand mit dem Troste, daß in der Praxis sich alles anders gestalten und die slawischen Volksvertreter nach der prinzipiellen Anerkennung ihrer „Gleichberechtigung" dem Bedürfnis Rechnung tragen und nun erst recht deutsch reden würden. Der kennt den slawischen Nationalismus, den aus dem Neid geborenen Nationalhaß der Slawen gegen die Deutschen nicht, der das glaubt. Aber wer bis zu den letzten Tagen harmlos blind war, dem hätte wenigstens das fast demonstrative Hinübergrüßen zur Entente die Augen öffnen müssen, wenn ihm nicht das Verhalten der Slawen bei allen patriotischen Kundgebungen des Hauses, zuletzt bei

---

er in seinem Kern auch den deutschen Anschauungen entspricht.

Wien, 13. Juni. (Priv.-Tel.) Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz konferierte mit den führenden Männern des Polenklubs. Aus konservativen Kreisen wird mitgeteilt, daß die Konferenz einen befriedigenden Verlauf genommen habe. Die in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses abzugebenden Erklärungen des Klubobmannes dürften zur Klärung der Verhältnisse beitragen und über die Entwicklung der weiteren Verhältnisse einen Ausblick gewähren.

---

für die Frage der Wundkrankheiten eine gewisse Aufhellung des bis dahin undurchdringlichen Dunkels mit sich brachten.

Schon durch Schwann und Latour war um das

Tägliche Rundschau
14. VI. 1917

Drei Briefe aus Oesterreich.

Von Richard Bahr.

Wien, Anfang Juni.

1) Der Reichsrat.

Vor dem in den edelen Maßen der Antike gehaltenen Parlamentsgebäude am Franzensring flattern von hohen Masten zwei schwarzgelbe Fahnen im Winde zum Zeichen, daß das Haus Hansens nach dreijähriger Pause seiner eigentlichen Bestimmung wiedergegeben ward. Und die Brunnen am Pallas-Athene-Standbild, das sich vor der Freitreppe aufreckt, murmeln liebenswürdig geschwätzig. Kühlung spendend und Klarheit, tagaus, tagein und Nacht für Nacht; ein Bild, daß in dem schier südlichen Sonnenglast dieser Vorsommertage festlich stimmen könnte und zunächst auch so gestimmt hat. Was war das am Mittwoch vor acht Tagen für ein Hasten und Drängen, um nur ja einen Sitz auf den Galerien zu ergattern! Deren gibt es im österreichischen Abgeordnetenhause zwei: die eine, die obere, die in ihrer ganzen Ausdehnung der Allgemeinheit vorbehalten ist; die andere, etwa dem ersten Range der Theater vergleichbar, die die Logen für Hof, Diplomatie, Präsidium und Abgeordnete enthält und an ihren beiden Enden von den Tribünen der Journalisten abgeschlossen wird. Links haben die Deutschen ihre Sitze, ihnen gegenüber auf der rechten Seite des Hauses die Slawen und Welschen. Ein Akt weiser Vorsicht und Voraussicht, denn, wenn es schon nicht ganz ungefährlich, so drunten im Saale sich die Gemüter erhitzen — droben in der drangvoll fürchterlichen Enge sogenannter „großer Tage“ könnte die Situation leicht kritisch werden, wenn mit der berufsmäßigen Nervosität auch die nationalen Gegensätze aufeinanderplatzten. Auf dieser ersten Galerie aber zwängte sich am Eröffnungstage so ziemlich alles zusammen, was in Wien an den Staatsgeschäften mit Hand anlegend teilnimmt. Das österreichische Abgeordnetenhaus kennt ja keine Bundesratsempore und hat somit auch keinen Raum für die Regierungskommissare, deren Zahl bei uns im Krieg, der so manchen geheiligten Brauch der Vorzeit still begrub, wieder beängstigend angeschwollen ist. An der Rückwand des Saales bauen sich, alles Volk hoch überragend, zunächst die Sitze des Präsidiums und des Vorstandes auf: das Abgeordnetenhaus hat, um der Vielheit der Nationen und Parteien einigermaßen gerecht zu werden, sieben Vizepräsidenten und eine entsprechende Zahl von Schriftführern. Eine Stufe unter dem Präsidium horsten die Beamten des Hauses, in ihrer Mitte der jeweilige Berichterstatter und die Stenographen, die im übrigen keine festen Plätze haben und ihr Gewerbe sozusagen im Umherziehen ausüben. Sie folgen mit ihren Schreibheften den Rednern von Sitz zu Sitz, wie im Nachtlokal der Zigeunerprimas dem Gast, der was draufgehen läßt. Auch eine Rednertribüne hat es im österreichischen Abgeordnetenhause bisher nicht gegeben. Erst die neue Geschäftsordnung soll, wenn sie Gesetz wird, auch in diesen Stücken Wandel schaffen. Die unterste Bank aber in dem dreigliedrigen Aufbau gehört den Ministern: nur ihnen und den Herren, die etwa, wie das jetzt im Ackerbauministerium der Fall ist, vorübergehend mit der Leitung eines Dienstzweiges betraut sind. Alle anderen werden unter die Zuhörer verwiesen, und so geschah es, daß an jenem ersten Sitzungstage auf der unteren Galerie nahezu jeder dritte Mann ein Sektionschef war: womit nicht gesagt sein soll, daß nur ernste Männerköpfe die Logenbrüstungen umsäumten.

Man ist noch nicht „am Land“; man wird es heuer, wo sich die Sommerfrischen vielfach bis in den Juli hinein dem Zuzug aus der Fremde verschließen, weniger sein als sonst. Wien hat sogar — schon mit Rücksicht auf die Reichsratstagung — eine ausgesprochen sommerliche Saison. Aber das Bild der lichten Kleider und wippenden Hüte ist an den

Manchmal flammte es auf der Adria auf. Englische Monitoren sangen in die Schlachtmusik. Sie zogen schwere Plätten mit, die bauschig überdacht waren. Manchmal fuhr eine Plätte auf einer Sandbank auf, die Bucht von Panzano hat viele Untiefen. Dann krachte ein Schrapnell über den bauschigen Plachen, die Geschütze der Plätten blinkten offen, die Monitoren zerrten, die Plätten, die Geschütze, die Monitoren verschwanden ... Der Karst aber rollte, das Rosental zitterte, der Raum von Plava bebte. Es brannte die Südwestecke

[illegible]

nur 233. Das ist nicht ihre Schuld, aber es ist ihr Schicksal.

Unter 516 Abgeordneten sind die Deutschen, auch wenn man alle Eigenbrötler und Außenseiter zusammenzählt, in beschränkter Minderheit. Wie können sie gegen die Slawen kämpfen? Wie können sie sich gegen die Welschen wehren? Wie können sie sich gegen die Magyaren auflehnen und in ihnen die Deutschen und die Madjaren sehen? Wie können sie sich gegen die Slawen und Welschen wehren? Wie können sie sich gegen die Magyaren auflehnen? Wie können sie sich gegen die Deutschen und die Slawen wehren? Wie können sie sich gegen die Welschen und Magyaren wehren? Wie können sie sich gegen die Deutschen und

Reichspost

14./VII.1917

10

Parlamentarisches.

Programmrede des Ministerpräsidenten im Herrenhause. — Fortsetzung der Budgetdebatte im Abgeordnetenhause.

Im Herrenhause, in dem er sich heimischer fühlt, hat heute Ministerpräsident Graf Clam-Martinic seine gestrigen Darlegungen im Abgeordnetenhause über die leitenden Gedanken der Regierungspolitik in aufschlußreicher Weise ergänzt. Faßte er gestern sein politisches Bekenntnis und Programm in dem einen Worte „Oesterreich" zusammen, so charakterisierte er heute seine Auffassungen über die für Oesterreich passendste Regierungsweise als „autonomistischen Zentralismus". Damit hat er die abenteuerlichen Uniformierungspläne, die während des Krieges von Zentralisierungsfanatikern in Zeitungen und Zeitschriften, Flugschriften, Denkschriften und Reden verkündet wurden, ebenso weit von sich gewiesen, als die noch abenteuerlicheren staatsrechtlichen Umgestaltungs- und Zerreißungsprogramme.

Mit Recht geht der Ministerpräsident beim Studium des österreichischen Problems von dem geschichtlichen Werden und Zusammenwachsen des Staates aus. Die Rechte der Länder, die zusammen den Staat Oesterreich ausmachen, bestehen nun einmal, lassen sich nicht einfach durch einen Federstrich aus der Welt schaffen, um so weniger, als der Glaube der Völker an den Staat durch die Länder geht. Man sucht im Staat das Glück des eigenen Landes. Aber eben darin liegt auch schon das Bekenntnis zum Staat, der Staatswille, die Bereitschaft, dem Staate zu gewähren, was ihm zur Funktion und Erfüllung seiner Aufgaben unerläßlich ist. Diese harmonische Verbindung und Ausgleichung der geschichtlichen Länderrechte mit den Staatsnotwendigkeiten ist eben das, was Graf Clam-Martinic als „autonomistischen Zentralismus" bezeichnet. Vereinfachung der Verwaltung, Zentralisierung, wo diese zweckmäßig ist, aber auch Zubilligung einer größeren Bewegungsfreiheit an die Selbstverwaltung, wo dies unbedenklich erscheint und der Sache förderlich ist, Ausgestaltung der Autonomie durch Gliederung der Verwaltungsgebiete in Kreise und ähnliche Reformen sind in diesem Rahmen möglich. Dagegen bedeutet das Programm des Grafen Clam-Martinic für alle staatsrechtlichen Phantasien ebenso wie für die künstlichen Konstruktionen der Länderzerstückler, die kein Gefühl und kein Herz haben für die Geschichte Oesterreichs, die glatte Abweisung. In diesem Rahmen — Anerkennung der geschichtlichen Länderrechte und der Lebens- und Funktionsnotwendigkeiten des Gesamtstaates — ist auch die Ordnung des Verhältnisses der Völker zum Staate und untereinander zu suchen. Zwar ist der Staat aus den Ländern, nicht aus den Völkern zusammengewachsen, aber die Völker sind ebenfalls da, melden sich mit dem erwachten Nationalbewußtsein immer stärker, fühlen sich als Gesamtheiten. Diesen Widerstreit zwischen dem Geschichtlichgewordenen und den neuen Forderungen, zwischen den Länderrechten im Staate und den Völkeransprüchen an den Staat und an die Länder gilt es, auszugleichen. Damit erledigt sich auch das Programm der „nationalen Autonomien", oder genauer, es wird aus dem Reich der Phantastik und geschichtsfremden Konstruktion in die Schranken des Möglichen und Wirklichen verwiesen.

Es machte tiefen Eindruck, daß der gewesene Führer der Herrenhausrechten heute namens der Regierung feierlich erklärte, Angriffe gegen die bewährten Grundlagen unserer Verfassung entschiedenst bekämpfen zu wollen. In diesem Augenblicke schien das ganze Herrenhaus zu einer einzigen großen Verfassungspartei geworden zu sein, freilich zu einer, die nicht an starren Formen klebt, sondern in echt konservativem Geiste Bewährtes festhält, ohne dem notwendigen Neuen sich zu verschließen. Das innerpolitische Problem der Regierung bleibt, — und Graf Clam-Martinic hat dies mehrmals recht nachdrücklich betont — für den von der Bevölkerung während unseres Existenzkampfes an den Fronten wie im Hinterland bekundeten Gemeinschafts- und Staatswillen den treuen Ausdruck, die rechte Form zu finden.

Am Schlusse seiner Rede begründete der Ministerpräsident mit einem vielbemerkten Satze die von der Regierung getroffene Auswahl bei den letzten Berufungen ins Herrenhaus; es gelang dabei dem Ministerpräsidenten jedenfalls die Andeutung, von wem wir in Oesterreich derzeit kulturell und vor allem „wirtschaftlich beherrscht" werden.

Ueber Antrag des Fürsten Auersperg wird das Herrenhaus in der nächsten Sitzung eine Debatte über die Regierungserklärung abführen.

•

Das Abgeordnetenhaus hat heute die erste Lesung des Budgetprovisoriums fortgesetzt. Nach deren Beendigung, die für Freitag in Aussicht genommen wird, soll in der nächsten Woche der Budgetausschuß das Provisorium erledigen, worauf in der nächstnächsten Woche das Haus in die zweite Lesung eintreten

---

Hofrat Julius v. Hocheneggverweist darauf, daß

...

...

...

Die Zeit
14./VI. 1917

Abgeordnetenhaus.

Plenarsitzung.

* Wien, 14. Juni.

Zu Beginn der heutigen Sitzung ergriff Finanzminister Dr. v. Spitzmüller das Wort zum Budget. Freilich, nur ein kleiner Teil der Abgeordneten scheint sich für seine Erklärungen zu interessieren. Die interessanten und wichtigen Darlegungen des Finanzministers schienen nur die deutschen Mitglieder des Hauses zu fesseln. Die Südslawen und Tschechen blieben nicht nur auf ihren Plätzen, sie führten auch ungeachtet der Rede Spitzmüllers ihre lebhafte Unterhaltung ungestört fort, und als das wiederholte Glockenzeichen des Präsidenten ihnen unbequem wurde, zogen sie sich einfach in die Wandelgänge zurück. Ueberraschenderweise folgten auch die Polen ihrem Beispiel. Der Finanzminister schloß vor einem rein deutschen Auditorium, das seine Erklärungen mit freundlichem Beifall quittierte. Die folgende Debatte führt zu bewegten Szenen während der Reden des Abgeordneten Striberny und des Deutschböhmen Raphael Pacher. Wie immer beherrschte das Nationalitätenproblem die Debatte und das allgemeine Interesse.

In dem heute verteilten stenographischen Protokoll über die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. Juni erscheinen zum erstenmal Ausführungen in nichtdeutscher Sprache. Bei der Rede des Abg. Dr. Stransky 15 Zeilen in czechischer, bei der Rede des Abg. Dr. Koroschec 32 Zeilen in slowenischer Sprache.

Nachstehend der

Sitzungsbericht.

Präsident Dr. Groß eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 10 Minuten.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen.

Zunächst werden Ausschußwahlen vorgenommen.

Sodann wird die erste Lesung des Budgetprovisoriums fortgesetzt.

Rede des Finanzministers.

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller:: Hohes Haus! Indem ich zur Vertretung der Regierungsvorlage über das Budgetprovisorium für die zweite Hälfte 1917 das Wort ergreife, muß ich das hohe Haus um Nachsicht bitten, und zwar in doppeltem Sinne: Vorerst als ein Minister, der heute zum erstenmal die Ehre hat, mit dem Hause in Verbindung zu treten, ferner aber deshalb, weil ich unter ganz außerordentlichen Umständen die Vertretung dieser Vorlage zu übernehmen habe. Außerordentliche Umstände dadurch, daß dem Finanzminister nach diesem Kriege eine Verantwortung aufgebürdet ist, wie wohl noch nie einem österreichischen Finanzminister, daß der Finanzminister unter dem Drucke der Ereignisse dieses furchtbaren Krieges steht, die ja eine tief einschneidende, sowohl ziffermäßig als systematisch jede Vorstellung hinter sich lassende Wirkung auf die österreichische Staatswirtschaft ausgeübt haben, außerordentliche Umstände aber auch deshalb, weil nach einem mehr als dreijährigen Ruhen der verfassungsmäßigen Budgetkontrolle überdies eine Unterbrechung des Kontakts zwischen Oeffentlichkeit und Finanzverwaltung in allen Dingen, die die Finanzverwaltung und Volkswirtschaft so tief treffen, einherging.

Der Minister erklärt weiter, es könne sich heute nicht um ein Finanzexposé im technischen Sinne des Wortes handeln, er glaube, sich nur auf die Vorbringung jener Gesichtspunkte beschränken zu sollen, deren Erörterung das hohe Haus im jetzigen Stadium der Verhandlung interessieren dürfte

Die feindlichen Kriegsziele.

Hohes Haus! Das Attentat, das die Feinde auf die Monarchie und auch auf Oesterreich unternommen haben, war ein dreifaches: wir sollten militärisch niedergeworfen werden, wir sollten physisch ausgehungert werden und wir sollten endlich finanziell und wirtschaftlich völlig entnervt werden. Durch das eventuelle Gelingen dieses dreifachen Attentats hätte dann Oesterreich um seine ganze Lebenskraft und Machtstellung gebracht werden sollen. Ich kann es heute ganz nüchtern konstatieren — und es möge überall gehört werden —, es steht bereits fest, daß dieses Attentat nach jeder Richtung hin mißlungen ist. (Beifall.) Was nun das Mißlingen in den ersten zwei Beziehungen hat sich der Finanzminister als Ressortminister nicht zu befassen. Was den dritten Punkt anlangt, so steht es fest, daß wir wirtschaftlich in einer die Erwartungen und Hoffnungen auch der besten Patrioten übertreffenden Weise durchgehalten haben. (Bravo!) Ich könnte Ihnen, meine Herren, das ziffermäßig illustrieren, ich will aber in dieser Stunde das Haus mit Ziffern nicht ermüden.

Befriedigende Steuerergebnisse.

Es liegt natürlich nahe, daß ich da von den Steuerergebnissen spreche. Ich werde die Steuerergebnisse im weiteren Verlauf der Beratung den Herren zugänglich machen und möchte nur sagen, daß trotz der ganz anormalen Gestaltung unserer Wirtschaftsunterbindung des Verkehrs mit dem Ausland, Schäden und Drangsale des Krieges unsere Steuerergebnisse befriedigende, entsprechende, zum Teil überraschend günstige sind.

Ausnahmen sind nur insofern zu konstatieren, als die Kriegswirtschaft sie unmittelbar bedingt hat. In dieser Beziehung muß also vor allem konstatiert werden, daß, wie ja den Herren bekannt — und das ist eigentlich während der Dauer des Krieges der tiefeinschneidendste Ausfall im Budget —, die Branntweinsteuer und die Biersteuer gleichsam in Ausstand getreten sind, aus Gründen, die ja von der Finanzverwaltung unabhängig sind, und die auf Verfügung der Regierung beruhen. Es mußte den betreffenden Industrien die Rohstoffzufuhr unterbunden werden. Bei der Biersteuer ist der Zustand ein besonders charakteristischer. Durch eine Verfügung, die von einer früheren Regierung getroffen wurde, ist nämlich die Ueberweisung an die Landesfonds aus der Biersteuer bis zum Betrage von 77 Millionen jährlich sichergestellt worden, eine sehr weitgehende Maßnahme zur Erhaltung eines möglichst klaglosen Funktionierens der Landesfinanzen, und zwar mit der Maßgabe, daß diese 77 Millionen ohne Rücksicht auf den Biersteuerertrag zuzuweisen sind. Der Finanzminister ist daher jetzt in die außerordentlich merkwürdige Situation gekommen, daß die Biersteuer nicht nur keinen Ertrag, sondern sogar ein Defizit aufweist. Ich muß konstatieren, daß in den Steuerausweisen, die mir bis Ende März 1917 in definitiver Form vorliegen, dieses Defizit in der Biersteuer sich bereits eingenistet hat. Es ist das wirklich ein Unikum und nur zu vergleichen mit einem ähnlichen Zustand, der bezüglich der Zuckersteuer in weiter zurückliegender Zeit geherrscht hat.

Unsere finanzielle Leistungsfähigkeit.

Unsere finanzielle Leistungsfähigkeit — und da darf ich wohl sagen, zur Ueberraschung namentlich des feindlichen Auslandes — ist dadurch zutage getreten, daß wir die Kosten des Krieges überwiegend durch Kriegsanleihen, durch Kriegsanleihen, die im Inland gezeichnet wurden, bestreiten konnten. (Beifall.) Der Appell an die Bank, das heißt die Aufnahme von Darlehen in der Bank, tritt ziffermäßig weit hinter jene Beträge zurück, die durch Kriegsanleihen aufgebracht wurden. Ich behalte mir vor, auf das Thema „Kriegsanleihe" noch zu sprechen zu kommen, und möchte nur, wie bereits die Thronrede konstatiert hat, noch einmal feierlich feststellen, daß wir den Kriegsaufwand aus eigenem decken konnten. Nur soweit es sich um die Beschaffung auswärtiger Zahlungsmittel, speziell Mark, handelte, ist uns das verbündete Deutsche Reich in sehr dankenswerter Weise zu Hilfe gekommen, sowohl Oesterreich als Ungarn. (Bravo!)

Der Rahmen des Budgets gesprengt.

Was die Wirkung des Krieges auf unser Budget betrifft, so finde ich dafür keinen anderen Ausdruck als den: Der Krieg hat den Rahmen unseres Budgets völlig gesprengt. Es handelt sich nicht nur um ganz neue ziffermäßige Vorstellungen, sondern es handelt sich darum, wie auch in der Thronrede schon betont war, neue Methoden zu suchen. Ich bitte, sich natürlich unter dem Worte „neue Methoden" auch hier keine Zauberformel vorzustellen; selbstverständlich werden die neuen Methoden sich auf der Einnahme- und Ausgabenseite des Budgets geltend machen. Erschließung neuer Einnahmen und Einhaltung einer qualifizierten Sparsamkeit. Aber die Art und Weise der Einnahmenerschließung und der Charakter dieser Sparsamkeit werden eben etwas völlig Neues sein.

Was bisher auf diesem Gebiete geschehen ist, hielten sich die bisherigen Steuer- und Gebührenerhöhungen doch wesentlich in dem bisherigen Rahmen. Es hat sich ja um provisorische Verfügungen und Notverordnungen gehandelt, und es waren ja der Tätigkeit der Regierung in der Beziehung natürlich gewisse Grenzen gesetzt. Es war von vornherein der Charakter einer Zuschlagsteuer und von Zuschlagsabgaben indiziert, und davon macht eigentlich im wesentlichen nur die Transportsteuer bei den Eisenbahnen, die eine neue Steuer ist, eine Ausnahme. In den letzten sechs Monaten — man muß eigentlich den Termin länger strecken — in den letzten drei Vierteljahren kann man sagen, sind, abgesehen von der Transportsteuer und von der Erhöhung der Spiritussteuer, die unter den jetzigen Verhältnissen keine besondere Bedeutung hat, neue Maßnahmen nicht getroffen worden, weil wir eben zur Erkenntnis gekommen sind, daß diese Steuermaßnahmen auf einer neuen Grundlage aufgebaut werden müssen, und die Maßnahmen dieser Art mußten wir ja unter allen Umständen dem hohen Hause überlassen.

Die Ausgabenseite.

Ich wende mich zuerst der Ausgabenseite zu, weil ja die Ausgabenseite — leider muß ich sagen — ziemlich feststeht. In der Beziehung kann man sich ja beiläufig ein Bild machen, während die Frage der Schaffung neuer Einnahmen auch heute, ich muß mich da zu einer weitgehenden Bescheidenheit bekennen (Heiterkeit), teilweise im Dunkeln liegt, und ich beabsichtige nicht, dieses Dunkel heute vollkommen aufzuhellen.

Dr. v. [illegible]werth (Deutsche Volkspartei): Warum nicht?

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller: Ich werde auf den Gegenstand noch zu sprechen kommen.

Wollek (christlichsozial): Es ist auch von der Vermögenssteuer noch keine Rede!

Finanzminister Dr. v. Spitzmüller: Wir werden uns noch bei diesem Gegenstand treffen, Herr Abgeordneter!

Ich habe mir erlaubt, zu sagen, die Sparsamkeit wird, was die Ausgaben anlangt, eine qualifizierte sein. Es wird eine sehr strenge Sparsamkeit, unter Umständen eine rücksichtslose Abwehr von neuen Ausgaben Platz greifen müssen; es wird aber doch nicht möglich sein, wie es früher war, daß sich der Finanzminister einfach in seinen Sorgenstuhl setzt und mehr oder weniger gequält und mit mehr oder weniger tiefem Seufzer erklärt, daß er irgendeine Ausgabe nicht machen könne. Nach den Aufgaben, die uns die Thronrede gestellt hat, ist das schon wegen der sozialen Probleme nicht möglich. Der Finanzminister wird vor allem überall dort Geld zur Verfügung stellen müssen, wo es sich um die Regenerierung unserer Volkskraft — dieses Wort im weitesten Sinne genommen — handelt. (Beifall.)

Der Fiskus hat etwas gelernt.

Diese Art der Sparsamkeit, wie ich mir hier anzudeuten erlaubte, zeigt aber, daß auch der vielgeschmähte Fiskus — er ist ja auch schon in der jetzigen Debatte ziemlich scharf mitgenommen worden, und ich bin gefaßt darauf, daß dies in noch schärferer Weise geschehen wird — seine Natur in diesem furchtbarsten aller Kriege etwas gewandelt hat. Ich bitte nicht allzu überrascht zu sein, wenn ich sage: An der Stelle des Steuerexekutors — er hat ja gewiß auch während des Krieges seine Pflicht erfüllen müssen — ist doch der Fiskus vielfach und sehr einschneidend als Helfer aufgetreten.

Auf diesem Gebiete möchte ich doch, von meiner sonstigen Absicht etwas abweichend, einige Ziffern produzieren. Die Unterhaltsbeiträge haben bis Ende April 1917 den Betrag von rund 3·5 Milliarden Kronen erreicht. Sie werden speziell im heurigen Jahre nach der letzten, sehr einschneidenden Erhöhung einen Aufwand von 2·1 Milliarden Kronen — im Jahre 1917 allein — ausmachen. Mit dem Jahre 1917 wird ja die Sache nicht erledigt sein, weil die Unterhaltsbeiträge auch noch eine gewisse Periode nach dem Kriege weiter zu zahlen sind. Die Ziffern der Ausgaben für die Flüchtlingsfürsorge erreichen bis Ende April 1917 den Betrag — ich spreche natürlich in ganz runden Ziffern — von 600 Millionen Kronen. Ferner ist seitens der Regierung behufs Erleichterung der Lebensmittelbeschaffung für die ärmeren Volksschichten ein Betrag von 300 Millionen Kronen bestimmt worden, von dem bereits ein sehr bedeutender Teil aufgewendet ist. Diese Ausgabe ist, glaube ich, besonders charakteristisch für die Wandlung des Fiskus, denn sie betrifft die Subsistierung der Bevölkerung auf einem Gebiete, wo sie bisher, soweit unsere Finanzgeschichte Daten aufweist, absolut nicht üblich war. Dann kommen die großen Ausgaben für die Retablierung. Diese Ausgaben sind vielfach erst im Anfang, und ich will in dieser Beziehung mit den Ziffern in keiner Weise prunken, da ja das Elend, das der Krieg in vielen Gebieten angerichtet hat, in erster Linie in Galizien und der Bukowina, aber auch in den südlichen Ländern, ein zu großes ist.

Die Millionen für Galizien und sonstige Aushilfen.

Immerhin möchte ich bemerken, daß für Galizien die bisherigen Aufwendungen im Wege von Subventionen, von Vorschüssen und Garantien, teils auch, indem in natura gewisse Bedarfsgegenstände zur Verfügung gestellt wurden, sich bereits auf mehrere Hunderte von Millionen belaufen. Ich betone ausdrücklich, diese Aktion ist kaum ein Jahr in vollem Gange und kann naturgemäß nicht weit vorgeschritten sein.

Weitere Ausgaben, die den Staat als Helfer zeigen, sind die für die Beamten und Diener, weiter aber auch für die Militärpersonen und ihre Angehörigen, für die Kriegsverletzten und auch für die Pensionisten. Diese Ausgaben machen für das Jahr 1917 einen 400 Millionen Kronen überschreitenden Betrag aus. Es ist das eine beiläufig 25 Prozent ausmachende Quote des Gesamtaufwandes, also gewiß ein Betrag, der sich sehen läßt. Wir sind vollkommen darauf gefaßt, daß der größte Teil dieser außerordentlichen Zuwendungen seinerzeit in das neue Gehaltsschema wird aufgenommen werden. Wenn dieses Gehaltsschema bisher noch nicht aufgebaut wurde, so hängt dies damit zusammen, daß angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Unsicherheit, wie der Abbau der Preise durchgeführt werden kann, ein Bild über die Gestaltung dieses Schemas heute nicht zu gewinnen ist.

Wir sind ferner den autonomen Körperschaften mit Vorschüssen beigesprungen, wir sind einer großen Reihe von Institutionen mit Vorschüssen und Garantien zu Hilfe gekommen. So hat erst in jüngster Zeit der Minister für öffentliche Arbeiten im Einvernehmen mit mir sich entschlossen, für die aus dem Felde heimkehrenden Gewerbetreibenden eine besondere Hilfsaktion in Form einer Ausfallsgarantie eintreten zu lassen. Ich darf sagen, daß durch diese Vorschuß- und Garantieaktionen, die sehr ausgebreitet sind, eigentlich ein neues Budget neben dem bisherigen entsteht. Es ist heute nicht möglich, den budgetären Effekt irgendwie zu übersehen, er kann aber unter Umständen ein weitgehender und bedenklicher sein, und ich fühle mich eigentlich im Bewußtsein meiner konstitutionellen Verantwortlichkeit gerade durch dieses latente Budget schwer bedrückt, wenngleich ich weiß, daß das hohe Haus auf diesem Gebiet — manche dieser Vorschüsse sind ja auf Anregungen der Mitglieder dieses hohen Hauses zurückzuführen — dem Finanzminister eine weitgehende Vorsicht zubilligen wird.

Keine Besorgnisse.

Aus dieser Gestaltung unserer Ausgabengebarung, wie sie sich im Kriege ergeben hat und wie sie für den Frieden bevorsteht, müßte ich eigentlich neue, weitgehende Besorgnisse schöpfen. Ich sage mir aber andererseits, daß diese Aktionen, wenn man das Ziel der Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Budget ins Auge faßt, doch auch wieder ihre Vorteile haben. Es ist nämlich kein Zweifel, daß das Interesse der breitesten Schichten an der Wiederherstellung des Budgets dadurch außerordentlich steigen wird. Das Interesse muß deshalb bestehen, weil wir ja in das wiederhergestellte Budget die außerordentlich großen Summen für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft, namentlich aber für soziale Ausgaben, für die Lösung des sozialen Problems in weitestem Sinne des Wortes einstellen müssen, aber auch deshalb, weil die Retablierung der Volkswirtschaft, das heißt nicht nur die Beschaffung von Lebensmitteln nach dem Kriege, sondern auch die Beschaffung von Rohstoffen davon abhängt, daß wir sofort den Ernst zeigen, wieder Ordnung in die Staatswirtschaft zu bringen. (Zustimmung.) Wir bekommen sonst im neutralen Ausland keine Kredite, das muß ganz offen gesagt werden.

Die Finanzverwaltung hat im Kriege gelernt.

Ich glaube, hiernach sagen zu dürfen, daß die Finanzverwaltung in diesem Kriege viel gelernt hat. Man kann sogar sagen, sie hat umgelernt. Aber die Finanzverwaltung wird mit Rücksicht darauf sowohl jetzt als auch nach dem Kriege einen größeren Einfluß, einen alle Zweige der Volkswirtschaft umspannenden Einfluß — ich bitte nicht zu erschrecken — Anspruch nehmen müssen. Wenn ich sage, wir haben in diesen Tagen gelernt und umgelernt, so bezieht sich dies auch auf die Verwaltung. Das Schlagwort „Verwaltungsreform" hat ja mehrere Jahre vor dem Kriege eine große Rolle gespielt, ohne daß eigentlich die Erörterungen darüber besonderen effektiven Nutzen gebracht hätten. Nun werden die Drangsale des Krieges auch auf diesem Gebiete eine Aenderung herbeiführen.

Die Beamtenschaft im Kriege.

Ich kann in diesem Zusammenhang, da ja diese Reform mit Hilfe der Beamten wird gemacht werden müssen, nicht umhin, der Haltung der Beamtenschaft in diesem Kriege zu gedenken. Ich muß erklären, daß die Leistungen der Beamten in diesem Kriege ganz hervorragende waren, daß die Haltung der Beamtenschaft eine überwältigend patriotische war. (Beifall.) Und ich muß auch konstatieren, daß die neuen Aufgaben, wie immer man auch die Kriegswirtschaft in ihren einzelnen Aktionen beurteilen mag, von der österreichischen Beamtenschaft überraschend gut gelöst wurden.

len. Was die äußere Politik anlangt, wird das Kabinett die Politik strengster Neutralität Spaniens fortsetzen. Die Regierung wird freiwillig die Neutralität nicht aufgeben. Das Kabinett hält es nicht für nötig, die Kammer aufzulösen, die es vielleicht noch brauchen wird. Die Regierung ist bei völliger Kenntnis der nationalen Fragen durchaus zuversichtlich.

Der Militärkonflikt in Spanien.

Eine Note des Kriegsministeriums.

KB Madrid, 14. Juni.

Das Kriegsministerium veröffentlicht eine halbamtliche Note, worin es heißt, der Kriegsminister werde dem Ministerrat in kurzem eine endgültige Lösung des Militärkonflikts vorschlagen, wodurch versucht werden wird, die Militärverbände mit der Aufrechterhaltung der Manneszucht und dem freien Schalten der öffentlichen Gewalt, deren Notwendigkeit von den Offizieren aller Grade anerkannt werde, in Einklang zu bringen. Der Minister erklärte, der neue Generalgouverneur von Barcelona General Marina verdiene volles Vertrauen wegen seines glücklichen Eingreifens bei der Besatzung von Barcelona.

Theater für heute.

Anfang			Ende
½7	Burgtheater	Nathan der Weise	¾10
7	Operntheater	Rigoletto	½10
6	Volksoper	Der liebe Augustin	10
7	Deutsches Volkstheater	Die große Glocke	9
¼8	Wiener Stadttheater	Eine Frau ohne Bedeutung	¾10
½8	Theater i. d. Josefstadt	Wie feßle ich meinen Mann?	¾10
½8	Neue Wiener Bühne	Die Schiffbrüchigen	½10
½8	Volksbühne	Er soll sich austoben!	10
¼8	Theater an der Wien	Die Rose von Stambul	½10
½8	Carl-Theater	Liebchen am Dach	½10
½8	Joh. Strauß-Theater	Wiener Kinder	10
8	Wiener Kammerspiele	Der Zylinder	¾10
½8	Wiener Bürgertheater	Die Bauernprinzessin	½10
½8	Raimund-Theater	Jägerblut	10
½8	Lustspieltheater	Lang, lang ist's her!	10
½8	Bundestheater	Der Soldat der Marie	10

Telegraphischer Wetterbericht.

Station	Temperatur	Himmelszust.	Station	Temperatur	Himmelszust.
Prag	19·0	○	Memel	·	·
Krakau	16·0	○	Aachen	15·0	◔
Lemberg	13·0	○	Berlin	18·0	◔
Czernowitz	·	·	Kaiserslautern	14·0	◕
Feldkirch	17·0	◑	München	16·0	◔
Innsbruck	13·0	◑	Zürich	·	·
Zell am See	·	·	Genf	·	·
Salzburg	15·0	◔	Budapest	20·0	◑
Ischl	13·0	◔	Agram	10·0	○
Wien	19·0	◔	Szegedin	18·0	◔
Reichenau	18·0	◔	Hermannstadt	16·0	◕
Graz	15·0	◕	Sarajevo	13·0	◕
Gleichenberg	·	·	Belgrad	17·0	○
Gries-Bozen	20·0	◔	Bukarest	·	·
Klagenfurt	16·0	◔	Sofia	·	·
Rohitsch	11·0	○	Warschau	16·0	○
Laibach	14·0	○	Iwanowo	·	·
Triest	22·0	◔	Athen	·	·
Pola	23·0	◔	Säntis	·	·
Lussinpiccolo	22·0	◕	Pilatus	·	·
Zara	23·0	◕	Zugspitze	·	·
Lesina	24·0	◕	Hirschberg-H.	·	·
Thristiansund	·	·	Schmittenhöhe	5·0	◕
Stockholm	20·0	○	Sonnblick	·	·
Borkum	21·0	◑	Obir	·	·
Hamburg	18·0	○	Rax (K.-L.-H.)	7·0	≡
Swinemünde	17·0	○	Semmering	13·0	○

Allgemeine Uebersicht

über die Veränderungen der meteorologischen Elemente.

In Nordtirol, Vorarlberg und Oberösterreich fiel gestern noch etwas Regen; Feldkirch hatte 17 Millimeter Niederschlag, inzwischen ist bereits Aufheiterung eingetreten, an der Adria ist die Wit-

Neue Freie Presse
14. III. 1917
15

Herrenhaus.

(5. Sitzung.)

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 20 Minuten.

Auf der Ministerbank: Clam-Martinic, Baernreither, Georgi, Forster, Hussarek, Trnka, Spitzmüller, Handel, Schenk, Urban, Höfer, Seidler.

Sanktionierung der Geschäftsordnung.

Der Minister des Innern macht in einer Zuschrift Mitteilung von der Sanktionierung des Gesetzes, betreffend die Geschäftsordnung des Reichsrates. Vizepräsident Fürst Fürstenberg weist darauf hin, daß im § 25 dieses Gesetzes die Vorschrift enthalten ist, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes in die Geschäftsordnung eines jeden Hauses, soweit sie dasselbe betreffen, aufzunehmen sind. Er bittet um die Ermächtigung, die Spezialkommission anzuweisen, die notwendige Inartikulierung in die Geschäftsordnung des Herrenhauses vorzunehmen und dem Hause hierüber antragstellend zu berichten. Dieser Vorschlag wird angenommen.

Initiativanträge.

Dr. Exner, Dr. Beurle und Karl Hochenegg stellen folgenden Antrag: „Die k. k. Regierung wird aufgefordert, ehestens die gesetzliche und administrative Regelung des Elektrizitätswesens in Oesterreich, die schon wiederholt im Abgeordnetenhause und im Herrenhause in Anregung gebracht wurde, in Angriff zu nehmen und die betreffenden Vorlagen der parlamentarischen Behandlung zuzuführen."

Dr. Exner und Dr. Doerfel stellen folgenden Antrag: „Unter Hinweis auf die Verhandlungen, die im hohen Herrenhause, betreffend die zusammenfassende legislatorische Ordnung des Dampfgeneratorwesens, gepflogen wurden, wird die Regierung dringend aufgefordert, eine Gesetzvorlage über diesen Gegenstand, die sich auf den Motorenbetrieb überhaupt erstrecken könnte, vorzubereiten und der parlamentarischen Behandlung mit tunlicher Beschleunigung zuzuführen."

Die beiden Anträge werden der volkswirtschaftlichen Kommission zugewiesen.

Die Programmerklärung des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic.

Hohes Haus! Die Regierung gestattet sich, das hohe Haus ehrfurchtsvoll zu begrüßen. Wenn ich auch von dieser Stelle aus zum erstenmal zu sprechen die Ehre habe, so darf ich doch sagen, daß ich nicht als ein Fremder in diesem Kreise erscheine. Meine ganze politische Laufbahn ist eng mit dem hohen Herrenhause verwachsen und meine Anschauungen haben sich aus Traditionen herausgebildet, die hier stets ihre Verkörperung gefunden haben. Die Bitte, die Regierung in ihren pflichtgemäßen Bemühungen gütigst unterstützen zu wollen, stelle ich im Namen jener obersten Staatsinteressen, denen im Herrenhause des Reichsrates jederzeit das tiefste Verständnis, die nachhaltigste patriotische Förderung zuteil wurde, aber es sei mir erlaubt, in diesem Augenblicke auch jener alten persönlichen Beziehungen zu gedenken, die mir zu teuer sind, als daß ich mir ihre Erwähnung versagen könnte.

Das dritte Jahr des Weltkrieges geht seinem Ende zu. Mit dem Deutschen Reiche durch ein Bündnis umschlossen, das jahrzehntelang die Grundlage einer überzeugten Friedenspolitik gewesen, haben wir uns zu dem uns aufgezwungenen Kampfe gestellt. Die Türkei und Bulgarien, mit denen uns alte Freundschaft verband, haben sich im Laufe des Krieges uns angeschlossen. In dieser ruhmvollen Gemeinschaft vermochten wir, einer wachsenden Anzahl von Feinden die Stirn zu bieten und uns der größten Koalition der Geschichte gegenüber erfolgreich zu behaupten. An Stelle des brutalen Gesetzes der Zahlen, das man gegen uns zur Geltung zu bringen versuchte, haben wir einem anderen zum Durchbruche verholfen, dem ethischen Gesetze, daß glühende Vaterlandsliebe, felsenfeste Bundestreue, Bewußtsein der gerechten Sache und unzerstörbares Vertrauen in die eigene Kraft von keiner Macht der Erde bezwungen werden können. Mit aller Zuversicht blicken wir in die Zukunft.

Der Gefühle der Bewunderung und Dankbarkeit, die jede Betrachtung der Zusammenhänge dieses Krieges immer wieder gegenüber unserer glorreichen Armee und Flotte wachruft, brauche ich angesichts des erhebenden Ausdruckes, den sie aus dem Munde ihres berufensten Sprechers gefunden, nicht erst Erwähnung zu tun. Ich möchte nur sagen, daß dies alles mir und meinen Kollegen aus der Seele gesprochen war, daß die Regierung dem hochverehrten Vizepräsidenten für jene ergreifend schönen Worte innigen Dank weiß und daß sie sich seinem Gruß an die Wehrmacht mit Begeisterung anschließt.

Die Völker Oesterreichs sind in der Zeit des furchtbaren Ringens, in der sie ihre unauflösliche Zusammengehörigkeit, ihren Willen zum Staate, ihre Kraft und Entschlossenheit mit den gewaltigsten Beweisen erhärten, auf dem gesetzlichen Boden ihrer gemeinsamen Vertretung bisher nicht zu Worte gekommen. Die Regierung mußte in dieser Tatsache einen gewissen Widerspruch zwischen der gigantischen Betätigung der staatlichen Kräfte nach außen hin und ihrem Verkümmern in Ansehung auf die innere Politik erblicken, mußte es als unnatürlich und vielleicht ein wenig zurücksetzend empfinden, wenn gerade Oesterreich, dessen Gesamtleistungen in diesem Kriege unter denen aller kriegführenden Staaten die Erwartungen am meisten übertrafen, unter ihnen der einzige sein sollte, der der Funktion des parlamentarischen Apparats entbehrte. Sie konnte aber auch nicht übersehen, daß diese Funktion nicht erst mit dem Beginne des Krieges zum Stillstande kam, sondern daß bereits ein allmählicher Niedergang des Verfassungslebens vorangegangen war (Zustimmung), der, manchmal durch Versuche der Wiederbelebung, durch einen vorübergehenden Aufschwung unterbrochen, immer weiter fortschritt und immer deutlicher hervortrat und der — es sei gestattet, dies mit allem Freimute auszusprechen — auch von unseren Feinden beobachtet und zu einem der Ausgangspunkte ihrer Entschlüsse gemacht wurde. (Zustimmung.)

Als einige Zeit vor dem Kriege die Unhaltbarkeit der parlamentarischen Verhältnisse und die vorläufige Aussichtslosigkeit ihrer Besserung unverkennbar wurde und ein Zustand der Notgesetzgebung sich etablierte, da wurde dies in der Oeffentlichkeit zwar nicht ohne Widerstreben, ja vielfach auch mit heftigen Vorwürfen gegen die verantwortlichen Stellen, aber im Grunde genommen doch als etwas hingenommen, das sich als unvermeidliche Konsequenz einmal gegebener Voraussetzungen darstellte. Seither ist, Gott sei Dank, vieles anders geworden. Wir haben auf ungezählten denkwürdigen Schlachtfeldern, haben in der stillen Riesenarbeit des Volkes daheim bewiesen, daß wir einen Staatswillen besitzen, der uns den Platz auf dem Weltplan anweist, wo wir stehen und stehen bleiben, daß es uns aber auch an der Kraft nicht fehlt, diesem Staatswillen gegenüber jedermann Anerkennung zu erzwingen. Und in dem immer lebendiger werdenden Rufe nach dem Reichsrate zitterte nicht nur der Wunsch nach einem Forum für die freie Aussprache, sondern der Widerhall der Erwartung nach, daß der geeinte Wille der Völker Oesterreichs aus dem Parlament ein Instrument seiner kraftvollen segensreichen Betätigung machen werde.

Zwei große Probleme harren dieser Tätigkeit. Das eine haben wir von der Vergangenheit übernommen. Es ist das spezifisch österreichische Problem, die Frage, wie die Unvollkommenheit unserer politischen Zustände, die ewige innere Hemmung unseres Verfassungslebens überwunden werden kann, um die Bahn freizugeben für ein weitausreichendes Wirken unserer Staats- und Volkskräfte. Das andere Problem ist allen Staaten gemeinsam, es ist die Aufgabe, aus den gewaltigen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen heraus, die der Krieg mit sich gebracht hat, eine große heilbringende Friedensentwicklung vorzubereiten und seinerzeit ins Werk zu setzen. Diese beiden Probleme stehen insoferne in einem innigen Zusammenhange, als wir, nur wenn uns die Lösung des ersten gelingt, vom gleichen Punkt aus mit den übrigen Staaten an die Bewältigung des zweiten schreiten können, und wir, falls wir bei dem einen versagen, unsere Aussichten auf Erfolg bei dem zweiten von vornherein schwinden sehen. Der Reichsrat wird sich mit diesen Problemen zu befassen haben, und vertraut die Regierung darauf, daß der Wille zu Oesterreich, der auf den größten Schlachtfeldern aller Zeiten die höchsten Triumphe gefeiert, nicht in den Hallen der Gesetzgebung versagen kann, daß, was draußen das Schwert so glorreich verteidigt, nicht daheim im Stiche gelassen, hinsiechen wird. (Zustimmung.)

Das österreichische Problem ist nur aus seinem Werdegang heraus richtig zu erfassen. Nirgends hat diese Entwicklung aufmerksamere und schärfere Beobachter gefunden als in diesem Kreise. Unablässig hat sich das hohe Herrenhaus mit ihr beschäftigt und es an hingebungsvollen Bemühungen nicht fehlen lassen, im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Wirkungssphäre fördernd einzugreifen. Es wäre überflüssig, die absteigende Kurve des Verfassungslebens, die sich sehr weit zurückverfolgen läßt, hier des näheren klarzulegen, die Versuche, die zur Besserung unternommen wurden, und die Gründe ihrer Erfolglosigkeit an einzelnen auseinanderzusetzen. Ich möchte nur ganz im großen die Gesichtspunkte darlegen, von denen nach Ansicht der Regierung ausgegangen werden müßte, wenn die richtige Lösung gefunden werden soll.

Zu diesem Ende sei es mir gestattet — und ich bitte, es nicht als Unbescheidenheit meinerseits aufzufassen — an etwas zu erinnern, was ich selbst vor langer Zeit hier gesagt habe, daß nämlich weder einseitiger Zentralismus noch einseitiger Autonomismus, sondern ein autonomistischer Zentralismus zum Ziele führen würde. Es war dies ein sehr unvollkommener Versuch, dasjenige anzudeuten, was mir in meinem heißen Bestreben, aus den Besonderheiten unseres innigeliebten Vaterlandes heraus das Richtige zu finden, vorschwebte. Jahre sind vergangen, eine Menge von Erfahrungen sind seither gesammelt und auch mir persönlich zugänglich geworden, ich habe oft und ernst darüber nachgedacht, habe den Krieg mitgemacht, nicht nur als Teilnehmer mit meinen bescheidenen physischen Kräften, sondern mit dem ganzen Herzen, habe seine Lehre und dasjenige, was er Oesterreich bringen kann, klar zu erfassen gesucht, und die Stelle, auf die mich der Wille Sr. Majestät berufen, hat mir neben einer nur schwer zu tragenden Verantwortung die Möglichkeit eines größeren Ueberblickes geboten. Dennoch steht mir auch heute noch, freilich deutlicher und durchgearbeiteter, das nämliche vor Augen und ich sehe heute dieselbe einzige Entwicklungsmöglichkeit wie damals.

Die Tatsache, daß auf diesem Stück Europa Völker und Völkerteile unter besonderen Siedlungsverhältnissen wohnen, hat mit innerer geschichtlicher Notwendigkeit zur Bildung unseres Staatswesens geführt, und es ist ihm daraus die historische Aufgabe erwachsen, diese Volkselemente zu einer kraftvollen Gesamtheit zusammenzufassen, ihnen an diesem vielbedrohten Schnittpunkte nationaler Welten ein Heim zu schaffen, sie nach außen zu schützen und ihnen nach innen die freie Entwicklung zu sichern. Aeußerlich ist unser Staatswesen hervorgegangen aus dem sukzessiven Zusammenschluß politisch abgegrenzter Ländergebiete. Wir dürfen also bei allen Fragen, die die richtige Anwendung und Durchführung unseres Staatsgedankens beinhalten, weder das innere Wesen des Völkerstaates noch den historischen Werdegang des Länderstaates, vor allem aber nicht die Existenznotwendigkeiten des Gesamtstaates außer acht lassen. (Zustimmung.) Gewiß würde Oesterreich den Zusammenhang mit seinen geschichtlichen Grundlagen verlieren, wenn es über die Rechte der Länder hinwegschreiten, seiner großen europäischen Mission nicht entsprechen, wenn es die in ihm vereinigten Völker in ihrer nationalen und kulturellen Entwicklung hemmen wollte; es würde aber seiner Aufgabe weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin gerecht zu werden vermögen, wenn es nicht seine Teile zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzufassen, dieses Ganze mit einem geschlossenen Staatswillen zu durchdringen und letzterem auch nach außenhin Ansehen und Geltung zu verschaffen vermöchte. Das Bedürfnis nach Einheitlichkeit darf sich nicht bis zu einem Maße steigern, wie es in einem seiner politischen und nationalen Struktur nach homogenen Staatswesen natürlich ist; er darf aber auch nicht unterhalb jener Grenze Befriedigung finden, die durch die Notwendigkeiten des Ganzen und seiner Machtstellung gegeben ist.

Auf die Auseinandersetzung zwischen Staat und Völkern bezogen, ergibt sich somit für den ersteren die Notwendigkeit, den selbständigen Bedürfnissen der letzteren so weit entgegenzukommen, als es die unerläßliche Wahrung der ihm vertrauten Gesamtaufgabe gestattet, für letztere aber, auf die Verwirklichung nationaler Wünsche, insoweit sie über diese Grenze hinausgehen, in ihrem eigensten wohlverstandenen Interesse Verzicht zu leisten.

Die Regierung tritt für die bewährten Grundlagen unserer Verfassung mit allem Nachdruck ein. Sie steht nicht an, gegenüber gelegentlich geäußerten überstiegenen Wünschen, die sie auf einen durch die Brandungen des Weltkrieges influenzierten Ausnahmszustand der nationalen Psyche zurückführt, zu erklären, daß sie diese Grundlagen gegen jeden Ansturm unerschütterlich zu verteidigen wissen wird. Sie erkennt aber die Notwendigkeit an, unsere Verfassungseinrichtungen organisch auszubauen. Entschlossen, im geeigneten Zeitpunkt mit eigenen Vorschlägen in dieser Richtung hervorzutreten, ist sie auch gern bereit, jede Anregung von berufener Seite entgegenzunehmen und gewissenhaft zu prüfen. Ihr Gedanke ist, die Einrichtungen zur Sicherung des Staatsganzen und seiner Funktionen zu festigen und auszugestalten, damit zugleich aber dem Staate die Kraft und die Freiheit zu geben, unter Wahrung seiner historischen Struktur den Wünschen und Bedürfnissen der Völker nach nationaler und kultureller Entwicklung und Betätigung besser als bisher gerecht zu werden.

Die Regierung hofft, die Billigung des hohen Herrenhauses für diesen Grundgedanken zu finden. Inwieweit die Projekte, die sie für seine Verwirklichung im Auge hat, die neuen Wege, die sie vorschlagen will, die richtigen sind, darüber Rechenschaft abzulegen, wird sie erst in jenem Augenblick in der Lage sein, wo ihre Entwürfe der verfassungsmäßigen Behandlung vorliegen werden. In diesem Zusammenhange wird sich für die Regierung auch die Gelegenheit bieten, auf die Resolutionen, welche das hohe Herrenhaus in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, zurückzukommen.

Die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gibt, sind, gemessen an den Erfahrungen der Vergangenheit, vielleicht beinahe entmutigend groß und doch auch wieder geringfügig gegenüber den Leistungen, die der Patriotismus der österreichischen Völker in diesem Kriege vollbracht hat. Keine Zeit könnte die Anspannung aller Kräfte zur Vollendung dieses großen Werkes gebieterischer fordern, keine die Hoffnung auf das Gelingen lebendiger gestalten als die gegenwärtige, in der der herrliche Aufschwung Oesterreichs in diesem Kriege unsere Kräfte stählt, unser Selbstvertrauen erhöht. Und wenn der heiße Wunsch, dem Vaterlande bis zum Aeußersten zu dienen, die feste Ueberzeugung, daß das hohe Ziel erreicht werden kann und erreicht werden muß, einen Anspruch gibt, den richtigen Weg zeigen zu dürfen, dann läßt sich vielleicht ohne übertriebenen Optimismus erhoffen, daß dieser Weg zum ersehnten Ziele führen wird.

Noch stehen wir im Banne der Kriegswirtschaft. Sie ist gekennzeichnet durch die Orientierung aller Kräfte auf den einen Punkt: Durchhalten bis zum glücklichen Ende des Kampfes. Die wirtschaftliche Betätigung hat gewissermaßen aufgehört, Selbstzweck zu sein, sie steht vorläufig im Dienste eines außer ihr liegenden höheren Zweckes. Aber auch die Form hat sich geändert; an Stelle der Freiheit des Verkehres ist mehr und mehr Gebundenheit und Reglementierung getreten. Nach wenigen Monaten des Krieges zeigte sich, daß mit seiner langen Dauer zu rechnen sein werde. Dazu kam das immer deutlichere Hervortreten der von feindlicher Seite eingeleiteten wirtschaftlichen Kriegführung, die ebensowohl ihrem Wesen als insbesondere ihren Wirkungen nach etwas ganz anderes darstellt, als der herkömmliche Begriff der Blockade. Das Problem, das sich daraus für uns und für unsere Verbündeten, die ja in ähnlicher Lage sind, ergab, ist keineswegs das der belagerten Festung, es ist ein viel schwierigeres und komplizierteres, aber doch auch wieder verheißungsvolleres. Es handelt sich nicht darum, die vorhandenen Vorräte so zu rationieren, daß man möglichst lange durchhalten kann, sondern den Modus der Verteilung mit den Möglichkeiten der Reproduktion so in Uebereinstimmung zu bringen, daß das Durchhalten nicht bloß bis zu einem bestimmten Zeitpunkte, sondern überhaupt gesichert ist. Was sich unter normalen Umständen aus natürlichen Gesetzen von selbst entwickelt, wurde zu einer Aufgabe der Staatsverwaltung, die die aus dem Gleichgewichte gekommenen Elemente des wirtschaftlichen Verkehres in der neuen Richtung auf das absolute Durchhalten zu organisieren hatte.

Ich will die verschiedenen Stadien, die im Laufe der Zeit von der vollen Freiheit des Güterverkehres bis zu mehr oder minder ausgesprochenen Typen der staatlichen Regelung durchschritten wurden, die Fülle der Erfassungs-, Verteilungs- und Streckungsmaßnahmen, die Vorkehrungen, um die Preisbildung innerhalb der Grenzen zwischen einer durch die Verhältnisse begründeten Steigerung und einer ausbeuterischen Verwertung der Kriegskonjunktur zu halten, nicht im einzelnen auseinandersetzen. Es ist eine vielumstrittene Frage, ob es das Richtige war, sich so weit vom freien Verkehr bis zu Formen der Regelung drängen zu lassen, die früher fast wie utopische Gebilde angemutet hätten. Tatsache ist, daß man auch in den übrigen Staaten, den verbündeten, den neutralen, ja selbst den feindlichen, die doch von vornherein mit solchen Eventualitäten gewiß nicht rechnen zu müssen glaubten, ähnliche Wege geht, wie bei uns.

Die gegenwärtige Regierung fand jedenfalls schon ein in der angedeuteten Richtung ziemlich ausgebildetes System vor, an das sie einfach anzuknüpfen hatte. Drei Aufgaben schienen ihr hiebei besonders wesentlich: die Konzentration aller einschlägigen Agenden in einer einheitlichen Zentralstelle, zu welchem Ende sie das bereits von ihrer Vorgängerin gegründete, aber noch nicht in volle Wirksamkeit getretene Amt für Volksernährung entsprechend ausgestaltete, die Abänderung der Bestimmungen über die Preistreiberei, durch die einerseits die Bekämpfung von Auswüchsen erleichtert, anderseits aber Produktion und Handel vor unnötigen Beunruhigungen geschützt werden sollten, endlich Vorkehrungen zur Versorgung der minderbemittelten Schichten.

Durch die getroffenen Maßnahmen wird es unbedingt gelingen, auch über diejenige Periode hinwegzukommen, die jedesmal die schwerste ist, nämlich die Zeit unmittelbar vor der neuen Ernte. Wir haben vermocht und werden weiterhin vermögen, aus eigenen Geldmitteln und aus der eigenen Güterproduktion heraus den ungeheuren Anforderungen des Weltkrieges gerecht zu werden. Daß dies nicht ohne eine, über die Grundsätze der Friedensökonomie hinausgehende Inanspruchnahme der finanziellen Hilfsquellen und der volkswirtschaftlichen Bestände möglich ist, muß um so begreiflicher erscheinen, als es sich hiebei um die Lösung eines Problems innerhalb Dimensionen handelt, innerhalb deren es von vornherein niemand für lösbar gehalten hätte. Aber das Bewußtsein dieses weiteren Eingriffes nötigt uns, planmäßig und entschlossen für die Aufgaben der Konsolidierung nach dem Kriege vorzuarbeiten.

Was nach außen als Staatswirtschaft und Volkswirtschaft auseinanderfällt, ist in seinen Wurzeln identisch. Wir können das Ziel in der einen Richtung nicht unabhängig von dem in der anderen erreichen. Die planmäßige Wiederaufrichtung unseres Staatshaushaltes durch Erschließung weiterer Einnahmsquellen und durch Sparsamkeit auf der Ausgabenseite muß Hand in Hand gehen mit einer systematischen Produktionsförderung, eine richtig ausgebaute Handelspolitik die Grundlage hiefür bilden.

In letzterer Richtung ist bereits ein Schritt getan. Die gegenwärtige Regierung konnte die von ihren Vorgängerinnen geführten Verhandlungen über das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Ungarn zu einem Abschlusse führen, der durch eine Abrede der beiderseitigen Regierungen über die künftige langfristige Festlegung dieses Verhältnisses gekennzeichnet ist, festhaltend an der pragmatischen Gemeinsamkeit, die sich als Voraussetzung für die Erfolge dieses Krieges herrlich bewährt hat, und von Achtung für die Rechte des ungarischen Staates erfüllt, hat die Regierung geglaubt, durch diese Vereinbarungen der Machtstellung der Monarchie zu dienen, die wirtschaftliche Entfaltung nach dem Kriege für beide Staaten nachhaltig zu fördern und die wechselseitigen Bande des Vertrauens, des Verständnisses und der brüderlichen Gesinnung hüben und drüben zu festigen. Dem Reichsrate wird rechtzeitig Gelegenheit geboten werden, zu jenen Abmachungen Stellung zu nehmen.

Ein weiterer Schritt wird durch Verhandlungen über das künftige Vertragsverhältnis mit dem Deutschen Reiche sowie mit den anderen verbündeten und in der Folge mit den neutralen Staaten zu geschehen haben, während im übrigen die Feststellung unseres handelspolitischen Programms natürlich von der Konstellation nach dem Friedensschlusse abhängen wird.

Die wirtschaftliche und finanzielle Konsolidierung ist die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß wir künftighin unseren vitalen Aufgaben gerecht zu werden vermögen. Schon vor dem Kriege hatte der Ernst dieser Aufgaben mahnend an das staatliche Gewissen appelliert. Nach dem Kriege aber, in dem die breitesten Schichten dem Staate all das, dessen er bedarf — und es ist wahrlich viel — opferwillig geboten, muß sich das Bewußtsein der Pflichten gegenüber jenen Schichten noch deutlicher ausprägen als vorher. Es sei mir gestattet, mich in dieser Beziehung auf die Allerhöchste Thronrede zu berufen wie auch auf das Allerhöchste Handschreiben vom 1. Juni dieses Jahres. Ersteres entrollt das Programm der sozialen Fürsorge in seinen allgemeinen Zügen und hinsichtlich jener Einzelheiten, die schon gegenwärtig spruchreif sind. Letzteres hat durch die Errichtung eines Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge die Schaffung eines staatlichen Instruments in Aussicht gestellt, das der fachkundigen, planmäßigen und erfolgreichen Lösung der einschlägigen Aufgaben dienen soll. Die Regierung wird ihre besten Kräfte dafür einsetzen, den Gedanken des Allerhöchsten Handschreibens seiner Verwirklichung und die Verheißungen der Thronrede ihrer Erfüllung zuzuführen.

Hohes Haus! Ich habe mir gestattet, in skizzenhafter Andeutung einzelnes aus der Fülle dessen herauszugreifen, was durch das Zusammenwirken der ausführenden und der gesetzgebenden Gewalt getan und geschaffen werden soll. Die hohe Bedeutung, welche dem Herrenhause im Leben unseres Staates seit jeher zukommt, ist in einer Zeit, in der fast alle Grundfragen aufgerollt werden, noch gewachsen. Niemals hat unsere Politik mehr des Regulators bedurft, den sie an dieser Stätte der Gesetzgebung in der Erfahrung, Abgeklärtheit und Einsicht dieses Kreises stets gefunden hat.

Dieser wahrhaft konservativen Mission dankbar bewußt, würdige ich aber auch das Bedürfnis des Hauses, mit den Mächten, die das kulturelle und wirtschaftliche Leben unserer Zeit beherrschen, schon durch seine Zusammensetzung in Kontakt zu bleiben. Die Regierung war bestrebt, bei ihren auf die Ergänzung des Herrenhauses abzielenden Vorschlägen diesen Gesichtspunkten möglichst Rechnung zu tragen. Sie legt das allergrößte Gewicht auf ein vertrauensvolles Zusammenwirken und wird durch die Pflege inniger Fühlung und durch Unterbreitung von Vorlagen dieses Zusammenwirken zu einem möglichst intensiven zu gestalten trachten. Sie weiß sich mit dem hohen Herrenhause eins in dem alles hintansetzenden Drange, das Beste zu leisten für Ehre und Glück des heißgeliebten Vaterlandes. Möge es die Gnade des Allmächtigen fügen, daß die große Zeit, die Oesterreich im Kampfe um seine Stellung innerhalb Europas erlebt, auch eine große Zeit für seine innere Entwicklung werde! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Antrag auf Eröffnung der Debatte.

Fürst Karl Auersperg stellt den Antrag, über die Erklärung des Ministerpräsidenten in einer der nächsten Sitzungen des Hauses die Debatte zu eröffnen. Der Antrag wird angenommen.

Antrag auf Einsetzung einer ständigen Sanitätskommission.

Hofrat Julius v. Hochenegg verweist darauf, daß das Sanitätswesen in Oesterreich auf vielen Gebieten seines vielgestaltigen Betriebes dringend eingehender Reformen bedarf, wobei namentlich die Erfahrungen des Krieges zu verwerten wären. Das rascheste Eingreifen der Staatsverwaltung sei notwendig, um die bekannten Kriegsfolgen, wie Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Kindersterblichkeit ꝛc., zu mildern. Die Notwendigkeit der staatlichen Fürsorge finde allgemein und erfreulicherweise auch an höchster Stelle volle Würdigung, insbesondere in der Schaffung des Ministeriums für Volksgesundheit und Volkswohlfahrt, welches von berufenen Vertretern aus dem Kreise des Herrenhauses unterstützt werden soll. Auch die Bedürfnisse des medizinischen Unterrichtes bedürfen dringender Reformen, die in den Gymnasien gebotene Vorbildung für das Studium der Medizin hat sich als unzulänglich erwiesen, die Studien- und Rigorosenordnung für Mediziner muß, entsprechend den Fortschritten der Medizin, geändert werden. Der Neubau der medizinischen Kliniken und Institute, namentlich der größten, ersten Fakultät des Reiches in Wien, liegt im Interesse des gesamten Vaterlandes. Die Zeit, in der die verbündeten Balkanstaaten noch keine eigenen Universitäten haben, muß ausgenützt werden, denn jeder Student, der bei uns seine Ausbildung erhält, jeder Kranke, der bei uns Heilung findet, bedeutet ein Band zwischen seinem und unserem Staate. Auch die Frage der Ausbildung der Krankenpflegerinnen bedarf einer definitiven Regelung, vor allem in bezug auf die soziale Stellung der Krankenpflegerinnen. Die gesamte Aerzteschaft — Zivil- und Militärärzte — können mit Recht verlangen, daß ihre Leistungen während des Krieges auch vom Herrenhause anerkannt werden, da die Aerzte mit warmer Vaterlandsliebe unter Hintansetzung ihrer Gesundheit und ihres Lebens, viele unter Verlust ihrer in harten Mühen erworbenen sozialen Stellung, in der schweren Zeit des Krieges ihre vaterländische Pflicht voll erfüllen. (Beifall.)

Redner stellt den Antrag, die Einsetzung einer ständigen, 15gliedrigen Kommission für Sanitätsangelegenheiten zu beschließen. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag wird angenommen.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Abgeordnetenhaus.

(5. Sitzung.) Fortsetzung aus dem Abendblatt.

Abg. Seitz (fortfahrend): Wir sind stolz darauf, daß die Vertreter des Proletariats die ersten waren, die sich freigemacht haben von den Fesseln einer so lächerlichen, unrichtigen, aber doch sehr gefährlichen Phrase in diesem Kriege, von der Phrase, daß die Betonung des Friedenswillens der Völker eine Bekundung ihrer Schwäche sei.

Wir wollen diesen fast ungeheuren, unüberwindlichen Wall von Mißverständnissen, von Haß, von Mißgunst, von Verachtung, der die Völker heute noch voneinander trennt, abbauen und abtragen. Haben wir Glück, so werden wir in Stockholm vielleicht auch imstande sein, eine einheitliche Vereinbarung zu treffen, der gemäß wir uns verpflichten, in allen Staaten einheitlich und übereinstimmend eine große Bewegung für den Frieden zu entfachen. Wenn wir bedenken, daß die berufsmäßige Diplomatie heute überhaupt nicht verstehen kann, daß die Herren miteinander nicht in Verbindung treten können, daß kein Kabel von dem einen zum anderen führt, so wird man erkennen, daß diese Leistung des Proletariats, wenn sie gelingt, eine große ist, und dadurch wirklich der erste Schritt getan wird zum Frieden. Wir fordern von unserer Regierung — und das soll unsere erste Forderung sein im Parlamente und in den Delegationen — daß sie offen und vorbehaltlos erklärt, daß sie bereit ist, alles daran zu setzen, um diesem furchtbaren Gemetzel ein Ende zu machen, in einer feierlichen Proklamation für einen Frieden auf der Basis: Ohne Annexionen, ohne Kontributionen, nicht nur dem Friedenswillen der Völker hier Rechnung zu tragen, sondern dem unzweifelhaft bestehenden Friedenswillen in den Massen der anderen Völker auch in den feindlichen Staaten zum Durchbruche zu verhelfen, ihn zu stärken und zu stützen.

Einen Teil der Schuld an diesem Kriege tragen diejenigen, die heute noch die Kriegshetzer hierzulande sind, die Nationalisten auf allen Seiten in diesem Staate, die so lange gegeneinander gehetzt und hier in Lärmszenen in der unwürdigsten Weise die Völker verhetzung getrieben, die zu den Rüstungen gehetzt haben, die Agrarier und diese Konservativen bei uns, die immer die Gegner jeder klugen Handels- und Vertragspolitik waren.

Zum Teile war an diesem Kriege auch mitschuld die Unfähigkeit und die Böswilligkeit der Regierung Stürgkh, welche das Parlament zertrümmert und der Welt ein zertrümmertes Oesterreich vorgeführt hat, nach einer Wahlreform, welche die Hoffnung aller Völker war, welche die besten Garantien zu Ansätzen zu einem Frieden unter den Nationen geboten hätte. Führerlos, planlos, ziellos hat dieser Absolutismus zwei Jahre lang in Oesterreich geherrscht. Die Minister haben sich an das große Problem der Volksernährung herangewagt. Was hier dieser Dilettantismus angerichtet hat, ist nicht zu schildern. Aber ärger hat uns noch gezüchtigt die Unfähigkeit, die Unbelehrbarkeit und der Hochmut der paar Bureaukraten, die in dieser Zeit regierten.

Redner bespricht dann die vorgekommenen Fehler und die Verschwendung mit Lebensmitteln, die Vergeudung von Menschenkraft, die Einführung des Ausnahmszustandes und der Militärgerichte sowie die Beschränkung des Versammlungsrechtes, die Zensurverhältnisse und das Vorgehen des Kriegsüberwachungsamtes, für welches keine Behörde die Verantwortung übernehme. Heute zweifle

Vossische Zeitung
15./VI. 1917
15
17

Der neue Kurs in Ungarn.

Von

Professor Dr. Ludwig Stein.

Die Würfel sind gefallen. Der Initiative des Grafen Esterházy ist es gelungen, ein Kabinett zusammenzustellen, das einen neuen Kurs in Ungarn einzuschlagen gedenkt. Die offizielle Verkündigung der Ministerliste dürfte zwar erst morgen erfolgen, aber die bisherigen Berichte lassen bereits mit voller Deutlichkeit erkennen, daß das neue Ministerium im wesentlichen aus Männern der bisherigen ungarischen Opposition zusammengesetzt sein wird. Noch steht nicht fest, ob die katholische Volkspartei, die bisher zum oppositionellen Block gehörte, durch ihren Präsidenten, Grafen Aladar Zichy, sich im neuen Ministerium vertreten lassen wird. Unter allen Umständen wird auch diese Gruppe das Kabinett Esterhazy wirksam unterstützen, selbst wenn aus persönlichen Gründen ihr Vertreter dem Kabinett fernbleiben sollte. Von der bisherigen Mehrheit Tiszas ist kein einziges Mitglied in das Kabinett Esterhazy eingetreten, denn der als Handelsminister in Aussicht genommene Graf Serenyi ist längst aus der nationalen Arbeitspartei ausgetreten, so daß er eher den Oppositionellen zugezählt werden muß. Der kommende Finanzminister, Dr. Gustav Gratz, gegenwärtig Sektionschef im Ministerium des Aeußeren, gehörte zwar der nationalen Arbeitspartei vor seiner Berufung ins Ministerium des Aeußeren an, aber sein Eintritt ins neue Kabinett hat mit Parteipolitik herzlich wenig zu tun. Es mußte ein Fachmann sein, der das Finanzministerium übernahm, und da Wekerle ablehnte, und der Gouverneur der Oesterreichisch-Ungarischen Bank v. Popovich sich von seiner gegenwärtigen Stellung offenbar nicht trennen mochte, so kamen für den wichtigen Posten eines Finanzministers nur zwei Männer von politischem Rang fachlich in Frage: der ehemalige Staatssekretär im Handelsministerium Josef Szterenyi, der der Verfassungspartei angehört und dem Hause Andrassy eng verbunden ist, oder der gegenwärtige Rektor der Universität Budapest Bela Földes, der Vizepräsident der Unabhängigkeitspartei ist. Wenn man auf diese beiden gegebenen Kandidaturen nicht zurückgegriffen hat, so liegt das offenbar daran, daß man das Finanzministerium der Parteipolitik entrücken und einer politisch weniger hervortretenden Persönlichkeit übergeben wollte. Als solche empahl sich Dr. Gustav Gratz, der sich als langjähriger Vertreter der „Neuen Freien Presse" in Budapest in volkswirtschaftlichen Fragen einen bedeutenden Namen gemacht hat und noch in seiner letzten Abgeordnetenrede vor Antritt des neuen Amtes ein Wirtschaftsprogramm von so monumentalen Linien entworfen hat, daß ihm das ganze Haus, unabhängig von der Parteifarbe, stürmisch zugejubelt hat.

Das entscheidende Merkmal des neuen Kurses in Ungarn ist das Wiedereintreten des Oppositionschefs Grafen Albert Apponyi als Kultusminister in das Kabinett Esterhazy. Wenn ich richtig berichtet bin, dann hat Graf Apponyi seinen Widerstand gegen den Eintritt in das Kabinett in dem Bewußtsein fallen lassen, daß er für das Magyarentum unendlich viel mehr leisten kann im Rahmen des Kabinetts als außerhalb desselben. Es stehen nämlich eine Reihe königlicher Handschreiben in Aussicht, die bedeutsame Zugeständnisse in der Richtung der alten Forderungen der Unabhängigkeitspartei enthalten sollen. Die nationalen Wünsche, denen die alte Kossuth-Partei seit mehr als einem Menschenalter beharrlich entgegenträumte, ohne ihre Verwirklichung merklich zu fördern, soll jetzt durch die Mitwirkung des Erzherzogs Josef und eine großmütige Entschließung des Königs Karl in Erfüllung gehen. Es steht daher der bisherigen Opposition nichts mehr im Wege, sich voll und restlos als Regierungspartei aufzutun. Wenn Graf Apponyi den Wünschen des jungen Monarchen in der Ausgleichsfrage Zugeständnisse gemacht hat, die um so unabweislicher schienen, als der Ministerpräsident Graf Clam-Martinic das Zustandekommen des langfristigen Ausgleichs in seiner jüngsten programmatischen Rede noch einmal mit Nachdruck unterstrichen hat, so bewies er sein Verständnis für eine staatsmännisch großzügige Lösung eines sonst unentwirrbar scheinenden Problems. Staatsmänner von großer Linie dürfen nicht aus Eisen, sondern sie müssen aus Stahl sein. Dogmenstarrheit verführt leicht zu Eigenwillen und Eigenbrötelei, während Schmiegsamkeit und Einfühlung dem Gebot der Stunde Rechnung zu tragen wissen. Die Lebensaufgabe des Grafen Apponyi ist seit nahezu fünfzig Jahren fest umschrieben. Sie läßt sich dahin zusammenfassen,

Abgeordnetenhaus.

Plenarsitzung.

* Wien, 14. Juni.

Ein ebenso unüberlegter wie geschmackloser Zwischenruf eines deutschradikalen Abgeordneten namens Heine hat heute abends im Abgeordnetenhause Leidenschaften ausgelöst und einen Sturm entfesselt, wie er selbst in den bewegtesten Zeiten der Obstruktion nicht oft zu verzeichnen war. Der Deutschradikale Heine ist der Anschauung, daß in Oesterreich zu wenig Leute gehenkt worden seien, und er gab dieser Auffassung auch Ausdruck so laut, daß seine Worte im ganzen Haus gehört wurden. Die Folge war, daß im Hause ein Sturm des Unwillens ausbrach und daß volle dreißig Minuten lang an eine Fortsetzung der Verhandlung nicht zu denken war. Erst als der Präsident dem Abgeordneten Heine einen Ordnungsruf erteilt hatte, konnte Abg. Neunteufel, der gerade am Wort war, seine Rede wieder fortsetzen. Das Haus stand aber bis zum Schluß der Sitzung unter dem Eindruck der tiefen und allgemeinen Erregung. Namens des Deutschen Nationalverbandes sprach Dr. Stölzel wegen des Zwischenrufes Heines das Bedauern aus. Der Zwischenfall dürfte im Nationalverband, der den Abg. Heine bekanntlich zu seinem Mitglied zählt, auch noch ein internes Nachspiel haben.

Die Ausführungen des Finanzministers Dr. v. Spitzmüller, die wir in ihrem Schlußpassus im Abendblatt nur auszugsweise wiedergegeben hatten, ergänzen wir heute im volkswirtschaftlichen Teil.

Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung stehen die Wahl des achten Vizepräsidenten, die Wahl von sechs Ordnern und die Fortsetzung der Budgetdebatte. Nach den Beschlüssen der abends abgehaltenen Obmännerkonferenz wird das Budgetprovisorium morgen an den Ausschuß verwiesen werden, der seine Arbeit bis zum kommenden Donnerstag beenden soll. Hierauf beginnt am 22. d. die zweite Lesung des Budgetprovisoriums, am 25. d. folgt die Abstimmung.

Nachstehend ergänzen wir den

Sitzungsbericht.

Die Affäre Klofatsch.

Stribrny (tschechischnationalsozial) beginnt in tschechischer Sprache.

Deutsch fortfahrend führt er aus, die tschechischnationalsoziale Partei, die seinerzeit den Kampf gegen das Kriegsleistungsgesetz geführt, von deren Abgeordneten sich fünf heute noch im Kerker befinden, deren Organisationen aufgelöst, deren Vermögen konfisziert, deren Presse eingestellt wurde, deren Anhänger vielfach interniert und konfiniert wurden, sei berechtigt, den Ruf nach Beendigung dieses furchtbaren Krieges als aufrichtige Aeußerung vernehmen zu lassen. Ohne Parlament wurde gegen unseren Willen der Krieg erklärt. Nach dreijähriger Pause zum erstenmal versammelt, erheben wir unsere Stimmen zum Protest gegen die Verletzung der Immunität der Abgeordneten, die am krassesten im Falle des Abg. Klofatsch zutage getreten sei, der wegen seiner Tätigkeit vor dem Kriege verhaftet und, obzwar das Kriegsgericht das Verfahren gegen ihn zweimal eingestellt hat, weil die Untersuchung negative Resultate ergab, doch in Untersuchungshaft blieb mit der Begründung, er sei kriegsgefährlich und müsse in sicherer Verwahrung bleiben. Der Reichsrat sollte es als seine Pflicht erachten, sich aller seiner früheren Mitglieder anzunehmen.

Die Behandlung der Internierten.

Die Suspendierung der staatsbürgerlichen Rechte führte zum Begriffe politisch verdächtiger, bedenklicher und unverläßlicher Bürger, und zu einem solchen Urteil genügt eine anonyme Denunziation, deren Opfer niemals erfährt, wer ihn beschuldigt hat und wessen er beschuldigt wird. Redner führt Fälle von Gefangenhaltung und Verurteilung politisch Verdächtiger an und bespricht die Behandlung der Internierten, unter denen sich auch Frauen, Mädchen und Greise befanden, die gefesselt abgeführt wurden. (Hört! Hört! bei den Tschechen.) Mißhandlungen der Gefangenen, die ungenügend verköstigt wurden, waren auf der Tagesordnung, sie wurden, gefesselt in Gruppen, meist in verunreinigten Viehwagen abtransportiert. (Zwischenrufe bei den Tschechischradikalen.)

43 Internierte von Honveds getötet.

Auf dem Wege in das Interniertenlager wurden die Leute mißhandelt und ein Transport von dreiundvierzig Internierten wurde auf der Straße von einer Honvedabteilung getötet. (Stürmische Zwischenrufe bei den Tschechen.)

Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe.

Stribrny bespricht in eingehender Weise die Verhältnisse im Interniertenlager im Thalerhof bei Graz. Der erste Transport wurde von Grazer Soldaten übernommen, deren Hauptmann sich in herzloser Weise über die Internierten äußerte. Einzelne Internierte wurden gleich beim Verlassen der Waggons blutig geschlagen und gequält. Die ersten drei Tage lagerten die Internierten unter freiem Himmel. Auf einem kleinen Stück Feld wurden vier Pfähle eingeschlagen und niemand durfte den zugemessenen Raum überschreiten. Frauen, Mädchen und Männer schliefen untereinander. Erst am vierten Tage wurden die Internierten in den Hangar überführt, wo sie aber wieder nur auf dem bloßen Boden schliefen. Nach fünf Tagen wurde Stroh gebracht, das sich jedoch in schlechtem Zustand befand. Der zugewiesene Raum erwies sich als zum Schlafen zu klein, Wäsche konnte nicht gewechselt werden, weil niemand welche hatte, und auch über Geld verfügte niemand.

Redner bringt eine Reihe weiterer Einzelheiten über die Zustände im Internierungslager Thalerhof vor. Durch die Bewachungsorgane sei der Tod von Internierten verschuldet worden. Gerade intelligente Menschen, zum Beispiel Geistliche, dann auch Frauen habe man zu den erniedrigendsten Arbeiten verhalten und sie dabei durch Schläge zur Arbeit angetrieben. Als sich die Zahl der Internierten so vermehrte, daß in den Hangars kein Platz war, haben viele Menschen bei 15 bis 20 Grad Kälte in Zelten schlafen müssen. Die Sterblichkeit unter den jungen Mädchen und Greisen nahm unter den schlechten sanitären Verhältnissen immer mehr zu. Erst Ende November 1914 wurden auf Intervention eines Stabsarztes neue Baracken gebaut. Die Kleider der in diese Baracken Uebersiedelnden wurden desinfiziert, wobei vor der Desinfektion die Internierten, darunter auch Frauen und Mädchen, im Freien sich nackt entkleiden und oft eine Stunde lang warten mußten, bis sie ihre Kleider wieder bekamen. Im Dezember 1914 erreichte die Zahl der Internierten 5000. Daß bei der großen Zahl der Internierten und dem Mangel an sanitären Vorkehrungen die epidemischen Krankheiten, darunter auch der Flecktyphus, viele Opfer forderten, sei begreiflich. Die Kranken und Rekonvaleszenten wurden erst seit Februar 1915 von den Gesunden isoliert. Den Epidemien allein erlagen im Thalerhof 1200 Menschen; im Friedhof sind allein an 2000 Tote begraben. Für die vorgebrachten Tatsachen könne Redner die Aussagen von mehr als siebzig glaubwürdigen, akademisch gebildeten Zeugen beibringen, deren Verzeichnis er dem Reichsrat vorlegen könne.

Die Republik die höchste Regierungsform.

Redner geht sodann auf die Besprechung politischer Fragen über. Die ursprünglichen Annexionspläne der Deutschen seien nunmehr fallen gelassen. Wir begrüßen mit Freude eine sich neubildende Welt, die Gleichheit und Brüderlichkeit bringt. Es bilde sich eine neue Zeit, die in einer demokratischen Republik die höchste und eines menschlichen Wesens würdige Regierungsform betrachte. Aus einer solchen Regierungsform erwachsen die größte Ruhe und die Befreiung der Menschheit von den übermäßigen militärischen Bürden. Nur auf Grund einer freien Selbstbestimmung der Völker sei es möglich, einen dauernden Weltfrieden zu schaffen.

Redner müsse sein Bedauern darüber aussprechen, daß es in Oesterreich zur Proklamation der deutschen Staatssprache nicht gekommen sei. In der Tat wurde sie dort, wo sie bisher noch nicht war, mit dem Kriege geradezu drakonisch eingeführt. Es würde sich also de facto an dem Zustand nichts ändern, aber wenigstens wäre die ganze Welt von der heute gesetzwidrig angewendeten Gewalt in Form eines absolutistischen Gesetzes informiert worden. Was soll man dazu sagen, daß der Ministerpräsident, der der Begründer eines neuen Oesterreich sein will, bis zum letzten Moment entschlossen war, 20 Millionen nichtdeutscher Einwohner Oesterreichs absolutistisch die deutsche Staatssprache aufzuzwingen, die Sprache der Minorität von 11 Millionen Einwohnern. Wenn man von Patriotismus spreche, so kenne Redner nur einen böhmischen, polnischen, ruthenischen, italienischen, südslawischen Patriotismus usw. Oesterreichischer Patriotismus sei nur eine künstlich gepflegte Pflanze, aber eine äußerst seltene. Das Schicksal Oesterreichs liege darin, daß es seit langer Zeit von einer reaktionären Bureaukratie beherrscht wurde, die das Interesse des deutschen Geistes mit den Interessen des Staates identisch mache.

Redner bekenne sich ganz frei dazu, daß sich sein Volk um die Erhaltung des österreichischen Staates nicht aus Liebe zum Staate bestrebe, als vielmehr aus Rücksicht auf die eigene Existenz und die Zukunft der übrigen Nationen in Oesterreich, die sich in der Nachbarschaft militärisch vom Scheitel bis zur Sohle bewaffneter Staaten niedergedrückt fühlen. Mit dem Ausbruch des Krieges habe die Regierung die letzte Maske abgeworfen, um mit unbequemen Menschen, Parteien und Völkern abzurechnen. Wenn das wahnsinnige Toben gegen alle Slawen von neuem ausbrechen sollte, dann sei nichts mehr imstande, den siegenden Aufmarsch der Weltdemokratie zu hemmen.

Ein kroatischer Appell an den Monarchen.

Nachdem Pacher (deutschradikal), wie schon im Abendblatt berichtet, die nationalen Forderungen der Deutschen in Böhmen klargestellt hatte, spricht Dr. Laginja (kroatische Rechtspartei), in kroatischer Sprache beginnend, über die nationalen Verhältnisse in Kärnten und Krain. Deutsch fortfahrend, sagt er, es sei ihm ein Herzensbedürfnis gewesen, in seiner Muttersprache den trostlosen Verhältnissen Ausdruck zu geben, in denen sich seine Nation seit Jahren und insbesondere seit Kriegsbeginn befinde. In diesem Moment der größten wirtschaftlichen Notlage für die Südslawen sei ein Appell an die Regierung und an den Monarchen nötig.

Es sei ein Widerspruch, wenn einerseits die Thronrede die Ableistung des Verfassungseides mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse auf den Schluß des Krieges verschiebt, andererseits versichert, daß die Ausübung der Herrscherrechte in streng konstitutionellem Sinne erfolgen werde. Wenn die Aufschiebung dieses Gelöbnisses aus anderen nicht genannten Gründen erfolgt ist, so bleibt es jeder Partei überlassen, die weiteren Folgerungen zu ziehen, und da könnten vielleicht auch die Südslawen daraus die Hoffnung schöpfen, daß die gegenwärtige Verfassung in einem für sie günstigen Sinne durch die Autorität des Herrschers geändert werden könne. Allerdings glaube er, daß für die Südslawen kein allzu großer Grund für solche Hoffnungen bestehe. Zu diesem Pessimismus sei er durch das Vorgehen der Regierung seit der Eröffnung der Reichsratssession gezwungen. Wenn man in Oesterreich zur Ruhe und zu besseren Fortschritten kommen will, müssen auch die Deutschen sich entscheiden, die Nationen des Staates dazu zu bringen, was sie einst waren, nämlich zu selbständigen Staatskörpern unter dieser Dynastie, die jahrhundertelang über sie herrscht. Einen anderen Ausweg [illegible] es nicht. Wenn die Deutschen eine gewisse Sonderstellung für das im Verhältnis zum Staatsganzen so geringfügige deutsche Gebiet in Böhmen fordern, dabei aber vergessen, daß sich die slawischen Minoritäten in Steiermark und in Kärnten in einer viel ungünstigeren Lage befinden, dann ist ihre Sache im voraus verloren.

Ein Geheimerlaß des Unterrichtsministers.

Wie weit man in den Germanisierungsbestrebungen geht, zeige ein Geheimerlaß der Unterrichtsverwaltung, wonach in kroatischen und slowenischen Schulen des Küstenlandes und Dalmatiens in deutscher Sprache gelehrt zu werden hat. Deutschen Landesschulinspektoren, die nicht zehn Worte slowenisch oder kroatisch verstehen, wurde die Inspektion in slowenischen und kroatischen Schulen übertragen.

Die Südslawen wollen die nationale Einigung zwischen den kroatischen Ländern, und ihre Rechtsverwahrung sei nichts anderes als die Wiederholung ihres alten Wunsches. Redner beschäftigt sich mit der Frage der nationalen Autonomie und bemerkt, als Vertreter einer agrarischen Nation können sich die Südslawen zum Prinzip der nationalen Autonomie nicht bekennen, die nur das Individuum einer bestimmten Nation als solches vor Augen hat und nicht zugleich mit dem Begriff des Vaterlandes einer Nation zusammenfällt. Die nationale Autonomie bedeute für die Südslawen im voraus die Feststellung oder die Rekonstruktion der Grenzen einer jeden Nation, die in diesem Staate lebt, und dazu dränge das wohlverstandene Interesse der Nation.

Der alte Streit wieder ausgegraben.

Denk (deutschfortschrittlich) führt aus: Die Bevölkerung Oesterreichs hat an die Tagung des Hauses große Hoffnungen geknüpft und war der Meinung, daß es sich mit sittlichem Ernst seiner großen Aufgabe widmen und die wirtschaftlichen Belange erledigen werde. Die Enttäuschung ist heute schon bedeutend. In Wien ist man darüber erstaunt, daß anstatt eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens sämtlicher Abgeordneter aller Kronländer, der eine Teil des Hauses den alten Streit wieder ausgegraben hat.

Redner wendet sich der Besprechung der wirtschaftlichen Fragen zu und betont, die Deutschen haben sich bemüht, eine Verbesserung der Lage der Staatsangestellten zu erzielen. Die gewährten Teuerungszulagen werden aber nicht ausreichen, um die Not unter den Staatsangestellten zu lindern. Auch der Gewerbetreibenden und kleinen Industriellen müsse gedacht werden, die im Kriege Großes geleistet haben. Der bisher gewährte Nachlaß auf die Erwerbsteuer werde durch den hundertprozentigen Kriegszuschlag kompensiert, und es sei daher die Erklärung des Finanzministers, daß für diesen Stand im Budget Vorsorge getroffen werden solle, zu begrüßen. Er erinnert an die seinerzeit von ihm eingeleitete Aktion zur Schaffung einer österreichischen Luftflotte. Während Frankreich für seine Luftflotte eine Summe von drei Millionen Franken zusammengebracht habe, wurde in Oesterreich der Betrag von 1,600.000 Kronen gesammelt, der zur Gänze aus deutschen Taschen stamme. (Beifall bei den Deutschnationalen.) Dieser Betrag wurde am Tage des Kriegsausbruches dem Kaiser zu Füßen gelegt.

Ein tschechischer Agrarier über die Staatsidee.

Dr. Biskovsky (tschechischer Agrarier) beginnt in tschechischer Sprache. Deutsch fortfahrend führt er aus: In der Zeit, da die größte Entfaltung aller körperlichen und geistigen Kräfte von den Nationen verlangt wurde, wurde die Bevölkerung bei uns der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten entkleidet und politisch entmündigt. Das Wort des Monarchen gibt uns die verfassungsmäßigen Gerechtsame wieder zurück, und diese Versicherung entnehmen wir der Thronrede mit Genugtuung. Es wurde die Umgestaltung der Verfassung angekündigt, und es ist die Frage, ob Haus und Regierung ihrer Aufgaben gewachsen sein werden.

Tisza — die Taschenausgabe des Tisza.

Redner bespricht die Stellung des Grafen Tisza den ungarländischen Nationalitäten gegenüber und seine Haltung in der Wahlreformfrage in Ungarn und bemerkt, Graf Tisza habe offen gesagt, was er wolle. Bei uns spreche man zwar von Gleichberechtigung als Entlohnung für die unsäglichen Opfer der Nationen, man meine aber damit am Ende die deutsche Staatssprache. Während sich der Ministerpräsident zur Einheit des Staates bekenne, sei in seiner Rede von der Gleichberechtigung der Nationen wenig zu finden. Das, was er sagt, ist nur eine Taschenausgabe des großen ungarischen Tisza, der ganz offen vom führenden Volk gesprochen hat. Die Kunst des Staatsmannes wäre es, zu zeigen, wie die Idee des Staates mit der Gleichberechtigung und der Entwicklung der Nationen in Einklang zu bringen wäre. Die Regierung aber wollte die böhmische Frage nicht lösen, sondern durch die Machtmittel eines absolutistischen Regimes aus der Welt schaffen. In Besprechung der Voraussetzungen, die die Deutschen aufgestellt haben, führt Redner aus, die Autonomie Galiziens sollte nur so weit durchgeführt werden, als es notwendig war, um die Tschechen zu isolieren und in dieser Zeit einer deutschen Majorität preiszugeben. Leider sei während des Krieges via facti der Besitzstand des tschechischen Volkes in sprachlicher Beziehung und in den Aemtern schwer geschädigt worden. Ein krasses Beispiel hierfür bieten die Zustände im Eisenbahnministerium. Es sei unbegreiflich, wie angesichts solcher Vorkommnisse Dr. Renner in Stockholm erklären konnte, daß die nationale Toleranz in Oesterreich während des Krieges Fortschritte gemacht habe.

Oesterreichs Kriegsziele.

Die Thronrede habe den Friedenswillen der Monarchie neuerlich kräftig zum Ausdruck gebracht, und die auswärtige Politik der Monarchie habe eine klare und offene Erklärung über die Kriegsziele abgegeben. In bezug auf die Kriegsziele sei eine Annäherung an Rußland zu konstatieren. Redner erwarte, daß auch der deutsche Reichskanzler sich über die Kriegsziele des Deutschen Reiches offen äußern werde. Der dreijährige Krieg habe gezeigt, daß seine Ziele nur die Sicherung der Grundlage des Nebeneinanderlebens der Menschen sind. Hoffentlich wird aus dem Kampfe ein neues, freies Menschengeschlecht hervorgehen, hoffentlich wird in diesem Kriege der Mensch nicht der Besiegte sein, sondern der Sieger. Dann sind die Opfer des Krieges nicht umsonst gebracht.

Gegenüber den Ausführungen des Ministerpräsidenten bemerkt Redner, daß die tschechischen Abgeordneten an ihrer Erklärung nichts zu ändern haben. Ihre Vorschläge seien heute bereits Gemeingut des ganzen Volkes geworden. Es ist das starke Verlangen nach Schaffung eines tschechischen Staates im Rahmen der Monarchie. Diesen Weg, den die tschechischen Abgeordneten eingeschlagen haben, werden sie im Namen Gottes an der Spitze ihres Volkes weiter verfolgen, auch gegen die Regierung und ohne Regierung. (Lebhafter Beifall bei den Tschechen.)

Eine Verwahrung gegen slawische Herausforderungen.

Hartl (Deutsche Volkspartei) erklärt, die Deutschen hatten und haben den ehrlichen Willen, im Parlament fruchtbare Arbeit zu leisten. Deshalb werden sie vorläufig auf die Erörterung gewisser Ereignisse während des Krieges verzichten, solange sie nicht hierzu herausgefordert werden. Jede Duldsamkeit gegen andere politische Auffassungen erreicht ihre Grenze, wenn die Betätigung dieser Anschauungen in einer Weise erfolgt, durch die die Lebensinteressen des deutschen Volkes und des Staates in gleichem Maße bedroht werden. Redner kommt sodann auf die vom Abg. Stanek im Hause abgegebene staatsrechtliche Erklärung zu sprechen, die tatsächlich [illegible]

Die Soldaten haben im Schützengraben wiederholt betont, daß sie betrogen worden sind, (Lebhafte Zustimmung links), wenn man ihnen sagte, daß der deutsche Soldat und der deutsche Offizier ihr Feind sei. (Zwischenrufe.) Es ist eine infame Verleumdung des deutschen Offiziers, wenn man behauptet, daß er aus nationalen Gründen irgendeinem Soldaten nahetreten würde. Redner habe genug nichtdeutsche Soldaten unter sich gehabt, er könne aber nur versichern, daß die Leute stürrig sind unter dem Einfluß der Lehren, die sie aus der Heimat mitgebracht haben, daß sie aber, wenn sie erkannt haben, daß man nur ihr Bestes will, unsere Freunde werden.

Im Abgeordnetenhause sei keine Wendung zum Besseren zu bemerken. Es herrscht hier dasselbe zerfahrene und mißgünstige Treiben wie vor dem Kriege. Redner sei überzeugt, daß die meisten Soldaten, wenn sie von mancher der hier gehaltenen Reden erfahren würden, von tiefer Erbitterung erfaßt würden. Die wirkliche Vertretung Oesterreichs sei nicht hier im Saale versammelt, die Vertretung der Völker, die über die Zukunft Oesterreichs entscheidet, ist an den Grenzen versammelt und entscheidet dort nicht durch lange Reden, sondern durch Taten und Tatsachen.

Wenn zwei sozialdemokratische Redner sich an das Ausland wendeten und versicherten, daß die breiten Schichten des österreichischen Volkes den Frieden wollen, so füge Redner hinzu, daß die Mütter der österreichischen Völker, die an der Front steht, nicht zuletzt den äußeren Frieden darum will, um sich der Hetzer und der Aasgeier im Innern zu entledigen und das einige Vaterland wieder zu erobern. (Beifall.)

Prokesch (tschechischer Sozialdemokrat): Wer sind denn diese Aasgeier? Meinen Sie etwa die Kriegsgewinner? (Lärm bei den Deutschen.)

Neunteufel (fortfahrend): Wenn das Parlament etwas leisten soll, so muß sich jeder einzelne der Abgeordneten hüten, etwas zu tun, was die Hoffnung der Feinde auf die Schwächung des Landes beleben könnte.

Redner kommt auf die Verwaltungszustände zu sprechen, wie sie der Krieg mit sich gebracht hat. Es wäre unverständig, wenn die Zensur die an der Verwaltung geübte Kritik unterdrücken würde. Das Volk ersehnt vom Parlament die Erlösung aus dem schweren wirtschaftlichen Notstand, in dem es sich befindet, und hat ein Recht, zu verlangen, daß [illegible]

[illegible] Kein Zahlzwang für Kurpfuscher in Baden.

Die Form, Mißbräuche in Baden im Juli und August tatkräftigen Trabrennen wird der Beruf des Trabrennplatzes in Baden bereitigen an den Rennlagen auch jenen Vertretern gestattet, die nicht im Besitz eines zum Betreten des Rennplatzes haben, wenn sie mit der Bahn einlangen, in der Station Pfaffstätten, Leobersdorf oder bei der Haltestelle Pfaffstätten-Reinthal des elektrischen Lokalbahn Baden ausgestiegen.

Ausstellungen der Stadt.

Zentralmagazin, 8. Bezirk, Skartierungsliste Nr. 19. Einzelne Skartialie Nr. 6. Abgabe von Bücher, Miscellaneen, nur mit Bücherkarten, weiter Bezirken von ½9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr. Skartiert 2., 8., 10., 13., 17., 18. und 19. Bezirk. Abgabestelle 12. Bezirk kommt ein kleines Quantum Bücher gegen Vorweisung der Bücherkarten von 8 bis 6 Uhr nachmittags an die Skartierer zur Abgabe. Da die Skartierungsarbeiten durch den großen Umfang der Skartierungsmeldungen gestört ist, werden in der Skartierungsliste keine Ziffern mehr enthalten sein, da die Tomperierten Bezeichnungen wegfallen, da die Einladen durch Eisenbahnwaggons ersetzt ist. Ferner die Skartierung der notwendigen Bekleidungsmittel und Erlaubnis des Forderungsmittel, von Eisenbahnwaggons, von der Intervention Transportgesellschaft die Regelung der Gepäckaufnahme an den Bahnhöfen und von der Polizeidirektion die Ermöglichung einer Sonderbeförderung von Lohnführwerken gefördert.

Gerichtssaal.

Die Großeinbrecherbande der Brüder Kaufleute in Wien (Gedanke) hielt am 11. d. im Saale des Landesgerichtes unter Vorsitz des Landesgerichtsrates Dr. Klug den erklärenden Bericht über die Tätigkeit der Bande, mit welch großen Schwierigkeiten in der Skartierung der Bezirke, in der Unterbringung der Skartierungsmittel und Erlaubnis des Forderungsmittel, von Eisenbahnwaggons, von der Intervention Transportgesellschaft die Regelung der Gepäckaufnahme an den Bahnhöfen und von der Polizeidirektion die Ermöglichung einer Sonderbeförderung von Lohnführwerken gefördert.

Pester Lloyd
15./VI. 1917
19

Mittäglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 52 K, halbj. 26 K, viertelj. 13 K, monatl. 4.50 K. Für das Inland und Oesterreich: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 42 K, halbj. 21 K, viertelj. 10.50, monatl. 3.60 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 30 K, halbj. 15 K, viertelj. 7.50, monatl. 2.60 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 56 K, halbj. 28 K, viertelj. 14 K, monatlich 5.— K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 20 K, für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Julius & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

64. Jahrgang. **Budapest, Freitag, 15. Juni 1917** **Nr. 151**

Budapest, 14. Juni.

In allen Farben des Sonnenspektrums schillert die Ministerliste, für die heute Graf Moritz Esterházy die königliche Genehmigung erwirkt hat. Mit der Feststellung dieser Tatsache will durchaus kein absprechendes Werturteil ausgesprochen sein. Aus einheitlichem Parteibecken geschöpfte Kabinette brauchen noch nicht tüchtig, aus heterogenen Bestandteilen zusammengesetzte noch nicht untüchtig zu sein. Auch gleichstrebige Elemente können, unterwegs nach dem gemeinschaftlichen Ziel, auseinandergeraten, ebenso wie ursprünglich divergierende Kräfte, sind sie von einer festen und geschickten Hand gelenkt, sich häufig zu ineinandergreifendem Wirken verhalten lassen. Aus divergierenden Kräften hat Graf Esterházy im Zeitraume einer Woche sein Ministerium zusammengebracht. Schwierigkeiten genug, vielleicht mehr, als Fernerstehende ahnen möchten, mag er dabei zu überwinden gehabt haben, Schwierigkeiten, die nicht von der Gegenseite kamen, die vielmehr herauswuchsen aus der jäh an ihn herantretenden Aufgabe, Parteigebilde, die bislang bloß in der Verneinung einig waren, nunmehr zu positiver Arbeit auf Grund eines gemeinsamen Programms zusammenzufassen. Dieser Schwierigkeiten ist Graf Esterházy Herr geworden. Nun wird er noch zu zeigen haben, ob er auch die feste und geschickte Hand ist, die eben erst miteinander verkoppelten Energien dauernd beisammen zu halten und zur reibungslosen Verrichtung der ihnen auferlegten Arbeitsleistung zu zwingen.

Das ist nun freilich Sache der Zukunft. Für den Augenblick darf der objektive Beobachter, frei von jeglicher Schelsucht, auf die parteipolitische Buntscheckigkeit der Ministerliste verweisen. Ist diese Vielfarbigkeit das durch das Prisma der neuen politischen Lage zerlegte Licht des das ganze Ministerium durchdringenden Gedankens der Wahlrechtsreform? Mit gutem Gewissen wird das niemand behaupten können. Hoffnungsfreudige Seelen mögen erwarten, die neuen Minister werden künftig für ein — wenn das Kind beim rechten Namen genannt werden soll — radikales Wahlrecht sich mit der ganzen schöpferischen Kraft, deren sie fähig, einsetzen. Daß sie in der Vergangenheit nicht allesamt auf diese Fahne eingeschworen waren, ja daß die meisten von ihnen bisher gegen diese Fahne kämpften, ist zu offenkundig, um bestritten, um in Erwägungen über die zukünftigen Geschicke dieses brennendsten aller Probleme der ungarischen Politik auch nur stillschweigend übergangen zu werden. Das neue Kabinett mag dem Volke Ungarns das auf breite Grundlagen gelegte demokratische Wahlrecht bringen; ein Kabinett, dessen Antlitz der Wahlrechtsradikalismus schlankweg abzulesen wäre, ist es sicherlich nicht. Wollte man die Männer, aus denen es sich zusammensetzt, lediglich nach ihrer Vergangenheit beurteilen, so ließe sich eher sagen, daß, dächte man sich den Namen Wilhelm Vázsonyis von der Ministerliste weg, was dann noch übrig bleibt, auch als Ministerium gegen eine weitgehende Demokratisierung des Wahlrechtes eine ganz gute Figur machen würde. Einzig Wilhelm Vázsonyi hat seine ganze politische Lebensarbeit mit zäher Ausdauer, nie verzagendem Mut und einer geradezu verbissenen Begeisterung diesem Ziel gewidmet. Er allein unter allen seinen Ministerkollegen hat immer für das allgemeine Wahlrecht gewirkt, hat lange Zeit hindurch in völliger Vereinsamung für den demokratischen Gedanken gestritten und gelitten. Die anderen sind Neophyten des allgemeinen Wahlrechts, bis auf den Finanzminister Dr. Gustav Gratz etwa, in dessen Werdegang sein Wirken in der seinerzeitigen Wahlrechtsliga nicht eben der ruhmloseste Abschnitt war. Viele der übrigen sind gestern noch Saulusse des Wahlrechts gewesen; wohl können sie sich über Nacht zu Paulussen gewandelt haben, aber die Umwelt sah nicht das Damaskus, vor dessen Mauern der neue Geist sich in ihre Seele ergoß, sieht ihnen auch die verzückte Weihe nicht an, die eine neu erkannte Gottheit in die Blicke ihrer Proselyten zaubert, sieht nur eine Konjunktur, die zum Zugreifen einlud, und kluge politische Geschäftsleute, die angesichts einer solchen Chance vor einem kleinen Opfer des Intellekts nicht zurückscheuten.

Unter diese Neubekehrten des allgemeinen Wahlrechts möchten wir den Ministerpräsidenten selbst nicht ohne weiteres zählen. Graf Esterházy ist aus der englischen Schulung hervorgegangen. Und dort fand er, der von Haus aus konservativ Veranlagte, gesinnungsverwandte Vorbilder, die klug genug gewesen sind, dem zaudernden Liberalismus die Demokratisierung des Wahlrechts vor der Nase wegzuschnappen und dadurch der im Verwelken begriffenen konservativen Politik neue Lebenssäfte zuzuführen. Auch wird ihm nicht entgangen sein, daß die englischen Konservativen diese Verjüngung ihres Ansehens und Einflusses zur Begründung einer imperialistischen Richtung ausnützten, deren Auswüchse zwar der Zukunft der britischen Machtstellung noch verhängnisvoll werden können, der aber das Inselreich unstreitig seinen bisherigen beispiellosen Aufstieg dankt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Graf Esterházy diesen Vorbildern nachstreben will und sein Bündnis mit der Idee der Wahlrechtsreform von solchen Erwägungen inspiriert sein mag. Wie dem auch sei, die unbefangenen Freunde einer Reformpolitik, die den Anforderungen der Demokratie bis zu den durch die straffe Einheit und den nationalen Charakter des ungarischen Staates gezogenen Grenzen gerecht zu werden wünschen, haben wenig Veranlassung, aus der zuwartenden Stellung, die sie der neuen Gestaltung gegenüber bisher eingenommen haben, herauszutreten. Es braucht sich ja kein Mißtrauen in dieses Zuwarten zu mischen; aber ebensowenig soll man der Erkenntnis sich verschließen, daß die neue Regierung, in der Wilhelm Vázsonyi den einzigen erprobten Wahlrechtskämpen darstellt, nach ihrer Zusammensetzung kein ausgesprochenes Wahlrechtskabinett ist. Das Schicksal der Reform, von der Ungarn seine durchgreifende demokratische Umgestaltung erwartet, ist also im Grunde auf die zwei Augen dieses Mannes gestellt. Allerdings aber sind es scharfblickende Augen, und sie sitzen in einem starken Kopf, dem, je robustere Hindernisse sich seinen Gedanken entgegentürmen, desto mächtigere Energien entströmen. Nörgelnde Skeptiker werden vielleicht der Besorgnis Raum geben, Wilhelm Vázsonyi sei als Geisel in das neue Kabinett geraten; die ungarische Demokratie erblickt in ihm den Bürgen ihrer Hoffnungen, die, mochten sie auch in diesem Lande bisher eine kühne Illusion dünken, durch den im Weltkrieg herangereiften Zeitgeist zur Voraussetzung unserer gedeihlichen Zukunft geworden sind.

Wie dem auch sei, für den Augenblick bleibt es das Wichtigste, daß die neue Regierung gebildet ist. Daß sie als Minderheitsregierung kommt, ist in den Verhältnissen, unter denen sie ins Leben gerufen wurde, vollauf begründet. Es mag dem Lande zur Genugtuung dienen, daß ihr Zustandekommen durch die frühere Regierung und die Mehrheitspartei in keiner Weise erschwert worden ist. Dem Manne, den das Vertrauen des Königs in so furchtbar ernster Zeit an die Spitze der Regierung beruft, muß die Möglichkeit geboten werden, sein Können zu entfalten. Der schwerste Fehler wäre es gewesen, die staatsmännischen Werte, die seine Persönlichkeit birgt, im Keime zu ertöten. Die Gelegenheit darf ihm nicht genommen werden, zu offenbaren, ob er wirklich der providentielle Staatsmann ist, dessen Ungarn in diesen schicksalsschweren Zeitläuften bedarf. Aus der Ministerliste, die heute die Genehmigung des Königs empfangen hat, erfährt man noch nicht viel von seinen gouvernementalen Entwürfen. Weder das Ziel, für das er kämpfen will, noch das Rüstzeug, mit dem er in den Kampf zieht, ist aus ihr ersichtlich. Aber das hat weiter nicht viel auf sich, auf die richtige Politik kommt es ja mehr an, als auf die Männer, die in den Dienst dieser Politik gestellt werden. Die Politik der neuen Regierung aber wird sich zunächst in ihrem Programm aussprechen. In völliger Unbefangenheit sieht die öffentliche Meinung diesem Programm entgegen. Sie wird es ohne kleinliche Haarspalterei, ohne engherzige Parteigesichtspunkte, in strenger Sachlichkeit, aber auch mit sachlicher Strenge prüfen. Groß und schwer sind die Aufgaben, die des neuen Kabinetts harren. Der Krieg, der die Nation vor die Lebensfrage gestellt hat, heischt andauernd Opfer an Gut und Blut, die, sollen sie auch weiter erschwungen werden, fortgesetzt eine durchgreifende Organisation aller politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes im Dienste des unentwegten Durchhaltens erfordern. Und hinter den mühseligen und opferreichen Leistungen des Tages reckt sich das sorgenvolle Problem der Zukunft auf. Für die verwüsteten Güter muß beizeiten Ersatz geschaffen werden. Der Uebergang zur Friedenswirtschaft will auf Grund eines reiflich durchdachten Planes vorbereitet und mit allen Bürgschaften des Erfolges in die Wege geleitet sein. Die Staatsfinanzen müssen durch eine Wirtschaftspolitik, die den nationalen Wohlstand hebt und den Bürger zur Tragung der erwähnten Lasten fähig macht, von Grund auf regeneriert werden. Dies kann nur geschehen, wenn der Landwirtschaft durch eine gesunde Bodenverteilung und durch das Eingreifen des Staates im Interesse einer intensiveren Wirtschaftsmethode ganz neue Richtungen erschlossen werden und wenn die heimische Industrie auf eine Stufe gebracht wird, die ihr nicht bloß ergiebigere Absatzmöglichkeiten auf dem Inlandmarkt, sondern auch einen höheren Grad von Exportfähigkeit sichert. Auch eine systematische Bevölkerungspolitik muß einsetzen, die darauf bedacht ist, für den ungeheuren Blutverlust, den die Nation erlitten, möglichst raschen und möglichst reichen Ersatz zu schaffen. Der Krieg hat nebst einer Fülle erhebender und ruhmvoller Erscheinungen auch manche herbe Belehrung gebracht: er hat die Stellen von gerin-

Abendz
15./VI. 1917
20

Abgeordnetenhaus.

Plenarsitzung.

* Wien, 15. Juni.

Für die heutige Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses waren im Einvernehmen aller Parteien besondere Maßregeln getroffen worden, um eine Wiederholung der peinlichen Exzesse, wie sie gestern vorgekommen waren, absolut auszuschließen. Die Führer aller Parteien, der deutschen und der nichtdeutschen, hatten vereinbart, zur Vermeidung von Zwischenrufen und anderen störenden Episoden dafür Sorge zu tragen, daß bei einzelnen Rednern immer nur ein beschränktes, tunlichst nur aus Parteifreunden zusammengesetztes Auditorium im Sitzungssaal anwesend sein solle. Diese Maßregel wurde genau durchgeführt. Als der deutschradikale Abg. Wolf zu Worte kam, waren im Saal nur Deutsche und ganz wenige, eigens ausgewählte Vertreter anderer Parteien zugegen. Nach dem Abg. Wolf hielt der polnische Sozialdemokrat Daszynski eine Rede, bei der fast nur Polen und Ukrainer, von den übrigen Parteien nur wenige Abgeordnete anwesend waren. Die deutschen Bänke waren fast leer. Durch diese Maßregel, die sich heute bewährt hat, hofft man, daß es gelingen werde, über die erste Lesung des Budgets in einer oder zwei weiteren Plenarsitzungen glatt und ohne weitere störende Ueberraschungen hinwegzukommen.

Nachstehend der

Sitzungsbericht.

Präsident Dr. Groß eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Tusar zum Vizepräsidenten gewählt.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl des achten Vizepräsidenten, die unter Namensaufruf vorgenommen wird.

Gewählt wird Abg. Tusar mit 209 Stimmen.

Tusar (tschechischer Sozialdemokrat) erklärt, die Wahl anzunehmen.

In Erledigung des zweiten Punktes der Tagesordnung wird hierauf zur Wahl von sechs Ordnern geschritten.

Das Wahlergebnis wird im Laufe der Sitzung bekanntgegeben werden.

Sodann wird die erste Lesung des Budgetprovisoriums fortgesetzt.

Wortverzicht wegen mangelnder Sicherheitsgarantien.

Abg. Dr. Tresic-Pavicic beginnt in kroatischer Sprache. Deutsch fortfahrend, erklärt er, daß nach zweijähriger Untersuchungshaft in dem gegen ihn angestrengten politischen Prozeß auch seine Parlaments- und Landtagsreden mit ausdrücklicher Gutheißung des gewesenen Justizministers Hochenburger (Hört! Hört!-Rufe bei den Südslawen) zum Beweis seiner, wie sich der öffentliche Ankläger ausdrückte, hochverräterischen Gesinnung bei der Hauptverhandlung verlesen und gegen ihn der Schuldspruch auf Todesstrafe verlangt wurde.

Da Redner unter dem heutigen Regime keine Garantie habe, daß, wenn er hier nach seinem besten Gewissen über die Zustände in den südslawischen Ländern, denen gegenüber die gestrigen Schilderungen über die Zustände im Thalerhof nur ein blasses Bild darstellen, die Wahrheit sage, da er nicht die Garantie habe, daß seine parlamentarischen Reden nicht noch einmal inkriminiert werden und ihn auf die Anklagebank mit Androhung der Todesstrafe führen, da zudem die Reden im Abgeordnetenhause einer strengen Zensur unterliegen, sei er gezwungen, in dieser eminent politischen Debatte auf das Wort zu verzichten.

Die Deutschradikalen und das Parlament.

Abg. Wolf (deutschradikal) führt aus, man sollte voraussetzen, daß die Einberufung des Parlaments in einem Verfassungsstaate etwas Selbstverständliches und von allen Parteien gleichmäßig Gewünschtes sei. In der Oeffentlichkeit und von gegnerischen Parteien wurde vielfach die Meinung vertreten, ein Teil des Deutschen Nationalverbandes und besonders die garstigen Deutschradikalen seien Gegner des Parlaments. Es kann keine größere Anhänger des Parlaments geben, als wir es sind, und niemand ist von der Notwendigkeit, des Parlaments mehr überzeugt als wir, die wir auf streng konstitutionellem Standpunkt stehen; nur wollen wir ein Parlament, das etwas wert ist, das der Bevölkerung wirklich alle die sehnsüchtigen Wünsche bringt, die es hegt.

Den Ereignissen in den letzten Sitzungen des Hauses sich zuwendend, befürchtet Redner, über das Verlangen, die wegen Hochverrates verhafteten und eingesperrten Mitglieder des Parlaments freizulassen, werde sich eine Debatte entwickeln, die angesichts des Temperaments, mit dem diese Angelegenheiten von der Gegenseite geführt werden dürften, auch bei uns einige Empfindungen auslösen muß; denn auch wir haben kein Fischblut in den Adern. Wir können nicht drei Tage lang Beschimpfungen unerhörtester Art unserer Armee zulassen und Verhöhnungen jedes deutschen Gefühls uns gefallen lassen. Die Behandlung dieser Frage wird bei uns selbstverständlich ein Echo finden, und da kann die Arbeitsfähigkeit des Hauses vielleicht dahin sein, ohne daß die Schuldfrage entsprechend gelöst werden kann. Von der Erledigung des Budgets, von der Verlängerung der Mandatsdauer, von der Einberufung der Delegationen wird die Bevölkerung nicht befriedigt sein. Die Bevölkerung erwartet vom Parlament wirtschaftliche Hilfe und positive Arbeit. Den breiten Massen des Volkes kann nur dadurch geholfen werden, daß man die Nahrungsmittelpreise auf einer erschwinglichen Höhe hält und daß man den furchtbaren Uebergriffen des Wuchergeistes entgegenwirkt, der bei uns geradezu Orgien gefeiert hat. Was bisher dagegen getan wurde, sind schwächliche, von gutem Willen eingegebene, aber nicht von der nötigen Kraft getragene und geförderte Versuche. Dann will das Volk noch manches andere, was aber durch die Bewilligung des Budgets, durch Verlängerung der Mandate, durch die Wahl der Delegationen gewiß nicht erfüllt würde.

Voraussetzungen für die parlamentarische Arbeitsfähigkeit.

Wir wünschen das Parlament, wir wollen, daß Kritik geübt werde an gewissen Fehlern, die seitens der Verwaltung begangen wurden, wir wünschen, Gelegenheit zu haben, gewisse Mißgriffe der Regierung in der inneren und äußeren Politik unter unsere Betrachtung zu nehmen, aber wir wünschen, daß das Parlament arbeitsfähig sei; aber von einer Arbeitsfähigkeit des Hauses kann jedoch nicht gesprochen werden, solange nicht gewisse Voraussetzungen gegeben und geschaffen sind. Daß dieser Staat eine Sprache haben muß, ist in diesem Hause in einer der ersten Sitzungen wieder deutlich zum Ausdruck gekommen. Daß das Haus eine einheitliche Sprache braucht, genau so wie der Staat, ist heute durch den Verlauf des Weltkrieges allen zum deutlichen Bewußtsein gekommen. Wie kann man sich eine gedeihliche und sachliche Beratung des Hauses vorstellen, wenn in verschiedenen Sprachen gesprochen wird?

Eine zweite Voraussetzung wäre, die Sonderstellung Galiziens fertigzustellen. Die dritte Voraussetzung ist, daß die Frage des böhmischen Staatsrechtes endlich einmal im deutschen Sinne bereinigt werde.

Die aufgeregten Tschechen.

Wir haben nicht die Opfer eines dreijährigen Krieges deshalb auf uns genommen, damit nach Friedensschluß mit der Durchführung des böhmischen Staatsrechtes dieser Staat in Trümmer geschlagen und in seinen Grundfesten erschüttert werde. Redner erinnert an die jüngsten erst gestern erwähnten Vorkommnisse in Prag. Geben denn diese Ereignisse nicht der Regierung zu denken? Ja, die Minister denken schon darüber nach, und sie sagen sich: Wenn die Tschechen so aufgeregt sind, müssen wir schleunigst etwas tun, um sie zu beruhigen. Wir Deutschen antworten: „O nein! Es ist nicht angebracht, auf Drohungen mit Gewalt Leuten gegenüber, die auf die Straße ziehen und mit der Einstellung aller Leistungen für den Staat drohen, zu paktieren!“ Redner warnt vor dieser Erscheinung, und bittet die Regierung, größere Zurückhaltung zu bewahren. Wir haben es satt, immer nur die Bescheidenen zu spielen. Wir fordern endlich ein aktiveres Vorgehen auf innerpolitischem Gebiet und fordern die Unschädlichmachung der Elemente, durch die die Zukunft Oesterreichs gefährdet werde. (Zu den Tschechen sich wendend:) Ich könnte drastisch illustrieren, wodurch die Tschechen das Recht verloren haben, hier zu erscheinen, ich will es aber unterlassen. Hingegen habe ich (Redner hebt ein großes Aktenstück hoch empor) ein Faszikel mit Beweisstücken, das ich auf Wunsch und im Bedarfsfalle zur Verfügung stelle, damit man beurteilen kann, ob die Tschechen berechtigt sind, jetzt hier im Hause derartig anmaßend aufzutreten.

In seinen weiteren Ausführungen kommt Wolf auf die gestrigen Sturmszenen zu sprechen. Tags vorher haben uns die Tschechen in der wüstesten Weise beschimpft, es fielen unerhörte Namen, und kein Mann auf der Regierungsbank hat dagegen Einspruch erhoben. Bei uns aber fiel nur ein Zwischenruf, in dem gesagt wurde, daß noch nicht alle Staatsverbrecher ihre gebührende Strafe bekommen hätten.

In diesem Moment erhebt sich Sozialdemokrat Winter und ruft: Der Abgeordnete Niedrist ist aber auch noch nicht gehängt worden!

Sturmszenen.

Eine ungeheure Erregung entsteht auf den Bänken der Tschechen, man drängt sich um die Bank des Abg. Winter; man hört aus dem Wortschwall einzelne Rufe: „Gemeinheit! Unverschämtheit! Wir lassen uns das nicht gefallen!“

Abg. Ellenbogen drängt sich zu Winter, um ihn zu beruhigen. Abg. Diamand gerät in heftige Kontroverse mit den Deutschen.

Der Präsident Dr. Groß läutet fortwährend, ohne daß sich der Lärm legt.

Abg. Wolf zum Präsidenten: Herr Präsident, ich mache Sie darauf aufmerksam, jetzt soeben hat dieser Abgeordnete (Redner zeigt auf Winter) den Ausspruch getan, der Abg. Niedrist sei nicht gehängt worden. Sie haben gestern dem Abg. Heine den Ordnungsruf erteilt, ich fordere Sie auf, auch dem Abg. Winter einen Ordnungsruf zu erteilen.

Dr. Groß: Ich habe die Aeußerung nicht gehört, und auf einfache Mitteilungen hin kann ich keinen Ordnungsruf erteilen.

Die Lärmszenen dauern noch einige Minuten fort, dann gelingt es den besonneneren Abgeordneten, die Ruhe wiederherzustellen.

Wolf (fährt fort): Was werden die Leute an der Front sagen, wenn ihnen die Ereignisse hier im Saale bekannt werden. Sie werden nicht verstehen, warum um eines Zwischenrufes willen eine derartige Empörung sich erheben kann. Bedenken Sie, wie den Leuten an der Front zumute sein muß, wenn die Verrätereien zum Opfer fallen! Redner erwähnt einzelne Fälle, bei denen durch verräterische Akte die Truppen gefährdet wurden. Redner kommt dabei auf die gestrigen Vorgänge und damit auch auf den Zwischenruf Heines zurück und erklärt, daß er sich mit ihm vollkommen einverstanden erkläre, und er dafür sei, daß, wenn einige Schuldige der gebührenden Strafe entgangen seien, diese noch nachzuholen wäre. (Vereinzelter Beifall bei den Deutschen.)

„Was geht uns die russische Revolution an?“

Dazu wird es nun freilich nicht kommen, dafür aber hat man in diesem Hause erlaubt, daß die Freilassung des Herrn Kramarsch verlangt wurde, und man hat es weiter erlaubt, daß gestern hier in diesem Saale und auch früher schon gelegentlich der staatsrechtlichen Erklärungen auf die Revolution in Rußland verwiesen wurde. Was geht uns die russische Revolution an? Weil dort ein Haufe der sogenannten Intellektuellen, deren Intelligenz aber noch recht fraglich ist, nun die Republik eingeführt, ohne sich über das Wesen der Demokratie im klaren zu sein, sollen deshalb auch wir nach diesem noch nicht ganz bewährten Muster unseren Staat umgestalten lassen? (Heiterkeit.) Was verlangen denn die Tschechen noch anderes? Zuerst verlangten sie die Autonomie der Völker, jetzt machen sie daraus die Autonomie der Länder. Aus Böhmen, Mähren und Schlesien sollen autonome Tschechengebiete gemacht werden. Was würde denn dann mit uns Deutschen geschehen? Wir haben unsere Erfahrungen gemacht, und wir hoffen, daß auch höheren Orts die entsprechenden Erfahrungen gesammelt wurden. Wir haben keine Lust, uns unter ein tschechisches Staatsrecht zwingen zu lassen. Das tschechische Staatsrecht wäre der gefährlichste Feind des gesamten Staates Oesterreich in seiner weiteren Folge und ein Feind der Dynastie. (Stürmischer Beifall bei den Deutschen.) Wer es mit dem Staate und der Dynastie ernst meint, darf nicht nur nicht mit dem tschechischen Staatsrecht kokettieren, sondern muß klipp und klar erklären: „Dieser Begriff gilt uns als abgetan.“ Deshalb erheben wir die Forderung nach nationaler Teilung, denn mit ihrer Durchführung fliegt das tschechische Staatsrecht in die Luft. Redner faßt die Forderung der Deutschen in Böhmen, wie überhaupt die Forderung der Deutschen in drei Punkte zusammen: Festlegung der deutschen Staatssprache, Regelung des Verhältnisses zu Galizien und Regelung der nationalen Verhältnisse in Böhmen.

Die falsche Scham vor der Konstitution.

Auf die Gefahr hin, von jenen Schwärmern, die nur immer alles auf konstitutionellem Wege durchgesetzt wissen wollen, auf die Gefahr, mit vorwurfsvollem Blick gestreift zu werden, müsse er erklären, daß die Neuordnung in Böhmen sich allerdings auf konstitutionellem Wege nicht ermöglichen lasse. Wer das Gegenteil behauptet, sei ein Doktrinär oder noch etwas Schlimmeres. Diese falsche Scham vor der Konstitution sei ihm um so weniger begreiflich, als es sich hier um eine Forderung handelt, die für das Deutschtum in Oesterreich eine Lebensnotwendigkeit bedeutet. Wenn ein Mann, der im Begriff ist, zu verhungern, ein Stückchen Brot findet, dann wird er sich nicht überlegen, wie es ihm gereicht wird. Er wird es auch von einer schmutzigen Unterlage nehmen, er wird nicht danach fragen, woher es kommt. Unserem Staat aber ist die innere Neuordnung das unentbehrliche Brot. Wo war denn die Keuschheit und die Scham vor der Konstitution bei den Herren Stransky und Kramarsch zu finden, als im Jahre 1897 Graf Badeni mit seinen berüchtigten Verordnungen uns überrumpelte? Heute sind wir der Anschauung, daß eine Neuordnung der inneren Verhältnisse Oesterreichs nur möglich ist durch Anwendung des kaiserlichen Patentrechtes. Wir haben dieser Tage die Freude erlebt, daß unsere deutschen Forderungen von höherer Stelle als Staatsnotwendigkeit anerkannt wurden. Wenn nun der Monarch die Ablegung des Eides auf die Verfassung auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben hat, dann geschah dies wahrscheinlich deshalb, weil man ihm nicht den einzigen Weg verrammeln wollte, um unser Reich gegen die von inneren Feinden drohende Gefahr zu beschützen und eine geeignete Neuordnung der Verfassung herbeizuführen. Hätte nicht die Kugel eines Mörders den Grafen Stürgkh beseitigt, dann hätten wir vielleicht schon heute diese Neuordnung in Oesterreich und litten nicht mehr unter jenen Krämpfen, die jetzt den Staatskörper erschüttern.

Deutsche Kriegsziele.

Redner wendet sich nun der Besprechung der Kriegsziele zu. Man dürfe nicht dulden, daß wieder gewartet wird, bis die Delegationen zu einer solchen Erörterung Gelegenheit geben. Die Kriegsziele müssen hier in diesem Hause erörtert werden. Es erscheine ihm zunächst unfaßbar, warum man eine Partei, die doch offenbar durch ihr Programm auf die Republik eingeschworen ist, mit der Vertretung der Wünsche eines monarchischen Staates gerade jetzt in Stockholm betraut hat. Unter der Hochflut von Schlagworten, die die letzte Zeit gebracht hat, findet sich auch das Schlagwort: Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Gehen Sie mit diesem Worte an die Front, dort wird es niemand verstehen! Uns ist allerdings unverständlich, warum sich unser Minister des Aeußern gleichfalls auf dieses Schlagwort eingeschworen hat, und die Delegationen werden Gelegenheit geben, hierüber mit dem Grafen Czernin ein ernstes Wort zu sprechen. Angenommen, es kommt zu einem solchen Frieden, was soll denn dann aus Ostgalizien werden? Was hätte mit Serbien, Rumänien und dem Balkan zu geschehen? Unterschätzen Sie nicht die Stimmung in unserer Bevölkerung! Angesichts der jetzt aufgelegten Kriegsanleihe hat man es allerdings als angezeigt erachtet, zu dementieren, daß die Sozialdemokraten mit einem offiziellen Mandat nach Stockholm entsendet wurden. Angenommen aber den Fall, sie kommen mit einem Frieden zurück: Was wird Deutschland hierzu sagen, Deutschland, das durch einen von sozialdemokratischen Unterhändlern vermittelten Frieden um seine Friedensnotwendigkeiten gebracht würde? Auch wir Deutschen in Oesterreich haben keinen Anlaß, uns über einen solchen Frieden zu freuen. Er wäre infiziert vom Geiste der Zersetzung und Zerstörung, denn es würde nicht lange dauern, und die Sozialdemokratie ließe die Maske fallen, ebenso wie Scheidemann und Ledebour es taten, als sie mit Revolution und Republik drohten. Angenommen den anderen Fall, die Unterhändler kämen ohne Frieden zurück, dann würden sie dies ausnützen, um die Unzufriedenheit im Volke erst recht zu schüren.

Niemand sehnt sich mehr nach Frieden als wir deutschen Völker in Oesterreich, aber nur nach einem Frieden, der dauernd ist und unsere Zukunft sichert. Er kann nicht geschlossen werden ohne Sicherung an unseren Grenzen und ohne die Sicherung, daß wir in den neuen Gebieten das ernten, was wir zur Erhaltung unseres Landes nötig haben. Es genügen nicht Milliarden, um die Zerstörungen des Krieges wettzumachen. Dies kann nur geschehen durch einen Frieden, der uns die Möglichkeit gibt zu wirtschaftlichpolitischer

---

17 Nr. 5288

Glänzende Ergebnisse der Getreideausfuhr.

Bukarest, 14. Juni. (KB)

Die Getreideausfuhr aus Rumänien führte im letzten Monat zu glänzenden Ergebnissen. Es sind an einzelnen Tagen auf dem Bahnweg und auf der Donau Getreidemengen hinausgegangen, die den Tagesbedarf von 100 Millionen Menschen überschreiten. Man ermißt die Größe des Erfolges, wenn man die jetzige Getreideausfuhr mit der des vorigen Jahres vergleicht, in dem Rumänien sich in vollem Frieden befand und das ganze Gebiet einschließlich der Moldau an der Getreideausfuhr teilnahm. Die Durchschnittstagesausfuhr im Mai überschreitet noch die im Vorjahre an den besten Tagen erreichten Rekordziffern.

Die Börsen.

Wiener Börse.

Unter dem Eindruck des Exposés des Finanzministers verhielten sich die Börsenkreise heute zurückhaltend, doch blieb die Grundstimmung des Marktes im Hinblick auf die andauernd günstige Beurteilung der militärischen und politischen Lage fest. In der Kulisse waren Transportwerte mit Industrialien bevorzugt und wesentlich höher. Die übrigen Kulissewerte wiesen keine nennenswerten Veränderungen auf; schwächer lagen anfangs nur einzelne Eisenwerte, die sich jedoch weiterhin gleichfalls gut erholen konnten. Im Schranken war die Kursgestaltung nicht einheitlich. Höher notierten besonders Schiffahrtwerte auf Fusionsgerüchte, ferner einzelne Munitions-, Lokomotiven-, Gaswerksbau-, Brauerei-, Tabak-, türkische Transport- und Textilwerte, niedriger dagegen einzelne Bank-, Holz-, Telephon- und Textilwerte. Der Anlagemarkt bekundete nach wie vor eine feste Haltung.

Pariser Börse.

Paris, 14. Juni. (KB)

3prozentige französische Rente 61.—, 5prozentige französische Anleihe 88.10, 4prozentige Spanier 109.—, 5prozentige Russen 74.85, 3prozentige Russen 47.—, 4proz. unif. Türken 63.25, Banque de Paris —.—, Crédit Lyonnais 1108.—, Union Parisienne 621.—, Métropolitain 418.—, Nord d'Espagne 485.—, Saragossa 448.—, Suezkanal 1365.—, Thomson Houston 710.—, Raff. Fay 482.—, Caoutchouc 202.—, Malacca Rubber —.—, Baku Naphtha 1405.—, Briansker 879.—, Lianosoff 848.—, Maltzeff 495.—, Le Naphthe 820.—, Toula 1001.—, Rio Tinto 1732.—, Cape Copper 124.—, China Copper 383.—, Spatzky Copper 49.25 Utal Copper —.—, Tharsis —.—, Debeers 870.—, Goldfields 46.—, Lena Goldfields 40.—, Tanganike 104.—, Randmines 96.—, Crédit Foncier 655.—.

— (Die russische Kriegsanleihe.) Aus Petersburg, 14. d., wird telegraphiert: Nach Mitteilungen des Finanzministeriums wurden innerhalb der fünfzigtägigen Zeichnungsfrist in den staatlichen und privaten Kreditinstituten Obligationen im Betrage von 1.151,857.050 Rubel gezeichnet. Von dieser Summe entfallen 689,035.980 Rubel auf die Privatbanken und 462,821.070 Rubel auf die Staatskreditinstitute. Der obige Betrag der Zeichnungen übersteigt um das Doppelte die entsprechenden Ziffern der letzten beiden unter dem früheren Regime aufgelegten Kriegsanleihen.

— (Deutsche Neugründungen.) Aus Berlin wird uns berichtet: Die Oberschlesischen Kokswerke und chemischen Fabriken werden sich der Kohlenvergasung zuwenden und haben die Firma „A.-G. für Brennstoffvergasung“ in Gemeinschaft mit der Maschinenfabrik Ehrhardt & Sehmer in Schleifmühle-Saarbrücken gegründet. Letztgenannte Firma besitzt im Bau von Vergasungsanlagen große Erfahrung und erzeugt die neuesten Apparate auf diesem Gebiet. Die neue Gesellschaft verfügt über ein Kapital von [illegible] Mark. Eine große Versuchs-

Neues Pester Journal

15/III. 1917

21

Das neue Ministerium.

Nach langen schweren Geburtswehen ist heute endlich das neue Kabinet Esterházy zustande gekommen. Der König kommt morgen in seine aus diesem Anlasse festlich beflaggte ungarische Hauptstadt, um das bisherige Kabinet Tißa endgiltig zu verabschieden und den neuen Ministern den Eid abzunehmen. Vergebens fragen wir heute mehr, ob es so kommen mußte oder nicht. Es ist so gekommen und damit müssen wir uns Alle abfinden. Wir wollen diesmal nicht nach den gewiß sehr interessanten Coulissengeheimnissen forschen, welche hinter dem für die Oeffentlichkeit so unerwartet jähen Sturz des Grafen Stephan Tißa stecken, und nehmen loyal die offizielle Begründung des Regierungswechsels zur Kenntniß. Tißa mußte gehen, weil er sich aus nationalen Gründen weigerte, ein allzuradikales Wahlrecht zu schaffen. Die Konzessionen, welche er anschließend an das bekannte königliche Handschreiben zu machen sich bereit erklärt hatte, befriedigten nicht nur die Anhänger des allgemeinen Wahlrechtes nicht, sondern fanden offensichtlich auch in Wien keinen Anklang. Es bleibt den Historikern einer späteren Zeit vorbehalten, die Vorgeschichte dieses gewiß sehr bedeutsamen politischen Umsturzes mit ruhigerer Objektivität zu schreiben, als dies heute möglich wäre. Jedenfalls halten wir es heute noch für verfrüht, dem Grafen Stephan Tißa einen Nachruf zu widmen, ebenso wie wir uns enthalten müssen, dem neuen Kabinetschef ein günstiges oder ungünstiges Prognostikon zu stellen, ehe er selber sein offizielles Programm bekanntgegeben hat.

Was wir aber schon heute konstatiren können, ja was sich dem unbefangenen Beobachter förmlich aufdrängt, das sind die eigenartigen Vorgänge, unter welchen dieses neue Koalitionsministerium — oder sagen wir, falls diese Benennung den Herren mit Rücksicht auf die etwas schmerzliche Vergangenheit unangenehm sein sollte: Wahlrechtskabinet — das Licht der Welt erblickt hat. Da Graf Esterházy die Nationale Arbeitspartei weder für sein Regime gewinnen, noch auch nur einen Theil derselben in sein Lager locken konnte, mußte er sich um die Gunst und Unterstützung der oppositionellen Parteien bewerben. Seine diesbezüglichen Bemühungen waren post tot discrimina rerum von Erfolg gekrönt. Das war gewiß ein schweres Stück Arbeit, welche einer weniger affablen, weniger sympathischen und weniger exponirten Persönlichkeit, als der des jungen Grafen, vielleicht gar nicht gelungen wäre und auch diesen nur mit der mächtigen Unterstützung des jungen Königs, welcher seit Tagen bemüht war, seinem designirten Ministerpräsidenten die persönlichen und sachlichen Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Graf Esterházy wird also mit seinen politischen Mitarbeitern als Lenker der Staatsgeschäfte in einer der schwersten Epochen vor die Nation treten. Seine Minister und seine Anhänger präsentiren sich fürwahr als eine recht bunt zusammengewürfelte Gesellschaft mit beschränkter Haftung, gegen welche die selige Koalition unseligen Angedenkens eine förmlich homogene genannt werden kann. Graf Esterházy selber gehört dem kleinen, aber gewählten, vornehmen Kreise der Verfassungspartei an, deren Führer Graf Julius Andrássy ihm wohl mit der Wärme und Erfahrung des politischen Mentors zur Seite stehen wird. Aber — unseres Wissens gehört Graf Andrássy keineswegs zu den Stürmern des allein seligmachenden Wahlrechtsblocks. Oder sollte, wo so Vieles ausgeschaltet wird, ausnahmsweise auch etwas eingeschaltet werden? Auf die kleine Andrássy-Partei allein konnte er sich nicht stützen und so verhandelte er mit der größten Oppositionspartei des Grafen Apponyi. Und siehe da: es gab erhebliche Schwierigkeiten, aber schließlich ging es doch. Wohl hatte Graf Apponyi hoch und heilig betheuert, er könne und werde den langfristigen Ausgleich mit Oesterreich nie und nimmer bewilligen, sondern er und seine Partei werden mit allen Mitteln gegen einen solchen Ausgleich kämpfen, aber — in letzter Stunde soll eine der vielerprobten Formeln gefunden worden sein, welche es Apponyi und den Seinen möglich machte, in die Laube zu gehen und den verketzerten Ausgleich zu schlucken, indem die Opposition gegen denselben einfach „ausgeschaltet" wird. Ausschalten! Das ist ein beliebter Ausdruck für Manteldreherei, die etwas vulgär klingt, aber doch die richtige Benennung ist. Und erst der schrecklich radikale Graf Michael Károlyi! Was mußte erst dieser edle Graf ausschalten, damit er von den Freunden des neuen Regimes nicht ausgescholten werde. Du lieber Gott, was thut man nicht aus Liebe zum definitiven Sturze eines so verhaßten und so gefürchteten Gegners wie Graf Tißa. Da wird man plötzlich zahm, wie ein sanftes Lämmchen. So sehen wir denn, daß Graf Michael Károlyi nicht nur seine ebenso wüthende, wie unsinnige Opposition gegen unsere auswärtige Politik, sondern auch seine wirthschaftlichen und militärischen Unabhängigkeitsdogmen „ausschaltete", ja sogar in seinen feurigen Wahlrechts-Wein etwas Wasser schüttete, wie dies aus dem famosen Beschluß der gestrigen Konferenz des Wahlrechtsblocks deutlich hervorgeht.

Dieser neuesten Stellungnahme des sogenannten Wahlrechtsblocks muß übrigens ernstere Beachtung geschenkt werden, denn sie läßt auf manch Interessantes schließen. Bekanntlich wurde dieser Wahlrechtsblock — unter Ausschluß der Andrássy-, Apponyi- und Volkspartei — von der Károlyi-Partei, den Bázsonyi'schen Demokraten, den Sozialisten, Radikalen und Christlichsozialen zu dem Behufe gebildet, um strenge darüber zu wachen, damit ja nicht wieder das allerradikalste, allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht gefälscht oder ausgespielt werde. Und was lesen wir mit erstauntem Blick in dem gestrigen Beschluß des Wahlrechtsblocks? Die Herren wollen das neue Kabinet mit voller Kraft unterstützen, weil dasselbe sich deshalb konstituirt hat, um das gründliche, „auf breiter Basis" aufgebaute Wahlrecht zu verwirklichen, weshalb dieser felsenfeste Block die Möglichkeit nicht von sich weisen könne, der Verwirklichung *seines* Programms in erheblicher Weise „näher zu kommen"! Also das Wahlrechtsprogramm Esterházy's, welches wir noch nicht kennen, welches aber den Herren Blockisten augenscheinlich schon bekannt ist, *kommt jenem des Blocks nur „näher", wird demnach nicht die Erfüllung aller extremen Forderungen enthalten.* Und doch wollen sie ihn unterstützen und *ihr* Programm vorläufig ausschalten. Es geht wirklich nichts über die unbeugsame Konsequenz und Prinzipienfestigkeit so eines radikalen Blocks! Und erst die reaktionär-demagogisch-klerikal-antisemitische Volkspartei: sie schaltet ebenfalls nur vorläufig nahezu Alles aus ihrem Programm aus, um nicht ganz aus dem Machtbesitz ausgeschaltet zu werden. Wenn das kein einheitliches Kabinet ist, dann war der babylonische Thurmbau auch kein einheitlicher. Ueber diesen trüben Gewässern quasi als heiliger Geist des politischen Zusammenschlusses zu schweben, ist wahrlich keine beneidenswerthe Aufgabe. Aber Graf Esterházy hat sie trotz Kenntniß dieser mißlichen Lage doch übernommen. Nun wollen wir sehen, ob und wie er sich aus der Affaire zieht. Jedem seiner Schritte wird und muß große Beachtung geschenkt werden, denn schließlich handelt es sich denn doch nicht um die Theilung dieser ungarischen Erde unter ehrgeizige Politiker, sondern um die höchsten Interessen dieser Nation.

Tägliche Rundschau

16/III. 1917

16

22

Nachdruck der Originalaufsätze verboten.

Drei Briefe aus Oesterreich.

Von Richard Bahr.

2) Der junge Kaiser.

Wien, Anfang Juni.

Als ich vor drei Wochen hinausfuhr, war ich nach mancher vertraulichen Botschaft, die von da und dort mir zugegangen war, des Glaubens: in Oesterreich solle wieder einmal mit bewußter Absicht gegen die Deutschen regiert werden. Ich habe die innerösterreichischen Dinge seither nicht optimistischer zu sehen gelernt, aber diese Auffassung teile ich doch nicht mehr. Was sich zurzeit in den Königreichen und Ländern abspielt, gehört in das schmerzliche Kapitel der verpaßten Gelegenheiten, an denen die Geschichte der habsburgischen Monarchie so reich ist. Man hat wohl keinen bösen Willen gehabt, hat ihn auch heute kaum. Aber man hat die rechte Stunde verzaudert und verträumt und muß nun für das Unterlassen nicht viel anders büßen als für verkehrtes Handeln.

Man kann von dem Wandel, der seit einem halben Jahr in Oesterreich alle Dinge ergriff — einem Wandel in steter Bewegung — nicht reden, ohne zugleich des jungen Kaisers zu gedenken. Die Stellung der Monarchie ist dort überhaupt anders als bei uns. Die Regierung hat keine Mehrheit und muß, um leben zu können, diese Mehrheit sich von Fall zu Fall erkaufen. Aber auch von den Parteien und Nationen hat keine für sich allein die Mehrheit, und so mühen sie sich um die Wette, die Krone als wertvollen Bundesgenossen zu gewinnen. Im deutschen Lager, wo man — nicht überall, aber doch vieler Orten — sich zulange in Illusionen gewiegt hatte, war man in den letzten Tagen Franz Josefs der Meinung gewesen, auf den Erben der Krone sicher zählen zu können. Der hätte im Felde doch selber gesehen, wieviel von den Nichtdeutschen gegen die Interessen des Staates gesündigt worden war und tagaus, tagein noch gefehlt ward. Und berief sich zudem auf die eine oder andere Rede, in der der junge Thronfolger den Leistungen der Deutschen und ihrer schicksalsschweren Bestimmung in der Monarchie vollauf gerecht geworden war. Als aus dem Erzherzog Karl Franz Josef Karl I. geworden war, flogen ihm alle Herzen zu. Unter der Regierung des Hochbetagten, deren Anfänge sich in Zeiten verloren, die den meisten der Mitlebenden wie eine ferne Sage erschienen, war vieles im Staate starr und unbeweglich geworden. Daß die Dinge überhaupt erst einmal in Fluß gerieten, empfand man nun schon wie eine Wohltat. Dazu kam, daß der junge Monarch mit einer vielleicht vom Vater überkommenen natürlichen Liebenswürdigkeit einen starken Sinn für das Volkstümliche, für Popularität verband. Ohnehin haben die Habsburger in einer langen, nicht immer glücklichen Geschichte die Kunst des Herrschens zur Virtuosität auszubilden verstanden. Sie haben die großen Mittel gekannt, mit denen man, selbst wenn man mit Freiheiten und Volksrechten kargte, die Massen gewinnt. Aber sie haben auch die kleinen nicht verschmäht, um den einzelnen in ein schier persönliches Verhältnis zu sich zu bringen. Unter Franz Josef war es Sitte, daß von einer bestimmten Rangstufe ab jeder Beamte und jeder Offizier, den eine Erhöhung oder ein Orden erreichte, beim Monarchen in Audienz erschien und seinen Dank abstattete. Daneben gab es dann noch die allgemeinen Empfänge, bei denen sozusagen jedermann aus dem Volke, den ein Anliegen oder eine Sorge drückte, zum Kaiser gehen konnte, seine Bittschrift überreichte und die Versicherung erhielt: der Fall würde untersucht und dem Manne nach Möglichkeit geholfen werden. Gerade auf diese Empfänge hatte der alte Kaiser einen besonderen Wert gelegt und an ihnen festgehalten, bis die Kräfte tatsächlich nicht mehr ausreichten. Immerhin konnte der Greis, der 48 und den ungarischen Aufstand schon als Handelnder und als Monarch erlebt hatte, zu der heutigen Generation kaum mehr in ein engeres Verhältnis kommen. Und das steife spanische Zeremoniell, das er und die paar Altersgenossen, die ihm die Nächsten und schließlich die einzigen Vertrauten waren, peinlich bewahrten, entfernte vollends die Vertraulichkeit. Und nun war eines Tages ein junger Kaiser da, der mit der hergebrachten spanischen Etikette mit Bewußtsein brach. Der nicht für den Thron erzogen war und die Freundlichkeit der Sitten, die er als junger Leutnant in Prag geübt hatte, in die Hofburg mitnahm. Der sich als Mensch wie andere Menschen gab, mit der brennenden Zigarette im Munde Leute aus allen Schichten empfing, mit ihnen am runden Tisch sich niederließ, zwanglos Rede und Gegenrede tauschte, beratschlagte und sich unterhielt. Der den ganzen Enthusiasmus und den frohen Glauben der Jugend mitbrachte, daß es doch mit dem Wunder zugehen müßte, wenn bei redlichem Willen und Herzensgüte die Hemmungen und Widerstände im staatlichen Leben sich nicht fortträumen lassen sollten. Er hatte „den" Sieghart, den schier allmächtigen Gouverneur der Bodenkredit-Bank, den manche den Vater der Korruption nannten, zur Freude aller Deutschen und der Wiener im besonderen recht ungnädig weggeschickt. Er hatte auch sonst ein wenig den Harun al Raschid gespielt, mit Hand angelegt, wo es Not tat, und z. B. bei dem Kohlenmangel des letzten Winters sogar den eigenen Fuhrpark geöffnet, um den Frierenden den ersehnten Brennstoff zuführen zu lassen. Er fühlte, wie seine Beliebtheit wuchs; wie, wo immer er sich zeigte — und er zeigte sich viel, darin jenem modernen Monarchentypus folgend, den wohl Kaiser Wilhelm II. geschaffen hatte — alles Volk ihm zujubelte. Wie sollten, wenn er ihnen nur recht gut zuredete, die Menschen so unliebenswürdig und so verstockt sein, seinen ehrlichen Absichten sich zu widersetzen.

Ich habe Kaiser Karl nur ein einziges Mal gesehen und nur einmal ihn reden gehört: bei dem feierlichen Akt der Thronrede in der Hofburg. Die Wiener haben in den Stücken eine leichtere, gefälligere Hand als wir. Auch wenn man nur Zuschauer ist, brauchte man nicht über die Hinter-

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kaiser Maximilian von Mexiko.

Zur fünfzigsten Wiederkehr des Todestages Maximilians.

Am 19. Juni 1867 wurde Kaiser Maximilian von Mexiko auf dem Cerro de las Campanas in Queretaro von den Soldaten seines Gegners Benito Juarez erschossen. Damit fand einer der merkwürdigsten Abschnitte in der Geschichte sein frühzeitiges Ende, eigentlich nur eine Episode, deren Abenteuerlichkeit durch die Persönlichkeit Maximilians veredelt und mit echter Tragik umkleidet worden ist.

[illegible] zwei Kardinäle in Purpur, den roten Atlashut auf dem Rücken, ein Mann aus Steier, treu und bieder in graugrüner Lodenjoppe, ein Ruthene im verschnürten karmesinroten Bauernwams. Drei Stöße mit dem Marschallstab: die Kaiserin, eine zierliche, biegsame Brünette — man glaubt, diesen lebhaften dunklen Augen schon irgendeinmal in Paris oder Brüssel begegnet zu sein — strebt, geleitet von der blonden Fülle der Erzherzogin Maria Josepha, der Mutter des Kaisers, behend ihrer Loge zu. Dann wieder das Pochen des Marschallstabes, und indes drunten vom Burghof gedämpft ein paar Takte der Hymne heraufklingen, ist durch den schmalen Gang, der in der Mitte des Saales freigeblieben ist, der Kaiser dem Thronsessel zugeschritten. Nun hat er über das frische, gerötete Antlitz den grün umbuschten Generalshut gestülpt und liest. Liest wohl eine halbe Stunde lang mit Ausdruck und sichtlicher innerer Teilnahme. Mehr noch: mit einem ausgesprochenen Wohlgefallen an den einzelnen Perioden dieser ohne Frage hübsch stilisierten Kundgebung. Zumal da er an die Sätze kommt, die von der Sozialpolitik und der Wohlfahrtspflege handeln, von der Fürsorge für den Mittelstand und dem Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, blickt er sich wie triumphierend um, als wollte er fragen: nicht wahr, das habe ich doch gut gemacht? Und brausend, immer von neuem anschwellend, schallt ihm als Antwort, von den paar leisen „Slawa"-Rufen kaum gestört, das „Heil" seiner Deutschen zurück, daß die Säulen des Saales darüber erzittern. So müssen die Magyaren einst in Preßburg ihr „moriamur pro rege nostro Maria Theresia" gerufen haben, wofern sie's nämlich, was ernstlich und mit guten Gründen bestritten wird, überhaupt riefen. Einen Monarchen, der sich bei hochfeierlichem Staatsakt so unbefangen und natürlich gibt, suchte noch keine Enttäuschung auf. Der glaubt noch an die Menschen im allgemeinen und die Macht des Worts im besonderen und wünscht, daß jeder sein Huhn im Topfe habe. Auch eine gewisse Sprunghaftigkeit, der schnelle Wechsel im Menschen und Maßnahmen, ist aus dieser Jugendlichkeit der Monarchenseele zu erklären: man verstelft sich nicht auf Grundsätze und nicht auf Methoden. Die Hauptfrage bleibt, die einzige fast: Wie komme ich an die Herzen der Meinen heran?

Und dieser junge Herrscher, dem geliebt zu werden Bedürfnis ist, sollte bereits jetzt und aus Prinzip gegen die Deutschen regieren wollen? Dagegen spricht schon, daß der Kaiser sich persönlich und mit großer Wärme bemüht hat, die beiden parlamentarischen deutschen Minister, die Herren Urban und Baernreither in ihren Aemtern zu halten. Welsche Einflüsse mögen von der Frau und Schwiegermutter her vorhanden sein. Und an tschechischen fehlt es sicher nicht, solange der böhmische Hochadel, selbst in seinen deutschesten Vertretern, über ein sehr abgeblaßtes, kaum irgendwie betontes Deutschtum nicht hinauskommt. Kann sein auch, daß sogar die wunderlichen Theoretiker, die das wirkliche Verhältnis der Dinge auf den Kopf stülpen, den Nationalitätenstaat für die feinste Ausprägung staatlichen Lebens und politischer Kultur ausgeben und, wenn man ihnen nur recht weit entgegen käme, Friede und Freundschaft mit den Tschechen für möglich halten, nicht ganz ohne Eindruck auf Kaiser Karl geblieben sind. Man erzählt sich: der hätte mit dem sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Dr. Karl Renner, dessen immer geistreiche und anregende Bücher über Oesterreich im ganzen doch mehr zur Verwirrung denn zur Klärung beigetragen haben, in einer mehrstündigen Audienz nicht nur über das Ernährungswesen sich unterhalten, zu dessen Leitung Herr Renner ursprünglich ausersehen war, sondern auch über andere staatliche und nationale Probleme, und hätte ein paar Tage darauf einem neutralen Besucher erklärt: der Dr. Renner hätte ihm außerordentlich gut gefallen; in den meisten Fragen könnte er zudem ihm durchaus beipflichten. Wie gesagt, das alles mag zu seinem Teil mitgewirkt haben, und es wird wohl auch zutreffen, daß man in der Umgebung des Grafen Czernin ursprünglich von den Stockholmer Konferenzen mehr sich versprochen hat als heute selbst in den Reihen der Sozialdemokratie, und diese Hoffnungen, Rücksichten und Verzichte nahe legten. Die Hauptsache bleibt doch: die Oktroyierung der sogenannten deutschen Belange, das heißt, die Durchführung jener Staatsnotwendigkeiten, ohne die auf die Dauer Oesterreich einfach nicht wird leben können, auf dem Wege kaiserlicher Verordnung, war mittlerweile schlechthin unmöglich geworden. Man hat bei uns im allgemeinen doch nur eine recht unklare und verschwommene Vorstellung von der Gewalt, mit der die russische Revolution auf die slawische Welt gewirkt hat. Es hat Zeiten gegeben, wo diese Forderungen auch im Reichsrat wohl durchzusetzen gewesen wären. Selbst zu Weihnachten noch konnte man von tschechischen Politikern hören: sie sähen ein, daß sie dem Staat für manches Vorkommnis der Vergangenheit eine Genugtuung schuldig wären und würden zum Entgegenkommen sich bereitfinden lassen. Aber immer noch hatte man Erwägungen angestellt und Erhebungen, Projekte ausgearbeitet und wieder verworfen. Nun war die Gunst der Stunde endgültig verscherzt. Jetzt blieb, dieweil der Feind noch vor dem Tore stand, den ein großer Teil der Staatsinsassen doch nicht als seinen Feind empfand, wirklich nicht mehr viel anderes übrig, als gute Miene zum unerfreulichen Spiel zu machen und, wie es eben gehen mochte, mit den alten Mitteln zunächst einmal sich weiter zu helfen.

Arbeiterzeitung
16./VI. 1917

Kurs nach links.

Von **Josef Diner-Dénes** (Budapest).

Der neue Ministerpräsident Graf Moritz Esterhazy hat uns eine Ueberraschung bereitet. Er hat sich wohl stets als einer jener vernünftigen Konservativen bewährt, mit denen sich soziale Probleme viel eher verhandeln lassen als mit den sogenannten Liberalen, denen sich alle Freiheit in der Freiheit zum Ausbeuten erschöpft. Daß aber dieser junge, erst sechsunddreißigjährige Hocharistokrat, der sich selbst einen Konservativen nennt und dessen Familientraditionen allertiefst im reaktionären Klerikalismus verankert sind, kaum daß er in die Nähe des scharf nach rechts eingestellten Staatsruders kommt, dasselbe scharf nach links hinüberreißt: das ist eine Ueberraschung.

Aber wir wären nicht Ungarn, wenn nicht auf diese staatsmännische Tat sofort eine politische Komödie alten Stils gefolgt wäre. Allerdings, oder vielmehr glücklicherweise war sie nicht vom neuen Ministerpräsidenten inszeniert, unglücklicherweise konnte er aber sich und sein Kabinett nicht ganz ihrer Wirkung entziehen.

Das aber kam so. Graf Stephan Tisza ist wegen des demokratischen Wahlrechtes gefallen, logischerweise hätte denn auch die neue Kabinettsbildung im Zeichen des demokratischen Wahlrechtes erfolgen sollen. So faßte auch Graf Moritz Esterhazy seine Mission auf, und nachdem er seinen Höflichkeitsbesuch bei den verschiedenen Parlamentsparteien gemacht, nahm er vor allem die Verhandlungen mit dem Wahlrechtsblock auf und mit der sozialdemokratischen Parteileitung. Darob Entsetzen im Lager der alten und veralteten politischen Komödienkünstler. Man bangt um die vielen Minister- und Staatssekretärstellen, die diesen Politikern bei einem Kabinettswechsel doch die Hauptsache sind, und bangt noch mehr um die alte Oligarchenpolitik, der jetzt der Garaus gemacht werden soll. Und mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Güte und Drohungen wurde denn auch manches erreicht. Graf Julius Andrassy, der doch allen Grund gehabt hätte, böse zu sein, daß nicht er, der Führer, sondern sein einfacher Parteianhänger mit der Kabinettsbildung betraut worden, war doch lauter Güte und ebnete dem Neuling sogar die Wege. Graf Apponyi aber spielte den Wühlenden und drohte mit technischer Obstruktion und weiß der Himmel was sonst für schrecklichen Dingen. Und beide Herren erhielten ihren Lohn. Graf Andrassy ganz tüchtige Konzessionen beim Wahlrecht, Graf Apponyi aber dazu noch Minister-, Staatssekretär- und sonstige Stellen in reicher Menge für sich und für seine Getreuen.

Damit war wohl die Situation des Grafen Esterhazy nach rechts hin in Ordnung, aber um so gefährdeter nach links hin. Man bot zwei Herren aus dem Wahlrechtsblock Ministerportefeuilles an, die wieder in durchaus korrekter Weise die beiden Portefeuilles nur annehmen wollten, wenn der Block dem zustimmt und sie deckt. Denn nachdem bei der Kabinettsbildung auch der für das demokratische Wahlrecht sichere christlichsoziale Flügel der Volkspartei auffallend vernachlässigt worden ist, besteht das Gros der Minister und Staatssekretäre aus Leuten, die für das demokratische Wahlrecht unzuverlässig oder ihm direkt feindlich sind.

Daß es für radikale Wahlrechtler in solcher Gesellschaft nicht allzu gemütlich ist, sei zugegeben. Da man aber auf einem öffentlichen Ball nicht mit lauter Tugendrosen tanzen kann, entsendeten wir aus dem Wahlrechtsblock doch die beiden Vertreter ins Kabinett in der Erwartung, daß die Sache, die sie vertreten, sie stärker machen wird als die Gesamtheit ihrer Gegner. Ging's damit leicht, so schwerer mit der sachlichen Frage. Daß in einem solchen Kabinett nur Aussicht auf ein Kompromißwahlrecht ist, muß doch jedermann von vornherein klar sein. Da stellte sich uns die Frage entgegen, ob wir nein sagen und damit die Bildung des Kabinetts Esterhazy sowie jedes anderen Minoritätskabinetts verhindern oder uns mit dem Erreichbaren begnügen sollen. Die Wahl machte mir keinen Augenblick Sorgen.

Wie alle anderen Mitglieder des Exekutivcomités stimmte auch ich mit Ja. Aber nicht aus Opportunismus, weil ich mich tatsächlich mit dem wenigen begnügen will, sondern um den Entwicklungsprozeß, in dem wir uns befinden, nicht zu stören. Schon sehe ich erfreuliche Früchte desselben. Noch vor zwei Monaten erschien die Frage des zwanzigjährigen Ausgleichs als die Wesensfrage der ungarischen Politik. Nun ist sie mit der ganzen Staatsrechtelei auf ein Nebengeleise geschoben und von den beiden staatsrechtlichen Parteien wird die Apponyi-Partei bald überhaupt verschwunden sein, während die Karolyi-Partei auf bestem Wege ist, sich in eine modern radikale Partei umzugestalten. Welch Gewinn das ist, wird man begreifen, wenn man weiß, daß die staatsrechtlichen Fragen stets die Hauptwaffen aller Oligarchenpolitik waren. In nicht zu langer Zeit werden sich auch andere erfreuliche Früchte auf politischem und sozialem Gebiet zeigen, derentwegen es sich wohl der Mühe lohnt, zwei Mitglieder des Wahlrechtsblocs ins Kabinett zu senden.

Was aber das Kompromißwahlrecht betrifft, wird dieses kaum je zustande kommen, und wenn es zustande kommen sollte, nur von ebenso kurzer Geltung sein wie das kurz vor dem Kriege geschaffene Wahlrecht Tiszas. Die heiße Atmosphäre dieses Krieges ist für Kompromisse nicht sehr gesund, sie reift alles rasch, ja überrasch, so daß, was gestern noch Frage war, morgen schon Notwendigkeit ist. Und das radikaldemokratische, auf breitester Basis aufgebaute allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht wird nicht erst morgen Notwendigkeit werden, sondern war es schon gestern. An der Macht dieser Tatsache hat sich die Gewalt Tiszas gebrochen, und der Macht dieser Tatsache wird auch Graf Esterhazy Rechnung tragen müssen.

Von dieser Notwendigkeit kann ihn niemand entbinden, zum allerwenigsten wir vom Wahlrechtsblock, die wir mit unserem Ja nicht das radikal-demokratische Wahlrecht verhindern wollen, dessen unumgängliche Notwendigkeit wir längst erkannt, sondern nur verhüten wollten, daß das Kabinett Esterhazy gestorben sein soll, noch ehe es geboren.

Graf Moritz Esterhazy hat das Staatsruder nach links eingestellt. Er muß den Kurs einhalten, wenn das Staatsschiff nicht zerschellen soll. Ein Zurück gibt es nicht. Man muß vorwärts. Dieser Weg führt aber nicht zum Kompromiß, sondern zum reinen demokratischen Wahlrecht.

Pester Lloyd
16./VI. 1917
26

Der Regierungswechsel.

Die Ernennung des Kabinetts Esterházy.

Budapest, 15. Juni.

Die Vereidigung des Kabinetts Esterházy hat heute in der Ofner Hofburg stattgefunden. Nachmittags ist dann das Kabinett zu einem Ministerrat zusammengetreten, in dem beschlossen wurde, bei dem Amtsantritt der Regierung angesichts des großen Ernstes der Zeit von den üblichen Empfängen und Begrüßungen abzusehen. In einer Sonderausgabe des amtlichen Blattes wurden abends die allerhöchsten Handschreiben veröffentlicht, die die Enthebung der zurücktretenden Minister und Staatssekretäre und die Ernennung der Nachfolger betreffen. Namentlich das allerhöchste Handschreiben, das die Verabschiedung des Grafen Stefan Tißa enthält, ist durch besondere Wärme gekennzeichnet. Abends verließ der König die Hauptstadt.

Damit ist die Abwicklung der Geschäfte des Regierungswechsels erledigt. Die nächste Zukunft, die die Bekanntmachung des Regierungsprogramms bringen soll, wird dann auch der großen Oeffentlichkeit die Möglichkeit eröffnen, zu dem erfolgten Regierungswechsel in konkreter Weise Stellung zu nehmen.

Die königlichen Handschreiben.

Eine Sonderausgabe des Amtsblattes, die heute abend erschien, veröffentlicht die allerhöchsten Handschreiben über die Verabschiedung des Ministeriums Tißa und über die Ernennung des Kabinetts Esterházy.

Die Handschreiben lauten wie folgt:

Lieber Graf Tißa!

In Würdigung Ihrer unterbreiteten Beweggründe enthebe Ich Sie endgültig in Gnaden von Ihrer Stellung als ungarischer Ministerpräsident.

Während der vier Jahre, in denen Sie an der Spitze der ungarischen Regierung standen, und auch vorher schon haben Sie sowohl dem Vaterlande wie Mir und Meinem verewigten Vorgänger unter besonders schwierigen Verhältnissen im Frieden sowohl wie im Kriege in treuer Hingebung und mit selbstaufopferndem Eifer immer vorzügliche Dienste geleistet, für die Ich Ihnen Meinen wärmsten Dank und Meine volle Anerkennung ausdrücke.

Hoffend, daß Sie Ihre vielseitigen Erfahrungen und hervorragenden Fähigkeiten den öffentlichen Angelegenheiten auch in der Zukunft nicht entziehen werden, versichere Ich Sie Meiner weiteren unwandelbaren Huld.

Budapest, 15. Juni 1917.

Karl m. p.

Lieber Baron Roßner!

Infolge der Demission Meines ungarischen Ministeriums und Ihres eigenen Ansuchens enthebe Ich Sie hiemit in Gnaden von Ihrer Stellung als ungarischer Minister an Meinem Hoflager und verleihe Ihnen aus diesem Anlasse in Anerkennung Ihrer treuen und vorzüglichen Dienste und insbesondere Ihrer im Kriegsverlaufe entfalteten außerordentlichen Tätigkeit taxfrei die erste Klasse Meines Ordens der Eisernen Krone.

Budapest, 15. Juni 1917.

Karl m. p.

Stefan Tißa m. p.

Lieber v. Sándor!

Infolge der Demission Meines ungarischen Ministeriums und Ihres eigenen Ansuchens enthebe Ich Sie in Gnaden von Ihrer Stellung als ungarischer Minister des Innern und verleihe Ihnen aus diesem Anlasse in Anerkennung Ihrer treuen und vorzüglichen Dienste und insbesondere Ihrer im Kriegsverlaufe entfalteten außerordentlichen Tätigkeit die erste Klasse des Kriegskreuzes für Zivilverdienste.

Budapest, 15. Juni 1917.

Karl m. p.

Tißa m. p.

An den Finanzminister Johann v. Teleßky, den Handelsminister Baron Harkányi und den Ackerbauminister Baron Ghillány wurden gleichlautende Handschreiben, wie an den Minister des Innern v. Sándor, gerichtet.

Denselben Wortlaut haben auch die Handschreiben an den Justizminister Eugen v. Balogh und den kroatischen Minister Emerich v. Hibeghéthy mit dem Unterschiede, daß dem ersteren das Großkreuz des Leopold-Ordens, dem letzteren die erste Klasse des Ordens der Eisernen Krone verliehen wurde.

Die Verabschiedung der Staatssekretäre.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministerpräsidenten enthebe Ich den Staatssekretär im Ministerpräsidium Dr. Grafen Kuno Klebelsberg von dieser Stellung und gestatte, daß der Genannte in den Ruhestand versetzt werde.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Graf Stefan Tißa m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministers an Meinem Hoflager verleihe Ich Meinem Wirklichen Geheimen Rate Dr. Graf Kuno Klebelsberg, Staatssekretär des ungarischen Minlsterpräsidiums, anläßlich seiner Enthebung von seiner Stellung in Anerkennung seiner hervorragenden und erfolgreichen Tätigkeit das Großkreuz Meines Franz-Josef-Ordens.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Baron Erwin Roßner m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministers an Meinem Hoflager verleihe Ich dem Wirklichen Geheimen Rate Staatssekretär Géza Vértesy von Vértesalja in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste das Großkreuz Meines Franz-Josef-Ordens.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Baron Erwin Roßner m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministers des Innern enthebe Ich den Wirklichen Geheimen Rat Baron Sigmund Perényi, Staatssekretär im Ministerium des Innern, in voller Anerkennung seiner hervorragenden Dienstleistung auf dessen eigenes Ansuchen von dieser Stellung.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Johann v. Sándor m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministers an Meinem Hoflager verleihe Ich dem Wirklichen Geheimen Rat Dr. Karl v. Némethy, Staatssekretär im Ministerium des Innern, in Anerkennung seiner ausgezeichneten Dienstleistung die erste Klasse des Kriegskreuzes für Zivilverdienste.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Baron Erwin Roßner m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Finanzministers enthebe Ich den Staatssekretär im Finanzministerium Gabriel v. Madarassy auf dessen eigenes Ansuchen von dieser Stellung und nehme seine Versetzung in den Ruhestand zur Kenntnis.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Johann v. Teleßky m. p.

Auf Vorschlag Meines mit der Leitung des ungarischen Handelsministeriums betrauten ungarischen Finanzministers enthebe Ich den Staatssekretär Dr. Julius v. Wargha auf dessen eigenes Ansuchen von dieser Stellung und nehme seine Versetzung in den Ruhestand zur Kenntnis.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Johann v. Teleßky m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministers an Meinem Hoflager verleihe Ich dem Staatssekretär im Handelsministerium Dr. Julius v. Wargha anläßlich seiner auf eigenes Ansuchen erfolgten Versetzung in den Ruhestand in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste auf dem Gebiete des öffentlichen Dienstes das Komturkreuz Meines St. Stefan-Ordens taxfrei.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Baron Erwin Roßner m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ackerbauministers enthebe Ich den Staatssekretär Baron Josef Kazy auf dessen eigenes Ansuchen von dieser Stellung.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Baron Emerich Ghillány m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministers an Meinem Hoflager verleihe Ich in Anerkennung ihrer ausgezeichneten Dienste dem Wirklichen Geheimen Rat Staatssekretär im Ackerbauministerium Baron Josef Kazy von Garamveßelö aus Anlaß seiner Enthebung von dieser Stelle taxfrei das Komturkreuz Meines Sankt-Stefan-Ordens und dem Wirklichen Geheimen Rat Staatssekretär im Ackerbauministerium Dr. Josef Bartóky von Abara und Bartók taxfrei das Großkreuz Meines Franz-Josef-Ordens.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p

Baron Erwin Roßner m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Kultus- und Unterrichtsministers enthebe Ich unter voller Anerkennung seiner hervorragenden Dienste den Staatssekretär im Kultus- und Unterrichtsministerium Dr. Ludwig Ilosvay von Nagyilosva auf dessen eigenes Ansuchen von dieser Stellung.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Béla v. Jankovich m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministers an Meinem Hoflager verleihe Ich dem Staatssekretär im Kultus- und Unterrichtsministerium Dr. Ludwig Ilosvay von Nagyilosva aus Anlaß seiner auf eigenes Ansuchen erfolgten Enthebung von dieser Stellung in Anerkennung seiner hervorragenden und erfolgreichen Amtstätigkeit das Großkreuz Meines Franz-Josef-Ordens.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Baron Erwin Roßner m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Justizministers enthebe Ich den Staatssekretär im Justizministerium Dr. Leopold Badáß auf eigenes Ansuchen von dieser Stellung und gestatte, daß der Genannte mit der ihm gesetzlich zukommenden Pension in den Ruhestand versetzt werde.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Dr. Eugen v. Balogh m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministers an Meinem Hoflager verleihe Ich in Anerkennung ihrer hervorragenden und erfolgreichen Dienste den Staatssekretären im Justizministerium, Wirklichem Geheimen Rat Dr. Gustav v. Töry und Dr. Leopold Badáß, letzterem aus Anlaß seiner auf eigenes Ansuchen erfolgten Versetzung in den Ruhestand, das Großkreuz Meines Franz-Josef-Ordens.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Baron Erwin Roßner m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Landesverteidigungsministers enthebe Ich den Staatssekretär Ludwig Karátson von Ivánda auf eigenes Ansuchen von dieser Stellung und nehme seine Versetzung in den Ruhestand zur Kenntnis.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Szurmay m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministers an Meinem Hoflager verleihe Ich dem Wirklichen Geheimen Rat, Staatssekretär im Honvédministerium Ludwig Karátson von Ivánda aus Anlaß seiner auf eigenes Ansuchen erfolgten Versetzung in den Ruhestand in Anerkennung seines vieljährigen hingebungsvollen und erfolgreichen Wirkens das Großkreuz Meines Franz-Josef-Ordens.

Lazenburg, 10. Juni 1917.

Karl m. p.

Baron Erwin Roßner m. p.

Die Ernennung des neuen Ministeriums.

Lieber Graf Esterházy!

Ich ernenne Sie hiemit zu Meinem ungarischen Ministerpräsidenten und gewärtige Ihre Vorschläge betreffend die Bildung des Ministeriums.

Budapest, 15. Juni 1917.

Karl m. p.

Graf Stefan Tißa m. p.

Auf Vorschlag Meines ungarischen Ministerpräsidenten ernenne Ich aufs neue zu Meinem Landesverteidigungsminister, beziehungsweise bestätige Ich in seiner auch bisher bekleideten Stellung den Feldmarschalleutnant Alexander v. Szurmay; ferner ernenne Ich zu Meinem Minister an Meinem Hoflager den Reichstagsabgeordneten Grafen Theodor Batthyány, zu Meinem Minister des Innern den Obergespan im Ruhestande Reichstagsabgeordneten Dr. Gabriel v. Ugron, zu Meinem Finanzminister den Sektionschef im gemeinsamen Ministerium des Aeußern Dr. Gustav Gratz, zu Meinem Handelsminister Meinen Wirklichen Geheimen Rat Reichstagsabgeordneten Grafen Béla Serényi, zu Meinem Ackerbauminister den Staatssekretär im Ruhestande Reichstagsabgeordneten Béla v. Mezössy, zu Meinem Kultus- und Unterrichtsminister Meinen Wirklichen Geheimen Rat Reichstagsabgeordneten Grafen Albert Apponyi, zu Meinem Justizminister den Reichstagsabgeordneten Dr. Wilhelm Vázsonyi, schließlich zu Meinem kroatisch-slawonisch-dalmatinischen Minister ohne Portefeuille Meinen Wirklichen Geheimen Rat, Reichstagsabgeordneten Grafen Aladár Zichy.

Meine an die Betreffenden gerichteten Handschreiben schließe Ich zum Zwecke weiterer Verfügung bei.

Budapest, 15. Juni 1917.

Karl m. p.

Graf Moritz Esterházy m. p.

*

Es folgen nun die gleichlautenden übrigen Handschreiben an die vorgenannten Mitglieder des Kabinetts, die sämtlich vom heutigen Tage datiert und vom Ministerpräsidenten Grafen Moritz Esterházy gegengezeichnet sind.

In weiteren drei Handschreiben ist die Ernennung des Reichstagsabgeordneten Markgrafen Georg Pallavicini zum Staatssekretär im Ministerpräsidium, des Reichstagsabgeordneten Dr. Moritz v. Palugyay zum Staatssekretär im Ministerium des Innern und des Senatspräsidenten an der kön. Kurie Karl Grecsák zum Staatssekretär im Justizministerium vollzogen.

Militärische Beförderung der Grafen Stefan Tißa und Moritz Esterházy.

Se. Majestät hat den Ministerpräsidenten a. D. Grafen Stefan Tißa zum Obersten außer Dienst und den Ministerpräsidenten Grafen Moritz Esterházy zum Rittmeister in der Reserve ernannt.

Die Eidesleistung der Minister.

Die neuen Minister trafen heute nach 2 Uhr nachmittags im Palais des Ministerpräsidiums zusammen, wo Ministerpräsident Graf Moritz Esterházy sie erwartete. Der Reihe nach kamen: Ackerbauminister Béla Mezössy in Gesellschaft des Ministers des Innern Gabriel Ugron im Wagen, Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi, der Minister am königlichen Hoflager Graf Theodor Batthyány, Justizminister Wilhelm Vázsonyi, der Minister Graf Aladár Zichy, Handelsminister Béla Serényi mittels der Drahtseilbahn. Sämtliche Minister mit Ausnahme des Honvédministers und des Ministerpräsidenten waren in schwarzem Redingot und Zylinder erschienen. Einige Minuten nach einviertel 3 Uhr begaben sich die Minister zu Fuß nach der Hofburg. Voran schritt Ministerpräsident Graf Moritz Esterházy mit dem Honvédminister FML. v. Szurmay zur Linken, ihnen folgte Sektionschef Stefan Bárczy in Oberleutnantsuniform. Als erster verließ nach der Eidesleistung der Ministerpräsident die königliche Burg und begab sich nach dem Ministerpräsidium. Hier teilte er den versammelten Journalisten mit, daß der König die Minister gnädig empfangen habe. Später kamen auch die übrigen Minister von der Vereidigung zurück. Nach der Eidesleistung wurden die Minister vom König in Audienz empfangen.

Abendbl

16./VI. 1917

27

Abgeordnetenhaus.

Plenarsitzung.

* Wien, 16. Juni.

In einer Dauersitzung, die schon um 10 Uhr vormittags begann und voraussichtlich erst in späterer Abendstunde beendigt werden wird, soll heute die erste Lesung des Budgets ihren Abschluß finden. Die Debatte nahm infolge des paktmäßig der lieben Ruhe willen purgierten Auditoriums einen auffallend ruhigen, fast interesselosen Verlauf, die Redner sprechen ausnahmslos vor leeren Bänken, selten nur ertönt ein Zwischenruf, fast niemand unterbricht den Redner. Kein Beifall, keine Mißstimmung drängt sich mehr in diesem einst so sturmbewegten Hause hervor. Die den Abgeordneten durch diese Abstinenzpraxis auferlegte Aussperrung vom Sitzungssaal trug heute zu einem tragikomischen Vorkommnis wesentlich bei: fünf auf der Liste vorgemerkte Redner, die Abgeordneten Dr. v. Gentili, Dr. Krek, Graf Lasocki, Graf Lubomirski und Dr. Rybarsch, verloren, weil sie zur rechten Zeit nicht gerade im Saale weilten, das Wort zum Budget; der Präsident rief kurzerhand den nächsten präsenten Abgeordneten zur Rede auf. Die ohne ihr Wissen übergangenen und vom Wortverlust bedrohten Abgeordneten wendeten sich nachher mit der Bitte an den Präsidenten, sie in die Rednerliste doch wieder aufzunehmen. Ihrem Begehren wird wohl entsprochen werden.

Nachstehend der

Sitzungsbericht.

Präsident Dr. Groß eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der ersten Lesung des Budgetprovisoriums.

Christlichsoziale Beschwerden.

Dr. Jerzabek (christlichsozial) führt aus, man müsse angesichts der Sehnsucht der Bevölkerung nach der Tätigkeit des Parlaments um so mehr das Befremden darüber aussprechen, daß die ersten Tage der parlamentarischen Verhandlungen durch staatsrechtliche Erklärungen und andere Exaltationen utopischer Schwärmer ausgefüllt wurden. Auf dem Gebiet der inneren Politik herrschte schrankenlosester Absolutismus. In Besprechung der Nahrungsmittelfrage bedauert Redner, daß in Oesterreich, das schon früher vorwiegend auf seine eigenen Erzeugnisse angewiesen war, ein Nahrungsmittelmangel aufgetreten sei, an dem allerdings die Regierung insofern ein Verschulden trägt, als sie zu seiner Beseitigung falsche Wege eingeschlagen habe. Durch die eingesetzten Zentralen sei gerade eine mißbräuchliche Ausnützung der Kriegskonjunktur organisiert worden, diese haben das schranken- und grenzenloseste Wuchertum geschaffen. Die Zentrale habe für Hafer 28 Kronen gezahlt und denselben Hafer um 140 Kronen verkauft, Mais um 24 Kronen gekauft und um 60 Kronen verkauft. Es müsse Verdrossenheit beim Erzeuger hervorrufen, wenn er sieht, wie andere den Hauptgewinn an seiner Arbeit einstreichen. Der legitime Handel sei vollständig ausgeschaltet worden, alles befinde sich in den Händen der Zentralen. Ueber diese Mißstände durfte während der parlamentlosen Zeit nicht geschrieben werden.

Eine Polemik gegen Reizes.

Wie es neben Helden der Front Hyänen des Schlachtfeldes gibt, so gibt es auch Hyänen des Hinterlandes neben den Helden der Scholle. Redner wolle nicht leugnen, daß es auch brave Juden gibt und auch jüdische Soldaten, die ihre Pflicht erfüllen. Aber der Abg. Reizes macht sich einer ungeheuren Uebertreibung schuldig, wenn er von Tausenden und Abertausenden jüdischer Helden spricht. Die Razzia, die im Jahre 1915 gegen wehrpflichtige Juden in Galizien durchgeführt wurde, war, wie Redner aus eigener Erfahrung bestätigen könne, namentlich wegen des Mißbrauches des Rabbinatskandidatstitels notwendig. (Zwischenrufe.) Dieses Einschreiten war schon zum Schutze der anständigen jüdischen Elemente notwendig. Die Juden erweisen ihren eigenen Glaubensgenossen einen schlechten Dienst, wenn sie jede antisemitische Rede als wüstes Geschimpfe hinstellen und dem Antisemitismus von vornherein jede Berechtigung absprechen. Wien hat 250.000 Flüchtlinge in aller Gastfreundschaft aufgenommen, sie haben aber diese Gastfreundschaft so schlecht gelohnt, daß selbst einheimische jüdische Wiener Kaufleute sich über ihre Verdrängung beschwerten. Noch dazu haben die Herren, die gleich zu hohen Verdiensten gekommen sind, auf die staatliche Unterstützung nicht verzichtet und haben, wie der Kranz-Prozeß deutlich gezeigt hat, Reichtümer erworben. (Zustimmung bei den Christlichsozialen.) Die Aufführung der jüdischen Flüchtlinge in Wien war auch schuld daran, daß die christlichen Galizianer unter der gleichen Unfreundlichkeit leiden mußten. Schon aus diesem Grunde hätte die Regierung rechtzeitig Uebergriffe verhindern müssen. Bei Beginn des Krieges wurde über die mangelhafte Ausrüstung der Russen und über die berühmten russischen Sandkonserven gespottet. Sechs Monate später waren die Erzeuger der Sandkonserven nicht in Rußland, sondern hier, in Miskolcz, zu finden.

Auch die Erzeuger von Papierschuhen, die in Böhmen und Mähren vor Gericht gestanden sind, waren orientalischen Ursprunges. Wenn sich dann Juden dazu hergegeben haben, daß Tausende unserer Landeskinder infolge mangelhafter Bekleidung erfrieren, so ist das ein Verbrechen, das zum Himmel schreit. Es liegt im Interesse der Juden selbst, gegen solche Kreaturen einzuschreiten, denn sonst wird das Volk den Rächer machen.

Dr. Strauchер (parteilos): Wir identifizieren uns nicht mit diesen Lumpen.

Abg. Dr. Jerzabek: Wenn es bei uns zu etwas Aehnlichem kommt, wie zu dem, was Sie in Rußland die „glorreiche Revolution" nennen, wird das Volk einen ganz anderen Weg einschlagen und sich zuerst gegen andere Leute kehren, als Sie heute annehmen wollen. (Zustimmung bei den Christlichsozialen.)

Die Hegemonie Ungarns.

Als deutschböhmischer Abgeordneter fühle er sich verpflichtet, noch auf folgenden Umstand hinzuweisen: Wenn Ungarn ein Uebergewicht über unsere Reichshälfte erhalten hat, so hat sich das nicht nur dadurch fühlbar gemacht, daß Ungarn sein Wirtschaftsgebiet für sich allein behalten konnte, heute noch im Ueberfluß lebt und uns nur das abzugeben braucht, was es für gut findet. Es hat sich diese Hegemonie leider auch dadurch schmerzlich gezeigt, daß über ungarischen Auftrag in allen unseren Berichten die Leistungen der ungarischen Soldaten besonders hervorgehoben werden müssen. Von den anderen spricht man nur in zweiter Linie, von den Deutschböhmen gar nicht.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Dalmatien.

Biankini (Kroate) beginnt in kroatischer Sprache und führt, deutsch fortfahrend, Klage darüber, daß in dieser schweren Zeit, in der alle Nationen die Pflicht gehabt hätten, sich gegenseitig brüderlich zu helfen, die größte Partei es versucht habe, die Völker Oesterreichs unter die deutsche Hegemonie zu bringen. Wenn Oesterreich im Laufe der Jahrhunderte groß und mächtig wurde, so war dies in erster Linie ein Verdienst der Slawen. Die großen Kämpfe und Siege der Vergangenheit wurden von ihnen ausgefochten, und zwar ohne deutsche Staatssprache und ohne deutsche oder ungarische Oberherrschaft. Den Slawen zu ihrem billigen Recht zu verhelfen, ist der Sinn der staatsrechtlichen Verwahrungen, und daß die Regierung diesen Sinn nicht versteht, ist sehr zu bedauern. Gegen den Ministerpräsidenten sich wendend, führt er aus, sein Regierungsprogramm sei nicht als österreichisch zu bezeichnen, soweit es sich auf die Durchführung der deutschen Staatssprache und die Zurückweisung der slawischen Wünsche erstrecke, sondern mit diesem Programm werde er Oesterreich zerstören. Es gebe nur einen Weg der Rettung: Aufrichtige Gleichberechtigung aller Nationen.

In Erörterung der Approvisionierungsverhältnisse führt Redner aus, die dalmatinische Fischerei sei durch rücksichtslose Einberufung aller Fischer nahezu gänzlich gedrosselt worden. Dalmatien hätte nicht nur das eigene Volk, sondern auch Millionen im Hinterland mit reichlichster Fischnahrung versorgen können, wenn die Bitten um wenigstens zeitweilige Enthebung der Fischer vom Militärdienst verständnisvolle Berücksichtigung gefunden hätten. Eine unrationelle Wirtschaft werde auch mit den enormen, im Lande produzierten Oelmengen betrieben. Alles Oel sei requiriert, die Bevölkerung leide schwersten Oelmangel. Ueberhaupt wurde alles requiriert, was für die menschliche Ernährung nur irgend geeignet war. Der Viehstand wurde dezimiert. Von 160.000 Stück Kühen in Dalmatien vor dem Kriege sind nur noch 50.000 Kühe vorhanden, von der Dichtung der Bestände an Ziegen und Schafen gar nicht zu reden. Die Folge war, daß in weiten Gebieten des Landes die Bevölkerung schrecklichen Hunger litt. Andererseits aber seien tausende Stück Vieh krepiert weil infolge der Requisition aller Futtermittel kein Futter zu beschaffen war. Ebenso steht es mit dem Getreide. Obzwar es ohnehin in Dalmatien nur sehr wenig Getreide gibt, wurde auch dieses Wenige noch requiriert. Ersatznahrungsmittel wurden nicht geboten. Wruken konnten nicht verwendet werden, weil sie zumeist in verfaultem Zustand ankamen. Es sei ein Wunder, daß die Bevölkerung diese Zustände bisher überhaupt physisch überstanden habe. Jetzt bereits herrscht allgemeine Unterernährung. Besonders groß war die Not im letzten Winter. Der mangelhafte Verkehrsdienst habe sich schwer gerächt. Redner fordert rechtzeitige Vorsorge für den kommenden Winter. Die Regierung möge zur Regelung des Warentransports einen ständigen Automobildienst einführen. Die begangenen Organisationsfehler seien zurückzuführen auf die mangelnde Praxis der Bureaukratie. Redner schildert sodann die heurigen Saatenstandsverhältnisse und urteilt äußerst pessimistisch über die bevorstehende Ernte.

Die Klage der Ukrainer.

Petruszewycz (Ukrainer) schildert die nationalen Leiden der Ukrainer. Bei Beginn des Krieges seien Zehntausende von ihnen aus Amerika herübergekommen und zu den Waffen geeilt, um gegen den Zarismus zu kämpfen.

In seinen weiteren Ausführungen wendet er sich gegen die politischen Verfolgungen der Ukrainer in den ersten Kriegsjahren. Dem Denunziantentum polnischer oder ungarischer Hetzer seien viele Unschuldige zum Opfer gefallen. Der Redner der Polen habe das Militärregime für viele in Galizien begangene Grausamkeiten verantwortlich gemacht. Zum Teil mit unrecht. Der Pole Dr. v. Korytowski sei mitschuldig gewesen an allen Grausamkeiten gegenüber den Ukrainern. (Stürmische Unterbrechungen auf Seite der Polen. Es entstehen zwischen dem Redner und einzelnen Polen heftige Kontroversen.) Redner führt eine große Anzahl von Beispielen an.

Die Ukrainer haben bisher immer treu und begeistert zu Oesterreich gehalten, denn bis zum Ausbruch der Revolution in Rußland war es das einzige Land, in dem unsere Nation anerkannt wurde, wenngleich wir auch einen schweren Kampf gegen die Polen zu führen hatten. Aber während der drei Kriegsjahre schien es, als ob der Leidensbecher zum Ueberlaufen kommen sollte.

Redner schildert sodann die Lebensverhältnisse in seiner Heimat und klagt über schwere Approvisionierungsmängel. Auch bei Evakuierungsmaßregeln wurden schwere Fehler begangen. Es kam zu vielen unnützen Härten.

Ist es denn nötig, daß durch unsinnige bureaukratische Maßnahmen das Volk benachteiligt und schwerer materieller Schade angerichtet werde?

Trotz aller Leiden habe das ukrainische Volk die Hoffnung nicht aufgegeben, daß die österreichische Regierung nach dem Kriege die ukrainische Treue anerkennen und belohnen werde.

Ein Zwischenruf des Landesverteidigungsministers.

Schmerzlich, fährt Redner fort, berühre es freilich, daß bei der Würdigung der Ruhmestaten tapferer Regimenter alle Nationen genannt werden, aber nie habe man ein Lob für die tapferen Ukrainer gehört. Die Magyaren, ja! Die werden bei jeder Gelegenheit genannt, die Ukrainer nie!

Landesverteidigungsminister Freiherr v. Georgi (mit lauter, scharfer Stimme): Infanterieregiment Nr. 15 (Tarnopol)! Mein Regiment!

Petruszewicz: Warum nannte man dann nicht die Nationalität?

Landesverteidigungsminister Freiherr v. Georgi: Das weiß doch jeder! (Zwischenrufe aus den Reihen der Ukrainer: Weil sich die Regierung schämt, die Ukrainer zu loben.)

Redner wendet sich weiter gegen Daszynski und dessen gestrige Aeußerungen, die Polen würden nicht einen Fußbreit galizischen Bodens einer

---

917 Nr. 6269

Volkswirtschaft

und kaufmännische Interessen

Wiener Börse.

Unter dem Eindruck der Ausführungen des deutschen Kanzlerblattes über die Friedensbereitschaft Deutschlands blieb die Tendenz des Effektenmarktes heute unentwegt fest, zumal auch die Meldungen über die Vorgänge in Rußland anregend wirkten. In der Kulisse setzten Transportwerte mit Industrialien ihre Aufwärtsbewegung fort. Bankenwerte lagen gleichfalls fest, während Kanonenfabriksaktien und Eisenwerte vernachlässigt blieben. Im Schranken herrschte trotz des Wochenschlusses Kauflust. Höher notierten besonders einzelne österreichische und ungarische Schiffahrtwerte, Textil-, Munitions-, Dynamit-, Maschinenfabriks-, Kabel-, Magnesit-, Gaswerksbau-, Email-, ungarische Kohlen-, Holz-, Lokomotiven- und Elektrizitätswerte. Niedriger waren dagegen einzelne Versicherungs-, Bank- und heimische Kohlenwerte. Die Kursgestaltung der Petroleumwerte war nicht einheitlich. Die Nachfrage nach gutfundierten Anlagewerten hielt an.

Die Notenbanken im Kriege.

Bank von England.

Ausweis vom 14. Juni.

In Millionen Pfund Sterling

		Gegen Vorwoche
Gesamtreserve	35·069	+ 0·427
Notenumlauf	38.179	- 0·187
Barvorrat	55·357	+ 0·269
Portefeuille	113·194	+ 6·375
Privatguthaben	125·356	+ 5·657
Staatsguthaben	42·784	+ 1·785
Notenreserve	32·645	+ 0·479
Regierungssicherheiten	45·303	— 0·089

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 19.94 gegen 20.48 in der Vorwoche.

Clearinghouse-Umsatz 342 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahres 52 Millionen mehr.

Bank von Frankreich.

Ausweis vom 14. Juni.

In Millionen Francken

		Gegen Vorwoche
Gold in der Kasse	3.247·125	+ 2·364
Gold im Auslande	2.094·775	+ 1·085
Barvorrat in Silber	258·107	+ 0·365
Guthaben im Auslande	756·840	— 17·867
Vom Moratorium nicht betroffene Wechsel	503·097	+ 9·489
Gestundete Wechsel	1.906·653	+ 9·669
Vorschüsse auf Wertpapiere	1.141·740	+ 3·934
Vorschüsse an den Staat	10.500·000	unverändert
Vorschuß an Verbündete	3.884·500	+ 30·000
Notenzirkulation	19.793 787	+ 115·890
Tresorguthaben	84·669	— 46·772
Privatguthaben	2.598·371	— 46·230

Neues Wiener Tagblatt
16/VI. 1917
28

den Krieg getreten, daß es keinen Frieden ohne Sieg gibt. Das muß auch unser Gedanke sein. Amerika wird bis zum äußersten gehen, indem es uns seine dauernde Mitarbeit gewährt. Wie Ministerpräsident Ribot erklärt hat: Man muß siegen oder sich unterwerfen. Die Pflicht ist heute einfach und tragisch. Es heißt, bis zum Ende kämpfen, weil wir einen faulen Frieden nicht annehmen könnten, ohne die Söhne unsrer Söhne dem nächsten Massenopfer auszusetzen. (Lebhafter Beifall.) Die amerikanische Armee bringt uns ihre dauernde Hilfe. Verschiedener Ruhm wird unter verschiedenen Bannern geerntet. Alle freien Völker stehen aufrecht da. Es wird keinen Frieden geben, solange diese blutige Autokratie besteht, der wir bereits so fühlbare Streiche versetzt haben. Sie werden den Weg der Pflicht schreiten, die einfach darin besteht, vor allem Männer zu sein. Wir werden bis ans Ende gehen. (Langanhaltender Beifall.)

Zahlreiche Abgeordnete verlangten hierauf, daß die Reden Ribots und Vivianis öffentlich angeschlagen werden, was durch Handaufheben unter großem Beifall beschlossen wurde.

Brizon verlangt „einen Frieden um jeden Preis".

Bern, 15. Juni. Die Lyoner Blätter melden aus Paris: Nach den Reden Ribots und Vivianis ging die Kammer zur Erörterung des Budgetprovisoriums über. Bei Erörterung der eigentlichen Kriegskredite tadelte Brizon die Beschlüsse Ribots, was Protestrufe auf der Mehrzahl der Bänke, ausgenommen der Linken, hervorrief.

Der Präsident der Kammer Deschanel rief Brizon zur Ordnung, der hierauf einen Frieden um jeden Preis forderte.

Die Absetzung des Königs Konstantin.

Athen, 14. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Es herrscht vollkommene Ruhe. Die Straßen nahmen wieder ihr gewöhnliches Aussehen an. Die Ausschiffung der Truppen der Alliierten auf der Landenge von Korinth rief keinerlei Zwischenfall hervor. Donnerstag um 11 Uhr vormittags haben sich König Konstantin, Königin Sophie, Kronprinz Georg, Prinz Paul und die drei Prinzessinnen nach Tarent eingeschifft.

Das Budgetprovisorium.

(Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. Juni.)

Treffliche Sprecher und großangelegte Reden beherrschten gestern von der Tribüne das Haus. Man hörte Anschauungen, die nicht am Ohr vorbeiklingen, zu denen das politische Empfinden Stellung nehmen muß. Abg. K. H. Wolf sprach mit seiner temperamentvollen Gewandtheit vom Parlament, dessen Wert er pries, von den berechtigten Ansprüchen der Deutschen, von ihrer Entschlossenheit, um ihre Position zu kämpfen, von der Ueberzeugung, daß für seine Partei das böhmische Staatsrecht ein für allemal abgetan sei, und schließlich, die Sozialdemokraten als Friedensvermittler verhorreszierend, über die Friedensziele. Ihm folgte der hinreißendste Rhetor des Polenklubs Abg. Daszynski. Sein erstes und sein letztes Wort war der Sehnsucht nach dem Frieden gewidmet. Daß seine Darlegungen über die Verhältnisse und über das austro-polnische Programm den stürmischen Beifall seiner Klubgenossen fanden, muß nicht erst betont werden, sie waren ebenso fesselnd dem Inhalt nach, wie wirkungsvoll in der Darbietung.

Abg. Dr. Mataja gab den Willen der Christlichsozialen kund, für die Erhaltung des Parlaments zu wirken, und schloß, die Bemühungen des Papstes rühmend, mit der Sehnsuchtshoffnung auf den Frieden. Abgeordneter Reizes beklagte die Behandlung der Juden in Galizien und die Zustände in den Interniertenlagern. In gemäßigten Worten legte Abg. Dr. Hruban die Forderungen der Tschechen dar. Namens der Polen sprach dann noch Abg. Dr. Glombinski, als Vertreter des Isonzogebietes Abg. Dr. Bugatto. Bedeutsam klang die Debatte des gestrigen Tages in der Rede des Abg. Dr. Renner aus. Kenn- und Losungswort seiner Ausführungen stellte er in dem Satze voran: „Die Leute draußen im Felde

nisches Staatsrecht beugen zu lassen, und wer es ider Dynastie ernst meint, darf nicht mit dem nischen Staatsrecht kokettieren. Er darf nicht ausend sprechen, sondern muß klipp und klar sagen, es der Abgeordnete Pacher getan hat: das mische Staatsrecht ist für uns ein allemal abgetan. In einem Armeebefehl s verstorbenen Kaisers sei ausdrücklich erklärt en, daß das 28. Regiment von Haus aus feucht sei. Durch wen, das werde vielleicht in r Debatte über den Antrag auf Auslieferung des bgeordneten Klofac zutage treten. Noch mehr die antimilitaristischen Ideen haben die staatschen Ideen diesen Geist in einen Teil des hischen Volkes gebracht. Die Durchführung der Voraussetzungen" ist daher eine Staatsnotwendigt, e gehört zu den inneren Kriegszielen, aber nicht r Deutschen, sondern des Staates. Die Verschiebung ides auf die Verfassung in der Thronrede könne nen logisch Denkenden nichts andres bedeuten, aß man sich den einzig denkbaren Weg, auf dem man eine notwendige Neuordnung für diesen ac durchführen kann, nicht durch einen Eid verbeln will." Wir hätten längst diese Neudnung, wenn nicht die Mörderkugel eines ntifers den Grafen Stürgkh dahinstreckt hätte.

Redner wendet sich sodann der Besprechung r Kriegsziele und der Frage der Bedgung des Krieges zu. Er bezeichnet es ufaßbar, daß die Sozialdemokraten, die offen d anz ausdrücklich durch ihr Programm sich zur pulik bekennen, zur Vertretung der Interessen es monarchischen Staates berufen seien. Wenn n vom Frieden ohne Annexionen und Entdigungen spreche, so möge einer von denen, die se Gedanken vertreten, es einmal versuchen, einem un im Schützengraben, der sein Leben eben einsetzthat, um einen Angriff abzuwehren, begreiflich machen: Du mußt dich wehren und angreifen, r wenn du nach Hause kommst, dann war es wie Nürnberger Schießen, kriegen tust du nichts, s bleibt beim alten, denn die Revolution in zland hat es mit sich gebracht, daß man jetzt nur n Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eßa darf. Das Schlagwort von einem Frieden Annexionen und Entschädigungen gehöre in das et der Massenpsychopathie. Zwei Fälle seien lich: die Sozialdemokraten kommen mit einem e en zurück. An dem Frieden wird das Deutsche ine Freude haben, unser Bundesgenosse, der unzähligemal herausgehauen hat aus einer Verlegenheiten. Das wäre ein Friede, der die Erfüllung Friedensnotwendigkeiten Deutschlands unlich machen würde. Der Friede wäre auch nicht daß die Deutschen in Oesterreich und daß der t Oesterreich eine Freude daran haben könnte. n der Friede wird infiziert von dem Kontagium demokratisch genannten Ideen, vom Geiste der etzung, der Zerstörung aller Ordnung, der rchie. Wenn die Sozialdemokraten den Frieden ten, dann würde es nicht lange dauern und sie den hier ebenso die Maske fallen lassen, wie es inem unbedachten Augenblick die Abgeordneten eidemann und Ledebour im deutschen stage taten, als sie offen von Revolution und ublik sprachen. (Lebhafte Zustimmung bei den tschnationalen.)

Der wahrscheinlichere Fall sei der, daß die zialdemokraten ohne Frieden zukommen. Sie werden sich dann nicht für iert erklären, dann werden sie die Unzufrieden die sich aus der weiteren Fortdauer des Krieges t, sich zunutze machen, sie als starke Kraft vor Wagen spannen, und das wird wie ein Sichel n durch die konservativen Unentbehrlichkeiten Notwendigkeiten des Staates gehen. Wie dann Staat als monarchischer Staat und die Dynastie erbestehen soll, müssen die beteiligten Faktoren den Sozialdemokraten ausmachen. Pflicht der schen ist es, in ernster und entscheidender Stunde arnen. Wenn sich die Monarchie offen und vor Welt zu einem Frieden ohne Annexionen ieden bekenne, werde das von den Feinden als Zeichen der Friedensliebe, sondern als en der Schwäche aufgefaßt. Dies bedeutet nicht Verkürzung, sondern eine Verlängerung des es. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnalen.) Wir, die von den Sozialdemokraten als Hetzer bezeichnet werden, sind genau so elt von der Sehnsucht nach dem den, aber wir sagen: der Krieg, mit welchem Opfer gebracht worden sind, kann nur durch Frieden beschlossen werden, der dauernd d die notwendige Sicherheit bietet, nicht vielleicht schon ein Jahr später er eine Konföderation unsrer de über uns herfalle. (Lebhafte Zung bei den Deutschnationalen.) Der Friede unserm Reiche auch nach außen die Sicherheit durch entsprechende Regelung unsrer nzen, daß wir und das Deutsche Reich uns neuem, agrikulturell jungfräuli- Boden das erzeugen können, was im Lande ersorgung der anwachsenden Bevölkerung nicht t werden kann. Wir müssen die Möglichkeit, im Bewußtsein einer solchen Sicherstellung nsre Kräfte handelspolitischer Arbeit, die uns dem Osten führt, betätigen zu können. Dazu sich die Neuordnung im Reiche selbst n, welche die Entwicklung schaffender Kräfte nur erst ermöglicht. Vor kurzem wurden die

Staatsrechte der verschiedensten Teile gegen das Staatsrecht des Ganzen proklamiert. Zu dem Staatsrecht des ganzen Reiches bekennen wir uns und sind überzeugt, daß in einem neugeordneten, seiner Stärke sich bewußten Oesterreich das deutsche Volk als Hauptträger des Staatsgedankens, als kulturell erster Faktor des Staates dann selbst die ihm gebührende Rolle haben muß und haben wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Deutschnationalen.)

Ein Ordnungsruf.

Präsident Dr. Groß: Der Herr Abgeordnete Wolf hat in seiner Rede die Aeußerung gemacht, daß nicht alle Hochverräter gehängt worden seien. Im Zusammenhang damit hat der Herr Abgeordnete Max Winter den Zwischenruf gemacht: „Den Niedrist hat man nicht gehängt, der ist wieder ausgelassen worden!" In diesem Zusammenhang erscheint der Zwischenruf als eine schwere Beleidigung des Abgeordneten Niedrist, weshalb ich Herrn Abgeordneten Max Winter zur Ordnung rufe.

Die Frage des polnischen Staates.

Abg. Daszynski (Polenklub) führt aus, wenn er mit dem Ministerpräsidenten die Söhne der österreichischen Völker, die an der Front kämpfen, begrüße, könne er keinen andern Zuruf für diese Völker in Waffen finden als: Nieder mit dem Krieg, nieder mit dem Militarismus, es lebe der Friede! Redner könne auch die Frühjahrsmode nicht mitmachen, vor den stillen Helden des Hinterlandes den Hut zu ziehen, man gebe ihnen lieber Kartoffeln, Mehl und Butter. Er kommt sodann auf die Verhältnisse Galiziens zu sprechen, welches geographisch, historisch, wirtschaftlich und national ein Fremdkörper im österreichischen Organismus geblieben sei. Wenn jemand in der Welt den Bestand des polnischen Staates vergessen hätte, das polnische Volk hat nicht eine Minute vergessen, zu welchem Volk und zu welchem Staat es gehörte. (Beifall bei den Polen.) Redner verweist auf die Politik des Polenklubs, die weder slawen- noch deutschfreundlich war. Die Polen fühlten, daß sie in die Politik des Staates nicht organisch einverleibt sein können. Das zog aber von allen Seiten bittere Worte nach sich.

Wie oft standen die Polen am Pranger unter dem Vorwurf, daß sie eine Politik der Abschlagszahlungen, der kleinen Geschenke und Konzessionen machen. Wie oft wurde ihnen von Slawen und Deutschen vorgeworfen, daß sie weder Fisch noch Fleisch sind, und wie oft wollte man sie in den Wirrwarr der österreichischen Politik hineinzwingen. Die Polen haben dieser Lockung und diesem Schmähen widerstanden. Wir gehören nicht hinein, wir sind ein Fremdkörper. Seit zwanzig Jahren, mit der Schaffung der fünften Kurie, begann die Politik des Polenklubs nach Prinzipien zu ringen, begann der Kampf unter den einzelnen polnischen Parteien zu wüten, der Kampf der Arbeiter- und Bauernpartei gegen die Schlachzizen im Polenklub. Nicht um persönlichen Ehrgeiz handelte es sich in diesem Kampfe, sondern es war ein Kampf, in dem das Volk nach Prinzipien ringt und in dem das Volk auch gesiegt hat... (Lebhafter Beifall bei den Polen) und der dazu geführt hat, daß der Polenklub kein Schlachzizenklub mehr ist.

Im Krieg sind die Polen sich treu geblieben, indem sie erklärten, daß es nun um den Kampf gegen das zarische Rußland ginge, und schon am 6. August zog Pilsudski mit seinen Schützenscharen über die Grenzen Polens nach Rußland. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Eine Woche später wurde das oberste Nationalkomitee gegründet und die polnischen Legionen ins Leben gerufen. Das ganze Volk erhob sich, um in diesen Kampf zu ziehen. In diesem Sinne betrachteten wir die österreichisch-ungarische Armee als unsre Armee, wir wußten, daß diese Armee gegen unsre Feinde in den Krieg ziehe, und es können nur Dummköpfe sein, die von einem polnischen Verrat in diesem Krieg sprechen. (Lebafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Es muß vor der Oeffentlichkeit festgestellt werden, daß die österreichisch-ungarische Diplomatie, die österreichische Regierung und das österreichische Oberkommando mit dieser unsrer Stellung sich vollständig einverstanden erklärten. (Rufe: Hört! Hört! bei den Polen.) Sie haben dieser Stellung ihr Plazet gegeben und uns zu verstehen gegeben, daß die weitgehenden Beschlüsse des obersten Nationalkomitees und der Plenarversammlung, deren Frucht und Resultat die Schaffung der Legionen war, von Oesterreich akzeptiert werden. Im August 1914 wurde eine Idee geboren, die Idee des polnischen Staates durch Oesterreich-Ungarn zu verwirklichen. Diese Idee stand zwei Jahre lang in vollster Oeffentlichkeit. Die Taten der Legionen waren offene, in der Sonne blinkende Taten, und wir haben nicht Worte genug, um den Heroismus der Legionen hier zu preisen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Der oberste Kriegsherr selbst hat das anerkannt. Das austro-polnische Programm, die Gründung eines polnischen Staates im Verbande mit der österreichisch-ungarischen Monarchie begann sich zu verwirklichen.

Seit dem 1. Mai 1915, dem großartigen Tag der Kämpfe bei Gorlice, wurde das Königreich Polen frei, und wir sind die letzten, die nicht offen mit der größten Dankbarkeit heute der Kämpfe und der blutigen Opfer gedenken würden aller der Volksstämme, die für die Befreiung Polens vom russischen Joch gekämpft und geblutet haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.) Wir sind auch nicht undankbar geblieben, denn die wirtschaftliche Not in Deutschland und Oesterreich wäre ein Jahr früher ausgebrochen, wenn nicht polnisches Getreide und Vieh für Deutschland und Westösterreich requiriert worden wäre. In demselben Moment, wo aber der seinerzeitige Minister des Aeußern Baron Burian und Ministerpräsident Graf Stürgkh versicherten, daß das austro-polnische Programm ernstgenommen werde, hat man alles getan, um die Polen in der unglaublichsten Weise zu schikanieren. Man scheute sich nicht, die Legionen, die unsern Stolz bildeten, unter das Kommando einer Kundschafterstelle zu stellen, man hat sich nicht gescheut, die Sache der Emanzipation eines großen Volkes einem Spitzelbureau zu überlassen. Es hat Jahre gedauert, bis man sie als Kameraden anerkannte. Das Königreich Polen wurde geradezu wie ein Feindesland behandelt, und man begann mit Kontributionen zu arbeiten. Dabei ist die österreichische Wirtschaft in den okkupierten Gebieten von einer Unbeholfenheit, daß man darüber staunen muß. Man läßt das Land um keinen Preis zu einer selbständigen Institution kommen. Begreift man da die Erbitterung, die in diesen Gebieten im Jahre 1916 herrschte; zumal, wenn man bedenkt, was zu derselben Zeit in Galizien geschah. Der Einzug in Galizien war der Einzug des Galgens und des Mordens. Die einen sprechen von 50,000 Gehängten, die andern sagen, es seien doppelt so viel gehängt worden. (Rufe: Hört! Hört! bei den Polen.) Man hängte ohne jedes Bewußtsein, worum es sich handelt. Statt vieler Fälle wolle Redner nur den Fall anführen: Ein Dorfidiot, dessen sich die Gemeinde entledigen wollte, wurde als Vorspann nach dem Königreich Polen geschickt. Er kam mit drei Rubeln in der Tasche zurück, wurde von der deutschen Armee angehalten und, als die drei Rubel in seiner Tasche gefunden wurden, festgenommen und sofort gehängt. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Polen.) Was sagt der Obergalgenbaurat Heine dazu? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.)

Was denkt der Herr Abgeordnete darüber, der der persönliche Freund und Protegé des Herrn Eisenbahnministers ist? (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei den Polen.) Wenn er sagt, daß noch zu wenig gehängt wurden, so sehen wir auf ihn herab mit der kalten Verachtung, die man gegen einen Menschen seines Schlages nur haben kann, und nehmen nicht allzu ernst diese wild gewordenen, durch den herrschenden Biermangel entarteten, deutschbürgerlichen Idealisten. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung bei den Polen.) Und wenn wir schon von dem Herrn Kollegen Heine reden, über dessen schnelle Beamtenlaufbahn schon verschiedenes in den stenographischen Protokollen des Hauses verzeichnet ist, so möchte ich konstatieren, daß er nicht nur ein hoher Eisenbahnbeamter ist, sondern daß er sich auch in einer Abteilung des Kriegsministeriums befindet, und daß der Mann eine so schnelle Karriere machte, daß er am Anfang des Krieges als Oberleutnant in die Armee eingetreten ist und vor uns jetzt als Oberstleutnant dasteht. Kann dieser k. k. Eisenbahnbeamte eine Verurteilung eines Eisenbahnbeamten in Galizien anführen? Man arbeitet mit Pauschalverdächtigungen und Verleumdungen und wirft dreißigtausend Eisenbahnern Galiziens Unverläßlichkeit vor. Wäre es nicht besser am Platz, daß ein hoher Eisenbahnbeamter da auftritt und sich seiner Kollegen annimmt? Der Abgeordnete Neuntenfel hat auch von den Aasgeiern des Hinterlandes gesprochen. Da muß man ihn fragen: Wer ist hier der Aasgeier, die Verleumdeten oder die Verleumder, die den doppelten Gehalt beziehen? (Beifall.)

Das Maß dessen ist schon überschritten, was man sich gegenüber Völkern gegenüber erlaubt hat. Es ist das die Plattheit eines wild gewordenen Philisters, eines Ladenhockers, der die Welt nicht versteht und dem jeder fremde Sprachenklang sogar ein feindseliger Klang ist. Denken Sie, hier in Wien und Niederösterreich, daß Ihnen nichts geschehen kann, daß Ihnen nicht der Galgen droht? Deshalb sind Sie so übermütig geworden? Und deshalb beschimpfen Sie auch den schon verurteilten Doktor Kramarz und Genossen? Ist das nicht unkollegial? Wie dürfen Sie den Ruf nach einem arbeitsfähigen Parlament erheben, wenn Sie dieses Parlament ehrlos machen und zu einer Stätte, wo man sich gegenseitig nach Gutdünken beschimpfen kann, ohne zu bedenken, daß man ganze Völker und Stände an den Pranger stellt. Glauben Sie, daß der Krieg uns zu Sklaven gemacht hat, daß wir uns das gefallen lassen? Nicht als ob ich dem Abg. Heine Gott weiß welche Bedeutung zumessen würde, aber er hat aus dem Herzen seiner Kollegen gesprochen. (Lebhafte Zwischenrufe links.) Nichts freut mich so, wie Ihr Protest. Ich nehme ihn mit Genugtuung zur Kenntnis und habe auch gehofft, daß Sie dagegen protestieren werden.

Für die polnische Frage ist keine andre Lösung möglich, als entweder der polnische Staat oder ein Brückenübergang zu diesem Staat. Redner bespricht sodann die bekannte Krakauer Resolution und bemerkt, das Verlangen nach einem Zutritt zum Meer bedeute einen Zugang durch ein Stück der kanalisierten Weichsel zum Hafen von Danzig. Wird es nicht im Interesse Deutschlands liegen, die Bedeutung Danzigs zu heben und ihm ein riesiges Hinterland zu schaffen?

Die Polen verlieren nicht die Hoffnung, daß die Worte des Kaisers in Krakau, daß er die Polen verstehe, etwas bedeuten. (Beifall bei den Polen.) Redner erörtert sodann die Frage der Verwendung der polnischen Legionen, kommt auf die Wirkungen der russischen Revolution zu sprechen, die auch in der Aenderung der Haltung der Mittelmächte zum Ausdruck gelangt seien, und bemerkt, wenn der Krieg durch die Sozialdemokraten zu Ende gebracht werde könne, so her damit.

Abg. Teufel (Deutscher Nationalverband): Aber wie!

Abg. Daszynski: Daß Ihr Parteiehrgeiz darunter leidet — wer würde sich in dieser Zeit darum kümmern? Die Welt wird republikanisch in dem Sinne, daß die russische Revolution auf alle Völker mächtig einwirkte. In baldiger Zukunft werden die Völker vor dem Gespenst des Massenhungers stehen. Der Ruf nach dem Frieden wird immer leidenschaftlicher, immer drängender und elementarer. Deswegen wird auch jeder ernste Mensch die Beratungen in Stockholm begrüßen, und jeder Faden, der dort Tag für Tag reißen könnte, muß wiederum geknüpft werden, wenn er imstande ist, uns den Frieden zu bringen. Als Sozialist begrüße ich besonders warm das Erwachen des internationalen Gedankens gerade in dieser schrecklichen Zeit. Ich begrüße es, daß das Proletariat einen Teil des Weltproblems in seine Hand genommen oder zu nehmen sich anschickt. Schlagen wir uns an die Brust und bereiten wir uns vor auf das Wiedererwachen der Menschlichkeit nach diesem furchtbaren Krieg. Streiten wir niemand sein Recht auf Selbstbestimmung ab, suchen wir uns zu verstehen, um für einander einstehen zu können, verankern wir unsre Politik in den festen Boden der Interessen der internationalen, nach Befreiung und Souveränität ringenden Arbeit und dann sind wir im Schoße der Menschheit verankert. Wenn die Deutschbürgerlichen wüßten, wie viel Segenswünsche die sozialdemokratischen Abgesandten auf ihrem Weg nach Stockholm begleiten — nicht von Sozialdemokraten, von Millionen von Frauen, Millionen von Männern, die sagen: Oh, wenn es gelänge, daß die Sozialdemokraten es zu einem baldigen Frieden bringen könnten, Gott sei mit ihnen, Gott stütze sie, Gott helfe ihnen! Alle sagen: Wer der Welt den dauerhaften, menschenwürdigen Frieden gibt, der sei gesegnet, der sei gebenedeit! Und haben denn die Sozialdemokraten nicht den Willen und die Eignung, einen dauernden Frieden herbeizuführen? Sind sie nicht diejenige Partei, die eine Macht von 42 Nationen als eine ständige Einrichtung der Welt geschaffen hat?

Abg. Teufel: Im Frieden!

Abg. Daszynski: Haben die Sozialdemokraten irgendein Interesse daran, daß dieser Krieg noch länger dauert? Wir wollen niemand zu Schaden bringen, wir wollen nur unser Recht. Wer den Frieden will, der muß ihn stützen und gründen auf befriedigte Völker. Zurückgesetzte sind keine Bürgschaft des Friedens. Das ist unsre tiefste Ueberzeugung, dieser haben wir in Krakau Ausdruck gegeben und ich bitte, das und nichts andres zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei den Polen.)

Für die Erhaltung des Parlaments.

Abg. Dr. Mataja (christlichsozial) erklärt, die christlichsoziale Partei begegnet sich mit dem Ministerpräsidenten in der Auffassung, daß die Politik des Hauses gleich der der Regierung eine österreichische zu sein hat. Der Zweck ihrer Politik ist das Heil Oesterreichs, und es werde sich kaum jemand finden, der den Patriotismus der Christlichsozialen in Zweifel ziehen würde. Aber diese Erkenntnis und dieser Patriotismus enthebt weder uns noch den Ministerpräsidenten der Aufgabe, die Wege zu finden, auf denen der Staat seiner Aufgabe nachkommen kann, die in dem Glück und in der Zufriedenheit der Nationen und aller Schichten und Klassen der Bevölkerung liegt. Redner sei sich nicht im Zweifel darüber gewesen, daß bei Zusammentritt des Hauses sehr weitgehende nationale Forderungen werden aufgestellt werden; aber gerade weil er sie erwartet habe, teile er nicht die Enttäuschung, die aus den Worten des Ministerpräsidenten in dieser Beziehung herauszuhören war. In einem Punkte werden sich wohl die Interessen aller Parteien des Hauses begegnen, in der Erhaltung und Festigung des Parlaments. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Parlament ist die Stätte der Meinungsäußerung und des Meinungsaustausches, daher auch des Meinungsgegensatzes. So umfangreich der Raum ist, den die nationalen und staatsrechtlichen Debatten bisher hier eingenommen haben, sind sie doch nicht die einzigen, die die Bevölkerung unsres Staates bewegen. Wenn es je eine Internationalität gegeben hat, wenn je ein gemeinsamer Herzenswunsch die Bewohner Europas von einem Ende bis zum andern beseelt hat, so ist es heute die Sehnsucht nach dem Frieden.

Wir stehen vollkommen auf dem Standpunkt der Friedensnote der vier verbündeten Mächte vom 12. Dezember 1916. Unser Kriegsziel ist die Erhaltung unsrer Selbständigkeit und unsrer wirtschaftlichen Existenzfähigkeit und Entwicklungsmöglichkeit. Niemals haben wir den leisesten Wunsch gehegt, unsern Gegnern das gleiche Los zu bereiten, das sie uns zugedacht haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Redner gedenkt sodann der Bemühungen des Papstes um die Wiederherstellung des Friedens, bespricht dann die Konferenz der Katholiken in Zürich und schließt nach einer Polemik gegen einen Antrag des Abgeordneten Reizes betreffend das Los der galizi-

Mit täglicher Postzusendung.
Für das Inland:
monatlich . . . . K. 3.—
vierteljährig . . . K. 8 80
halbjährig . . . . K. 17 60
ganzjährig . . . . K. 35 20
Für das Ausland:
vierteljährig . . . K. 15.—

Mit der dazugehörigen „Illustrierten Sonntags-Beilage" monatlich . . 20 Heller mehr

46. Jahrgang.

Westungarischer - G

üdtirol abgewiesen.

sten zurückgeworfen.

ßland.

Mittelmeer versenkt.

einigung mit den drei Millionen Slowaken Ungarns. So wie ihre Deklaration am ersten Tage, so sprach jetzt ihr Wortführer Dr. Stransky und erklärte alle Gerichtsurteile über tschechische Politiker während dieses Krieges für Staatsverbrechen. Man müsse sämtliche Abgeordnete des tschechischen Volkes verurteilen, denn alle denken so. Die Tschechen erklärten sich solidarisch mit Kramarz und seinen Genossen.

Die Forderungen der Südslaven vertrat Dr. Korosec und er forderte Krain und Kärnten mit Kroatien, Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina zu einem Staat vereinigt unter dem Zepter Habsburgs. Von Serbien und dessen Zukunft redete er nicht. Die Ruthenen oder Ukrainer vertrat der Abgeordnete Romanczuk. Auch er griff, was allen Nationalitätenrednern wie auf Verabredung gemeinsam war, über festgelegte Grenzen hinweg. Er fordert die Gebiete, in denen Ruthenen wohnen, Ostgalizien, die nördliche Bukowina und das nördliche Ungarn vereinigt als ukrainischen Staat im Rahmen der Monarchie. Ueberall sollen die staatsrechtlichen historisch überlieferten Grenzen gesprengt werden zugunsten des nationalen Prinzips. Der Rumäne Dr. v. Onciul ging noch weiter, er will sämtliche Rumänen unter dem Kaiser von Oesterreich vereinigt, das ganze Königreich im Wege der Personalunion an die Monarchie angegliedert haben.

Vergeblich hält man diesen Herren entgegen, daß die Lehre dieses Krieges nicht die Zersplitterung, sondern die einheitliche Zusammenfassung des Reiches fordere; sie behaupten, das Gegenteil sei richtig, Oesterreich könne nur erneuert und verjüngt werden durch die Auflösung in nationale Staaten, die in einem festen Bundesverhältnis zueinander stehen. Das klingt ganz gut. Und man hat ja Beispiele, daß solche Staaten sehr stark sind. Das Deutsche Reich ist ein solcher Staat. Nordamerika ist ein zweiter. Die Unterschiede zwischen Oesterreich und diesen Staaten sind freilich enorm. Das Deutsche Reich ist seit tausend Jahren in derselben Gliederung und es gab starke und schwache Kaiser, aber die nationale Einheit war immer vorhanden. Nordamerika ist ein Bund von Republiken aus allen Völkern der Erde in denen aber das einheitliche Staatsband sehr fühlbar ist und die englische Sprache überall als die offizielle Geltung hat. Aehnliches ließe sich von einem österreichischen Staatenbund nicht erwarten. Wenn wir uns dieses alte Reich plötzlich aufgelöst dächten in einem Bund von autonomen Staaten von Deutschen, Tschechen, Polen, Ukrainern, Rumänen und Südslawen, von denen jeder seine besonderen nationalen Wege geht, so könnte das nur die Auflösung, nicht aber die Zusammenfassung sein. Selbst wenn man ein gemeinsames

Einheitsstaat oder Staatenbund?

Wien, 15. Juni 1917.

Die Regierung des Grafen Clam Martinitz hat ihr Programm entwickelt. Es lautet: Oesterreich! Das ist kurz und bündig und es gibt auch einen Sinn: Ein einheitliches, auf der Verfassung beruhendes Oesterreich, das allen Völkern die Gleichberechtigung zugesteht. Aber sie haben sich in den gegebenen Rahmen zu fügen. Und die Verfassung soll demokratisch weiter entwickelt werden, um dies zu ermöglichen, die Reibungsflächen sollen vermindert werden.

Das ist der kurze Sinn einer sehr langen Programmrede. Ihr voraus ging eine Verwahrung gegen jene Parteien, die beständig über die Grenzen nach Ungarn hinüber greifen und selbst über die Grenzen verbündeter Staaten.

Nach dem Ministerpräsidenten sprachen die Vertreter der Nationen und Parteien und das gab eine leidenschaftliche Kundgebung gegen den Einheitsstaat und auch gegen den Dualismus der Monarchie, den die Regierung selbst für unantastbar erklärte. Und man soll an solchen Ereignissen nicht vorübergehen, ohne ihnen fest ins Antlitz geblickt zu haben.

Ja, die Nationalitäten in Oesterreich fordern die Zerlegung der Monarchie in Einzelstaaten und ihre Zusammenfassung unter der Dynastie zu einer Art von Staatenbund oder Bundesstaat, wie man es nennen will. Geradezu tobsüchtig gebärden sich die Tschechen, die nur noch von ihrem böhmischen Vaterland reden. Und zwar nicht von dem Königreich Böhmen allein reden sie, die alten staatsrechtlichen Individualitäten, aus denen Oesterreich einst bestand, sind aufgegeben, an ihre Rolle treten die Völkerindividualitäten. Sie fordern ihr eigenes Reich und ihre Ver-

Die Polen und die Regierung.

Im gestrigen Morgenblatt wurde mitgeteilt, daß die Vorgänge im Polenklub einen so scharf oppositionellen Charakter zeigen, wie er sich bisher bei dieser Partei noch nie gezeigt hat; der gestrige Abend erbrachte den Beweis hiefür. Nachdem gestern vormittag der Ministerpräsident Graf Clam-Martinitz den polnischen Führern, die bei ihm erschienen waren, erklärt hatte, daß er ihre Forderungen in zwei Partien teile, von denen er die erste, gewisse politische Wünsche, unter anderm auch die Ersetzung des Statthalters von Galizien durch eine Zivilperson, sofort erfüllen werde, die zweite, betreffend die Rekonstruktion des Ministeriums in einem terminierten Zeitraum, trat der Polenklub am Nachmittag wieder zusammen, um den Bericht über diese Unterredung entgegenzunehmen. Mehrere Beschlußanträge lagen vor, schließlich wurde, nach einer halbstündigen Unterbrechung der Sitzung, die eine volle Klärung der Anschauungen herbeiführen sollte, der Kompromißantrag Daszyński angenommen, wonach der Polenklub der Regierung mitteilt, daß er sie nicht unterstützen könne und daraus seine Konsequenzen ziehe; der Polenklub beauftrage seine Mitglieder, im Budgetausschuß gegen das Budgetprovisorium zu stimmen, ermächtige sie aber, zu erklären, daß sie einer neuen Regierung, falls sie ihr Vertrauen besitze, die Staatsnotwendigkeiten bewilligen werden. Aus dieser Situation ergibt sich die Notwendigkeit für den Ministerpräsidenten, der Krone zu berichten und seine Entschlüsse zu fassen. Die Schwierigkeit der Entwirrung liegt darin, daß die Mehrheit des Polenklubs die gänzliche Umwandlung des Kabinetts fordert, während die konservative Gruppe einer Rekonstruktion des Ministeriums unter dem gegenwärtigen Kabinettschef zustimmt, in beiden Fällen natürlich unter voller Berücksichtigung der polnischen Wünsche in betreff der Zusammensetzung des Kabinetts. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß sich im parlamentarischen Kalendarium, das am nächsten Dienstag die erste Sitzung des Budgetausschusses enthält, eine Aenderung vollzieht.

Nachstehend der Bericht über die Vorgänge im Polenklub:

Die vormittägige Beratung.

In der Vormittagssitzung des Polenklubs berichtete der Obmann Dr. Lazarski über die gestrige Konferenz des Klubpräsidiums mit dem Kabinettschef und teilte mit, daß Graf Clam-Martinitz eine klare Formulierung der Forderungen des Polenklubs erbeten habe. Der Kabinettschef wünsche zugleich zu erfahren, ob der Klub für das Budgetprovisorium stimmen werde.

In der Debatte, die sich an den Bericht des Klubobmanns knüpfte, beantragte R. von Abrahamowicz, der Klub möge seine parlamentarische Kommission mit der Formulierung der Forderungen beauftragen. Abgeordneter Ptaś warf jedoch die prinzipielle Frage auf, ob der Polenklub mit der Regierung Clam-Martinitz überhaupt weiter verhandeln solle oder nicht. Anknüpfend an verschiedene Gerüchte und Blättermeldungen, welche von Verhandlungen des Ministers a. D. Doktor Bobrzyński mit der Regierung wissen wollen, appellierte Redner an das Klubpräsidium, es möge im Interesse des Ansehens des Polenklubs dem Kabinettschef klar gemacht werden, daß nur das Klubpräsidium zur Führung von verbindlichen Verhandlungen mit der Regierung berechtigt sei. Es liege nämlich die Annahme nahe, daß Politiker, die außerhalb des Klubs stehen, den Mangel ihrer Berechtigung zur Führung von Verhandlungen durch weitgehendes Entgegenkommen ersetzen wollen. Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, wäre es angezeigt, dies dem Kabinettschef zur Kenntnis zu bringen.

Die Abgeordneten v. Abrahamowicz und Dr. Leo sprachen sich für die Fortführung der Verhandlungen aus und wiesen auf den günstigen Moment für die Durchsetzung der Landespostulate hin. Im ähnlichen Sinne sprach auch R. v. Haller. Eine Reihe von Rednern aus der demokratischen Gruppe und der Volkspartei berief sich auf den klaren Beschluß vom 16. Mai und sprach sich gegen weitere Verhandlungen aus, unter ihnen in besonders entschiedener Weise der Abg. R. v. Moraczewski, welcher meinte, daß jedes Zögern aufgegeben werden müsse.

Mit Rücksicht darauf, daß Mitglieder des Polenklubs in der Haussitzung zum Worte gelangen sollten, wurde die Beratung bis 4 Uhr nachmittags verschoben. Um die Mittagszeit wurde in den einzelnen Gruppen die einzuschlagende Taktik eifrig besprochen, ohne daß es zu einer Klärung gekommen wäre.

Die vorliegenden Anträge.

In der Nachmittagssitzung wurde die Debatte über die eingebrachten Anträge fortgesetzt.

fahrun[illegible]nische Front.
Ortschaf[illegible]er unteren Strum[illegible]
den Sq[illegible]länder in dem A[illegible]atum
Norden[illegible]n dem Butkowo-unerb[illegible]
doch so[illegible]e die vorgeschoben[illegible] de[illegible]
deutsche[illegible] sie bisher bese[illegible]tubs
Küste i[illegible]geben und sich a[illegible]uollb[illegible]
Absicht o[illegible]pfstellung auf de[illegible]bg.
Franzos[illegible]es Flusses zurück[illegible]nt[illegible]
dem Sc[illegible]. v.

Vossische Zeitung

18. VI. 1917

33

Montag, 18. Juni 1917

Zeitung

1704

d gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgeführt

:26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

i Cerny.

tert. — Artilleriekämpfe an der Aisne.

Die hochpolitische Woche.

Drahtmeldung unseres Berichterstatters
Emil Ludwig.

★ **Wien**, 18. Juni.

Das Erste, was man im Reichsrat während dieser hochpolitischen, entscheidenden Szenen als ein Spezifikum beobachten mußte, war das Fehlen jeder wirklichen Debatte. Hier wurden — und in diesem Hause werden traditionell überhaupt meistens — nur Monologe gehalten; denn dort, wo sie sich zum Dialog entwickeln vermöchten, der ja im eigentlichen Sinne jede Debatte darstellt, beginnt sogleich der Chor oder vielmehr der Lärm. Diese Art der Auseinandersetzung soll durch die neue Geschäftsordnung vermittelst der beschränkten Redezeit von 20 Minuten überwunden werden. Aber vorläufig traut sich der Präsident noch nicht, sich dieses neuen Rechtes zu bedienen, mit dem er dem Redner das Wort nach der Uhr entziehen könnte. Nur allmählich, wie Morphium, soll den durch unbeschränkte Sprechzeit verwöhnten Abgeordneten dieses Gift entzogen werden. Sie werden jetzt, wo sie drei Jahre schweigen mußten, sich gegen diese Neubestimmung entschieden wehren. Inzwischen dauert also der lange Monolog fort und wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß bei jeder Rede ohne Ausnahme nur die Parteigenossen, und meist nur die engeren, im Saale bleiben, Gegner und Neutrale dagegen regelmäßig den Saal verlassen. Die Folge ist, daß niemand nach Beendigung einer Rede zu erwidern in der Lage ist, denn er kann diese ja erst am Abend im Druck lesen. Hierin liegt doch mehr als eine Aeußerlichkeit. Es zeigt sich darin der so charakteristische Mangel an Verständigungswillen, von dem nur wenige Abgeordnete innerhalb ihrer Partei eine wohltätige Ausnahme bedeuten. So hat sich eine Redeform in diesem Hause entwickelt, die etwa der englischen oder auch der ungarischen gerade entgegengesetzt ist; statt Rede und Gegenrede, aus denen allein sich Resultate ergeben können, werden Einzeldarstellungen geboten; und liest man am Ende den Bericht eines solchen Tages, so stellt er sich wie ein Sammelwerk dar, das jemand über das österreichische Völkerproblem von einer Reihe von ganz verschieden gerichteten Autoren veröffentlichen läßt. Fehlt es also an Debattern, so gibt es doch vortreffliche Redner im Hause, die sich leider meist eher zu Volksrednern eignen würden.

Die lautesten Organe und das größte Pathos entwickelt die Nation, die sich mit Unrecht am meisten angegriffen fühlt, nach der sich in Wahrheit der deutsch-tschechische Ministerpräsident nur zuviel gerichtet hat, nämlich die Tschechen. Nachdem sie ihre Reden tschechisch eingeleitet hatten, fahren sie deutsch fort, weil die nun beschlossenen fremdsprachigen Protokollführer noch immer nicht das Büro etablieren können. Schon mit ihrer staatsrechtlichen Verwahrung, mit der sie auch diesmal die Session einleiteten, gehen sie über alle früheren Forderungen weit hinaus. Das böhmische Staatsrecht, das sie noch immer von Maria Thersia herleiten, die vor der Kaiserkrönung ihres Gemahls sich Königin von Böhmen nannte, dieses längst verwirkte Recht auf die böhmische Krone haben sie diesmal ethnographisch neu ausstaffiert. Denn, wollten sie früher nur Böhmen, Mähren und Schlesien wieder vereinigen, so fordern sie nun die zwei bis drei Millionen Slovaken dazu, wollen sie den Ungarn abnehmen und so den dualistischen Grundboden formal und inhaltlich zerstören. Ihnen folgten zum ersten Male nun auch die Südslawen, die ebenso zu einem Reiche vereinigt zu werden wünschen, das Bosnien und die österreichischen und ungarischen südslawischen Gebiete Kroatien und Slawonien umfaßt. Diese Männer fügten hinzu, sie wollen nur unter den Habsburgern vereinigt sein. Hier muß man den Deutsch-Radikalen beipflichten, wenn sie durch den Mund ihres Führers diese Forderungen als Ententeforderungen bezeichneten. Vorläufig kann aber die Regierung über diese Aspirationen noch hinweggehen, denn ihre theoretische Natur zeigt sich schon darin, daß diese Abgeordneten ja trotzdem Staatsnotwendigkeiten auch dem zentralistischen Reiche bewilligen werden. Aber nach der Wildheit der letzten Reden wird die Regierung in arge Bedrängnis wegen der tschechischen Forderung geraten, den Abgeordneten Klofac zu befreien, der seit zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzt. Durch eine jener Unbegreiflichkeiten, deren tiefste Gründe man leider nicht zu Ende denkt, wurde die Regierung bewogen, diesen Hochverräter nicht abzuurteilen, sondern die Verhandlung in Prag von Monat zu Monat zu verschieben, bis jetzt, zu Beginn der Session, die Tschechen den Schein des Rechts bekommen, wenn sie die Frei-

Frankfurter Zeitung
18/VI. 1917

Frankfurt, 18. Juni.

Das verbündete Habsburgerreich durchlebt unruhige Tage. In Ungarn ist zwar die plötzlich w gen der Wahlrechtsfrage ausgebrochene Ministerkrise insofern beigelegt, als ein neues Kabinett gebildet ist. Ob dieses aber wirklich mit dem jetzigen Reichstag wird regieren können, muß sich erst noch ausweisen. Inzwischen hat der österreichische Reichsrat nach seinem Zusammentritt ein so wenig erfreuliches Bild geboten, wie man es vor dem Kriege gewohnt war, wie man es aber nach der gewaltigen von der Monarchie im Kriege betätigten Kraftleistung nicht erwartet hatte. Da war wenig zu merken von dem einheitlichen Willen zum Gesamtstaate, den die Regierung als ihr Programm verkündet hatte, und den man über alle Meinungsverschiedenheiten und Streitereien hinaus auch von den Parteien und Völkern fordern muß, wenn dieser Staat als ein moderner Verfassungsstaat seine Aufgaben erfüllen und seine Stellung unter den Völkern behaupten will. Vielmehr klangen die meisten Reden der slawischen Abgeordneten so, als würden alle diese Völker, deren Söhne draußen — von einigen Ausnahmen abgesehen — tapfer und treu ihre Pflicht im Kampfe gegen die Feinde des Reiches getan haben, nur mit tyrannischem Zwange bei diesem Staate festgehalten, als seien sie in der schimpflichsten Weise geknechtet und als sei Oesterreich wirklich das „ramshackle empire“ als das Lloyd George im Anfang des Krieges es in seiner unwissenden Anmaßlichkeit bezeichnet hatte. Zu all diesen unerfreulichen Erscheinungen ist nun in den allerletzten Tagen auch noch gekommen, daß die Regierung Clam-Martinitz plötzlich vor einer ernsthaften Krise steht, aus der es dem Anschein nach nur zwei Auswege gibt: den Rücktritt oder die Schließung des Parlaments, die wohl mit dessen Auflösung gleichbedeutend wäre, da die natürliche Lebensdauer des Abgeordnetenhauses am 16. Juli abläuft und nur durch ein besonderes Gesetz verlängert werden könnte. Damit ist nicht gesagt daß sich nicht schließlich als dritter und wirklich gewählter Ausweg das seit Jahrzehnten übliche System des politischen Handelsgeschäfts ergeben könnte, bei dem die Regierung, soweit sie kann, einfach die Preise zahlt, die von den Parteien gefordert werden. Daß bei solchen Geschäften immer ein Stück nach dem andern von der Autorität und Gewalt des Staates abgebrochen und vertan wird, zeigt die Geschichte Oesterreichs, wie sie die Geschichte des alten deutschen Reiches bis zu seinem völligen Zerfall erwiesen hat.

Die Ursache der jetzigen Kabinettskrise liegt in der Stellungnahme des Polenklubs, der Vereinigung der polnischen Fraktionen des Reichsrats, die der Regierung in aller Form Fehde angesagt haben. Sie wollen diese Regierung in Zukunft nicht unterstützen, sie wollen ihr nicht einmal das bewilligen, was im Zeichen des Burgfriedens in allen kriegführenden Ländern auch von den meisten oppositionellen Parteien bewilligt worden ist, das Budgetprovisorium. Der Polenklub geht also auf das Ganze. Er will diese Regierung stürzen und erklärt sich gleichzeitig bereit, die „Staatsnotwendigkeiten“ einer neuen Regierung zu bewilligen, „sofern die neue Regierung das Vertrauen des Polenklubs besitzen werde“. Das soll natürlich heißen daß man von einer neuen Regierung erwartet, was die alte nicht bewilligen wollte und wohl auch nicht bewilligen konnte. Die Streitpunkte, um die es sich bei diesem Konflikt dreht, sind nicht ganz deutlich geworden. Schon seit zwei Monaten hört man, daß der Polenklub Meinungsverschiedenheiten mit der Regierung hat, die zunächst in dem Austritt des polnischen Landsmannministers Bobrzynski aus der Regierung ihre demonstrative Verkündigung fanden. Es handelte sich dabei um verschiedene Fragen, um die Sonderstellung Galiziens im Reiche, die von der Regierung im Herbst vorigen Jahres feierlich angekündigt worden, von der es aber inzwischen sehr still geworden ist, es handelte sich weiter um das Verhältnis zu den Ukrainern, die schon vor dem Kriege nicht ohne Grund sich in Galizien benachteiligt fühlten, es handelte sich aber schließlich noch um eine Reihe von inneren galizischen Angelegenheiten, die vor einigen Tagen im Reichsrat von dem Abgeordneten Lazarski im Namen des Polenklubs in Form einer gereizten Beschwerde vorgebracht worden sind. Die Forderung der Sonderstellung Galiziens hat der Polenklub nach langwierigen, offenbar aber ergebnislosen Verhandlungen mit der Regierung fallen lassen. Die Polen, die ja von jeher sehr geschickte Taktiker und in der Abmessung ihrer Politik vorzügliche Rechner sind, haben vermutlich herausgefunden, daß sie bei einer Autonomie, wie sie gedacht war und nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten auch jetzt noch als Ziel festgehalten wird, namentlich in finanzieller Hinsicht gar nicht gut fahren werden. Ein Galizien, das vom Gesamtstaat finanziell auf die Füße gestellt und erhalten würde, wenn diese sich als zu schwach erweisen sollten, wäre dem Polenklub schon recht. Eine Autonomie, die des lieblichen Klanges finanzieller Subventionen entbehren und in der Idee der Selbständigkeit und Freiheit ihre Stärke suchen müßte, hat für die Politiker des Polenklubs nur einen geringen Reiz.

Die Autonomie Galiziens scheint demnach nicht der Grund für das Abrücken der Polen von der Regierung zu sein, oder wenn sie es wäre, dann jedenfalls nur deswegen, weil die von der Regierung in Aussicht gestellten Bedingungen der Autonomie den Polen nicht gefallen. Der wirkliche Grund des Konflikts sind vielmehr die Forderungen finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Art, die der Polenklub für das jetzige, durch den Krieg schwer heimgesuchte Galizien stellt. Die Beschwerden der Polen richten sich gegen die Ersetzung der galizischen Zivilverwaltung durch eine militärische, gegen die Paßschwierigkeiten, gegen die Verordnung des Eisenbahnministeriums, daß jeder Angestellte der deutschen Sprache kundig sein müsse, gegen die Aburteilung auch von Zivilpersonen durch Kriegs- und Feldgerichte, in denen neun Zehntel nicht der Landessprache mächtig waren, gegen eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen, die von der Verwaltung getroffen worden sind. Endlich scheint es, daß die von der Regierung bewilligten finanziellen Aufwendungen für die Linderung der Notlage in Galizien den Ansprüchen der Polen nicht genügen, und dem Polenklub erscheint wohl auch für die Zukunft der Versuch aussichtslos, bei dieser Regierung seine Forderungen durchzusetzen. Das begreift sich zum Teil wenigstens aus den Gründen, welche die von den Polen angefochtenen Maßnahmen hervorgebracht haben. So wissen wir, daß die Besetzung des Statthalterpostens durch einen General, an der sich auch im Laufe des Krieges nichts geändert hat, durch unerfreuliche Wahrnehmungen veranlaßt war, die im Anfang des Krieges in Galizien, besonders auch auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens hervorgetreten sind. Ob diese Wahrnehmungen auf einer zu einseitigen Auffassung militärischer Kreise beruht haben, läßt sich von außen schwer beurteilen. Sicher ist, daß man in den Kreisen, die am stärksten an der Verteidigung der Monarchie interessiert waren, jene Maßnahmen ebensowenig für unangebracht gehalten hat, wie den Statthalterwechsel in Böhmen. Daß sie den Polen unangenehm und verhaßt sein würden war zu erwarten und ihnen nicht zu verübeln. Anders stellt sich aber die Frage, was vom Standpunkte des Reiches aus notwendig und angezeigt war. Da mag es nun wohl so sein, daß Graf Clam-Martinitz, der ebenso wie Kaiser Karl längere Zeit selbst an der Front gestanden und jene Vorgänge aus nächster Nähe gesehen hat, zu der Ueberzeugung von ihrer Notwendigkeit gekommen ist, wie denn ja auch bekannt ist, daß der ihm zugeschriebene Gesinnungswechsel in den allgemeinen Reichsfragen auf die Erlebnisse dieses Krieges zurückzuführen ist. So mag es sich auch vielleicht erklären, daß diese verhältnismäßig zurückstehenden Fragen eine Wichtigkeit gewonnen haben, die den Bestand der Regierung ernstlich gefährdet. Wenn der Ministerpräsident nachgeben könnte, so hätte er es vermutlich schon in den langwierigen Verhandlungen getan.

Was nun folgen wird, ist schwer zu sagen, und wir möchten es unterlassen, anzudeuten, welche der im Eingang erwähnten Möglichkeiten die meiste Aussicht auf Verwirklichung hat. Graf Clam erstattet heute dem Kaiser Bericht und danach wird es sich entscheiden, ob er zurücktritt und ein den Polen willfährigeres Kabinett kommt. Ob ein solches dann auf der anderen Seite, vor allem bei den Deutschen, genügend Unterstützung fände, wäre erst noch fraglich. Als vor zwei Monaten die Entscheidung der Regierung, die von den Deutschen gestellten Forderungen, die auch ihr eigenes Programm bildeten, zurückzustellen, eine Krise brachte, blieben die deutschen Minister doch in der Regierung auf allgemeine Verheißungen hin. Wie ganz anders die Polen, die sich früher immer viel darauf zugute taten, daß sie die treuesten Stützen der Regierung seien. In dem Augenblick, wo ihre Wünsche unbefriedigt bleiben, legen sie die politische Arbeit für die Regierung nieder und gehen in die Opposition. Das ist vom polnischen Standpunkt aus wahrscheinlich keine schlechte Politik. Von der Seite des Gesamtstaates aus angesehen, zu dem sie sich soeben erst glühend bekannt haben, nimmt sich diese Politik freilich etwas anders aus, besonders in einem Augenblick, in dem es sich zu zeigen hätte, daß für die Notwendigkeiten dieses Staates unter allen Umständen ein bereitwilliges Parlament da ist. Wenn aus solchem Verhalten nun erst recht die Forderung neue Nahrung zieht, daß Galizien dem übrigen Reich abgetrennt wird und eine Sonderstellung erhält, so ist das ganz natürlich. Ist das die Absicht der Polen, so hätten sie allerdings kaum ein wirksameres Mittel zu ihrer Durchsetzung wählen können.

Vossische Zeitung

19./VI. 1917

Rücktritt des Kabinetts Clam-Martinic.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Wien**, 19. Juni.

Graf Clam-Martinic hat dem Kaiser heute die Demission des Gesamtkabinetts überreicht. Kaiser Karl hat sich seine Entscheidung vorbehalten.

Dem Vernehmen nach war Graf Clam-Martinic dem Kaiser, der gestern aus Siebenbürgen zurückkehrte, entgegengereist und hatte dem Monarchen im Hofwagen über die Situation, wie sie sich durch den Beschluß des Polenklubs darstellt, Bericht erstattet.

Das Präsidium des Polenklubs beriet über die politische Lage, wobei festgestellt wurde, daß der Klub auf dem am Sonnabend gefaßten Beschluß beharre und von diesem Beschlusse nicht abgehen könne. Wie Polenführer erklären, hätten sie mit ihrem Beschlusse keineswegs die Absicht, das Parlament aus den Angeln zu heben oder seine Tätigkeit zu unterbinden. Die Klubmitglieder wollen ihre Mandate im Budgetausschusse im vollsten Umfange ausüben und werden jedem Kabinett raschest das Budgetprovisorium bewilligen, nur nicht dem Kabinett Grafen Clam-Martinic.

Die Mitglieder des Budgetausschusses, die heute im Abgeordnetenhause erschienen, erklärten, trotz der Krise morgen in die Beratung des Budgetprovisoriums eintreten zu wollen. Es sei auch beabsichtigt, bis Donnerstag die Beratungen des Ausschusses zu beenden, so daß am Freitag, falls das Abgeordnetenhaus tagt, bereits der Ausschußbericht über das Budgetprovisorium vorliegen könnte. Die Frage ist allerdings, ob es opportun erscheint, am Freitag eine Sitzung abzuhalten, wenn die Situation bis dahin noch nicht entwirrt sein sollte.

* * *

Noch stehen tief hinein in Galizien russische Truppenmassen, noch schalten in Czernowitz und der ganzen Bukowina russische Generale und Gouverneure, aber der Polenklub im österreichischen Abgeordnetenhause erachtet den Augenblick für gegeben, dem Kabinett Clam-Martinic den Fehdehandschuh ins Gesicht zu werfen und, sofern ihm nicht der Wille getan werde, den Staatsvoranschlag zu verweigern, das heißt, die Mittel zur Fortführung des Krieges und damit zur Befreiung Ostgaliziens und der Bukowina von den Russen zu verweigern. Die Drohung ist so grotesk, daß man im ersten Augenblick geneigt sein könnte, sie zu belächeln, allein bei der Eigenart der Verhältnisse, wie sie sich in Oesterreich seit der großen Schwenkung des Kabinetts Clam-Martinic von der Oktroizur Parlamentspolitik entwickelt haben, wäre nichts unangebrachter, als den vom Polenklub, dieser Vereinigung ebenso scharfsinniger und entschlossener wie bedenkenfreier Politiker, herbeigeführten Zwischenfall auf die leichte Achsel zu nehmen. Selbst wenn die Polen isoliert daständen, würde ihre Absage an die Regierung eine Lage schaffen, die peinlich genug wäre. Die Polen haben seit Jahrzehnten als die zuverlässige Prätorianergarde jeder österreichischen Regierung welcher Farbe immer gegolten, eine Garde, die in ihren Lohnforderungen nie bescheiden war, sie aber auch wieder nie dermaßen überspannte, daß sie unerträglich und unbezahlbar wurden; gleichzeitig verstanden es die Polen, sich mit der Krone in ein ganz besonders inniges Vertrauensverhältnis zu bringen, das selbst durch gewisse Begleiterscheinungen des Weltkrieges nicht zerstört, kaum vorübergehend abgeschwächt worden ist. Die Meuterei einer solchen stets bewährten Kerntruppe jeder Regierungsmehrheit mußte jedem österreichischen Kabinett peinlich, einem Kabinett von der Art und dem Gefüge des gegenwärtigen mußte sie zum Verhängnis werden. Denn dieses Kabinett hat im Parlament, wenn die Polen sich ihm versagen, keine Stütze mehr als die Deutschen, und auch diese sind verdrossen und ohne rechtes Vertrauen zu dem Grafen Clam-Martinic. Aber auch wenn sie noch so feurig und hingebungsvoll für ihn eintreten wollten — der Kampf wäre entschieden, bevor er noch recht begonnen hätte, denn das einzige konstitutionelle Mittel, das einem Ministerium einer ihm feindlichen Parlamentsmehrheit gegenüber zur Verfügung steht, die Auflösung des Parlaments und Anrufung der Wähler, ist dem Kabinett Clam-Mirtinic versagt, es kann angesichts der internationalen

Pester Lloyd
20./VI. 1917
47

Ganzj. 52 K, halbj. 26 K, viertelj. 13 K, monatl. 4.50 K. Für das Inland und Oesterreich: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 42 K, halbj. 21 K, viertelj. 10.50, monatl. 3.60 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 30 K, halbj. 15 K, viertelj. 7.50, monatl. 2.60 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 56 K, halbj. 28 K, viertelj. 14 K, monatlich 5.— K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 20 K, für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Rudolf Mosse, hd. Tenzer, Ludwig Hegyi, Ios. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

64. Jahrgang. Budapest, Mittwoch, 20. Juni 1917 Nr. 155

Budapest, 19. Juni.

Der österreichische Reichsrat ist nach kurzer Fahrt klirrend auf dem Sande aufgefahren. Das Schicksal eines Budgetprovisoriums, woran jetzt sich die Krise des Kabinetts Clam-Martinic, die eine Krise des Parlaments werden kann, entzündet hat, pflegt in den Parlamenten im allgemeinen nicht der Ausgangspunkt schwerer Verwicklungen zu sein. Die Bewilligung der Indemnität ist ein technischer Behelf für die Fortführung der Verwaltung, sie gehört gleichsam zum täglichen Brot im normalen parlamentarischen Betrieb. Es ist immer ein Anzeichen für tiefer liegende Krankheitskeime, wenn diese, im Bureaukratenstil gesprochen, laufende Angelegenheit zum Anlaß einer Krise wird. Bricht bei der Indemnität ein verfassungsmäßiger Konflikt aus, so deutet dies darauf hin, daß die Gegensätze bis auf die Grundlagen des Systems hinunterreichen. Das Uebel sitzt dann nicht mehr an der Oberfläche, sondern rührt an die Balken, auf denen das innerpolitische Leben aufgebaut ist. Ein solcher Zwischenfall legt dann jene Urprobleme bloß, die das besondere Schicksal des Staates darstellen. In Oesterreich heißt seit dem Anfang des verfassungsmäßigen Lebens bis auf den heutigen Tag diese Grundfrage die Unsicherheit über den Staatsgedanken. Alle Schwierigkeiten lassen sich, wenn man, über das Beiwerk hinwegsehend, zu den Ursprüngen vordringt, immer wieder auf die eine Formel bringen, daß die Hoheit der Staatsidee niemals entschlossen aufgerichtet wurde, daß immer wieder über diesen Kernpunkt des politischen Daseins gewollte oder ungewollte Unklarheit herrschte, daß die Geister bisher noch niemals genötigt wurden, ein entschlossenes Bekenntnis zur österreichischen Staatsidee abzulegen. Wenn je, so war es diesmal, da der Reichsrat in einem schicksalsschweren Augenblick des großen Krieges zusammentrat, notwendig, vor dem Beginne des parlamentarischen Kräftespiels unter den politischen Faktoren Einmütigkeit darüber herbeizuführen, daß der Staat, die Idee seiner Einheit und Hoheit, seine Ueberlegenheit über alle Sonderinteressen und über alle anderen, im Streit verfangenen politischen Formungsprinzipien die Voraussetzung der politischen Betätigung für die Regierung und alle Parteien sein und bleiben müsse. Auf den Schlachtfeldern ist diese Idee siegreich durchgebrochen; die Aufgabe war, sie auch in die Politik und in das Verhältnis der Parteien zu den öffentlichen Dingen hineinzutragen. Der stürmische, unerquickliche Verlauf der politischen Debatte, die wieder alle Risse im Staatskörper unbarmherzig bloßlegte, hat gezeigt, daß diese oberste Aufgabe wieder verabsäumt worden ist. Nicht einmal Sicherheit über die Mittel für die Fortführung der Verwaltung war vorhanden, die das primitive tägliche Leben des Staates in Gang erhält.

Es ist nur eine Aeußerlichkeit und ein Ungefähr der augenblicklichen Konstellation, daß die Krise diesmal vom Polenklub ausgegangen ist. Sie hätte ebensogut auf einer anderen Seite entbrennen können. Nur zufällig war es in diesem Augenblick das Verhältnis der Polen zum Staate, an dem sich der Mangel einer festen Ueberlieferung der Staatsidee und die Folgen fortdauernder Schwankungen über diese Hauptfrage der Politik offenbarten. Die polnische Krise geht auf die Unsicherheit zurück, mit der in der Frage der galizischen Sonderstellung der Staatswagen in den letzten Monaten gelenkt wurde. Dieser Mangel an Zielsicherheit, der Zickzackkurs, der bei Behandlung dieser gerade jetzt so ungemein heiklen Angelegenheit zu beobachten war, fließt aber unmittelbar aus der alten Unklarheit darüber, was die österreichische Staatsidee ist, aus dem Mangel an Tatkraft bei der Abwehr von Angriffen auf den Staatsgedanken. Weder die Polen, noch die anderen nationalen Parteien wußten und wissen, wann die Geltendmachung von nationalen und Kronlandsinteressen aufhört, ein legales Postulat und erlaubtes Kampfziel zu sein, und wo eine Verletzung der durch die Idee des Staates und seiner Einheit gezogenen Grenzen beginnt. Die Unsicherheit über die Staatsidee, die in keinem modernen Staate, besonders in keinem Verfassungsstaate mit breitem öffentlichen Leben und starker Anteilnahme der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen ein Gegenstand des Zweifels sein darf, in Oesterreich gehört sie noch immer gleichsam zu den ungeschriebenen Bestandteilen der Grundgesetze über Verfassung und Verwaltung. Es ist umgekehrt wie in England, dessen politischen Mechanismus man nicht aus dem spärlichen geschriebenen Recht, sondern nur aus der Klarheit erkennen kann, die alle Faktoren, vom Ministerpräsidenten bis zum einfachen Wähler, über die Idee des Staates und seiner öffentlichen Einrichtungen in sich tragen. Wer in Oesterreich die ewigen Schwierigkeiten und Stockungen des Verfassungslebens zu ergründen versuchte, würde vergeblich den Wortlaut der Verfassungsgesetze zu Rate ziehen; nicht in diesem ist es begründet, daß weder Klarheit noch Einigkeit über die Seele des Staatslebens, über die Staatsidee, ihre Kraft und ihre Grenzen besteht. Daß bei den slawischen Nationalitäten Verständnis und Gefühl für die Notwendigkeit einer unverrückbaren staatlichen Einheitsidee sich nicht entwickelt hat, ist ein Ergebnis ihrer Geschichte in den letzten Jahrzehnten. Ihr Eintritt in das politische Leben war ein Kampf gegen die Einheit des Staates, ihr Parteileben entfaltete sich an diesem Kampfe, während auf der anderen Seite ihrem Sturmlaufen gegen die Bedingungen eines starken, modernen Staatslebens vom Zentrum aus niemals zweckbewußter Wille entgegengesetzt wurde. Die innere Geschichte Oesterreichs zeigte vielmehr ein stetes Zurückweichen des Staatsgedankens vor den Ideen, die die Nationalitäten in den politischen Kampf geworfen haben. Die Teilsiege, die der Föderalismus und das falschverstandene Prinzip der Autonomie zeitweilig über die Staatsidee errangen, mußten dazu beitragen, im Bewußtsein der nationalen Parteien die Bedeutung des Einheitsstaates auch für die einzelnen Volksstämme, die in ihm Wohnsitz und Schirm vor äußeren Gefahren gefunden haben, zu verkleinern. Die Staatsidee fand jedoch auch dort nicht Raum noch Pflege, wo man weit eher Verständnis für ihre Notwendigkeit hätte vermuten müssen. Weder die Deutschen, noch die Regierungen haben sich zur vollen Klarheit über die zentrale Wichtigkeit der staatlichen Einheitsidee durchgerungen. Ein Teil der deutschen Parteien, früher die Klerikalen, jetzt auch die Christlichsozialen, huldigen der spezifisch österreichischen Idee einer Autonomie, das heißt einer Selbständigkeit und eines politischen Eigenlebens der Länder, die vergangene Zustände petrifiziert und sich, wie das Beispiel aller modernen Staaten zeigt, mit den gewaltig gewachsenen und unendlich verwickelten Aufgaben der Staatsverwaltung in den modernen Großwirtschaftsstaaten nicht mehr verträgt. Auch unter den freiheitlichen deutschen Parteien, die sich als die Träger der österreichischen Staatsidee fühlen, wird die Klarheit des Staatsgedankens durch eine gewisse autonomistische Romantik und Zärtlichkeit für die Länderbesonderheiten getrübt. Die Regierungen wieder, die anderwärts der Hort der Staatseinheit sind, waren nie folgerichtig und stark in der Verteidigung dessen, was der Staat zur Entfaltung seines Eigenlebens unbedingt braucht. Das Ministerium Clam-Martinic ist in den Wehen des Krieges als Verfechter der österreichischen Staatsidee gebildet worden. In seiner Geschäftsführung sollten sich die Erfahrungen des Krieges durchsetzen, die so eindringlich die Bedeutung eines starken Staatsgedankens erwiesen haben. Wie schwach ist jedoch die österreichische Staatsidee in der Programmrede des Grafen Clam-Martinic zum Ausdruck gekommen, wie unklar und verklausuliert war in ihr der Begriff des österreichischen Staatsgedankens herausgearbeitet! Was Wunder, wenn Parteien, die von anderen politischen Bekenntnissen herkommen, bei Führung ihrer Politik an die Majestät der Staatsidee vergessen?

Die gegenwärtige österreichische Regierungskrise wird vielleicht durch Umbildung des gegenwärtigen Ministeriums zu einem Koalitionskabinett gelöst werden. Vielleicht gelingt es dem Grafen Clam-Martinic oder einer geschickteren Hand, trotz der scharfen Stürme, die in der vergangenen Woche durchs Parlament brausten, die nationalen Gruppen zur Entsendung von Parteienvertretern in ein solches Ministerium zu bewegen und mit einem solchen Kabinett die Ueberwindung der innerpolitischen Schwierigkeiten zu versuchen. Soll das Unternehmen jedoch mehr sein als einer der vielen Eintagserfolge, die ähnliche Koalitionsversuche in früheren Zeiten darstellen, so müßte bei der Bildung dieser neuen österreichischen Regierung endlich nachgeholt werden, was vor Einberufung des Reichsrates verabsäumt worden ist. Die Parteien müßten endlich um die österreichische Staatsidee geschart werden, Einigkeit müßte erzielt werden darüber, daß auch Oesterreich, wenn es, seiner Volkskraft und wirtschaftlichen Stärke entsprechend, ein starker politischer Faktor sein will, ein bestimmtes Maß von staatlicher Einheit besitzen muß. Dieser Besitzstand des Staates müßte allen Parteien heilig sein, die Regierung und ihre Mehrheit im Reichsrate müßten es als ihre oberste Pflicht betrachten, eifersüchtig jeder Zerbröckelung und Aufweichung dieser einheitlichen Staatsidee mit aller Kraft entgegenzuwirken. Oesterreich besitzt in seinen

für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 70 h, monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—. Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 3.—.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20 bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
Schulerstraße 13, Telephon 9191
I. Bazmanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33126
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34146
XVII. Backnergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei

tung

lerreich.

r nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

erschöpft, im übrigen aber will sie zuerst ein Vertrauensvotum für sich, für die nackte Fortführung der laufenden Verwaltung! Sie gleicht einem Gutsverwalter, der, während die Flut über die Felder hereinbricht und ein Brand im Schlosse wütet, dem Herrn die Jahresrechnung zur Ueberprüfung vorlegt und seine redliche Rechnungsführung beschönigt wissen will. Das Parlament, das Volk, jedermann fragt: Wie willst du das Reich retten? Die Antwort sind unbestimmte Redensarten und die Bitte um ein Vertrauensvotum!

So können die öffentlichen Angelegenheiten nicht geführt werden. Wahr ist, daß das Parlament ein Wirrsal widerstreitender nationaler Wünsche zu Tage gefördert hat und daß jeder dieser Wünsche zu seiner Durchführung lange politische und parlamentarische Arbeit, vielfach jahrelange Arbeit fordern, würde. Die Stunde kann ihnen Erfüllung nicht bringen. Was aber, das ist das gestellte Problem, kann sofort in Angriff genommen werden, woran könnte und müßte jeder sofort mit Hand anlegen? Was ist die gemeinsame Vorfrage für alle Bestrebungen, die Grundlage, auf der jeder in seinem besonderen Sinne später fortzubauen imstande wäre? Offenbar ist das die Reform der Lokalverwaltung! Es gibt wohl nicht zwei Bürger dieses Staates, die nicht eingestehen würden, daß die autonome und staatliche Lokalverwaltung in diesem Kriege versagt, vielmehr das schon zur Friedenszeit unbestrittene Versagen im Kriege bis zur Unerträglichkeit und Unhaltbarkeit gesteigert hat. Zugleich aber weiß jedermann, daß, wie immer man einstmals die nationalen Beziehungen im ganzen regeln will, vorerst der lokale Unterbau der Verwaltung geordnet werden muß. Wer das Werk will, muß doch vorerst seine Voraussetzungen in Angriff nehmen. Hier ist Raum zu einer sofortigen Tat, zum sofortigen Zugreifen für jedermann, hier steht Arbeit bereit, und Arbeit erzieht. Das Herumparlamentieren um Vertrauensfragen, um Allgemeinheiten, die Herausforderung zu allgemeinen Bekenntnissen für oder gegen den Staat reißt alle Schleusen der politischen Phantasie auf, verlockt zu letzten Zielsetzungen und die letzten Ziele liegen in allen Parlamenten immer verstreut in allen Richtungen der Windrose! Die politische Methode, wie sie die Regierung gewählt hat, zerreißt das Parlament und verführt es wieder zu geschwätzigem Müßiggang.

Die Idee einer Kreisverfassung hat heute die gewaltige Mehrheit der Staatsbürger für sich. Einmal wollen sie die Deutschen an dem empfindlichsten Punkt ihrer nationalen Existenz, in Böhmen, und die Deutschbürgerlichen der anderen Länder können sich einem Werke nicht versagen, das für die ganze Nation von entscheidender Wichtigkeit ist. Die Polen haben — und das ist eine neue, politisch sehr bedeutsame Sache — in dem leider noch immer nicht kundgemachten Entwurf einer galizischen Verfassung selbst „Landschaften" als Träger der nationalen Verwaltung vorgeschlagen; diese Landschaften sind nichts, als was wir in Westösterreich Kreise nennen. Die Ruthenen müssen nach solchen „Landschaften", wenn sie von der Regierung und nicht von ihrem nationalen Gegner vertreten werden, mit beiden Händen greifen, ebenso auch die Italiener und die Rumänen. Ferner verlangen alle im Erwerbsleben Tätigen schon seit geraumer Zeit nach einem Ersatz der landesfürstlichen Bürokratie und der sogenannten Autonomie durch eine wirkliche und wirksame Lokalverwaltung, die den Wirtschaftserfordernissen genügt. Die Staatsrechtslehrer nahezu aller Nationen haben ihr wissenschaftliches Gutachten zu Gunsten der Kreisverfassung abgegeben.

Dazu kommt, daß das gesamte Proletariat Oesterreichs, das nach dem Kriege vor allem die Heilung seiner Siechen und die Pflege seiner Krüppel erwartet und dazu einen tragfähigen Verwaltungskörper verlangt, gebieterisch darauf bestehen muß, daß die soziale Verwaltung endlich den unfähigen Händen der übrigens nach maßlos zersplitterten Gemeinden und den ewig verzankten, arbeitsunfähigen Landstuben entwunden und auf national tunlichst einheitliche, also dem Streit entrückte Selbstverwaltungskörper übertragen wird. Die Arbeiterschaft müßte wahrhaftig ihr eigener Feind sein, wenn sie die dauernde Verkümmerung ihrer allernächsten Interessen durch halbfeudale Landstände und durch Gemeindevertretungen, in denen nichts vertreten ist als der verstockte Haus-

Ohne Willen und ohne Ziel.

So kommen die Krisen: Man spricht nun schon seit zwei Jahren von Neuorientierung, vom Wiederaufbau Oesterreichs, von der Demokratisierung des Staatswesens, von Kreisen, von der großen nationalen Auseinandersetzung, und jedermann erwartet endlich die Tat — das Ende ist eine Regierung, die nicht weiß, was sie will, und vor allem nicht, womit beginnen. Die öffentliche Meinung rüstet sich, die Parteien marschieren natürlich mit ihren Höchstforderungen auf, wie immer, wenn es gilt — am Ende stehen sie vor einer schönen, verheißungsvollen, aber nichtssagenden Regierungserklärung, die nicht die Verkörperung eines festen und zielsicheren Tatwillens, sondern das Erzeugnis der Stilkunst eines Ministerialbeamten ist. Und so läuft die erwartungsvollste Spannung aller in allgemeines Mißverständnis, in lärmenden Verdruß und in eine lähmende Krisis aus.

Dabei spürt jeder, der sich in den Strudel des halben Tausends Parlamentarier mischt, sofort heraus: Jeder einzelne und alle Parteien sind willig und wünschen, daß aus dieser so schwer erreichten Tagung etwas werde. Jeder will freilich das Besondere, wozu ihn seine Klasse oder Nation verpflichtet: auch das ist selbstverständlich und allen Parlamenten eigentümlich. Das gemeinsame Ziel, das allen Erträgliche und der Allgemeinheit Nützliche, das augenblicklich Fällige herauszuahnen, zum Plane zu gestalten und als Erfordernis der Stunde zu begründen, das eben ist Sache des Staatsmannes und bei uns Aufgabe der Regierung. Sie ist gleichsam der Vorarbeiter des Hauses, der durch sein führendes Wort alle zu dem Werke zusammenführt und bei dem Werke zusammenhält, das die Stunde gebietet. Womit hat die Regierung angefangen? Ihr Tatwille ist durch den Entwurf einer Regelung des Zahntechnikergewerbes wahrscheinlich

Die Zeit
20./VI. 1917

Kinderschreck.

So oft bei uns eine Regierung in Verlegenheit ist um die Beschaffung einer Majorität für das Budget im Parlament, wird aus dem reichgefüllten Schrein politischer Irrlehren eine Theorie hervorgezogen, die die Einfältigen im Lande von einer Ablehnung des Budgets abschrecken soll. Die Theorie heißt: Das Budget wird nicht der Regierung bewilligt, ist also nicht ein Akt des Vertrauens zur jeweiligen Regierung, sondern es wird dem Staat bewilligt, hat mit der Regierung nichts zu tun, und wer daher das Budget ablehnt, entzieht dem Staat seine Existenzmittel, vernichtet den Staat und begeht somit ein todeswürdiges Verbrechen. Diese Theorie ist bei uns in Oesterreich genau so alt wie die Herrlichkeit der unparlamentarischen Regierungen, die sich immer wieder ihre Majorität zusammenschachern müssen. Sie wird jetzt in den selbstverschuldeten Majoritätsnöten des Ministeriums Clam von dessen publizistischen Vertretern wieder aufgewärmt und durch den Hinweis auf den Krieg für gedankenlose Gemüter neu ausgeschmückt.

Wie das aber schon mit erkünstelten falschen Theorien nun einmal geht, im Drang des Augenblicks vergißt man sie leicht, und die Vernunft kommt zu Wort. So war es gestern im Budgetausschuß. Nach der Staatstheorie brauchte der Budgetausschuß die Budgetberatung wegen der eingetretenen Demission des Ministeriums nicht zu unterbrechen, das Budget wird ja nach dieser Theorie nicht der jeweiligen Regierung votiert, die Existenz oder Nichtexistenz der jeweiligen Regierung könnte danach auf die Budgetberatung keinen Einfluß nehmen: die gut gedrillten Deutschen im Budgetausschuß schickten sich denn auch an, das Budget weiter zu beraten, wie wenn nichts geschehen wäre. Da erhob sich aber der Finanzminister Herr Dr. von Spitzmüller und stellte es „auftragsgemäß und im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten" (hochamtlich und hochpolitisch) dem Ausschuß zur Erwägung, ob es sich nicht empfehlen würde, die Budgetberatung mit Rücksicht auf die Demission des Kabinetts zu unterbrechen. Der Ausschuß tat das denn auch. Ja, aber wie ist er nach der Staatstheorie dazu gekommen? Das Budget wird danach doch nicht der jeweiligen Regierung, sondern dem Staate bewilligt. Stehen wir am Ende vor einem Staatswechsel? Hat der Staat demissioniert? Nein, es handelt sich nur um einen Regierungswechsel, aber gerade deswegen mußte die Budgetberatung eingestellt werden, und sie ist eingestellt worden, weil das Budget der Regierung votiert wird, und einer Regierung, die zu gehen im Begriff ist, kann man eben kein Vertrauen und kein Budget mehr votieren. Die Regierung selbst hat sich im entscheidenden Augenblick zu der richtigen Budgettheorie, die das Budget auf die jeweilige Regierung bezieht, bekannt und die von ihren Handlangern propagierte falsche Staatstheorie bei Seite geschoben.

Durch den Kinderschreck dieser Staatstheorie hat sich auch nie eine Oppositionspartei von der Verweigerung des Budgets abhalten lassen. Graf Taaffe hat diese Theorie bei uns eingeführt. Sie war damals gegen die deutsche Linke gerichtet, die gefürchtete Vorläuferin des so zahm gewordenen Nationalverbandes. Zehn Jahre hat die deutsche Linke der Taaffeschen Regierung Budget nach Budget verweigert, ohne sich um die Staatstheorie zu kümmern, lediglich weil Taaffe ohne sie, genauer gesprochen, ohne das damals vielgepriesene finanzministerielle Genie des Herrn v. Plener, regierte. Wo würde man übrigens mit der Staatstheorie des Budgets hinkommen, wenn man sie analogerweise auf die Landes- und Kommunalbudgets anwenden würde. Da müßte man, wenn ein Wiener Liberaler den Christlichsozialen im niederösterreichischen Landtag das Landesbudget oder im Gemeinderat das Gemeindebudget verweigert, dem Mann vorwerfen, daß er damit die Existenz des Landes Niederösterreich oder der Stadt Wien negiert habe. Nein, nein, es bleibt dabei, was in der ganzen parlamentarischen Welt gilt, daß das Budget ein Vertrauensvotum für die Regierung ist, und daß jeder, der mit der Regierung nicht einverstanden ist, das Recht hat, das Budget zu verweigern, und daß eine Regierung kein Recht auf Existenz hat, die nicht das Vertrauen der Majorität des Parlaments genießt. Die allzu regierungsfromm gewordenen Herren vom Deutschen Nationalverband, die heute vom Finanzminister an diesen Grundsatz der parlamentarischen Politik erinnert werden mußten, sollten sich mit ihm wieder befreunden. Wer weiß, sie werden ihn vielleicht selbst wieder einmal brauchen.

Tägliche Rundschau

55

21./III. 1917

Ministerium Moritz Esterhazy.

(Brief aus Ofen-Pest.)

Das neue Ministerium hat den Eid in die Hand des Königs abgelegt und ist damit der verfassungsmäßige Nachfolger des Kabinetts Tisza geworden. In seiner Zusammensetzung weist das neue Kabinett manche bekannten Gesichter auf. Da ist insbesondere der Kultus- und Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi, der Führer der gemäßigten Gruppe der Unabhängigkeitspartei, der dasselbe Ministerium auch im Koalitionskabinett Wekerle-Kossuth innegehabt hatte, und der zum Minister für Kroatien ernannte Führer der katholischen Volkspartei, Graf Aladar Zichy, der in demselben Koalitionskabinett Minister am königlichen Hoflager (a latere) gewesen war. Das Handelsministerium hat Graf Bela Serenyi übernommen, welcher im Kabinett Tisza Ackerbauminister gewesen, aber infolge persönlicher und sachlicher Meinungsverschiedenheiten mit Tisza ausgetreten war. Auch die übrigen Minister, obwohl zum ersten Male auf der Ministerbank, sind durchwegs bekannte parlamentarische Erscheinungen. Die Andrassysche Verfassungspartei ist außer durch den zu ihr gehörenden Ministerpräsidenten selbst durch die beiden Vizepräsidenten der Partei Gabriel Ugron als Minister des Innern und Bela Mezössy als Ackerbauminister vertreten. Die Karolyipartei und der zu ihr gehörige „Wahlrechtsblock" hat ihren Vizepräsidenten Grafen Theodor Batthyany als Minister a latere und den Führer der Ofen-Pester Demokraten Dr. Wilhelm Vaszony als Justizminister gestellt. Neben ihm ist die interessanteste Neuerscheinung des Kabinetts der Finanzminister Dr. Gustav Gratz, der bekannte siebenbürgisch-deutsche Abgeordnete, der erst vor einigen Monaten sich aus einem Zeitungskorrespondenten in einen Sektionschef im Ministerium des Aeußeren verwandelte. Honvedminister bleibt der beliebte Feldmarschalleutnant v. Szurmay, der zuletzt auch schon dem Kabinett Tisza angehört hatte.

Die Liste des neuen Ministeriums ist zunächst nur vorläufig. Bekanntlich hat Graf Moritz Esterhazy die Absicht, noch eine Reihe neuer Ministerien zu schaffen, und zwar ein Verkehrsministerium, ein Ministerium für die Uebergangswirtschaft und ein Ministerium für soziale Fürsorge. Nach der gesetzlichen Einführung dieser neuen Ministerien dürften noch einige Verschiebungen im Kabinett eintreten. Man spricht sogar davon, daß Graf Esterhazy auch einen Sozialdemokraten in die Ministerbank aufnehmen will.

Wenn man die Liste des neuen Ministeriums überblickt, das mit Ausnahme der paar parteipolitisch farblosen Mitglieder (Dr. Gratz und Feldmarschalleutnant Szurmay) ein ausgesprochenes Minderheitskoalitionsministerium ist, so vermißt man darin insbesondere zwei Namen. Den des Grafen Julius Andrassy und den des Grafen Michael Karolyi. Die Vorgeschichte des Fehlens dieser beiden Namen in der Ministerliste gehört zu den zweifellos interessantesten Kapiteln der verflossenen Ministerkrise. Graf Julius Andrassy hätte gern selbst dem neuen Ministerium seinen Namen gegeben, aber er hat offenbar mit seinen Ministerkandidaturen kein Glück. Vor einigen Monaten wollte er durchaus Minister des Aeußeren werden, aber es kam Graf Ottokar Czernin. Und nun, da er ebenso gern ungarischer Ministerpräsident geworden wäre, lief ihm sein eigener Schildknappe, Graf Moritz Esterhazy, den Rang ab. Graf Michael Karolyi hinwiederum, dieser verbohrteste aller ungarischen Parlamentsgrafen, dieser Deutschen- und Oesterreicherfresser und pathetische Ententefreund, wäre sogar bereit gewesen, seinen ganzen Deutschenhaß und die Ententeverbrüderung an den Nagel zu hängen, oder wie es parlamentsdiplomatisch heißt, „auszuschalten", nur um ebenfalls Minister werden zu können. Er soll sogar im Ministerium des Aeußeren dem Grafen Czernin sich schriftlich verpflichtet haben, daß er in diesem Falle der Politik des leitenden Staatsmannes keine Gegnerschaft bereiten wolle. Tatsächlich war er nahe daran, Minister zu werden, aber zwischen Lipp und Kelchesrand scheinen sich noch unüberwindbare Schwierigkeiten eingestellt zu haben, welche den „roten" Grafen plötzlich in der Versenkung verschwinden ließen. Man hat sich offenbar in Wien und Ofen-Pest doch im letzten Augenblick noch überlegt, welchen Eindruck es bei unseren Feinden machen würde, wenn ein so bündniswidriger Minister auf der Regierungsbank Platz genommen hätte.

Fürs erste dürfte die neue Regierung ein ziemlich sorgenfreies Leben haben. Sie verfügt zwar im Reichstage nur über eine Minderheit, aber soweit es sich um die Erledigung der Staats- und Kriegsnotwendigkeiten handelt,

Reichspost

21./VI. 1917

57

Die Umbildung des Kabinetts Clam-Martinic

Wien, am 20. Juni.

Mit einer jener sprunghaften Wendungen, die sich im österreichischen Abgeordnetenhause wiederholt ereigneten, wenn die glasspröde Härte einer aufgedonnerten Opposition auf festen Willen stieß, hat sich heute plötzlich in den Stimmungen und Gestaltungen, welche man als die politische Lage bezeichnet, ein starker Umschwung eingestellt. Die Gruppierung einer zahlreichen tragfähigen Mehrheit ist auf dem Wege, die Majorität für das Budgetprovisorium, dessen letzte Lesungen schon Montag abgeschlossen werden und zur Abstimmung gelangen, ist gesichert, die Bildung der neuen Regierung, oder besser gesagt: die Ergänzung des bisherigen Ministeriums Clam-Martinic ist schon soviel wie vollzogen. Das Gesamtergebnis des heutigen Tages ist, daß die Krise gegenwärtig überwunden und die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses durch eine standfeste Mehrheit gegenwärtig gesichert erscheint.

Das ist viel. Ein Sprung zwischen Gegensätzen wie vom Feuer ins Wasser. Aber es zeigt dies, wie der Widerspänstigen Zähmung aufgeführt werden muß. Bei gewissen Elementen versagen regelmäßig alle Beweisgründe, die man an einsichtige, für große Gesichtspunkte aufnahmsfähige Männer richten kann. Sie werden erst dann aufgeknöpfter, wenn die in ihnen schlummernden starken Instinkte der Furcht und des Neides aufgeriegelt werden. Sie müssen eine Persönlichkeit vor sich sehen, die ihren Erpressungen mit kalter Festigkeit, ihren Angriffen gegen die Gemeininteressen mit Wucht und Schärfe begegnet und ihnen beweist, daß sie sich umsonst ihre Hörner einrennen. Es scheint, daß Graf Clam-Martinic in seinen Verhandlungen mit jenen Parteien, die diesen Methoden allein zugänglich sind, heute das richtige Verfahren eingeschlagen hat. „In Gefahr und großer Not bringt der Mittelweg den Tod" sagt Logau in seinen Sinngedichten. Kompromisse in den Fragen, die auf der rechten Seite des Hauses aufgeworfen wurden, waren unmöglich, und es ist erfreulich, deutlich zum Ausdruck gebracht zu hören, daß es in bezug auf die Behandlung von verurteilten oder in Untersuchung stehenden Hochverrätern und Ausspähern, zumal wenn sie obendrein noch Verführer waren, ebensowenig politische Geschäfte zuläßig sind, wie auf Kosten der Ordnung in der Staatsverwaltung. Und es wird gehen, auch ohne daß die Kraftsprüche der Herren Mastalka und Glombinski honoriert werden.

Die Regierung Clam-Martinic wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen als ein starkes Konzentrationskabinett wiedererscheinen, fußend auf einer Vereinigung von den deutschen und mehreren slavischen Gruppen. Die Christlichsozialen, denen heute Ministerpräsident Graf Clam-Martinic in aller Form den Eintritt in die Regierung und die Uebernahme eines Fachministeriums angeboten hat, haben mit höflichem Danke, aber klar und eindeutig auf Grund ihrer Klubbeschlüsse abgelehnt. „Wir sind Spartaner und werden es bleiben," formulierte Landeshauptmann Hauser die Stellungnahme seiner Partei. Die Gründe für diese Haltung der Christlichsozialen sind oftmals dargelegt worden, aber es könnte jemand glauben, daß sie dort nicht in Betracht kommen, wo es sich um die Bildung eines Konzentrationskabinetts, die Sammlung aller Kräfte für die Durchführung erstrangiger staatspolitischer und wirtschaftlicher Aufgaben, die Aufzeigung eines einigen Oesterreich gegenüber einer Welt von Feinden handelt. Dennoch bestehen sie auch jetzt unvermindert fort. Die Christlichsozialen wollen ein mächtiges und glückliches Oesterreich und was dem Staate und dem Volke dient, das wird an ihnen überzeugte und freudige Förderer finden. Eine Regierung, die in diese Richtung ihre Tätigkeit lenkt, kann auf die Hilfe der Christlichsozialen zählen. Dazu bedarf es für sie keiner Ministerschaften und großmächtiger Würden. Die christlichsoziale Partei steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Zeit nicht für parlamentarische Ministerien in Oesterreich geeinigt ist, weil nach ihrer Auffassung die ungewöhnlichen Aufgaben weniger eine Sammlung politischer Einflüsse in der Regierung, als eine Konzentration des höchsten fachlichen Könnens und eiserner Unparteilichkeit begehren; und wenn jetzt eine Parlamentarisierung des Ministeriums erfolgt, so ist dies kein Grund, durch aktive Anteilnahme die Mitverantwortung für eine Systemänderung auf sich zu nehmen, gegen die man prinzipielle Einwendungen hat. Geht es auf dem neuen Wege, so werden daran die Christlichsozialen ihre redliche Freude haben und den guten Gang nach ihren Kräften fördern. Aber sie wollen die Kontrolle gegenüber den neuen Methoden in der Hand haben. Das ist nicht Parteiegoismus, sondern Vorteil des Parlaments und des Staates. Es soll eine starke, einheitlich geschlossene, staatstreue Partei vorhanden sein, die als unbestechlicher, durch keine persönlichen Motive beirrter Arbiter über den Vorgängen in der Regierung wacht. Ein unabhängiger, selbstloser Freund des Vernünftigen und Guten und ein freier, aufmerksamer Beobachter, Warner und wenn es sein muß: ein Ankläger. Ein gesunde Konzentrationsregierung braucht, wenn sie ihren Beruf recht versteht, eine ungebundene und starke Partei als öffentliche Rechnungsprüferin. Die Christlichsozialen entziehen sich dadurch nicht der Verantwortung, es ist nur eine anders geartete und vornehmere, als jene, die durch persönliche Interessen mit dem Geschehen im Staate geknüpft ist. Die Christlichsozialen wollen dem Staate und dem Volke ein uneigennütziger Anwalt sein, der schon durch seine Stellung bekundet, daß ihn nur die Erfordernisse des Gemeinwohles leiten. Hält die kommende Regierung, was sie verspricht, so wird sie von den Christlichsozialen nichts zu besorgen haben, im andern Falle verlangen es die jetzigen Zeiten mehr als je, daß einer da ist, der den Mut und die Freiheit hat, unabhängig zu reden und zu handeln.

Wenn die heutigen Verhandlungsergebnisse halten, was sie versprechen, so ist eine politische Tatsache von mehr als bloß innerpolitischer Tragweite geschaffen. Es wäre dann wieder einmal bekundet, wie in Oesterreich äußerliche scharfe Schwankungen nie tiefer reichende Schlüsse auf die innere Struktur des Staates zulassen und der Lärm gewisser Erscheinungen nur an der Oberfläche des Staates verebbt. Der Kern ist, Gott sei Dank, gesünder, als es irgend einer der Feindesstaaten von seinem Innern behaupten kann.

wieder einberufen wurde, jeder Erschütterung entzogen und das Volkshaus seinen wahren, großen Agenden zugeführt werden. Vielfach wird die Erwartung ausgesprochen, daß im Laufe des heutigen Tages die vollständige Lösung der Krise vollzogen wird, der Budgetausschuß seine Abstimmung vornehmen könne. In jedem Fall gelangt nach der neuen Geschäftsordnung das Budgetprovisorium in die freitägige Plenarsitzung. Die Freunde des Parlaments wünschen, daß heute die Krise beigelegt sei.

Die Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien.

Die Besprechungen des Kabinettschefs mit den Parteiführern und die Beratungen der Klubs seien zunächst nachstehend chronologisch mitgeteilt: Nach der mehr als zweistündigen Konferenz, die der Ministerpräsident gestern vormittag mit den Polenführern abhielt, lud Graf Clam-Martinitz den Führer des Südslawischen Verbandes Abg. Dr. Korosec zu einer Konferenz ein, die gleichfalls von längerer Dauer war. Der Ministerpräsident skizzierte seine Pläne, die der Abgeordnete mit dem Hinweis ad referendum entgegennahm, daß sein Klub für abends einberufen sei und zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Stellung nehmen werde. Nach Mitteilungen südslavischer Abgeordneter handelt es sich dem Ministerpräsidenten darum, diese Parteigruppe für die Erledigung des Budgetprovisoriums zu gewinnen und sie an der Umbildung des Kabinetts zu interessieren, eine Absicht, die in südslavischen Kreisen eine günstige Aufnahme finden dürfte.

Die Unio latina.

Die Nachmittagskonferenzen wurden mit einem Empfang der Führer der Unio latina eröffnet. Es erschienen beim Ministerpräsidenten der Abg. Bugatto für die Italiener und Dr. Isopescul-Grecul für die Rumänen. Der Kabinettschef legte auch diesen Herren in kurzen Worten die parlamentarische Lage dar und verwies auf die Notwendigkeit einer raschen Erledigung des Budgetprovisoriums, damit das Haus zu den andern Arbeiten gelangen könne, die seiner harren. Für die Rumänen erklärte Dr. Isopescul-Grecul, daß seine Gruppe mit Rücksicht auf die Staatsinteressen ohnehin bereit sei, das Budgetprovisorium zu votieren. Dr. Bugatto bemerkte, daß die Unio latina für 5 Uhr nachmittags einberufen sei und daß er, ohne der Auffassung seiner Volksgenossen zu präjudizieren, seiner Anschauung dahin Ausdruck geben könne, daß der Klub im Hinblick auf das Staatsinteresse für die Staatsnotwendigkeiten stimmen werde, wenn auch seitens seiner Südtiroler Kollegen noch Bedenken geäußert werden. Werde es nicht gelingen, die noch oppositionslustigen Herren des Klubs zu beruhigen, so würden die Führer der Unio latina neuerdings beim Ministerpräsidenten erscheinen.

Die Ukrainer.

Für die parlamentarische ukrainische Vertretung erschienen die Abgeordneten Eugen Lewyckyj, Petruszewicz und Romanczuk beim Ministerpräsidenten. Der Ukrainische Verband hatte sich bereits vorgestern angemeldet und Graf Clam-Martinitz begrüßte die Herren mit den Worten, es sei ihm sehr angenehm, die Ukrainer über deren Ersuchen sprechen zu können, da er sie andernfalls ohnehin zu sich hätte bitten müssen. Der Kabinettschef skizzierte die Gründe des Rücktrittes des Kabinetts und verwies darauf, daß er vor allem für die Erledigung des Budgetprovisoriums Sorge tragen müsse. Ebenso wichtig sei auch die Erledigung des restlichen Arbeitsprogramms dieser Session, das sich allerdings fast in seiner Gänze aus Angelegenheiten des Hauses zusammensetze. Sein Hauptbestreben gehe in erster Reihe dahin, eine verläßliche Mehrheit für das Budgetprovisorium zu sichern, und es sei seine Absicht, den Ukrainern entsprechende Vorschläge zu machen, um sie seinem Auftrag gemäß für die Arbeitsmehrheit zu gewinnen. Er müsse aber diese konkreten Vorschläge jenem Zeitpunkt vorbehalten, bis zu welchem er mit den Polen in dieser Richtung ins reine gekommen sein [illegible] die Bestimmung des Referenten zufiele, als

Die Aktion für ein definitives Kabinett.

Auf einer erweiterten Grundlage ist der Ministerpräsident nun, und wie es allen Anschein hat, mit Aussicht auf Erfolg bemüht, die Rekonstruktion des Kabinetts durchzuführen. Es soll nicht nur das Arbeitspensum dieser Tagung gesichert, es sollen auch die Möglichkeiten und Mittel gefunden werden, während des Sommers die Vorarbeiten für den Aufbau Oesterreichs zu erledigen. Diesem Plan gelten die zahlreichen Besprechungen des Grafen Clam-Martinitz, die er während des ganzen Tages bis spät abends mit den Parteiführern, als letzter erschien abends der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Renner, gepflogen hat. Es war die größte Zahl von Empfängen im Ministerzimmer des Parlamentsgebäudes, deren man sich erinnert.

Es soll also ein definitives Kabinett aus der Krise erstehen, und diesem definitiven Kabinett unter Führung des Grafen Clam-Martinitz sollen sechs Minister ohne Portefeuille, nach Mitteilungen aus Parteikreisen ein deutschböhmischer, ein deutschalpenländischer, ein tschechischer und ein südslawischer, ein polnischer und ein ukrainischer angegliedert werden. In erster Reihe waren natürlich die Polen gestern berufen, ihre Meinung abzugeben, und wir glauben zu wissen, daß die Polen der Situation Rechnung tragen, daß sie es ermöglichen werden, die Staatsnotwendigkeiten glatt zu erledigen. Der heutige Tag soll die Entscheidung bringen, die Entwirrung der Krise schaffen; ein Kabinett soll gebildet werden, daß dem Staat die Bewilligung der Bedürfnisse, die der Krieg erfordert, sichert und zugleich den Ausbau Oesterreichs in die Wege leitet. Damit würde auch die Stellung des Parlaments, das zu dieser Arbeit

Neue Freie Presse
21/VI. 1917
59

sind die Grundsätze, von denen ihre Kriegspolitik jetzt und in Zukunft geleitet wird.

Die englische Regierung glaubt, daß die Abmachungen, die von Zeit zu Zeit mit ihren Alliierten getroffen wurden, mit diesen Leitsätzen übereinstimmen. Wenn aber die russische Regierung es wünscht, ist sie vollständig bereit, diese Vereinbarungen mit ihren Alliierten zu prüfen und, wenn nötig, zu revidieren.

Die englische Regierung für die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens.

Bern, 12. Juni.

Im englischen Unterhause wurde angeregt, die völlige Uebereinstimmung Englands mit den in der Tagesordnung der französischen Kammer vom 5. d. festgelegten Kriegszielen in Form einer Entschließung auszudrücken. Auf die Zwischenfrage des Vertreters der Arbeiterpartei Snowden, ob die Alliierten tatsächlich entschlossen seien, gleichgültig was komme, den Kampf bis zur Rückgabe Elsaß-Lothringens fortzusetzen, erscholl der Ruf: Allerdings! und ein Regierungsvertreter erwiderte, die Antwort sei: Absolut!

Vorläufige Verhütung einer italienischen Ministerkrise.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Lugano, 12. Juni.

In einer Besprechung des Ministerpräsidenten Boselli mit den Kabinettsmitgliedern Comandini, Bonomi und Canepa wurde eine Einigung erzielt und, wie „Secolo" sich ausdrückt, die Ministerkrise wenigstens vorläufig beschworen. Es waren sehr ernste Hindernisse zu überwinden. Es handelte sich nach dem „Secolo" nicht nur um die selbstherrliche Methode Sonninos in der Führung der auswärtigen Politik, sondern auch um die sehr ernsten Probleme der inneren Politik und die Maßregeln für die Versorgung des Landes und die Transportfrage. Die Minister Bissolati, Bonomi, Comandini und Canepa hatten ihre Demission gegeben und waren dem Ministerrate vom letzten Freitag ferngeblieben. Infolgedessen war der König am Samstag früh von der Front nach Rom zurückgekehrt, und es wurden die größten Anstrengungen gemacht, um sie zur Zurücknahme ihrer Demission zu veranlassen.

Boselli und die Minister Sonnino, Bissolati, Orlando und andere wurden Samstag vormittag vom König empfangen. Zwischen Sonnino und Bissolati fand auf Betreiben der einflußreichsten Persönlichkeiten eine Aussprache statt, die nach der Agenzia Nazionale einen äußerst dramatischen Verlauf nahm und zu einer Versöhnung und Umarmung der beiden Männer führte. Gestern vormittag wurde in einer Konferenz die Verständigung festgelegt und das neue Programm des Ministeriums besprochen. Ein für heute festgesetzter Ministerrat, dem alle Minister beiwohnen werden, soll die neue Lage sanktionieren. Soviel bis jetzt trotz der Zensur durchsickert, haben die demokratischen Interventionisten einen Sieg auch auf dem Gebiete der inneren Politik davongetragen, indem der Minister des Innern, Orlando, Zugeständnisse machte. „Secolo" kündigt an, daß eine Reihe von Präfekten, die den Kriegsnotwendigkeiten schwachmütig gegenüberstehen, entfernt werden sollen.

Vormundschaft der Vereinigten Staaten über China.

London, 12. Juni.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß die Vereinigten Staaten an die Alliierten und auch an China eine Note gerichtet haben, worin sie den inneren Zwiespalt in China beklagen und auf die Notwendigkeit nationaler Einigkeit verweisen. Die Note schlägt vor, daß in irgendeiner Form eine gemeinsame Erklärung an China gerichtet werde. Die Haltung der anderen Alliierten ist noch unbekannt, da ihre Antworten noch nicht abgesandt wurden.

Verärgerung in Japan.

Tokio, 9. Juni.

Das Reutersche Bureau meldet: Die amerikanische Note an die chinesische Regierung hat in der Presse und in der öffentlichen Meinung Tokios eine gewisse Erregung hervorgerufen. Gemäßigte, gut unterrichtete Politiker glauben, daß die Note die Gegensätze zwischen den verschiedenen Gruppen in China verschärfen, vielleicht die fremdenfeindlichen Elemente aufreizen und wahrscheinlich eine entgegengesetzte Wirkung haben werde, als man beabsichtigt habe. Die weniger gemäßigten Japaner sind über die Note empört, denn sie betrachten sie als eine amerikanische Einmischung in die innere Politik Chinas.

Oesterreichischer Reichsrat.

Die Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten. Heftige Angriffe der Czechen.

Wien, 12. Juni.

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten, die wir an leitender Stelle besprechen, folgte Dr. Stransky als Vertreter der Czechen. Manches war zu erwarten; aber ein Mißton so durchdringender Art, eine Heftigkeit, die so sehr alle Grenzen überstieg, mußte selbst in unserem Parlamente überraschen. Nichts ist geschehen, um die Czechen zu verletzen. Noch immer haben sie einen Minister im Kabinett, der ein Budget von vielen hundert Millionen verwaltet. Wie gut er es versteht, das czechische Interesse zu wahren, braucht nicht betont zu werden. Noch immer ist nichts vollzogen, was auch nur im geringsten das natürliche Gebot staatlicher Einheit befördern würde. Die Regierung hat nichts getan, um die Annahme einer Geschäftsordnung zu verhindern, die den Czechen zum erstenmal den Triumph verschafft, daß die Vielsprachigkeit anerkannt und die deutsche Vermittlungssprache abgesetzt wird. Die Regierung hat auch nichts getan, um von vornherein die Abgabe der staatsrechtlichen Verwahrungen am Beginn des Reichsrates unmöglich zu machen. Trotzdem ist in den Reden Dr. Stranskys und Dr. Koroschec' ein Ton, als würde Böhmen eine neue Schlacht am Weißen Berge erlebt haben, als wären wirklich die Bach-Husaren schon bereit, um ihnen Volkstum und nationale Rechte zu nehmen. Dr. Stransky sprach von dem Gipfel des böhmischen Golgatha, er behauptete, daß die Verurteilung Doktor Kramarich' auf Grund eines der eklatantesten Staatsverbrechens zustande gekommen sei. Er jammerte darüber, daß die Czechen ein für sie neues Wort: das weitere Vaterland, das ist nämlich Oesterreich, anerkennen müssen, und er faßte seine Forderungen in den Worten zusammen: Wir wollen uns in Hinkunft selbst Gesetze geben. Wir wollen uns selbst regieren, wir wollen den Sitz all unserer Behörden auf dem geschichtlichen Boden unseres Vaterlandes wissen, und es ist unser Wille, daß dieselben in allen Instanzen ausnahmslos miteinander in unserer Sprache verkehren. Es ist somit nichts mehr und nichts weniger als der Zerfall Oesterreichs, den Abgeordneter Stransky fordert. Den Zerfall in einzelne Staaten, wobei großmütig auch den Deutschen die Autnomie gestattet wird. Wie ein Stier im Porzellanladen, so wütet die czechische Einbildungskraft in der alten Gemeinschaft, von der manche geglaubt hätten, daß sie durch den dreijährigen Krieg wenigstens im gewissen Maße ihren Bestand gerechtfertigt habe.

Wir sehen auf der ganzen Erde, daß sich die Staaten zusammenschließen, daß nur der Große sich zur Geltung bringt, und alles in sich Zerspaltete in Abhängigkeit gerät. Dennoch sollen wir, nach den beispiellosen Erfahrungen des Weltkrieges, den Zusammenhang nicht kräftigen, sondern schwächen, die Klammern nicht befestigen, sondern herausreißen. Das ist zu viel verlangt, und wenn der Abgeordnete Stransky davon spricht, daß die Kinder zu guten Bürgern des „böhmischen Vaterlandes" erzogen werden sollen, wenn er immerfort mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, besonders auch der Slowaken in Ungarn, arbeitet, als wüßte er nicht, daß dieses Wort als Mauerbrecher gegen die Monarchie verwendet wird, so gibt er wahrhaftig die schlechteste Empfehlung für seine Forderung nach einem föderativen Staatenbund.

Er und der Abgeordnete Koroschec haben sich plötzlich als Verfassungstreue entpuppt. Von dieser Seite ist der Ruf ertönt: Hand weg von der Verfassung! Man muß wahrlich über die Kühnheit staunen, mit der die Brandstifter Zeter und Mordio schreien, da die Flammen auflodern, die sie selbst entzündet haben. Wer war es denn, der dem Grafen Stürgkh den Vorwand zur Vertagung des Hauses und zur Ausschaltung der Abgeordneten gab? Wer war es, der durch die frivolste Obstruktion das Parlament zerschlug? Es war derselbe Abgeordnete Stanek, dessen Parteigenossen jetzt die Posse der Verteidigung des Rechtes und der Gesetzlichkeit aufführen. Damals waren sie mit der Entwicklung gar nicht unzufrieden, fanden gar keinen Anlaß, den Reichsrat zu retten. Und selbst heute: was sind die Reden wie die des Abgeordneten Stransky anderes als Gefährdungen des Parlaments und Rechtfertigungen für Zwangsmaßregeln, die ohne solche Reizungen von selber verschwinden müßten. Das Volk wird nicht eine Spur von politischem Fortschritt in den czechischen Reden finden, keine Spur von dem Bewußtsein dessen, was Oesterreich in diesen Tagen durchzumachen hat und was das Gemüt des Volkes bewegt. Wenn das wirklich das czechische Golgatha ist, so muß man sagen: die Czechen haben die Gabe, ihr Märtyrertum in der Steigerung ihrer Ansprüche, in dem Rückfall in die ärgsten Gewohnheiten der Vergangenheit und in die uferlosesten Träume des Größenwahnes zu beantworten.

Nach so viel Bitternissen war es förmlich wohltuend, die Rede des neuen Führers des Nationalverbandes, des Abgeordneten Dobernig, zu hören. Man konnte nicht besser den Gegensatz zum Ausdrucke bringen als durch die Worte, mit denen der Führer der Deutschen nach einer Huldigung an den Kaiser und die Kaiserin sagte: „Unser Pflichtbewußtsein gegenüber dem Staate ist nicht beschwert durch Bedingungen irgendwelcher Art. Wir wollen in dieser schweren Zeit die Lebenskraft des Staates fördern, selbstlos und mit Hingebung. Das Parlament wird von der Bevölkerung nicht gewünscht, um staatsrechtliche Nebelbilder zu sehen, sondern um Hilfe zu finden in den großen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in dem Kampfe gegen Selbstsucht und Blutgier." Es war wie ein Appell an die Regierung, als der Abgeordnete Dobernig sagte: „Der Umbau des Staates ist ohne Kraft und Mut nicht möglich, der Staat darf nicht vor zersetzenden Erscheinungen im Innern zurückweichen. Die Ziellosigkeit im Innern darf nicht den Feinden den Vorwand geben, die Festigkeit unseres Staatsgefüges in Zweifel zu ziehen." Die Rede des Abgeordneten Dobernig mit ihrer herzlichen Erwähnung Deutschlands, mit ihrer Betonung des Kraftgefühls der Monarchie, mit ihrem klaren und schlichten Ton war ein guter Anfang für den Führer des Nationalverbandes.

Sehr interessant war die letzte Rede in der heutigen Sitzung, die der Abgeordnete Redlich gehalten hat, nachdem noch die Abgeordneten Hauser, Onciul und Romanczuk gesprochen hatten. Der Abgeordnete Redlich vertritt im Abgeordnetenhause vielleicht am stärksten die Bildung und zählt durch die Fülle seiner Kenntnisse, durch die Vielseitigkeit seines Wissens zu den wertvollsten Mitgliedern des Hauses. Er hat heute seine Gedanken über die Möglichkeit der Verfassungsentwicklung in Oesterreich entwickelt. Gewiß ist keiner im Abgeordnetenhause mehr berechtigt, als er, die Umrisse des künftigen Bildes zu ziehen. Professor Redlich will, daß an das Verfassungswerk des Kremsierer Reichstages angeknüpft werde. Er verwirft die Oktrois auf Grund der Rechtsidee, die von drei Generationen im Parlamente reklamiert werde. Er glaubt, daß die Entwicklungsmöglichkeiten nur auf der Grundlage einer Verständigung durchgeführt werden können, und daß die nationale Autonomie die beste Lösung wäre. Dr. Redlich verhehlte sich freilich nicht, daß sich dieser Lösung in Böhmen große Schwierigkeiten entgegenstellen. Sicherlich kann man kaum glauben, daß Abgeordnete, die das czechische Staatsrecht womöglich noch nach Ungarn verpflanzen möchten, die von einem böhmischen Vaterlande sprechen, Abgeordnete, die die Kreiseinteilung verwerfen und die sogenannte Einheit des Landes als ein wahres Heiligtum betrachten, sich so rasch dazu hergeben werden, die notwendige Umwertung der politischen Begriffe, wie sie die nationale Autonomie fordert, durchzuführen. Dr. Redlich schloß seine Rede, in der er insbesondere gefordert hat, daß die Rechnungsabschlüsse vorgelegt und ein Budget mit Ziffern eingebracht werde.

Neues Pester Journal 62
22./III. 1917

nister verbeugten sich, der Ministerpräsid.. winkte mit beiden Händen freundlichst der Menge zu, und erst nachdem die beiden Herren sich zurückgezogen hatten, wurde es einigermaßen ruhiger. Indessen wurden auf dem freien Platze zwei Volksversammlungen veranstaltet. Die eine Gruppe blieb vor dem Magnatenhaustrakt vereint, während die andere Gruppe sich vor der großen Freitreppe versammelte. Die Arbeiterführer Dr. Kunfi, Dr. Landler, Buchinger und Stephan Farkas richteten an die Menge Ansprachen, in welchen sie den heutigen Tag als einen historischen bezeichneten und erklärten, die Arbeiterschaft werde vorläufig Gewehr bei Fuß darauf achten, daß das allgemeine Wahlrecht nicht wegeskamotirt werde.

Nach diesen Versammlungen verließ die Menge den Parlamentsplatz und begab sich über die Kaiser Wilhelmstraße und die Andrássystraße auf den Theresienring vor das Klublokal der Demokratenpartei, welches auch der Sitz des Wahlrechtsblocks ist. Von dem Balkon richtete Alexander Garbai an die Menge eine Ansprache, in welcher er ausführte, daß das alte System begraben sei und daß die Arbeiterschaft, selbst um den Preis der Revolution, nicht dulden werde, daß es wieder zum Leben erwache. Nachdem ein anderer Redner die Menge aufgefordert hatte, der Würde des Tages entsprechend sich der Exzesse zu enthalten und friedlich auseinanderzugehen, war die Demonstration zu Ende. Ein Theil aber ließ es sich nicht nehmen, vor das Redaktionslokal der „Népszava" zu ziehen, wo es ebenfalls zu Kundgebungen für das Wahlrecht kam.

Von der Redaktion der „Népszava" zog die Menge zum Redaktionsgebäude des „Budapesti Hirlap". Auch hier wurden Demonstrationen veranstaltet. Einige Theilnehmer der Demonstration zertrümmerten mehrere Fensterscheiben.

Die heutige Demonstration war trotz ihres etwas lärmenden Charakters entschieden würdevoll, wenn auch mitunter gar zu wüst geschimpft wurde. Polizei war kaum zu sehen, blos einige wenige Mann, nur soviel, um ein Spalier zu bilden und die Ordnung aufrechthalten zu können.

Die morgige Sitzung des Abgeordnetenhauses.

In der für morgen Nachmittag anberaumten Sitzung des Abgeordnetenhauses werden zur heute abgegebenen Regierungserklärung des Grafen Esterházy noch sechs Redner das Wort ergreifen, und zwar Graf Michael Károlyi (Károlyi-Partei), Johann Molnár (Volkspartei), Stephan Szabó (kleine Landwirthe), Dr. Theodor Mihályi (rumänischer Nationalist), Alexander Gießwein (Christlichsozial) und ein bisher noch nicht nominirter Vertreter der Demokraten. Es ist auch nicht unmöglich, daß auch noch andere Redner sich zum Worte melden werden. Nach Beendigung der politischen Debatte wird über das weitere Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhauses beschlossen werden. Wie verlautet, soll die Verhandlung der Indemnitätsvorlage in einer für Montag anberaumten Sitzung beginnen. In einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird die Vorlage über die Errichtung der neuen Ministerien unterbreitet werden.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses.

Ministerpräsident Graf Esterházy hat auch im Laufe des heutigen Tages seine Besprechungen mit Ludwig Návay betreffs der Uebernahme des Präsidiums des Abgeordnetenhauses fortgesetzt. Falls seitens der Minoritätsparteien gegen seine Kandidatur keine größeren Hindernisse aufgestellt werden sollten, kann dieselbe als gesichert betrachtet werden.

Die Regierung beim Präsidium des Abgeordneten-

Vor Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erschienen unter Führung des Grafen Moriz Esterházy die Mitglieder der Regierung [illegible] des Präsidenten des Abgeord-

vor. Wie „Kel. Ert." erfährt, haben die gepflogenen Pourparlers wesentlich zur Klärung der Lage beigetragen.

Konferenz der Verfassungspartei.

Vor Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hielt die Verfassungspartei eine kurze Konferenz, in welcher auf Grund der bereits früher getroffenen Vereinbarung die Unterstützung der neuen Regierung beschlossen wurde und mit der Verdolmetschung dieses Standpunktes Graf Julius Andrássy betraut wurde.

Vázsonyi bei seinem Vorgänger.

Der neue Justizminister Dr. Wilhelm Vázsonyi stattete heute seinem Vorgänger, dem früheren Justizminister Eugen Balogh, und dessen politischem Mitarbeiter, dem Staatssekretär Dr. Leopold Badáß, einen Besuch ab. Dieser Besuch war mehr als ein Höflichkeitsakt.

Enthebung des Gouverneurs von Fiume.

Der König hat den Gouverneur von Fiume und des ungarisch-kroatischen Küstenlandes Grafen Stephan Wickenburg auf sein eigenes Ansuchen dieser Stelle enthoben und ihm zugleich aufgetragen, seine Amtsthätigkeit bis auf weitere Entschließung des Königs fortzusetzen.

Das Finanzabkommen mit Kroatien.

Der vom Finanzminister heute eingereichte Gesetzentwurf über das Finanzabkommen mit Kroatien bestimmt, daß der Gesetzentwurf über die Inartikulirung dieses Abkommens um ein Jahr, d. i. bis Ende Juni 1918, verlängert wird. Dieses Gesetz verliert jedoch seine Geltung, sobald das endgiltige finanzielle Abkommen zwischen Ungarn und Kroatien-Slavonien-Dalmatien Gesetzeskraft erlangt.

Der Weltkrieg.

Der Krieg gegen Italien

Der Geheimvertrag Italiens mit der Entente.

Unter diesem Titel schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": In Paris glaubt man allen Grund zu haben, vor der von Ribot angekündigten Bekanntgabe der zwischen Rußland und der Entente bestehenden Verträge zu warnen. In Petersburg haben sich, wie es heißt, Agenten der englischen Botschaft in den Besitz der gefährlichen und bloßstellenden Dokumente gesetzt. Gleichwohl sind russische Zeitungen in der Lage gewesen, eines dieser Schriftstücke zu veröffentlichen. Es handelt sich um den Geheimvertrag, der im Frühjahr 1915, vor Eintritt Italiens in den Weltkrieg, zwischen Italien und den Alliirten abgeschlossen wurde. Danach garantirten die Alliirten damals Italien: Südtirol, Triest, das Ufer des Adriatischen Meeres mit Spalato und Zara, Mittelalbanien mit Valona, die zwölf Inseln im griechischen Archipel und vortheilhafte Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien.

Der „Djen", das Organ des russischen Kriegsministers Kerenski, knüpft hieran die Bemerkung: „Die ungerechtfertigten Vortheile, die Italien nach diesem Vertrage auf Kosten Serbiens bekommen soll, verstärken den Verdacht in Bezug auf die übrigen Geheimverträge und lassen deren Veröffentlichung dringend erwünscht erscheinen. Allerdings könnte die Veröffentlichung nicht anders vorgenommen werden als im Einverständniß mit den Alliirten. Die russische Regierung muß aber die Alliirten darauf aufmerksam machen, daß die [illegible] Meinung Rußlands die Veröffent-

Die Vorstellung des neuen Kabinets

Sitzungen der beiden Häuser des Reichstages. — Programmrede des Ministerpräsidenten Grafen Esterházy. — Große Debatte im Abgeordnetenhause. — Ovationen für Tißa und Esterházy. — Reden des Unterrichtsministers Grafen Apponyi, des Grafen Tißa, Samuel Bakonyi's, des Grafen Theodor Pejacsevics und des Grafen Julius Andrássy. — Eine interessante Debatte im Magnatenhause.

Der große Tag der Vorstellung des neuen Ministeriums Esterházy ist unter ganz außerordentlichen Dehors vorübergegangen. Besonders der Sitzung des Abgeordnetenhauses sah man nicht nur in politischen Kreisen, sondern auch in der Bevölkerung mit begreiflichem Interesse entgegen. Nur selten sah man so viele Abgeordnete auf beiden Seiten des Hauses beisammen als heute. Die Galerien waren nicht nur bis auf das letzte Plätzchen voll, sondern zum Erschrecken überfüllt. Noch vor Beginn der Sitzung herrschte in dem Berathungssaale eine so drückende Hitze, daß der Vorsitzende mehrere Unterbrechungen der Sitzung vornehmen mußte, damit das Auditorium sich erholen könne. In den Couloirs erschollen bald die ersten donnernden Éljenrufe. Sie galten dem gestürzten Ministerpräsidenten Grafen Tißa, welchem die Nationale Arbeitspartei jetzt und auch im späteren Verlaufe der Sitzung überaus begeisterte Ovationen darbrachte. Aber auch der neue Ministerpräsident Graf Esterházy hatte sich über den Empfang bei seinem Anhang nicht zu beklagen, denn ihm wurden gleichfalls demonstrative Ovationen dargebracht.

Es war ein Viertel 4 Uhr, als der Vorsitzende Vizepräsident Karl Száß die Sitzung eröffnete. Erst trat Graf Tißa in den Saal, was die Nationale Arbeitspartei zu einem brausenden Sturm von Éljens und minutenlangem Applaus veranlaßte. Kurz darauf führte Quästor Angyal das Kabinet Esterházy in den Berathungssaal, und die Minoritätsparteien demonstrirten für die neue Aera mit lärmenden Éljenrufen auf das Kabinet Esterházy und das radikale Wahlrecht. Dann wurde es stille, denn Ministerpräsident Graf Esterházy erhob sich, um das königliche Handschreiben zu überreichen, welches sich auf die Wiedereinberufung des Reichstages bezog. Das Handschreiben wurde verlesen, worauf Präsident Száß meldete, das Präsidium habe korporativ seine Abdankung beschlossen, aber über Ersuchen Tißa's noch nicht seine formelle Demission gegeben, damit die dringenden Angelegenheiten erledigt werden können. Nochmals erhob sich der Ministerpräsident, um des auf die Enthebung des Kabinets Tißa und die Ernennung des neuen Ministeriums bezügliche königliche Handschreiben zu überreichen, welches verlesen und zur Kenntniß genommen wurde.

Jetzt erst konnte Ministerpräsident Graf Esterházy seine Programmrede halten, welche drei Viertelstunden lang dauerte und vom ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde. Der Ministerpräsident schickte voraus, daß er heute nur die leitenden Prinzipien seines Regimes darlegen werde. Seine Basis und Existenzberechtigung sei die Schaffung eines weitgehenden Wahlrechtes, über dessen Details er sich aber erst am Schlusse seiner Rede ausbreitete. Zunächst versprach er Wohlfahrtsinstitutionen, die durch den Krieg zur zwingenden Nothwendigkeit geworden seien, wie die bessere Versorgung der Wittwen und Waisen, für welche die materiellen Mittel bereits in der Indemnitätsvorlage angesprochen werden. Was die wirthschaftliche Regelung anbelangt, glaube er, daß dieselbe gelingen werde, weil die Staatsfinanzen trotz der Opfer, welche der Krieg uns auferlegt, in einem beruhigenden Zustande sind, was besonders das Resultat der Kriegsanleihen bekunde, die im eigenen Lande in imposanter Weise gezeichnet wurden. Mit Beifall nahm die Opposition die Zusage der Besserung der Lage der Beamten,

Pester Lloyd
22./VI. 1917
63

des Beratungssaales, in den Raum, wo Graf Ráday sprach. Auf dem Platz vor dem Hause hatten demonstrierende Arbeiter in zwei Gruppen Aufstellung genommen und ihre lauten Rufe galten der Zustimmung, die sie den sozialdemokratischen Rednern, die vor dem Parlament Ansprachen an die Demonstranten hielten, bekundeten.

Die Rede des Magnatenhausmitgliedes Grafen Gedeon Ráday bewog den Minister am königlichen Hofleger Grafen Theodor Batthyány, in ausführlichen Darlegungen die Wahlrechtspolitik der einstigen Koalition als durchaus volksfreundlich darzustellen und die Unfruchtbarkeit dieser Volksfreundlichkeit auf die Rechnung jener Kräfte zu stellen, die durch den bekannten Einzug des Militärs in das Parlament die fruchtbringende parlamentarische Arbeit unmöglich gemacht hätten. Der Minister nahm auch Gelegenheit, festzustellen, daß er trotz seiner bisherigen auslandspolitischen Auffassung in das Kabinett eingetreten sei, heute aber bereits unumwunden erklären könne, daß er sich mit der durch den Ministerpräsidenten dargelegten Auslands- und Bündnispolitik der Regierung identifiziere. Im übrigen betrachte er sich als den Repräsentanten jener Volksschichten, die der Demokratie entgegenstreben. Entschieden wies er die Bemerkung des Grafen Ráday zurück, der seine Mißtrauenskundgebung mit dem Hinweis auf die Stellungnahme der Komitatsmunizipien unterstützte. Graf Batthyány erklärte, daß diese Komitatsmunizipien ausschließlich die Vertretung der Besitzenden seien und als solche in den Fragen der Demokratie keinesfalls ausschlaggebende Stimmen haben könnten.

Nachdem Graf Josef Zichy die Angriffe, die im österreichischen Reichsrat gegen den ungarischen Staat gerichtet worden waren, einer verurteilenden Kritik unterzogen hatte, und Graf Gustav Mailáth die Aufgaben in Siebenbürgen gewürdigt hatte, schloß der Präsident die heutige Sitzung des Magnatenhauses.

Diese Sitzung war gekennzeichnet durch abwartende Zurückhaltung; der vornehme, kühle Ton dieses Hauses erschien heute noch um eine Nuance kühler, als in früheren Tagen.

Zurückhaltung und abwartende Ruhe: das waren die Erscheinungen, unter denen die Vorstellung des Grafen Esterházy in beiden Häusern des Reichstages heute vor sich gegangen ist. Die glühende Atmosphäre, die von der Straße emporstieg, vermochte auch nicht einen Augenblick lang einzudringen in die schattige Kühle, die Wandelgänge und Beratungsräume beider Häuser des ungarischen Reichstages heute erfüllte.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Vizepräsident **Karl Szász**

eröffnet die Sitzung um viertel 4 Uhr.

Als Schriftführer fungieren die Abgeordneten Paul Szász, Zoltán Vermes und Felix Szinyei-Merse.

Die Mitglieder der Regierung treten unter Führung des Quästors Josef Angyal in den Saal. (Langanhaltende Eljenrufe und Applaus links und äußerstlinks.)

Ministerpräsident **Graf Moritz Esterházy:**

Geehrtes Haus! Ein allerhöchstes königliches Handschreiben ist eingetroffen. Ich bitte es zu verlesen.

Das allerhöchste Handschreiben über die Einberufung des Reichstages wird verlesen und zur Kenntnis genommen.

Die Präsidialmeldungen.

Vizepräsident **Karl Szász:**

Ich melde dem geehrten Hause, daß in Anbetracht der veränderten politischen Lage die Mitglieder des Präsidiums, und zwar sowohl der Herr Präsident, wie ich und mein Kollege im Vizepräsidium es für richtig befunden haben, unser Amt niederzulegen. (Lebhafter Beifall rechts.) Der Herr Ministerpräsident hat indessen mit Hinweis darauf, daß zur Erledigung der Gesetzentwürfe über das Budgetprovisorium und über das finanzielle Uebereinkommen mit Kroatien, welche Gesetzentwürfe an eine bestimmte Zeit gebunden sind, nur noch einige Tage zur Verfügung stehen und die rechtzeitige Erledigung dieser Vorlagen im Interesse des Staates liegt, an mich und die Mitglieder des Präsidiums das Ersuchen gerichtet, unser Amt zu behalten, bis diese Vorlagen im Abgeordnetenhause erledigt werden, damit die mit der Wahl der Mitglieder des neuen Präsidiums verbundenen Formalitäten die Erledigung dieser Gesetzentwürfe nicht verzögern. Wir halten es für unsere Pflicht, diesem gerechtfertigten Ersuchen des Herrn Ministerpräsidenten zu entsprechen. Wir melden demnach jetzt nur unsere Absicht an, unsere Stelle niederzulegen und werden unsere Demission in entsprechender Form dem geehrten Hause erst dann anmelden, wenn das Abgeordnetenhaus die erwähnten Vorlagen erledigt haben wird. Ich bitte, diese meine im Namen des ganzen Präsidiums gemachte Anmeldung zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Geehrtes Haus! Das Präsidium hatte im Laufe des Weltkrieges schon wiederholt Gelegenheit, der riesigen Kämpfe zu gedenken, in deren Verlauf unsere tapferen Helden unsere in Blut und Ruhm getauchten Fahnen so oft auf feindlichen Bastionen aufgepflanzt zu haben. Ich will nur jetzt ganz kurz auf die riesigen Kämpfe hinweisen, die in jüngster Zeit auf dem südwestlichen Kriegsschauplatze stattgefunden haben und die die Weltgeschichte als zehnte Isonzoschlacht für alle Zeiten verewigen und entsprechend würdigen wird. (Lebhafte Eljenrufe.) In dieser riesigen Verteidigungsschlacht haben unsere Truppen, Heerführer und Armeen, Offiziere und Mannschaften in einem heiligen Gefühl verschmolzen, einem unerschütterlichen Willen unterworfen, wiederholt riesige Siege errungen. Ergriffenen Herzens bitte ich das geehrte Haus um die Ermächtigung, in entsprechender Weise und Form unseren Helden vom Isonzo die begeisterte Bewunderung und den unvergänglichen Dank des ungarischen Abgeordnetenhauses zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte Eljenrufe und Applaus.)

Folgt sodann

der Einlauf.

Präsident teilt mit, daß der König die Abgeordneten, die Militärdienst leisten, für unbestimmte Zeit beurlaubt hat.

Die Zuschriften des Ministerpräsidenten über die Enthebung des früheren Kriegsministers Alexander Krobatin und die Ernennung des G. d. J. Rudolf Stöger-Steiner zum Kriegsminister, über den Dank der Königin für die anläßlich ihres Namens- und ihres Geburtstages durch das Abgeordnetenhaus übermittelten Glückwünsche werden zur Kenntnis genommen.

Präsident widmet den in der Zwischenzeit verstorbenen Abgeordneten Karl Schmidt, Nikolaus Posgay, Aladár Burgyán und Martin Mártonffy warme Nachrufe.

Präsident teilt mit, daß die Abgeordneten Graf Emil Széchenyi, Baron Gabriel Daniel, Josef Illés, Graf Moritz Esterházy, Béla Mezössy, Gabriel Ugron, Graf Béla Serényi, Graf Theodor Batthyány, Graf Aladár Zichy, Graf Albert Apponyi, Wilhelm Vázsonyi, Moritz Palugyay, Markgraf Georg Pallavicini und Franz Sárkány ihre Mandate niedergelegt haben. Ueber die Ausschreibung der Neuwahlen wird der Präsident im eigenen Wirkungskreise verfügen.

Präsident teilt zugleich mit, daß der Ministerpräsident den Staatssekretär Markgrafen Pallavicini, der Minister des Innern den Staatssekretär Moritz Palugyay mit der Erteilung eventuell notwendiger Aufklärungen betraut haben, so daß sie im Sitzungssaale anwesend sein können.

Die Mandate der neugewählten Abgeordneten Hermann Albrich, Grafen Kuno Klebelsberg, Zoltán Hindy, Friedrich Conner, Zolián Meskó, Tibor Keler, Christoph Kopár werden dem Verifikationsausschusse zugewiesen, die Mandate der Abgeordneten Georg Csillaghy, Béla Török und Ludwig Kollár für endgültig verifiziert erklärt.

Präsident teilt mit, daß die Zahl der Militärdienst leistenden Abgeordneten auf 126 gestiegen ist. Se. Majestät hat dem Oberstleutnant Grafen Géza Andrássy und dem Major Grafen Stefan Tißa den Titel und Charakter eines Obersten verliehen, den Major Baron Josef Kazy zum Oberstleutnant, den Rittmeister Grafen Koloman Tißa zum Major, den Oberleutnant Grafen Moritz Esterházy zum Rittmeister, den Leutnant Grafen Béla Serényi zum Oberleutnant, den Grafen Kuno Klebelsberg zum Leutnant, den Abgeordneten Dusan Popovics zum Oberleutnant, den Abgeordneten Franz Valentsik zum Oberleutnant-Auditor, ferner den Abgeordneten Karl Németh zum Rittmeister, die Abgeordneten Hugo Lachne, Béla Egry, Ladislaus Melzer und Julius Muzsa zu Oberleutnants, die Abgeordneten Gedeon Dungyerßky, Árpád Falcione, Zoltán Farkas, Baron Alexander Ghillány, Grafen Michael Károlyi und Stefan Zlinßky zu Leutnants ernannt.

Präsident teilt mit, daß der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses anläßlich der Wiedereröffnung des österreichischen Parlaments das Abgeordnetenhaus beglückwünscht und das Präsidium des Abgeordnetenhauses die Glückwünsche telegraphisch erwidert hat.

Mehrere Petitionen werden dem Petitionsausschuß zugewiesen.

Die Zeit für die Auslosung der Mitglieder der Inkompatibilitätsjury in Angelegenheit des Abgeordneten Roland Hegedüs wird in einem späteren Zeitpunkte bestimmt werden.

Das Urteil der Inkompatibilitätsjury in Angelegenheit des Abgeordneten Barons Géza Pap wird verlesen und im Sinne des Gesetzes Abgeordneter Baron Géza Pap aufgefordert, innerhalb acht Tagen die Inkompatibilität zu beseitigen oder das Mandat niederzulegen.

Sodann wird das königliche Handschreiben über die Enthebung des Grafen Stefan Tißa und die Ernennung des Grafen Moritz Esterházy zum Ministerpräsidenten, sowie die Zuschrift des Ministerpräsidenten über die Ernennung der Mitglieder des Kabinetts verlesen.

Dieser Teil des Protokolls wird authentiziert und dem Magnatenhause übermittelt.

Das Regierungsprogramm.

Ministerpräsident **Graf Moritz Esterházy:**

Geehrtes Abgeordnetenhaus! (Hört! Hört!) Indem wir nach unserer durch Se. kaiserliche und apostolisch königliche Majestät erfolgten Ernennung zum erstenmal vor dem geehrten Hause erscheinen, wollen Sie mir gestatten, daß ich als Chef des neuen Kabinetts achtungsvoll die Prinzipien und die Richtungen bezeichne, die der Tätigkeit der Regierung als Grundlage und als Ziel dienen. (Hört! Hört!)

Vor allem stelle ich fest, daß die Grundlage für die Bildung, die Existenzberechtigung der neuen Regierung die Schaffung der Wahlrechtsreform (Lebhafte Eljenrufe und Applaus links. Lebhafte Bewegung. Rufen: Hört! Hört!) auf Grund der Prinzipien ist, die in dem d[illegible] auf die frühere Regierung gegengezeichneten allerhöchsten Han[illegible]reskripten vom 28. April niedergelegt sind.

Bevor ich jedoch auf diese Kabinettsfrage [illegible]xcellence übergehe, will ich mich mit anderen in den [illegible]eigen des Staatslebens auftauchenden Aufgaben beschä[illegible]n. (Hört! Hört!)

Wollen Sie es nicht als abgedroschenen Gemeinplatz und als Stimmungsmacherei betrachten, wenn ich mich auf die Opferwilligkeit, die Disziplin[illegible]heit, auf das [illegible]rhalten, auf den unerschütterlichen Siegesglauben in unsere gerechte Sache berufe, die die Nation im Laufe des Krieges bekundet hat. (Zustimmung und Eljenrufe links.) Es wäre eine sehr schale Stimmungsmacherei, wenn wir daraus nicht nur die politischen, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Folgen nicht abziehen würden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Volkswohlfahrteinrichtungen.

Deshalb will ich in erster Reihe Aufgaben erwähnen, hinsichtlich deren wir hoffentlich alle übereinstimmen und für die in dem erwähnten allerhöchsten Handschreiben ebenfalls schon eine Weisung enthalten ist. Es ist das die Reihe von Volkswohlfahrteinrichtungen, deren Schaffung uns durch die in den Tagen des gegenwärtigen Weltkampfes bekundete staunenswerte Opferwilligkeit der Nation zur gebieterischen Pflicht gemacht wurde. Die Regierung ist ernstlich bestrebt, binnen kurzem in die Lage zu gelangen, sowohl durch legislative, wie auch durch administrative Verfügungen die Unterstützung der Invaliden, der Kriegswitwen und der Kriegswaisen in einer mehr befriedigenden und einfacheren Weise, als die heutige ist, zu regeln, teils mit Hilfe der bisher getroffenen, teils aber durch neue Verfügungen. (Lebhafte Zustimmung links.) Für die Kriegswaisen bringen wir schon in dem einzureichenden Budgetprovisorium eine beträchtliche Erhöhung des Unterstützungsbeitrags in Vorschlag. (Lebhafte Zustimmung.)

Wirtschaftsfragen.

Infolge der kriegerischen Verhältnisse tritt auf dem Gebiete unseres wirtschaftlichen Lebens die Notwendigkeit in gebieterischer Weise auf, unser Wirtschaftsleben auf Grund der Erfahrungen der verflossenen Kriegsjahre den gegenwärtigen und den in der Zukunft sich immer steigernden Aufgaben entsprechend zu regeln. Die Regierung will in dieser Hinsicht die harmonische Organisierung und ökonomische Ausnützung der vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte einerseits vor Augen halten, andererseits aber ermöglichen, daß die Freiheit des wirtschaftlichen Lebens nur in den unumgänglich notwendigen Grenzen beschränkt werde. (Lebhafte Zustimmung links.) Dieselben Prinzipien will sie auch bei den, um mich so auszudrücken, größeren Einheiten vor Augen halten, nämlich bei der Regelung der Kriegswirtschaftsfragen zwischen den einzelnen verbündeten Staaten.

Nach Anführung dieser allgemeinen Gesichtspunkte erlaube ich mir, auf die einzelnen Detailfragen überzugehen. (Hört! Hört!)

Die Finanzlage.

Was unsere finanzielle Lage anlangt, können wir, wenn auch der dreijährige Krieg unsere wirtschaftliche und finanzielle Widerstandsfähigkeit auf eine schwere Probe gestellt hat, sie mit vollem Vertrauen und mit Ruhe betrachten. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir die Deckung der mit dem Krieg verbundenen Kosten zum überwiegenden Teil durch Placierung von Kriegsanleiheobligationen fast vollkommen innerhalb unserer Grenzen beschafft haben und daß unsere Verschuldung gegenüber dem Ausland — abweichend von den Verhältnissen vieler feindlichen Staaten — im Laufe des Krieges bei weitem nicht um einen so hohen Betrag gestiegen ist, als in Anbetracht der Höhe der Kriegskosten befürchtet werden konnte. Nicht nur wir, sondern fast sämtliche europäischen kriegführenden Staaten kämpfen mit ähnlichen Schwierigkeiten, mit dem Unterschiede, daß die absolute Zunahme unserer Schuldenlasten nicht eine relative Verschiebung in den internationalen Verhältnissen bedeutet. Es ist ein ermutigendes Bewußtsein, daß der Krieg unsere Produktionskraft — wenn er sie auch übergangsweise beeinflußt hat — im Wesen dennoch unberührt gelassen hat, und daß es nur von uns abhängt, mit klug interpretierter Sparsamkeit und durch tunlichste Anstrengung unserer Tätigkeit das finanzielle Gleichgewicht unseres Staatshaushaltes, die neuerliche Stabilisierung der Valuta zu sichern, und all das, was wir im Kriege an wirtschaftlichen Gütern verloren haben, zu ersetzen.

Die wirtschaftliche Produktion.

Die Opfer, die wir gebracht haben und noch bringen müssen, sind auch in materieller Hinsicht so groß, daß sich keine einzige Klasse, keine einzige gesellschaftliche Schichte wird ihnen vollkommen entziehen können. Am weitestgehenden jedoch sind die Verschiebungen zu beachten, die der Krieg in der Leistungsfähigkeit zustande gebracht hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Die während des Krieges entwickelten wirtschaftlichen Verhältnisse haben vielerlei neue Erwerbsquellen eröffnet und die bestehenden ergiebiger gestaltet. Andererseits hat der Krieg die wirtschaftliche Lage breiter Volksschichten bedeutend erschwert, worauf ich noch zurückkommen werde. Wir wollen daher sorgfältige Rücksicht darauf verwenden, daß die grundlegenden Faktoren der wirtschaftlichen Produktion nicht schweren Erschütterungen ausgesetzt und in den Produktionsverhältnissen nicht Verschiebungen hervorgerufen werden, die den Wettbewerb unserer eigenen Bürger mit den ähnlichen Klassen anderer produzierenden Länder unmöglich machen könnten. (Zustimmung links.) Wenn je, so ist es jetzt notwendig, unsere Bürger zur produktiven Arbeit anzuspornen und diese für sie möglichst anziehend zu machen (Zustimmung links), denn keinerlei staatliche Unterstützung, keinerlei Regierungsprogramm vermag uns Gewähr dafür zu bieten, daß wir die Uebel des Krieges überstehen werden und daß unsere wirtschaftliche Entwicklung neuerlich in Fluß geraten wird, wenn nicht unsere produzierenden Klassen selbst bestrebt sein werden, durch bis aufs äußerste gesteigerte produktive Arbeit und durch volle Ausnützung der Kräfte zur entsprechenden Steigerung unseres Nationalvermögens beizutragen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Beamtenfragen.

Geehrtes Haus! Mit größter Hingebung und Liebe will sich die Regierung mit der Sache der Angestellten des öffentlichen Dienstes beschäftigen (Lebhafte Zustimmung links), in vollem Bewußtsein dessen, daß die Preissteigerung der Lebensbedarfsartikel, die während der entgegen jeder Erwartung langen Dauer des Krieges eingetreten ist, eben diese, fixe Gehälter beziehende gesellschaftliche Klasse am schwersten trifft. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Abhilfe ist dringend, deshalb hat die Regierung erstens schon in den Entwurf des Budgetprovisoriums einige Verfügungen aufgenommen, die darauf abzielen, daß einerseits auch die Pensionisten einer gewissen Kriegsunterstützung teilhaftig werden, andererseits aber die während des Krieges ins Stocken geratenen Avancements erfolgen können. (Lebhafte Zustimmung links.) In zweiter Reihe wird die Regierung im Laufe der Verhandlung des erwähnten Entwurfes einen Antrag unterbreiten, daß die Familienzulage der Beamten erhöht und auf gewisse neue Kategorien ausgedehnt werde (Lebhafte Zustimmung links), wie auch, daß die durch den Beamtenkörper schon seit langem mit Recht verlangte Statusregulierung möglich werde. (Lebhafte Zustimmung und Applaus links). Drittens wird die Regierung hinsichtlich der bis Ende Oktober festgestellten Kriegsunterstützungen rechtzeitig eine besondere Vorlage über ihre Erneuerung und Erhöhung unterbreiten. Ferner wird die Vorbereitung der Beamtendienstpragmatik ebenfalls eine dringende Sorge der Regierung bilden. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Rekonstruierung Siebenbürgens.

Einer aus dem Kriege fließenden traurigen Pflicht entsprechend, wollen wir Siebenbürgen und dessen so vielen Leiden ausgesetzte Bevölkerung mindestens einigermaßen für die schweren Leiden entschädigen, die sie während des schmachvollen Einbruches eines heimtückischen Feindes ertragen mußten, und deshalb betrachten wir die Wiederherstellung dieses im Auge der ganzen Nation so kostbaren Landesteils für eine erstrangige, dringend zu lösende Aufgabe. (Lebhafte Zustimmung, Beifall und Applaus links.)

Die Sicherung der Ernte.

Auf dem Gebiete des täglichen wirtschaftlichen Lebens wird es die dringendste Aufgabe der Regierung bilden, die Einheimsung und den Drusch der heurigen Fechsung ungestört abzuwickeln. Wir sind über die Schwierigkeiten der Lage im reinen, deshalb werden wir verfügen, daß sämtliche entbehrlichen militärischen Arbeitskräfte, Kriegsgefangene, die im Hinterlande befindliche, arbeitsfähige männliche Bevölkerung und aus fremden Gebieten gedungene Arbeiter, wie auch die zu diesem Zwecke geeigneten Arbeiterinnen bei den Erntearbeiten in Anspruch genommen werden können. (Lebhafte Zustimmung links.)

22./VI. 1917

64

Budapest, 21. Juni.

Deutlich, fast hart klingt es aus dem Regierungsprogramm heraus, mit dem Graf Moritz Esterházy sich heute an der Spitze seines Ministeriums in beiden Häusern des Reichstages eingeführt hat: Entstehungsgrund und Daseinszweck der neuen Gestaltung ist das allgemeine Wahlrecht. Daran ist nichts weiter zu deuteln noch zu zweifeln. Das Wahlrechtsversprechen ist das politische und moralische Rückgrat der neuen Regierung. Aus keinem anderen Grund ist sie gekommen, keinen anderen Zweck hat sie zu erfüllen: kann sie diese Aufgabe nicht lösen, so ist ihr Zusammenbruch unvermeidlich. An ihrem Willen soll von heute ab nicht gezweifelt werden; mag auch die politische Herkunft der Mehrzahl ihrer Mitglieder nicht geradezu auf waschechte demokratische Gesinnung hinweisen, wenn noch Treu und Glauben in unserem öffentlichen Leben herrscht, muß die Annahme gelten, daß sie ehrlich umgelernt haben, — wie sonst hätten sie sich auf ein Wahlrechtsgelöbnis, das mit seiner Unerschütterlichkeit förmlich prahlt, festlegen können? Freilich wird's der Wille allein nicht tun. Auch Kraft noch und Standhaftigkeit gehören mit dazu. Wird es an diesen nicht fehlen? Man hat heute von Männern der staatsrechtlichen Opposition gehört, daß sie, obgleich unverbrüchlich an ihren bisher verkündeten Prinzipien festhaltend, den neuen Kurs teils in verantwortlicher Stellung, teils in Reih und Glied der parlamentarischen Gefolgschaft mitmachen. Die bisher verkündeten Prinzipien waren das selbständige Heerwesen, das selbständige Zollgebiet, die selbständige Bank, die selbständige Leitung der äußeren Politik. Seit vielen, vielen Jahren verkünden sie diese Prinzipien; geradezu verwachsen schienen sie mit ihnen. Und marschieren jetzt doch mit einer neuen Gestaltung, die nur existieren kann, wenn und solange sie in ihrem politischen Wirken diese Prinzipien verleugnet. Liegt es an dem Willen dieser Männer? Haben sie etwa die Grundsätze, denen sie bisher gedient, nunmehr in der Tiefe ihres Herzens abgeschworen? Sie beteuern feierlich und sentimental das Gegenteil, und Loyalität gebietet, ihnen den guten Glauben zuzuerkennen. Aber sie tragen eben den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung und dem Zwang, der unabänderlich in diesen Verhältnissen liegt. Dem allgemeinen Wahlrecht haben sie erst gestern den Fahneneid geschworen. Wird, wenn das neue Glaubensbekenntnis auf Hindernisse stößt, ihr Wille beharrlicher, ihre Kraft zäher, ihre Standhaftigkeit größer sein als die Wucht und Ausdauer, mit denen sie dem alten Dogmenschatz gedient haben? Ein Wunder jedenfalls wäre es, und Skeptiker mag es geben, die sich zu solchem Wunderglauben nicht emporschwingen können. Was gestern Schilf war, sich mit jedem Windhauch wiegend, kann es über Nacht sich zur knorrigen Eiche wandeln, die trotzig sich dem Orkan entgegenstemmt? Kann Dünensand, dem jede Woge eine andere Gestalt gab, zum Felsblock werden, an dem die wildeste Brandung versprüht?

Immerhin, wir haben ein regelrechtes Wahlrechtsministerium. Noch ist das allgemeine Wahlrecht bloß eine Verheißung, aber auf dem Wege der Verwirklichung ist es einen tüchtigen Schritt vorwärtsgerückt. Mag die neue Gestaltung in den entscheidenden Kämpfen aus welchen Gründen immer versagen, hinter den Männern, deren Kraft unzulänglich war, werden der demokratischen Zukunft unseres Volkes neue Kämpen erstehen, die das Problem, dessen Lösung keine List und keine Gewalt auf Erden mehr aufhalten kann, mit rüstigerer Hand anfassen, im Kampfe nicht erlahmen und das Werk, das ein unaufschiebbares Gebot des Zeitgeistes ist, vollenden werden. Den Bedenken, die vom Standpunkte der unbedingt zu erhaltenden Staatseinheit aus und im Interesse des nationalen Inhalts unserer Staatsidee sich gegen die Wahlrechtsreform erheben könnten, ist heute Graf Esterházy wirksam entgegengetreten. Seinen Ausführungen über die Nationalitätenpolitik, aus denen ein glühendes Bekenntnis zum ungarischen Nationalstaate herausklang, hat sogar Graf Stefan Tißa vorbehaltlos zugestimmt. Diese Gesinnung des Ministerpräsidenten mag auch denen, die einer demokratischen Umgestaltung unseres Staates aus nationalen Gründen widerstreben, immerhin eine Bürgschaft dafür sein, daß der neue Kurs die ehrliche Absicht hat, der Wahlrechtsreform die Umfriedung aller erdenklichen Sicherheiten für Staat und Nation zu geben. Wer wird so kleinmütig sein, die Möglichkeit vorweg von der Hand zu weisen, daß Ungarn sich durch die Herrschaft der Demokratie verjüngen kann, ohne seine Staatseinheit der Zersetzung und seinen nationalen Inhalt dem Verfall preiszugeben? Im Verlaufe einer tausendjährigen Geschichte hat die ungarische Nation eine wunderbare Wandlungsfähigkeit bewährt, die sich der jeweiligen geschichtlichen Entwicklung Europas anzupassen wußte, und nicht zuletzt ist es diese Anpassungsfähigkeit, der dieses an Zahl geringe Volk an dieser von den heftigsten Gewittern der Weltgeschichte andauernd umtosten Stelle Europas das Wunder seines Bestandes zu danken hat. Wieder tritt an unsere Nation die Aufgabe heran, sich einem historischen Werden, das in gewaltigen Umrissen und unter furchtbaren Erschütterungen sich vollzieht, verständnisvoll anzuschmiegen. Dieser Krieg, in dem wir so viel teures Blut für das Leben unseres Staates und unserer Nation vergießen, ist eine Höchstleistung der Demokratien. Nicht diese oder jene Klasse eines Volkes, nicht die Auserwählten einiger auserwählten Schichten ringen da miteinander. In Kampf, Mühsal, Leid, Ausdauer und Arbeit setzt die Gesamtheit des Volkes die Gesamtheit ihrer Kräfte ein. In der französischen Revolution hat sich der dritte Stand seine politische Emanzipation erstritten. In diesem Weltkriege hat alles, was jenseits der Bourgoisie steht, sich den Anspruch auf politische Mündigkeit blutig errungen. Der Weltkrieg wird Europa umformen. Er wird es umformen durch die demokratischen Kräfte, die in ihm gewaltet haben. Ist der Gedanke vernünftig, daß Kräfte, die stark genug waren, den ganzen Weltteil umzugestalten, nach dem Kriege bereit sein werden, mit den Waffen auch das politische Selbstbewußtsein niederzulegen, mit dem Soldatenkleide auch die Anwartschaft auf das Recht der Mitbestimmung im Staate abzustreifen? Den Besorgnissen, die sich gegen die Mündigkeitserklärung der Demokratie geltend machen, muß jede Berechtigung abgesprochen werden. Je größer der Kessel einer Dampfmaschine, desto mehr Arbeit kann durch diese verrichtet werden. Unermeßlich sind die Verheerungen dieses Krieges an Gütern, und nur durch ein Höchstmaß von Arbeisleistung werden sie ersetzt werden können. Der Kesselraum der Staatsmaschine wird viel größer sein müssen, als er vor dem Weltkriege war, denn mit den Arbeitsleistungen der vorkriegerischen Zeit wird eine Regenerierung der Kräfte schlechterdings unmöglich sein. Und geheizt wird dieser erheblich größere Kessel werden müssen mit dem mächtigen Feuer, das nur aus der kollektiven Seele eines ganzen Volkes hervorlodern kann. Die Angst aber, die Spannkraft der Dämpfe könnte die Kesselwände sprengen, ist eine Torheit. Auch die politische Maschinenbaukunst hat es weg, wie durch klug angebrachte Manometer und Sicherheitsventile die Gasspannung mit der Festigkeit der Kesselwand in dauerndem Gleichgewicht erhalten werden kann.

Graf Esterházy hat im Ausklange seiner Rede klipp und klar erklärt, er werde, wenn die Mehrheit dieses Abgeordnetenhauses sich dem Reformwerke, das unaufschiebbar und unvermeidlich ist, versagt, kein Bedenken tragen, das Mehrheitsprinzip durch Berufung von der auf Grund einer verlängerten Mandatsdauer fortwirkenden Parlamentsmajorität an die Mehrheit des Volkes zur Geltung zu bringen. Das ist ein entschlossenes Wort, keine Drohung, die verpuffen kann, sondern die Offenbarung einer Willenskraft, die schnurgerade auf ihr Ziel lossteuert und vor keinem Hindernis zurückscheuen wird. Graf Stefan Tißa hat in einer Rede, in der seine ganze dialektische Meisterschaft sich kundgab, die Regierung auf die schwere Verantwortung aufmerksam gemacht, mit der sie sich bebürdet, falls sie es unternimmt, in einer für die ganze Zukunft der Nation so wichtigen Frage das Volksverdikt in einer Zeit anzurufen, in der die an Zahl und Wert wichtigsten Teile des Volkes auf den Kriegsschauplätzen weilen und folglich an dem Wahlgange nicht teilnehmen können. Seinen Bedenken kann der Ernst nicht abgesprochen werden. Nur wird man berechtigt sein, aus diesen Bedenken ganz andere Schlußfolgerungen abzuleiten. Graf Tißa hat in der Darstellung der Genesis seines Rücktritts als den Ursprung der Krise den auch nach seinem Urteil verfassungsmäßig durchaus zulässigen Zweifel des Königs bezeichnet, ob nicht die Mehrheit der Nation in der Wahlrechtsfrage einen weitergehenden Standpunkt einnimmt, als der Standpunkt war, auf den das frühere Kabinett sich festgelegt hatte. Und als ein gutes Recht des Königs ließ Graf Tißa es gelten, daß die frühere Regierung entlassen und an ihre Stelle ein neues Kabinett berufen wurde, dessen Auffassung in der Wahlrechtsfrage die Möglichkeit schafft, die Zweifel des Königs zu zerstreuen. Wie soll nun aber dieser Zweifel zerstreut werden, wenn ein Appell an die Wählerschaft unstatthaft ist? Wäre Graf Tißa der Ansicht, daß die gegenwärtige Parlamentsmehrheit unbedingt als der Ausdruck des Willens der Volksmehrheit anzusehen ist, so könnte er den Schritt des Königs nicht gutheißen, durch den eine Regierung berufen wurde, deren Standpunkt in der Wahlrechtsfrage von demjenigen der gegenwärtigen Parlamentsmehrheit abweicht. Wenn es aber nicht absolut sicher ist, daß die Mehrheit des Volkes sich mit der Mehrheit des Parlaments deckt, so kann eben der Willensinhalt der ersteren nicht anders ermittelt werden, als durch die Berufung von der Majorität des Parlaments an die Majorität der Wähler. Gewiß, die Wählerschaft, die im Kriege an die Urnen schreiten würde, faßt nur einen Bruchteil der Wahlberechtigten in sich, und es sind just die Elemente zurzeit ausgeschaltet, die den stärksten Anspruch darauf haben, in einer so wichtigen Zukunftsfrage der Nation mitbestimmen zu dürfen. Aber hier liegt eben der Punkt, wo unsere Schlußfolgerungen von denjenigen des Grafen Tißa abweichen. Da die Wahlrechtsreform dringend und unausweichlich ist und wenn es ein so verhängnisvoller Mißgriff wäre, die Wählerschaft jetzt zur Entscheidung aufzurufen, so erwächst eben dem Parlament die Pflicht, für die schwebende Frage in seinem eigenen Schoße eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Regierung hat sich vorerst in den Einzelheiten auf nichts stark festgelegt; Graf Esterházy hat heute bloß die großen Umrisse des künftigen Reformwerkes aufgewiesen. Wohl aber hat Graf Stefan Tißa schon die Herabsetzung der Altersgrenze auf 24 Jahre als eine verhängnisvolle Gefahr für die ganze nationale Zukunft bezeichnet und in dem ganzen Ton seiner Ausführungen eine Sprödigkeit bekundet, die auf alles eher als auf die Geneigtheit zu einer friedlichen Verständigung schließen läßt. Soll man darum die Hoffnung auf eine solche aufgeben? Vor kurzem noch hatte man den Eindruck, das Wahlrechtsgesetz vom Jahre 1913 gelte in den Augen des Grafen Tißa als ein unantastbares Dogma, von dem nichts wegzunehmen und dem nichts hinzuzufügen ist. Die Annahme eines solchen Dogmenglaubens besteht nicht mehr. Am Tage seines Rücktrittes hat Graf Tißa seinen politischen Freunden ein Wahlrechtsprogramm entwickelt, das von dem Standpunkte des im Jahre 1913 geschaffenen Wahlrechtsgesetzes ziemlich weit, wenn auch leider nicht weit genug abrückt. Was bis dahin Dogma war, ist dadurch zur politischen Streitfrage geworden. Und das richtige Maß für eine solche ist der Maßstab der Zweckmäßigkeit. Der Prüfung der Frage, ob es zweckmäßig ist, in der Wahlrechtsfrage weiterzugehen als er bisher gehen möchte, wird sich also auch Graf Stefan Tißa nicht verschließen können. Wo es ein Dogma gibt, muß blinder Glaube herrschen; wo das Dogma aufgehört hat, haben Vernunftsgründe allein zu entscheiden. Daraus schöpfen wir die Zuversicht, daß in der Wahlrechtsfrage, mögen die Gegensätze heute einander noch so schroff gegenüberstehen, Graf Tißa und seine Anhängerschaft noch nicht das letzte Wort gesprochen haben.

Was sonst noch von dem Regierungsprogramm des Grafen Esterházy zu sagen ist, läßt sich ganz kurz zusammenfassen. Das Programm hat auffällige und unerfreuliche Lücken. Es streift nur ganz flüchtig die Fragen der ungarischen Industrie, und vollends über den Handel schweigt es sich gründlich aus. Gehören aber nicht auch Handel und Industrie mit zur Demokratie? Ja, ist überhaupt eine moderne Demokratie möglich, wo Handel und Industrie nicht mächtig gedeihen? Auch die Probleme unserer finanziellen Zukunft sind in dem Programm mit keinem Wort erwähnt, obwohl es auf der Hand liegt, daß eine durchgreifende Demokratisierung unseres Volkes und unseres Staates eine Finanzpolitik zur Voraussetzung hat, die darauf bedacht ist, dem wirtschaftlichen Aufschwung des Landes die befruchtenden Kapitalskräfte zuzuführen. Ueberhaupt kann man sagen: nicht aus dem Gedankenkreis einer demokratischen Wiedergeburt ist dieses Regierungsprogramm organisch herausgewachsen. Das demokratische Wahlrecht ist weder das Fundament, auf dem das Programm sich erhebt, noch der Tragbalken, auf dem es ruht. Die neue Regierung scheint nach ihrem Programm die Demokratie nur zu ersehnen, ohne schon von ihrem Geiste durchdrungen zu sein. Und noch eine Lücke hat es in der Programmrede des Ministerpräsidenten gegeben, doch wurde diese Lücke durch den Grafen Tißa und später auch durch den Grafen Moritz Esterházy selbst in sehr dankenswerter Weise ausgefüllt. Es handelt sich um die Ausfälle, die im österreichischen Abgeordnetenhause in jüngster Zeit gegen die territoriale Unversehrtheit des ungarischen Staates von slawischer Seite unternommen, vom Grafen Clam-Martinic lediglich mit einer fahlen Redensart abgetan, ansonsten aber weder vom Präsidenten gerügt, noch von den übrigen Parteien zurückgewiesen worden sind. Das sind Dinge, die sich Ungarn nicht gefallen lassen darf. Und was hier geradezu befremdend anmuten muß, ist die Erscheinung, daß ein österreichischer Ministerpräsident mit Politikern, die den anderen Staat der Monarchie in solcher Weise zu behandeln sich erdreisten, noch Verhandlungen gepflogen hat, um sie für eine Arbeitsmehrheit zu gewinnen. Graf Tißa hat scharfe Worte gegen den empörenden Unfug jener österreichischen Politiker gefunden, die ganz offen die Zerstückelung Ungarns als ihr politisches Ideal verkünden, Graf Moritz Esterházy hat sich diesen Ausführungen nachträglich angeschlossen, und das ganze ungarische Abgeordnetenhaus hat diese Offenbarungen mit einmütiger stürmischer Zustimmung begleitet. Zu solch geschlossener Abwehr werden ähnliche Versuche das ganze ungarische Parlament und Ungarns ganzes Volk stets bereit finden.

*

au meldet: „22. Juni abends.
inge Feuertätigkeit. Erfolgreicher Vor-

Zentralismus und Autonomie.

Vom Abg. Dr. Lodgman.

Die unheilvollen Zustände in Oesterreich, welche bereits geraume Zeit vor dem Krieg aller Welt offenbar waren und nicht zum wenigsten die Hoffnung unsrer Feinde bildeten, die Monarchie könne infolge ihrer widernatürlichen Zusammensetzung den Ansturm der Gegner nicht bestehen, haben durch den Krieg weder eine Aenderung in dem Sinne erfahren, daß sie nunmehr als behoben be-

trachtet werden könnten, da sich die Volksstämme in gemeinsamem Festhalten am Staate „gefunden" hätten, noch ist diejenige Lösung eingetreten, welche die uns feindlich gesinnten Kräfte in Form einer Aufteilung Oesterreichs auf die das Reich umgebenden Nationalstaaten erwartet haben. Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge und im Hinblick auf die bereits allseits zutage tretende Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung Europas ist auch nicht mehr anzunehmen, daß eine endgültige Lösung der österreichischen Frage in einer der oben angedeuteten Richtungen erfolgen könnte, sondern alle Völker müssen vielmehr damit

gebnis eines wirtschaftlichen Interesses, verbunden mit nationaler Sättigung, weil Selbstverwaltung des betreffenden Gebietes; dagegen mußte Rußland als Nationalstaat zu bestehen aufhören, als die Macht des Zarentums gebrochen wurde und Schweden und Norwegen in seine Bestandteile zerfallen, weil dem Trieb nach Selbständigkeit nichts Gleichwertiges oder Stärkeres entgegengesetzt werden konnte; so hat sich auch 1867 der magyarische Drang nach Selbständigkeit unter gleichzeitiger Beherrschung der nichtmagyarischen Nationen stärker erwiesen, als das Band des gemeinsamen Herrschers.

Dieses Jahr bildet gleichzeitig die Marksscheide in der Verfassung Oesterreichs, welches aus dem feudalständischen Beamtenstaat in einen liberalen Wirtschaftsstaat mit deutschem Charakter umzubilden sich anschickte, dabei aber allerdings die lebendig wirkenden Kräfte der verschiedenen Nationen übersehen und mit

Neues Wiener Tagblatt

23./VI.1917

Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes.

Zusammenschluß aller Deutschen ohne Unterschied der Partei.

In der gestrigen Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes berichtete der Obmann Abg. Dobernig über die innerpolitischen Vorkommnisse der letzten Tage und die Ursachen, die zum Rücktritt des Kabinetts Clam-Martinitz führten. Er sprach hiebei dem aus dem Kabinett scheidenden Verbandsmitglied Handelsminister Dr. Urban, welcher sich stets des unverminderten Vertrauens des Verbandes erfreut hatte, den wärmsten Dank für sein unermüdliches Wirken aus und knüpfte daran die Erwartung, daß Dr. Urban auch in Hinkunft ein treuer Freund und Berater des Deutschen Nationalverbandes bleiben werde.

Dem Bericht des Obmannes folgte eine eingehende Erörterung, in welcher von den einzelnen Rednern die Stellung des deutschen Volkes in Oesterreich sowohl zu den Ereignissen in der inneren Politik als auch zur weltpolitischen Lage überhaupt dargelegt wurde. Abgeordneter Vacher gab die Anregung zu einer gemeinsamen Kundgebung an das deutsche Volk, welche die Ursachen darzulegen hätte, die zu den gegenwärtigen politischen Verhältnissen geführt haben. Es müsse vor der ganzen Oeffentlichkeit festgestellt werden, daß die Deutschen daran keine Schuld trifft. Dr. Sylvester empfiehlt, für die unmittelbar bevorstehende Zeit Vorsorge zu treffen. Der Obmann Abg. Dobernig faßte in seinem Schlußwort die geäußerten Meinungen dahin zusammen, daß die Deutschen die eingeschlagene Richtung weiter zu verfolgen haben. Staatspolitik lasse sich von deutscher Volkspolitik nicht trennen, weil das deutsche Volk den wichtigsten und wertvollsten Teil dieses Staates bildet.

In diesem Sinne wurde folgender, von Dr. Steinwender vertretener Antrag einstimmig angenommen: „Die Vereinigung der nichtdeutschen Parteien macht es allen Deutschen ohne Unterschied der Partei zur Pflicht, sich zusammenzuschließen. Gemeinsam mit der Christlichsozialen Vereinigung wird daher der Deutsche Nationalverband sofort darangehen, alle deutschen Parteien zu einem einheitlichen Vorgehen zu vereinigen. Der Vorstand wird beauftragt, die erforderlichen Vorbereitungen unverzüglich zu treffen. Es muß in der böhmischen

Fremdenblatt

23./VI. 1917

Wien, 23. Juni.

Der Kaiser hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Clam-Martinic angenommen und nach halbjähriger Tätigkeit scheidet Graf Clam-Martinic aus der höchsten Stellung der Regierung. Graf Clam-Martinic richtete an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses ein Schreiben, in welchem er die Gründe seiner Demission auseinandersetzte. Es ist dies gewiß ein ganz ungewöhnlicher Akt, und aus dem Bedürfnisse des Grafen Clam-Martinic, die Ursachen seines Rücktrittes öffentlich darzulegen, sprechen sein starkes Verantwortlichkeitsgefühl und seine absolute Aufrichtigkeit. Dieser Kavalier will keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es ihm nicht darum zu tun war, bloß zur Macht zu kommen und die Macht zu erhalten; ihm war die Erreichung seiner hohen Stellung nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, um das Ziel zu erreichen, welches er anstrebte. Graf Clam-Martinic war lange Zeit im Felde gewesen, er hatte an der Front gekämpft, aus eigener Anschauung den Heldenmut, den Patriotismus unserer Krieger kennen gelernt, und in den Schützengräben entstanden in seinem Kopfe und in seinem Herzen die Gedanken und die Gefühle für die Schaffung eines Oesterreichs. Seine Erlebnisse im Weltkriege riefen in ihm Ueberzeugungen hervor, denen er sein Leben und sein Wirken zu widmen entschlossen ist. Er sah sie, die Söhne unseres Vaterlandes, gemeinsam gegen den übermächtigen Feind streiten, mit höchster Tapferkeit furchtbare Angriffe abschlagen, mit unendlicher Geduld die Beschwerden eines so langen Krieges ertragen. Ihm schwebte nun, da er als leitender Staatsmann die Führung der Regierungsgeschäfte übernahm, das hohe Ziel vor, die Kräfte Oesterreichs im Hinterlande ebenso zusammenzufassen und lebendig zu machen, wie dies an der Front der Fall ist. Vor aller Welt sollte es klar werden, daß alle Nationen Oesterreichs, mögen sie den häuslichen Streit noch so heftig führen, doch von einer großen Idee durchdrungen sind, der Idee, alle ihre Kräfte in den Dienst ihres Vaterlandes zu stellen. Ihm lag es ferne, nichts anderes sein zu wollen, als der zeitweilige Verwalter der Regierungsgeschäfte, und nichts anderes zu tun, als von heute auf morgen zu sorgen. Selbst seine politischen

Pester Lloyd
23./VI. 1917
70

Bosa, halbj. 15 K, viertelj. 3.50 K, monatlich 2.30 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 20 K, halbj. 10 K, viertelj. 5 K, monatlich 2 K. Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 52 K, halbj. 26 K, viertelj. 13 K, monatl. 4.50 K. Für das Inland und Oesterreich: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 42 K, halbj. 21 K, viertelj. 10.50, monatl. 3.60 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 30 K, halbj. 15 K, viertelj. 7.50, monatl. 2.60 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 56 K, halbj. 28 K, viertelj. 14 K, monatlich 5.— K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 20 K, für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

Pester Lloyd und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Heyyl, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

64. Jahrgang. **Budapest, Samstag, 23. Juni 1917** **Nr. 158**

Die Debatte über das Budgetprovisorium.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 23. Juni.

Abgeordneter Roland Hegedüs hat heute in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Finanzausschusses, von der Mehrheit herzlich bedankt, Abschied genommen. Er trat von diesem Posten der wirtschaftlichen Hochwacht des Parlaments zurück, indem er dem Lande ein zukunftsfreudiges Bild der Möglichkeiten unserer nachkriegerischen Finanzentwicklung bot, Möglichkeiten, die allerdings bedingt sind durch umfassende Sparsamkeit und deren Ziel die Erhaltung der finanzpolitischen Selbständigkeit der ungarischen Staatswirtschaft ist. Geleitet von diesen Wünschen und Erkenntnissen, richtete Roland Hegedüs geistvoll seine Klinge gegen jede Finanzpolitik, die durch unbedachte Geberlust die Lasten des Staates erschweren und die schadlose Abwicklung der staatsfinanziellen Demobilisierung nach dem Kriege hemmen könnte. In diesem Sinne wandte er sich auch gegen geplante Neuauslagen. Im Namen des Ausschusses beantragte er auch, statt der von der Regierung geforderten sechs Monate nur vier Monate als Dauer des Budgetprovisoriums zu bewilligen. Der Entwurf enthielt übrigens heute eine Ergänzung durch das vom Finanzminister Dr. Gratz eingebrachte Amendement, das bei § 13 des Entwurfes weitere Ausgaben für den Justizdienst anspricht.

In der Debatte sprach Abgeordneter Elemér Jakabffy als erster Redner. Er war scharf im Angriff und in der Kritik. Der Verschiedenheit der Auffassungen, die das gegenwärtige Kabinett kennzeichne, hielt er die feste Geschlossenheit der prinzipiellen Grundlagen des Kabinetts Tißa entgegen. Er sprach eingehend von dem Aufstieg des Justizministers Wilhelm Vázsonyi, in dem er eigentlich einen Abstieg der Prinzipientreue erblicke, denn von dem völkischen Ideal habe der Weg Vázsonyis die Richtung in den Kreis einer rückständigen Regierung genommen. Seine Ministerschaft verleihe, so führte er aus, diesem Kreise erst die Möglichkeit, das Haupt nicht beugen zu müssen vor Faktoren, die sie bisher über die Schulter anzuschauen gewohnt waren.

Es folgte eine gut vorbereitete, wuchtig gesprochene Oppositionsrede des Abgeordneten Alfred Pál. Er griff tief in die volle Aktentasche und holte aus ihr Dokumente hervor, die noch nicht vergilbt sind: Reden und Artikel, in denen zur Zeit des Kabinetts Fejérváry und auch später, in den Tagen der Koalition, die Streiter des allgemeinen Wahlrechts von den Führern der jetzigen Wahlrechtsparteien als Hochverräter, Schädlinge, Staatsfeinde, Verbrecher gegen den nationalen Gedanken gebrandmarkt wurden. Abgeordneter Pál fand auch noch andere Argumente, um schließlich betonen zu können, daß die Partei der nationalen Arbeit das Budgetprovisorium bewilligt, weil sie die Verlockung, den Haß ihrer Widersacher mit gleicher Münze zu vergelten, ihrer Vaterlandsliebe unterzuordnen versteht.

Die schlagfertigen, oft sehr pikanten Ausführungen Alfred Páls waren gefolgt von einer Sitzungspause.

Nach der Pause ergriff Abgeordneter Nikolaus Serbán das Wort. Er richtete seine Worte hauptsächlich an die Regierung, mußte aber erkennen, daß kein Minister im Saale anwesend war. Eine Flut heiterer Zurufe ergoß sich in den Saal. Die Mehrheit forderte die Anwesenheit der Minister, indem sie in Zwischenrufen auf die Notwendigkeit der Vermehrung der Ministerien hinwies. Endlich erschien Justizminister Dr. Wilhelm Vázsonyi lächelnd grüßend im Saale, um auf der Ministerbank Platz zu nehmen. Abgeordneter Serbán konnte nunmehr seine Ausführungen ungestört fortsetzen. Er sprach von der Notwendigkeit der Erweiterung und Anerkennung der nationalen Existenz der Rumänen, betonte die staatstreue Gesinnung dieses Volksteiles und hob hervor, daß auch auf dem Gebiete der Justiz einschnelleres Eingreifen zum Schutze der rumänischen Bevölkerung not tue.

Um dreiviertel 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis nachmittag 4 Uhr.

Der Verlauf des Beginnes der Debatte über das Budgetprovisorium ist demnach durchaus glatt vor sich gegangen.

Während der Beratung im Saale wurde bekannt, daß sich Ministerpräsident Graf Moritz Esterházy im Laufe des Abends zur Berichterstattung nach Wien begibt, wo er morgen vom König in Audienz empfangen werden wird.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident **Karl v. Száß**

eröffnet die Sitzung um halb 11 Uhr.

Schriftführer Paul Száß, Zoltán Vermes, Felix Szinyei-Merse.

Auf der Ministerbank: Graf Esterházy, Graf Zichy, Dr. Gratz, Graf Apponyi, v. Szurmay, Graf Batthyány.

Präsident teilt mit, daß der Ministerpräsident den Staatssekretär Markgrafen Georg Pallavicini, der Minister des Innern den Staatssekretär Moritz Palugyay und der Justizminister den Staatssekretär Karl Grecsák zur Erteilung eventuell notwendiger Aufklärungen entsendet hat.

Folgt die Tagesordnung, der Gesetzentwurf über das Budgetprovisorium.

Berichterstatter Dr. Roland Hegedüs

hebt die ungewöhnliche Lage hervor, in der er sich jetzt als Berichterstatter des Finanzausschusses befindet. Der Standpunkt, den der Ausschuß jetzt vertritt, liefert den Beweis, daß der bisher eingenommene Standpunkt der Mehrheit gerechtfertigt war. Die jetzt die Regierung unterstützenden Parteien behandelten das Budgetprovisorium als Vertrauensfrage. Würde die Mehrheit sich auf diesen Standpunkt stellen, so geriete das Land jetzt in einen Exlex-Zustand. Wir setzen aber die politischen Leidenschaften nicht über die Interessen des Landes. Der Finanzausschuß und die Mehrheit bewilligen das Budgetprovisorium nicht der Regierung, sondern dem Lande. Ueber die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens will der Ausschuß sich überhaupt nicht äußern. Doch bewilligt der Ausschuß das Budgetprovisorium nicht für sechs, sondern nur für vier Monate. (Lärm links.) Diejenigen, die bisher das Budgetprovisorium der Regierung stets verweigert haben, sind nicht berechtigt, wegen dieser Stellungnahme der Mehrheit Vorwürfe zu machen. Der Ausschuß bewilligt ein viermonatiges Provisorium, weil er die gegenwärtige politische Lage für unsicher hält und erst den Gang der Ereignisse abwarten will. Der Ausschuß kennt nicht das Finanzprogramm der Regierung und weiß nicht, auf welche Weise die Regierung die Bedeckung für die neuen Ausgaben suchen wird. Der Finanzausschuß vertrat stets den Standpunkt, die Regierung müsse bestrebt sein, immer zumindest soviel Deckung aufzuweisen, als für den Zinsenbedarf der neuemittierten Kriegsanleihen und für die übrigen neuübernommenen Lasten notwendig ist. Die Mehrheit hält an diesem Standpunkte im Interesse der Wahrung des Kredits des Landes und im Interesse des Erfolges neuer Kriegsanleihen fest. Die neue Regierung hat bisher über die Frage der Deckung keine Aufklärungen erteilt, und es liegt daher im Interesse des Landes, daß das Budgetprovisorium in diesem Falle nur für vier Monate bewilligt werde. (Widerspruch links.)

Der Berichterstatter bespricht sodann die Einzelheiten des Gesetzentwurfes und weist darauf hin, daß der größte Teil der darin enthaltenen Verfügungen durch die frühere Regierung ausgearbeitet wurde. Der Justizminister hat in der gestrigen Sitzung des Ausschusses einen neuen Paragraphen über die Regelung des Status der Richter und der Anwälte zur Annahme empfohlen. Gegen das Wesen dieses Paragraphen hat niemand etwas einzuwenden, allein eine so wichtige Verfügung muß entsprechend vorbereitet werden. Die die Regierung unterstützenden Parteien haben stets dagegen protestiert, daß in den Gesetzentwurf über das Budgetprovisorium andere Verfügungen als die dringendsten Staatsnotwendigkeiten aufgenommen werden (Widerspruch links), infolgedessen hat ein Mitglied des Finanzausschusses beantragt, man möge in dieser Frage einen besonderen Gesetzentwurf dem Abgeordnetenhause unterbreiten.

Der Berichterstatter weist sodann darauf hin, daß er nach fast fünfzehnjähriger Tätigkeit die Stelle des Berichterstatters des Finanzausschusses niederlege. Zum Abschied sei ihm gestattet, einen Rückblick auf die nächste Zukunft zu werfen. Zunächst dankt er allen Mitgliedern des Hauses teils für die Unterstützung, die man ihm angedeihen ließ, teils für die Kritik, mit der man die Sache, die er vertrat, zu fördern suchte. Er stellt fest, daß die hervorragenden Vorgänger, die als Berichterstatter des Finanzausschusses in diesem Hause fungiert haben, viel leichtere Arbeit hatten als er, denn zu jener Zeit waren Politik und Finanzen so ziemlich voneinander getrennt, die Lage seiner Vorgänger war nur deshalb schwieriger, weil der ungarische Staat damals gegen ein Defizit anzukämpfen hatte. Allmählich verquickten sich Politik und Finanzen und Redner ist überzeugt, daß jetzt die Finanzen über die Politik die Oberhand gewinnen und überhaupt eine viel größere Bedeutung erlangen werden als je in der Weltgeschichte. Wenn der Kanonendonner verstummen und dieser furchtbarste aller Kriege aufhören wird, werden unverzüglich gigantische finanzielle Fragen in den Vordergrund rücken. Redner will, in dem Bewußtsein, daß er hier ausschließlich seine persönliche Auffassung vertritt, einige, wenn vielleicht auch lückenhafte Pläne der Oeffentlichkeit übermitteln. Er hofft, dadurch ein wenig zur Lösung der schwierigsten Fragen beitragen zu können. Jetzt trägt noch alle Lasten der Staat, in dem Augenblick, wo der Frieden geschlossen wird, werden diese Lasten auf die Privatwirtschaften übergehen müssen. Redner ist überzeugt, daß die ungarische Nation mit größter Askese und angestrengtester Arbeit die an sie gestellten riesigen Anforderungen wird bewältigen können. Ein entsprechendes Finanzprogramm für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege kann noch nicht aufgestellt werden. Wir müssen den Problemen aufrichtig und ernst entgegensehen und alle Nebenrücksichten außer acht lassen. Die künftige Finanzpolitik muß von drei Vorbedingungen ausgehen: erstens darf man nicht aus dem Grunde, weil Milliarden in unerläßlicher Weise ausgegeben werden müssen, in unnützer Weise Millionen ausgeben wollen. Gegen eine derartige Politik müsse man sich entschieden verwahren, um so mehr, da uns noch neue, große, unerläßliche Lasten bevorstehen. Dieses Problem kann nur so gelöst werden, wenn jeder verantwortliche und nichtverantwortliche Faktor den Ernst der Lage vollkommen zu würdigen weiß. Mit Bedauern stellt er fest, daß die Regierung in ihrem Programm diesem wichtigen Gesichtspunkt nicht vollauf Rechnung getragen hat und sich sehr freigiebig zeigte. Die Partei der nationalen Arbeit war keineswegs engherzig, sondern sie wußte, daß der Staat nichts Ueberflüssiges besitzt, über das sie hätte verfügen können. Die zweite unerläßliche Vorbedingung ist, daß in jedem Bürger das Bewußtsein erhalten werden muß, der ungarische Staat werde alle seine Verpflichtungen genau und gewissenhaft erfüllen. Gott schütze uns davor, daß der Glaube sich verbreite, der Staat werde die Zinsen der Kriegsanleihe nicht bezahlen können oder die Invaliden vergessen. Drittens muß auch der Gedanke erwogen werden, daß wir vielleicht einen Frieden schließen und keine Kriegsentschädigung erhalten werden. Es kann sich ereignen, daß die Völker Europas in einem gewissen Augenblick erklären werden, sie wollen kein Blut mehr nur deshalb vergießen, damit irgendein Staat von dem anderen Geld erhalte. In diesem Falle wird jeder Staat gezwungen sein, seine durch den Krieg hervorgerufene finanzielle Krise durch eigene Mittel zu lösen. Wenn diese drei Thesen wahr sind, so muß die künftige Finanzpolitik darauf aufgebaut werden. In dem Augenblick, wo der Krieg zu Ende sein wird, muß der Finanzminister mit Berücksichtigung dieser drei Thesen genaue Vorschläge unterbreiten. Bis Ende Juni betrugen die Kriegsanleihen des ungarischen Staates etwa achtzehn Milliarden, wovon zwölf Milliarden konsolidiert und sechs Milliarden nichtkonsolidierte Anleihen sind, letztere werden wir durch eine einmalige Vermögenssteuer tilgen müssen. Eine einmalige Vermögenssteuer ist viel richtiger als die auf Jahre hinausgehende Besteuerung der Erwerbsfähigkeit, denn dadurch würde die zukünftige Entwicklung nur gefährdet werden. Die hohe Besteuerung des Erwerbes und die Einführung fortwährender neuen Steuern würden nur einen Zustand der Unsicherheit schaffen; viel richtiger ist es, wenn die Regierung erklärt, daß diejenigen, deren Vermögen in diesem Kriege geschützt wurde, dafür in entsprechender Form ihren Tribut zollen. Das erste Stadium ist demnach, daß jeder Vermögende im Bewußtsein seiner moralischen Pflicht einen Teil seines Vermögens dem Staat zur Verfügung stellt. Diese Vermögenssteuer wird selbstverständlich das kleinere Vermögen nicht belasten, eine gewisse Progressivität zur Geltung bringen und schließlich keinen Unterschied zwischen Vermögen und Vermögen machen. Ein Vermögen, das jede hohe Steuer verträgt, bilden Juwelen, die auch im Ausland verwertet werden können, was zur Verbesserung der Valuta ebenfalls beiträgt. Redner verweist hier auf das hehre Beispiel, das die deutsche Kaiserin in dieser Beziehung gegeben hat. Diese Vermögenssteuer soll durch die Kriegsanleiheobligationen entrichtet werden können, wobei der Staat die Obligationen im Nominalwerte von hundert Kronen entgegennimmt. Dadurch werden diejenigen belohnt, die in ernsten Zeiten durch die Zeichnung auf die Kriegsanleihe dem Saate zur Hilfe geeilt sind, diejenigen aber bestraft werden, die es unterlassen haben; dadurch wird auch unverzüglich der Kurs der Anleihen in die Höhe gehen und es kann bei den nicht gesperrten Stücken durch freiwillige Konvertierung der Zinsfuß herabgesetzt werden. Die noch verbleibenden Zinsen muß der Staat allmählich durch Steuern decken. Redner verweist hier auf eine progressive Erbschaftssteuer, auf die Notwendigkeit der Erweiterung der Konsumsteuern. Zu gleicher Zeit muß aber auch für die kräftige Förderung der Industrie und der gesamten Produktion des Landes Sorge getragen werden. Diese Fragen bilden die wichtigsten Probleme, alle anderen Probleme treten gegenüber diesen Fragen in den Hintergrund. Wir müssen von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß wir diese wichtigen Probleme selbst werden lösen müssen. Nach dem Kriege wird es wohl kaum ein Land geben, das dem anderen mit Anleihen wird zu Hilfe eilen können. Viele betonen auch die Bedeutung der Uebergangswirtschaft. Redner hält dies für eine nebensächliche Frage. Glaubt denn jemand, daß nach dem Krieg die Zustände, die vor dem Krieg geherrscht haben, wieder hergestellt werden können? Wir sind ja in dieser Beziehung vollständig im dunkeln, vielleicht wird ein starker wirtschaftlicher Staatssozialismus folgen oder, im Gegenteil, man wird der Zentralen überdrüssig (Rufe links: Das ist schon längst der Fall!), wir können daher noch keineswegs sagen, welche Grundlagen bei der Rekonstruktion maßgebend sein werden; wie können wir da von den Problemen der Uebergangswirtschaft sprechen? Viel wichtiger ist die innere Konsolidierung, die Kräftigung der inneren Quellen des Landes. Redner ist vollständig davon überzeugt, daß die ungarische Nation die innere Konsolidierung aus eigener Kraft wird erzielen können. Er bittet, das Budgetprovisorium für vier Monate zu bewilligen. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Ministerpräsident Graf Moritz Esterházy

weist darauf hin, daß in der vorgestern unterbreiteten Regierungserklärung auch das Finanzprogramm der Regierung in großen Zügen enthalten ist, infolgedessen will er sich nach den sehr wertvollen und gedankenreichen Bemerkungen des Berichterstatters nur darauf beschränken, das Haus zu bitten, das Budgetprovisorium in der durch die Regierung unterbreiteten Fassung anzunehmen. Er will sich in keine Polemik mit den Ausführungen des Berichterstatters einlassen und nur betonen, daß die Regierung, der bloß fünf bis sechs Tage zur Verfügung standen, kein einheitliches finanzielles Programm ausarbeiten konnte. Die Argumente, die für die Votierung eines viermonatigen Budgetprovisoriums maßgebend sind, gelten auch für ein sechsmonatiges Provisorium, im übrigen behält er sich vor, auf die wertvollen Ausführungen des Berichterstatters im Laufe der Debatte zurückzukommen.

Finanzminister Dr. Gustav Gratz

bittet um die Nachsicht des Hauses, daß er, mit Rücksicht auf die kurze Zeit, die ihm zur Verfügung stand, jetzt kein ausführliches Finanzprogramm geben kann; es würde dem Ernst der Sache zuwiderlaufen, wenn er nach so kurzer Zeit mit großangelegten Reformplänen vor das Haus träte. Er hofft, im Laufe der Debatte Gelegenheit zu finden, sich über die Hauptprinzipien der Finanzpolitik der gegenwärtigen Regierung zu äußern. Jetzt will er sich ausschließlich mit einer Frage beschäftigen, hinsichtlich deren gestern im Finanzausschusse gewisse Meinungsverschiedenheiten sich zeigten. Es ist dies die

amstag, 23. Juni 1917.

ung

Zeitung.)

ner 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 70 ₰ Abendbl. 80 ₰. Reklamen „ℳ 2.50, Abendbl. „ℳ 3.—, Familienanzeigen „ℳ 1.20. Für alle Ausgaben 10% Teuerungszuschl. Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Uns. Exped. in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 3337, Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Bieberer Str. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agentur. u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street. Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4130.

Der Kabinettswechsel in Ungarn.

h Budapest, 16. Juni. Nach etwa zweiwöchigen Verhandlungen und unter tatkräftigster Unterstützung des Königs hat sich heute das demokratische Wahlrechtskabinett konstituiert, dessen vornehmlichste Aufgabe die Schaffung des seit Monaten angekündigten allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes bilden soll. Die Ansichten darüber, ob gerade jetzt mitten in der vielleicht letzten und gewiß entscheidendsten Phase des Weltkrieges das ganze politische Regime Ungarns von unterst zu oberst gekehrt werden müßte, ob man damit nicht bis zur Friedenszeit hätte warten können, diese durchgreifende Reform in die Wege zu leiten, darüber gehen die Ansichten in den politischen Kreisen bis zum vollkommenen Widerspruch auseinander. Ein gewisses gegenseitiges Mißtrauen scheint es verhindert zu haben, daß die Angelegenheit bis nach dem Kriege aufgeschoben wurde.

Graf Julius Andrassy, der Führer der auf 67er Grundlage stehenden Verfassungspartei hat mit der Unterstützung aller übrigen oppositionellen Parteien nach einem mehrjährigen, gegen das Regime Tisza geführten politischen Kampf, der sich in den letzten Jahren unter der unsichtbaren Mitwirkung außerhalb des Parlaments stehender Kräfte zu einem Kampf gegen die Person Tiszas gestaltete, den Sieg davongetragen. Tisza und sein Regime sind gestürzt und die Minderheitsparteien an die Regierung gelangt. Der Kampf des Grafen Andrassy ist keineswegs unter dem Losungswort des allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrechts begonnen worden. Dieses Losungswort samt dem Verlangen nach Demokratisierung ist erst später unter dem Drucke der Ereignisse in den Vordergrund gelangt. Daß dem so ist, dafür spricht wohl auch der Umstand, daß Graf Andrassy, der sich mit seiner Partei dem Wahlrechtsblock nicht angeschlossen hat, im Wahlrechtskabinett keinen Platz hat, auf einen solchen angeblich gar nicht reflektiert, oder zum Eintritt in dasselbe gar nicht aufgefordert wurde. Wäre letzteres der Fall gewesen, dann wäre dies in Ungarn, wo man die nebensächlichsten, mitunter auch die diskretesten Dinge an die große Glocke hängt, gewiß nicht geheim geblieben und auch von den hiebei Interessierten nicht geheim gehalten worden. Der Kampf gegen Tisza ist, als sich dieser gegen jede Konzentration im Sinne des Grafen Andrassy und der übrigen Oppositionsführer erklärte, direkt persönlich geworden. Alle Mittel wurden herangezogen, um Tisza aus dem Sattel zu heben, und als alle Mittel vergeblich blieben, da versuchte man es mit der Hilfe Wiens und es ist gelungen.

Nun ist das Wahlrechtsministerium da, aber außer dem Führer der Demokratenpartei Dr. Wilhelm Vazsonyi, der als begeisterter Vorkämpfer des allgemeinen Wahlrechts in Vertretung des Wahlrechtsblocks in das Kabinett eingetreten ist, um die wirkliche Durchführung des Wahlrechtes zu überwachen, ist nur noch Graf Theodor Batthyany überzeugter Anhänger des allgemeinen Wahlrechts, was von den übrigen Mitgliedern das Kabinetts niemand behaupten kann. Daß aus der Reihe der Kabinettsmitglieder Graf Julius Andrassy, den man, da er sich in erster Reihe um den Sturz des alten Regimes bemühte, an der Spitze erwartet hatte, und Graf Michael Karolyi fehlen, wird viel besprochen. Die Ursachen für das Fernbleiben Andrassys sind bisher zuverlässig nicht bekannt geworden, ebensowenig die letzten Gründe, warum Graf Karolyi, dessen Ernennung zum Minister schon als vollzogene Tatsache galt, wieder zurückgetreten ist. Nach den Erklärungen, welche aus dem Kreise der Karolyi-Partei bisher unwiderrufen bekannt geworden sind, scheint Graf Karolyi dem Stern des neuen Kabinetts nicht zu trauen und will sich für seine Person freie Hand bewahren.

Von den übrigen Mitgliedern des Kabinetts sind die meisten bekannte politische Persönlichkeiten Ungarns. Der Ministerpräsident Graf Moritz Esterhazy hat durch einige im sozialen Sinne gehaltene Reden im Abgeordnetenhaus sich vielfach Sympathien erworben und man ist der Ansicht, daß er unbedingt von den besten Absichten geleitet und gewiß bemüht sein wird, sein Programm, über welches er sich im Laufe der nächsten Woche im Reichstag äußern wird, zur Durchführung zu bringen. Der Minister des Innern Gabriel Ugron war früher Obergespan und strammer Anhänger der Unabhängigkeitspartei. Graf Albert Apponyi ist wieder zu seinem Ressort ins Kultus- und Unterrichtsministerium zurückgekehrt, wo er wohl Gelegenheit finden wird, manches zu ergänzen, was ihm seinerzeit infolge des plötzlichen Sturzes der Koalitionsregierung unmöglich gemacht worden war. Der neue Finanzminister Dr. Gustav Gratz, der frühere siebenbürgisch-sächsische Abgeordnete und zuletzt Sektionschef im Ministerium des Aeußern, ist aus dem Journalistenstand hervorgegangen. Er ist ein sehr regsamer Geist und hochbegabt. Er wird mit der politischen Tendenz des Kabinetts wohl

Vossische Zeitung 23/VI. 1917 23 77

Die sieben Monate des Grafen Clam.

Drahtmeldung unseres Berichterstatters
Emil Ludwig.

✱ Wien, 22. Juni.

Die kurze Regierung des Grafen Clam hat viel länger gedauert, als es ihr bei normalen Umständen beschieden gewesen wäre. Denn die verfassungslosen sechs Monate durchzuhalten war leicht, und nur vom Vertrauen der Krone abhängig, die sich ihn ja aus voller freier Wahl und nur auf Grund persönlicher, nicht auf Grund parteipolitischer Einflüsse ausgesucht hatte. Erst der siebente Monat war entscheidend; dieser Juni, an dessen Beginn die Verfassung wiederhergestellt und das Kabinett auf parlamentarische Probe gestellt wurde. Drei Wochen später fiel es dann zusammen. War das vorauszusehen, fragt man sich, und wo liegen die Gründe? Als Körber nach der Ermordung des Grafen Stürgkh und nach zehnjähriger Ruhe die Macht aufs neue übernahm, trat er sofort in Verhandlungen mit den Parteien und erklärte, daß er alle vom Kriege geforderten Vorlagen einbringen, daß er aber jede staatsrechtliche Entscheidung, jede Aufrollung des Völkerproblems in diesen bedrängten Zeiten vorerst verhindern werde. Darum arbeitete er buchstäblich Tag und Nacht an der Rationierung der Lebensmittel, verabschiedete aber jede Abordnung, die von ihm Sonderrechte forderte. So verdarb er es rasch mit den meisten Deutschen, die den Augenblick zur Erreichung ihres alten Wunsches benutzten und die galizischen Polen aus dem Reichsrat verdrängen wollten, zugleich mit einem Teil der Polen, die Galizien als autonomes Land erhalten und dann, mit einigen Milliarden belohnt, das Haus der Völker verlassen wollen; schließlich mit beiden Parteien in Böhmen, die sich wechselweise auf fragwürdige Versprechungen des Grafen Stürgkh wegen der Staatssprache beriefen. In diesem Ministerzimmer erhielt niemand etwas, weder Partei noch Minister, was nicht von der Not des Tages gefordert wurde. Auf solch spartanische Art machte man sich gefürchtet und gehaßt und Körber lebte im Grunde nur noch von dem Vertrauen seines kaiserlichen Herrn. Dieses Vertrauen erbte sich auf den Nachfolger der Krone nicht fort, und wer die Dinge hier näher betrachten konnte, wußte, daß der Kaiser seine beiden ererbten Minister zu verabschieden willens schien. Mit Körber ging er rasch vor. Als er am 12. Dezember nach den Begräbnisfeierlichkeiten die Geschäfte übernahm, forderte der junge Kaiser von seinem Minister, in 14 Tagen, spätestens aber bis Monatsende, die Durchführung der deutschen Staatssprache in Böhmen, die Kreiseinteilung und zwar auf dem verfassungslosen Wege des § 14. Körber berief sich auf die Verfassung, forderte umgekehrt vom Monarchen die Einberufung des Reichsrats und wollte erst, wenn dieser wirklich versagen sollte, dann unter dem Schutze einer ungeduldig werdenden Volksmenge das oktroyieren, was verfassungsmäßig erreichbar war. Ein solches wahrhaft demokratisches Programm wollte er mit dem Gelübde des Kaisers auf die Verfassung umformen, das ihm die allgemeine Rechtssicherheit allein zu verbürgen schien.

Aber geistliche Einflüsse warnten den Monarchen vor einem Manne, der die Beschwörung einer vielleicht nicht zu haltenden Verfassung riet. Einflüsse der böhmischen Aristokratie warnten ihn vor einem Manne, der die Verfassung sofort durch Einberufung des Parlaments wiederherstellen wollte, und ungarische Einflüsse warnten ihn vor einem Manne, der den Ausgleich nicht zu Ungunsten Oesterreichs abzuschließen entschlossen war.

Körber fiel als erster in der langen Reihe derer, die das neue Regime beseitigten, aber er erlebte die Genugtuung, daß dieselben Maßnahmen, über deren vergebliche Forderung er fiel, von seinem Nachfolger schließlich doch als Notwendigkeit erkannt und meist verwirklicht wurden. Denn die Geschichte der sieben Monate des Grafen Clam enthält nur dort produktive Ansätze, wo er den Ideen seines Vorgängers, wenn auch widerwillig, folgte. Der erste Fehler des Grafen Clam war der, die verfassungslose Regelung der böhmischen und anderen Fragen nicht nur zu beschließen, sondern öffentlich anzukündigen. Mit seiner Ankündigung der 13 oder 17 Oktrois glich er dem Cadorna, der seine neuen Offensiven vorher anzeigt, leider auch darin, daß sie vom Gegner abgeschlagen werden.

Dieser Gegner war eben merkwürdigerweise der Minister des Aeußeren, denn Graf Czernin war es, der wohl unter dem

Westungarischer Grenzbote
23/VI. 1917

78

Wiener Brief.

(Ministerkrise.)

Wien, 19. Juni 1917.

Mehr als sonst in all den Jahren, muß ich Sie in dieser Zeit mit den österreichischen Angelegenheiten beschäftigen, denn sie sind wichtig auch für Ungarn. Jäh ist das Ministerium des Grafen Clam Martinitz in eine Krise gestürzt worden. Der gepriesene „starke" Minister, den der junge Kaiser berief, weil er eine Vertrauensperson des ermordeten Thronfolgers Franz Ferdinand war, wäre beinahe gefallen, nachdem er das Parlament kaum einberufen hat. Er hat sieben Tage nach seiner Programmrede seine Abdankung einreichen müssen. Es blieb allerdings dem Monarchen unbenommen, diese Abdankung abzulehnen, aber die Sache war gerade diesmal so einfach nicht, denn es handelte sich um den Jahresvoranschlag, um das Kriegsbudget. Und dieses sollte dem Ministerium Clam Martinitz verweigert werden. Darüber kommt eine Regierung nicht hinweg, auch wenn sie im Vollbesitze des Vertrauens der Krone ist. Der Fall ist so kraß, er ist so einzig, daß man ihn während dieses langen Krieges noch in keinem der beteiligten Staaten erlebt hat. Oesterreich ist da wieder einmal voraus, um eine der größten Bloßstellungen, die einem kriegführenden Reiche begegnen können.

Und die Sache wird zum Ereignis, wenn man hinzufügt, daß die Polen es sind, die dem österreichischen Ministerium das Budget verweigern. Die verwöhnten, verhätschelten Polen, die seit fünfzig Jahren für jede österreichische Regierung zu haben waren und die diesem Staate alles verdanken, was aus ihnen im Laufe der Zeiten geworden ist, sie sind in die schroffste Gegnerschaft zu der jetzigen Regierung getreten und fordern ihren Sturz. Ausdrücklich sagen sie, daß sie einer anderen Regierung die Staatsnotwendigkeiten bewilligen werden, dieser aber nicht. Sie werden mit den Tschechen und Slowenen gegen die Regierung stimmen. Das ist wenigstens deutlich. Sie fordern den Rücktritt der ihnen mißliebigen Regierung, die sich nicht für die Sonderstellung Galiziens einsetzen wollte, die ihnen von Franz Joseph versprochen war. Und da sich zurzeit eine slawische Solidarität im Reichsrat gebildet hat, so nützen sie die Möglichkeit, ihrer Verstimmung so nachdrücklich Ausdruck zu geben, gründlich aus.

Es gibt keinen Dank in der Politik. Jahrzehntelang operierten die österreichischen Regierungen mit ihren polnischen Hilfstruppen und überschütteten Galizien für diese „Treue" mit Vorteilen jeglicher Art, mit Begünstigungen, deren kein anderes Kronland, kein anderer Volksstamm teilhaftig wurde. Diese Treue war erkauft und sie mußte noch teurer bezahlt werden als die Hilfe Sobieskis bei dem Entsatz von Wien im Jahre 1683, denn dieser begehrte nur Gold, nur Beute, die heutigen Polen aber forderten auch die nationale Herrschaft über ein zweites Volk in Galizien, die Ruthenen. Der Handel war unehrlich und das rächt sich jetzt, denn seitdem die Ruthenen sich als Ukrainer etablieren und ihre verlorenen Rechte zurückfordern, sind die Polen ungnädig und wollen sich dem österreichischen Einfluß ganz entziehen. Ihre geforderte Sonderstellung, die der Graf Stürgkh ihnen zusagen ließ,

dum geführt worden ist, so büßt Leuthner in gewissem Sinne eine Schuld, die er gegen den Geist der Demokratie überhaupt in dieser Schrift begangen hat. Denn das ist das Merkwürdige an dieser Schrift, sie ist wohl das Undemokratischeste, was man sich überhaupt denken kann, und wenn sie nicht mit dem Namen eines bekannten österreichischen Sozialdemokraten gezeichnet, wenn sie anonym erschienen wäre, würde man am allerwenigsten auf die Autorschaft eines Sozialdemokraten, eher eines Alldeutschen, eines preußischen Konservativen oder sonst irgendeines Antidemokraten raten.

Leuthner setzt sich in seiner Schrift den Zweck, nachzuweisen, daß der russische Nationalismus und Imperialismus, der Drang, fremde Länder zu erobern, fremde Völker zu unterjochen und zu unterdrücken, nicht, wie man es ganz besonders in sozialdemokratischen Kreisen bisher annahm, vom Zarentum und seinen Stützen getragen wurde, sondern im Gegenteil in den breiten Massen des russischen Volkes seine Wurzeln hat, daß nicht das Zarentum und seine politischen Stützen allein nationalistisch sind, sondern das russische Volk selbst. Diese Anschauung drückt er schon in dem von ihm selbst erfundenen Ausdruck „russischer Volksimperialismus" aus, den er zum Titel seines Buches gemacht hat. Am prägnantesten kommt diese Anschauung in den folgenden Stellen seines Buches zum Ausdruck:

„Die landläufige Vorstellung trug bis zur Revolution und über die Revolution hinaus alle Gefahren, die von Rußland Mitteleuropa drohen, in das Schuldbuch des Zarismus ein. Der russische Ausdehnungsdrang, die Ränke der Balkanpolitik, der wachsende Druck des russischen Militarismus, all das schien aus demselben Quell des Bösen herzufließen, aus dem die politische Unterdrückung des russischen Volkes, die Knechtung des freien Geistes in Rußland herkam: es waren die Attribute des nach außen wie nach innen gleich gewaltsamen, tückisch-grausamen Despotismus. Wenn im Innern das Joch des Absolutismus zerbrach, mußte auch die Bedrängnis weichen, die über den Nachbarvölkern Rußlands lag. Die acht Jahre des russischen Verfassungsstaates haben die naiven Irrtümer der konstitutionell-moralischen Weltbetrachtung (!) grausam zerstört. Das Volk selbst in seinen politisch denkenden Schichten ist zum bewußten Träger der Machtideen des russischen Nationalismus geworden, deren Vertreter und Willensvollstrecker bisher der Zarismus gewesen." (Seite 33 und 34.)

Ferner:

„Nicht der russische Zar allein, dessen Tyrannei wir verabscheut, sondern auch das russische Volk, für dessen Befreiung wir uns begeistert haben, (!) steht mit dem überlieferten Eroberungs- und Unterwerfungswillen an unseren Grenzen." (Seite 37.)

„Dieses Bild der russischen Reichspolitik ist oft genug entworfen worden, doch wissen wir jetzt, daß es zugleich das Bild der großrussischen Volkspolitik ist. Was alte Kenner Rußlands vorausgesagt haben, daß der Krieg gegen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Türkei für die Russen ein Volkskrieg sein werde, greift nun auch der Blinde mit den Händen. Für das Geschütz vom Großfürstenkrieg sind die Zeiten doch wirklich zu ernst; wer in Rußland politisch denkt, will und wünscht ebenso heiß Deutschlands Niederwerfung, Oesterreichs Zerstückelung, der Türkei Vernichtung wie irgendein Nikolai Nikolajewitsch." (Seite 23 und 24.)

Dies ist der Kern der Anschauungen, die Leuthner in seinem Buch mit ungeheurem Selbstbewußtsein vertritt. Einer Widerlegung bedürfen sie nicht mehr: die russische Revolution hat sie widerlegt. Die bisher gebundenen Volksmassen Rußlands dürfen sich frei regen und ihre wahren Anschauungen bekennen, und das erste Wort, das das vom Zarismus und dem Großfürstentum befreite Volk der Welt gesagt hat, war der Ruf nach Befreiung aller der vom russischen Zarismus geknechteten Völker, nach Autonomie aller dem russischen Reich angehörigen Nationen, aber auch darüber weit hinausgehend — um mit den Worten der provisorischen russischen Regierung zu sprechen — „nach freier Entwicklung aller Nationen". Abordnungen der sozialdemokratischen Parteien aller Länder sind jetzt auf dem Weg nach Stockholm in der einzigen Hoffnung, diese freiheitliche antinationalistische Stimmung der russischen Volksmassen im Interesse der Herbeiführung des Friedens auszunützen. Herr Leuthner fehlt unter diesen Deputationen. Er hätte auch da eine schlechte Figur gemacht.

Es bedarf keines Wortes des Beweises, daß Leuthner sich mit seinen Anschauungen im vollsten Gegensatz nicht nur zu den Anschauungen der Sozialdemokratie, sondern der Demokratie überhaupt stellt. Ja noch mehr, die Anschauung wäre hoffnungslos, wenn sie der Wahrheit entsprechen würde. Wo soll sich ein Ausblick auf ein friedliches Zusammenleben der Völker eröffnen, wenn man annehmen soll, daß das zahlreichste und zukunftreichste Volk Europas, das russische, in seinen tiefsten Schichten dem Imperialismus und dem Geist der Völkerknechtung vollständig anheimgefallen ist. Leuthner ist sich zweifellos auch vollkommen bewußt, daß er mit diesen seinen Anschauungen in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu allen Ueberlieferungen der Demokratie, nicht nur der Sozialdemokratie, geraten ist. Ja noch mehr, es macht Leuthner ein ausgesprochenes Vergnügen, sich bei jeder passenden, zumeist aber auch bei den unpassendsten Gelegenheiten über Demokratie, Kosmopolitismus, Völkerverbrüderung und ähnliche Ideen, für die die besten Geister der Demokratie gearbeitet haben, in der raffiniertesten Weise lustig zu machen. Dabei ist er zu feig, sich ganz offen von Demokratie und Sozialdemokratie loszusagen, ja zu feig, um in eine unverhüllte Polemik gegen die Träger des demokratischen Gedankens einzutreten. Er nennt sie nie, verspottet sie immer nur anonym. Jeder preußische Junker muß an der Lektüre dieses Machwerkes seine Freude haben. Hier nur einige Proben: Auf Seite 12 verkündet der gute Mann als totsicher die Weisheit, daß „alle Hoffnungen auf das konstitutionelle Rußland wie Seifenblasen elend zerplatzt sind" und, mit dieser seiner Weisheit ausgerüstet, verhöhnt er „diejenigen unter uns, die seit jeher die Neigung zeigten, auf jede Großsprecherei des russischen Radikalismus pünktlich hineinzufallen". Wer da hereingefallen ist, kann sich Herr Leuthner jetzt selbst sagen, wenn er sich in den Spiegel sieht. Herr Leuthner bleibt aber, nachdem er sein Meisterverleumderstück am russischen Volk geleistet hat, dabei nicht stehen, sondern beschmutzt auch andere Völker und die Völker überhaupt mit seiner boshaft herabsetzenden Kritik. Ungemein erhaben fühlt er sich über die ältere Demokratie, deren geistiger Arbeit er es verdankt, daß er ein Mandat als — mit Respekt zu melden — Volksvertreter und einen Namen besitzt. Mit der ganzen Ueberlegenheit der ihm zuteil gewordenen reaktionären Erleuchtung schreibt er auf Seite 20:

„In den kindlichen Träumen der älteren Demokratie bildete das stets friedliebende Volk den idyllischen Hintergrund für die gruseligen Gestalten der monarchischen Eroberergier, und auch heute gibt es noch erwachsene Kinder, die sich einbilden wollen, der Weltkrieg wäre nicht ausgebrochen, wenn dieser oder jener Diplomat mehr Klugheit und Entschiedenheit an den Tag gelegt hätte." Also das Volk überhaupt ist nicht friedliebend, und die Schuld an den Kriegen trügen weder die Monarchen, die nie erobern wollten, noch die Diplomaten, die nie unklug waren, sondern die Völker. Das soll Herr Leuthner doch einmal nicht bloß in einem für Bourgeois bestimmten Buch, sondern vor seinen Wählern sagen; auch dazu aber dürfte Herr Leuthner zu feig sein.

Auf Seite 25 spielt er den starken Geist, der sich mit den Pazifisten einen Jux macht, weil sie an der Unpopularität des Mandschurischen Feldzuges „ihre kindliche Freude erlebt" haben, witzelt über das „unzerreißbare Bilderbuch der Altliberalen und Altdemokraten" und die „liberalen Säulenheiligen". Besonders grausam wird Herrn Leuthners Spott, wenn er auf den „deutschen Kosmopolitismus" zu sprechen kommt, den er nur als eine „Entartung" auffassen kann (Seite 55). Natürlich macht Herr Leuthner, der doch selbst ein Chauvinist unter dem sozialdemokratischen Mandatsmäntelchen ist, die neueste, die antienglische Mode aller Reaktionäre mit. „Dem freiheitlichen Prinzipienmanne," schreibt er auf Seite 79 ironisch, „ist jede Handlung, ob gut oder schlecht, schon dadurch vorbildlich, daß sie englisch ist." Das sagen die Alldeutschen und die sonstigen deutschen Chauvinisten schon seit einem halben Jahrhundert. Herr Leuthner ist gar nicht so originell, wie er meint, er ist ein ganz gewöhnlicher Abschreiber, nur mit dem Unterschied, daß andere Abschreiber die Worte jener Leute abschreiben, zu deren Ideenkreis sie Beziehungen haben, während Herr Leuthner seine Originalität darin sucht, als sozialdemokratischer Führer feudale Gesinnungen zu imitieren und, wie das bei gesinnungslosen Renegaten schon einmal der Fall ist, die Originale noch bis über das Maß des Möglichen zu übertrumpfen.

Die Demokratie ist aber jedenfalls das, was der Sozialdemokrat Leuthner verabscheut. Was ist denn aber sein politisches Ideal? Auch darüber gibt uns dieses kleine Büchlein genügenden Aufschluß. Auf Seite 69 und 70 fühlt Herr Leuthner sich bemüßigt, einen Vergleich zwischen Preußen und Rußland zu ziehen. Er fällt zugunsten Preußens aus. Aber warum? Etwa, weil Preußen auf kulturellem Gebiet höher stünde als Rußland? Nein, daran denkt Herr Leuthner gar nicht. Wer von Kultur spricht, wird von ihm als „Kultur-Phraseur" (Seite 14) kurz abgetan. Nur, weil Preußen zur Erweiterung seines Gebietes mehr und blutigere kriegerische Abenteuer gewagt hat als Rußland, gibt Herr Leuthner Preußen vor Rußland den Vorzug. Daß Rußland Staatsmänner besessen hat, die es verstanden haben, im Laufe von vier Jahrhunderten aus einem abhängigen Großfürstentum ein Weltreich zu machen, ohne daß sie halsbrecherische Kriege riskiert hätten, ist in den Augen des „Sozialdemokraten" Leuthner durchaus kein Ruhmestitel, sondern im Gegenteil, es ist schmählich für Staatsmänner, auf friedlichem Weg das Reich zu erweitern. „In den sieben Jahren des dritten schlesischen Krieges, in dem Preußen wurde," schreibt er, „drängen sich mehr Untergang drohendes Unheil, mehr Erraffungen (welches Deutsch!) aus äußerster Not zur äußersten Leistung, mehr Umschläge des Schicksals zusammen als in den vier Jahrhunderten russischer Geschichte seit der Befreiung vom Joch der goldenen Horde." (Seite 69 und 70.) „Wer die Ausdehnung und die Volksmenge der Gebiete, die dem Zarenreich in den letzten zwei Jahrhunderten zugefallen sind, an den Waffentaten mißt, denen die Erwerbungen entsprangen, wird erstaunt sein, wie selten er auf eine hohe militärische Leistung stößt... Nie war es eine Kraftanstrengung, die das Aeußerste hergibt, fast nie wurde auch nur die Ueberlegenheit der Masse wirklich ausgewertet. Die Russen sind Sieger über die Schwachen, sind Sieger bei guter Gelegenheit oder in guter Gesellschaft." (Seite 70.) Für Leuthner, den Sozialdemokraten, ist es also der schwerste Vorwurf, den man gegen die Staatsmänner eines Volkes richten kann, wenn sie nicht ihr Volk in Kriege auf Tod und Leben stürzen, wenn sie nicht gleich die ganzen Massen des Volkes bis zum letzten Mann vor die Kanonen treiben, wenn sie nicht abenteuerliche Unternehmungen gegen Stärkere bei unpassenden Gelegenheiten und in schlechter Gesellschaft wagen, für die von vornherein der Mißerfolg wahrscheinlich und der Erfolg nur durch ein Vabanquespiel möglich ist. Die Palme gebührt, nach Leuthner, den großen Schlächtermeistern der Weltgeschichte.

Das ist der Sozialdemokrat Leuthner in der äußeren Politik. Von den antimilitaristischen Neigungen mancher seiner Parteigenossen ist er jedenfalls nicht angekränkelt. Nun noch ein Wort über seine innere Politik. Sie konnte naturgemäß in diesem Büchlein nur gelegentlich gestreift werden. Während des Krieges ist viel darüber geschrieben worden, warum die Deutschen im Ausland so verhaßt sind, und liberale wie sozialdemokratische Stimmen im Deutschen Reich sind einmütig der Anschauung, daß das in Preußen herrschende reaktionäre Regime daran schuld ist. Herr Leuthner ist ganz anderer Ansicht; er schreibt:

„Wer also die ‚Reaktion' als Erklärungsgrund für die kosmopolitischen Schwächezustände der Deutschen oder für ihre Verhaßtheit im Ausland verwenden will, muß sich vorher die Mühe geben, darzulegen, warum die so handgreifliche russische Reaktion genau die gegenteiligen Gefühle auslöst." (Seite 56.) Die russische Revolution hat „handgreiflich dargelegt", was Schwachköpfe wie Herr Leuthner aus der Psyche des russischen Volkes nicht schon vorher erschlossen hatten.

Nun noch ein Wort über den Stil, in den Herr Leuthner seine durch die Weltgeschichte so grausam abgeführte Weisheit einkleidet. Der Stil ist der Mensch, und Herr Leuthner, der Sozialdemokrat, der in den von den feudalen Herrschaften abgelegten Kleidern sich spreizt, schreibt selbstverständlich auch einen unnatürlichen, affektierten, bombastischen, phrasenreichen Stil, mit dem er freilich öfter gegen die Gesetze der Stil- und Wortbildung der deutschen Sprache verstößt. Auch darin ein getreuer Kopist der Alldeutschen, die bekanntlich das Deutschtum über alles schätzen, aber dessen Sprache leider in der Regel nicht gut beherrschen. Schon die Ueberschrift des ersten Kapitels des Büchleins ist ein gutes Beispiel der Stilungeheuer, deren Leuthner fähig ist. Er benennt es „Die Volkswerdung des Eroberungsgedankens". Das müßte, korrekt aufgefaßt, heißen, daß der Eroberungsgedanke Volk geworden ist, was natürlich ein Unsinn ist. Herr Leuthner meint, daß der Eroberungsgedanke ins Volk gedrungen ist, was er aber in einem korrekten Deutsch nicht auszudrücken vermag. Daß ein Mann wie Herr Leuthner auch die neueste Phrase der feuilletonistischen Reporter beherrscht, versteht sich nach all dem Gesagten von selbst. „Der russische Nationalismus," schreibt er, „hat die Weltweite des nordeuropäisch-asiatischen Tieflandes in seinen Empfindungsrhythmus aufgenommen, wie der englische die Weltweite des Meeres." (Seite 18.) Stumpfsinn, steh' mir bei! Auf Seite 21 läßt er etwas „zwischen den Zeilen recht durchsichtig erkennen". Es scheint also, daß Herr Leuthner meint, daß im Druck der Raum zwischen den Zeilen schwarz und die Zeilen weiß sind. Die Absichten, die Herr Leuthner, der Sozialdemokrat, mit dieser seiner volksfeindlichen Schrift verfolgt hat, sind jedenfalls „zwischen den Zeilen recht durchsichtig zu erkennen". Herr Leuthner, der über die „Volkswerdung des russischen Imperialismus" ein Buch zusammenschmiert, hat an die „Volkswerdung des deutschen Imperialismus" geglaubt, er hat geglaubt, daß das deutsche Volk imperialistisch und antidemokratisch werden würde, und hat sich darauf eingerichtet, um als Erster den Mantel nach dem Wind zu drehen. Die russische Revolution, die der weise Mann nicht vorausgeahnt, hat ihm einen gewaltigen Strich durch die Rechnung gezogen, und Herr Leuthner wird gut daran tun, wenn er wiederum zu den demokratischen Fleischtöpfen zurückkehrt, aus denen er bisher gespeist worden ist.

Der Sozialdemokrat als Antidemokrat.

Der Volksverleumder Leuthner.

• Wien, 23. Juni.

Der sozialdemokratische Reichsratsabgeordnete Karl Leuthner hat mit einer während des Krieges 1915 von ihm veröffentlichten Schrift „Russischer Volksimperialismus" (Verlag S. Fischer, Berlin) den geschlossenen Kreis der Parteiliteratur, in dem sich sonst sozialdemokratische Schriftsteller mit Vorliebe bewegen, verlassen, seine Ansichten über Rußland, den Weltkrieg und manches, was darüber noch hinausgeht, dem großen Publikum vorgelegt und dadurch die Kritik herausgefordert. Die Tatsachen haben inzwischen diese Kritik an Leuthners Schrift selbst geübt. Selten wohl ist es einem Schriftsteller widerfahren, daß seine Anschauungen so rasch durch die Tatsachen widerlegt worden sind, wie in diesem Fall Leuthners Buch durch die russische Revolution. Im allgemeinen sollte man meinen, daß eine Revolution eher dazu angetan wäre, die politischen Anschauungen eines sozialdemokratischen Schriftstellers zu bestätigen. Wenn hier das Gegenteil geschehen, wenn Leuthners Schrift durch die russische Revolution geradezu ad absur-

VII. 1917 86

Arbeiterz

Das Regierungsprogramm.

Von Josef Diner-Dénes (Budapest).

Wie so vielem schuf auch den Oligarchenparlamenten der Krieg ihr Schicksal. Sitzen da im ungarischen Reichstag links ganz so wie rechts fast lauter Oligarchenhäuptlinge und ihre Satelliten, und einer der Ihren, der Stämmling eines der mächtigsten Oligarchenhäuser, erhebt sich und gibt als Ministerpräsident die Erklärung ab: „Die Basis für die Bildung, für die Existenzberechtigung der neuen Regierung ist die Schaffung der Wahlrechtsreform." Wie ein Zug modernen Geistes ging es im Augenblick dieser Erklärung durch das Haus, und diese Erklärung ist es, die die fortschrittlichen Elemente aller Schattierungen veranlaßt, diese neue Regierung zu unterstützen.

Und noch eines war neu, funkelnagelneu an diesem Regierungsprogramm: die Wahrhaftigkeit. Graf Moritz Esterhazy gab weder blinkende Phrasen noch lockende Versprechen. Weitab vom landesüblichen Kulissenpathos trug er sein Programm in schlichten Worten und in schlichter Weise vor, damit das Vertrauen weckend, daß sich Wort und Tat bei ihm decken werden.

Ist dies ein neuerlicher Grund zur Unterstützung der Regierung Esterhazy, so kann doch diese Unterstützung — selbstverständlich — keine vorbehaltlose sein. Vor allem wegen des prinzipiellen Standpunktes, worüber wohl noch ein und das andere zu sagen sein wird, dann aber auch, weil sein Wahlrecht noch lange nicht unser Wahlrecht ist.

Er hat in seiner Programmrede die von ihm geplante Wahlrechtsreform in großen Linien umrissen, doch wie weit er in der Ausdehnung des Stimmrechtes gehen will, ist nicht klar erkennbar. Hier muß nun unbedingt gefordert werden, daß das Stimmrecht wie dem gewerblichen, so auch dem landwirtschaftlichen Proletariat gegeben werde. Ja, wenn man den durch den Krieg geschaffenen Stimmungen gerecht werden und gewisse bedrohlich erscheinende Strömungen rechtzeitig in ein normales Bett leiten will, dann ist in dem Agrarland Ungarn die Einbeziehung des landwirtschaftlichen Proletariats in das Stimmrecht unabweisbar. Ueberdies muß dies aber auch mit Rücksicht auf die ungarländischen Nationalitäten geschehen.

Im fünfunddreißigsten Monat des Weltkrieges, da man schon von allen Seiten her einem ehrlichen Frieden zustrebt, eine Wahlrechtsreform schaffen wollen, die auch nur im geringsten den Anschein erweckt, als ob sie gegen das landwirtschaftliche Proletariat und gegen die Nationalitäten gerichtet wäre, halte ich für so unmöglich und das würde dem im königlichen Handschreiben versprochenen demokratischen Wahlrecht so wenig entsprechen, daß ich die feste Ueberzeugung hege, daß Graf Moritz Esterhazy, unterstützt von seinen beiden Blockministern, seinen Wahlrechtsentwurf diesen Erfordernissen anpassen wird.

Noch mehr aber als bei der Ausdehnung des Wahlrechtes muß darauf geachtet werden, daß die Verfügungen über die geheime Abstimmung ihre Spitze nicht gegen das landwirtschaftliche Proletariat und gegen die Nationalitäten kehren sollen. Ich will wohl zugeben, daß die allgemeine Durchführung der geheimen Abstimmung bei uns, wegen der leider noch übergroßen Zahl von Analphabeten, mit gewissen Schwierigkeiten verbunden ist. Demgegenüber dürfen wir aber nicht vergessen, daß die offene Abstimmung die Urquelle aller bei uns heimischen Korruption ist. Wird auch weiterhin in zwei Dritteln der Wahlbezirke die Abstimmung offen erfolgen, dann wird man auch in Zukunft in diesen Bezirken mit ernstlicher Pression, Bestechung und Branntwein die Volksseele verderben, dann kann von einer Reform und Veranständigung der Verwaltung keine Rede sein, weil diese nach wie vor nur parteipolitischen Zwecken und der Wahlmache dienen wird, dann wird so wie bisher der Erwerb eines Mandats in erster Linie eine Kostenfrage sein und die Ausübung des Mandats hauptsächlich der Hereinbringung dieser Kosten gewidmet sein, und dann wird nach wie vor die Regierung, um ihre Majorität zu erhalten, nicht bemüßigt sein, gute Politik zu machen, sondern einen möglichst großen Wahlfonds zusammenzuschachern und sich zu diesem Zwecke den Banken und Großunternehmern zu verkaufen. Kurzum, bei offener Abstimmung wird sich nur eine korrupte Regierung halten können; die aber um so länger, je korrupter sie ist. Da nun amtliche Pression, Korruption, Bestechung, Branntwein, je mehr städtischen Charakter ein Wahlbezirk hat, umsoweniger sich geltend machen können, hingegen in den rein dörflichen und in den Nationalitätenwahlbezirken am schwersten grassieren, wäre es die Hauptaufgabe eines demokratischen Wahlrechtes, das die politische Moral dieses Landes reinigen will, nach Hilfsmitteln zu suchen, um auch in diesen Bezirken die geheime Abstimmung möglich zu machen.

Da sich Graf Moritz Esterhazy auch bisher schon als ein Staatsmann gezeigt hat, der die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, so bin ich überzeugt, daß er sich schließlich auch diesen Forderungen nicht verschließen wird. Man muß nur darauf achten, daß er nicht — wenn auch wider Willen — in irgend welches oligarchische Komödienspiel verstrickt werde. Und daß gestern in der Debatte, die sich an die programmatische Erklärung des Ministerpräsidenten anschloß, schon die Fäden zu einem solchen Spiel gesponnen wurden, ist mir ganz zweifellos.

Als erster bei der Spinnarbeit war — natürlich — Graf Albert Apponyi. Wie vorahnend war ich doch, als ich ihn jüngst den Fleck auf der Ehre des Ministeriums nannte! Kaum daß der Ministerpräsident seine Programmrede beendet, erhebt sich dieser alte Oligarchenkünstler und erklärt, daß er in der Ausgleichsfrage mit dem Ministerpräsidenten keine Solidarität übernimmt und sich in dieser Frage die Aktionsfreiheit vorbehält. Das heißt Graf Apponyi zäumt sein staatsrechtliches Steckenpferd nicht ab, sondern behält es sich vor, dasselbe zu gelegener Zeit wieder vorzureiten. Da aber Staatsrecht und Wahlrecht stets grimme Feinde waren,

Tägliche Rundschau

25/III. 1917

25
91

Drei Briefe aus Oesterreich.

Von Richard Bahr.

3) Deutsch-Oesterreich am Ausgang des dritten Kriegsjahres.

Wien, Anfang Juni.

Man kann von temperamentvollen, völkisch empfindenden Männern in Oesterreich vielfach hören; an dem Elend, das die Deutschen und mit ihnen doch auch den Staat nun betroffen hätte, trügen sie selber, ihre parlamentarische Vertretung, wohl auch die beiden parlamentarischen Minister die Schuld. Die hätten, als Graf Clam sich entschloß, auf die Oktrois zu verzichten, aus dem Kabinett ausscheiden sollen. Dann hätte die Regierung zwar eine Niederlage erlitten, wie jetzt auch, sie aber wären nicht mit in sie verstrickt worden. Mir scheint: das ist doch nur ein Gesichtspunkt der Taktik, und die Zeit wurde mittlerweile zu ernst und zu wuchtig, um für taktische Erwägungen noch viel Raum zu lassen. Gefehlt ist von den Deutschen sicher worden. In diesen Tagen noch, als sie nicht fest beieinander hielten, um, was in ihrer Macht gelegen hätte, die neue Geschäftsordnung zu Falle zu bringen. Wie manche meinen: aus metallischen Gründen. Die tausend Kronen monatlicher Diäten, die das neue Statut verheißt, hätten dem einen oder anderen das nationale Rückgrat geknickt und die mit der Sprachenwirrnis belastete Ordnung als das kleinere unter zwei Uebeln erscheinen lassen. Größer wohl sind die Verfehlungen der Vergangenheit, in die mit der Regierung, der von heute und der früheren des Grafen Stürgkh, die Deutschen sich zu teilen haben. Sie waren durch all die Kriegsjahre zu optimistisch, zu vertrauensselig. So ungeheuerlich dünkte sie das Schuldkonto von Welschen und Slawen, so offenkundig die Sünden wider den Staat, die das Verhätscheln dieser aus Grundsatz ungeratenen Kinder in Wahrheit groß gezogen hatte, daß sie eine Rückkehr zu den Gewohnheiten von ehedem schlechthin für ausgeschlossen hielten und es nicht viel ihnen zu verschlagen schien, um, was nach ihrer felsenfesten Ueberzeugung doch kommen mußte, ein wenig früher nun oder später kam. Freudig brachten sie ihre Opfer für das Staatsganze, ein Jahr, noch eines, ein drittes. Bis der wertvollste Teil des deutschen Volkes Oesterreichs, seine Jugend und Hoffnung, der der idealistisch gestimmte akademische Nachwuchs, der in einer nüchterneren, realpolitischeren und dem Klüngelwesen der Parteien mehr entrückten Zeit reif wurde, ausgemordet war. Das Herz wurde ihnen bang, wenn sie der Zukunft gedachten, der diese für das eigene Volkstum wie für den Neubau des Staates schlechthin Unersetzlichen fehlen würden. Aber noch unter den Tränen eines immer wieder sich erneuernden Schmerzes priesen sie dies alte Oesterreich, das, ihren geheimsten Befürchtungen zum Trotz, so wundervoll sich bewährt hätte. Sie übersahen in dem menschlich schönen Aufwallen patriotischen Empfindens nur das, was im Kriege sich bewährt hatte, am letzten Ende doch die Reste des viel geschmähten und angefeindeten Zentralismus gewesen waren. Und daß leicht eine höchst gefährliche Krise über die Monarchie heraufziehen konnte, wenn die Slawen, die einstweilen Angst und böses Gewissen niederhielten, noch ehe dem Lande der Friede wiedergegeben ward, sich wieder als die Herren der Situation zu fühlen lernten.

Das war von den Deutsch-Oesterreichern gewiß nicht sehr politisch gedacht und gehandelt — der politische Sinn wird uns Deutschen ohnehin aller Orten nur selten an die Wiege gebunden —, ihrem Menschentum gereichte es nicht zur Unehre. Von allen deutschen Stämmen sind die österreichischen die am meisten mit Problemen beschwerten. Wie ungleich leichter strömt dem ins Reich Geborenen sein Leben hin. Volkstum und Staat fließen ihm untrennbar und unlöslich ineinander. Indem er dem einen dient, sorgt er zugleich auch für das andere. Doch selbst auch für die Deutsch-Balten lagen die Dinge einfacher. Rußland war ihnen, eingestanden oder nicht, innerlich der Feind; das kalte fremde Wesen, das sie aus Grundsatz ablehnten und dem sie sich entzogen, soviel und soweit als möglich. An des Deutsch-Oesterreichers Seele aber nagt Tag für Tag der Zwiespalt zwischen Nation und Staat, und immer wieder sieht er sich vor die Gewissensnot gestellt, zwischen beiden wählen zu müssen. Denn dieser Staat, wie oft er auch immer seiner treuesten Söhne vergaß, ist doch ein Stück von ihnen selbst. Seine Geschichte war in Stolz und Leid zugleich die ihre: schließlich hatten sie diesen Staat doch geschaffen. Gewiß dagewesen waren die anderen auch schon, aber in den Staat hineingewachsen waren sie aus der Tiefe und dem Dunkel der Geschichtslosigkeit doch erst, als der Staat bereits fertig war. Es sagt sich so leicht heraus: die Deutschen könnten doch auch, wenn der Staat über ihre berechtigten Wünsche und Belange hinwegschreitet, es den Slawen nachmachen, wider ihm aufstehen und auf seine Kosten sich selber durchzusetzen suchen. In Wahrheit können sie es nicht. Können nicht die Hand aufheben wider ihr eigenes Werk. Aus diesem seelischen Zwiespalt, in den jeder Deutsch-Oesterreicher immer von neuem hineingeboren wird, erklärt es sich auch, wenn Männer, die in ihrer Studentenzeit als nationalistische Feuerköpfe, als Irredentisten schier verschrien waren, in späteren Jahren zu jener müden Resignation der „Exzellenzherren" sich bequemen, gegen die das deutsche Temperament der Jungen und Jüngeren immer wieder aufbegehrt. Bei uns werden die Leute, so sie zu ihren Tagen kommen, häufig, wenn auch nicht immer im Parteisinne, konservativ. In Oesterreich reifen sie nicht selten einer schwarzgelben Staatsgesinnung entgegen, die von den Deutschen, von ihnen allein unter allen Bewohnern der Monarchie, verlangt, daß sie sich als Nichts-als-Oesterreicher fühlten. Oder aber sie enden bei der tragischen Ironie. Erschöpfen sich in einer scharfäugigen, bitteren, bissigen Kritik, weisen immer wieder spöttisch die eigenen Gebreste und Wundmale auf und lassen doch, wenn man in sie dringt: was also bleibt zu tun? mutlos die Arme sinken.

Der Krieg schien in diesen Stücken wie in anderen auch einen heilsamen Wandel gebracht zu haben: eine Welle entschlußfreudiger deutscher Begeisterung flutete vom Vorarlberg bis nach Schlesien und die Bukowina durch alle ganz oder zum Teil von Deutschen besiedelten Gaue. Nun, da er ins vierte Jahr sich zu dehnen droht, ist mancher von den hochgemuten Antrieben der Anfänge stumpf und matt geworden. Und wieder erhebt das Erbübel und der Todfeind alles Deutschtums, der Partikularismus, sein Haupt. Ganz gewiß nicht ohne unsere, der Reichsdeutschen, Schuld. Es ist ein wahres Verhängnis, daß die Mannschaften und Offiziere aus dem Reich auf den tausendundein Schlachtfeldern dieses Krieges nur so selten mit den eigentlichen deutschen Kerntruppen der Monarchie zusammenkamen. Die wurden, zumal das 3. und 14. Korps, immer wieder dahin geworfen, wo es am heißesten und gefährlichsten zuging, wo man die Zuverlässigsten und Treuesten von allen gebrauchte. Auf die Spitzen und Hochtäler der Tiroler Alpen, auf die Karstfläche am Isonzo. Die wirklichen militärischen Kraftquellen des Habsburger Reiches sahen die meisten von uns überhaupt nicht strömen. Und kamen so aus Unkenntnis zu Verallgemeinerungen, vom verallgemeinernden Vorurteil zu jener unnahbaren Ueberlegenheitsgebärde des alles Besserkönnens, die den Norddeutschen die moralischen Eroberungen aller Orten so schwer gemacht hat. Auch in Handel und Wandel wurde mancherlei gesündigt; Erleichterungen, die drüben gewährt worden waren, hüben nicht immer erwidert, aus Pedanterie und kleinlicher Rechthaberei Erschwerungen des Verkehrs verfügt und festgehalten, die, bei Licht besehen, jeden Sinn verloren. Von alledem profitierten die Elemente, in denen ein Rest alter Empfindlichkeiten noch immer nicht erlosch. Eifersüchtige Regungen, die im Grunde ebenso alt waren, wuchsen wieder auf und wurden von den Feinden alles Deutschtums beflissen ausgenutzt. Ihnen gesellten sich schließlich jene Strömungen, die noch immer nicht aufhörten, in dem Kaisertum der Hohenzollern und dem neuen Reich vorzugsweise protestantische Institutionen zu sehen, denen mit einigem Mißtrauen zu begegnen der treue Sohn der katholischen Kirche gut tue.

Ich habe während meines Wiener Aufenthaltes viele aufrechte deutsche Männer gesprochen, die diese Entwicklung ehrlich bekümmert. Sie beschwert ihnen die Gegenwart und verdüstert ihnen die Zukunft, doch zu wehren vermögen sie ihr nicht. Auch wir im Reich haben nämlich — nebenbei nicht zum erstenmal — eine Politik der verpaßten Gelegenheiten gemacht. Wann ist es, so oft wir von diesen Dingen sprachen und über sie uns erhitzten, bei uns jemand eingefallen, auch den Deutschen Oesterreichs ein Kriegsziel, ein gemeindeutsches, heißt das, zu zeigen? Wo nahm sich einer auch nur die Mühe, ernsthaft auf die Wünsche, Sorgen, Sehnsüchte hinzuhören, die aus den verschiedenen Denkschriften, Eingaben, Ausarbeitungen, vornehmlich aus der in ihrer noblen Sachlichkeit ganz vortrefflichen „Denkschrift aus Deutsch-Oesterreich" beschwörend zu uns herüberklangen? Ein paar Höchstgebildete aus jener akademischen Schicht der „Wirtschaftslosen", die in Oesterreich im Verhältnis breiter ist und idealistischer als bei uns im Reich, vermögen trotz allem der unbehaglichen Eindrücke, der verstimmenden Einflüsse Herr zu werden. Der großen Mehrzahl bemächtigt sich wieder mit all der Bitternis, die da die schlechthin unausbleibliche Folge ist, das Gefühl, in ihrem nationalen Daseinskampf allein gelassen zu werden von den Stammesgenossen im Reich.

Das ist dann der Punkt, wo diese völkischen Dinge, in denen manche Leute immer noch lediglich „alldeutsche Sentimentalitäten" zu sehen belieben, herübergreifen in den Bereich der großen, der ganz großen Politik. Wo sie nicht nur Lebensfragen des deutschen Volkes (hier wie immer als Gesamtnation verstanden), sondern auch solche unseres heutigen Reiches berühren. Es kann uns in allerwegen nicht gleichgültig sein, wie in der Donaumonarchie die Kräfte der einzelnen Nationen gegeneinander ausbalanciert werden und welcher Platz dabei den Deutschen zufällt. Der Traum, den auch Naumann noch träumte, von den lieben Westslawen, denen wir und unsere österreichischen Stammesgenossen im Grunde fortgesetzt unrecht täten, ist nun doch wohl ausgeträumt. Was bei Ruthenen, Slawonen, Servokraten, Polen zur Not noch Taktik sein mag, bei den Tschechen ist es sicher keine. Ihr Streben geht geradenwegs auf die Zerstörung des Bündnisses, und eine Politik, die, um den Ungebärdigen den Mund zu stopfen, von neuem ihnen staatliche Hoheitsrechte auszuteilen begönne, griffe diesem an die Wurzel.

Wer Oesterreich kannte und die slawische Psyche, hatte gewußt, daß wir über all diese Fragen uns eines Tages noch würden unterhalten müssen. Doch hatte man gehofft, daß dieser Tag erst nach dem Friedensschluß anbrechen würde. Den Slawen hat es anders gefallen. Und nun wird man den Problemen doch wohl ins Gesicht sehen müssen. Nicht aus Haß gegen die Slawen und ihre Welt. Aber um des eigenen Volkes und der eigenen Reichsgemeinschaft willen. Es ist eben die melancholische Tragik des Nationalitätenstaates, daß in ihm Tugenden zu Fehlern und Lastern werden können und umgekehrt Lässigkeiten zu Tugenden. Er ist sehr häufig eine geschichtliche, geographische und wirtschaftliche Notwendigkeit, und immer wird man, wo er besteht, sich mit ihm als Tatsache abzufinden haben. Aber beschwerlicher ist in ihm und glückloser das Leben auf alle Fälle . . .

Die Zeit
25./VI. 1917
94

Verabschiedung des Kabinetts Clam.

Die kaiserlichen Handschreiben.

* Wien, 25. Juni.

Die morgige Wiener Zeitung wird nachstehende, aus Laxenburg, 23. d., datierte kaiserliche Handschreiben veröffentlichen:

Lieber Graf Clam-Martinic! Gleichwohl ich die Gründe voll würdigte, die Sie bewogen haben, Ihr verantwortungsvolles Amt in meine Hände zurückzulegen, habe ich mich doch schwer und nur mit aufrichtigem Bedauern entschließen können, Ihrem Rücktrittsansuchen stattzugeben. Indem ich Sie hiermit von dem Amt meines Ministerpräsidenten in Gnaden enthebe, gedenke ich dankbar der selbstlosen und patriotischen Opferwilligkeit, mit der Sie mir und dem Staat unter besonders schwierigen Verhältnissen Ihre wertvollen Dienste geliehen haben. Ihre vornehme Gesinnung, Ihr warmes patriotisches Empfinden und nicht minder Ihre reichen Erfahrungen und Kenntnisse hatten mich seinerzeit bewogen, Sie in den Rat meiner Krone zu berufen. Ich glaubte, das höchste Staatsamt besseren Händen nicht anvertrauen zu können. Ich muß es tief und aufrichtig beklagen, daß die politischen Verhältnisse Ihre wertvolle Mitarbeit nunmehr mir und dem Staat entzogen haben.

Der Fortdauer meiner uneingeschränkten Wertschätzung halten Sie sich versichert, als deren äußeres Zeichen ich Ihnen taxfrei das Großkreuz meines St. Stephan-Ordens verleihe.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Ein weiteres an den Grafen Clam-Martinic gerichtetes Schreiben spricht die Enthebung der Mitglieder des abgehenden Kabinetts aus.

An die abtretenden Minister hat der Kaiser die nachfolgenden Handschreiben erlassen:

Lieber Dr. Baernreither! Auf Ihr Ansuchen enthebe ich Sie in Gnaden vom Amte meines Ministers und spreche Ihnen bei diesem Anlaß für Ihre mit hingebungsvollem Eifer entfaltete vorzügliche Wirksamkeit meinen wärmsten Dank und meine volle Anerkennung aus. Gleichzeitig verleihe ich Ihnen taxfrei das Großkreuz meines Leopold-Ordens.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Lieber Generaloberst Freiherr v. Georgi! In Gnaden enthebe ich Sie auf Ihre Bitte vom Amte meines Ministers für Landesverteidigung. Hierbei gedenke ich gern und dankbar der vieljährigen, stets ausgezeichneten Tätigkeit, die Sie sowohl in Ihren früheren militärischen Verwendungen wie auch auf Ihrem gegenwärtigen Posten entfaltet haben. Indem ich Ihnen hierfür neuerlich meine volle Anerkennung ausspreche und mir Ihre Wiederverwendung im Dienste vorbehalte, berufe ich Sie in Anwendung des § 5 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 als Mitglied auf Lebensdauer in das Herrenhaus des Reichsrates.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Lieber Dr. Freiherr v. Forster! Ich enthebe Sie auf ihr Ansuchen in Gnaden von der Stelle meines Eisenbahnministers und spreche Ihnen bei diesem Anlaß für Ihre auf diesem Posten mit aufopfernder Hingebung geleisteten ausgezeichneten Dienste meine volle Anerkennung und meinen wärmsten Dank aus. Indem ich mir Ihre Wiederverwendung im Dienste vorbehalte, berufe ich Sie in Anwendung des § 5 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 als Mitglied auf Lebensdauer in das Herrenhaus des Reichsrates.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Lieber Dr. Freiherr v. Hussarek! Auf Ihre Bitte enthebe ich Sie in Gnaden vom Amte meines Ministers für Kultus und Unterricht. Ich würdige hierbei dankbar und mit warmer Anerkennung Ihre vieljährige, hingebungsvolle und hervorragende Tätigkeit und behalte mir Ihre Wiederverwendung im Dienste vor. Gleichzeitig verleihe ich Ihnen taxfrei meinen Leopold-Orden erster Klasse.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Lieber Ing. Freiherr v. Trnka! Indem ich Sie hiermit auf Ihre Bitte von dem Posten meines Ministers für öffentliche Arbeiten unter Vorbehalt Ihrer Wiederverwendung im Dienste in Gnaden enthebe, spreche ich Ihnen für Ihre vielerprobte, vorzügliche Wirksamkeit in dieser Stellung meinen wärmsten Dank aus. Zum Zeichen meiner vollen Anerkennung verleihe ich Ihnen taxfrei meinen Leopold-Orden erster Klasse.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Lieber Dr. v. Spitzmüller! Anläßlich der von Ihnen erbetenen und hiermit in Gnaden bewilligten Enthebung vom Amte meines Finanzministers gedenke ich gern der besonderen Verdienste, die Sie sich während Ihres Wirkens auf diesem Posten in treubewährter Hingebung erworben haben. Indem ich Ihnen hierfür meine volle Anerkennung und meinen wärmsten Dank ausspreche und mir Ihre Wiederverwendung im Dienste vorbehalte, verleihe ich Ihnen gleichzeitig taxfrei den Freiherrnstand.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Lieber Freiherr v. Handel! Ihrem Ansuchen um Enthebung von der Stelle meines Ministers des Innern willfahre ich in Gnaden. Indem ich Sie hiermit von Ihrem Posten enthebe und mir Ihre Wiederverwendung im Dienste vorbehalte, spreche ich Ihnen für Ihr von aufopferndem Pflichteifer getragenes, vorzügliches Wirken meine volle Anerkennung und meinen wärmsten Dank aus. Gleichzeitig berufe ich Sie in Anwendung des § 5 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 als Mitglied auf Lebensdauer in das Herrenhaus des Reichsrates.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Lieber Dr. Freiherr v. Schenk! Indem ich Sie, Ihrem Ansuchen willfahrend, von dem Posten meines Justizministers in Gnaden enthebe, spreche ich Ihnen für Ihre vieljährige hingebungsvolle Wirksamkeit im öffentlichen Dienste meinen wärmsten Dank aus und verleihe Ihnen zum Zeichen meiner vollen Anerkennung taxfrei den Orden der Eisernen Krone erster Klasse.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Lieber Dr. Urban! In Gnaden enthebe ich Sie auf Ihr Ansuchen vom Amte meines Handelsministers und spreche Ihnen für Ihre sehr verdienstliche Tätigkeit meine volle Anerkennung und meinen wärmsten Dank aus. Gleichzeitig verleihe ich Ihnen taxfrei meinen Orden der Eisernen Krone erster Klasse.

Karl m. p.
Clam-Martinic m. p.

Vossische Zeitung
25. Juni 1917

25
95

Der deutsche Block in Oesterreich

Drahtmeldung unseres Berichterstatters

Emil Ludwig.

* **Wien, 24. Juni.**

Nicht das Verschwinden des Grafen Clam bedeutet das entscheidende Ereignis dieser Woche, noch auch der Zusammentritt des Kabinetts Seidler, das durch die Gebundenheit seines Programms, die Kürze seines Auftrages und durch seine Persönlichkeiten politisch unwesentlich und vielleicht ganz ohne Interesse blieb. Es sei denn, daß in diesem Lande der Improvisationen aus einem Provisorium etwas Definitives sich entwickeln könnte; besonders wenn der Name des Herrn von Toggenburg aus der Ministerliste hervorsticht. Wichtig und politisch sehr ernst ist vielmehr der Block der neuerstarkten slawischen Elemente, ihre Fähigkeit und Organisationen und vor allem ihr enger Zusammenschluß. Mögen die Polen immerhin ihr grundsätzliches Zusammengehen mit den Tschechen in offizieller Entrüstung von sich weisen; Tatsache bleibt, daß sie sich mindestens zum Sturze des Grafen Clam mit den Tschechen zusammengeschlossen haben, und daß nach allem, was in den letzten Jahren geschehen ist, dies nicht einmal so sehr erstaunlich wäre. Die entrüstete Ablehnung dürfte sehr an das französische Sprichwort erinnern, daß jeder sich anklagt, der sich entschuldigt.

Gewiß, noch ist es kein großer Block, auf dessen Tragfähigkeit sich schließen ließe, aber es ist doch eine Koalition da, die schon imstande war, ein Kabinett zu stürzen und die um so eher zu einer dauernden erstarken könnte, je uneiniger die Deutschen ihr gegenüberstehen: So steht aufs neue in der Mitte des Völkerproblems, soweit es die politische Gestaltung des Tages bestimmt, die Frage nach einem Zusammenschlusse der Deutschen. Theoretisch ist die Möglichkeit einer deutschen Mehrheit im Wiener Reichsrat gegeben, denn so, wie die Wahlkreise heute eingeteilt sind, hat der Deutsche Nationalverband mit den deutschen Sozialdemokraten, den Christlichsozialen und den Deutschfreisinnigen im Verein mit den Abgeordneten der Unia Latina eine kleine Mehrheit im Hause; und nichts kennzeichnet besser die traditionelle Uneinigkeit der deutschen Parteien, als daß diese Mehrheit im Laufe der Jahrzehnte stets nur theoretisch blieb. Vielmehr hatten sich die Deutschen wiederholt mit den Polen und gegen die deutschen Sozialdemokraten zu einer Mehrheit vereinigt. Aber eine wahrhaft tragfähige Koalition, welche regiert, haben weder die deutschen noch die nichtdeutschen Völker seit 20 Jahren zustande gebracht.

Damals regierte Taaffe mit der letzten dauernden großen Mehrheit im Hause, die aus Polen, Konservativen, Tschechen, einem Teile der Südslawen und den Deutschklerikalen über die nationale Grenze hinweg gemischt war. Dieser eiserne Ring, den unter Badeni die Deutschen vornehmlich durch ihre Agitation in den Alpenländern zerbrochen haben, hatte die letzte bedeutende Regierung in Oesterreich dargestellt. Er hat die sozialpolitischen Gesetze, die Handelsverträge mit Deutschland, die Regulierung der Valuta gemacht oder ermöglicht. Das deutsche liberale Bürgertum, das sich in der Opposition so bewährte, hat später eine Mehrheit in Oesterreich nicht bilden können. Man kann es sachlich und psychologisch, man kann es persönlich und geschichtlich begründen. Schon daß die Vereinigung der nichtsozialistischen Deutschen möglich wurde, scheint fast ein Wunder und beruht auf dem gegenseitigen Desinteressement, welches die Deutschradikalen mit den Christlichsozialen geschlossen hatten und wonach sich diese bei den Wahlen in Böhmen, jene bei den Wahlen in Wien von der Kandidatur zurückgezogen hatten. Das gegenseitige Stichwahlinteresse, die Gemeinsamkeit der antikapitalistischen, antisemitischen Grundtendenz verband diese beiden Gruppen, und es wäre nicht erstaunlich, wenn nicht die Deutschradikalen zum Organismus des deutschen Nationalverbandes gehörten, der ja auch sehr entgegengesetzte Tendenzen zu haben versichert. Der Zusammenschluß mit den Sozialisten, durch den diese Vereinigung erst zur Mehrheit werden konnte, scheint aber in jedem Sinne erschwert. Der Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen, der zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie bei den Wahlen das Stichwort bildet, ist zu sehr gewachsen, um aus dem Wahlgegener einen Verbandsfreund zu machen. Wenn die Nationalverbändler ihren Wählern aus dem Kreise der kleinen Kaufleute etwa die Bekämpfung der Konsumvereine versprechen, so sichern die Sozialisten ihren Arbeitern mit der raschen Entwicklung der Industrie verbesserte Anstalten sozialer Fürsorge zu. Und doch wären es nur die Sozialisten, die österreichische Hochadel heute wie früher hervorbringt. Wäre aber der kommende Mann nicht durch etwas anderes legitimiert, als daß er dieser hier neuerdings fast allein herrschenden Klasse angehört, so würde man mit trauriger Ironie sich jener Regiebemerkung Wagners im dritten Akte Lohengrins beim Herannahen der Heerestruppen des Königs Heinrich erinnern: „Ein anderer Graf zieht auf!"

Neues Pester Journal 97

26./VI. 1917

führt durch die übermäßigen Rüstungen und durch den Militarismus. Es ist auch natürlich, daß der Krieg und die Rüstungen viele Anhänger hatten, namentlich diejenigen, die dem Staate Geld zu hohen Zinsen zur Verfügung stellten und Munition lieferten. Wenn nach Beendigung des Krieges die Rüstungen wieder in Angriff genommen werden, und wenn die jetzige Generation erwachsen sein wird, dann wird sie neuerlich in den Schützengraben geschickt werden, um dort zugrunde zu gehen. Dann werden wir wieder die ungeheuren Steuern bezahlen können, die wir nur deshalb bezahlen, um den Krieg zu ermöglichen. Auch wenn man mich steinigt, ich sage es frei heraus, daß ich die Verantwortung für diesen Krieg nicht übernehme. Für den Ausbruch des Krieges trifft die vorige Regierung die Verantwortung und sie ist es auch, die für die lange Dauer des Krieges verantwortlich gemacht werden muß. Wenn wir wollen, daß der Friede endlich geschlossen werde, wenn wir wollen, daß Ungarn wieder erblühe, wenn wir wollen, daß das Land die ungeheuren Lasten ertrage, dann müssen wir das Ende des Krieges herbeisehnen, einen Frieden, der nicht von heute auf morgen geschlossen wird, sondern einen dauernden Frieden. Der Weltkrieg hat uns gar Vieles gelehrt, und es ist unsere Pflicht, die Lehren von dem Krieg abzuleiten. Vor Gott und vor der Welt sind wir für den Ausbruch des Krieges verantwortlich, an dem wir Alle die Schuld tragen.

Graf Károlyi schloß seine Rede damit, daß das ungarische Volk in der Zukunft mit mehr Energie, mit größerem Nachdruck für seine Rechte kämpfen müsse, als dies bisher der Fall gewesen ist, denn nur dann könne ein neues demokratisches Ungarn geschaffen werden.

Nachdem noch die Abgeordneten Ludwig Hollós, Vinzenz Nagy, Joseph Bakó und zum Schlusse Moriz Szatmári gesprochen hatten, wurde über Antrag des Grafen Károlyi ein Beschlußantrag angenommen, den Ministerpräsidenten Grafen Esterházy und Julius Justh telegraphisch zu begrüßen.

Minister Graf Batthyány über die Wahlrechtsreform.

Beim Minister a latere Grafen Theodor Batthyány sprach gestern eine Deputation des Szekßárder Wahlbezirkes vor, um dem Minister neuerlich das Mandat dieses Bezirkes anzutragen. Nach einer Ansprache des Führers der Deputation, des Bürgermeisters Szentkirályi, versicherte Parteipräsident Franz Zsigmond den Minister der unentwegten Anhänglichkeit der Wähler.

Graf Theodor Batthyány dankte zunächst für die Begrüßungsworte und führte sodann aus, daß er seit einem Vierteljahrhundert für die Schaffung eines neuen Ungarn und für die Geltendmachung der Demokratie auf der ganzen Linie kämpfe. Heute sei es heilige Pflicht der ganzen ungarischen Gesellschaft, sich an die Spitze jener Bewegung zu stellen, die die demokratische Neugeburt Ungarns bezweckt. Ohne auch nur ein einziges seiner Prinzipien aufgegeben zu haben, hält der Minister es für seine Pflicht, zu erklären, daß jetzt alle Kräfte im Interesse der Erreichung des einen Zieles konzentrirt werden müssen, welches die Basis jeder weiteren Arbeit, Entwicklung und jedes weiteren Fortschrittes bilden muß. Deshalb schließt er sich jener Regierung an, deren Existenzberechtigung und wichtigste Aufgabe die Durchführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes sei.

Konferenz der Kroaten.

Der Klub der kroatischen Reichstagsabgeordneten hielt gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Babics-Gjalski eine Konferenz, in welcher die Frage der Indemnität neuerlich besprochen wurde. Die kroatischen Abgeordneten werden dieselbe votiren. Außerdem wurden in der Konferenz auch die Modalitäten der Verlängerung des finanziellen Uebereinkommens zwischen Ungarn und Kroatien, namentlich im Hinblick auf die Verhandlung im kroatischen Landtage, eingehend besprochen.

Ein Beschluß von Vertretern ungarländischer Deutschen.

Ohne nähere Angabe wird uns mitgetheilt, daß eine aus mehreren Komitaten beschickte Versammlung von Vertretern der ungarländischen Deutschen bezüglich des Programms der neuen Regierung folgende Resolution gefaßt hat:

Die aus allen Theilen Ungarns am 25. Juni in Budapest versammelten Vertreter des ungarländischen deutschen Volkes erklären unter wiederholter feierlicher Betonung ihrer Treue zu König und Vaterland und zu ihrem eigenen Volksthum, daß sie von dem zu schaffenden demokratischen Wahlrecht erwarten, daß es nicht blos ihrer zahlenmäßigen Stärke, sondern auch der Kulturhöhe und der wirthschaftlichen Kraft des ungarländischen Deutschthums gerecht werden wird. Das deutsche Volk in Ungarn hofft gleichzeitig, daß seine auch in diesem Weltkriege sowohl im Felde, wie daheim glänzend bewiesene Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit die neue Regierung dazu führen wird, ihm seine gesetzlich gewährleisteten Rechte in Kirche, Schule, Verwaltung und wirthschaftlicher Organisation nicht länger vorzuenthalten.

*

Der Munizipalausschuß der Stadt Temesvár nahm in seiner heutigen Generalversammlung einen Beschlußantrag an, der die neue Regierung mit Freuden begrüßt und ihr die Unterstützung des Munizipiums zusagt. Die Reform des Wahlrechtes begrüßt die Stadt Temesvár mit Freuden, in der Ueberzeugung, daß diese Reform die nationalen Existenzinteressen des ungarischen Staates und die Ungestörtheit der das Aufblühen der ungarischen Städte sichernden friedlichen bürgerlichen Arbeit wahren wird.

Aus dem Abgeordnetenhause.

Die Indemnitätsdebatte. — Finanzminister Gratz über die wirthschaftliche Lage. — Eine große Rede des Grafen Stephan Tißa.

Der heutigen Fortsetzung der Indemnitätsdebatte sah man mit großem Interesse entgegen, denn man erwartete eine Rede des Grafen Stephan Tißa, aber die Vormittagssitzung verging, ohne daß der gegen Mittag erschienene Ex-Ministerpräsident das Wort ergriffen hätte. Erst in der Nachmittagssitzung folgte endlich die große Rede Tißa's. Die Vormittagssitzung war nichtsdestoweniger recht animirt. Nachdem vor der Tagesordnung über Anregung des Abgeordneten Dominik Inczе der Ackerbauminister Mezőssy und der Honvédminister Szurmay der nothleidenden landwirthschaftlichen Bevölkerung der verwüsteten Gegenden Siebenbürgens die größtmögliche Unterstützung zugesagt hatten, sprach als erster Redner in der Indemnitätsdebatte Alexander Sztranyavßky von der Nationalen Arbeitspartei, um unter lebhaftem Beifall seiner Parteigenossen ein nicht eben schmeichelhaftes Bild des neuen Kabinets zu entwerfen, dessen Mitglieder in den wichtigsten Fragen verschiedene Ansichten hegen. Zu diesem Behufe citirte Sztranyavßky Aeußerungen der Minister Grafen Theodor Batthyány und Gustav Gratz, sowie des Grafen Julius Andrássy, die mit der Programmrede des gegenwärtigen Kabinetschefs gar nicht harmoniren. Trotz seines entschiedenen Mißtrauens gegen die Regierung erklärte er, die Vorlage mit Rücksicht auf die Staatsnothwendigkeit zu votiren.

Nachdem Johann Benedek unter warmem Beifall der Regierungsparteien eine Lanze für das neue Kabinet der Demokratie eingelegt hatte, ergriff Finanzminister Gustav Gratz das Wort, um sich in sehr bemerkenswerther Ausführung über die wirthschaftliche Lage des Landes zu äußern. Ohne die Schwierigkeiten der Situation zu beschönigen, erklärte der Minister, daß zu pessimistischen Besorgnissen kein Grund vorhanden sei, denn bei einer gerechten Steuerbelastung und Sparsamkeit, bei mehr Arbeit und mehr Produktion werden wir auch die wirthschaftlichen Heimsuchungen des Krieges siegreich überstehen. Der Minister wurde zu seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede vielfach beglückwünscht. Es trat nun eine zweistündige Pause ein.

Der nachmittägige Theil der heutigen Sitzung war vom Anfang bis zum Schluß hochinteressant, stellenweise dramatisch bewegt und fesselte das ganze Haus fünf Stunden lang. Schon der Anfang war sehr interessant. Paul Szász, ein junger siebenbürgischer Abgeordneter, wandte sich mit leidenschaftlicher Verve gegen die samstägigen Ausführungen des Justizministers Vázsonyi, dessen Politik er als gegen die Traditionen der ungarischen geschichtlichen Klassen gerichtet verurtheilte, wobei er sich zu der Behauptung hinreißen ließ, die von der Front heimkehrenden Kämpfer dieser Klassen werden die Vázsonyis wegfegen. Die Ausführungen Szász' riefen stellenweise Erregung hervor, die sich in lärmenden Zwischenrufen Luft machte. Wegen solcher Zwischenrufe kam es zu persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten Ludwig Beck und Alfred Pál.

Erst nach diesen Zwischenfällen kam das Ereigniß des Tages: eine große Rede des Grafen Stephan Tißa. Der ehemalige Premier zeigte sich heute in ganz neuem Lichte. Vielleicht niemals während seiner dreißigjährigen parlamentarischen Thätigkeit war er so in seinem Elemente wie heute. Seine robuste Kampfnatur kam heute ganz und voll zur Geltung. Wie er den Grafen Michael Károlyi abkanzelte, weil er seine ententefreundlichen Gesinnungen noch immer nicht verheimlichen könne, wie er die nationalistischen Wühler und Agitatoren Stephan Cs.-Poy und Nikolaus Serbán im ungarischen Parlament ein- für allemal unmöglich machte, das macht ihm keiner nach. Brachte es doch Graf Tißa mit seinen die rumänische Frage behandelnden Ausführungen selbst dazu, daß ihm seine erbittertesten Gegner stürmisch applaudirten. Dann sprach er über das Wahlrecht. Das Bild, das er von den Folgen eines radikalen Wahlrechtes entwarf, war vielleicht allzu düster. Aber wie er seine Farben auflegte, wie er die Gefahren ausmalte, das packte und übte sichtlich große Wirkung auf alle Zuhörer. Er kann sich noch immer nicht von dem Gedanken losreißen, daß ein radikales Wahlrecht Ungarn nur schaden würde. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, appellirte er an die Regierung, sich nicht von dem Radikalismus des Justizministers Vázsonyi hinreißen und leiten zu lassen, denn dieser vertrete nur einen kleinen Theil der Nation, während die Majorität des Landes den Auffassungen des demokratischen Führers fremd gegenüberstehe. Am Schluß erhob sich seine prophetische Beredsamkeit zu einem Schwung und einer Schönheit, die das ganze Abgeordnetenhaus unter seinen Bann brachte. Seine Partei bereitete ihm ungewohnt herzliche Ovationen. Die Sitzung mußte unterbrochen werden und die in die Couloirs hinausströmenden Anhänger Tißa's setzten dort unter schier endlosem Jubel ihre begeisterten Sympathiekundgebungen für ihren Führer fort.

Unter dem Eindruck der vernichtenden Anklagen, welche Tißa gegen den rumänischen Nationalisten Nikolaus Serbán erhob, sah sich dieser veranlaßt, sich reinzuwaschen, was ihm aber unter der Wucht der Tißa'schen Behauptungen nicht gelang. Es war schon 8 Uhr Abends, als der Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi sich erhob. Die Minorität hatte nämlich das Gefühl, daß der große parlamentarische Erfolg Tißa's nicht getrübt bleiben dürfe und deshalb unternahm der Unterrichtsminister des neuen Kabinets die schwierige Aufgabe, den Tißa'schen Ausführungen entgegenzutreten. Graf Apponyi, dieser anerkannte Schönredner des ungarischen Parlaments, war voll und ganz von der Größe seiner Aufgabe durchdrungen und ließ alle Register seiner oratorischen Künste spielen, um den Effekt der Rede Tißa's thunlichst abzuschwächen. Auch er behandelte die Nationalitätenfrage, versprach, als Minister sein Möglichstes zu leisten, damit die von dieser Seite drohenden Gefahren beseitigt werden und wandte sich dann gegen die Wahlrechtsauffassung Tißa's. Wenn Tißa davor warnte, den König in die Parteikämpfe zu zerren, so warnte Apponyi davor, sich gegen die Nation zu wenden. Wenn Tißa für die Aufrechterhaltung der Rechte der geschichtlichen Klassen Ungarns eintrat, so forderte Apponyi den Ausbau der Rechte aller Schichten des Landes. Wenn Tißa gegen das Ungarn der Alexander Petös sprach, so reklamirte Apponyi das Land weder für Petö, noch für Tißa, noch für Apponyi, noch für Andrássy, sondern für jeden gleichberechtigten Sohn des Landes. Auch Apponyi hatte großen Erfolg, der ebenfalls unter rauschenden Ovationen, und zwar der Regierungsparteien, zum Ausdruck kam. Graf Tißa stellte noch einige Behauptungen Apponyi's richtig, worauf nach einer kurzen persönlichen Bemerkung Petö's die Sitzung unter allen Anzeichen der Erregung um 9 Uhr Abends geschlossen wurde.

I. Abgeordnetenhaus.

Die Vormittagssitzung.

Vizepräsident Karl Szász eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr Vormittag.

Der Einlauf wird verlesen.

Vizepräsident Karl Szász meldet, daß der Abgeordnete Dominik Inczе um die Erlaubniß ange-

1917 – Nr. 608

Bezugspreis: in Köln 7 ℳ 50 ₰ in Deutschland 9 ℳ vierteljährlich.
Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 80 ₰ } zuzüglich 20% Kriegszuschlag
für die Reklamezeile oder deren Raum 3 ℳ }
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.
Haupt-Geschäftsstelle: Breite Straße 64. — Postscheck-Konto 595.
Vertretungen im Auslande: Madrid S. Dossat, Plaza de S. Ana 9. Rotterdam H. Nijgh & van Ditmar. Wien M. Dukes Nachf. A.-G., I. Wollzeile 16. H. Goldschmiedt, I. Wollzeile 11.

Der Rücktritt des Kabinetts Clam-Martinitz.

✡ **Wien**, 22. Juni.

Genau sechs Monate war das Kabinett Clam-Martinitz im Amte. Trotz dieser kurzen Amtszeit wird es in der Geschichte Österreichs einen sichtbaren Platz einnehmen. Nicht sowohl deswegen, was es geleistet hat, sondern deswegen, was es hat leisten wollen, und wegen der Folgen, die dieses sein Streben für die weitere Entwicklung Österreichs haben wird. Denn geleistet hat es eben positiv nichts. Dagegen hat es unter dem Zwang der schweren Schicksalsstunden, die Österreich jetzt als Rückwirkung der Erschütterungen des Weltkrieges auch im Innern durchlebt, Fragen aufgeworfen, die nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden können und von deren richtiger Lösung, man kann sagen, das Dasein Österreichs abhängen wird. Zweifellos wäre es ein großes Glück für Österreich gewesen, wenn Graf Clam sich als der Mann erwiesen hätte, der nicht nur den Wagemut zur Aufwerfung dieser Frage, sondern auch der Kraft zu ihrer Lösung gehabt hätte. Leider aber standen Wollen und Vollbringen bei ihm in argem Mißverhältnis. In dieser Zeit, da alles auf die demokratische Formel zugestutzt wird, würde es ja freilich in den weiten Kreisen der Schwärmer für Demokratie und Selbstbestimmung der Völker genug böses Blut gemacht haben, wenn ein einzelner es unternommen hätte, sozusagen als selbsterkorener Exponent des einheitlichen Gesamtwillens für die Gesamtheit zu handeln, ohne diese zu fragen. Hat das doch sogar schon früher, als die demokratische Bewegung noch in den Anfängen war, ein ganz Großer wie Bismarck erfahren müssen. Aber Graf Clam hatte nicht das Höhenmaß, das die Aufgabe von ihm erforderte. Den Entschluß, die Neuordnung der österreichischen Monarchie mit einigen wenigen kaiserlichen Federstrichen durchzuführen, bevor das Wirrsal der Stimmen und Stimmungen, wie es im Abgeordnetenhaus des Reichsrates zur Herrschaft gekommen, wieder wie ein Alp auf den Dingen in Österreich gelastet hätte, diesen Entschluß hat er nur sozusagen konzipiert, rein theoretisch wie ein Problem bei sich und mit andern erwogen und für gut befunden. Ihn auch zu fassen und bis zur Unerschütterlichkeit mit ihm zu verwachsen, dazu hat ihm schon die Kraft gefehlt, wie es ihm vermutlich auch an Voraussicht gefehlt hat, die Folgen eines solchen Entschlusses zu überschauen. So hat er fünf Monate lang den Zauderer gespielt, hat unschlüssig hin- und hergeschwankt, hat links und rechts Anlehnung gesucht und Ratschläge erbeten, bis schließlich der letzte psychologische Augenblick für die Verwirklichung des mutigen Planes verpaßt war und die russische Revolution die mächtige, weithin wirkende demokratische Welle aufwarf, die ihn mit seinem unsicher gesteuerten Nachen auf den Strand setzte. Dabei zeigte er aber wieder das Bild einer durchaus passiven Natur. Denn er ließ sich dann obendrein von einem andern, dem Minister des Äußern, Grafen Czernin, das Steuer dieses zerschellten Nachens erst aus der Hand nehmen. In diesem Zeitpunkte wußte man, wenn man es nicht schon vorher erkannt hatte, daß Graf Clam nicht der Mann war, der das Große vollbringen könnte, was er sich vorgenommen. Und es wurde immer klarer durch das, was er nun tat. Denn anstatt jetzt, da er nicht mehr vollbringen konnte, was er zu seinem politischen Ziel erkoren, der Fahrt auf das Meer der hohen Politik zu entsagen, bestieg er einen andern Nachen, um auf dem Rücken besagter demokratischer Welle in entgegengesetzter Richtung wieder hinauszusteuern. Welcher Mangel an Seelenkenntnis, zu wähnen, daß dieses plötzliche Umsteuern die vorige Fahrtrichtung einfach vergessen machen würde! Selbstverständlich kochte in den einen der Unmut über sein Versagen, in den andern aber bohrte der Verdacht, daß das Umsteuern nicht ehrlich gemeint wäre und daß er den alten Kurs wieder einschlagen würde, sobald die gefährliche Welle verebbt wäre. Es kam der Reichsrat, und sofort wurde es klar, sowohl daß Graf Clam das Richtige gewollt hatte, als er den Plan erwog, selbstherrlich ein neues Österreich aufzubauen und Ordnung in das Chaos des Abgeornetenhauses zu bringen, wie auch, daß er nicht der Mann dazu war, den nun losbrechenden Sturm zu meistern. Denn einerseits feierten die staatzersetzenden Tendenzen der Nationalitäten in dem sogenanten Volkshause wahre Orgien, die fruchtbare gesetzgeberische Arbeit, die das Volksheer im Schützengraben, und die Masse der Daheimgebliebenen in drückender Kriegsnot von ihm erwarteten, auf die lange Bank schiebend. Anderseits bot Graf Clam mitten in diesem Chaos das Bild völliger Hilflosigkeit. Er mußte zu einer Geschäftsordnung Ja und Amen sagen, die das Gegenteil von dem festlegte, was er angestrebt hatte, die babylonische Vielsprachigkeit der Hausverhandlungen mit deren wortwörtlicher Protokollierung statt der einzig möglichen deutschen Verhandlungssprache, mußte sich sogar zu deren Verteidiger aufspielen, trotz dem slawischen Treu- und Wortbruch, wodurch sie zustandegekommen, um die Fiktion der Arbeitsfähigkeit dieses Parlaments aufrechtzuerhalten. Und als dann das Budgetprovisorium zur Verhandlung kam, gewiß eine Staatsnotwendigkeit in dieser furchtbaren Zeit, da das heldenmütig um das gesicherte Dasein aller Nationalitäten dieser Monarchie kämpfende Volksheer mit immer neuen Kampfmitteln versorgt und die Massen daheim durch zahllose Fürsorgemaßnahmen betraut werden müssen, da fehlte ihm die Mehrheit dafür. Der slawische Block stand geschlossen gegen ihn, eine ihm feindlich gesinnte, aber innerlich durchaus ungleichartig gestimmte Mehrheit, da Tschechen, Südslawen und Ruthenen ihm die geplant gewesene Oktroyierung der nationalen Zweiteilung in Böhmen, der Festlegung der deutschen Staatssprache und der Sonderstellung Galiziens grollend nachtrugen, die Polen dagegen gerade das Fallenlassen des galizischen Sonderstellungsplanes ihm nicht verzeihen mochten. Graf Clam befand sich also, kaum daß er die ersten Schritte ge-

Neue Freie Presse Abendbl. 26./VI. 1917 102

Die Interpellationsbeantwortung des Generaloberſten Barons Georgi.

Heute liegt der gedruckte Bericht des Abgeordnetenhauſes über die vom ehemaligen Landesverteidigungsminiſter Generaloberſten Freiherrn v Georgi im ſchriftlichen Wege übermittelte Antwort auf die Interpellation Langenhan, betreffend die Beleidigung des Offiziersſtandes im allgemeinen und der Offiziere deutſcher Nationalität im beſonderen durch czechiſche und ſloweniſche Reichsratsabgeordnete, vor. Dieſe Antwort des Miniſters lautet:

Ich habe geglaubt, nach Wiedereröffnung des Parlaments als berufener Vertreter unſerer am Feinde ſtehenden ſiegreichen Armeen, den geehrten Herren in einer beſonders gehobenen Stellung im Vergleiche mit der Zeit vor dem Kriege gegenüberzuſtehen, konſtatiere aber, daß leider nicht von allen Seiten des hohen Hauſes unſere Armeen für den beiſpielloſen Heldenmut, die unüberwindliche Ausdauer, die Selbſtverleugnung und den Schutz, den unſere Helden an der Front dem bedrohten Vaterlande und ſeinen Bewohnern mit Aufopferung ihrer Beſten geſchenkt haben, rückhaltsloſe Anerkennung fanden, ja daß ſogar mehrere Redner über das, was ihre engeren Landsleute geleiſtet haben, nur mit wenigen Sätzen hinweggingen und nur darüber Klage führten, daß deren Taten ſeitens der militäriſchen Kommandoſtellen zu wenig gewürdigt werden, ſelbſt aber fanden ſie für die Geſamtheit unſerer Kriegsmacht nur herbe, prüfungsloſe Kritik. Die meiſten der bisherigen Redner ſind hauptſächlich darauf ausgegangen, alle möglichen Klagen vorzubringen, über Dinge, die ſich meiſt hinter der Front oder gar im Hinterlande zugetragen haben.

Wenn alles das richtig iſt und erwieſen werden kann, was wir hier ſchaudernd gehört haben, ſo muß es den außenſtehenden Unbefangenen den Eindruck machen, als ob unſere Truppen zu nichts anderm Zeit gefunden hätten, als die Bevölkerung zu peinigen, und es wäre von Intereſſe, durch Anführung konkreter Daten zu konſtatieren, wer die Peiniger waren, denn die Armee, die ſo herabgezogen wird, iſt doch Fleiſch von Ihrem Fleiſche und Blut von Ihrem Blute und wir können ſie nicht in der kurzen Dienſtzeit kulturell ſo verdorben haben.

Der großen Kulturarbeit in jeder Richtung, die unſere braven Truppen nimmermüde in den Kampf- und Ruhepauſen überall geleiſtet haben, gedenken nur wenige Herren, die meiſten kritiſieren nur, und nachträgliche Kritik iſt leicht, ob berechtigt oder nicht. Es iſt gewiß vieles geſchehen, was ſich trotz der außergewöhnlichen Verhältniſſe kaum erklären, gewiß aber nicht rechtfertigen läßt, aber verallgemeinert darf nicht werden, unſere Heeresmacht als ſolche nicht in ſo wahlloſer Weiſe angegriffen werden.

Es ließe ſich überhaupt darüber rechten, ob mit Rückſicht auf das feindliche Ausland und auf die Stimmung unſerer, auf ihre glänzenden Leiſtungen mit vollem Rechte ſtolzen Armee, die einen anderen Dank von den Volksvertretern erwarten durfte, der gegenwärtige Moment der geeignetſte iſt, um alle dieſe Angelegenheiten zur Sprache zu bringen und auszutragen; um ſo mehr als wir mitten im Kriege ſtehen und viele der Angeſchuldigten gar keine Gelegenheit haben, ſich zu verteidigen, der Miniſter für Landesverteidigung aber für Sachen einſtehen ſoll, auf die er keinen Einfluß hatte und die er nur auf langwierigen Umwegen klarſtellen kann.

Nach ſolchen Debatten wäre es nicht zu verwundern, wenn unſere Feinde in denſelben den authentiſchen Beweis dafür erblicken, daß alle ihre gehäſſigen Erfindungen gegen unſere Armee richtig ſind, denn einzelne der geehrten Herren ſchildern unſere Armee ſelbſt ſo und generaliſieren noch dazu. Ich kann es verſtehen, daß ſich durch beinahe drei Jahre verhaltener Unmut über verſchiedene Vorkommniſſe Luft macht. Solche Vorkommniſſe ſind aber bei einer Millionenzahl von Streitern, die ebenſo wenig wie wir alle Menſchen Engel ſind und deren Nerven unter dem Drucke der höchſten Gefahr und ſchwerſten Verantwortung ſtehen, kaum zu verwundern.

Ich gebe auch zu, daß, wenn die Angaben in der Rede des Herrn Abgeordneten Stribrny ſich als wahr erweiſen ſollten, die Empörung über ſolche kaum glaubliche Vorkommniſſe vollkommen begreiflich wäre. Ich fordere den genannten Herrn Abgeordneten hiemit auf, an der Hand ſeiner Rede weitere Behelfe zur amtlichen Kenntnis zu bringen, damit jeder einzelne Fall erhoben und in gerechter Weiſe erledigt werden kann.

Der Herr Abgeordnete Stern, der zwei Monate am Thalerhof war und als Zeuge geführt wurde, möge ſagen, ob zu ſeiner Zeit die biederen Oberſteirer des 27. Infanterieregiments wahrhaft täglich zum Vergnügen ein Paar Internierte erſtochen haben, er ſoll bezeugen, ob es wahr iſt, daß die namentlich angeführten Offiziere, ein Oberſt und ein Hauptmann, wenn er ſie kennen lernte, wirklich ſo brutale Naturen waren, und er muß, deſſen bin ich überzeugt, das Gegenteil ausſagen.

Auf alle zahlreichen Anträge und Interpellationen wird geantwortet werden, nur brauchte es wegen der Erhebungen Zeit.

Es wurde von vielen Seiten über die Behandlung der Herren Abgeordneten beim Militär geklagt, vielleicht in manchen Fällen, wo eben ein Verſchulden von Unterorganen vorliegt, nicht mit Unrecht, aber es gibt gewiß viele unter Ihnen, meine geehrten Herren, die ſich an ihre Kriegsdienſtleiſtung in unſerer ruhmreichen Armee bis an ihr Lebensende mit Freude und Stolz erinnern werden.

Entgegenſtellen muß ich mich der Behauptung des Herrn Abgeordneten Dr. Stransky, daß die Zivilrichter in die Front geſchickt wurden und die Offiziere als Richter zu Hauſe blieben, und energiſch verwahren muß ich mich dagegen, daß der Herr Abgeordnete geſagt hat, man habe den kleinlichen Ehrgeiz und die Feigheit vor den Wagen der Militärjuſtiz geſpannt. Zur Ehre unſerer Militärrichter, in deren Reihen wir 802 zivilrichterliche Beamte und 352 Advokaten einberufen hatten (Aktivſtand war nur 537) und zur direkten Widerlegung vorangeführter Redewendung führe ich an, daß dieſelben trotz Arbeitsüberbürdung volles Verſtändnis und Objektivität in Anwendung der Geſetze und den Mut ihrer richterlichen Ueberzeugung ſelbſt in den ſchwierigſten Lagen erwieſen haben, wie verſchiedene juriſtiſche Kapazitäten auch aus der Mitte des Hauſes beſtätigen müſſen.

Auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Koroſchec gehe ich nicht des Näheren ein, trotzdem auch er ſich herbeiließ, ausgezeichnete hohe Offiziere und einen hervorragenden politiſchen Beamten, die ihm gewiß immer in taktvoller Weiſe entgegenkommen ſind, perſönlich anzugreifen, denn dem Herrn Abgeordneten wurde die höchſte parlamentariſche Mahnung: der Ordnungsruf des Präſidenten erteilt, und es wäre nicht mehr zu erreichen. Wäre ich anweſend geweſen, ſo hätte ich ſofort entſchieden Verwahrung eingelegt und eine Ausdrucksweiſe ſcharf zurückgewieſen, die von Verbrechen der Genannten ſpricht und damit ein Urteil aus eigener Machtvollkommenheit fällt.

Einen flammenden Proteſt muß ich dieſem Herrn Abgeordneten gegenüber erheben, daß er ſpeziell den deutſchen Teil unſeres Offiziersſtandes in einer Weiſe angreift, die ſeinem prieſterlichen Hauptberuf gewiß nicht entſpricht.

Uebrigens gibt es keine nationalen Teile des Offizierskorps und darf keine geben. Wir ſind alle Offiziere Sr. Majeſtät und wollen es zum Wohle der geſamten bewaffneten Macht auch bleiben.

Den Herrn Abgeordneten Stöckler möchte ich erſuchen, in den von ihm angeführten Fällen über Militärſpitäler Namen zu nennen, und wenn ſich alles wirklich ſo verhalten hat, wie ihm berichtet wurde, denn es wird ſehr viel erfunden und noch mehr übertrieben, ſo wird Abhilfe erfolgen, wenn es möglich iſt. Unſere Militärſanität, das heißt die Aerzte haben ſich, das kann niemand leugnen, ungeheure Verdienſte erworben, die ja auch vor kurzem von maßgebendſter Stelle gewürdigt und anerkannt wurden.

Der Herr Abgeordnete Lazarski hat der Durchführung des Kriegsleiſtungsgeſetzes gedacht. Daß das Kriegsleiſtungsgeſetz nur ein Menſchenwerk darſtellt, deſſen Durchführung manche Härten mit ſich brachte, kann nicht dem Miniſterium für Landesverteidigung allein angelaſtet werden. Ausgeführt wurde es in vielen tauſend Einzelfällen, gewiß auch oft mißbräuchlich, außerhalb der Einflußſphäre des Miniſteriums. Wo meine Hilfe angerufen wurde, habe ich ſie immer geleiſtet, wenn ich nur halbwegs konnte. In finanzieller Beziehung war mein Einfluß allerdings infolge unſerer ſtaatlichen Konſtruktion trotz beſtem Willen nicht immer ausſchlaggebend.

Die Hauptbeſchwerden haben ſich gegen die Militärgerichtsbarkeit und die von den Truppen an der Front gegen Verrat ſelbſt getroffenen ſcharfen Maßregeln gerichtet. Sie müſſen aber bedenken, meine Herren, daß Verrat im eigenen Lande durch irregeleitete Elemente ſchärfſte Repreſſalien nötig macht, die auch berechtigt ſind. Daß dabei Mißgriffe vorgekommen ſind, iſt gewiß tief bedauerlich, aber durch die Umſtände zum Teil erklärlich. Der Verrat gefährdet das eigene und das Leben der Kameraden und zeitigt ein entſetzliches Gefühl des Mißtrauens gegenüber den eigenen Landsleuten. Infolge wechſelſeitiger Beſchuldigung der Bevölkerung und der ekelhaften Erſcheinung anonymer Denunzianten, dann des Auftretens bisher ungekannter Zuſtände von Kriegspſychoſe infolge der Einwirkung neu erfundener Kriegsmittel mit Nerven zerſtörender Wirkung wurden bei nicht ganz vollwertigen Individuen Inſtinkte geweckt, die gewiß an vielen Orten Ausſchreitungen hervorriefen, die nicht zu entſchuldigen ſind, die aber bei der ungeheueren Zahl der die Uniformen Tragenden oft nicht konſtatiert und beſtraft werden konnten, weil die Spuren vielfach verwiſcht wurden oder der Täter mittlerweile durch den Tod auf dem Schlachtfelde ſeine Schuld geſühnt hatte.

Schon die Kommandanten im Felde ſind, wo ſie Kenntnis davon erhielten, ſolchen Untaten ſchon im Intereſſe der Disziplin vielfach entgegengetreten, wo dies nicht geſchehen konnte, wird weiterhin auch jeder einzelne Fall unterſucht werden, wenn verläßliche genaue Daten zu Gebote ſtehen.

Wenn, wie bekannt, die politiſche Vergiftung in manchen, Gott ſei Dank nur wenigen Fällen den Charakter einer Maſſenerſcheinung gezeitigt hat, ſo hat ſich die große Geſamtheit, Offiziere und Mannſchaft, aller Nationalitäten, das ganze Volk in Waffen in der Front, in der Etappe und bei der Rieſenarbeit im Hinterlande herrlich bewährt.

Ich muß daher Angriffe, die nicht nur die einzelnen Fehler im Geſamtbild als ſolche kennzeichnen, ſondern verallgemeinern wollen, als ungerechtfertigt pflichtgemäß ſcharf zurückweiſen und bin mir dabei der Zuſtimmung eines Großteiles des hohen Hauſes ſicher bewußt. Nach meiner Meinung ſollten alle dieſe Angriffe dem Zeitpunkte nach dem Friedensſchluſſe vorbehalten werden, wenn unſere Helden von der Front ins Vaterland zurückgekehrt ſind, weil dann die geehrten Herren Abgeordneten die Zeugen zur Hand hätten, wenn wirklich etwas vorgekommen iſt, was nicht gerechtfertigt werden kann; es wäre dann auch der Heeresverwaltung die Widerlegung der Zeit und dem Inhalte nach erleichtert und der üble Eindruck, den dieſe Erörterung im gegenwärtigen Augenblicke, insbeſondere gegenüber dem Auslande und auch auf den Geiſt der im harten Kampfe gegen eine zahlenmäßige Uebermacht ringenden Soldaten ausübt, vermieden.

Was ſchließlich den Wunſch der Herren Anfrageſteller um die Mitteilung zahlenmäßiger Angaben betrifft, bin ich ſchon aus militäriſchen Gründen dermalen nicht in der Lage, derartige Mitteilungen zu machen.

Pester Lloyd

103

26./VI. 1917

PESTER LLOYD

I.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Die Vormittagssitzung.

Vizepräsident **Karl Szász**

eröffnet um halb 11 Uhr die Sitzung.

Schriftführer: Géza Hoványi, Emerich Szepes házy, Ladislaus Almássy.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Esterházy, v. Szurmay, Dr. Gratz, v. Mezössy, Graf Apponyi.

Vor der Tagesordnung erbittet

Abgeordneter **Dominik Inoze** (parteilos)

das Wort. Er verweist auf die seinerzeit noch vor der rumänischen Kriegserklärung erschienene Regierungsverordnung, die der Bevölkerung der Siebenbürger Grenzgebiete die Flucht unter Androhung von Strafen verbot. Als dann die Invasion erfolgte, mußte die Bevölkerung den größeren Teil ihrer Habe, besonders den Viehstand, zurücklassen und als später die Viehübernahmskommissionen ihre Tätigkeit begannen, mußte die Bevölkerung ihr Vieh zu niedrigen Preisen abgeben, erhielt aber oft nicht einmal Uebernahmsscheine. Bei der Repatriierung der Bevölkerung herrschte gleichfalls die größte Kopflosigkeit; das Volk konnte die ihm angebotene militärische Hilfe zu Anbauarbeiten nicht in Anspruch nehmen, weil es ihm an Futter für die Militärpferde fehlte, dann wurde dem Volke auf dem Wege der Requirierung der Anbausamen zu niedrigen Preisen abgenommen und es erhielt ihn später nur gegen bedeutend höhere Preise von der Kriegsproduktengesellschaft zurück. Redner bittet den Ackerbauminister, die Siebenbürger Uebernahmskommissionen zur dringenden Verrechnung zu verhalten und dafür Sorge zu tragen, daß die Bevölkerung die Preisdifferenz, die zwischen den Requirierungs- und den Verkaufspreisen des Anbausamens besteht, zurückerstattet erhalte. An den Honvédminister richtet Redner die Bitte, die sofortige Beurlaubung jener Székler Handwerker und Landwirte anzuordnen, die von ihren Gemeindevorstehungen als unentbehrlich bezeichnet worden sind.

Ackerbauminister **Béla Mezössy**

erklärt, daß jedermann in diesem Hause den traurigen Tatsachen, auf die der Vorredner hingewiesen hat, aufrichtige Aufmerksamkeit entgegenbringt. Er betont, daß die frühere Regierung über die Verwertung des Viehstandes der Siebenbürger Flüchtlinge entsprechende Verfügungen getroffen hat. Sollten dessenungeachtet manche nicht entschädigt worden sein, so werden sie schadlos gehalten, falls sie nur einigermaßen den Nachweis führen können, daß sie vor dem Krieg über Vieh verfügt haben. Für das durch das Armeeoberkommando requirierte Getreide haben die Flüchtlinge durch die Kriegsprodukten-A.-G. Saatgut erhalten. Sollte es vorgekommen sein, daß die Bevölkerung das Saatgut mit einem höheren Preis bezahlt hat, so ist der Minister bereit, die Differenz zurückzuzahlen. Schließlich erklärt der Minister, daß die zur Rekonstruktion der verheerten Teile Siebenbürgens notwendigen Arbeiter der Bevölkerung nach Kräften zur Verfügung gestellt werden. (Zustimmung links.)

Landesverteidigungsminister **Alexander Szurmay**:

Nicht nur ich bringe der Siebenbürger Bevölkerung das größte Wohlwollen und die größte Liebe entgegen, sondern ich weiß, daß das Armeekommando selbst, in dessen Operationsgebiet die betreffenden Siebenbürger Gegenden liegen, ebenfalls von denselben Gefühlen sich leiten lasse, allen voran Se. Hoheit, der Armeeoberkommandant dieser Truppen. (Lebhafter Beifall rechts und links.)

Abgeordneter **Baron Anton Radvánßky** (Partei der nationalen Arbeit)

wünscht mit Erlaubnis des Hauses seine mißdeuteten Worte richtigzustellen. Der Justizminister habe in seiner Rede am Samstag das Gebiet der allerpersönlichsten Argumentation betreten und es nehme den Redner wunder, daß dies in dem Kabinett eines Moritz Esterházy möglich sei. Er weise die Beschuldigung des Konfessionalismus entschieden zurück. Der Justizminister habe in seiner Rede geleugnet, die Nationalitäten seien Prinzipiengenossen der Regierung. Auch dies sei zurückzuweisen: man lese bloß die Rede, die Bischof Miron Christea im Magnatenhause gehalten habe und die geradezu ein Toast auf das neue Kabinett sei. (Zustimmung rechts.) Wenn der Justizminister etwas dagegen habe, daß Redner einzelne Stellen aus dessen Rede in der Advokatenkammer angeführt habe: warum habe er diese nicht durch Argumente widerlegt? (Beifall rechts.)

Abgeordneter **Alexander Sztranyavßky** (Nat. Arb.):

Ginge auch die Partei der nationalen Arbeit von dem Standpunkte aus, daß die Bewilligung der Indemnität eine Frage des Vertrauens sei, dann könnte Redner der neuen Regierung die Indemnität nicht votieren. (Zustimmung rechts.) Die Fakten beweisen das Gegenteil. Nach der oft-erwähnten Parteiberatung im Klub der Partei der nationalen Arbeit seien in gewissen Zeitungen Anwürfe erschienen, laut deren die Partei gegen die Gehaltsregulierung der Richter Stellung genommen habe. Auch hier ist das strikte Gegenteil wahr, und noch im Verlaufe der Indemnitätsdebatte werde sich der Partei Gelegenheit bieten, dies zu beweisen. Redner wünscht nun, sein Mißtrauen gegen die neue Regierung zu begründen. Es sei zunächst völlig genügend zu diesem Mißtrauen, wenn man das Werk des Grafen Julius Andrássy beim Entstehen der neuen Regierung betrachte. Infolge des Stagnierens des parlamentarischen Lebens in Oesterreich wirkte das Gewicht der Monarchie vielfach durch Ungarn hindurch ins Ausland. Hierüber dürfte man keine Bedenken hegen, sondern müßte sich im Gegenteil freuen und nicht erst noch das Haus warnend darauf aufmerksam machen: Gebt acht, der seit 500 Jahren erstrebte Schwerpunkt wird nun endlich zu euch verlegt.

Ungarn ist in der Frage der Versorgung mit Lebensmitteln Oesterreich gegenüber bis an die äußerste Grenze des möglichen gegangen. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, würde es sich nicht ziemen, hierüber im ungarischen Parlament zu sprechen. Denn indem gleichsam als Erfüllung des sehnlichsten Wunsches Graf Julius Andrássys der Parlamentarismus in Oesterreich wieder zu funktionieren beginnt, ist das erste Wort, das dort verhallt, der Wunsch der Tschechen nach einer Verstümmelung der territorialen Integrität Ungarns. Derlei hätte die neue Regierung, schon als sie sich vorstellte, aufs entschiedenste zurückweisen sollen, auch wenn es nicht zu den Punkten ihres Programms gehörte. Wenn wir Ungarn in Betracht ziehen, wie sich die Tschechen, besonders in Serbien, der Dynastie und der Monarchie gegenüber benommen haben, was sollen wir da über die Regierung denken? In einem Interview, das der Minister a latere Graf Batthyány jüngst einer Zeitung gewährt hat, wünscht er geradezu eine slawische Hegemonie in Oesterreich. Wenn das zum Regierungsprogramm gehöre, müsse man darüber bei uns mit Recht befremdet sein. (Zustimmung rechts. Lärm links.) Graf Batthyány habe am Samstag geruht zu erklären, er sei kein Anhänger der Entente. Dies sei zumindest überflüssig gewesen, denn ein Ententist in einem ungarischen Ministerfauteuil sei ja etwas Undenkbares. Auch habe niemand ähnliches von dem Herrn Grafen behauptet. Aber Graf Theodor Batthyány möge uns gefälligst über seinen Standpunkt betreffend unser Bündnis mit dem glorreichen Deutschen Reiche unterrichten, klar und nicht mißverstehbar, und darüber, warum er seinen bisher hartnäckig behaupteten Standpunkt auf einmal aufgegeben habe. Wenn das allgemeine Wahlrecht laut des Grafen Andrássy zur Kräftigung der konservativen Elemente Ungarns dienen soll, so möge der Herr Justizminister Vázsonyi uns sagen, ob dieser Zweck des allgemeinen Wahlrechts auch sein Ideal sei. Im Jahre 1905 habe der heutige Finanzminister Dr. Gratz in dem Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt einen Aufsatz veröffentlicht, der das allgemeine Wahlrecht als für die Sachsen abträglich hinstellt. Nun, da er in diesem Kabinett sitzt, dürfte sich sein Standpunkt geändert haben. Sind ja doch die Interessen der Sachsen und der Ungarn gemeinsam. Gegenüber der etwa auszuschreibenden Neuwahlen durch den Grafen Moritz Esterházy wolle Redner feststellen, daß er und seine Partei, wenn sie herausgefordert, gereizt würden, den Kampf mit allen Mitteln der Entschlossenheit aufzunehmen bereit seien. Die neue Formation habe sichtlich alles ausgeschaltet, das sehe man ja; aber ob sie auch die Verwendung aller Mittel der Macht ausgeschaltet habe, dies bezweifle Redner entschieden. (Beifall rechts.) Wenn Sie (Redner wendet sich an die Linke) wünschen, daß mitten in diesem Kampfe aller gegen alle rings im ungarischen Vaterlande Ungar gegen Ungar kämpfe, dann nehmen Sie es nur auf sich! Redner will ein eklatantes Beispiel des neuinaugurierten Wahlsystems der Regierung anführen: die Wahl in Oláhfalu. (Lärm.) So spielen Männer mit ihrem Worte nicht, so dürfen sie damit nicht spielen. Redner wiederholt zum Schluß, daß die Partei der nationalen Arbeit dem Kampfe, wenn er ihr aufgezwungen würde, nicht aus dem Wege gehen werde. (Großer Beifall rechts. Redner wird beglückwünscht.)

Abgeordneter **Johann Benedek** (verein. Unabhängigkeitspartei)

ist der Ansicht, daß im Weltkriege kleinliche persönliche Rücksichten nicht für die Haltung der Parteien maßgebend sein dürfen. Redner hat seine politische Haltung stets nach den Gesichtspunkten der ungarischen Unabhängigkeit und der Demokratie gerichtet. Wir brauchen die Demokratie als Fundament aller jener Institutionen, die dem ungarischen Volke seine Existenzmöglichkeit sichern, damit es nicht gezwungen sei, seine Heimatsscholle zu verlassen. Es kann ihn, der für die Demokratie schon zu einer Zeit gekämpft hat, als dies noch zu Mißdeutungen Anlaß geben konnte, nur freuen, daß heute alle seine politischen Freunde von gestern im Lager der Demokratie stehen und daß das Wort der Demokratie selbst bei unserem König liebevolles Verständnis gefunden habe. Daß Wilhelm Vázsonyi in diesem Kabinett sitzt, beweist, daß die von ihm stets verkündeten demokratischen Ideen auch im Kabinett Wurzel gefaßt haben. Man hat seinerzeit dem Grafen Albert Apponyi zum Vorwurf gemacht, daß er in Amerika zum Demokratismus umgesattelt habe. Damals hat das Blatt Josef Vészis: Budapesti Napló sogar einen spöttischen Leitartikel über ihn geschrieben, den er „Graf Albert Vázsonyi" betitelte. Es wurde also damals die Annäherung an die Demokratie als Vázsonyismus bezeichnet. Doch Die Demokratie hat schon vor Wilhelm Vázsonyi bestanden und wird auch nach ihm bestehen, denn sie ist für die Entwicklung der Völker unerläßlich. Auch in der früheren Regierungspartei hat es immer auch Männer gegeben, die demokratische Standpunkte eingenommen haben. (Zurufe rechts: „Zwischen der Demokratie dieser Männer und der Vázsonyis ist ein großer Unterschied.") Die frühere liberale Partei ist deshalb zugrundegegangen, weil sie nicht auf dem Wege des Liberalismus weiter vorwärtsschritt, sondern sich mit dem Besitze der Macht begnügte und sich nicht dem neuen Geiste anpassen konnte. Sie ist später unter verschiedenen Namen wieder auferstanden; die neuen Parteien aber verkündeten andere Schlagworte und waren nicht mehr identisch mit dieser liberalen Partei. Ungarn war von jeher ein Land der Freiheit und der freien Entwicklung. Es hat den Idealen der großen französischen Revolution Raum geboten, hat in demokratischer Weise die Rechtsgleichheit eingeführt und noch später die freie Entwicklung der Konfessionen gesichert. Auf diesem Wege hätte die Politik des Landes fortgeführt werden sollen. Statt dessen hat sich die Majorität den demokratischen Forderungen verschlossen und in der Frage des Wahlrechts durch ihren genialen Führer Grafen Stefan Tißa eine verhängnisvolle Stellungnahme verkündet. Von jener Partei wurde uns wiederholt zugerufen: „Wir werden Sie vernichten!" Was haben wir denn gegen das Vaterland verbrochen? Daß wir das Heil des Vaterlandes auf anderem Wege suchen, ist doch kein Grund, uns zu vernichten. Wir wollen niemand vernichten, wir wollen bloß, daß der Nation die Möglichkeit geboten werde, ihren Willen frei und unbeeinflußt zu bekunden. Wir wollen freie Wahlen, in denen das Volk seiner Meinung Ausdruck verleihen kann. Das Volk will Friede, Brot und Rechte. Die ungarische Nation will ungarisch bleiben. Und dafür hat diese Seite des Hauses stets gekämpft. Das Wahlrecht ist nur ein Mittel und nicht Selbstzweck. Wenn das Parlament tatsächlich der Ausdruck des Volkswillens sein wird, dann wird auch der Weg des gesunden Fortschrittes wieder geebnet sein, dann wird der Einklang zwischen der Nation und dem Parlament hergestellt werden, und es wird nicht mehr möglich sein, daß die parlamentarische Mehrheit in wichtigen Fragen die Mehrheit der Nation nicht hinter sich habe. Redner hat zur Regierung Vertrauen und nimmt die Vorlage an. (Zustimmung links.)

Präsident unterbricht die Sitzung für fünf Minuten.

Nach der Pause ergreift Finanzminister Dr. Gustav Gratz das Wort.

Finanzminister **Gustav Gratz**

will sich in seiner Rede ausschließlich mit den finanziellen Fragen beschäftigen und sich über politische Fragen nicht äußern, da er ja gegenwärtig nicht Mitglied des Abgeordnetenhauses ist. Nur gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Alexander Sztranyavßky will er bemerken, daß er seine im Laufe der Jahre über das Wahlrecht und andere wichtige politische Fragen geschriebenen Artikel durchgelesen und gefunden hat, daß viele seiner vor Jahren geäußerten Ansichten lückenhaft und teilweise verfehlt waren. Der durch den erwähnten Abgeordneten verlesene, aus dem Jahre 1904 stammende Artikel im Siebenbürgisch-Deutschen Tagblatt gehört zum Teil ebenfalls in diese Kategorie. Seine Auffassung über das Wahlrecht deckt sich vollkommen mit der in der Regierungserklärung enthaltenen Aeußerung, daß nämlich bei der Lösung dieser Frage die Existenzbedingungen der Nation gewahrt werden müssen. Diese Frage müsse aber jetzt gelöst werden, damit nach dem Kriege, wo doch große und wichtige soziale Probleme der Lösung harren werden, sie nicht mehr den Gegenstand der Beunruhigung und weiterer Agitationen bilde. (Zustimmung links.)

Die bisherigen Reden in der Debatte über das Budgetprovisorium waren fast durchweg politischen Charakters, so daß der Minister darauf nicht zurückkommen will. In normalen Zeiten spiegelt sich im Finanzprogramm sozusagen die allgemeine Politik einer Regierung. Die gegenwärtige Finanzpolitik wächst aber weit über diesen Rahmen hinaus. Die wichtigen Probleme, deren Lösung unser harrt, wie die Wiederherstellung des normalen finanziellen und wirtschaftlichen Lebens, die Valutafrage, die Fragen der Rekonstruktionsarbeit dürfen nicht von parteipolitischem Gesichtspunkte aus betrachtet werden. Es handelt sich hier um wichtige gemeinsame nationale Interessen. Wir müssen bei der Lösung dieser Fragen alle, ohne Parteiunterschied, auf das gewissenhafteste unsere Pflicht erfüllen. Im Vordergrunde stehen Aufgaben, hinsichtlich deren jedermann eines Sinnes sein muß. Für absehbare Zeit muß das Finanzportefeuille eine Insel bilden, an der die Wellen der politischen Erregung sich brechen. Es wäre ein großes Unglück, wenn die politischen Strömungen dieses Gebiet überschwemmen würden.

Hier und dort kommen bei der Beurteilung der künftigen finanziellen Politik des Landes pessimistische Auffassungen zum Ausdruck. Redner kann diese nicht teilen, und ist entschlossen, mit Optimismus an die Lösung der Aufgaben zu schreiten. Wenn er auch in gewissem Maße ernste Töne anschlagen muß, so blickt er doch trotz aller Schwierigkeiten mit der größten Zuversicht der künftigen Entwicklung entgegen, vorausgesetzt, daß jeder in gewissenhafter Weise seine Pflicht erfüllt.

Die Lasten des Staates haben seit dem Ausbruch des Krieges in riesiger Weise zugenommen. Der österreichische Finanzminister Spitzmüller hat jüngst auf Grund der Daten der Staatsschuldenkontrollkommission nachgewiesen, daß die Kriegsausgaben Oesterreichs bisher etwa 34 Milliarden betragen. Demzufolge entfallen auf Ungarn etwa achtzehn Milliarden, eine Summe, mit der unser Staatshaushalt bisher nicht gerechnet hat. Dazu kommen die großen sozialen Lasten, die infolge des Krieges unerläßlich sind. Die Kriegsunterstützungen erreichten bis Ende Mai den Betrag von eineinhalb Milliarden. Eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungen kann nicht durchgeführt werden. Doch dürfte ein Besserung der Lage dadurch eintreten, daß die Kontrolle über die Berechtigung, Unterstützung in Anspruch zu nehmen, verschärft und die Bedingungen eingeschränkt werden. Zu den neuen sozialen Lasten gehören die Verfügungen, die zur Erleichterung der materiellen Lage der Staatsbeamten gehören. Mit Anerkennung gedenkt er des außerordentlichen Pflichteifers der Beamten und verweist darauf, daß die Schwierigkeiten der Existenzbedingungen in erster Reihe die Bürger mit fixen Bezügen belasten. Bisher wurden für die Unterstützung der Beamten 296 Millionen Kronen verwendet. Die Vorschläge, die der Entwurf über das Budgetprovisorium in dieser Richtung enthält, betreffen einerseits Verfügungen, die die Existenzbedingungen der Beamten erleichtern, andererseits die Beförderungsverhältnisse verbessern, beziehungsweise regeln. Wenn die Regierung in dieser Hinsicht bis zur äußersten Grenze geht, so tut sie dies im Bewußtsein, daß diese patriotisch fühlende und arbeitsame Klasse die großen Opfer entsprechend würdigen wird und diese Ausgaben durch den verdoppelten Fleiß der Beamten zu ertragreichen Investitionen gestalten werde.

Bezüglich der Regelung der Beförderungsverhältnisse schlägt die Regierung vor, daß die pensionierten Beamten, die infolge des Krieges einberufen worden sind, sowie die Beamten, die ihre Dienstzeit absolviert haben, doch wegen des Krieges im Amte blieben, extra statum geführt und ihre Stellen besetzt werden. Ferner soll die Wartezeit bei den Angestellten der Staatsbahnen und im Verwaltungsdienst auf drei Jahre herabgesetzt werden. Schließlich gibt der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß der die Verbesserung der Lage der Richter bezweckende Paragraph durch das Abgeordnetenhaus angenommen werden wird.

Große Lasten erwachsen dem Staat auch durch die wiederholte Verbesserung der materiellen Lage der in den staatlichen Betrieben angestellten Arbeiter. In der letzten Zeit wurden die Löhne fast jeden zweiten Monat verbessert. Die gegenwärtige Regierung beschäftigt sich mit dem Gedanken, die Löhne der staatlichen Arbeiter, beziehungsweise die Kriegsunterstützungen wesentlich zu erhöhen. Das wird neue Kosten fordern. Damit werden wir an der Grenze dessen angelangt sein, was wir ohne die Gefährdung des Bestandes der staatlichen Betriebe tun können. Der Minister warnt die Arbeiter vor übertriebenen neuen Forderungen. Er verweist darauf, daß die Teuerung auch darauf zurückzuführen ist, daß zu wenig Ware ist. Dieser Uebelstand kann durch erhöhte Löhne nicht beseitigt werden. Erhöhen wir die Zahlungsfähigkeit, so erhöhen wir dadurch wohl die Kauffähigkeit, verbessern aber dadurch keineswegs die Lage der Arbeiter und Beamten. Denn die Erhöhung der Löhne hat in der Regel die Erhöhung der Preise im Gefolge. Infolgedessen kann durch die fortwährende Erhöhung der Löhne das angestrebte Ziel nicht erreicht werden. Fahren wir weiter auf diesem Gebiete fort, so werden nur neue, unerhörte Schwierigkeiten entstehen. Die Regierung ist auf das gewissenhafteste bestrebt, in dieser Richtung allgemeine Beruhigung zu erwecken.

Der Minister beschäftigt sich sodann mit den Einnahmen des Staates während des Krieges. Sie gestalteten sich in vollkommen befriedigender Weise. Unsere Volkswirtschaft zeigte einen viel größeren Widerstand, als man allgemein voraussetzen konnte. Der Minister verweist auf den großen Erfolg aller Kriegsanleihen und hebt mit Worten der Anerkennung die große Opferwilligkeit aller Schichten der Bevölkerung hervor. Wohl ist die Zeichnungsfrist für die jüngste Kriegsanleihe noch nicht verstrichen, doch kann schon jetzt festgestellt werden, daß das Ergebnis der neuen Anleihe hinter der fünften nicht nur nicht zurückbleiben, sondern sie ein wenig übertreffen wird. Es beweist, daß das ganze Volk des Ernstes der Lage bewußt ist, daß es weiß, was auf dem Spiele steht und daß es unerschütterliches Vertrauen in die Zukunft setzt. (Lebhafter Beifall links.)

Trotz der ungeheueren Lasten, die das ungarische Volk infolge des Krieges übernehmen muß, gibt es einige trostreiche Momente, aus denen wir die Folgerung ableiten können, daß unsere Lage nach dem Kriege sich vielleicht nicht in dem Maße verschlechtern wird, als infolge der großen Steuerlasten angenommen werden könnte. Selbstverständlich wird der Staat den Verpflichtungen, die ihm au

Neue Freie Presse

26./IV. 1917

104

Abgeordnetenhaus.

(10. Sitzung.)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr.

Auf der Ministerbank: Seidler, Höfer, Toggenburg, Mataja, Cwiklinski, Banhans, Schauer, Homann, Ertl, Wimmer, Czapp, Twardowski.

Der Wechsel in der Regierung.

Zu Zuschriften des Ministerpräsidenten wird von dem stattgehabten Wechsel in der Regierung Mitteilung gemacht.

Erklärung des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler:

Von Sr. Majestät, unserem allergnädigsten Kaiser, zum Ministerpräsidenten ernannt, habe ich die Ehre, mich und das

[illegible]

gebracht, wo ihr ein belebteres Haus als Wohnung angeraten wurde. Sie durfte die Stadt nicht verlassen und bezog zur Verfügung ihres Hausherrn die bescheidenste Summe von 12.000 Gramm täglich. Alle ihre nach Paris gerichteten Bitten wegen Erhöhung dieser Tagesquote, die für eine fünfköpfige Familie kaum reichen können, blieben fruchtlos. Nur ein einziges Mal während ihrer zwanzigjährigen Gefangenschaft wurde ihr eine besondere Gunst seitens der Regierung zuteil. Sie durfte unter der Bedingung, daß sie Zeugnis ablegte und mit Strafe bedroht wurde, wenn sie darüber sprechen würde, einem Ministerium des Innern die Memoiren Waldeck-Rousseaus diktieren. Der Preis für diese Arbeit war eine Pension von 1900 Gramm jährlich. Sie wurde mit geschwärzten Lettern der Republik bekannt. Sie starb, und mit ihr starb auch das Geheimnis, das sie mit ins Grab nahm. Ihre Memoiren sind nie erschienen.

Tagung: Auf der „Straße nach Mukden" war in der Nacht des 19. Jänner ein ebenso eigenartiges als seltenes Schauspiel zu beobachten. Auf der einen Seite, wo noch hohes Strauchwerk von Johannisfackeln, Wie ein zweiter Sternenhimmel wogten die grünen, weißen und blauen Lichtpunkte im Winde schaukelnde leuchtende Blumen. An jenen zweiten baumloser oder hoher Feldgegend lag, schwankten wie Irrlichter

Pester Lloyd

27./VI. 1917

105

Die Debatte über das Budgetprovisorium.

Die Fortsetzung der Wahlrechtspolemik.

Die Rede des Justizministers Wilhelm Vázsonyi war das „große Stück" der heutigen Sitzung. Der Nachmittag brachte dann eine politisch polemische Beleuchtung der Situation durch den Abgeordneten Iwan Rakovßky, der vormittags seine Rede unterbrochen hatte. Abgeordneter Theodor Mihali unternahm einen Versuch zur Ehrenrettung der angegriffenen Teile der rumänischen Intelligenz. In entschiedener Weise protestierte Johann Richter, selbst katholischer Priester, gegen die Zumutung, daß in der Partei der nationalen Arbeit Antisemitismus Raum finden könnte. Es folgte eine ernste, objektiv forschende, sachkundige finanzpolitische Betrachtung des Abgeordneten Ludwig Beck und schließlich eine kritische Auseinandersetzung des Abgeordneten Ernst Desbordes.

Das Haus wird morgen das Budgetprovisorium weiterverhandeln.

Die Vormittagssitzung.

Die Vormittagssitzung nahm weiter den folgenden Verlauf:

Justizminister Wilhelm Vázsonyi:

Wie verlockend es auch wäre, zunächst auf die systematischen Angriffe, die gegen meine Person gerichtet worden sind, zu antworten, will ich mich doch vor allem mit den Daten und Argumenten beschäftigen, die hier zur Irreleitung der öffentlichen Meinung angeführt worden sind. Graf Stefan Tißa erklärte im Februar 1917, man könne nach der weitgehenden, kühnen Reform des Jahres 1913 nicht weitergehen, bis die Ergebnisse dieser Reform nicht klarstehen. Ferner sagte Graf Tißa bei einem Anlasse, daß durch die Wahlreform die Zahl der Wähler um 50 bis 60 Prozent erhöht würde. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die weitgehende, kühne Reform hat insgesamt dreihunderttausend neue Wähler gebracht, und die Zahl der Wähler nicht um 50 bis 60 Prozent, sondern nur um 28 Prozent erhöht. Koloman Széll hat seinerzeit mit einem Federstrich, durch die Erlassung der rückständigen Steuern, die Wählerzahl um 14 Prozent erhöht, ohne von einer kühnen, epochalen Reform zu sprechen. Die Reform des Grafen Tißa hat in sieben Munizipien die Zahl der Wähler sogar vermindert. Graf Tißa vertrat auch den Standpunkt, daß er während des Krieges überhaupt nicht geneigt ist, die Wahlrechtsfrage einer Revision zu unterziehen und das Wahlrecht als Gegenstand der Belohnung und des Dankes anzusehen. Diesen Standpunkt hat Graf Tißa in kurzer Zeit nach jeder Richtung hin aufgegeben. Ich verweise diesbezüglich nur auf das durch ihn gegengezeichnete königliche Handschreiben. Auch erklärte er sich später bereit, denjenigen das Wahlrecht zu geben, die mit der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet worden sind. Plötzlich hat Graf Tißa die Tapferkeit als Grundlage des Wahlrechts anerkannt, er, der in diesem Hause das Beispiel des tapferen achtjährigen Kindes vorgebracht hat. Die nationalen Bedenken des Grafen Tißa haben sich demnach während des Krieges wesentlich verändert. Er will das, was er für richtig hält, als Dogma hinstellen. Im Jahre 1913 war es Dogma, daß der industrielle Arbeiter nur dann das Wahlrecht erhalten kann, wenn er drei Jahre in einer Branche verbringt. Der Ministerpräsident gibt jetzt zu, daß er darin geirrt hat. Wenn er schon so viele Irrtümer begangen hat, weshalb as Landes sicherten. Wollen wir unter Wahrung der verssungsmäßigen Garantien einen Schritt weiter machen, so t das Maßhalten nicht nur berechtigt, sondern sogar eine nerläßliche Pflicht. Die französische Revolution hatte allen anzösischen Bürgern das Wahlrecht erteilt; die Folge davon ar nicht die Ruhe des Landes, sondern der Konvent mit allen inen Schrecken, und die Konsolidierung begann erst, als das irektorium das Wahlrecht wieder einschränkte. Die Forderung einer jeden Majoritätsregierung. (Lebhafter Beifall und Applaus links und äußerstlinks.) Denn sonst ist sie eine absolutistische Regierung. Das Kabinett Fejérváry kam nicht mit diesem Programm, auch nicht mit dem Programm des Wahlrechts, sondern mit dem Programm, die Autonomie der Komitate zu brechen, Regierungskommissäre zu entsenden. Das Kabinett Fejérváry trieb das Parlament mit bewaffneter Macht auseinander. Er usurpierte nur das Banner des Wahlrechts. (Lebhafter Beifall links.) Die Geschichte des Wahlrechts datiert nicht von Josef Kristoffy. Die Unabhängigkeitspartei hat bei ihrer Gründung das Wahlrecht in ihr Programm aufgenommen. Ich wünsche mir keine ehrlicheren demokratischen Politiker, als diejenigen, die die Unabhängigkeitspartei gegründet haben. (Lebhafter Beifall links.) Ich erinnere ferner an den Brief, den Ludwig Kossuth seinerzeit an den Abgeordneten Julius Schwarz gerichtet hat. In diesem Schreiben propagierte Ludwig Kossuth die Idee des Wahlrechts und empfahl, die Unabhängigkeitspartei möge den Namen „nationale demokratische Partei" annehmen. Die Unabhängigkeitspartei hat auch das Wahlrechtsprogramm nie fallen gelassen. Als hier im Hause zum ersten Male die Idee der Geschäftsordnungsrevision in den Vordergrund rückte, erklärte die Opposition, daß in Verbindung damit das demokratische Wahlrecht durchgeführt werden muß. Denn nur dann sei eine Geschäftsordnung gerechtfertigt, wenn die Mehrheit des Abgeordnetenhauses die wahre Mehrheit der Nation vertritt. (Lebhafter Beifall und Applaus.) Diesem Standpunkt hat die damalige Opposition auch in einem Beschlußantrag Ausdruck verliehen. Es fand auch unter dem Vorsitz des damaligen Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tißa eine Enquete statt, die aber ergebnislos verlief. Es folgte dann der bekannte Geschäftsordnungsputsch. Graf Stefan Tißa hat demnach ein schlechtes Gedächtnis, wenn er die Wahlrechtsbewegung von den Trabanten ableitet. Wir gingen damals mit der Parole des allgemeinen Wahlrechts in den Kampf. Und wir können sagen, das allgemeine Wahlrecht hat zum ersten Male bei den Wahlen des Jahres 1905 triumphiert, denn die Entrechteten, die vom Wahlrecht Ausgeschlossenen, haben durch ihre Anhänglichkeit und Begeisterung uns damals die Mehrheit verschafft. (Zustimmung links.) Josef Kristóffy wollte mit seinem Wahlrechtsplan die Demokratie vom Pfade der Verfassungsmäßigkeit, vom nationalen Pfade verdrängen. Er usurpierte demnach das Banner des Wachlrechts. Man spricht von Demagogie. Ich stand damals der Straße und denjenigen gegenüber, die politisch mir am nächsten stehen. Meine ganze Existenz war aufs Spiel gesetzt, weil ich auf dem Pfade der von der Verfassung und der nationalen Tendenz getrennten Demokratie nicht wandeln wollte. (Applaus links.) Auch hielt ich an der Resolution fest, die Sie dann aufgaben, obwohl man in meine Fenster schoß und mich mit Steinen bewarf. Als man mich hier im Hause angriff und mein nationales Gefühl verdächtigte, nahm Herr Josef Kristóffy als Mitglied der liberalen Partei gegen die Ausdehnung des demokratischen Wahlrechts Stellung. Meine letzte Rede vor dem Putsch im Jahre 1904 war ganz dem Wahlrecht gewidmet. Nach solchen Antezedentien kann man nicht behaupten, daß wir die Trabantenregierung deshalb angriffen, weil sie das Wahlrecht durchführen wollte. Ebenso widersprechen die Behauptungen den Tatsachen, als ob in der Generalversammlung der Hauptstadt nur 93 Mitüsser ersten atür- fer- Roh- stoff- för- dreißig. Das ist eine glänzende Honorierung der politischen Gesellschaft, der ungarischen Gesellschaft. Der Fabrikant mit 400 Arbeitern erhält nur mit 30 Jahren, seine Arbeiter mit 27 Jahren das Wahlrecht. Diese Taktik des Sonderfriedens kann auch zu folgendem komischen Ergebnis führen: Ein Schneidergehilfe kann mit 27 Jahren wählen, wenn er sich selbständig macht, erst mit dreißig.

Graf Tißa spricht fortwährend von Atheismus. Woher nimmt er diese Beschuldigung? Er möge es beweisen, wer atheistische Lehren verkündet. Wir wollen, behauptet er, das Ungartum nicht zur Geltung kommen lassen; das landwirtschaftliche Proletariat, in dem leider das Ungartum weit stärker vertreten ist, als im Kreise der Grundbesitzer, da die landwirtschaftlichen Arbeiter nach der Statistik 64·6 Prozent ausmachen gegenüber 40 Prozent der ungarischen, des Lesens und Schreibens kundigen Grundbesitzer (So ist's! links), diese kernungarischen Schichten will Tißa rechtlos lassen, obwohl man z. B. auch im Kreise des landwirtschaftlichen Gesindes mehr Ungarn — 78 Prozent — findet. Er will aber eine Aristokratie der Bevorzugten in den Städten schaffen. Von uns aber behauptet er, wir honorieren das Ungartum nicht. (Lebhafter Beifall links.)

Abgeordneter Karl Hußár (Sárvár): Das Volk wird es nicht dulden!

Abgeordneter Szmrecsányi: Wir treffen uns, wir hoffen es, bald vor den Wählern!

Justizminister Wilhelm Vázsonyi: Auch heute hat man es vielfach betont, es liege im Interesse der Dynastie, daß die demokratische Reform des Wahlrechtes nicht verwirklicht werde. Wenn wir die Gesellschaft mit einer Pyramide vergleichen, deren obere Schichten immer enger werden, an der Spitze aber das Königtum stehe, so wäre diese Spitze gewiß dann besser gestützt, wenn die fundamentalen Schichten breiter sind, als wenn man sie verschmälert. Ist es nicht das Interesse der Dynastie, daß die Liebe und Begeisterung für die Persönlichkeit des Königs im Herzen eines jeden Sohnes der Nation lebe, weil er den König an der Spitze der Rechtsausdehnung sieht? (Zustimmung links.) Entspricht das nicht mehr den Ueberlieferungen des ungarischen Königtums? (Zustimmung links.) Das ungarische Königtum hat im Zeitalter der ständischen Verfassung die Hörigen verteidigt, Patente und Vorrechte den städtischen Bürgern gesichert. Es war die Tradition und ist das Interesse dieses Königtums, die Entrechteten zu schützen. Die Mehrheit verteidigt nicht die Dynastie, sie verteidigt sich selbst, wenn sie behauptet, daß diese Reform die Dynastie bedroht. (Lebhafter Beifall links.) Vom Gesichtspunkte des Schutzes der Dynastie tauchen zwei Fragen auf. Die erste ist die Gestaltung der russischen Demokratie. Kann da Ungarn noch weiterhin in der demokratischen Sintflut der Berg Ararat bleiben? Wir können nicht mehr eine Insel in dem demokratischen Europa bilden. Wir müssen mindestens so demokratisch sein als das übrige Zentraleuropa. Das Deutsche Reich wurde durch die verschmelzende Kraft des allgemeinen Wahlrechts geschaffen und wird dadurch erhalten. (Heiterkeit und Widerspruch rechts.) Lachen Sie nur über Bismarck! Auch Oesterreich hat das allgemeine Wahlrecht. (Großer Lärm und zahlreiche Zwischenrufe rechts.) Auch Bulgarien und die Türkei haben eine demokratische Verfassung. Nur wir sollen isoliert bleiben? Sie sprechen von den Segnungen des allgemeinen Wahlrechts in Oesterreich. War nicht Oesterreich auch vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts den größten nationalistischen Wirren und Erschütterungen ausgesetzt? Die Proklamierung des tschechischen Staatsrechtes ist nicht in der Zeit des allgemeinen Wahlrechts er-

Berliner Lokalanzeiger

Neues Wiener Tagblatt

27./VI. 1917 108

Zweite Lesung des Budgetprovisoriums.

(Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. Juni.)

Nach einer vielstündigen Debatte wurde gestern abend das Budgetprovisorium in zweiter Lesung mit 292 gegen 150 Stimmen angenommen. Dafür stimmten der Deutsche Nationalverband, die Christlichsozialen, die Wiener Freiheitlichen, die Polen, die Rumänen, die Südslawen, von den Italienern die Abgeordneten Bugatto und Fajdutti; dagegen die Südtiroler Italiener, die Tschechen, die Ruthenen und die Sozialdemokraten; die polnischen Sozialdemokraten fehlten.

Heute findet die dritte Lesung des Budgetprovisoriums statt, dann berät und beschließt das Haus die Mandatsverlängerung; hierauf werden in Form von dringlichen Anfragen die Friedensanträge der Abgeordneten Daszynski und Monsignore Stojan in Verhandlung gezogen.

Nachstehend der Bericht:

Die Abänderungsanträge Dr. Steinwenders.

Berichterstatter Dr. Steinwender (Deutscher Nationalverband) führte aus, er sei, da im Budgetausschuß eine Abstimmung über die Regierungsvorlage nicht stattgefunden hat, nur in der Lage, im eigenen Namen die bekannten Anträge zu unterbreiten, die im Budgetausschuß gestellt, aber nicht zur Abstimmung gebracht wurden. Die Regierung hat um ein Budgetprovisorium auf sechs Monate und um eine unbeschränkte Ermächtigung für Anlehen angesucht, einen Staatsvoranschlag aber hat sie nicht vorgebracht. Zwar habe der Finanzminister im Ausschusse eingehende Aufklärungen über die Heeresausgaben, über die sonstigen außerordentlichen Auslagen und über die Kreditoperationen gegeben, aber es habe sich auch nicht eine Stimme für die unveränderte Annahme der von der Regierung gestellten Anträge im Ausschusse erhoben. Ueber die Kreditoperationen zu stellen, sei ungewiß. Wenn es den Ausgleich in die Hand nimmt, so möge es die Ausgleichsvorlagen dem Hause so rechtzeitig vorlegen, daß das Parlament noch zumindest jenen Einfluß darauf nehmen könne wie Ungarn. Als Ausgleichssanatorium zu dienen, das nichts anderes zu tun hat, als sich mit Ungarn in letzter Minute wegen unabänderlicher Bestimmungen zu streiten, dazu fühle sich das Parlament zu gut. Die deutschen Abgeordneten Tirols haben seinerzeit wiederholt erklärt, daß sie zu dem Bündnis mit Italien kein Vertrauen haben. Bei den in Südtirol vorgenommenen Evakuierungen möge manches vorgekommen sein, was hätte vermieden werden können, aber lauter Unschuldige wurden sicherlich nicht verhaftet und in Konzentrationslager gebracht. Die österreichischen Italiener wurden gewiß besser behandelt als diejenigen Deutschen, die sich zur Zeit des Kriegsausbruches in Italien aufgehalten haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Redner beklagt sich über die in Südtirol durchgeführte Rückverwelschung der italienischen Ortsnamen und erklärt schließlich, das Bündnis der Monarchie mit dem Deutschen Reiche sei nicht nur eine Herzenssache der Deutschen, sondern auch die notwendigste Notwendigkeit für Oesterreich. (Lebhafter Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Konecny (Tschechischer Verband) beschäftigt sich mit der Lage der Internierten und politischen Häftlinge in militärischen Strafanstalten und führt Beschwerde über mangelhafte Beköstigung in denselben.

Abg. Goll (Deutscher Nationalverband) verweist auf die Tätigkeit der Kriegszentralen, welche eine vollständige Vertrustung des Wirtschaftslebens herbeiführen. In der Ernährungsfrage genügt es nicht, die Verteilung der Lebensmittel zu regeln, das Hauptgewicht müsse auf die Vermehrung der Produktion gelegt werden, worin allerdings positive Arbeit zu vermissen sei. Redner richtet an die Regierung das dringende Ersuchen, energisch eine Organisation zur vermehrten Erzeugung von Lebensmitteln in Angriff zu nehmen.

Abg. Sever (deutscher Sozialdemokrat) verweist darauf, in Deutschland sei man so einsichtsvoll gewesen, einen Erlaß herauszugeben, daß mit dem erreichten 45. Lebensjahre die Leute aus dem Heeresverbande, ob an der Front oder im Hinterland, zu entlassen seien. Bei uns sei nicht einmal zu erreichen, daß der Erlaß des Kaisers, wonach die 51- und 52jährigen längstens bis 30. Juni entlassen werden sollen, durchgeführt werde. Man müsse aber weitergehen und verlangen, daß nach dem Beispiel Deutschlands vom 45. Lebensjahre an die Leute aus dem Heeresverband entlassen werden. Redner bringt dann eine Reihe von Beschwerden über schlechte Behandlung von Mannschaftspersonen durch einzelne Offiziere vor. Er müsse wahrheitsgemäß sagen, daß der Großteil der Offiziere hochanständige Herren seien. Gegen solche aber, die sich Brutalitäten zuschulden kommen lassen, muß eingeschritten werden. Das Volk soll sehen, daß das Parlament auch dazu da ist, sich der Kinder des Volkes anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Des weiteren wendet sich der Redner gegen die Bevorzugung der Offiziersmenagen, durch welche die Verpflegung der Mannschaft zu Schaden komme. Strenge wäre auch darauf zu halten, daß der Urlaub, den die Mannschaft im Felde zu erhalten berechtigt ist, auch eingehalten werde. Die Partei des Redners werde im Heeresausschuß den Antrag einbringen, daß eine Kommission zur Untersuchung aller vorgebrachten Fälle eingesetzt und ihr die Berechtigung gegeben werde, an Ort und Stelle, ob im Feld, in der Etappe oder in der Kaserne, die Sache zu untersuchen und unsre Kinder und unsre Familienväter gegen schlechte Behandlung zu schützen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kurisch (Deutscher Nationalverband) polemisiert gegen die Rede des Abg. Praschek und erklärt, daß solche Reden alle Hoffnungen begraben, daß sich die einzelnen Nationen über die Neugestaltung der Verfassung in Oesterreich werden verständigen können. Redner schließt diesen Teil seiner Ausführungen mit dem Wunsch, daß ein Friede erkämpft werde, der den Mittelmächten die volle staatliche Unabhängigkeit, ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet und es in Hinkunft keiner Koalition der Welt möglich macht, an unsre Lebensinteressen zu greifen. Er bespricht sodann noch die Zensurverhältnisse und Unzukömmlichkeiten in der Militärverwaltung.

Abg. Bechyne (tschechischer Sozialdemokrat) bemerkt, daß die tschechischen Sozialdemokraten gegen das Budgetprovisorium nicht nur deshalb stimmen, weil die Zusammensetzung der Regierung den wirklichen Verhältnissen im Staate nicht entspricht, sondern in erster Linie aus dem Grunde, weil sie ob der Zustände, in welche der Krieg uns gestürzt hat, und ob des Faktums des Krieges selbst dem Zorne des Volkes Ausdruck verleihen wollen. Die tschechischen Sozialdemokraten wollen dem sinnlosen und endlosen Massenmorde ein Ende setzen, sie wollen den Frieden und die Freiheit. Das Volk will den Frieden, nicht Friedensphrasen, sondern Friedensarbeit. Redner bespricht sodann die Verpflegungsverhältnisse in der Armee, beklagt sich über die Behandlung der Mannschaftspersonen und verweist in diesem Zusammenhange auf seine im Budgetausschusse eingebrachte Resolution betreffend die Abschaffung der Offiziersküchen. Er erinnert weiter an seine bereits dem Budgetausschusse unterbreitete Resolution betreffend die Einsetzung eines 53gliedrigen Ausschusses, dessen Mitglieder die Verhältnisse an der Front, in der Etappe und im Hinterlande kontrollieren sollen.

Die Debatte wird sodann geschlossen. Zu Generalrednern werden gewählt: Pro Dr. Wichtl, kontra Dr. Zahradnik.

Generalredner pro Dr. Wichtl gibt einen historischen Ueberblick der Entwicklung des tschechischen Staatsrechtes und reagiert sodann auf die Ausführungen des Abg. Praschek bezüglich des Prozesses gegen Dr. Kramarsch und über unser Verhältnis zu Deutschland. Die Schwäche der Regierung des Ministeriums Stürgkh war eine unheilvolle. Das Ministerium des Grafen Clam-Martinitz hat diesem Beispiel wenig nachgegeben. Will die gegenwärtige Regierung dasselbe Schauspiel bieten, Schwäche und Zerfahrenheit? Bedenken Sie das Goethesche Wort: Wer im Schwanken der Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Deutschnationalen. — Redner wird beglückwünscht.)

Abg. Dr. Zahradnik (Tschechischer Verband) wendet sich gegen die Politik des Grafen Clam, — den echt tschechischen Namen Martinic wolle Redner nicht nennen, damit er als sogenannter tschechischer Adeliger nicht vielleicht gewisse Kreise zur Ansicht bringe, als wäre er ein Vertreter und Verfechter der Rechte des tschechischen Volkes. Sein Andenken bleibt mit feurigen Buchstaben in der Geschichte des tschechischen Volkes verzeichnet. (Beifall bei den Tschechen). Als Sukkurs kamen Fürst Fürstenberg und Graf Nostitz, damit sie die Abgeordneten des tschechischen Volkes auslachen. Noch niemals ging das nationale Bewußtsein im tschechischen Volke so hoch wie jetzt, noch nie war es so sehr vom letzten Taglöhner bis zur Intelligenz durchdrungen von der Pflicht, treu zum Volke zu halten wie jetzt. Das ist das gute, das Graf Clam uns gebracht hat, und für dieses nationale Bewußtsein sind wir ihm dankbar.

In seinen Ausführungen wird der Redner durch vielfache lebhafte Zwischenrufe von der Linken unterbrochen. Lebhafte Gegenrufe bei den Tschechen. Andauernder Lärm.

Präsident Dr. Groß gibt wiederholt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe.

Abg. Dr. Zahradnik: Die Herren werfen mir vor, daß ich als Priester hier spreche. Hier sind wir Abgeordnete, und wenn ich das Kollare trage, habe ich eine doppelte Pflicht, mich meines Volkes anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Tschechen. Fortdauernde lebhafte Zwischenrufe links, Gegenrufe bei den Tschechen, Lärm.)

Abg. Hauser (christlichsozial): Schämen Sie sich, als Geistlicher so zu provozieren! Provozieren Sie nicht so! (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen links. Lebhafter Widerspruch und zahlreiche Gegenrufe bei den Tschechen.)

Abg. Dr. Zahradnik: Drei Wochen vor seinem Tode sprach ich mit dem Grafen Stürgkh und protestierte gegen das, was er mit unserm Volke machte. Damals sagte ich: Exzellenz, glauben Sie an einen Gott, an sein Gericht? Vor dieses Gericht rufe ich Sie. Als Priester sage ich auch Ihnen: Vor dieses Gottesgericht rufe ich Sie, rufe ich die Regierungen. An diesen Gott glaube ich, daß er meinem Volke beistehen und ihm zum endgültigen Siege verhelfen wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Tschechen.)

Die Abstimmung.

Berichterstatter Dr. Steinwender empfiehlt in seinem Schlußwort die Annahme des Budgetprovisoriums und die Zuweisung der im Laufe der Debatte beantragten Resolutionen an den Budgetausschuß.

Bei der Abstimmung wird das Budgetprovisorium mit 292 gegen 150 Stimmen angenommen. Die im Laufe der Debatte eingebrachten Resolutionsanträge werden dem Budgetausschuß zugewiesen. Ein Antrag des Abg. Stanek, dem Budgetausschuß für die Berichterstattung über die Resolution der Abgeordneten Kadlzak und Genossen betreffend die Sprachenverhältnisse bei den Eisenbahnen eine achttägige Frist einzuräumen, wird abgelehnt.

Die galizischen Geiseln.

Präsident Dr. Groß führt in Beantwortung einer von den Abgeordneten Dr. Tertil und Genossen schriftlich an ihn gerichteten Anfrage, ob er geneigt sei, im Namen des Hauses zwecks Freilassung der aus Galizien nach Rußland verschleppten Geiseln und Zivilgefangenen die geeigneten Schritte zu unternehmen, aus: Die aus Galizien und der Bukowina verschleppten Geiseln verdienen gewiß die allergrößte Teilnahme, weil diese zu den unglücklichsten Opfern des Krieges gehören. Ich bitte, überzeugt zu sein, daß ich mein möglichstes tun werde, um bei der Regierung die nötigen Schritte zu erwirken. Mit welchem Erfolg diese Schritte unternommen werden, liegt nicht in unsrer Hand, da die endgültige Entscheidung bei der russischen Regierung steht.

Nächste Sitzung heute um 11 Uhr vormittags. Tagesordnung: 1. Dritte Lesung des Budgetprovisoriums; 2. Ausschußwahlen; 3. zweite Lesung der Regierungsvorlage betreffend die Verlängerung der Mandatsdauer.

Schluß der Sitzung ¾9 Uhr abends.

* * *

Aus dem Einlauf.

Interpellationen wurden überreicht von dem Abg. Dr. Neumann betreffend Abhilfe gegen das Anstellen um Lebensmittel; Friedmann betreffend die rechtzeitige Zustellung der Einberufungsbefehle an die für unbestimmte Zeit Enthobenen; Dr. v. Mühlwerth betreffend die Erlassung eines neuen Gesetzes über die Versorgung der Kriegsinvaliden, Militärwitwen und -waisen; Zenker betreffend das Verbot der freien Einfuhr ausländischer Preßerzeugnisse. Es wird an den Minister des Innern die Anfrage gestellt, ob er geneigt sei, die erforderlichen Verfügungen zu treffen, daß auch in Oesterreich, gleichwie es im Deutschen Reich der Fall sei, Zeitungen aus dem feindlichen Ausland eingeführt und verkauft werden dürfen.

Pester Lloyd Abendbl 28./VI. 1917 N° 109

halbj. 10 K., viertelj. 5 K., monatlich 2 K. Mittäglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 52 K., halbj. 26 K., viertelj. 13 K., monatl. 4.50 K. Für das Inland und Oesterreich: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 42 K., halbj. 21 K., viertelj. 10.50, monatl. 3.60 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 30 K., halbj. 15 K., viertelj. 7.50, monatl. 2.60 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 56 K., halbj. 28 K., viertelj. 14 K., monatlich 5.— K. Mit separater Postversendung des Abendblattes: viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 20 K, für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

ABENDBLATT

Bureaus: J. Blockner, R. Eckstein, Györi & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

64. Jahrgang. **Budapest, Donnerstag, 28. Juni 1917** **Nr. 162**

Die gestrigen Demonstrationen und das Abgeordnetenhaus.

Rücktritt des Oberstadthauptmanns Dr. Boda.

Budapest, 28. Juni.

Die gestrigen Demonstrationen und ihre sehr bedauerlichen Nebenerscheinungen spielten heute hinein in die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses. Die Geschehnisse wurden in den Wandelgängen lebhaft erörtert. In der Sitzung selbst wurden sie vor der Tagesordnung von dem Abgeordneten Johann Teleßky zur Sprache gebracht. Die Ausführungen Teleßkys enthielten eine scharfe Kritik einerseits der unzulänglichen behördlichen Verfügungen, die die gestrigen Ausschreitungen ermöglicht haben, und andererseits der merkwürdigen Erscheinung, daß die Zensurbehörde unter dieser neuen Regierung, die bei ihrem Amtsantritt die Wiederherstellung der Preßfreiheit versprochen hatte, in der verflossenen Nacht den Zeitungsredaktionen Vorschriften darüber zu machen sich erkühnt habe, welchen Teil der Tatsachen sie verzeichnen dürfen und welche sie zu verschweigen hätten. Mit Recht konnte Teleßky darauf hinweisen, daß in den drei Jahren der Regierungstätigkeit des Kabinetts Tißa, dem die Arbeiterschaft nicht eben freundlich gegenüberstand, die öffentliche Ordnung stets ungestört hatte gewahrt werden können, während gestern nacht die neue Regierung, obgleich sie sich der Sympathien der Arbeiterschaft erfreut, die gegen die Sicherheit der Person und des Eigentums begangenen Massendelikte nicht zu verhindern vermocht hat.

Herr v. Teleßky hatte ruhig, leidenschaftslos diese Ausführungen gemacht. Einzelne Punkte seiner Rede wirkten durch treffende Pointierung auf das ganze Haus, vor allem die Bemerkungen, in denen er der neuen Regierung die Verschärfung der Zensur vorwarf und das Kabinett verantwortlich machte für unzutreffende Meldungen, die gestern durch das amtliche Preßkomitee über den Verlauf der Demonstration verbreitet wurden.

Minister des Innern Gabriel Ugron antwortete sofort. Obgleich er die Verantwortlichkeit der Regierung für die volle Sicherheit des Vermögens und der Person des Staatsbürgers anerkannte, waren seine Ausführungen wesentlich dennoch darauf gerichtet, die Verantwortlichkeit der Polizei für die gestrigen Vorgänge festzustellen. Er ließ erkennen, daß die Regierung, als sie von der Verteilung der Flugblätter, die gestern in den Fabriksunternehmungen die Arbeiter zur Demonstration auf die Károly-király-ut riefen, Kenntnis erhielt, nicht mehr über die nötigen Gewalten verfügte, um diese Versammlung zu verhindern. So habe er denn die im Hause anwesenden Führer der Arbeiter ersucht, für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Rahmen einer Volksversammlung zu sorgen und die Versammelten im Hofe des Stadthauses zu konzentrieren, um dann die Versammlung ungestört und in Ruhe auflösen zu können. Der Minister des Innern hat überdies der Polizei Anweisungen erteilt, mit entsprechender Brachialgewalt namentlich den Platz vor dem Klub der Partei der nationalen Arbeit zu sichern. Die Polizei habe jedoch — so erklärte der Minister — auch die Weisung empfangen, Zusammenstöße und die Requirierung von Militärgewalt möglichst zu vermeiden, eine Weisung, die sie dann untätig blieb, als ein Teil der Demonstranten Geschäftsläden demolierte und Plünderungen unternahm. Deshalb hat der Minister des Innern den Oberstadthauptmann Boda zur Verantwortung gezogen und dessen Demission angenommen.

Man wird die sympathische und um die öffentliche Sicherheit Budapests sehr verdiente Persönlichkeit Desider Bodas gewiß nur mit Bedauern vom Amte scheiden sehen. Im gegenwärtigen Augenblick ist jedoch nicht diese Frage im Vordergrunde. Der Minister des Innern hat heute zugesagt, daß Vorgänge wie die gestrigen fürderhin unbedingt vermieden werden sollen. Darauf ist das Gewicht zu legen. Es ist Pflicht der Regierung und eine Notwendigkeit der gegebenen politischen Situation, daß die öffentliche Sicherheit unbedingt gewahrt bleibe und es gehört zur Voraussetzung jeder Regierungstätigkeit, daß das Kabinett die hiezu erforderliche Energie besitze.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Vizepräsident **Karl Száß**

eröffnet die Sitzung nach halb 12 Uhr.

Als Schriftführer fungieren: Paul Száß, Emerich Szepesházy, Ladislaus Almásy.

Auf der Ministerbank: Graf Apponyi, Ugron, Dr. Gratz, Graf Serényi, Vázsonyi, Mezőssy.

Präsident unterbreitet die Zuschrift des Präsidenten des Hauses Paul v. Beöthy, in der dieser seine Stelle als Präsident des Abgeordnetenhauses zurücklegt und dem Hause für die ihm in seiner Stellung bekundete freundliche Unterstützung seinen wärmsten Dank ausspricht.

Das Schreiben des zurücktretenden Präsidenten lautet wie folgt:

Bad Csiz, 26. Juni 1917.

„Ew. Exzellenz, Herr Vizepräsident!

Ich bitte Ew. Exzellenz, meine Abdankung von der Stelle des Präsidenten, die ich dank dem Vertrauen des Abgeordnetenhauses bekleidet habe, dem Abgeordnetenhause zur Kenntnis bringen zu wollen. Zugleich bitte ich Ew. Exzellenz, dem geehrten Hause meine aufrichtig empfundene, dankbare Erkenntlichkeit für die ehrende Unterstützung zu verdolmetschen, durch die es mich stets — auch in den schwersten Zeiten — während meiner Tätigkeit als Vizepräsident sowohl wie als Präsident auszuzeichnen die Güte hatte.

Empfangen Ew. Exzellenz den aufrichtigen Ausdruck meiner besonderen Hochachtung.

Paul v. Beöthy."

Vizepräsident **Karl Száß**

verweist darauf, daß Paul v. Beöthy durch vier Jahre die Stelle eines Präsidenten des Abgeordnetenhauses bekleidet hat. Seinem patriotischen Pflichtgefühle folgend, war er einer der ersten, die sich beeilten, an der bewaffneten Verteidigung des Vaterlandes teilzunehmen. Im Herbst des vorigen Jahres kehrte Paul v. Beöthy trotz seiner damaligen Kränklichkeit nach dem Kriegsschauplatze zurück und erkrankte dort. Dank der Fürsorge hat sein Gesundheitszustand sich gebessert, aber doch nicht in dem Maße, um das Präsidium des Hauses wieder übernehmen zu können. Als mit der Aenderung der politischen Lage das Präsidium seinen Rücktritt anmeldete, zog auch Paul v. Beöthy die Konsequenz und er hat nun seine Abdankung auch formell angemeldet. Redner fühlt einen inneren Drang, bei dieser Gelegenheit auf den außerordentlichen Takt und die Gewissenhaftigkeit zu verweisen, mit der Paul v. Beöthy als Präsident des Abgeordnetenhauses sowohl die Verwaltung als auch die Beratungen des Hauses geleitet hat, was wohl auch jene heute anerkennen werden, die seine politischen Gegner sind. Sie werden wohl auch anerkennen, daß Paul v. Beöthy sich stets als ganzer Mann erwiesen hat. (Stürmischer Beifall und Zustimmung rechts.)

Das Haus nimmt die Zuschrift zur Kenntnis.

Präsident teilt mit, daß der Abgeordnete Béla Tauscher einen längeren Urlaub erbitet, der ihm erteilt wird.

Präsident unterbreitet eine Zuschrift des Ministerpräsidenten mit der Mitteilung des Wunsches des Königs, daß am 1. Juli in ganz Ungarn Bittgottesdienste für die glorreiche Beendigung des Krieges und für die heurige Ernte veranstaltet werden. Präsident teilt mit, daß ein solcher Bittgottesdienst Sonntag, um 10 Uhr vormittags, in der Krönungskirche stattfinden werde. Wird zur Kenntnis genommen.

Vor der Tagesordnung erteilte der Präsident dem Abgeordneten Johann Teleßky das Wort.

Abgeordneter **Johann Teleßky**:

Wenn eine Regierung sich nicht als stark genug erweist, die freie Bewegung, die freie Meinungsäußerung und die Sicherheit des Vermögens der Bürger zu schützen, so fällt der Opposition die Aufgabe zu, dies vor dem ganzen Lande hier im Hause zur Sprache zu bringen. Die Aufrechterhaltung der Ordnung ist eine der wichtigsten Anforderungen des staatlichen Lebens, ist die erste Aufgabe der Regierung. Das ist immer der Fall. In gesteigertem Maße aber inmitten des Weltkrieges. Es ist natürlich, daß während des Krieges die Ordnung nicht mit denselben Mitteln aufrechterhalten werden kann wie in normalen Zeiten, deshalb waren alle Regierungen gezwungen, für die Dauer des Weltkrieges Ausnahmeverfügungen zu treffen, die unter normalen Verhältnissen sich erübrigen. Infolgedessen wurden in der ganzen Welt einschränkende Verfügungen betreffend das Versammlungsrecht und die Preßfreiheit getroffen. Die frühere Regierung war fast drei Jahre lang wiederholt wegen dieser Verfügungen den Angriffen der jetzt die Regierung unterstützenden Parteien ausgesetzt. Der gestrige Tag erbrachte einen glänzenden Beweis dafür, daß wir recht hatten, und der gestrige Tag bot eine glänzende Genugtuung für die Politik, die wir durch drei Jahre vertreten haben. Während dieser drei Jahre standen die Massen nicht in unserem Lager verstärkt, sondern, durch falsche Schlagworte irregeführt, in dem der Opposition. (Lebhafter Beifall rechts, großer Lärm links.) Dessenungeachtet ist es uns gelungen, während dieser dreier Jahre ähnliche Szenen, wie sie sich gestern ereigneten, zu vereiteln, ohne daß dadurch die berechtigten Anforderungen der persönlichen Freiheit irgendwie verletzt worden wären. (Großer Lärm und Widerspruch links.) Die gegenwärtige Regierung hat verkündet, daß sie in der Handhabung des Versammlungsrechtes und der Preßfreiheit einen anderen Standpunkt einnimmt als die frühere Regierung. Am gestrigen Tage sahen wir, daß die Regierung das Versammlungsrecht wohl anders handhabt als wir, aber die Preßfreiheit in derselben Weise, ja sie ist sogar viel weitergegangen, als wir es jetzt taten. Die Lücken in einzelnen Blättern beweisen, daß die Zensur gestern tüchtig an der Arbeit war. Die Zensurkommission begnügte sich nicht damit, sie gab den Blättern Weisungen, was sie schreiben sollen. Diese Weisungen weichen tatsächlich von der Art ab, wie wir die Zensur gehandhabt haben. Denn in den Weisungen, die wir den Blättern gegeben haben, wurden nie Unwahrheiten behauptet. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm links.) Die Weisungen, welche gestern erteilt wurden, enthielten auch Einzelheiten, die mit der Wahrheit im Gegensatze stehen. So wurde unter anderem durch die Zensurkommission erklärt, daß Handlungen, die gegen das Gesetz verstoßen, überhaupt nicht begangen worden sind. (Heiterkeit rechts.) Der Justizminister ist ein ausgezeichneter Kenner des Strafrechtes, und er wird diese Behauptung sicher nicht unterschreiben.

Justizminister Wilhelm Vázsonyi: Ich habe diese Weisung nicht erteilt!

Abgeordneter Johann Teleßky (fortfahrend): Es ist Pflicht der Regierung, Weisungen zu erteilen. Wenn der Herr Justizminister nichts davon weiß, so ist er dennoch dafür verantwortlich, denn er hätte davon wissen müssen. Die Regierung hat das Versammlungsrecht zweifellos gestern anders gehandhabt, als wir es getan, sie gestattete eine Volksversammlung, ohne die vorangegangenen Erscheinungen und die aufgeregte Stimmung zu berücksichtigen, von der die Herren von der Gegenseite jedenfalls besser unterrichtet waren als wir, weil die Herren den Quellen, aus denen diese aufgeregte Stimmung entsproß, näher stehen als wir. (Lebhafter Beifall und Applaus rechts. Lärm links. Rufe links: An der erregten Stimmung tragen Sie die Schuld!) Hätte man die Sache gewissenhaft erwogen, so hätte man die Konsequenzen, die tatsächlich eingetreten sind, mit mathematischer Gewißheit voraussehen können. Wir können jetzt nichts anderes tun, als die Verantwortung für die gestrigen Ereignisse mit ihrem vollen Gewichte auf die Regierung zu wälzen, die diese Volksversammlung gestattet hat. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich will keineswegs die Politik der Regierung beeinflussen, es ist Sache der Regierung, festzustellen, was sie während des Krieges gestatten kann, was sie mit den Interessen des Landes, mit den Interessen der Kriegführung im Einklang stehend erachtet. Allein das müssen wir erwarten, daß die Regierung für alle Folgen ihrer Handlungen die volle Verantwortung übernimmt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Daß die Regierung die Abhaltung der Versammlung nicht hätte gestatten dürfen, beweisen die Ereignisse und beweist der Umstand, daß der erste Redner dieser Volksversammlung Aeußerungen getan hat, die die Zensur streichen mußte. Ich weiß nicht, was diese Aeußerungen enthielten, ich weiß nur, daß die Zensur gezwungen war, sie zu streichen. Haben sich aber diese Worte nicht den Seelen der Tausende eingeprägt, die sie gehört haben? (Lebhafter Beifall und Applaus rechts), und das waren Worte, die der betreffende Redner mit Genehmigung der ungarischen Regierung sprechen konnte. (Stürmischer Beifall rechts.) Ich muß mich dagegen verwahren, daß diese Generalversammlung... (Große Heiterkeit links. Rufe links: Das war keine Generalversammlung einer Bank!) ...wenn Sie sonst gegen meine Beweisführung nichts einzuwenden haben, so bin ich zufrieden, ich muß mich aber gegen den Ton des Flugzettels verwahren, mit welchem diese Volksversammlung einberufen wurde. Es heißt dort, daß diese Versammlung einberufen wird, um gegen die Drohnen der Gesellschaft zu protestieren, die den Arbeitern die bürgerliche Rechte nicht geben wollen. (Zustimmung links. Rufe links: So ist es! Die Arbeiter haben recht!) Das sagen Sie, meine Herren, die noch vorgestern erklärt haben, wir wollen eine Arbeiteraristokratie schaffen, wir wollen einen Sonderfrieden mit den Arbeitern schließen! Auch die Arbeiter können sich auf den demokratischen Standpunkt stellen, sie wollen keine Privilegien, allein Sie dürfen uns nicht so hinstellen, als ob wir den Tausenden der Arbeiter keine politischen Rechte erteilen wollten. (Rufe links: Mit der siebenundzwanzigjährigen Altersgrenze!)

Auch muß ich kurz auf die perfide Einstellung eines Teiles der die Regierung unterstützenden Presse hinweisen, die behauptet, daß die gestrigen Ausschreitungen eine Gegendemonstration der Partei der nationalen Arbeit waren und daß diese Ausschreitungen von uns organisiert wurden, um Unordnung hervorzurufen. Die Regierung ist für diese Ausführungen, ich weiß es, nicht verantwortlich, das würde auch nicht im Interesse der Regierung liegen, das würde die Ohnmacht der Regierung noch in viel kräftigerer Weise zum Ausdruck bringen, als wenn sie diese Ausschreitungen deshalb nicht verhindern konnte, weil sie so kurzsichtig war und die Folgen nicht voraus sah. Allein von der Presse, die mit vollem Recht für sich den Beruf in Anspruch nimmt, zur Aufklärung des Volkes und der Bürgerschaft beizutragen, könnten wir erwarten, daß sie nicht zu solchen perfiden, kleinlichen Mitteln greift. (Lebhafter Beifall rechts, großer Lärm links.)

Abgeordneter Stefan Zlinßky: Das ist eine Beleidigung der ungarischen Presse. (Großer Lärm links und rechts, Widerspruch rechts.)

Vizepräsident Karl Száß ruft den Abgeordneten Zlinßky zur Ordnung. (Großer Lärm links.)

Stefan Zlinßky: Wir können eine solche Beleidigung der ungarischen Presse nicht dulden. (Andauernder Lärm links und rechts.)

Vizepräsident Karl Száß ruft den Abgeordneten Zlinßky abermals zur Ordnung. (Lebhafter Widerspruch und Lärm links.)

Abgeordnter Georg Szmrecsányi: Warum rufen Sie Teleßky nicht zur Ordnung?

Vizepräsident Karl Száß: Wollen Sie dem Präsidenten keine Weisungen erteilen! (Lärm links.)

Abgeordneter Szmrecsányi: Teleßky hat die Presse beleidigt.

Abgeordneter Johann Teleßky (fortfahrend): Ich will mich gern dem Urteil einer Jury, deren Präsident Graf Albert Apponyi ist, in der Frage unterwerfen, ob ich mit meinen Ausführungen die Presse beleidigt habe. (Lebhafter

Fremdenblatt Abendbl

Das Herrenhaus und die Thronrede

Der Adreßentwurf.

Die Adreßkommission des Herrenhauses hat dem Plenum folgende Adresse zur Beantwortung der Thronrede unterbreitet:

„Eure kaiserliche und königlich apostolische Majestät! Allergnädigster, Allerdurchlauchtigster Herr!

Die in der Allerhöchsten Thronrede an die beiden Häuser des Reichsrates Allergnädigst gerichteten erhebenden Worte Eurer Majestät haben bei dem treugehorsamsten Herrenhause die Gefühle ehrfurchtsvollster Dankbarkeit und freudigsten Widerhall erweckt. Diesem sowie dem ehrerbietigsten Dank für die Allerhöchste Kundgebung an den Stufen des Thrones alleruntertänigsten Ausdruck zu geben, erachten wir als verfassungsmäßige, nach langen Jahren wieder erfüllte Pflicht, ist uns in ernster Zeit tiefgefühltes Bedürfnis.

Schmerzlich bewegt in dem Gedanken an den schweren Verlust, den Oesterreichs Völker durch den Heimgang weiland Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph I. erlitten, bewahren und überliefern wir eine unvergängliche Erinnerung an diese geschichtlich und menschlich gleich große Herrschergestalt, welche, mit milder Hand der Monarchie Geschicke weise leitend und sie in guten wie in bösen Tagen mit deren Völkern teilend, nie erlöschende Dankbarkeit in aller Herzen sich gesichert hat.

In angestammter Hingebung an das erlauchte Herrscherhaus haben, nachdem Eure Majestät, durch des Allmächtigen Ratschluß berufen, den Thron der erlauchten Väter bestiegen hatten, Oesterreichs Völker und wir mit ihnen in innigster Liebe, unerschütterlicher Treue und froher Begeisterung zu Eurer Majestät emporgeblickt. Die hohe, pflichtbewußte Auffassung des Herrscherberufes, welche Eure Majestät uns zu offenbaren Allergnädigst geruht haben, erfüllt uns mit aufrichtiger Bewunderung, mit wahrer Beruhigung. In festem Vertrauen, in voller Zuversicht hoffen wir nach prüfungsreicher Gegenwart auf eine bessere Zukunft, der Eurer Majestät Weisheit und Güte das teure Vaterland zuführen mögen.

In vorbildlicher Berufstreue von Anbeginn des Krieges bei der Armee weilend, haben Eure Majestät sich auf dem Schlachtfelde um das schwer bedrängte Vaterland ruhmreiche Verdienste als Führer erworben, dessen Stirne der Lorbeer des Siegers schmückt.

Dank an die Wehrmacht.

Ein unmittelbarer Zeuge der großartigen Leistungen und der heroischen Tapferkeit unserer Truppen, sowie unserer wackeren Marine, haben Eure Majestät den Helden, deren eiserne Standhaftigkeit und kühne Kampfesfreudigkeit dem Vaterlande eine unüberwindliche Schutzwehr bieten, Worte gewidmet, die, vom Herzen kommend, in lebendiges Echo in aller Herzen wachrufen. Wehmütig und schmerzerfüllt gedenken wir der Helden, die bis in den Tod getreu ihre erhabene Pflicht getan — für alle kommenden Generationen leuchtende Vorbilder aufopferungsvollster Hingebung an das Vaterland — und jener, die, in Schmerzen und Leiden hart geprüft, kriegsbeschädigt in die Heimat zurückgekehrt sind.

Für diese und die Hinterbliebenen der Gefallenen zu sorgen, ist eine Pflicht der Ehre und der Dankbarkeit, an deren Erfüllung wir auf Grund gewärtigter ausreichender Vorschläge der Regierung mitzuwirken freudig bereit sind.

Die Bundesgenossenschaft.

Eines Sinnes mit Eurer Majestät zollen wir Bewunderung und Dank auch den Bundesgenossen, die in unserer Verbrüderung mit uns einer Welt von Feinden die Spitze bieten — dem der Monarchie durch ein langjähriges, vielfach erprobtes Bündnis so nahe stehenden, die alte Bündnistreue aufs neue bewährenden und in unerschöpflicher Kraftfülle allen Gegnern trotzenden Deutschen Reich, der mit althergebrachter ritterlicher Tapferkeit kämpfenden Türkei und dem jugendkräftigen, von seinem weisen Fürsten geleiteten Bulgarien. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, daß aus dieser Kriegsgemeinschaft heraus eine festgefügte dauernde Friedens- und Interessengemeinschaft sich entwickle, welche den durch die Opfer des Krieges so schwer heimgesuchten Völkern die Segnungen des Friedens in gedeihlicher, sich wechselseitig befruchtender Entwicklung verbürgen.

Die Friedensfrage.

Die Monarchie hat diesen Krieg nicht gewollt, sie kann dem Richterspruch der unbefangen urteilenden Geschichte ruhig entgegenblicken. Ihr und ihren Bundesgenossen durch verbrecherische Umtriebe, durch frevlerisches Gelüsten nach fremdem Besitz, durch unerhörte Selbstsucht aufgezwungen, war und ist der Krieg für uns ein Verteidigungskrieg. Und diesem Charakter soll auch der Friede entsprechen, indem er der ruhmvoll verteidigten Machtstellung der Monarchie die Anerkennung und daher auch deren Grenzen den erforderlichen Schutz, sowie ihrer Kultur und Volkswirtschaft eine ruhige Entwicklung sichert, sie vor der Wiederholung feindlicher Machenschaften bewahrt und wieder die Brücke zu gemeinschaftlicher Arbeit schlägt, durch welche der Menschheit als wertvollstes Ergebnis feste Bürgschaften geboten werden sollen nicht nur gegen die Wiederkehr eines die Welt in Brand setzenden Krieges, sondern überhaupt gegen den Krieg als Mittel der Politik.

Der Ausbau der Verfassung.

Wir begrüßen in freudiger Dankbarkeit und Beruhigung die Allergnädigste Versicherung, daß Eure Majestät geruhen wollen, Allerhöchstdero Herrscherrechte in wahrhaft konstitutionellem Geiste auszuüben, die staatsgrundgesetzlichen Freiheiten unverbrüchlich zu achten und den Staatsbürgern jenen Anteil an der Bildung des Staatswillens unverkürzt zu wahren, den die geltende Verfassung vorsieht. Eine Bekräftigung dieser Allerhöchsten Willensmeinung erachten wir ehrfurchtsvollst in der Allerhöchsten Verfügung enthalten, welche den Reichsrat zur Wiederaufnahme verfassungsmäßiger Tätigkeit berufen hat und so dem Volke die lang ruhende Ausübung seiner Rechte durch seine Vertreter wieder gewährt — jener Rechte, die ihm auch die Anteilnahme an der Verantwortlichkeit für den Staat auferlegen.

Indem wir hiefür unseren ehrerbietigsten Dank abzustatten uns erlauben, begrüßen wir in tiefer Ehrfurcht die Allerhöchste Zusage über die Ablegung des Verfassungsgelöbnisses. Alleruntertänigst nehmen wir diese allergnädigste Zusicherung zur Kenntnis und gewärtigen die weitere Allerhöchste Entschließung.

Wir erlauben uns, unsere Meinung ehrfurchtsvollst dahin auszusprechen, daß die Erfahrungen des Krieges alsbald, wenn er zum Teile nicht vergeblich geführt sein soll, beherzigt und verwertet werden müssen.

Sie zeigen klar und deutlich die Notwendigkeit vor allem die Einheit des Staates gegen jede Anfechtung zu sichern und das Staatsinteresse selbständig und unbeeinflußt zur Geltung zu bringen, sowie die gewissenhafte Erfüllung der Pflichten gegen den Staat nicht an Bedingungen zu knüpfen.

Zum Zwecke der Regelung des Verhältnisses der Nationalitäten Oesterreichs zu einander werden die in Betracht kommenden verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Einrichtungen einer neuerlichen Erwägung zu unterziehen sein.

Eure Majestät geruhten in der Allerhöchsten Thronrede auch des Landes Galizien zu gedenken. Im Hinblick auf die Allerhöchste Proklamation vom 5. und das Allerhöchste Handschreiben vom 4. November 1916 weiland Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I. sind wir gewärtig, daß für Galizien im Sinne dieser beiden, von den gleichen Intentionen erfüllten Allergnädigsten Entschließungen Einrichtungen werden geschaffen werden, geeignet, die Grundlage für eine gedeihliche, das Land selbst wie dessen gesamte Bevölkerung befriedigende Entwicklung zu bilden und daß zugleich, wie immer jene Einrichtungen gestaltet sein werden, hiebei all jenen Interessen der Monarchie und namentlich Oesterreichs entsprechend Rechnung getragen werden wird, die sich, aus der innigen Verbindung Galiziens mit den übrigen Ländern Eurer Majestät erwachsen, an jenes Land knüpfen.

Die Handelspolitik.

Infolge der Nachwirkungen des Krieges wird voraussichtlich die Monarchie sich vor eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse und damit vor die Notwendigkeit gestellt sehen, ihrer Handelspolitik eine neue Orientierung zu geben.

Wenngleich nach wie vor wird getrachtet werden müssen, die Handelspolitik der Monarchie auf eine möglichst breite Basis zu stellen, wird es doch angezeigt sein, zum Zwecke besonderer Pflege des wechselseitigen Güterverkehrs in erster Linie — im Hinblick auf die reichentwickelten wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Deutschen Reich — mit diesem und sodann auch mit den anderen bundesgenössischen Staaten geeignete handelspolitische, in der Folge auch entwicklungsfähige Vereinbarungen abzuschließen.

Die Voraussetzung für eine den geänderten Verhältnissen angepaßte Handelspolitik ist die Abschließung des wirtschaftlichen Ausgleichs mit den Ländern der ungarischen heiligen Krone. Wir nehmen gerne davon Kenntnis, daß von den beiden Regierungen bereits bindende Vereinbarungen getroffen wurden, die auch den Gegenstand unserer Beratungen bilden werden.

Besonderen Beifall zollen wir ehrerbietigst dem von Eurer Majestät allergnädigst in Aussicht gestellten großzügigen und weitausholenden Fürsorgesystem im Interesse der Volkswohlfahrt überhaupt und der Jugendfürsorge insbesondere.

Die Finanzpolitik.

Die Finanzpolitik der Zukunft muß von wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten beherrscht sein, so daß der wirtschaftlich Schwächere geschont und allmählich gekräftigt, der wirtschaftlich Stärkere aber in höherem Maße herangezogen werde, ohne in seiner Leistungsfähigkeit dauernd Schaden zu leiden.

Auch wir messen einer strengen Oekonomie im Staatshaushalte für die Herstellung des finanziellen Gleichgewichtes große Bedeutung bei; doch muß diese schon oft ins Augegefaßte und immer wieder bei Seite gesetzte Maßregel endlich nachhaltig durchgeführt werden.

Das Schlußwort der Adresse.

In dem geschichtlichen Augenblick, da es dem treugehorsamsten Herrenhause vergönnt ist, das erstemal zu Eurer Majestät, zu seinem Kaiser und Herrn, zu sprechen, wollen wir ein feierliches Gelöbnis ablegen, daß wir unentwegt zu Eurer Majestät stehen und, die mahnenden Worte Eurer Majestät beherzigend, bereitwillig und tatkräftig wie an dem inneren Ausbau des Vaterlandes, so auch an der Pflege der treuen Gemeinschaft mit den Ländern Eurer Majestät ungarischer heiliger Krone mitarbeiten wollen, eingedenk der neuerlichen blutigen Weihe, welche die unteilbare, untrennbare Gemeinschaft aller Länder Eurer Majestät in diesem Kriege erfahren hat.

Noch sehen wir nicht das Ende des blutigen Ringens, nicht die Morgenröte des nahenden Friedens. Aber unerschütterliches Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Sache, für welche die Monarchie das Schwert gezogen, beseelt uns. In fester Zuversicht erwarten wir den Tag, an dem das Volk aus der Hand Eurer Majestät das kostbare Geschenk des ehrenvollen Friedens empfangen wird. Geschart um die geheiligte und geliebte Person Eurer Majestät, wird das Volk seine Pflicht tun, kämpfend und arbeitend. Im Krieg und im Frieden mit dem Volk fürs Vaterland! Gott erhalte, Gott beschütze, Gott segne Eure Majestät!

Pester Lloyd
28/VI. 1917
114

und zu bestrafen, welche dieser Anordnungen verfassungsmäßig sind, welchen die Genehmigung sofort zu versagen ist und welche durch rechtsgültige Gesetze zu ersetzen wären. Ferner wird ein Antrag Groß angenommen, daß der Bericht der in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu erstatten sei.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. Juni.

Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses hat in seiner heutigen Sitzung auf Antrag des Abgeordneten Pernerstorfer mit dreißig gegen fünf Stimmen den drei kaiserlichen Verordnungen betreffend die Aufhebung der Geschwornengerichte die Genehmigung versagt. Dieser Beschluß kam gegen die Stimmen des Deutschen Nationalverbandes zustande. Die Christlichsozialen hatten sich vor der Abstimmung entfernt.

Dringliche Anfragen wegen Revision des Ritualmordprozesses Hilsner.

Die Wiener Sperre für Advokaten aus Galizien und der Bukowina.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. Juni.

Abgeordneter Dr. Stranchер brachte in der Dienstagsitzung des Abgeordnetenhauses an die Gesamtregierung und an den Justizminister dringliche Anfragen in Sachen des seit achtzehn Jahren im Kerker befindlichen Leopold Hilsner ein.

Unter Hinweis darauf, daß derzeit in Rußland eine Revision des Beilisprozesses, ungeachtet seiner Freisprechung, zu dem Zwecke von Amts wegen verfügt wurde, um seine völlige Unschuld zu erweisen, wird die Anfrage gestellt, ob die Regierung geneigt ist, die außerordentliche Revision im Sinne des § 362 Strafprozeßordnung zu verfügen.

Abgeordneter Dr. Stranchер brachte auch eine Interpellation an die Gesamtregierung und an den Justizminister wegen Aufhebung, beziehungsweise Zurückziehungen der §-14-Verordnungen vom 11. Februar 1915 und der darauf basierenden Justizministerialverordnungen wegen Sperre der Advokatur im Oberlandesgerichtssprengel Wien für Advokaten aus Galizien und der Bukowina ein.

Kein Junktim zwischen der Affäre Klofac und dem Delegationskompromiß.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. Juni.

Die Anregung der Tschechischradikalen, das mit den Deutschen bezüglich der Delegationswahlen abgeschlossene Kompromiß nur dann einzuhalten, wenn die Deutschen sich verpflichten, für die Freilassung des Abgeordnten Klofac einzutreten, wurde von der Mehrheit der tschechischen Abgeordneten verworfen und es wurde beschlossen, daß das Kompromiß auch bei den nächsten Wahlen in Geltung bleiben soll.

Gegen die Uebergriffe der österreichischen Zensur.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. Juni.

Vor einigen Tagen hat der Abgeordnete Seliger an den Präsidenten eine Anfrage wegen Konfiskation einer Parlamentsrede des Abgeordneten Daszynski im Aussiger Volksrecht berichtet. Heute erhielt er vom Präsidenten die schriftliche Antwort, in der ihm mitgeteilt wird, der Präsident habe die Anfrage dem Minister des Innern mit dem Ersuchen zur Kenntnis gebracht, gegen die Wiederholung derartiger Uebergriffe entsprechende Verfügungen zu treffen. Weiter gibt ihm der Präsident bekannt, daß die letzte Obmännerkonferenz sich mit der Hintanhaltung der Uebergriffe der Zensur befasse und hiezu eine gemeinsame Aktion in Aussicht genommen sei. Er werde nach wie vor die Rechte des Hauses gegen jeden Eingriff unbedingt wahren.

Oesterreichische Parlamentsparteien gegen das Kriegsüberwachungsamt.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. Juni.

Nach Schluß der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses überreichten der Tschechische Verband, die Südslawen, die Ruthenen und die Unio latina dem Ministerpräsidenten eine Anfrage betreffend die Wirksamkeit des Kriegsüberwachungsamtes. Diese Anfrage ist ein umfangreiches Operat, in dem die Tätigkeit des Kriegsüberwachungsamtes ausführlich geschildert und gegen sie Verwahrung eingelegt wird.

Das Budgetprovisorium.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. Juni.

Die Budgetkommission des Herrenhauses hat heute das Budgetprovisorium unverändert angenommen.

Die Adresse des Herrenhauses.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. Juni.

Unter dem Vorsitze des Fürsten Karl Auersperg tagte heute die fünfundzwanzigliedrige Adreßkommission des Herrenhauses. Der Kommission lag der Entwurf einer Adresse des Berichterstatters Freiherrn v. Beck vor, der in der Sitzung der Adreßkommission angenommen wurde. In der morgigen Sitzung des Herrenhauses soll das Budgetprovisorium zur Debatte kommen. Ministerpräsident Dr. v. Seidler wird das neue Ministerium vorstellen, und man glaubt, daß der Ministerpräsident, ebenso wie im Abgeordnetenhause, auch im Herrenhause die Aufgaben der neuen Regierung darlegen wird.

Eintritt in den Deutschen Nationalverband.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 27. Juni.

Die alldeutschen Abgeordneten Iro, Wüst und Jaeger, sowie der Abgeordnete Dr. Heilinger sind dem Deutschen Nationalverbande als Mitglieder beigetreten.

Annahme des Budgetprovisoriums.

Der Arbeitsplan des Hauses.

Budapest, 27. Juni.

Das Abgeordnetenhaus hat heute das Budgetprovisorium in zwei Lesungen votiert. Der Antrag des Finanzausschusses, der gegenüber der sechsmonatigen Dauer im Regierungsentwurf eine viermonatige Dauer des Budgetprovisoriums feststellt, wurde mit 141 Stimmen der Mehrheit gegen 127 Stimmen der Minorität angenommen. Die Minorität, mit der sämtliche Kroaten und die Nationalitätenvertreter gestimmt hatten, nahm dieses Ergebnis mit jubelnder Freude auf, denn das Stimmenverhältnis gab bei der Entscheidung über diese Vorlage der Rechten nur eine Mehrheit von 14 Stimmen. Ein großer Teil der Majorität war nämlich zur Zeit der Abstimmung nicht im Saale anwesend.

Uebrigens hat die Mehrheit nach sehr eingehenden Auseinandersetzungen auch die Annahme der vom Finanzminister beantragten Ergänzung des § 13 der Vorlage nicht verhindert, nur durch ihren Redner, den früheren Finanzminister Johann v. Teleßky wiederholt erklären lassen, daß es ihr nicht darauf ankomme, dem Richterstande Begünstigungen zu entziehen, wohl aber darauf, daß sämtlichen öffentlichen Beamten in gleicher Weise die Begünstigungen zuteil werden.

Im Laufe der Debatte fand Finanzminister Dr. Gustav Gratz mehrfach Gelegenheit, einzelne Positionen des angesprochenen Budgetprovisoriums zu verteidigen, wobei er mehr als einmal auf die aktuelle allgemeine Politik Hinweise gab. Auch über die Frage der Klassenlotterie äußerte sich der Minister, auf einige Bemerkungen des Abgeordneten Elemér Hantos antwortend.

Die Kroatien betreffende Finanzvorlage wurde desgleichen heute in zwei Lesungen erledigt. Im Zusammenhange damit verlieh Graf Stefan Tißa seiner Freude darüber Ausdruck, daß zwischen der Regierung und den unionistischen Kreisen Kroatiens sichtbar eine Verständigung zustande gekommen sei. Dabei warnte Graf Stefan Tißa auch die kroatischen Kreise vor einer weitgehenden radikalen Wahlrechtsreform. Abgeordneter Martin Lovászy erklärte hierauf im Namen seiner Partei, daß er einer solchen Reform auch in Kroatien zustimme.

Das Haus wird morgen die dritte Lesung der heute verabschiedeten Vorlagen vornehmen und dann erst am kommenden Dienstag wieder zusammentreten. An diesem Tage dürfte das gegenwärtige Präsidium des Hauses von seinem Posten scheiden.

Der Verlauf der Sitzung.

Nach der Rede des Grafen Julius Andrássy und nach einer persönlichen Bemerkung des Abgeordneten Ivan Rakovszky ergriff in der Vormittagssitzung das Wort

Abgeordneter **Johann v. Teleßky:**

Graf Julius Andrássy hat erklärt, er habe bestimmte Kenntnis davon, daß Graf Stefan Tißa sich ebenfalls mit dem Gedanken beschäftigt habe, das Haus aufzulösen. Der Herr Abgeordnete scheint durch falsche Information zu irren. Als in der letzten Sitzung des jüngsten Zyklus die bedauerlichen Szenen sich abspielten und die Minderheit die Majorität in der Vertagung des Abgeordnetenhauses verhindern wollte, nahm ich in dem folgenden Ministerrat sehr entschieden dafür Stellung, daß wir, wenn sich anläßlich der Wiedereinberufung des Abgeordnetenhauses ähnliche Szenen abspielen sollten, nicht die Strenge der Geschäftsordnung anwenden, sondern zur Auflösung des Hauses schreiten sollen. Graf Stefan Tißa hat damals im Ministerrat auf das entschiedenste gegen diesen Gedanken Stellung genommen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abgeordneter Elemér Jakabffy: Das sind die genauen Informationen des Grafen Andrássy.

Abgeordneter Johann Teleßky: Ich bin überzeugt, daß Graf Julius Andrássy, der falsch informiert war, das im besten Glauben hier erwähnt hat. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Ich nehme aber auch für mich das Recht in Anspruch, mir in dieser Hinsicht Glauben zu schenken.

Im übrigen will ich mich mit dem bekannten § 13 beschäftigen, den die Regierung unterbreitet hat. Ich will gleich erklären, daß die Mehrheit der Annahme dieses Paragraphen keine Hindernisse in den Weg legen wird, wenn die Regierung daran festhält, obwohl wir sehr schwerwiegende Bedenken dagegen hegen. Die frühere Regierung wurde wiederholt angegriffen, wenn sie in das Budgetprovisorium besondere Verfügungen aufnahm. Es gibt dringende Fragen, die in das Gesetz über das Budgetprovisorium aufgenommen werden müssen. Wenn es aber eine Ausnahme geben kann, so ist dies die Frage der richterlichen Organisation. Es ist wirklich verfassungswidrig, wenn die sehr wichtige Frage der Organisation der ungarischen Richter mit den Stimmen der kroatischen Abgeordneten entschieden wird. (Zustimmung rechts.) Auch hätte die Mehrheit rechtzeitig davon verständigt werden müssen, ehe die Regierung mit diesem Vorschlag an den Finanzausschuß herantrat. Der Finanzausschuß ging sehr richtig vor, als er die Verhandlung eines so wichtigen Paragraphen verweigerte. Was nun das Wesen der Sache selbst betrifft, so war es seit 1893 stets das Prinzip der ungarischen Gesetzgebung, in der Frage der Gehaltsregelung sämtlicher öffentlichen Angestellten möglichst gleichmäßig und einheitlich vorzugehen. Das bedeutet keine mathematische Gleichheit, sondern, daß die Lage der Beamten auf Grund einer einheitlichen Erwägung der Verhältnisse entschieden werde. Die Regierung will nun die eine Kategorie der Beamtenschaft gegenüber den übrigen öffentlichen Angestellten bevorzugen. Eine derartige Lösung der Frage halte ich überhaupt für unrichtig. Befinden sich nur diejenigen 800 Richter in so schwerer Lage, die auf Grund des Gesetzes befördert werden, die übrigen 1000 Richter nicht? (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Status der Richter ist auch heute viel günstiger als der der übrigen öffentlichen Beamten. Die Richter fühlen zweifellos die drückende Last des Krieges viel weniger als die übrigen Beamten, namentlich die Verwaltungsbeamten, die eine riesige Arbeit zu bewältigen haben. Die Partei der nationalen Arbeit hält diesen Paragraphen für die größte Ungerechtigkeit gegenüber den übrigen Beamten. In erster Reihe müßte der Status der Verwaltungs- und Munizipalbeamten geregelt werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Arbeitsfähigkeit dieser Kategorie litt viel mehr während des Krieges als die der Richter. (Zustimmung rechts, Lärm links.) Die frühere Regierung nahm stets den Standpunkt ein, daß die Lage aller Beamten verbessert werden müsse. Wir haben auch diesbezüglich Verfügungen entworfen, die die neue Regierung in vollständig richtiger Weise übernommen hat. Wir planten die Verwirklichung des ganzen Planes für den Herbst. Wir wollten die Honorierung der außerordentlichen Arbeiten einführen, die die Beamten außerhalb der Arbeitszeit verrichten. Die Beamten haben es seinerzeit nicht angenommen. Graf Batthyány erklärte damals, es werde die Revolution ausbrechen, wenn wir im Juni mit ähnlichen Verfügungen vor das Abgeordnetenhaus treten. Die Revolution ist nicht ausgebrochen. Wir dachten an die Befriedigung der Ansprüche aller Kategorien der Beamtenschaft. Ich werde mich freuen, wenn der Herr Finanzminister in der Lage sein wird, finanziell weiterzugehen als ich gehen konnte. Jedenfalls halte ich unseren Standpunkt, daß wir alle Kategorien in gleicher Weise behandeln, für den richtigen. Auch muß für alle Ausgaben rechtzeitig Deckung besorgt werden. Infolgedessen bitte ich die Regierung, diesen Paragraphen von der Tagesordnung zu nehmen und einheitliche Verfügungen unter Deckungsvorsorge treffen zu wollen. Wenn die Regierung aber daran festhält, so werden wir gegen die Aufnahme dieses Paragraphen nicht Stellung nehmen. Es mutet eigenartig an, wenn neben der Statusregelung der Richter im Regierungsprogramm erklärt wird, daß die Regierung besondere Sorge zur Sicherstellung des Schicksals jener Advokaten verwenden will, die infolge ihres Militärdienstes die Grundlagen ihrer bisherigen Existenz verloren haben. Waren, als dieser Teil des Programms entstand, der Minister des Innern, der Kultusminister und der Unterrichtsminister nicht anwesend? Gilt nicht dasselbe für die Aerzte, für die Schriftsteller, für die Künstler, für die Ingenieure und für alle, die einen freien Beruf haben und infolge des Krieges ihren Beruf nicht ausüben konnten? (Lebhafter Beifall und Applaus rechts.)

Abgeordneter Elemér Jakabffy: Das ist die Diktatur.

Abgeordneter Johann Teleßky: Und hier lenke ich die Aufmerksamkeit der Regierung auf einen Umstand. Die Versorgung derjenigen, die invalid geworden sind oder die Witwen und Waisen hinterlassen haben, gehört in den Bereich des militärischen Pensionsgesetzes. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Versorgung dieser Kategorie auf gemeinsame Kosten sichergestellt werde. Es ist gerecht und billig, daß wenn so wertvolle Mitglieder der ungarischen Mittelklasse infolge des Krieges viel größere Verluste erlitten haben als quotenmäßig im Vergleich zu den ähnlichen Verlusten der Oesterreicher auf sie gefallen wäre, die hieraus entstehenden Lasten gemeinsame Ausgaben bilden sollen. (Lebhafter Beifall und Applaus rechts.)

Was das Finanzprogramm der Regierung betrifft, habe ich die Ausführungen des Finanzministers mit Befriedigung entgegengenommen, denn das Regierungsprogramm selbst hat mich direkt erschüttert. Eine Regierung soll sich inmitten des Weltkrieges in finanziellen Fragen überhaupt nicht äußern! Ich erwarte von meinem Nachfolger nichts anderes, als was ich selbst getan habe.

Eine Stimme links: Kommen Sie zurück!

Johann v. Teleßky: Ich sehne mich nicht darnach. Wenn ich den Herrn Ministerpräsidenten schön bitten täte, würde vielleicht auch mir ein Ministerium ohne Portefeuille zufallen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.) Auch ich habe erklärt, daß man unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein großzügiges Finanzprogramm nicht geben kann, allein es gibt Dogmen, die die Finanzminister im Kriege noch mehr als sonst hüten müssen. Die Ausführungen des Herrn Finanzministers haben mich im großen und ganzen beruhigt. Allein ich habe in seinen Ausführungen drei Momente vermißt, die zu betonen ich als notwendig erachte. Das eine Moment, das ich als Minister stets geltend gemacht habe, ist, daß alle mit dem Kriege in Verbindung stehenden ständigen Belastungen des Staatshaushaltes sofort durch die Eröffnung neuer Einnahmsquellen stufenweise paralysiert werden müssen. Infolgedessen erwarte ich von dem Herrn Finanzminister, daß er bei der Unterbreitung des nächsten Budgetprovisoriums oder damit gleichzeitig Gesetzentwürfe über die Steigerung der staatlichen Einnahmen unterbreiten wird, die eine Deckung für die Zinsen der sechsten Kriegsanleihe und für die im gegenwärtigen Budgetprovisorium enthaltenen Unterstützungen der Staatsangestellten bietet. Aus diesem Grunde halte ich den Standpunkt des Finanzausschusses für gerechtfertigt, daß er das Budgetprovisorium nur für vier Monate bewilligt hat. Die zweite Forderung, an die wir unbedingt festhalten müssen, ist, daß wir bestrebt sein sollen, durch ständige Kreditoperationen die Kriegsausgaben zumindest in dem Maße zu decken, als das in Oesterreich der Fall ist, damit der ungarische Staat bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank nicht in größerem Maße verschuldet sei als der österreichische. Ich kann mit stolzem Bewußtsein erklären, daß in dem Augenblick, da ich mein Portefeuille meinem Nachfolger übergab, die Verschuldung des ungarischen Staates bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank wesentlich kleiner war als die Oesterreichs. (Lebhafter Beifall rechts.)

Sitzung des Magnatenhauses.

Annahme des Budgetprovisoriums.

Budapest, 28. Juni.

Ein gehobener, warmer Ton des erkennenden freiheitlichen Gefühls kennzeichnete die heutige Sitzung des Magnatenhauses. Nach einer einführenden Rede des Finanzministers Gustav Gratz, die sich hauptsächlich auf das finanzpolitische Gebiet beschränkte, setzte eine allgemeinpolitische Debatte ein, in deren Mittelpunkt das Wahlrechtsproblem stand. Wenn man an die Haltung denkt, die zum Beispiel das preußische Herrenhaus in ähnlicher Situation einnahm, müssen die Vorgänge der heutigen Sitzung des Magnatenhauses angenehm und sehr beruhigend berühren als ein ehrenvolles Zeugnis, das sich der ungarische Hochadel vollgerecht selbst gegeben hat. Die Grafen Alexander Festetics, Emil Dessewffy, Ladislaus Szapáry und Josef Mailáth haben in ihren Reden so viel historisches und politisches Verständnis, so viel selbstlosen, guten und volksfreundlichen Willen bekundet, wie er kaum in einer Adelskammer Europas noch zu finden sein dürfte. Ihre Stellungnahme für eine auch das Landvolk umfassende Wahlrechtsreform war eine Tat, die an die größten Zeiten des ungarischen Hochadels erinnert, an die imposantesten Beweise seiner unverbrüchlich staatlichen und dem Fortschritt offenen Gesinnung.

Unterrichtsminister Graf Albert Apponyi hat am Ende der Sitzung diese Erscheinung in einer großen, von hoher Warte ausschauenden Rede würdig gewürdigt.

Leider war dieses lichte Bild nicht ohne Schatten. Graf Robert Zselenski, selbst der Sprößling einer galizischen Adelsfamilie, sonst oft die heiter stotternde Figur im ernsten Spiele der Politik, nahm es sich heraus, in durchaus geschmackloser Weise dem Justizminister sein „beschiedenes Israelitentum" vorzuhalten. Wir lehnen es ab, diesem Herrn, der in der ganzen Ungebundenheit der extremsten Schlachta die Sitten seines eigentümlichen Schlages hieher verpflanzen will, eine Lektion aus den Disziplinen des parlamentarischen Wohlanstandes zu halten. Es wurde im Laufe der Sitzung von einem Redner trefflich besorgt, wir beklagen aber, daß auch der folgende Redner der Partei der nationalen Arbeit Graf Gedeon Ráday es unterließ, mit entsprechender Energie diesem Unfug entgegenzutreten. Er beschränkte sich vielmehr darauf, den vom Felde heimkehrenden Soldaten — eifriges Bibellesen zu empfehlen. Beide Herren haben sich laut als Anhänger des Grafen Stefan Tißa bezeichnet. Wir wissen, Graf Stefan Tißa ist tapfer und sicher im Kampfe gegen den Feind. So möge ihn Gott denn auch vor diesen Freunden schützen.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident **Graf Andreas Habik-Barkóczy**

eröffnet die Sitzung um viertel 6 Uhr. Er unterbreitet dem Hause das folgende Schreiben des früheren Präsidenten Barons Samuel Jósika:

„Euer Exzellenz, Herr Präsident! Den am 21. d. M. erbrachten Beschluß des Magnatenhauses, mit dem das Haus seinen Dank und seine Anerkennung für meine Tätigkeit als Präsident im Protokoll verewigt, habe ich mit warmem Dank entgegengenommen. Wenn es mir gelungen ist, die Anerkennung zu verdienen, so schreibe ich dies in erster Reihe jener wohlwollenden Unterstützung zu, die die Mitglieder des Magnatenhauses, den edlen Traditionen des Hauses huldigend, stets den Präsidenten gegenüber bekundet haben. Ich bitte Euer Exzellenz, wollen Sie meinen warmen Dank hiefür den Mitgliedern des Hauses mitteilen. Empfangen Euer Exzellenz den aufrichtigen Ausdruck meiner besonderen Hochachtung.

Nach Erledigung des Einlaufes gibt

Finanzminister Dr. Gustav Gratz

vor allem seinem aufrichtigen Dank dafür Ausdruck, daß das Magnatenhaus die dringliche Verhandlung des Budgetprovisoriums angeordnet und dadurch die Möglichkeit geboten hat, daß es rechtzeitig sanktioniert werden und in Kraft treten kann. Da aber infolge der dringlichen Beratung der Finanzausschuß des Magnatenhauses sich mit dem Entwurf nicht befassen und seinen Bericht nicht rechtzeitig unterbreiten konnte, bittet Redner um die Erlaubnis, die auf das Budget bezüglichen Verfügungen in ihren Hauptzügen skizzieren zu dürfen. Der unterbreitete Gesetzentwurf will in der vom Abgeordnetenhause angenommenen Textierung des Finanzausschusses der Regierung für vier Monate die Mittel zur Deckung der staatlichen Ausgaben gewähren. Es ist ja klar, daß selbst unter normalen Umständen ein Zeitpunkt von zwei bis drei Jahren, wie er seit dem letzten normalen Budget verstrichen ist, in den staatlichen Einnahmen und Ausgaben gewisse Verschiebungen zur Folge haben muß. In noch viel größerem Maße ist dies in den außerordentlichen Kriegszeiten der Fall. Alle durch den Krieg hervorgerufenen neuen Lasten könnten nur im Rahmen eines neuen normalen Budgets berücksichtigt werden. Doch die kriegerischen Zeitläufe sind nicht zur Feststellung eines normalen Budgets geeignet. Die neue Regierung kann also schon aus diesem Grunde kein detailliertes Finanzprogramm entwickeln, jedenfalls wird der Minister aber noch im Laufe der nächsten Herbstsession die Gelegenheit ergreifen, darzulegen, wie und mit welchen Mitteln die Regierung die Deckung der staatlichen Ausgaben sicherzustellen wünscht.

Finanzminister Dr. Gratz erörtert nun in eingehender Weise die wichtigsten Verfügungen des Gesetzentwurfes betreffend die Erhöhung der Unterstützungsbeiträge der Kriegswaisen, die Gehaltsregelung und die Besserung der Beförderungsverhältnisse der Staatsbeamten. Seine diesbezüglichen Argumente decken sich vollständig mit seinen Erörterungen im Abgeordnetenhause. Er beleuchtet zum Schlusse noch einige allgemeine Gesichtspunkte der Finanzlage. Die bedeutenden Kriegsausgaben werden zweifellos die Finanzlage auch nach dem Kriege beeinflussen; da jedoch bisher zwei Drittel dieser Ausgaben durch die Kriegsanleihen gedeckt werden konnten, wird wenigstens dieser Teil unsere Volkswirtschaft nicht sehr drücken; die Zinsen für diese Darlehen bleiben zu überwiegendem Teile im Lande und gehen daher für unsere heimische Volkswirtschaft nicht verloren. Der überwiegende Teil der durch den Krieg bedingten Lasten wird auf die künftige Generation abgewälzt, auf jene Generation, in deren Interesse eigentlich der Krieg geführt wird und die auch die Früchte des Krieges genießen wird. Nach dem Kriege muß eine Stabilisierung der Verhältnisse erfolgen, und wir müssen diesen Stabilisierungsprozeß schon jetzt inmitten des Krieges vorbereiten. Wir müssen schon jetzt für neue Einkommenquellen Sorge tragen, die neuen wirtschaftlichen Grundlagen für das neue Ungarn schaffen. Man hat Redner vorgeworfen, daß er im Abgeordnetenhause sehr großen Optimismus bekundet habe. Nun denn, sein Optimismus ist darauf gerichtet, daß wir imstande sein werden, unsere Produktionsfähigkeit entsprechend zu steigern. Gewiß, wir werden schwere Lasten zu tragen, schwere Opfer zu bringen haben — aber wir dürfen nicht verzagen. Wir müssen jedoch schon jetzt damit beginnen, die durch den Krieg gewordenen Trümmer des Wirtschaftslebens zu beseitigen. Wir müssen in alle Kreise und Volksschichten den Willen hineintragen, unsere Arbeitskraft besser auszunützen, als dies bisher geschehen. Diese gesteigerte Ausnützung aller Kräfte ist eine patriotische Pflicht aller. Der Minister bittet um die Annahme der Vorlage.

Graf Alexander Festetics

bittet um Entschuldigung, daß er über einen Gegenstand sprechen werde, der eigentlich in keinem engen Zusammenhange mit der Vorlage stehe. Er sei aber bisher auf dem Kriegsschauplatze beschäftigt gewesen und wolle nun von seinem Rechte, zu sprechen, Gebrauch machen. Mit großer Freude habe Redner es begrüßt, daß das ungarische Volk, das seit einem Jahrtausend stets so herrlich auf den Schlachtfeldern gestanden und auch jetzt dort so steht, endlich die Rechte erhalten solle, die ihm bisher fast ganz vorenthalten waren. Das Programm der neuen Regierung habe auf den Redner erhebend gewirkt. Wie groß aber mußte sein Befremden sein, als er, heimgekehrt, hier zu Hause merkte, daß es Leute gebe, die dem ungarischen Volke das Wahlrecht absprechen wollen, ja daß gelegentlich behauptet werde, das Volk wünsche das allgemeine Wahlrecht nicht.

Graf Robert Zselenski: Es wünscht es auch wirklich nicht!

Graf Alexander Festetics: Wer solches behauptet, ist zumindest irrig unterrichtet und urteilt wohl nur nach der Meinung der daheimgebliebenen Alten, der Pensionisten. Das Volk selber liege draußen im Schützengraben, und ob und wie sehr es das allgemeine Wahlrecht wünsche, das wissen nur jene, die mit ihm beisammen in Deckung und Graben gelebt haben. Der ungarische Soldat treibt um keinen Preis Politik, er kämpft für das Dasein seiner Nation und seines Landes. Hiefür sei der beste Beweis jene ungemein große Kampflust, die sich jetzt an allen Teilen der Front bekunde. Vor kurzem sei Redner Zeuge gewesen, wie ein schon seit langer Zeit am Isonzo kämpfender Honvédkorporal, von einem Granatsplitter verwundet, betrübt geäußert habe, es tue ihm bloß leid, daß, bis er aus dem Lazarett entlassen, schon alles aus und beendigt sein würde. Und doch hätte er sich gern noch einmal auch mit den Russen geschlagen. Das und so ist der Ungar im Militärdienste. Außer Dienst aber ist er wie jeder andere Mensch, und er vergißt gewiß nicht der Dienste, die er der Dynastie und der Nation leiste und geleistet habe. Und da findet er es für ganz natürlich, daß ihm hiefür das allgemeine Wahlrecht gebühre, nicht als Lohn, sondern als Anerkennung. Der Soldat von heute ist viel intelligenter als der von ehedem. Und wenn er fähig ist, inmitten des Trommelfeuers die jeweilige strategische Lage zu erkennen, sollte er da nicht die Fähigkeit haben, sich einen parlamentarischen Vertreter nach seinem eigenen Geschmack zu wählen? Was soll er sich denken, dieser ungarische Soldat, wenn er in Zeitungen liest, es gebe hier zu Hause Leute, die ihm diese Fähigkeit absprechen, dieses Recht bestreiten wollen? Man muß dem ungarischen Volke die wirklichen und wahren Verfassungsgarantien geben. Wir, die wir hier sind, haben uns Anno Achtundvierzig unserer grundherrlichen Rechte freiwillig begeben; es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, von diesem Pfade abzuweichen. Denn der ungarische Soldat kehrt heim, und so, wie er dem Tode vor dem Feinde ins Auge geblickt, so wird er auch jenen ins Auge blicken, die ihn daheim für rechtlos erklären wollen, und sie hinwegfegen. Die Vorlage nimmt Redner an. (Beifall.)

Graf Robert Zselenski:

In der Presse und in der Oeffentlichkeit spricht man davon, daß die führende Rolle der Aristokratie nicht mehr geduldet werden dürfe, daß sie eine veraltete Institution sei und daß man im Namen der heiligen Gleichheit alles umstürzen müsse. Die an der Regierung stehenden Männer und ihre Stützen, die Freidenker, Radikalen, Demokraten und Sozialisten verkünden es. Was hätte man gesagt, wenn zur Zeit der Koalition Graf Tißa so gehandelt hätte, wenn auch er mit den erbitterten Feinden des Landes, mit den Panslawisten, in Verbindung getreten wäre, um die Regierung zu stürzen?

Graf Michael Károlyi wünscht die Demokratisierung des öffentlichen Lebens. Wie soll das eigentlich geschehen? Bei uns kann jeder jede Stelle erreichen. Hier ist Se. Exzellenz Herr Wilhelm Vázsonyi, der als bescheidener Israelit dennoch Minister wurde, er dürfte nächstens Ministerpräsident werden, da er schon jetzt am Platze des abwesenden Ministerpräsidenten sitzt. (Heiterkeit.) In der Armee, im Hochklerus sehen wir Söhne der bescheidensten Herkunft an der Spitze. Dagegen hat nie jemand etwas bemerkt, und man will dennoch demokratisieren. Oder will man hier auch ein Gesetz schaffen wie in Frankreich, wo die Mitglieder adeliger Familien nur dann Staatsbeamte werden dürfen, wenn sie Freimaurer werden? Das Wort Demokratie ist eigentlich ein freidenkerisches, freimaurerisches Schlagwort. Wir bedürfen nicht mehrerer Ministerien, sondern bessere Beamtengehälter. Die Eisenbahnangelegenheiten können auch ohne ein besonderes Verkehrsministerium gut geleitet werden. In der Revolution pflegt man meistens den alten Institutionen neue Namen zu geben. Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ist für das Land eine Gefahr, die uns noch ärger treffen wird als Oesterreich. Man wird als Trinkgeld auch hier deutsche, rumänische, serbische, slowakische Universitäten errichten. Auch England hat große Breschen in seine Verfassung geschlagen, als man dort den französischen demokratischen Schlagwörtern Glauben geschenkt hat. Diese englisch-französische Freundschaft führte zum Weltkrieg, die Russen haben sich Jahrzehnte hindurch von Frankreichs Ideen durchdringen lassen, was dann zur Revolution führen mußte, die den Redner keineswegs überrascht hat. Die Gefahr, die das Land bedroht, ist größer als in den fünfziger Jahren. Damals war jeder Ungar in den Fragen betreffend Oesterreich einig, so konnte man die Verfassung wieder herstellen. Man erwarte nur den Krieg im Innern, wie im alten Griechenland, dann kommt Rom und unterjocht es. Darum müssen wir gegen das verderbliche allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht kämpfen. Die Vorlage nimmt Redner an.

Graf Emil Dessewffy:

Die Ausnahmeverhältnisse, die heute auch den Grafen Zselenski zur Votierung der Vorlage bestimmen, gebieten auch, daß die Bestrebungen, die die Regierung durch die Reform des Wahlrechtes an den Tag legt, mit größerem Entgegenkommen aufgenommen werden müssen. Der suggestive Einfluß der Führer der Mehrheitspartei ist vom Gesichtspunkte der Freundschaft rührend, allein heute müssen wir uns, über die Parteigefühle erhebend, mit einer objektiven Beurteilung der Situation abfinden. Auch Zselenski hat in der Sitzung des Bundes der Landwirte bereits die Sturmglocken geläutet, ohne die Absichten des Ministerpräsidenten zu kennen. Wir müßten bei der Beurteilung eines so wichtigen Gesetzentwurfes wie die Wahlreform wenigstens den Text abwarten, über den man zu entscheiden hat. Im Weltkrieg sei es nicht angebracht, persönliche Fragen wie es der Abgeordnete Jakabffy sehr geschmacklos und sehr taktlos getan hat, in die Debatte einzubeziehen; es widerspricht auch der Würde des Hauses, wenn man, wie Zselenski, über Se. Exzellenz den Herrn Justizminister Vázsonyi allerlei geistreiche Bemerkungen macht. Drei Jahre Krieg ist eine Schule, eine Reifeprüfung, die man werten muß, man braucht von den Helden der Schützengräben nichts zu befürchten. Wir müssen die Lehren aus der französischen und aus der russischen Revolution ableiten. Die Bedenken Tißas sind nicht objektiv, denn er hat sich selbst in der Frage des Wahlrechts desavouiert, sein Standpunkt vom Jahre 1913 weicht von dem jetzigen ab. Unsere Soldaten, die im Zivilleben landwirtschaftliche Arbeiter sind, haben viel gelernt, sie haben die deutschen Verhältnisse ebenso wie die des feindlichen Auslandes kennen gelernt. Es sei wünschenswert, daß das landwirtschaftliche Proletariat auch gehoben werde, damit auch diese Schicht entsprechend vertreten sei, wie wir es für die industriellen Arbeiter fordern. Die Organisierung der kleinen Landwirte ist ebenso wichtig wie die der Arbeiter, es genügt nicht, daß ein, zwei kleine Landwirte im Abgeordnetenhause diese Millionen vertreten. In der ungarischen Rasse wird genug Kraft vorhanden sein, um alle in der Frage der Wahlreform auftauchenden Uebel zu beseitigen.

Redner empfiehlt die Fürsorge der Kriegsinvaliden der Aufmerksamkeit der Regierung. Die Vorlage nimmt er an.

Graf Ladislaus Szapáry

hegt zu dem neuen Kabinett Vertrauen und hofft, daß es ihm gelingen wird, den Frieden zwischen den Parteien herzustellen, dessen das Land in erster Reihe bedarf. Das Programm des

Neues Wiener Tagblatt
29./IV.1917
116

einem Staate zu vereinigen. Wenn uns von der Entente Angebote gemacht werden, so besteht der Unterschied darin, daß die Entente verschenkt, was sie nicht hat, während die Zentralmächte uns Gebiete versprechen, die sie besitzen. Auch die russische revolutionäre Regierung hat

Redner spricht dem Minister des Aeußern den Dank dafür aus, daß er über die Dinge, die er zu vertreten hat, offen und ehrlich spreche und keine Geheimniskrämerei treibe. Der Minister habe recht gehabt, daß er die Zustimmung dazu erteilte, daß die Sozialdemokraten nach Stockholm

werden wir den Frieden nicht erreichen. Gewiß ist es Aufgabe des Abgeordnetenhauses, Mißgriffe zu kritisieren, ob aber dazu gerade die Friedensdebatte geeignet ist, ist eine andre Frage.

Die Erklärung der Regierung war sicher nicht sehr geschickt. Auch das Aus-

---

tisch einander gegenüber gesessen sind? Auf seiten der Regierungen herrschte immer eine gewisse Scheu, in diesen brennenden Dornbusch zu greifen, weil ein Mißlingen der Verhandlungen als Mißerfolg der Regierung gedeutet werden konnte. Auf seiten der Parteien wirkte die Furcht, nachgiebig zu erscheinen und vor dem radikalen Scherbengericht nicht zu bestehen, dann aber spielte auch die allgemeine Besorgnis mit, es könnte ein Reibschlagen die beiden Heerlager

nur verwaltungstechnisch, sondern bis zu einem gewissen Grad auch sozial und kulturell Einheiten. Jahrhundertelange Ueberlieferung, jahrhundertelanges Zusammenleben haben zwischen den einander bekämpfenden Nationen gewisse Gewohnheiten des Kommerziums und Konnubiums entstehen lassen, die zu trennen oder zu gefährden kühn wäre. Wir können — der Lauf verheißungsvoll begonnener,

waltung fließen daraus, und doch hat dieser furchtbarste aller Kriege die große Wahrheit verkündet, daß wir als geeinte Vielheit bestehen können. Das Ausland hat uns nicht verstanden und versteht uns auch heute nicht. Man kann es ihm so sehr nicht übelnehmen, verstehen wir doch selbst oft einander nicht. Man hat die Rivalität der österreichischen Nationalitäten bisher immer nur unter dem Unlustgefühl der Schwierigkeiten gesehen; daß aber diese Rivalität

---

— nicht aus Schwäche, sondern aus richtig erkanntem, edlem Menschlichkeitsgefühl. Denn der Heldenmut der Armee an den Fronten, die Geduld der Bevölkerung im Inlande, welche alle möglichen Entbehrungen in wirklich bewunderungswürdiger Weise erträgt, beweisen, daß hier von einer Schwäche nicht die Rede sein kann. (Beifall.) Und ich nehme auf Grund der Kundgebungen, die erfolgt sind, auch an, daß die Regierung des verbündeten Deutschen Reiches auf demselben Standpunkte steht. Aber hervorgehoben muß werden, hüben und drüben, aber mehr noch bei den Gegnern, sind noch Anschauungen vorhanden, die die Annäherung zum Frieden ungemein erschweren. Diejenigen, die auf einen definitiven Sieg der einen oder andern Seite rechnen, müssen zugleich mit der entsetzlichen Tatsache rechnen, daß der Krieg noch einige Jahre dauern müßte mit all seinem unbeschreiblichen Elend, während bei einigem guten Willen eine Verständigung ohne Schwierigkeit auf Grund von Verhandlungen herbeigeführt werden könnte.

Seit Beginn des Krieges ist sehr viel von Sonderfriedensbestrebungen gesprochen worden. Redner halte einen Sonderfrieden für ein Phantom schon aus dem Grunde, weil es eine Menge von komplizierten Fragen gibt, welche durch ein Uebereinkommen zwischen dem einen Staate und den andern Staaten oder einer Staatengruppe und einem andern Staate überhaupt nicht gelöst werden können. Anderseits muß man sich fragen, wie juridisch solche Uebereinkommen aufzufassen sind, daß ein Staat innerhalb einer Staatenvereinigung nicht allein Frieden schließen kann. Es wird zu einem vollständigen Frieden nur auf Grund eines allgemeinen Weltkongresses kommen können. Zu diesem Weltkongreß sollten alle Staaten gelangen mit dem ehrlichen Vorsatz, die Streitaxt endlich zu begraben und der Welt eine neue Aera des Friedens zu verschaffen. Selbstverständlich erhoffen auch wir Polen viel von diesem Weltkongreß für unsre Fragen und Leiden in dem Sinne, daß es zur Gründung eines in jeder Beziehung gesunden Staatsorganismus kommt, der für die Zukunft eine neue wertvolle Garantie des allgemeinen Friedens bilden wird.

Der Friedenskongreß könnte sich jedoch nicht lediglich auf die Feststellung der Weltkarte beschränken. Er muß weiter gehen. Zusammen mit der Friedensfrage müssen zum Zwecke der Beseitigung oder Erschwerung künftiger Kriegskonflikte internationale Grundsätze geschaffen werden. Die Erfahrung, die die Welt mit dem Kriege, mit den Wettrüstungen vor dem Kriege gemacht hat, ist so schauerlich, daß manches von dem, was man früher als Utopie ansah, unbedingt zum praktischen Versuch erhoben werden soll, insbesondere die Frage der obligatorischen Schiedsgerichte in internationalen Fragen. Dabei denke Redner absolut nicht an die Entwaffnung der Staaten; eine starke, durchaus verläßliche Armee ist für jeden Staat der wichtigste Schutz der nationalen und kulturellen Güter. Aber die Staaten müssen dazu gelangen, durch internationale Verträge moralische und rechtliche Garantien ihrer Freiheit und wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen, nicht nur für sich, sondern auch für diejenigen, die nicht kräftig genug sind, sich mit eigener Waffengewalt zu wehren. Die Arbeiten des Friedenskongresses müßten sich als ein ernster und groß angelegter Versuch der Entbarbarisierung der jetzigen Welt gestalten, und Redner zweifle nicht, daß der edeldenkende Monarch und seine Regierung sich mit warmem Eifer an diesem Werke beteiligen werden. Nach dreijährigem Wahnsinn sollten die kämpfenden Gegner sich endlich wieder als Kulturvölker fühlen, sich als Kulturvölker wieder finden, sich zu einer pazifistischen Verständigung und Beseitigung der Kriegsgreuel vereinigen. Geschieht das nicht bald, dann ist Europas Kultur, Wohlfahrt und Rechtssicherheit vielleicht für immer dahin.

Redner bespricht schließlich die innerpolitischen Fragen.

Rede Dr. Sieghart's.

Dr. Sieghart: Wenn mein sehr geehrter Herr Vorredner in so fesselnder Weise von den äußeren Friedenszielen gesprochen hat, so will ich versuchen, die Frage zu beantworten, welches unsre inneren Friedensziele sind. Als im Schicksalssommer des Jahres 1914 die endlosen Züge der mobilgemachten Armeen durch das Land eilten, eine gewaltige Erhebung durch alle Herzen ging. Szenen der Verbrüderung und des patriotischen Aufschwunges die Straßen erfüllten, da glaubten viele, daß nun die Periode der nationalen Wirrnisse überwunden, daß der ganze Staat nur mehr ein Lager sei und in diesem Lager Oesterreich. Diese holden Träume sind vorläufig noch nicht zur Wirklichkeit geworden. Freilich: Stoßkraft und Geist unsrer herrlichen Armeen sind ungebrochen und aufrecht wie am ersten Tage. Jeder Augenblick bringt neue Zeugnisse für den wunderbaren Opfermut dieser Regimenter. Dort ist Oesterreich als Wille, aber bei manchen politischen Parteien ist es bestenfalls als Vorstellung. Während noch der blutige Kampf um unsre Zukunft und unsern staatlichen Bestand an allen Grenzen tobt, setzt der nationale Streit wieder ein. Dies feststellen heißt aber auch zugleich die Aufgabe bestimmen, die uns obliegt, und der wir uns jetzt weniger denn je entziehen dürfen: die Beendigung dieses Kampfes durch Vergleich. Dieser Kernfrage der österreichischen Politik möchte ich meine heutigen Ausführungen widmen.

Hiebei ist es nur natürlich, wenn ich mich vor allem den Dingen in Böhmen zuwende. Hat ja doch die böhmische Frage seit Jahrzehnten sozusagen die erste Hypothek auf unser ganzes öffentliches Leben intabuliert, sie ist die nationale Frage Oesterreichs katexochen, und wenn wir sie mit Erfolg regeln, so haben wir den Mut und die innere Zuversicht gewonnen, die uns stark machen, das Werk der nationalen Befriedung zu vollenden. Eine solche Hoffnung mag gerade im Hinblick auf die jüngsten tschechischen Reden im andern Hause trügerisch erscheinen. Aber die patriotische Sorge und die Erfahrung des praktischen Wirtschaftslebens treiben zu dem undankbaren Amte des Predigers in der Feierstunde. Der nächste Tag mit seinem Lärm mag derlei schüchterne Stimmen übertönen, aber vielleicht bleibt der Gedankenkeim im öffentlichen Bewußtsein zurück und wirkt weiter, weil er muß. Wer wirtschaftlich denkt, wer objektiv voll Interesse, aber subjektiv uninteressiert, nicht parteilos, aber unparteiisch, ein treuer Sohn seines Volkes, aber keines andern Volkes Feind, wer so die Dinge in Böhmen betrachtet, der ist immer wieder versucht, mit dem Bleistift in der Hand dem falschen Kalkul des nationalen Kampfes nachzurechnen. Da ergibt sich folgendes: Deutsche und Tschechen in Böhmen sind heute hitzige Konkurrenten, sie treten in Wettbewerb um jedes Amt, jedes Geschäft, um jede wissenschaftliche Anstalt, ja selbst um jeden Zweig der Kunst; sie konkurrieren im Landtag und Reichsrat um jede politische Stellung. Dieser Wettbewerb ist gewiß keine Annehmlichkeit, er gestattet keinem der beiden Völker, sich aufs Faulbett zu legen. Aber Kaufleute und Industrielle haben sich längst an die Tatsache des Wettbewerbes gewöhnt und aufgehört, jemand darob zu hassen oder herabzusetzen, haben aufgehört zu meinen, einer allein müsse den Platz beherrschen. Praktische Menschen wie Kaufleute treffen ein Abkommen; die Konkurrenz besteht darum fort, aber ihre Aeußerungen sind zivilisiert, humanisiert, ökonomisiert worden, ihre schädlichen Wirkungen werden auf das geringste Maß herabgesetzt. Auch in dem geschichtlichen Wettbewerb der beiden Nationen Böhmens kann es sich nie darum handeln, für die Zukunft jede Konkurrenz auszuschließen; der nationale Konkurrenzkampf soll nur entgiftet, erträglich gemacht, gemildert werden. Wieder kaufmännisch gesprochen, hat sich die Konkurrenz zwischen beiden Volksstämmen behauptet. Die Deutschen in Böhmen sind die geschichtlichen Träger der Kultur, der Bildung, des Wohlstandes, der Industrie. Die Tschechen haben ihre nationale Literatur, ihre Malerei und bildende Kunst, ihre Gelehrten und Techniker, sie haben eine Industrie und ein rührriges, manche meinen, ein zu rührriges Kreditwesen. Nebeneinander haben beide Volkswirtschaften Böhmens einen großen Aufschwung genommen. Er wird aber gleichwohl zum Schaden beider Völker gehemmt, weil der politische Streit die Köpfe beherrscht und die Arme lähmt, weil der im nationalen Kampfe geborne Radikalismus maßlos entfesselt ist und weil durch den Wettbewerb der Demagogie die Völker vom wirtschaftlichen Wettbewerb abgelenkt werden. Dabei steht die Schlacht seit Jahren, keiner kann dem andern etwas abgewinnen, die großen Heere lagern einander gegenüber. Es sind mithin alle Voraussetzungen für eine friedliche Schlichtung gegeben. Was mir vorschwebt, ist keine Utopie, aber auch kein faules Kompromiß, keine Verneinung des nationalen Gedankens, sondern eine Zivilisierung des nationalen Wettstreites, seine Unterordnung unter die Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens und der staatlichen Daseinsbedingungen. Das wäre der erste Schritt zu friedlichen Verhältnissen in Böhmen und zugleich der Bruch mit einer Politik, die keinen der beiden Volksstämme vorwärts bringt.

Bei der Betrachtung dieser Verhältnisse steigen einem manchmal Zweifel darüber auf, ob sich die Politik der beiden Volksstämme immer in der richtigen Bahn bewegt. Was zunächst die Politik der Tschechen betrifft, so haben sie bekanntlich bisher der Minoritätenfrage die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Nun weist Böhmen einen Dualismus der wirtschaftlichen Entwicklung auf, der bezeichnenderweise mit der nationalen Sonderung zusammenfällt. Der deutsche Stamm mit seinem regen Sinn für gewerbliches Schaffen war mehr zur Ansiedlung in den Städten geneigt, der tschechische hing

---

genommen werden, denen die Armee gegenüberstand. Auch dafür könne die Regierung nicht getadelt werden, daß das Königreich Polen nicht so, wie es von den Polen gewünscht wird, zustande gekommen ist. Niemand wisse, weshalb in der Regierung diejenige Stelle mit einem neuen Mann besetzt werden mußte, die seit jeher als militärische Stelle aufgefaßt und daher einem aus politischen Gründen erfolgenden Personenwechsel nicht unterworfen wird. Freiherr v. Georgi, ein Mann, der in der Landwehr hochverehrt dasteht (lebhafter Beifall und Händeklatschen), ist nur deshalb aus dem Amt geschieden, weil er klare Auskünfte über Dinge gegeben hat, die vorgefallen sind, weshalb er sich, wie man vermutet, unbeliebt machte. Tausende von Soldatenherzen sind mit Freiherrn v. Georgi einer Meinung (lebhafter Beifall), und Zeugen, wenn er solche zur Bestätigung dessen braucht, was er behauptet hat, stehen ihm aus der ganzen Armee zu Tausenden zur Verfügung. (Zustimmung.) Leider liegen auch sehr viele unter der Erde, die Blutzeugen für die Dinge wären, die vorgefallen sind und die, wenn sie noch sprechen könnten, für Freiherrn v. Georgi einstehen würden. (Lebhafte Zustimmung.)

habe sich jederzeit derart zu benehmen, daß es wirklich den Frieden will. (Zustimmung bei den Christlichsozialen.) Die Völker werden an das Abgeordnetenhaus die berechtigte Forderung stellen, daß es die Friedensbestrebungen nicht zerstört. (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen.) In Hetzreden wurde hier der Haß verkündet, durch die nur der Friede zwischen den Völkern gestört wurde. Nicht nur die Wähler Oesterreichs richten ihre Blicke auf das Abgeordnetenhaus, auch andre tun das; auch die Entente verfolgt uns mit ihren Blicken und vielleicht hat sie an dem österreichischen Abgeordnetenhaus hie und da ihre Freude gehabt.

Abg. Dr. Vertovšek (Südslawischer Verband): Wir können nicht alles vergessen, was hier vorgefallen ist.

Abg. Hauser: Wenn wir vom Frieden reden, so sprechen wir von einem so hohen Gut, daß man alles vergessen und nur an den Frieden denken muß. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen und Deutschnationalen.) Ich muß es für eine kleinliche Handlungsweise halten, jetzt, wo wir die Hand zum Frieden ausstrecken, mit Rekriminationen zu kommen. Mit starken Worten allein, mit einer zersetzenden Kritik an allem, was in Oesterreich besteht, mit endlosen Rekriminationen

[illegible] Verbandes, nannte, die gestrige Erklärung der Regierung habe eine große Enttäuschung im Hause und wohl in der ganzen Monarchie bereitet, vielleicht auch in der ganzen Welt, nur daß in den feindlichen Ländern diese Enttäuschung eine Ueberraschung war. Wie verträgt es sich mit dem Geiste der wahren Demokratie, wenn die Völker schweigen sollen, da es sich um ihre wichtigsten Interessen handelt? Der Minister des Aeußern ist mit seiner Erklärung auch in Widerspruch gekommen mit der feierlichen Ennunziation vom 14. April. Mann könne sich die gestern wiedergegebene ungeschickte Erklärung mit der Parlamentsfremdheit des Ministeriums des Aeußern erklären. Einem Minister, der mit der Volksvertretung in Fühlung bleibt, wäre ein solcher Lapsus nicht passiert. Auch das ist wieder ein Beweis, daß es mit der heutigen Verfassung, mit den Delegationen und der Unverantwortlichkeit der gemeinsamen Minister nicht weitergehen kann und daß auch in dieser Beziehung Wandel geschaffen werden muß. Wenn die Erklärung aber nicht nur auf einer Ungeschicklichkeit in der Fassung beruht, so ist es nötig, klar zu verkünden, daß die Völker heute nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der Regierung sind und daß heute über das Schicksal der Völker durch die Völker und mit den Völkern entschieden werden muß. (Lebhafter Beifall bei den Südslawen.)

30./VI.

(Lebhafter Beifall bei den Polen). Verkleidete russische [illegible] als Spione waren genug da. Es war im [illegible] den Erklärung als sehr treffend zu bezeichnen. Man [illegible] möglich bei voller Ernüchterung der Akten. Aber aber [illegible] sehr nicht, barüber ist ein Urteil nur [illegible] vielleicht gerechtfertigt, wird vielleicht gerechtfertigt [illegible] Ernährung, sondern es ist ein Kampf des Hungers [illegible] tschechische Nation. Ob dieser Kampf zu [illegible] führen wird, ist eine Frage, deren Beantwortung [illegible] Sache der Tschechen ist. Wir haben gegen [illegible] Kampf nichts einzuwenden, wir haben nur gegen [illegible] Mittel, die dabei angewendet werden, Stellung genommen. Wir haben gegen die Verhetzung der Schuljugend, gegen die Schulstreiks, gegen die Verhetzung der Lehrer protestiert. Wir können die Quelle dieser Verhetzung bezeichnen. Es ist ein Artikel des Abgeordneten Choc, der in der Zeitung „Narodni Listy“ erschienen ist. Dieser Artikel ist eine Aufforderung zum Kampfe gegen die Schule, gegen die Schuljugend, gegen die Lehrer. Wir können die Quelle dieser Verhetzung bezeichnen. Es ist ein Artikel des Abgeordneten Choc, der in der

für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 70 h, monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—.
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 3.—.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20 bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wiengeile 97, und in den Filialen:
Schulerstraße 13, Telephon 9191
II. Bazamanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33125
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34148
XVII. Sackner gasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei

eiter-Zeitung

Morgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

lich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Wien, Sonntag, 1. Juli 1917. XXIX. Jahrgang.

Griechenland erklärt Krieg.

Die Beziehungen abgebrochen.

London, 30. Juni. Das Reutersche Büro meldet aus Athen unter dem 29. d.: Die griechischen Gesandten in Berlin, Wien, Konstantinopel und Sofia sind abberufen worden. Die diplomatischen Beziehungen sind abgebrochen.

Der Abbruch in Wien.

Wien, 30. Juni. Der griechische Gesandte hat heute nachmittag im Ministerium des Aeußern vorgesprochen und im Auftrag seiner Regierung nachstehende Mitteilung gemacht:

Nachdem nunmehr die Einigkeit zwischen den beiden Griechenland bisher in zwei Lager trennenden Parteien hergestellt sei und griechische Truppen an der mazedonischen Front kämpfen, sehe sich die griechische Regierung genötigt, die diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn abzubrechen.

Herr Gryparis, der hieran anschließend um die Ausfolgung seiner Pässe ersuchte, brachte gleichzeitig zur Kenntnis, daß der Schutz der griechischen Interessen in der Monarchie der hiesigen königlich niederländischen Gesandtschaft übertragen sei.

Im Kriegszustand.

Amsterdam, 29. Juni. Das Reutersche Büro meldet aus Athen: Obwohl der Krieg noch nicht erklärt wurde, ist die Regierung der Ansicht, daß sich seit dem gestrigen Amtsantritt der liberalen Regierung Griechenland im Kriegszustand mit den Mittelmächten befindet. Die Abberufung der diplomatischen Vertreter, die bei den Mittelmächten und deren Verbündeten beglaubigt sind, steht unmittelbar bevor.

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Das Auswärtige Amt hat auf dem einzigen Wege, der ihm zurzeit offen steht, auf dem Wege einer Einschaltung ins „Fremdenblatt", dem Ausland und den Völkern des Inlands eine Erklärung zu seiner seltsamen und befremdenden Aeußerung vom letzten Mittwoch gegeben. Es entschuldigt sich wie folgt: „Die Vieldeutigkeit des Wortes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und die wechselnde Bedeutung, welche die Ententemächte ihm unterlegt haben, dürften schuld daran sein, daß die hierauf abgegebene Erklärung des Ministerpräsidenten mehrfach mißverstanden wurde." Daß diese Vieldeutigkeit leicht Mißverständnisse hervorruft, mußte das Reichsamt wissen, ebendarum war es seine Pflicht, so zu sprechen, daß jedes Mißverständnis, ja selbst die Möglichkeit jeder böswilligen Mißdeutung ausgeschlossen blieb. Gerade dem Auswärtigen Amte kann nicht entgangen sein, daß die nationale Frage von den Ententestaaten als gewichtigster Kriegsvorwand und heute beinahe als die einzige Rechtfertigung für die Fortsetzung des Krieges benützt wird. Sie werden die verspätete Erklärung höchstens als erzwungenen Versuch der Ableugnung wirklicher Absichten gelten lassen. Der Schaden wird nicht leicht zu beheben sein.

Die Erklärung im „Fremdenblatt" berührt die Hauptfrage, die die Völker der Monarchie selbst im Hinblick auf den äußeren Frieden wie auf ihr künftiges Schicksal auf das tiefste bewegt, wohl näher, aber behandelt sie lange noch nicht mit der Ausführlichkeit, Eindeutigkeit und Rückhaltlosigkeit, die sie verdient und die sie auch verträgt. Nach unserer Ueberzeugung hat Oesterreich, soferne man nur die künftige innere Politik auf das einzig gegebene Reformziel einzustellen bereit ist, gar keinen Grund, vor der Welt Versteckens zu spielen und ängstlich zu tun. Denn das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" steht in Oesterreich schon längst auf der Tagesordnung, jedenfalls schon lange bevor Englands und Frankreichs imperialistische Bourgeoisie die Bedrängnisse und Bestrebungen unserer Völker zum Vorwand ihrer Eroberungsabsichten zu nehmen beliebt hat. Die Regierungserklärung besagt, daß „diese Formel" zuerst in der Botschaft des Präsidenten Wilson aufgetaucht sei; das mag für die diplomatischen Urkundensammlungen richtig sein, für die innere Politik Oesterreichs jedoch ist sie alt. Freilich haben unsere bürokratischen Regierungen bisher nie begriffen und niemals ausgesprochen, daß die staatsrechtliche Stellung ganzer Nationen und nicht bloß die Sprachenfrage von Individuen verschiedener Nationalität in Frage stehe. Mit der alleinigen Ausnahme der Staatslenker hat das wohl jedermann in Oesterreich längst begriffen. Die offizielle Welt Oesterreichs ist mit geflissentlicher Beharrlichkeit jeder sachlichen Erörterung, der Erörterung des Begriffs wie der politischen Notwendigkeiten der Nation, ausgewichen und hat so selbst verschuldet, daß die feindliche Presse heute unsere nationalen Wirren mit so viel Nutzen ausbeuten kann.

Das Wort Nation wird in den Weststaaten in anderem Sinne gebracht als bei uns. Sie gehen dabei vom bestehenden Staate aus. Nationalität bedeutet ihnen Staatsbürgerschaft und Nation ist die unter einer Staatsgewalt zusammengefaßte Bevölkerung ohne Rücksicht auf Abstammung und Sprache, Nation gilt also gleich Staatsvolk. In diesem Sinne ist Franzose der Bewohner Frankreichs, auch wenn er wie der Einwohner von Nizza italienischen Stammes ist. Nimmt man Nation in diesem Sinne, so fällt das Selbstbestimmungsrecht der Nation zusammen mit der völkerrechtlichen Souveränität des Staates, mit dessen Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Eigenherrlichkeit.

Diese Auffassung beherrscht das Denken der Schweiz und Belgiens. Die Schweizer und die Belgier fühlen sich als eine Nation, obschon die einen aus Deutschen, Franzosen und Italienern, die anderen aus Franzosen (Wallonen) und aus einem niederdeutschen Stamme (Flämen) bestehen. Bei beiden geht bisher das Staatsbewußtsein dem sprachlich-kulturellen Stammesgefühl soweit vor, daß sie nach außen nur als Staatsvolk genommen sein wollen.

Ohne Zweifel war die Phrase vom Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker von den feindlichen Weststaaten auf Belgien berechnet und meinte die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität Belgiens, später auch Serbiens und Montenegros. Sie betraf also nach unserem Sprachgebrauch gar nicht die kleinen Nationen, sondern die Kleinstaaten, und forderte nichts, als daß kein Staat, der vor dem Kriege bestand, durch Waffengewalt vernichtet werden dürfe. Jeder bestehende Staat — einerlei, ob National- oder Nationalitätenstaat —, der den Krieg in Wahrheit nur zur Selbstverteidigung und nicht um Eroberungen führt, kann sich in diesem Sinne auf das Selbstbestimmungsrecht berufen, wenn er seine alten Grenzen behaupten will. Und mit Recht beruft sich die Erklärung des Grafen Czernin in diesem Sinne auf die provisorische russische Regierung, die mit ihrer Erklärung vom 11. April 1917 „der Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einen rein außenpolitischen Inhalt gegeben hat. Unter Ablehnung der Absicht, andere Völker zu beherrschen und ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen, hat die russische Regierung den kriegführenden Staaten das Recht zuerkannt, das Schicksal ihrer Völker beim Friedensschluß selbst zu bestimmen, und „dieser Auffassung von den Grundlagen eines dauerhaften Friedens mit dem russischen Volke vermochte sich die österreichisch-ungarische Regierung ohneweiters anzuschließen." Dieser Krieg, fährt nun Graf Czernin fort, könne „nicht durch einen Frieden entschieden werden, welcher den Wünschen unserer Völker widerspräche, die ja vom Anbeginn an für die Erhaltung ihrer angestammten Wohnsitze und für das Recht kämpfen, ihre Schicksale ohne Einmischung Dritter selbst zu bestimmen." Die Nichteinmischung Dritter, zumal die Nichteinmischung durch kriegerische Gewalt, ist selbstverständliche Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Staaten. Das gilt natürlich für und wider jeden Staat: Wer die Waffen wider den anderen erhebt, beeinträchtigt dessen Selbstbestimmung und gefährdet unter Umständen die eigene.

Offensichtlich trifft der bisher bezeichnete Sprachgebrauch das uns vertraute nationale Problem gar nicht. Dieses entsteht erst dadurch, daß eine überlieferte Staatsgrenze entweder mehrere Nationen vereinigt oder eine Nation zerschneidet und die Teile zwei oder mehreren Staaten eingliedert. Wo sich Staatsgebiet und nationales Siedelungsgebiet nicht decken, das Staatsvolk aus zwei oder mehreren Nationen besteht, wo Staat und Nation sich nicht decken, sondern kreuzen, entsteht jener Streit, den sich die Weststaaten

Neues Pester Journal

125

1./VII. 1917

Sonntag, 1. Juli.

ournal.

Erscheint (mit Ausnahme des Montags) täglich.
Redaktion und Administration:
Vilmos császár-út (Kaiser Wilhelmstraße) Nr. 31.
Telephon: Redaktion 26—09. Administration 26—10, 33—31.

Czernin und Andrássy.

Das Organ unseres auswärtigen Amtes überraschte heute seine Leser und auch uns mit einem Kommentar zu der Erklärung, welche der neue österreichische Ministerpräsident Dr. von Seidler am 27. d. im österreichischen Abgeordnetenhause über die Friedensbereitschaft der Monarchie abgab. Die Erklärung war eine Erwiderung auf die Anfragen der Abgeordneten Daszynski und Genossen betreffend Vorbereitungen für die künftigen Friedensverhandlungen und besagte Wort für Wort: „Die Annahme der erwähnten Anfrage, als ob die k. u. k. Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauerhaften Friedens anerkannt hätte, ist irrthümlich." Und damit ja Niemand des Glaubens sei, als hätte der österreichische Ministerpräsident in dieser Erklärung etwa seine eigene persönliche Ansicht ausgedrückt, hat er besonders hervorgehoben, daß er diese seine Aeußerung nach Rücksprache mit dem Minister des Aeußern abgebe. Jeder Hörer und jeder Leser dieser Erklärung wußte nun genau, wie er mit dem Minister des Aeußern in dieser Frage daran ist. Ob diese Auffassung eine richtige und der jetzigen Weltströmung entsprechend ist, das ist natürlich eine andere Frage. Aber klar wie die Sonne und unverrückbar fast wie die höchsten Alpengletscher ist die im Lapidarstile vorgetragene kurze und bündige Sentenz des Herrn Ministers des Aeußern, daß die k. u. k. Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als Grundlage eines dauernden Friedens nicht anerkannt hat. Heute wird nun die Welt durch das Wiener offiziöse Organ dahin belehrt, daß der Hörer jener Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten schlecht gehört und der Leser schlecht gelesen habe. Wollt Ihr die einzigrichtige, reine Wahrheit wissen? Nun, dann schlaget die Erklärung der russischen Regierung vom 11. April 1917 nach, darin wird unter Ablehnung der Absicht, andere Völker zu beherrschen und ihnen ihr nationales Ballplatz als Operationsgebiet für Uebergangs- und Verlegenheitsminister dienen? Wie lange werden da die Berchtolds, die Buriáns und Czernins einander die Thürklinke reichen, jeder in dem Bewußtsein, der Statthalter oder vielleicht gar der Lückenbüßer seines Vorgängers oder Nachfolgers zu sein? Wie lange wird noch Derjenige, der die natürliche, ihm von Gott verliehene Anwartschaft auf den Posten des Ministers des Aeußern in dieser Monarchie besitzt, wie lange, fragen wir, wird Graf Julius Andrássy noch warten müssen, ehe ihm, dem Einzigen, der für dieses Amt durch die Kraft seines Intellektes, des Willens und des Charakters naturgemäß prädestinirt wäre, die Zügel zur Leitung unserer auswärtigen Politik in die Hände fallen werden? Graf Julius Andrássy fühlt sich, wie er selbst sagt, von dem ästhetisch in der That nicht sehr ergötzlichen Handwerk der inneren Politik angewidert. Ein kritischer Moment in der politischen Laufbahn seines Vaters schwebt uns in Erinnerung. Es war dies in den ersten Herbsttagen des Jahres 1871, als die Hohenwart-Affaire alle politischen Kreise der Monarchie in tiefster Spannung hielt. Graf Julius Andrássy, als er sah, daß sein schwer genug zustande gekommenes Werk, der Dualismus, gewaltsam ins Wanken gebracht und sodann von gänzlichem Untergang bedroht wird, mochte einen ähnlichen Widerwillen gegen die Fortschleppung der Last der inneren Politik empfunden haben, als er sich aus den Wiener Berathungen nach Terebes zurückzog. Da ereilte ihn kurz nachher die Depesche des Königs, welche ihm seine Ernennung zum Minister zur Kenntniß brachte. Muß man aber mit dieser Ernennung wirklich und wieder warten, bis der Berufene sich in der inneren Politik übersättigt und mißmuthig fühlt? Würde doch diese Ernennung allen Partei- und Parlamentswirren auch in Ungarn wie mit einem Zauberschlag ein Ende machen! Warum also und wie lange noch warten?

Neue Freie Presse

126

1./VII. 1917

Oesterreichischer Reichsrat.

Beendigung der Budgetdebatte im Herrenhause.

Wien, 30. Juni.

Das Herrenhaus hat heute die Beratung über das Budgetprovisorium abgeschlossen. Die wichtigsten Reden des Tages, jene des Freiherrn v. Czedik und des Berichterstatters Freiherrn v. Plener besprechen wir an anderer Stelle. Eingeleitet wurde die Debatte heute vom Grafen Thun-Salm, der im Sinne seiner früheren Ausführungen abermals die Erscheinungen im czechischen Lager besprach und neue Anklagen erhob. Hofrat Goll und Hofrat Dr. Lammasch erhoben gegen diese Rede schärfsten Widerspruch. Hofrat Goll erklärte, daß er sich durch sie persönlich gekränkt, verletzt und beleidigt fühle, und Hofrat Lammasch meinte, daß sie die Kluft zwischen Deutschen und Czechen erweitern und auch einen Zwiespalt zwischen dem Abgeordnetenhause und dem Herrenhause hervorrufen werde. Dr. Freiherr v. Schey betonte, daß die Czechen keinen Grund haben, über Zurücksetzung ihrer kulturellen Bedürfnisse zu klagen. Was die Deutschen für sich in Anspruch nehmen, sei lediglich die Rolle des Kitts im Bau dieses Staates. Prinz Ferdinand Lobkowitz ergänzte seine gestrigen Mitteilungen über das autonomistische Programm seiner Partei. Das Budgetprovisorium wurde schließlich in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nach mehr als drei Jahren ist wieder verfassungsmäßige Vorsorge für den Staatshaushalt getroffen.

Herrenhaus.

(8. Sitzung. Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Das Budgetprovisorium.

Freiherr v. Czedik (Mittelpartei), seine Rede fortsetzend, erinnert daran, daß in den Herbstmonaten des Jahres 1914 eine Deputation, bestehend aus Mitgliedern aller drei Gruppen des Herrenhauses, zum Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh in der Frage der Einberufung des Parlaments entsendet wurde, desgleichen in den ersten Wintermonaten des Jahres 1915. Wir haben den Ministerpräsidenten auf die drohende Gefahr der Nahrungsmittelnot aufmerksam gemacht, haben aber nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß die damalige Regierung den Blick in die Zukunft gelenkt hat und sich dessen bewußt war, welch großen Gefahren sie die Bevölkerung entgegenführt. Nie ist das Herrenhaus einiger gewesen als in dieser Zwischenzeit, die drei Gruppen haben unter sich einen Unterschied nicht gekannt. Wenn etwas als Entschuldigung für die Nichteinberufung des Parlaments angeführt werden konnte, so ist es der Umstand, daß die Regierung sich wahrscheinlich in demselben Irrglauben befand, den wir alle geteilt haben, nämlich, daß nur ein kurzer Feldzug bevorstehe. Als sie sich jedoch davon überzeugt haben mußte, welche außerordentliche Dimensionen der Krieg annimmt, ist die Regierung nicht anderen Sinnes geworden und hat auf die Forderung nach Einberufung des Parlaments die bestimmte Erklärung abgegeben — ich kann die Worte zitieren — es gibt keinen Ministerpräsidenten, der Seiner Majestät raten kann, das Parlament jetzt einzuberufen.

Und heute noch frage ich mich vergeblich: Warum nicht? Wäre die Einberufung nicht viel richtiger, viel natürlicher gewesen? Wann braucht die Regierung, wann der Regent die Stimme der Volksvertreter mehr als gerade in dem Momente eines solchen Krieges? Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, der Reichsrat müsse fernbleiben, er darf ihr nicht helfen, sie allein wisse alles viel besser. Auch im Jahre 1915, als uns der Kriegsgott günstig war, hat man die Zeit verpaßt. So wuchsen die allgemeine Unzufriedenheit und die großen Bedenken, die sich auch bei den Konservativsten immer mehr ausprägten.

Damals haben die Obmänner der drei Gruppen des Herrenhauses dem Ministerpräsidenten in ehrlicher und loyaler Weise folgendes Schriftstück übergeben:

Die außerordentlichen Verhältnisse haben Mitglieder des Herrenhauses aus allen drei Gruppen zu einem Gedankenaustausch über die politische Situation veranlaßt, welcher im Rahmen der drei Exekutivkomitees stattgefunden hat. Diese Aussprache hat zu nachstehenden Feststellungen geführt:

1. Es ist eine Tatsache, daß der allgemeine Nahrungsstand der Bevölkerung sich rapid verschlechtert. Die Regierung hat es nicht vermocht, eine umfassende Organisation der Versorgung mit den notwendigen Lebensmitteln in einer klaglosen Weise zustandezubringen. Dies empfinden alle Schichten der Bevölkerung. Ganz besonders aber die ärmeren, die sehr hart, und zwar bis zur Entbehrung des Notwendigen, unter der mangelhaften Verteilung der Nahrungsmittel und ihrer rasch wachsenden Verteuerung leiden. Es besteht die Gefahr, daß bei der Fortdauer, geschweige denn bei der Steigerung der erwähnten Verhältnisse in der Bevölkerung, welche bisher ohne Wanken die Beschwernisse des Krieges ertragen hat, sich eine verzweifelte Stimmung herausbilden wird.

2. Die großen, für die ganze Zukunft Oesterreichs wichtigen und entscheidenden Fragen, die sich nach dem Friedensschlusse aus den veränderten Verhältnissen ergeben werden, kann man nicht einfach an sich herankommen lassen. Die Zeit bis zum Friedensschlusse muß, wenn Oesterreich nicht einen großen Moment verlieren will, zur Vorbereitung aller offenen Fragen, insbesondere in bezug auf das zukünftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland, benützt werden. Für die Bevölkerung wäre es die größte Enttäuschung, wenn in dieser Hinsicht nichts geschehen würde. Aus ihrem tiefen vaterländischen Gefühle entspringt die Hoffnung und Sehnsucht nach einer Verbesserung unserer Verhältnisse nach dem Kriege.

3. In erster Reihe gilt das von der Ordnung unserer innerstaatlichen, nationalen und parlasei. Zu den schwierigsten Aufgaben der Regierung wird es daher gehören, die guten Dispositionen und die Lehren des Krieges für den Ausgleich zu benützen, aber gleichzeitig für Oesterreich jene Stellung zu erlangen, die ihm auf Grund seiner Leistungen für den Gesamtstaat gebührt.

Diese Feststellungen erschöpfen keineswegs das Gesamtgebiet jener Angelegenheiten, die sofort oder in einem späteren Zeitpunkte zur Entscheidung kommen müssen. Sie beweisen aber, daß heute eine erhöhte Energie- und Entschlußfähigkeit, eine größere Voraussicht und eine stärkere Tatkraft notwendig ist, wenn Oesterreich nicht von unberechenbaren Ereignissen überrascht werden soll.

Da die oben bezeichneten Mitglieder des Herrenhauses der Ansicht sind, daß die Regierung diesen Anforderungen zu entsprechen nicht in der Lage ist, haben sich die Vertreter der drei Gruppen des Herrenhauses zum Herrn Ministerpräsidenten begeben und ihm dies mit aller Offenheit erklärt. Graf Stürgkh hat damals anerkannt, daß das eigentlich ein Mißtrauensvotum sei und erklärt, er werde Sr. Majestät die Frage vorlegen, ob er noch das Allerhöchste Vertrauen genieße. Damals sei Graf Stürgkh nicht zurückgetreten. Am 27. Oktober 1915 sind dann doch die Veränderungen im Kabinett vorgegangen, von denen wir glauben, daß sie nicht ganz über seine Initiative und seinen Antrag geschehen sind.

Dann ist noch ein weiteres Jahr verlaufen, die Dinge sind nicht besser geworden, namentlich das Empfinden, daß ein Zusammentritt des Reichsrates notwendig ist, ist immer mehr in den Vordergrund getreten. Auch die Haltung Ungarns gegenüber Oesterreich in verschiedenen Fragen der auswärtigen Politik wurde so ernst, daß die Obmänner und die Exekutivkomitees der drei Gruppen zur Ueberzeugung kamen, daß es zur Einberufung der Gruppen kommen müsse. Die drei Gruppen haben sich damals verständigt und in erster Linie die Einberufung der Delegationen und die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit gefordert. Wenn man damals angesichts der großen Zahl der kaiserlichen Verordnungen, die erflossen sind, noch zwei kaiserliche Verordnungen mehr erlassen hätte, die Verhandlungen des Parlaments hätten sicher nicht mit den Rechtsverwahrungen begonnen und wir würden heute besser stehen.

Graf Clam-Martinic habe ich für den richtigen Mann gehalten. Er kennt die Verhältnisse in Böhmen, er stand auch vor dem Feinde als Kompagniekommandant bis zu seiner körperlichen Entkräftung. Graf Clam wußte, was für Oesterreich notwendig ist, welche Klammern der Staat braucht. Im April wurde er aus seinem Geleise geworfen.

In der bisherigen Debatte habe Redner viel Neues, aber auch manches Alte gehört. Als er noch dem Abgeordnetenhause angehörte, war die Situation dort eine viel ruhigere, objektivere, im Herrenhause war sie bisher immer eine — man könne kein anderes Wort dafür finden — vornehme. Es gehe dem Redner gegen seine Auffassung der Dinge, daß es zu Anklagen kam, die selbstverständlich Repliken hervorgerufen haben; freilich handle es sich da um Männer, die an der Front gestanden sind, die alle diese Dinge mitgemacht haben und sich nach den großen Entbehrungen und Opfern, die sie bestanden haben, hier einmal Luft machen. Aber glauben Sie, daß das dem allgemeinen Frieden sehr förderlich gewesen ist? Man sagt zwar, wenn man sich recht ausgesprochen hat, kann man wieder gut Freund werden. Nach solchen Aussprachen aber bleibt immer ein Residuum zurück. Auch habe Redner nicht ein Wort der Versöhnung, der gegenseitigen Verständigung gehört. Könnte man es nicht einer dreimal gewonnenen Schlacht gleichstellen, wenn wir uns im Innern versöhnen würden? Redner arbeite an einer Geschichte der Ministerien vom Jahre 1861 bis in die Gegenwart. Die meisten dieser Minister habe er persönlich gekannt und habe sich bei seiner Arbeit bei manchem die Frage vorlegen müssen, warum denn dieser vortreffliche Mann zurücktreten mußte. Durch diese Geschichte der Ministerien ziehe sich nicht ein roter, es ziehe sich ein blutiger Faden hindurch. Soll man noch an das fehlerhafte Prinzip glauben, das Graf Taaffe in die Welt gesetzt hat: die Regierung wartet, bis die Parteien sich verständigen? Leider hat man die Zeit nicht benützt. Redner halte dafür, daß nur ein Rezept übrig bleibe, es muß eine Art Konklave zusammentreten, in welchem sich die Vertreter beider Parteien zusammenfinden müssen. Wer es einberufen soll, wisse er nicht. Wenn dieser Sommer dazu benützt würde, wäre es viel mehr wert, als alle möglichen Gesetzesvorbereitungen.

Wir dürfen uns keinem Verfassungsgrößenwahn hingeben. Es ist ja richtig, daß man eine Verfassung nicht ohne weiteres verlassen darf. Aber diese Verfassung ist ja von allem Anfange nicht anerkannt, weder von der einen, noch von der anderen Seite. Es bleibt nichts übrig, als sich zu verständigen, es nützt nichts, daß man sich von hüben und drüben Unfreundlichkeiten sagt. Gerade jetzt müsse man eine Verständigung anbahnen, nicht weil vielleicht die Position heute günstiger wäre, sondern weil sie von Jahr zu Jahr schlechter werde. Man vergesse nicht, daß seit dem Streite zwischen Czechischböhmen und Deutschböhmen in Oesterreich die übrigen Länder, namentlich die Alpenländer und Galizien, im buchstäblichen Sinne des Wortes zu leiden hatten. Es müssen von beiden Seiten Opfer gebracht werden, man müsse es machen, wenn man es auch zähneknirschend macht, es muß Oesterreich zuliebe gemacht werden.

Redner erinnert daran, daß im Jahre 1848 der konstituierende Reichstag den Entwurf einer Verfassung ausarbeitete, der von den Vertretern aller Nationen Oesterreichs unterschrieben wurde. Man habe damals den Kronländern im gewissen Sinne historische Anerkennung gezollt, auch die sprachlichen Verhältnisse berücksichtigt, aber man hat den Staat nicht detruiert, man war einig darin, daß man zu Oesterreich halte.

Was das Budgetprovisorium betrifft, erklärt Redner namens seiner Gruppe ein Einverständnis mit der Befristung und der ziffernmäßigen Begrenzung der Anleihe. Mit der Beschränkung in bezug auf die Art der Anleihe könne er sich nicht einverstanden erklären. Die Kontrolle des Reichsrates bestehe nicht darin, eine solche Beschränkung vorzuschreiben, sondern vorzüglich darin, darüber zu wachen, daß nicht mehr Geld ausgegeben wird, als bewilligt ist. Um die Rechnungsabschlüsse freilich kümmere sich kein Mensch. Es hat einmal einen Präsidenten des Obersten Rechnungshofes gegeben, der sagte: Außer Sr. Majestät und mir weiß kein Mensch, was darin steht. (Heiterkeit.) Redner sei überzeugt, daß das ganze Haus für das Budgetprovisorium stimmen werde, und das möge man auch im Ausland zur Kenntnis nehmen.

Er wolle an eine Begebenheit erinnern, die sich einmal in seinem Vaterhause abspielte. Als die vier Brüder miteinander im

128

1./VII. 1917

Kriegsdekoration. Ferner wurden den bayrischen Hoffunktionären, dem militärischen Gefolge des Königs sowie den Staatswürdenträgen, dem Polizeipräsidenten und dem Oberbürgermeister von München Ordensauszeichnungen verliehen. Staatsminister Dr. Graf v. Hertling erhielt die Photographie des Kaisers in goldenem Rahmen, Kriegsminister v. Hellingrath den Orden der Eisernen Krone 1. Klasse mit der Kriegsdekoration.

Besuch des württembergischen Hofes.

Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich gestern abends mit ihrem Gefolge von München nach Stuttgart, wo sie Sonntag früh einlangen, um dem König und der Königin von Württemberg ihren Antrittsbesuch abzustatten.

Herrenhaus.

Einstimmige Annahme des Budgetprovisoriums.

Das Herrenhaus hat gestern nach mehrtägiger an interessanten Zwischenfällen reicher Debatte das Budgetprovisorium einstimmig angenommen. Die nationalen Gegensätze in unserem Staate, die sonst im Abgeordnetenhaus oder in den Landtagen der gemischtsprachigen Kronländer mit weithin vernehmbarem Schall aufeinanderstoßen, haben diesmal auch in den sonst vornehm stillen Hallen des Herrenhauses einen kräftigen Resonanzboden gefunden, der weit über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus den Kampf der Worte und Gedanken vernehmlich macht, aber auch die Einheitlichkeit der Tat: Die einstimmige Annahme des Budgets. Scharfe Worte fielen hüben wie drüben, Vorwürfe und Anschuldigungen wurden erhoben und zurückgewiesen, die in ihren Nachklängen gewiß nicht ohne Einfluß auf die kommenden Verhandlungen des Herrenhauses, ja vielleicht des Parlamentes überhaupt bleiben werden. Und doch hat sich aus allen Schlacken, die das Feuer der Leidenschaft aufgeworfen hat, als beständiger Kern der Wille, der Sache, dem Ganzen zu dienen, herausgebildet. Die Staatsnotwendigkeit wurde einstimmig erledigt.

Graf Thun-Salm, der als erster Redner das Wort ergriff, besprach das Verhalten der Czechen und Polen und beanständete das unbedachte Verhalten des Czechenverbandes des Abgeordnetenhauses, das sich in der Verweigerung der Annahme des Kriegsbudgets des Staates bekunde. Seine Ausführungen haben mehrfach Widerspruch hervorgerufen, so unter anderem auch von Seiten des Hofrates Lammasch, welcher der Anschauung Raum gab, daß die Worte des Grafen Thun geeignet seien, die Kluft zwischen den einzelnen Nationen Oesterreichs einerseits, andererseits zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus zu erweitern. Hofrat Lammasch wendet sich vor allem auch gegen das im Laufe der Debatte gefallene Wort „Hochverrat", das man nicht bedeutungslos im Munde führen möge. Freiherr v. Schey spricht den Czechen jede Berechtigung sich in Oesterreich als unterdrückte Nation zu fühlen und sich dementsprechend zu äußern ab und weist darauf hin, daß den Czechen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete volle Gleichberechtigung zuteil geworden ist, ja daß ihr Einfluß im Staate jedenfalls nicht unter den anderer Nationen zu stellen sei.

Unter allgemeiner Unruhe ergreift Hofrat Goll das Wort. Die Unruhe war so groß, daß der Redner den Vorsitzenden, Fürsten Fürstenberg, bitten mußte, ihm Gehör zu verschaffen.

Hofrat Goll wendet sich mit scharfen Worten gegen die Anschuldigungen, die gegen das czechische Volk im Herrenhause vorgebracht wurden, um dann die im Berichte wiedergegebene Erklärung abzugeben.

Als letzter Redner kam der Berichterstatter Freiherr v. Plener zu Worte. In einstündiger, oftmals von Beifall unterbrochener Rede entrollte er ein lebendiges Bild der Budgetdebatte im Herrenhause. An die Verhandlungen anknüpfend, erörterte er das deutsch-czechische Problem und stellte die Notwendigkeit einer aktenmäßigen, den Tatsachen entsprechenden Darstellung aller vorgebrachten Anschuldigungen und Beschwerden seitens der Regierung fest.

Insbesondere verlangte Redner die Bekanntgabe des den Erklärungen des ehemaligen Landesverteidigungsministers Freiherrn v. Georgi zugrunde liegenden Beweismaterials. Auf den Kramarz-Prozeß übergehend, führt Redner aus, die erhobenen Anschuldigungen richten sich nicht gegen das czechische Volk, sondern gegen jene slawischen Parteien, die sich die Zertrümmerung Oesterreichs zum Ziele gesetzt hätten. Zum Schlusse bekämpfte Freiherr v. Plener noch in sehr scharfer Form die Taktik des Polenklubs, weil dieser dem Ministerium Clam-Martinic die Bewilligung der dringendsten Staatsnotwendigkeiten, des Kriegsbudgets, verweigert habe.

Nachstehend der Sitzungsbericht.

Graf Thun-Salm

setzt seine Rede fort: Diejenigen Abgeordneten, die in der Lage sind, dem Staate die in der jetzigen Zeit so außerordentlich notwendigen Geldmittel zu bewilligen, sollten stolz darauf sein, dies tun zu dürfen. Die czechischen Abgeordneten waren von diesem Stolze nicht geplagt, sie haben im Gegenteil dem Staat im Moment der Gefahr und der Not das verweigert, was zu bewilligen in ihrer Hand lag. In Besprechung des Prozesses Kramarz, bemerkt Redner, Dr. Kramarz habe ein schweres Verbrechen begangen, das Verbrechen des Hochverrates, und sei deswegen in aller Form verurteilt worden. Wenn Dr. Forscht der Meinung Ausdruck gegeben hat, das letzte Wort in dieser Sache sei noch nicht gesprochen, und wenn er an das Beispiel des Grafen Julius Andrassy erinnerte, so müsse betont werden, daß Graf Andrassy einer der treuesten Diener seines

Der Wunsch nach der Basis eines sogenannten dauernden Friedens ist in der ganzen zivilisierten Welt unter verschiedenen Formen vorhanden. Ich hätte es gerne gesehen, wenn unsere Regierung im Laufe ihrer langen Korrespondenz, die man mit dem amerikanischen Kabinett über die Möglichkeit eines Friedens oder einer Auseinandersetzung hatte, in diesem Punkte klar, offen und prinzipiell ihre Geneigtheit, in diese Diskussion einzugehen, bekundet hätte. Mit der einzigen Ausnahme einer sehr flüchtigen Bemerkung des deutschen Reichskanzlers in einer der früheren, nicht der letzten Reden — ich kann das Datum jetzt nicht bezeichnen — liegt keine offizielle Aeußerung der beiden Zentralmächte über eine solche Geneigtheit vor.

Die Frage einer internationalen Rechtsordnung nach dem Kriege, der versuchten Austragung der Streitigkeiten durch Schiedsgerichte und internationale Untersuchungskommissionen und all der ganze Apparat, den niemand besser kennt, als Professor Lammasch, werden auf der großen Friedenskonferenz, welche diesen Krieg schließlich doch einmal zum Abschluß bringen wird, von den Westmächten unter der Führung der Amerikaner mit einem ganz bestimmten Programm vorgebracht werden und wir dürfen nicht unvorbereitet oder prinzipiell ablehnend dort erscheinen, denn wir würden in einer verschwindenden Minderheit sein, würden das ganze Odium dieser Situation auf uns nehmen und würden eine definitive Abweisung dieser Dinge doch nicht durchsetzen.

Daher ist es Aufgabe unserer Diplomatie, sich mit diesen Fragen heute zu beschäftigen, wenigstens pro foro interno ein Arbeitsprogramm auszuarbeiten, um gerüstet zu sein für solche internationale Friedensvorschläge und Grundlagen für einen dauernden Frieden zu schaffen, welche unzweifelhaft auf der Friedenskonferenz eine große Rolle spielen werden. Das ist auch ein Weg auf der Bahn des Friedens und ich glaube, eine einsichtige Regierung wird ihn, wenn sie auch einige Zeit zögert oder Voreingenommenheiten hat, schließlich auch beschreiten. Es wird schließlich auch in der Welt die Erkenntnis kommen, daß wir den Frieden nicht aus Schwäche wollen, sondern weil wir eine ehrliche Friedenspolitik treiben. Jeder ernsthafte Mann, nicht nur bei uns, sondern überhaupt jeder, der sich eine Objektivität des Urteils bewahrt hat, weiß es, daß Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm friedliebendere Staatsoberhäupter sind als Poincaré, Lloyd George und Wilson. (Lebhafter Beifall.) Sie haben den Frieden angeboten und jene haben ihn schnöde abgelehnt und so muß dieser Krieg fortgeführt werden. Dieser Krieg, der eigentlich sinnlos geworden ist, dessen Opfer unendliche sind, muß fortgeführt werden, damit eine Anzahl ehrgeiziger Politiker in jenen Ländern Recht behält. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wir müssen ihn fortführen und werden ihn fortführen. Unsere große tapfere Armee hält sich unvergleichlich und wir sind ihr zum größten Danke für ihre Hingebung, Ausdauer und ihren Heldenmut verpflichtet. (Beifall.) Auch wir anderen müssen mutig und entschlossen ausharren bis zum Ende, das schließlich ein gutes für uns sein wird. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Das Budgetprovisorium wird sodann in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt hierauf die Vornahme von Wahlen.

Schluß der Sitzung halb 8 Uhr nachmittags.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

* * *

Im Berichte über die vorgestrige Sitzung des Herrenhauses hat der Ausfall eines Wortes eine sinnstörende Wiedergabe der Ausführungen des Prinzen Lobkowitz zur Folge gehabt. Statt: Prinz Lobkowitz bekannte sich als Gegner der Autonomie, soll es heißen: Prinz Lobkowitz bekannte sich als Gegner der nationalen Autonomie.

Tägliche Rundschau

3./VII. 1917

3
130

Kramarsch redivivus.

Dem deutschen Hamlet in Oesterreich, diesem politischen Träumer, dessen melancholisches Gemüt der ihm aufliegenden schweren Verantwortlichkeit entscheidender politischer Entschlüsse so wenig gewachsen ist, geht's grimmig schlecht. Er kann sagen, wie sein dänischer Vetter: „Ich lebe von dem Chamäleonsgericht; ich esse Luft; ich werde mit Versprechungen gestopft." Aber er sagt damit schon etwas zu viel. Denn er wird nicht einmal mit Versprechungen gestopft. Die Versprechungen, die seit dem Tode des alten Kaisers in Oesterreich gemacht wurden, galten ja nicht den Deutschen und ihren Interessen, sondern den elementarsten Lebensbedürfnissen des Staates Oesterreich. Sie liegen heute gebrochen auf dem Wege, den die tschechische Anmaßung und Willkür einherstampft und den die Regierung Kaiser Karls ihr auf keine Weise zu sperren wußte. Schwere moralische und politische Niederlagen nach innen und außen bezeichnen die Bahn, welche diese junge Regierung bis heute durchmessen hat, und eine der schwersten, nicht minder schwer als das völlige Fehlschlagen der auf Kosten der gesamten inneren Politik unternommenen verhängnisvollen außerpolitischen Friedensspekulation des Grafen Czernin, ist wohl der allerneueste große Rückzug vor der Frechheit der Tschechen, den der große Wiener Gnadenerlaß für die Menge der tschechischen Hochverräter und Aufruhranstifter bedeutet, für die, welche hart am Galgen vorbei, wie Ehren-Kramarsch, bereits im Zuchthaus angelangt waren, und für die, welche noch ihrer rechtskräftigen Verurteilung zum Strick des Henkers oder zum Kerker harrten.

Wir wollen uns erinnern, daß wir die Sentimentalität verlernt haben und den Wiener Gnadenerlaß auf seine nackte sachliche Bedeutung hin ansehen, ungerührt durch das Tremolo des Volks- und Familienstücks, das die Sätze durchzittert, in denen von der Politik der Versöhnlichkeit die Rede ist, die unter allen Umständen die Politik des Hasses und der Vergeltung ersetzen müsse; von dem Schleier des Vergessens, den man über bedauernswerte politische Verirrungen breiten müsse. Am allerwenigsten wollen wir uns zu einer falschen Rührung verführen lassen durch die „Hand des Kindes, welches berufen ist, dereinst die Geschicke meiner Völker zu leiten", und die heute „zur Feier seines heiligen Namenspatrons Verirrte ins Vaterhaus zurückführt". Wir leben ja in Mitteleuropa und im letzten Akte eines Weltkrieges, nicht im letzten Akte eines Familiendramas. Das sind Dinge verschiedenen Stils und verschiedener Tonart, und es wird außerhalb des Wiener Rings wenig Nerven geben, denen eine solche Vermischung der Stile und Tonarten gemäß ist. Herr Kramarsch in „Heimg'funden", Herr Kramarsch als verlorener Sohn, Herr Kramarsch als „Kind, wieder im Vaterhaus" — Anzengruber, „G'wissenswurm", fünfter Akt: „Weil nur's Kind wieder im Vaterhaus is!" — es ist etwas zu viel für unsere, des Volksstücks mit Gesang in dieser Zeit

Und um Herrn Kramarsch zuerst und zuletzt handelt sich's doch in diesem politischen Rührstück. In ihren Hetzreden am Franzensring, von denen die weißen Zensurlücken in der Wiener deutschen Presse uns so viel bedeutsamer erzählen als das, was der Zensor davon hat stehen lassen, haben die tschechischen Abgeordneten in allen Tonstärken ihre Führer aus dem Zuchthaus zurückgefordert. In einer Rede, wie sie wohl selbst das österreichische Abgeordnetenhaus. das schon so viel hörte, von einem Minister a. D. und Geheimen Rate des Kaisers noch nicht gehört hat, erklärte der Abg. Praschek im Namen des tschechischen Verbandes, daß „die Tschechen den Prozeß Kramarsch als Prozeß gegen das tschechische Volk betrachten". Herr Praschek hatte damit ja so recht. Tatsächlich war das ein Prozeß, in dem die Geschichte ihr vernichtendes Urteil nicht nur über Kramarsch, sondern über die Tschechen sprach. Das war rechtens so. Und jetzt gibt der Staat Oesterreich diesen gewonnenen Prozeß gegen Hochverrat und Aufruhr freiwillig verloren. Man macht eine Namenstagsangelegenheit für einen Prinzen aus der Aufhebung eines Urteils, das ein Dokument des Willens staatlicher Selbstbehauptung war. Jeder Anlaß für einen so bedingungslosen Verzicht auf den so bekundeten Willen zur Selbstbehauptung fehlte. Die Tschechen haben von Tag zu Tag schamloser dem Staat Oesterreich Feindschaft und Krieg angesagt. In offenem Parlament haben sie die Aufteilung Oesterreichs verkündet. „In einem solchen Volke," sagte Herr Praschek, „das sich jetzt vorbereitet, die Selbständigkeit zu erkämpfen, muß jeder Mann und jede Frau, jeder Jüngling und jeder Greis politisch tätig sein. Gott sei Dank ist es auch so im tschechischen Volk." „Noch niemals", ruft der geistliche Abgeordnete Zahradnik, „ging das nationale Bewußtsein im tschechischen Volk so hoch wie jetzt." Und erzählt dann gemütvoll, wie er drei Wochen vor der Ermordung Stürgkhs diesen vor das inzwischen an ihm vollstreckte Gottesgericht gerufen habe. Noch niemals in der Tat haben die Tschechen

Die Zeit
3./VII. 1917

Großes Aufsehen im Parlament.

Gegen 5 Uhr abends wurde heute im Abgeordnetenhaus die ungeheures Aufsehen erregende Nachricht bekannt, daß der Kaiser an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler ein vom Heutigen datiertes Handschreiben gerichtet habe, in dem eine weitgehende Amnestie für alle wegen politischer Verbrechen verfolgten Personen gewährt wird. Die Nachricht war vom Ministerpräsidenten, der gegen halb 5 Uhr abends im Parlament erschienen war, zunächst einzelnen führenden Abgeordneten, wie dem Obmann des deutschen Nationalverbandes Abgeordneten Dobernig, und sodann in einer Sitzung des eben tagenden Justizausschusses dessen Mitgliedern bekanntgegeben worden und verbreitete sich blitzschnell im Hause. Man erfuhr, daß Dr. v. Seidler heute zeitig morgens beim Kaiser in besonderer Audienz empfangen worden war, als deren Ergebnis das nunmehr offiziell publizierte Handschreiben mit dem Amnestieerlaß zu betrachten war.

Inzwischen war bekannt geworden, daß auch für Ungarn und die Okkupationsgebiete im Umfang und der Wirkung analoge Amnestie-Erlässe des Kaisers erflossen seien. Allen diesen Nachrichten wurde von den im Hause weilenden Abgeordneten das lebhafteste Interesse entgegengebracht. Als der Wortlaut des Handschreibens genauer bekannt geworden war, ging die übereinstimmende Auffassung dahin, daß die Krone hier einen wohlvorbereiteten Akt von unabsehbarer innerreichs- und außenpolitischer Tragweite gesetzt habe, daß damit der erste Schritt zum Umbau der Verfassung getan erscheine und daß die weiteren Schritte schon in Bälde zu erwarten seien. Man glaubt allgemein, daß nun doch der Zeitpunkt der Installierung eines großzügigen, dem nationalen Charakter Oesterreichs genau entsprechenden Konzentrationssystems in nahe Sicht gekommen sei. Vielfach wurde schon von allerlei Kabinettskombinationen gesprochen, bei denen die Namen Baron Beck, Dr. v. Bilinski, Dr. v. Koerber und viele andere wieder im Vordergrund standen.

Die Stellungnahme der einzelnen Parteien.

Eine auch nur einigermaßen abschließende Beurteilung über die Wirkung des Amnestieaktes auf die einzelnen Parteilager in den beiden Häusern konnte heute noch nicht gewonnen werden, da die Mehrheit der Parlamentarier noch nicht nach Wien zurückgekehrt ist, sondern erst im Verlaufe des morgigen Tages hier eintreffen wird. Daß morgen alle Parteien ungesäumt zu einer präzisen Stellungnahme zum Amnestieerlaß und gegenüber der dadurch tiefgreifend geänderten politischen und parlamentarischen Lage schreiten werden, ist selbstverständlich. Im allgemeinen konnte konstatiert werden, daß das kaiserliche Amnestiehandschreiben bei allen Parteien des Abgeordnetenhauses ohne Ausnahme als von der Krone spontan und nur aus eigener Initiative hervorgewachsene, gewiß nur von den besten Intentionen geleitete Aktion von hoher Bedeutung rückhaltlose, volle Würdigung fand.

Bei den Deutschen begegnete der Passus, der die bisherige, von bestem Staatssinn zeugende Haltung des gesamten Deutschtums lobt, nur dankbaren Sympathien. Was die Wirkung der konkreten Bestimmungen des Amnestieerlasses anlangt, so verhielten sich die Deutschbürgerlichen und Christlichsozialen zunächst reserviert, anerkannten jedoch, daß der Kaiser damit offenbar seinen Willen, den Boden für den inneren Frieden energischer vorzubereiten, deutlich zum Ausdruck gebracht habe. Ein Führer der Christlichsozialen äußerte sich dahin, daß der Kaiser sich der Notwendigkeit, einen engen Kontakt mit der Gesamtheit zunächst der führenden Parlamentarier und jetzt mit dem Parlamentarismus als solchem herzustellen, entschlossen angepaßt habe und daß damit der Gesundung der Verhältnisse ein gewiß nur wohlgemeinter Dienst erwiesen worden sei.

Die nichtdeutschen Nationalitäten.

Es liegt nach den bekannten Tatsachen auf der Hand, daß die nichtdeutschen Parteien als die Vertreter jener Völker, die in diesem Kriege neben allen anderen unvermeidlichen Schwierigkeiten noch arge peinliche und folgenschwere Heimsuchungen aus nationalpolitischen Gründen zu ertragen, zu bewältigen und zu überwinden hatten, angesichts der Betroffenen, die von der Amnestie nun vor Schande und Schaden bewahrt werden, mit der überzeugtesten und aufrichtigsten Dankbarkeit den edlen Gnadenakt des Kaisers rückhaltlos hochschätzen. Dies trifft für die Tschechen, für die Südslaven, die Polen, die Ukrainer, Rumänen und Italiener wohl in gleichem Maße zu. Sie alle fühlen sich jetzt von der drohenden Schmach befreit, daß infolge der bekannten, noch immer nicht vollkommen geklärten Vorfälle auf die Ehre ihrer Nationen ein immerwährender Makel wegen einzelner hochverräterischer Neigungen falle. Sie haben den eklatanten Beweis erhalten, daß die Krone alle zulässigen Mittel verwendet, um den Nationalitäten vermeidliche Kümmernisse zu ersparen, ihnen zu zeigen, daß sie für alle Völker ausnahmslos ein nur gütiges Empfinden besitze und Gnade allen im gleichen Maße biete. Die Wirkung der Amnestie auf die Vertreter dieser Nationalitäten war überraschend intensiv und kam heute auch schon in der Haltung des Justizausschusses zum Ausdruck, und zwar bei der Behandlung der Regierungsvorlage betreffend die Aufrechterhaltung der Militärgerichtsbarkeit in den engeren Kriegsgebieten (zwei Gouvernements in Galizien, in kleineren Gebieten des südwestlichen und des südöstlichen Kriegsschauplatzes, eventuell weitere in unseren Besitz noch kommende Gebiete im Nordosten) gegenüber Zivilpersonen. Diese Vorlage war nach der jüngst von den Parteien wiederholt in voller Uebereinstimmung bekundeten Verurteilung der mit Verordnungen ausgedehnten Militärgerichtsbarkeit als einer Verletzung der Verfassung im Justizausschuß von einzelnen Mitgliedern als absolut unannehmbar bezeichnet worden. Der Abg. Dr. Biedermann hatte schon die unbedingte Zurückweisung, ohne daß in die Spezialdebatte eingetreten würde, also die Ablehnung a limine, beantragt. Auf die rasche Erledigung der Vorlage war aber von militärischer Seite das höchste Gewicht gelegt worden. Bis heute mittags war das Schicksal der Vorlage höchst zweifelhaft, denn die Mehrheit der Abgeordneten schien der Auffassung Dr. Biedermanns zuzuneigen. Nach dem Bekanntwerden des Amnestieerlasses trat aber plötzlich ein alle Ausschußmitglieder erfassender Umschwung in den Meinungen ein. Aus sachlichen Gründen und, vor allem mit Rücksicht auf die Bedenksamkeit des Amnestieerlasses sprach sich der Ausschuß fast einstimmig für den Beginn der Spezialdebatte aus, und die glatte Erledigung der Regierungsvorlage kann schon als absolut ungefährdet betrachtet werden. Jedoch wird das Haus einige Amendements durchsetzen, denen die Zustimmung der Regierung übrigens gewiß sind.

Die voraussichtlichen Wirkungen der Amnestie.

In parlamentarischen Kreisen besteht die Meinung, daß der Text des kaiserlichen Handschreibens die volle Gewähr biete für eine sehr weit ausgedehnte Anwendbarkeit auf alle jene in Betracht kommenden Delikte, die in irgendeinem Grade Merkmale politischer Natur an sich tragen. Dies gelte also vor allem für die wegen Hochverrats oder ähnlicher Delikte verfolgten Politiker, wie die tschechischen Parlamentarier Dr. Kramarsch, Dr. Raschin, Klofatsch, Burival, Netolicki, Vojna, Choc, des Südslaven Grafenauer, der Altruthenen Dr. Markow, Dr. Kurylowicz. Diesen dürfte die volle Straffreiheit gewährt werden; Abgeordneter Klofatsch, der noch nicht verurteilt ist, dürfte in diesem Falle sehr bald in die Lage kommen, sein Reichsratsmandat wieder frei auszuüben. Die übrigen genannten Politiker könnten eventuell im Wege von Ergänzungswahlen in absehbarer Zeit in den Wiederbesitz ihrer Mandate gelangen. Zu den Nutznießern der Amnestie dürften auch der Sekretär der Narodni Listy, Cervenka, der tschechische Industriebeamte Zamazal, der Direktor der Zivnostenska Banka Preis u. a., ferner die vielen in den Hochverratsprozessen während der Kriegsjahre in Galizien und anderen Ländern verurteilten oder verfolgten Personen einbezogen werden.

In lebhafter Weise wurde auch die Frage erörtert, ob der Verüber des Attentats auf den Grafen Stürgkh, Dr. Friedrich Adler, bei der Verfassung der dem Kaiser vorzulegenden Listen auf Begnadigung auf Berücksichtigung rechnen dürfe. Die Meinungen der Abgeordneten hierüber sind sehr verschieden; die einen verweisen darauf, daß die Beweggründe Dr. Friedrich Adlers nur politischer Art waren, sein Delikt somit den Vorschlag auf Amnestie begründe. Andererseits wird jedoch erklärt, daß Anklage und Urteil gegen Adler nur auf Mord lauteten und daß hier die Anwendung des Amnestieerlasses nicht begründet erscheine.

Eine der Wirkungen der Amnestie im Falle Dr. Kramarsch und Dr. Raschin, die beide in Möllersdorf interniert sind, würde auch die Suspendierung des gegen diese eingeleiteten Zivilverfahrens auf Schadenersatz an den Staat bilden. Dr. Kramarsch ist auf einen Betrag von zirka sechs Millionen Kronen geklagt. Es sei noch mitgeteilt, daß die in Böhmen lebende Gemahlin des Dr. Kramarsch noch im Laufe des heutigen Tages von befreundeter Seite von dem Amnestieerlaß des Kaisers verständigt worden ist.

Die Präsidien der die Regierung unterstützenden Parteien hielten heute abends unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten Grafen Moritz Esterhazy eine Konferenz ab, welche sich mit der Frage der Besetzung des Abgeordnetenhaus-Präsidiums sowie mit der Nominierung der Kandidaten für die Ausschüsse des Abgeordnetenhauses und der Schriftführerstellen beschäftigte.

In dieser Konferenz wurde für die Stelle des Präsidenten des Abgeordnetenhauses einstimmig der Vizepräsident der Vereinigten 48er und Unabhängigkeitspartei Johann Toth kandidiert.

Ausschußberichte des Abgeordnetenhauses.

Justizausschuß.

Der Justizausschuß hielt heute nachmittags unter Vorsitz des Obmannes Dr. Waldner und in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler, des Leiters des Justizministeriums Sektionschefs Dr. R. v. Schauer und des Leiters des Ministeriums für Landesverteidigung Feldmarschalleutnants v. Czapp eine Sitzung ab.

Zu Beginn der Sitzung verlas Ministerpräsident Doktor R. v. Seidler das kaiserliche Handschreiben.

Obmann Dr. Waldner spricht im Namen des Justizausschusses den tiefsten Dank für diesen hochherzigen Allerhöchsten Gnadenakt aus und bittet den Ministerpräsidenten, diesen Dank dem Kaiser zur Kenntnis zu bringen.

Abg. Dr. Stölzel stellt folgenden Antrag: 1. Die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches in betreff der Höhe der Beträge, welche gewisse strafbare Handlungen zu Verbrechen qualifizieren, sind mit den entsprechenden Bestimmungen des (Zivil-) Allgemeinen Strafgesetzbuches in Einklang zu bringen und ist daher sofort ein bezüglicher Gesetzentwurf vom Justizausschusse auszuarbeiten und dem Hause vorzulegen; 2. Die Regierung wird aufgefordert, raschestens sowohl mit dem Kriegsministerium als auch mit der k. u. Regierung wegen allgemeiner Milderung der Bestimmungen des Militärstrafgesetzes das Einvernehmen zu pflegen und ehestens entsprechende Gesetzentwürfe im Hause einzubringen, und zwar unbeschadet der notwendigen Kodifikation auch eines neuen Militärstrafgesetzes.

Leiter des Ministeriums für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant v. Czapp erklärt, er nehme den Antrag des Abg. Dr. Stölzel mit lebhafter Befriedigung auf und werde seinerseits alles dazu beitragen, um ihm in möglichst kurzer Frist zur Durchführung zu verhelfen.

Als das Gesetz über die Erhöhung der Wertgrenzen bei den strafbaren Handlungen gegen das Vermögen, durch das der Abg. Dr. Ofner sich ein Denkmal in der Strafgesetzgebung errichtet hat, für das Geltungsgebiet des österreichischen allgemeinen Strafgesetzes in Wirksamkeit getreten war, haben sich das Kriegsministerium und das Ministerium für Landesverteidigung schon damals mit der Frage befaßt, wie das Militärstrafgesetz einer gleichen Abänderung teilhaft werden könnte. Die Sache ist damals an der staatsrechtlichen Schwierigkeit, der jede Aenderung auf dem Gebiete der Militärgesetzgebung notwendigerweise unterliegt, zum Stillstand gekommen.

Die Mitglieder des Ausschusses sind sicherlich auch der Meinung, daß die militärischen Strafgesetze als die Strafgesetze für die Angehörigen aller Teile der bewaffneten Macht der Monarchie in sämtlichen Gesetzgebungsgebieten der Monarchie gleich sein sollen. Ein Gedanke, der auch bei den Gesetzen über die Militärstrafprozeßordnung als Grundsatz festgehalten worden ist.

Es wird daher notwendig sein, mit der königlich ungarischen Regierung und mit der gemeinsamen Regierung in Verhandlung zu treten, daß der Inhalt der Lex Ofner in allen Gesetzgebungsgebieten der Monarchie gleichartig und gleichzeitig in das Militärstrafgesetz eingefügt werde. Das Ministerium für Landesverteidigung wird sich die Beschleunigung dieser Verhandlungen besonders angelegen sein lassen. Daß bei der Feststellung der einzelnen Bestimmungen die Interessen, die aus militärischen Gründen eines verstärkten Schutzes bedürfen, berücksichtigt werden, entspricht wohl den Absichten des Antragstellers und ist auch im System der gesamten gesetzlichen Bestimmungen über die strafbaren Handlungen gegen das Vermögen begründet. Der Leiter des Ministeriums für Landesverteidigung habe hier die sogenannte „militärisch qualifizierten gemeinen Delikte" im Auge, also die strafbaren Handlungen, die zwar auch beim Nichtsoldaten strafbar sind, aber nicht so streng wie beim Soldaten.

Der Leiter des Ministeriums für Landesverteidigung bemerkt schließlich: Ohne sich heute schon über die Form äußern zu können, in der die Sache am raschesten und am zweckmäßigsten durchgeführt werden könnte, sei er jedenfalls in der angenehmen Lage, seine grundsätzliche Zustimmung zu den Absichten des Antragstellers dem Ausschusse mitzuteilen.

Der hierauf in Verhandlung gezogene Gesetzentwurf über die Unterstellung der Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit bei Stillstand der zivilen Strafrechtspflege bildete den Gegenstand eingehender Debatte, an der sich sämtliche Mitglieder des Ausschusses beteiligten, worauf das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen wurde.

Der Gesetzentwurf wird in der morgen um halb 10 Uhr vormittags stattfindenden Sitzung erledigt werden.

Unterhaltsbeitragsausschuß.

Das in der ersten Sitzung des Ausschusses gewählte Subkomitee hielt unter Vorsitz des Obmannes Grafen Lasocki eine Sitzung ab, in welcher die vorliegenden Anträge in Angelegenheit der Unterhaltsbeiträge gesichtet wurden. Nach eingehender Beratung faßte das Subkomitee eine Reihe von Beschlüssen, welche dem Ausschuß in der Nachmittagssitzung vorgelegt wurden. Zum Referenten für den Ausschuß wählte das Subkomitee den Abgeordneten Gibel.

Der Unterhaltsbeitragsausschuß trat nachmittags unter Vorsitz des Grafen Lasocki und in Anwesenheit der Regierungsvertreter Sektionschef Dr. Freiherrn v. Lehne, Ministerialrat Dr. Ruff und Ministerialvizesekretär Doktor Schmidt des Landesverteidigungsministeriums, des Sektionsrates Dr. v. Hlavac des Finanzministeriums zu einer Sitzung zusammen. Der Ausschuß trat nach einer eingehenden Debatte, in welche die anwesenden Vertreter der Regierung wiederholt eingriffen, den Beschlüssen des Subkomitees einstimmig bei.

Sektionschef Dr. Freiherr v. Lehne gab namens der Regierung folgende Erklärung ab:

Die Regierung muß in pflichtgemäßer Bedachtnahme auf die staatsfinanzielle Tragweite vor allem eingehende Berechnungen anstellen, um darüber schlüssig zu werden, wie weit in dieser Beziehung angesichts der überaus ernsten finanziellen Lage gegangen werden könnte. In dieser Hinsicht darf nicht außer acht bleiben, daß die Unterhaltsbeiträge im Verlaufe des Krieges zu einer enormen Höhe gestiegen sind. Im Verwaltungsjahre 1914/15

132

3./VII.1917 134

Fremden-Blatt

mit militärischer Beilage

Die Vedette.

Schriftleitung: I., Schulerstraße Nr. 14. Eingang Grünangergasse Nr. 2. — Haupt-Verwaltung: I., Schulerstraße 14. — Aufnahmestellen für Bezugsanmeldungen und Inserate: I., Schulerstraße 14 und XV., Neubaugürtel 31. — Inserate übernehmen auch alle bekannten in- und ausländischen Inseratenstellen.

Preis für Wien: Mit Zustellung ins Haus: Jährlich K 52.80; halbjährlich K 26.40; vierteljährlich K 13.20; monatlich K 4.50. Zum Abholen in der Versandstelle: Jährlich K 45.60; halbjährlich K 22.80; vierteljährlich K 11.40; monatlich K 3.90.

Einzelne Nummern: Morgen-Ausgabe 14 h, Abend-Ausgabe 6 h.

Das „Fremden-Blatt" erscheint täglich zweimal, Sonntag, Montag und an Feiertagen einmal. „Die Vedette" ist jeder Samstag-Morgen-Ausgabe des „Fremden-Blatt" beigeschlossen.

Bezugspreis für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 54.—; halbjährlich K 27.—; vierteljährlich K 13.60; monatlich K 4.60. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 5.20.

Bezugspreis für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für Deutschland K 18.—, für alle anderen Länder K 22.80. Bei den Postämtern: in Deutschland 12 Mk. 55 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 15 Frk. 50 Cent.

Fernsprech-Nummern: Schriftleitung 830, 6382, Haupt-Verwaltung 3663, Versandstelle 1026, Druckerei 3668.

Nr. 180 — Wien, Dienstag den 3. Juli 1917 — 71. Jahrg.

Kaiserliche Amnestie für politische Verbrecher.

Am Namenstag des Kronprinzen.

Wien, 2. Juli. Die heutige „Wiener Zeitung" veröffentlicht das nachstehende Allerhöchste Handschreiben:

Lieber Ritter v. Seidler!

Es ist Mein unerschütterlicher Wille, die durch eine göttliche Vorsehung Mir anvertrauten Rechte und Pflichten in der Weise auszuüben, daß Ich die Grundlagen schaffe für eine gedeihliche und segensreiche Entwicklung aller Meiner Völker.

Die Politik des Hasses und der Vergeltung, die, durch unklare Verhältnisse genährt, den Weltkrieg auslöste, wird nach dessen Beendigung unter allen Umständen und überall ersetzt werden müssen durch eine Politik der Versöhnlichkeit. Dieser Geist muß auch im Innern des Staates vorwalten. Es gilt, mit Mut und Einsicht und in wechselseitigem Entgegenkommen Völkerwünsche zu befriedigen.

In diesem Zeichen der Versöhnlichkeit will Ich mit Gottes mächtigem Beistande Meine Regentenpflichten üben und will, als Erster den Weg milder Nachsicht betretend, über alle jene bedauernswerten politischen Verirrungen, die sich vor und während des Krieges ereigneten und die zu strafgerichtlichen Verfolgungen führten, den Schleier des Vergessens breiten.

Ich erlasse den Personen, die von einem Zivil- oder Militärgericht wegen einer der folgenden im Zivilverhältnisse begangenen strafbaren Handlungen verurteilt worden sind, die verhängte Strafe:

Hochverrat (§§ 58—62 Strafgesetz), Majestätsbeleidigung (§ 63), Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses (§ 64), Störung der öffentlichen Ruhe (§ 65), Aufstand (§§ 68—72), Aufruhr (§§ 73—75) gewaltsames Handeln gegen eine von der Regierung zur Verhandlung öffentlicher Angelegenheiten berufene Versammlung, gegen ein Gericht oder eine andere öffentliche Behörde (§§ 76, 77 80), ferner die strafbaren Handlungen nach Art. 1, 2 und 9 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, R.-G.-Bl. Nr. 8 vom Jahre 1863, Vorschubleistung zu einem der angeführten Verbrechen (§§ 211—219).

Erfolgte die Verurteilung nicht nur wegen einer der bezeichneten strafbaren Handlungen, so will Ich die Strafe nachsehen, wenn die anderen strafbaren Handlungen entweder verhältnismäßig geringfügig sind oder einen vorwiegend politischen Charakter haben.

Ist das Strafverfahren noch nicht rechtskräftig beendet, so verfüge Ich die Einstellung und Abbrechung des Verfahrens, wenn es nur wegen der eingangs bezeichneten strafbaren Handlungen eingeleitet ist.

Von dieser Gnade sollen jedoch alle Personen ausgenommen sein, die sich der Verfolgung durch Flucht in das Ausland entzogen haben, zum Feinde übergegangen oder nach Ausbruch des Krieges nicht in die Monarchie zurückgekehrt sind.

Zugleich mit der Strafe erlasse Ich die kraft gesetzlicher Vorschriften als Folge der Verurteilung eingetretene Unfähigkeit bestimmter Rechte, Stellungen und Befugnisse zu erlangen, sowie den Verlust des Wahlrechtes und der Wählbarkeit in öffentliche Körperschaften.

Ich erwarte mit Zuversicht, daß alle Meine Völker dem Beispiele folgend, das insbesondere die Deutschen und ihre Vertreter durch ihre maßvolle, die Staatsinteressen fördernde Haltung auch bei den jüngsten parlamentarischen Verhandlungen zu Meiner lebhaften Befriedigung gegeben haben, sich in gemeinsamer Arbeit zur Lösung aller jener großen Aufgaben zusammenfinden, die zur Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat, und zur Neuordnung der Dinge an der Schwelle einer neuen Zeit an uns herantreten.

Für die, dank der unerschütterlichen Haltung Meiner tapferen, braven Soldaten glücklich erfolgte Abwehr der letzten Offensive an der Südwestfront Meines Heeres glaube Ich Meine Dankesschuld an die allgütige Vorsehung und an Meine Völker nicht besser abstatten zu können als durch diesen Gnadenakt.

Ich wähle hiezu den heutigen Tag, an welchem Mein innigstgeliebter ältester, durch Gottes Gnade Mir geschenkter Sohn die Feier seines heiligen Namenspatrones begeht.

So führt die Hand eines Kindes, welches berufen ist, dereinst die Geschicke Meiner Völker zu leiten, Verirrte ins Vaterland zurück.

Lazenburg, am 2. Juli 1917.

Karl m. p.

Seidler m. p.

* * *

Am Namenstage seines ältesten Sohnes, des Kronprinzen Otto, hat Kaiser Karl von dem höchsten und schönsten Vorrechte der Krone, vom Rechte der Begnadigung Gebrauch gemacht. Sein Wort öffnet die Pforten des Kerkers und schenkt vielen verirrten Menschen, welche sich politischer Verbrechen schuldig gemacht haben, die Freiheit. Der Monarch hat mit Schmerz und tiefer Seelenpein die furchtbaren Verheerungen gesehen, welche die Idee des Hasses über die Welt gebracht hat. Sein Ideal ist es, den Geist des Hasses zu bekämpfen, zu verdrängen und dem Geiste der Versöhnlichkeit zum Siege zu verhelfen. Ihm scheint der Spruch der Antigone als ethisches Ziel der Menschheit vorzuschweben, der Spruch: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da." Die Versöhnung, welche der Kaiser für die ganze Welt herbeisehnt, will er aber auch in seinen Staaten und zwischen seinen Völkern herbeiführen. Dies betrachtet er als seine oberste Regentenpflicht und er will selbst, als erster den Weg der milden Nachsicht weisen, indem er Schuldige, die sich aus politischen Beweggründen gegen die Gesetze des Staates vergingen, seiner Gnade teilhaft werden läßt. Ueber ihre Taten soll der Schleier des Vergessens gebreitet werden, des Vergessens, welches die notwendige Voraussetzung

Neues Wien

139

Die politische Amnestie.

Die Wirkung des kaiserlichen Gnadenaktes im Parlament.

Die Amnestierung der politischen Verbrecher, die der Kaiser mit Entschließung vom gestrigen Tage verfügte, kam den parlamentarischen Kreisen vollkommen überraschend. Keine der Parteien hatte Kenntnis von dem so knapp bevorstehenden Gnadenakt des Monarchen, der erst am Schluß der Vorwoche, knapp vor seiner Abreise, die bezüglichen Weisungen an die verantwortlichen Minister ergehen ließ. Ministerpräsident Dr. v. Seidler erschien gestern unmittelbar nach der Rückkehr des Monarchen in Audienz und erhielt dort die Ermächtigung zur Publikation des kaiserlichen Handschreibens. Unter diesen Umständen hatte die offizielle Mitteilung im Justizausschuß eine ganz außerordentliche Wirkung. Man stand noch unter dem Eindruck der Debatte im Herrenhaus, die am Samstag zu einem scharfen Aufeinanderplatzen der Gegensätze geführt hatte, und es war in den deutschen Parteikreisen kein Geheimnis geblieben, daß auf tschechischer Seite Pläne bestanden, in der heutigen Plenarsitzung auf die Ausführungen der Redner der Linken des Herrenhauses in energischer Weise zu reagieren. Die Verlesung des kaiserlichen Handschreibens durch den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler schuf mit einem Schlage eine vollkommen veränderte Situation. Die Slawen und Sozialdemokraten nahmen die Mitteilung über den kaiserlichen Gnadenakt mit jubelndem Beifall auf, der Obmann des Justizausschusses Abgeordneter Professor Walden anerkannte die Hochherzigkeit der Verfügung des Monarchen, und die Sprecher der Rechten nahmen die Gelegenheit wahr, zu erklären, daß manches erspart geblieben wäre, wenn die kaiserliche Entschließung einige Tage vorher erfolgt wäre.

Die Sitzung des Justizausschusses begann mit einiger Verspätung. Der Ministerpräsident hatte den Obmann Abg. Dr. Waldner ersuchen lassen, auf sein Erscheinen zu warten, da er dem Ausschuß eine Mitteilung zu machen habe. Nach der Verlesung des kaiserlichen Handschreibens erhoben sich Tschechen, Polen, Südslawen und Sozialdemokraten und applaudierten unter lebhaften Bravorufen. Professor Waldner bat den Ministerpräsidenten, den Dank des Ausschusses an die Stufen des Thrones leiten zu wollen, welchem Wunsche Dr. v. Seidler sofort entsprach. Eine halbe Stunde später war der Kabinettschef in der Lage, dem Ausschuß mitzuteilen, daß der Kaiser den Dank des Ausschusses mit lebhafter Befriedigung zur Kenntnis genommen habe. Die Verhandlungen des Ausschusses, in dem die Vorlage über die Einschränkung der Kompetenz der Militärgerichtsbarkeit zur Beratung stand, nahm einen glatten Verlauf. Die oppositionellen Ausschußmitglieder, die von ihren Parteien entsprechende Aufträge erhalten hatten, stimmten im Hinblick auf die geänderte Sachlage auf ihre eigene Verantwortung für das Gesetz, an dem nur einige formale Aenderungen vorgenommen wurden.

Nach der Sitzung begab sich der Obmann des Polenklubs Dr. Lazarski zum Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, mit dem er eine längere Konferenz pflog. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes trat um 9 Uhr abends zu einer Beratung zusammen.

* * *

Die amnestierten Abgeordneten.

In parlamentarischen Kreisen wurde die Frage besonders eifrig erörtert, wie weit die verfügte kaiserliche Amnestie auf die wegen politischer Delikte abgeurteilten Abgeordneten Anwendung findet. Diesbezüglich enthält das kaiserliche Handschreiben bereits die näheren Bestimmungen. Es sind einzelne politische Delikte angeführt, für welche die Amnestie ohne weiteres zu erfolgen hat. Indes betont das kaiserliche Handschreiben auch, daß die Amnestie dann nicht ohne weiteres erfolgt, wenn die betreffenden Personen sich wegen eines nichtpolitischen Deliktes in Untersuchung befinden oder verurteilt wurden.

Von Abgeordneten wurden auf Grund der § 14-Verordnungen über die Zuständigkeit der Militärgerichte die tschechischen Abgeordneten Dr. Kramarz und Dr. Rasin wegen Hochverrates und Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates (§ 327 MStG.) verurteilt, die Abgeordneten Choc, Burival, Netolitzky und Vojna wegen Teilnahme am Hochverrat. Die russophilen Abgeordneten Markow und Kurylowicz wurden wegen Verbrechens des Hochverrates und wegen Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates sowie wegen Spionage, der slowenische Abgeordnete Grafenauer wegen Störung der öffentlichen Ruhe verurteilt.

Das kaiserliche Amnestieschreiben hat nun folgende Sachlage geschaffen: Den Abgeordneten Dr. Kramarz, Rasin, Markow und Kurylowicz wurde im Urteil neben dem politischen Verbrechen Hochverrat noch ein andres Verbrechen, nämlich Verbrechen gegen die Kriegsmacht des Staates, zur Last gelegt. Desgleichen wurde gegen Abg. Klofac außer wegen Hochverrates noch wegen Spionage die Anklage erhoben. Dies hat zur Folge, daß gemäß dem kaiserlichen Gnadenerlaß noch ein besonderer Gnadenakt erforderlich ist, damit die Amnestie eintritt. Bei den Abgeordneten Choc, Vojna, Netolitzky, Burival und Grafenauer ist ein besonderer kaiserlicher Gnadenakt nicht nötig. Da die Folgen der Verurteilung aufgehoben erscheinen, so erscheint damit auch die Vermögensbeschlagnahme über das Hab und Gut der Abgeordneten Dr. Kramarz und Dr. Rasin aufgehoben.

Mit Ausnahme des Abg. Klofac haben jedoch sämtliche der genannten Abgeordneten ihr Reichsratsmandat verloren, weil das rechtskräftige Urteil dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses mitgeteilt und vom Präsidenten des Hauses auf Grund des rechtskräftigen Urteils der Verlust des Mandats ausgesprochen wurde. Da aber diesen Abgeordneten auf Grund des kaiserlichen Gnadenerlasses die Wählbarkeit wieder zuerkannt wurde, so können sie nunmehr wieder für den Reichsrat kandidieren. Für den Abg. Klofac ist nach dem Gesagten gleichfalls ein besonderer Gnadenakt nötig. Falls dieser erfließt, so kann Abgeordneter Klofac sein Reichsratmandat ohne weiteres ausüben.

Eine besondere Klausel enthält der kaiserliche Gnadenakt bezüglich der Personen, die ins Ausland geflüchtet sind oder in fremden Staaten Kriegsdienste leisten. Ins Ausland sind die tschechischen Abgeordneten Professor Masaryk und Dürich geflohen, die wegen Hochverrats verfolgt werden. Für diese findet mithin der kaiserliche Gnadenakt keine Anwendung.

* * *

Neue Freie Presse
4./VII. 1917

Oesterreichischer Reichsrat.

Die Frage der Militärgerichte und der Wiedereinsetzung der Geschworenen.

Wien, 3. Juli.

Am Anfang der Sitzung haben heute lebhafte Erörterungen über den Amnestieerlaß stattgefunden. Allein die Arbeitsfähigkeit des Hauses wurde nicht beeinträchtigt und die Deutschen haben wieder einmal bewiesen, daß es ihnen ernst ist mit dem Grundsatz, die Staatstreue nicht an Bedingungen zu knüpfen und die Erhaltung des Parlaments über alles andere zu erheben. Kein schlagenderer Unterschied kann bestehen als zwischen dem Ernst und der Bedächtigkeit der Deutschen und jenen rednerischen Entgleisungen, die von czechischer Seite zu hören waren. Das Abgeordnetenhaus ist heute sofort nach der Verlesung des Amnestieerlasses an die Arbeit gegangen, eine Arbeit von besonderer Bedeutung. Es handelt sich nun um die Aufhebung von zwei Paragraph Vierzehn-Verordnungen, der einen über die Einstellung der Geschwornengerichte und der anderen über die Militärgerichtsbarkeit bei Vergehen von Zivilpersonen. Es ist eine der wichtigsten Erscheinungen dieses Krieges, daß die besondere Bedeutung jener Rechtsgüter zutage tritt, welche die persönliche Freiheit betreffen. Höhnisch sprach man bereits von den abgelebten Idealen und von der viel höheren Wichtigkeit materieller Interessen. Nun zeigt es sich, daß der Kampf der vielbelächelten Achtundvierziger heute erst eigentlich beginnt und wir sehen erst jetzt, was es heißt, wenn an die Grundrechte gerührt wird, die in der Verwöhnung des Friedens beinahe vergessen waren. Jetzt spüren wir in allen Gliedern die Beschränkungen, jetzt haben wir die Erbschaft eines Systems zu tragen, das die Zensur zum wichtigsten Hilfsmittel der Regierungen machte und das Gefühl für Gesetzlichkeit in allen Grundfesten erschüttert.

Dr. Ofner, der in solchen Fragen stets sein gediegnes Wissen und seine ernste Gesinnungstreue bewährt, war der Berichterstatter des Verfassungsausschusses. Er schilderte die Leichtfertigkeit, mit der auf dem Wege des Paragraph Vierzehn Gesetze geschaffen wurden, welche die ganze Justiz betreffen. Das Ministerium Stürgkh ging, aus bösem Willen und durch die Macht der Zensur verleitet, über die Vorschrift des Staatsgrundgesetzes hinweg. Das Gesetz vom 23. Mai 1873 bestimmt, Geschwornengerichte dürfen längstens auf die Dauer eines Jahres eingestellt werden. Dieses Gesetz bezeichnet sich selbst in seiner Einleitung ausdrücklich als die Ergänzung des Staatsgrundgesetzes über die richtende Gewalt. Nach dem Absatz 4 des § 1 kann die Einstellung der Geschwornengerichte nicht verlängert, noch vor Eröffnung der nächsten Sitzungen des Reichsrates erneuert werden. Dreimal ist diese Vorschrift vernachlässigt worden, ein dreifacher Verfassungsbruch wurde begangen. Dr. Ofner sagte: Die Verordnungen über die Militärgerichtsbarkeit sind eine offenbare Verletzung des Staatsgrundgesetzes. Die Militärgerichte sind weder definitiv noch auf Lebensdauer ernannt, sie sind nicht unabhängig, und im Militärverfahren besteht auch keine Trennung zwischen Justiz und Verwaltung. Das Haus hat daher keinen Grund, eine „sittenwidrige Gewohnheit" wie die des Paragraph Vierzehn anzuerkennen. Das Haus muß endlich einmal zeigen, daß es Willen hat, von seinen Rechten und seiner Macht Gebrauch zu machen.

Namens der deutschen Abgeordneten sprach Doktor v. Lodgman, und seine Rede war wieder einmal ein Beweis, daß die Deutschen selbst in ihrer jetzigen Schwäche starke Talente besitzen, die es verstehen, sich rednerisch zur Geltung zu bringen. Dr. v. Lodgman hat wahrheitsgemäß alles von den Deutschen abgewiesen, was rückschrittlich ist und dem Zeitgeiste widerspricht. Er sagte: Die Demokratie ist nicht auf dem Marsche, sondern wir sind mitten in ihr darin und unser Parlament ist stärker, als es jemals war. Besonders wichtig war, daß Dr. v. Lodgman sich auf den Boden der Verfassung stellte und daß er ausdrücklich die Volksvertreter tadelte, die eine solche Politik gutheißen, geschweige denn sie fordern. Auch er verlangte die sofortige Ablehnung der Paragraph Vierzehn-Verordnungen. Er verteidigte insbesondere die Deutschen gegen die Beschuldigung, daß sie die Bedrücker seien, und erklärte, daß man ihnen alles, was der Staat verfehlt hat, aufs Kerbholz schneide. Mit scharfer Betonung fragte er, ob nicht wirklich in weiten Kreisen des czechischen Volkes antiösterreichische Gefühle zu Hause seien. Wir waren es, fuhr er fort, die den Staat in den stärksten Stürmen zusammengehalten haben, die nicht gewankt haben und gewichen sind. Dr. v. Lodgman schloß mit einer Forderung nach völkischer Autonomie und mit einer Abweisung des Gedankens nach selbständigen Bundesstaaten. Er sagte, eine Teilung Oesterreichs in selbständige Staaten könnte nur nach einem Bürgerkrieg stattfinden. Es muß vollständig klargestellt werden, daß ein himmelweiter Unterschied besteht zwischen einer Neuordnung Oesterreichs durch nationale Einheitsgebiete, wie sie als erster in neuerer Zeit Otto Lang gefordert hat, und den staatsrechtlichen Verlangen, die der Ländergewalt die Allmacht geben und den Staat als Ganzes zur Ohnmacht verurteilen müßten.

Den Standpunkt der Regierung vertrat der Leiter des Justizministeriums Dr. Ritter v. Schauer. Er wies insbesondere auf die Berichte aus Rovereto, aus Trient, aus Dalmatien und aus anderen Grenzgebieten hin, wo die bürgerlichen Gerichte ihre Wirksamkeit eingestellt haben, und erwähnte die vielen Einberufungen und die Schäden eines langen Uebergangszustandes, wobei mancher Verhaftete monatelang werde auf sein Urteil warten müssen. Auch er sagte jedoch, die Regierung habe nicht die Absicht, die Verantwortung für die getadelten Maßregeln zu übernehmen. Der Abgeordnete Pernerstorfer hat die Notwendigkeit betont, die technischen Schwierigkeiten nicht in den Vordergrund zu stellen. Er sagte: Bei der Erinnerung an die Haltung des Hauses bezüglich des Paragraph Vierzehn müsse jeden Scham und Erbitterung ergreifen. Er ebenfalls die Neuordnung Oesterreichs auf Grund der autonomistischen demokratischen Richtung, die jeder Nation ihr selbständiges Leben verbürgen solle. Der Abgeordnete Leo Winter besprach ebenfalls die Frage der Geschwornengerichte und bemerkte, daß in Deutschland, England, Frankreich, ja selbst in Ungarn diese Einrichtung aufrechterhalten wurde. Der Abgeordnete Dmitriansky sprach namens der Ruthenen und sagte, die Aufhebung der kaiserlichen Verordnung sei ein Ruf: Zurück zur Verfassung, ein Ruf, der auch den Abgeordneten selbst gelte, die ihn erheben. Der Abgeordnete Adolf Groß klagte namentlich über die Rechtsbeschränkung gegenüber den galizischen Juden, so zum Beispiel, daß jüdische Zeugen nicht anerkannt worden seien. Der Abgeordnete Benkovic beklagte die Unregelmäßigkeiten bei der Proklamierung des Standrechtes.

Abgeordnetenhaus.

(13. Sitzung. Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Die Aufhebung der Justizverordnungen.

Berichterstatter Abg. Dr. Ofner, in seiner Darstellung über die beiden §-14-Verordnungen fortfahrend, legt dar, daß die kaiserliche Verordnung, betreffend die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit, mit den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt im schärfsten Widerspruche stehen. Die gesicherte Rechtsprechung durch unabhängige Richter ist der vornehmste Schutz der Staatsbürger gegen das Uebermaß und die Ueberschreitung der Staatsgewalt, und eine ganze Reihe von Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt dient diesem Ziel.

In diesem Sinne müssen auch die Artikel 2, 3 und 4 verstanden werden, wenn sie Ausnahmsgerichte nur in den von den Gesetzen im voraus bestimmten Fällen als zulässig erklären und festsetzen, daß der Wirkungskreis der Militärgerichte nur durch Gesetze bestimmt werden könne, das heißt, in die Sprache des § 14 übersetzt: daß Verordnungen, welche den Wirkungskreis der Militärgerichte festsetzen, niemals so dringlich sein können, daß sie nicht dem Reichsrat zu gesetzlicher Beschlußfassung vorgelegt werden müßten. Da demgemäß nur Gesetze in Ausführung des Staatsgrundgesetzes den Wirkungskreis und die Kompetenz dieser Gerichte bestimmen können, so müsse darauf beharrt werden, daß die vorliegenden kaiserlichen Verordnungen aufgehoben werden.

Denn diese Verordnungen beinhalten eine offenbare Verletzung des Staatsgrundgesetzes, da die Militärrichter weder definitiv und auf Lebensdauer ernannt sind, noch ihnen die richterliche Unabhängigkeit zukommt, noch in Militärstrafverfahren die Trennung der Justiz von der Verwaltung in allen Instanzen durchgeführt ist. Nicht um einen Angriff auf die Militärrichter handelt es sich dabei, die, wie man ja oft hört, richtige und unabhängige Urteile fällen und vor denen man allen Respekt haben muß. Redner verweist auf einen Erlaß des Armeeoberkommandos vom Juni 1916, in welchem es heißt, daß die gesetzmäßige Ausübung der Militärstrafrechtspflege ein Fundament zur Aufrechthaltung der militärischen Disziplin bilde. (Rufe: Hört! Hört!) Der genannte Erlaß wende sich ferner gegen die nicht genügende Berücksichtigung der erschwerenden und die zu weit gehende Anwendung der mildernden Umstände und nennt „diese für die militärische Disziplin äußerst schädliche Erscheinung eine Folge der falschen Auffassung über das Militärrichteramt und die militärischen Standespflichten sowie ein Zeichen unmilitärischer und unmännlicher Denkungsart". (Lebhafte Hört! Hört!-Rufe.) Und weiter heißt es: „Wer in dieser Richtung eine Schwäche zeigt, ist nicht tauglich, als Stand- oder Kriegsgerichtsmitglied verwendet zu werden, er ist aber auch nicht tauglich, Offizier zu sein." (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

In dem Verfahren der Militärkriegsgerichte hat der Kommandant unbeschränkte Gewalt, obwohl er kein richterlicher, sondern Verwaltungsbeamter ist. Im Verfahren im Felde ist er sogar der absolute Herr des gesamten Gerichtsverfahrens, der das Ermittlungsverfahren anordnet, den Untersuchungsführer, den Staatsanwalt und den Verhandlungsleiter bestellt und über Beschwerden, ja sogar über die Urteile selbst judiziert. Denn gegen Urteile, die von ihm bestätigt sind, gibt es kein Rechtsmittel. Ist das ein Rechtsverfahren?

Die gegenwärtige Regierung hat dem Hause nun einen Gesetzentwurf vorgelegt, der für die Zeit des Krieges die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit nur dort für zulässig erklärt, wo die ordentliche Zivilrechtspflege aufgehört hat. Außerdem hat die Regierung zugestanden, daß das Verfahren im Felde für Zivilpersonen ganz ausgeschaltet werden soll. Das Haus wird diese Regierungsvorlage prüfen, sich den Staatsnotwendigkeiten nicht verschließen, es wird sich aber trotzdem in der Stellungnahme gegen die kaiserlichen Verordnungen nicht beirren lassen, daß sie eine offenbare Verfassungswidrigkeit darstellen. Redner verweist in diesem Zusammenhange auf einen militärischen Geheimerlaß, wonach gegen das Gesetz angeordnet wird, daß das standrechtliche Verfahren ohne Rücksicht auf die Zeit durchgeführt zu werden habe. Wenn sich die Regierung leider bei den kaiserlichen Verordnungen auf Präzedenzien berufen könne, so habe das Haus doch keinen Grund, eine so sittenwidrige Gewohnheit anzuerkennen. Es sollte doch endlich einmal zeigen, daß es von seinen Rechten und seiner Macht Gebrauch machen will, und gemäß dem Antrage des Justizausschusses den in Verhandlung stehenden kaiserlichen Verordnungen die Genehmigung versagen. (Lebhafter Beifall).

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Redezeit der einzelnen Redner in der Debatte auf 45 Minuten festgesetzt.

Rede des Leiters des Justizministeriums.

Leiter des Justizministeriums Sektionschef Dr. Ritter v. Schauer verweist auf seine im Justizausschuß und im Verfassungsausschuß über die einschlägigen Rechtsfragen abgegebenen Erklärungen. Er wolle dieselben nicht wiederholen, zumal die Entscheidung kaum nach wissenschaftlicher Betrachtungsweise, sondern vom Standpunkte der politischen Beurteilung fallen wird, für die politische Seite dieser Frage habe aber die derzeitige Regierung nicht die Verantwortung zu übernehmen. Sie wünscht wie die beiden Ausschüsse, daß so bald als möglich die ordentlichen Gerichte und ordentlichen Verfahren ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. (Lebhafter Beifall.)

Technische Gründe und die Verkehrsverhältnisse machen aber dabei gewisse Einschränkungen unabweislich, wenn dem Staate und der Bevölkerung Schutz geboten und schwere Nachteile verhütet werden sollen. Die Militärgerichte sollten jedenfalls noch dort weiter für gewisse strafbare Handlungen von Zivilpersonen zuständig bleiben, wo zur Zeit ein anderes Gericht nicht besteht. Infolge der kriegerischen Ereignisse haben die Gerichtshöfe in Czernowitz, Suczawa, Czortkow, Kolomea, Tarnopol, Brzezany, Stanislau und Rovereto ihre Tätigkeit eingestellt. Von den Gerichtshofsprengeln Brzezany und Stanislau befindet sich nur ein Teil in den Händen des Feindes. In dem anderen Teile muß nun aber eine Gerichtsgewalt bestehen, die wenigstens gegen die schwersten Verbrechen durch Ausübung prompter Justiz dem Staat und der Bevölkerung Schutz gewährt. Mit Delegierungen ist, abgesehen von der großen Verzögerung und Erschwerung des Verfahrens, nicht zu helfen, weil bei der Erschwerung des Reisens und des Postverkehres im Kriegsgebiete die Beweise zum Teil überhaupt nicht, zum Teil nicht rechtzeitig beschafft werden können.

Am glattesten hätte sich der Uebergang vollzogen, wenn gleichzeitig mit der Aufhebung der Militärgerichte im Hinterlande die Militärgerichtsbarkeit für gewisse Grenzgebiete noch aufrechterhalten worden wäre. Wenn aber das hohe Haus den kaiserlichen Verordnungen die Genehmigung versagt, so tritt bis zu der Zeit, wo die vom Justizausschusse hoffentlich im Einvernehmen mit der Regierung zu verabschiedende Vorlage wirksam wird, eine Lücke ein. Eine gewisse Zeit hindurch werden weder die Militärgerichte noch die Zivilgerichte einschreiten; die einen nicht, weil sie nicht mehr zuständig, die anderen, weil sie nicht da sind. Dieses Vakuum sollte nicht lange dauern, sonst wären schwere Schäden kaum zu verhüten.

Abg. Budzynowski: Das werden schon die Honveds besorgen!

Dr. Ritter v. Schauer: Noch bedenklicher ist die sofortige Aufhebung der Ausnahmsgerichte ohne räumliche Einschränkung und ohne zeitlichen Uebergang. Nach einem Berichte des Oberlandesgerichtes in Triest vom November 1916 ist es überaus schwierig, wenn nicht geradezu unmöglich, Geschwornenlisten zu bilden. Abgesehen davon, daß nicht ein einziger Gerichtshof dieses Sprengels an seinem ordentlichen Amtssitze tätig ist, ist im Küstenlande durch Einberufungen zur militärischen Dienstleistung und durch den Rückzug der Bevölkerung ins Hinterland der größere Teil der Männer abwesend. Der Sprengel Görz ist zum größeren Teile vom Feinde besetzt. Infolgedessen hält es das Oberlandesgericht, zumal auch die sprachlichen Verhältnisse in diesem Sprengel — es kommen drei Sprachen in Betracht — schwer ins Gewicht fallen, nahezu für ausgeschlossen, die notwendige Zahl von Personen aufzubringen. Dieselbe Ansicht äußert auch der Oberstaatsanwalt. Ganz das gleiche gilt für Dalmatien, wo der Dampfschiffverkehr wegen der Unterseebootgefahr entweder überhaupt nicht möglich ist oder nur mit Gefahr ausgeführt werden kann.

Das Oberlandesgericht in Innsbruck berichtet, daß der Gerichtshof Rovereto seine Tätigkeit eingestellt hat. Der Gerichtshof Trient hat seinen Sitz nach Mezzolombardo verlegt. Das Gebiet zweier zum Kreisgerichte Bozen gehörigen Bezirksgerichte ist in Feindeshand. Dazu kommt die Einschränkung des Verkehres der Zivilreisenden im engeren Kriegsgebiete. Auch in den übrigen Teilen des Staatsgebietes kann man die Geschwornengerichte nicht sofort in Tätigkeit setzen. Dazu fehlt es an den Geschwornenlisten und in vielen Gebieten an den Geschwornen. Redner schildert die Arbeiten zur Herstellung der Urlisten durch die Gerichtshöfe und die Gemeindevorsteher, die gerade jetzt durch die sich von Tag zu Tag häufenden Verordnungen mit schweren verantwortungsreichen Arbeiten ohnehin überhäuft sind. So würde die für die Friedenszeit für die Geschwornenlisten vorgeschriebene Zeit von vier Monaten nicht eingehalten werden können. Als Geschworne kommen sonst die Männer im Alter zwischen 30 und 60 Jahren in Betracht. Die Altersklasse von 30 bis 50 Jahren ist fast ausnahmslos im Kriegsdienste tätig. Wie dünn die Schichte von 50 bis 60 ist, weiß jeder, der sich heute auf dem Lande umsieht. Die wenigen Männer dieser Altersklasse sind die ganz unentbehrlichen Kräfte, auf denen die Produktion und unsere Wirtschaft beruht.

Meine geehrten Herren! Es war nicht Abneigung gegen die Schwurgerichte, wenn die Regierung vorschlug, die Geschwornengerichte im Hinblicke auf die tatsächlichen Verhältnisse so lange eingestellt zu lassen, bis die Abrüstung begonnen hat und nun die Altersklassen zurückströmen, mit denen wir auch den Gerichtsdienst wieder ohne Gefährdung des Wirtschaftslebens besorgen können. Wenn die Geschwornengerichte aus den dargelegten Gründen nicht tatsächlich arbeiten können, so werden sich sehr unliebsame Folgen einstellen. Eine große Anzahl von Straffachen wird sich ansammeln. Mancher Verhaftete, der auf seine Freisprechung auch vor dem Ausnahmsgerichte rechnen durfte, wird zwecklos viele Monate in Untersuchungshaft bleiben. Ein riesiger Block von unerledigten Akten wird sich ansammeln, die Tagesordnung der Gerichtshöfe auf lange hinaus verrammeln und die Strafrechtspflege sehr erheblich verzögern, womit für viele Beschuldigte eine Verlängerung der Haft verbunden sein wird.

Die mißlichen Folgen der sofortigen Einstellung der Ausnahmsgerichte lassen sich aber zum größten Teile verhüten, wenn das hohe Haus dem von der Regierung vorgelegten und allenfalls auszuarbeitenden — die Regierung wird dazu ohne weiteres die Hand bieten — Gesetzentwurfe über die Bildung der Geschwornenlisten zustimmt. Der Gesetzentwurf enthält an sich eine wünschenswerte Verbesserung der Schwurgerichtsverfassung, indem die unzeitgemäße Mindeststeuerleistung von 20 K. direkter Steuer als Voraussetzung für die Eignung zum Geschwornenamte fallengelassen wird. Weiter ist es auch wohl von Wert, daß Geschwornen, die vom Tag- oder Wochenlohne leben, ein Taggeld gewährt werden soll. (Zustimmung.) In gewissen Grenzgebieten werden die Geschwornengerichte während des Krieges nicht sofort wieder in Tätigkeit gesetzt werden können. Ich hoffe, daß der Justizausschuß und das hohe Haus sich den Gründen der praktischen Notwendigkeit nicht verschließen und einem Abbau der Kriegsmaßnahmen zustimmen wird, der den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Abg. Dr. Leo Winter (Sozialdemokrat) beginnt seine Rede in czechischer Sprache. Deutsch fortfahrend, betont er, das Volk wende sich gegen die Verwaltung, welche den Krieg dazu benützt, um die Gesamtmacht im Staate, im Lande und in der Gemeinde an sich zu reißen. Was mit der Rechtspflege dabei geschah, bilde die größte Schuld auf dem Konto des Krieges. Die Berufung auf die Schwierigkeiten der Wiederherstellung der Geschwornengerichte sei nicht begründet; in den Ententeländern bestehen die Geschwornengerichte fort, und wenn auch in einzelnen Kriegsgebieten ihre Wiederberufung schwierig sei, sind sie im Hinterlande durch nichts behindert. Politische Gründe gaben für die Beseitigung der Geschwornengerichte den Ausschlag. Redner bespricht die Tätigkeit einzelner Militärgerichte, verwahrt sich aber dabei, generalisieren zu wollen, da er Auditoren kennen gelernt habe, die nicht nur ausgezeichnete Juristen sind, sondern sich auch immer der größten Objektivität befleißigten. Redner habe auch militärische Gerichtssenate gesehen, die direkt ein leuchtendes Zeugnis für das Zusammenwirken von Berufsrichtern und Laien darstellen. Er zitiert mehrere Urteile von Militärgerichten, darunter jenes gegen Karl Langer, der wegen Weiterverbreitung eines in der „Neuen Freien Presse" abgedruckten Gedichtes zum Tod durch den Strang verurteilt wurde. Wenn man mit aller Objektivität die Gründe zu erfassen suche, aus welchen die Militärgerichte oft zu ihrem Urteile kamen, so ist in erster Linie das veraltete Strafgesetz mit seinen veralteten Begriffen und veralteten Bestimmungen zu nennen, die sich mit den Grundsätzen des Verfassungsstaates nicht in Einklang bringen lassen, was Redner in seinen weiteren Ausführungen unter Hinweis auf die schweren politischen Verbrechen darlegt. Während von den Zivilrichtern seit Jahren das Strafgesetz so gehandhabt werde, daß die Strafsätze nicht zur Anwendung gelangen, wurde die Handhabung des Strafgesetzes bei Militärgerichten Offizieren übertragen, welche auf diesem Gebiete keine Erfahrungen haben und gewöhnt sind, Befehle wörtlich zu befolgen. Dazu kommt die Art der

Neues Wiener Tagblatt Abend 150
4. Juli 1917

§ 14-Verordnungen.

(Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Juli.)

Präsident Dr. Groß eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Minuten.

Präsident Dr. Groß macht Mitteilung, daß sich der Bodenentschuldungsausschuß konstituiert und zum Obmann den Abg. Dr. v. Smal-Stockyi, zum Obmannstellvertreter den Abg. Dr. Schoepfer gewählt hat.

Die abgelehnte § 14-Ordnung.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der Debatte über die Berichte des Verfassungsausschusses und des Justizausschusses über die kaiserlichen Verordnungen, betreffend die zeitweilige Einstellung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte und die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit.

Dr. Körner über die Affäre Klofac.

Abg. Dr. Körner führt aus, er habe durch drei Jahre aus allernächster Nähe die Militärjustiz beobachtet. Mit der Aufhebung der kaiserlichen Verordnung vom 25. Juli 1914 sei die Militärjustiz bei weitem noch nicht aufgehoben, es bleibe noch die Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914, die auf Grund des § 14 der Militärstrafprozeßordnung erlassen wurde.

Wenn diese Verordnung in Kraft bleibe, werde der Militäranwalt noch nicht abgedankt haben. Zu lösen sei auch die Frage der Wiederaufnahme des Verfahrens. Wo soll der Verurteilte um die Wiederaufnahme des Verfahrens ansuchen? Soll es bei den Bestimmungen der Militärstrafprozeßordnung bleiben, und er an den Obersten Landwehrgerichtshof gehen? Dort winkt ihm keine Hoffnung. Auch die Verordnung auf Grund des Ausnahmsgesetzes muß in die Debatte gezogen werden. Es scheint auch, als ob man sich nicht bewußt wäre, daß die Artikel VIII, IX, X, XII und XIII des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger aufgehoben sind, daß die persönliche Freiheit, das Briefgeheimnis, das Hausrecht, das Versammlungs- und Vereinsrecht und die Preßfreiheit nicht mehr gilt. Redner gebe zu, daß der Kriegszustand eine Einschränkung notwendig machte, es entstehe aber die Frage, ob es notwendig sei, alle diese Beschränkungen noch aufrecht zu erhalten. Redner erörtert sodann die Frage der Internierungen.

In Besprechung des Amnestieerlasses weist Redner auf die in der gestrigen „Arbeiter-Zeitung" enthaltene ausführliche und treffende Kritik des Amnestieerlasses vom Standpunkte der strittigen Rechtsfrage hin. Die Besprechung dieser Rechtsfrage erweist sich um so nötiger, als in den allernächsten Tagen einige konkrete Fälle zur Erledigung kommen müssen. Absatz 6 des Erlasses stellt die Nachsicht der Strafe in Aussicht, wenn neben einem der namentlich aufgeführten Delikte andre verhältnismäßig geringfügige strafbare Handlungen oder solche vorwiegend politischen Charakters vorliegen. Ist also jemand wegen Hochverrates verurteilt worden und wegen Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates, so paßt dieser Fall auf den betreffenden Verurteilten. Die Amnestie tritt zwar für ihn nicht sofort ein, aber es wird ein Gnadenakt in Aussicht gestellt. Nun kann es aber vorkommen, daß jemand bloß wegen des Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates verurteilt worden ist, und da höre nun Redner mit Erstaunen, daß dieser Fall nicht der Amnestie unterliegen soll.

Es wäre doch etwas eigentümlich, wenn jemand, der neben dem Verbrechen gegen die Kriegsmacht des Staates noch ein andres Delikt begangen hat, amnestiert wird, während ein andrer, der nur das Verbrechen gegen die Kriegsmacht des Staates begangen hat, nicht amnestiert werden könnte. Absatz 7 des Erlasses verfügt ferner die Abolition der noch anhängigen Strafverhandlungen, aber nur wegen der im Absatz 5 ausdrücklich genannten Delikte. Wenn also jemand wegen Hochverrates und wegen Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates in Untersuchung oder Anklagezustand ist, so würde er der Abolition nicht teilhaftig werden. Auch das ist mit der Tendenz des Amnestieerlasses nicht vereinbar.

Redner denke an den konkreten Fall Dr. Preis, des Direktors der Zivnostenska Banka, der mit noch fünf andern angeklagt war. Gegen diese fünf andern wurde das Strafverfahren seinerzeit aboliert, während das Verfahren gegen Dr. Preis, der nicht nur wegen Hochverrates, sondern auch wegen Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates angeklagt ist, nicht aboliert wurde, da er eben auch Hochverrat begangen hat. Wäre er also bloß wegen Hochverrates angeklagt, so würde er von der Abolition betroffen werden; weil er aber auch wegen des Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates angeklagt ist, soll das Verfahren nicht aboliert werden können. Hoffentlich wird die Regierung den Widerspruch einsehen und auch in diesem Falle einen Vorschlag der Amnestierung machen.

Eigentümlich ist auch das Verhalten gegenüber dem Fall Klofac. Redner glaube, daß der Abgeordnete Klofac gestern schon in Wien hätte herumspazieren sollen oder, wenn es ihm beliebt hätte, auch hätte im Parlament erscheinen können. Warum beachtet man den § 5 nicht, wo bloß die Delikte und Paragraphenziffern angeführt sind, und niemand das Recht gegeben ist, zu untersuchen, was in der Begründung der Anklage noch enthalten ist? Die im § 7 verfügte Abolition ist mit dem Erlaß selbst eingetreten.

Es war also gar nicht mehr nötig, etwas einzustellen oder zu untersuchen. Da die Anklage gegen Klofac wegen § 56 erfolgte, war die Abolition, die bereits eingetreten ist, bloß durchzuführen. Eigentümlich ist weiter auch, daß die Gerichte gestern noch keine Weisungen hatten, obwohl ein ganzer Tag dazu zur Verfügung stand. Im umgekehrten Fall, wenn es sich darum gehandelt hätte, jemand festzunehmen, hätte man gewiß nicht die Gerichte einen ganzen Tag ohne Weisungen gelassen. Redner bitte also, daß die Regierung sich doch ein wenig beeile und daß doch, wenn der Herr befiehlt, der Diener auch gehorcht. Der Herr ist gut, aber es scheint, die Diener sind nicht willig.

Eine weitere offene Frage ist, was bezüglich der Straffolgen derer zu gelten hat, welche die Strafe bereits verbüßt haben, und was bezüglich der Vermögenskonfiskationen und Schadenersatzklagen. Es ist wohl die Tendenz und Intention des Erlasses, daß alles das unter den Tisch fällt. Jedenfalls ist aber auch diesbezüglich eine rasche Verfügung zu treffen, und Redner bitte den Leiter des Justizministeriums und den Leiter des Finanzministeriums, diesen Dingen ihr Augenmerk zuzuwenden. Die Bevölkerung erwartet, daß der hochherzige Amnestieakt in dem Sinne durchgeführt werde, wie er vom Kaiser sicherlich selbst gemeint ist. Man solle nicht kleinlich an den einzelnen Bestimmungen herumklügeln. Wenn etwas gegeben wird, so solle es voll gegeben werden.

Redner bespricht hierauf die Militärjustiz in Böhmen und erörtert dann den Amnestieerlaß von der politischen Seite. Der Kaiser hatte gestern einen schönen Tag. Er war vor Jahresfrist als Feldherr an der Spitze einer Armee von Sieg zu Sieg gezogen, aber die Freude über diesen Sieg war gewiß vergällt durch den Anblick der Greuel des Krieges. Gestern hat er einen großen Sieg errungen, einen Sieg über das Vorurteil, über die Gehässigkeit und Rachsucht, einen Sieg über den Mißbrauch der Gewalt. Der Kaiser hat eine konstitutionelle Tat gesetzt, er hat, bevor das Parlament die Militärjustiz abgeschafft hat, in logischer Konsequenz die Gutmachung dessen, was durch die Militärjustiz begangen wurde, verfügt. Der Kaiser hat eine kluge Tat ins Werk gesetzt, er hat etwas hinweggeräumt, das wie ein Felsblock auf dem Wege zum weiteren Fortschritt gelegen ist. Der Kaiser hat endlich eine menschliche Tat vollbracht. Nicht Soldaten werden ihm als Sieger zujauchzen, aber im Geiste wird er die Freudentränen der Väter, Mütter, Gattinnen und Kinder sehen, die ihn und das Kind, in dessen Namen er den Gnadenakt verfügte, segnen werden. So ist die Tat des Kaisers und der Beschluß, den das Haus zu fassen im Begriffe ist, der Lichtstrahl einer besseren Zukunft. Die Herzen der Völker müssen gewonnen werden und ich wünsche, der Kaiser möge dasselbe werden, was in der Bibel der Prophet von einem der großen Könige gesagt hat, allerdings mit der zeitgemäßen Variation: Es ist ein König nach dem Sinne Gottes! Ich wünsche, wir könnten von unserm Kaiser sagen: Er ist ein König nach dem Sinne des Volkes! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

Die Erklärung des Deutschen Nationalverbandes.

Nachdem der Pole Teril gesprochen hatte, hielt Abg. Pil eine Rede in tschechischer Sprache, worauf unter großer Spannung des Hauses der Obmann des Deutschen Nationalverbandes Abg. Dobernig das Wort zu folgender Erklärung ergriff:

Im Namen des Deutschen Nationalverbandes habe ich folgende Erklärung abzugeben: Der kaiserliche Amnestieerlaß wird von uns zur Kenntnis genommen. Wir drücken unser Befremden darüber aus, daß der Ministerpräsident als Berater der Krone nicht seinen Einfluß entsprechend zur Geltung gebracht hat, weshalb der Deutsche Nationalverband dem weiteren Verhalten der Regierung nur mit Mißtrauen entgegensehen kann. Dennoch ist der Erlaß als persönlicher Willensakt Seiner Majestät zu betrachten und entzieht sich daher jeder Kritik.

Wir sind es aber unsern Wählern und dem gesamten deutschen Volke, nicht zuletzt unserm eigenen Gewissen schuldig, dazu unsre Meinung zu sagen. Die Deutschen haben im Kriege unzählige Beweise von Treue ihrem Kaiser und Vaterland gegeben. Unser Volk hat in diesen Zeiten der Gefahr weithin die verläßlichste Stütze geboten. Noch unter dem Eindrucke des überraschenden Amnestieerlasses stehend, verwerfen wir ausdrücklich den Gedanken der Kaisertreue auf Kündigung.

Wir werden dem Vaterlande nach wie vor bedingungslos dienen. Aber in der Begnadigung aller jener, die noch während des Krieges sich zur Verneinung des Staates verstiegen oder seine Auflösung im Sinne der Feinde vertreten haben, liegt eine ungeheure Belastung für den Staat selbst vor.

Die Begnadigung, durch die nicht nur viele Fehlurteile behoben werden, sondern auch zahlreiche Leute frei ausgehen sollen, die sich am Staate versündigt haben, bedeutet nach den rednerischen Ausschreitungen ganz unverhohlen staatsfeindlicher Gesinnung, die wir in den letzten Tagen im Hause hier erlebten, auch für uns Deutsche Opfer an Selbstverleugnung, deren uns schon so viele zugemutet wurden.

Wir können doch nicht über die Ereignisse der jüngeren und jüngsten Vergangenheit den Schleier der Vergessenheit breiten, wir können nicht vergessen, wie vielfach politische Machenschaften im Lande den furchtbaren Krieg mit verursacht haben, wie viel deutsches Blut vergossen und wie viel tausende unsrer Brüder geopfert worden sind durch die Schuld derer, denen nunmehr der kaiserliche Gnadenakt zuteil wurde.

Neues Fe

Sitzungen beider Häuser. — Wahl der Vizepräsidenten und des Bureaus des Abgeordnetenhauses. — Eine Interpellation Tißa's über die Ingerenz Ungarns auf den Friedensschluß und das Verhältniß der ungarischen Regierung zu dem auswärtigen Ministerium.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Konstituirungsarbeiten für die fünfte Session fort. Es wurden die zwei Vizepräsidenten, und zwar die beiden Kandidaten der Nationalen Arbeitspartei Elemér Simontsits und Béla Scitovßky, ferner der Quästor und zwölf Schriftführer, hievon sieben aus den Reihen der Nationalen Arbeitspartei, vier von der Opposition und ein Kroate gewählt.

Der interessantere Theil der Sitzung war eine Interpellation des Grafen Stephan Tißa über eine jüngst im österreichischen Abgeordnetenhause abgegebene Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten Dr. Seidler und einen im Zusammenhang mit dieser Erklärung im offiziösen Wiener „Fremdenblatt" erschienenen Kommentar. Wir befassen uns an leitender Stelle sowohl mit dieser Interpellation als auch mit der darauf ertheilten Antwort des Ministerpräsidenten Grafen Esterházy. Graf Tißa befliß sich der größten Objektivität, von dem Motive ausgehend, daß in wichtigen auswärtigen Fragen die Stellung der ungarischen Regierung gestärkt und nicht geschwächt werden dürfe. Eben deshalb hob er die Momente hervor, mit denen die Einflußnahme der ungarischen Regierung auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in der korrektesten Weise präzisirt wurde, wobei er den Standpunkt betonte, daß der Minister des Aeußern kein Recht habe, sich in irgendwelcher Form in die Erledigung ungarischer interner Angelegenheiten einzumengen. Die Lösung der Nationalitätenfrage, um die es sich in dieser Angelegenheit handelt, sei aber eine eminent ungarische interne Angelegenheit. Ministerpräsident Graf Esterházy honorirte vollständig diesen Standpunkt, unterstrich in vieler Beziehung den Gedankengang des Grafen Tißa, ja bezüglich der Auffassung hinsichtlich der Wilson'schen Intervention in der Nationalitätenfrage citirt er direkt jene Aufklärungen, die Tißa noch als Ministerpräsident auf eine an ihn gerichtete Interpellation ertheilt hat. Diese Ausführungen des Ministerpräsidenten fanden die volle Zustimmung des Hauses, und so verhalf die Interpellation des Grafen Tißa dem Ministerpräsidenten Grafen Esterházy zu einem ehrlichen parlamentarischen Erfolg, der sich in lauten Zustimmungskundgebungen von allen Seiten des Hauses manifestirte.

I. Abgeordnetenhaus.

Präsident Karl Száß eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 4 Uhr.

Es wird das allerhöchste Handschreiben über die Eröffnung der neuen (fünften) Session des Abgeordnetenhauses nochmals verlesen und promulgirt.

Präsident Karl Száß meldet eine dringliche Interpellation des Grafen Stephan Tißa an den Ministerpräsidenten in Angelegenheit der auf die Friedensfrage bezüglichen Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten und des Kommentars, welchen das „Fremdenblatt" an diese Erklärung geknüpft hat, an. Die Interpellation wird nach Erledigung der Tagesordnung motivirt werden.

Ministerpräsident Graf Esterházy unterbreitet einen Gesetzentwurf über die provisorische Vermehrung der verantwortlichen Ministerien. Er bittet, die Vorlage an den Justizausschuß, den Verwaltungsausschuß und an den Finanzausschuß mit der Weisung zu leiten, die Vorlage in gemeinsamer Sitzung dringlich in Berathung zu ziehen und dem Hause in der Sitzung vom 10. d. Bericht zu erstatten. Redner meldet noch an, daß die Regierung von den bisherigen Vorlagen vorläufig drei übernimmt, und zwar die Vorlage über die Wahl eines Kronhüters, über die Vermehrung der Geldverkehrsmittel und die Verlängerung des Termins für die Deponirung der Zeitungskautionen.

Es folgte die Wahl der beiden Vizepräsidenten des Hauses.

Präsident Karl Száß verkündet das Resultat der Wahl. Demgemäß wurden von 441 verifizirten Abgeordneten insgesammt 170 Stimmen abgegeben. Hievon entfielen auf Elemér Simontsits 168 und auf Béla Szitovßky 168 Stimmen. Die Genannten erscheinen mithin zu Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. (Die Regierungsparteien hatten sich an der Abstimmung überhaupt nicht betheiligt.) Je eine Stimme erhielten Martin Lovášy und Hugo Laehne. (Heiterkeit.)

Nach einer Pause folgte die Wahl der Schriftführer und des Quästors.

Den Vorsitz übernimmt Vizepräsident Béla Szitovßky.

Es wurden gewählt: zu Schriftführern: Ladislaus Almássy (213 Stimmen), Géza Hoványi (213), Peter Mihályi (213), Alfred Pál (209), Felix Szinyey-Merse (211), Koloman Szojka (213), Zoltán Vermes (214), Ladislaus Hammersberg (205), Roland Fráter (195), Vinzenz Nagy (209), Karl Hußár (145) und Max Rosics (210); zum Quästor Joseph Angyal mit 167 Stimmen.

Nach einer Pause übernimmt Präsident Karl Száß den Vorsitz. Redner enunziirt, daß in der neuen Session die Sitzungen von 3 Uhr bis 9 Uhr Abends dauern werden; als Interpellationstag wird, wie bisher, der Mittwoch bestimmt. In der morgen Nachmittags 3 Uhr stattfindenden Sitzung gelangen die Ausschußwahlen auf die Tagesordnung.

Es folgte die Interpellation des Grafen Stephan Tißa an den Ministerpräsidenten.

Rede des Grafen Stephan Tißa.

G. Haus! Ich will mit meiner Interpellation einer solchen Sache dienen, die jedem anständigen Ungar in gleicher Weise auf dem Herzen liegt. (Hört! Hört!) Im österreichischen Abgeordnetenhause antwortete der österreichische Ministerpräsident in der Sitzung vom 27. Juni auf die Interpellation mehrerer Abgeordneten in der Friedensfrage. Trotz ihrer Kürze enthielt diese Antwort mehrere Momente, die im ungarischen Abgeordnetenhause nicht unbeantwortet bleiben dürfen. (Zustimmung rechts.) Schon die Einleitung dieser Antwort ist auffällig. Der österreichische Ministerpräsident sagt (liest): „Diese Fragen betreffen das Ressort des Ministers des Aeußern. Nach Rücksprache mit diesem beehre ich mich dem hohen Hause" usw. Es ist ja zweifellos, daß diese Angelegenheit in das Ressort des Ministers des Aeußern gehören, doch gehören sie auch in den Wirkungskreis der beiden Regierungen (Wahr! So ists! rechts), was ja aus dem G.-A. XII : 1867 klar hervorgeht. Was nun die Antwort selbst betrifft, sind da zwei Bemerkungen am Platze. Der österreichische Ministerpräsident beruft sich auf das österreichische Staatsgrundgesetz, in dessen Sinne das Recht des Friedensschlusses Sr. Majestät vorbehalten ist, und thut dies in einer solchen Form, die Dunkel über die Frage breitet, ob da dem österreichischen Ministerpräsidenten nicht etwa der Begriff eines Reservathoheitsrechtes vor Augen schwebt, das mit der ungarischen konstitutionellen Auffassung in diametralem Gegensatz steht. (Beifall rechts.)

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die schroffe Leugnung oder Zurückweisung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. (Hört!) Bezüglich beider Fragen behaupte ich keineswegs, daß der Standpunkt des österreichischen Ministerpräsidenten ein irriger ist, sondern, daß er seinen Standpunkt so formulirt hat, daß er irrige Deutungen zuläßt. Es scheint, daß man das auch in Oesterreich empfunden hat, denn einige Tage später brachte das offiziöse „Fremdenblatt" einen Kommentar zur Regierungserklärung. Dieser Kommentar hat die Mißverständnisse besonders in der Beziehung geklärt, daß das auf den Friedensschluß bezügliche Hoheitsrecht ein verfassungsmäßiges Hoheitsrecht ist, welches unter ministerieller Verantwortung ausgeübt wird, und ferner, daß der Protest gegen die Selbstbestimmungsrecht der Völker sich nur gegen jene Bestrebung der Entente richtete, mit welcher sie sich als die Beschützerin der angeblich unterdrückten Nationalitäten gerirt und damit eine Bresche in die Souveränetät und in das Selbstbestimmungsrecht der beiden Staaten legt. Das wäre Alles ganz richtig. Doch vermehrt die Zeitungsmittheilung in ihrer ganzen Ausdehnung noch das Dunkel, das Mißverständniß, die Zweideutigkeit, sie mischt die Angelegenheiten untereinander, welche zu den gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie gehören, mit internen Angelegenheiten Oesterreichs und Ungarns, vermengt auch die ministeriellen Wirkungskreise und die ministerielle Verantwortung. So sagt das „Fremdenblatt" in Verbindung mit der Note Wilson's vom Januar dieses Jahres u. A.: „... als Forderung nach allgemeiner Demokratisirung, also nach inneren Reformen der einzelnen Staaten ..." und dann weiter: „Der hierin gelegene nicht nur sympathische, sondern auch zeitgemäße und durchaus gerechtfertigte Gedanke eines Aufbaues des Nationalitätenrechtes auf politischem und kulturellem Gebiete im Rahmen des Gesammtstaates (Bewegung rechts) entspricht vollkommen der Auffassung unserer Regierungskreise."

Ich will nicht davon sprechen, ob es richtig ist, das Schlagwort von dem Aufbau der nationalistischen Rechte so im Allgemeinen und in so elastischer Form in das Gemeinbewußtsein zu werfen, und auch davon nicht, ob es richtig ist, eine solche Forderung des Präsidenten der Union sympathisch aufzunehmen. (Beifall rechts.) Ich will in diesem Augenblicke auch nicht darüber sprechen, ob nicht von verantwortlicher ungarischer Seite gegen ein solches Thun etwas geschehen müßte. (Wahr! So ist's! rechts.) Ich thue dies aber selbst nach der Sensation des gestrigen Tages, nach der Amnestieverordnun nicht. Und zwar deshalb, weil die Regierung allein in der Lage ist, schon heute beurtheilen zu können, wann diese Tendenzen der österreichischen Politiker jene Grenzen überschreiten, wo sie vitale ungarische Interessen berühren. (Lebhafter Beifall rechts.) Das zu konstatiren und zu beurtheilen ist das Recht, die Aufgabe und die Pflicht der Regierung. Ich glaube und hoffe, daß die Regierung auch ihre Pflicht kennen werde. Unsere Aufgabe kann es nur sein, die Regierung in dem nicht vorauszusetzenden Falle, daß sie in dieser Beziehung ein Versäumniß begeht, nachträglich zur Verantwortung zu ziehen. Man sollte meinen, daß sich der Ausdruck „Gesammtstaat" unmöglich auch auf Ungarn beziehen kann, doch spricht der Kommentar in einem Athem auch von der „österreichisch-ungarischen Regierung", ein Ausdruck, der sich nur auf die Gesammtheit der verantwortlichen Faktoren der Monarchie beziehen kann. Wie äußert sich aber der Kommentar dann weiter? „Sie (die Entente) fordert den Verzicht der Monarchie auf ihr Selbstbestimmungsrecht, das heißt des Verzichtes auf ihre Souveränetät und Integrität, des Verzichtes auf ihr und ihrer Völker Recht, das Verhältniß der Nationalitäten zum Staate auf dem Boden der inneren Politik durch das verfassungsmäßige Zusammenwirken von Krone und Parlament selbst zu bestimmen." Kann man dann richtig sagen, daß die Monarchie ein Bestimmungsrecht dafür besitzt, das Verhältniß zwischen dem Staate und den Nationalitäten zu regeln? Ist das richtig zu einer Zeit, in welcher auf der Welt so viele falsche Auffassungen bei Freund und Feind hinsichtlich der staatsrechtlichen Struktur der Monarchie bestehen? Kann man das doch in dem schlecht unterrichteten Auslande nur so verstehen, daß hier die Monarchie irgend eine staatliche Einheit bildet, die vermöge ihrer Souveränetät berechtigt ist, das Verhältniß zwischen den Nationalitäten und dem Staate zu regeln. Und was soll man vom österreichischen Ministerpräsidenten Seidler sagen, der, indem er den Einmischungsversuch der Entente zurückweist, sich in folgender Weise ausdrückt: „In diesem Sinne verstanden, bedeutet der Hinweis auf das Recht der Krone, Frieden zu schließen, die Feststellung, daß im Verhältniß zu unseren Feinden der Wille der Monarchie verfassungsmäßig unter selbstverständlicher Verantwortlichkeit der gemeinsamen Regierung durch den Herrscher zum Ausdruck gebracht werden wird." In dem Augenblick also, in welchem es sich um den Friedensschluß handelt, verschwindet urplötzlich die „k. u. k. Regierung" und es tritt ausschließlich die gemeinsame Regierung in den Vordergrund, wo doch auch die ungarische Regierung das Recht und die Pflicht hat, an der Schaffung des Friedens theilzunehmen und auch die verfassungsmäßige Pflicht hiefür zu tragen. (Allgemeine Zustimmung.) Hier handelt es sich also nicht mehr um einen zweideutigen, sondern um einen direkt staatsrechtlich inkorrekten Ausdruck. (Lebhafter Beifall rechts.) Und diese staatsrechtliche Inkorrektheit wird noch im letzten Satze des Kommentars bekräftigt, wo es heißt: „Wie aus den vielfältigen Erklärungen der gemeinsamen Regierung bekannt ist, wird sie ausschließlich von dem Gedanken geleitet, den von ihr angestrebten ehrenvollen Frieden in vollem Einverständniß mit den Völkern Oesterreich-Ungarns zu erringen." Wo bleibt also der ungarische Staat und wo bleibt die ungarische Regierung?

Indem ich diese Dinge hier zur Sprache bringe, habe ich keineswegs die Absicht, den Standpunkt der Regierung zu schwächen, sondern vielmehr zu stärken, um neueren schwierigen Komplikationen vorzubeugen. (Zustimmung rechts.) Ich stelle deshalb in meiner Interpellation in Bezug auf die Vergangenheit gar keine Frage, weil ich in diesem Augenblicke in einer solchen Frage keine Schwierigkeiten machen will; ich begnüge mich vielmehr damit, daß ich meine Frage bezüglich der Zukunft stelle, indem ich an den Herrn Ministerpräsidenten die folgende Interpellation richte: (Liest.)

„In Anbetracht dessen, daß der Standpunkt, den der österreichische Ministerpräsident in der Antwort auf die Interpellation des Abgeordneten Daszynski und Genossen am 27. Juni in Bezug auf den Friedensschluß

Pester Lloyd
156
5./VII.1917

Abholung, Zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 52 K, halbj. 26 K, viertelj. 13 K, monatl. 4.50 K. Für das Inland und Oesterreich: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 42 K, halbj. 21 K, viertelj. 10.50, monatl. 3.60 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 30 K, halbj. 15 K, viertelj. 7.50, monatl. 2.60 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 56 K, halbj. 28 K, viertelj. 14 K, monatlich 5 — K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährig: Für Deutschland 20 K, für alle übrigen Staaten 24 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: S. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzeln: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utcza 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

64. Jahrgang. **Budapest, Donnerstag, 5. Juli 1917** **Nr. 168**

Budapest, 4. Juli.

Im ungarischen Abgeordnetenhause hat sich heute ein politisches Ereignis abgespielt, dessen innerpolitische Bedeutung, obzwar niemand auch diese wird verkennen wollen, von der Wirkung überboten wird, die es auch jenseits der Grenzpfähle des ungarischen Staates ausüben dürfte. Daß Graf Moritz Esterházy und Graf Stefan Tißa in einer Reihe wichtiger Fragen, die das staatsrechtliche Verhältnis Ungarns zu dem anderen Staate der Monarchie, die Abgrenzung der verfassungsmäßigen Rechtssphären der ungarischen Staatssouveränität und der gemeinsamen Regierung, namentlich aber das Mitbestimmungsrecht Ungarns in allen Fragen der auswärtigen Politik, also auch in jenen des Friedensschlusses betreffen, sich zu völlig übereinstimmenden Anschauungen bekannten, hebt das parlamentarische Ereignis der heutigen Sitzung in innerpolitischer Hinsicht über die Erscheinung des Alltags empor. Breit ist der Graben, der zwischen dem Grafen Stefan Tißa und seinem Amtsnachfolger liegt, aber es hat sich gezeigt, daß kein Graben breit genug sein kann, um, wenn es um Fragen geht, die den einmütigen Einsatz unserer ganzen nationalen Kraft erheischen, das einträchtige Zusammenwirken der sonst durch noch so scharfe Gegensätze getrennten Parteien verhindern zu können. Am Tage des Amtsantrittes der neuen Regierung hat Graf Stefan Tißa seinen Amtsnachfolger ermächtigt, sogar aufgefordert, bei jeder Gelegenheit, die das Zusammenfassen der in der einheitlichen Grundanschauung der ungarischen Nation liegenden großen Kraft gebietet, auf seine vorbehaltlose Mitwirkung zu zählen. Rascher, als man damals ahnen mochte, hat sich ein Anlaß dazu ergeben in den Eröffnungen, die der österreichische Ministerpräsident jüngst im Abgeordnetenhause des Reichsrates in der Frage des Friedensschlusses machte, und in der halbamtlichen Erläuterung, die tags darauf im Wiener Fremdenblatt diesen Eröffnungen nachgesandt wurde. In diesen Enunziationen waren Dinge gestreift, die im ungarischen Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht werden mußten, um eine Klärung der Begriffe herbeizuführen, und diesem Zwecke dienten die heute eingebrachte Interpellation des Grafen Tißa und die Begründung, die dieser seinen Anfragen vorangehen ließ. Die Fragen, um die es sich handelte, berühren den Lebensnerv der ungarischen Staatlichkeit, sie liegen auf Gebieten, auf denen Begriffsverwirrungen nicht aufkommen dürfen, weil jede Unklarheit, sei sie auch eine ungewollte, schwere Folgen nach sich zu ziehen droht. Wenn irgendwo und irgendwann, so ist es jetzt und in Fragen von solcher Natur ein Gebot unabweislicher Notwendigkeit, mit aller Deutlichkeit festzustellen, daß in derlei Dingen alle Gegensätze zwischen den ungarischen Parteien verschwinden, daß in dem Streben, jeglichem Abgleiten von der Rechtsbasis des ungarischen Staates beizeiten die kräftigste Abwehr entgegenzusetzen, es nur einen einmütigen ungarischen Standpunkt geben kann: die unbedingte Wahrung unseres auf klaren Gesetzen beruhenden Rechtsbesitzes. Wohl um dies auch jenseits unserer staatlichen Schlagbäume bewußt zu machen, geschah es, daß heute Graf Esterházy aus freien Stücken an die Zusage des Grafen Tißa erinnerte, die Partei der nationalen Arbeit werde in Fällen wie der gegenwärtige zur Wahrung der solidarischen Interessen unseres Landes mit der Regierung stets gern zusammenwirken, und daß der Ministerpräsident dieses Zusammenwirken auch sofort in Anspruch nahm. Der öffentlichen Meinung des Landes wird es zur Beruhigung dienen, daß über alle Zwiespältigkeiten hinweg, die leider in unserem öffentlichen Leben wuchern, der Sinn für die staatsbürgerliche Gemeinbürgschaft noch wach ist und der einheitliche Kräfteeinsatz der Nation auch inmitten des heftigsten Parteienkampfes sich erzielen läßt.

Graf Tißa als Interpellant hat den Nachweis unternommen, und Graf Esterházy hat in Ausführung der gouvernementalen Auffassung unumwunden zugegeben, daß in den beiden Kundgebungen, um die es sich handelt, staatsrechtliche Konfusionen sich finden, die von ungarischer Seite eine kräftige und haarscharfe Berichtigung erfordern. Wir verstehen darunter nicht den Hinweis, der in der Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten auf das Recht der Krone, Frieden zu schließen, enthalten war. Den Umfang der Hoheitsrechte des Kaisers von Oesterreich zu bestimmen, ist nicht Ungarns Sache; eine Aeußerung der österreichischen Regierung aber kann der Frage nach den Grenzen zwischen den Hoheitsrechten des Königs von Ungarn und dem Rechtskreise des ungarischen Reichstages in keiner Weise präjudizieren. Wenn jedoch in Oesterreich halbamtlich betont wird, daß beim Friedensschluß der Wille der Monarchie unter Verantwortlichkeit der „gemeinsamen Regierung" durch den Herrscher zum Ausdruck gebracht werden wird, so ist es mehr als angebracht, zu betonen, daß in dieser Sache nicht die gemeinsame Regierung allein zuständig sein kann, daß es vielmehr, wie Graf Tißa sich ausdrückte, in eminenter Weise Recht und Pflicht auch der ungarischen Regierung ist, an dem Friedenswerk mit dem Einsatze ihres ganzen verfassungsmäßigen Einflusses mitzuwirken und für den Ertrag dieser Mitwirkung die volle verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. Der Ministerpräsident hat nicht gesäumt, dieser Auffassung zuzustimmen. Er erklärte, die ungarische Regierung habe selbstverständlich teil an der Verantwortlichkeit für die Bedingungen, unter denen der Friede geschlossen werden wird, auch werde sie ihren verfassungsmäßigen Einfluß unter allen Umständen ausüben und pflichtgemäß trachten, diesen Einfluß zur Geltung zu bringen. Ein Nebel der Unklarheit lag auch über jenen Wiener Ausführungen, in denen das Recht, das Verhältnis der Nationalitäten auf dem Gebiete der inneren Politik durch das Zusammenwirken von Krone und Parlament zu bestimmen, als ein Recht der Monarchie hingestellt wurde. Dieser Nebel mußte gleichfalls zerstreut werden. Es war nützlich, auszusprechen, damit ein unrichtiger Sprachgebrauch sich nicht als staatsrechtliche Doktrin einniste, daß die Monarchie mit der Nationalitätenpolitik der beiden Staaten, die ihre paritätischen Komponenten bilden, nichts zu tun haben kann. Die Monarchie ist kein Oberstaat, der für sich das Recht in Anspruch nehmen könnte, kraft einer übergeordneten Souveränität auf Angelegenheiten Einfluß zu nehmen, die außerhalb des Bereiches jener Fragen liegen, die laut Verfassung pragmatisch gemeinsam oder aus Gründen der praktischen Zweckmäßigkeit nach übereinstimmenden Grundsätzen zu behandeln sind. Die Nationalitätenfrage ist und bleibt eine innere Angelegenheit des österreichischen und des ungarischen Staates; daß sie das ist, ist niemals strittig gewesen und darf auch für die Zukunft nicht in Frage gestellt werden. In der Wiener Erklärung war es ja wahrscheinlich nicht bös gemeint; keinesfalls wird die Absicht bestanden haben, eine der ausschließlichen Bestimmungsgewalt des ungarischen Staates unterstehende Frage in den Rechts- oder Machtbereich der Monarchie zu überweisen. Aber die österreichischen Antezedentien in dieser Sache mahnen jedenfalls zu einer gewissen Vorsicht. Hat man doch sogar im Kriege publizistische Arbeiten aus der Feder deutsch-österreichischer Parlamentarier zu lesen bekommen, in denen unter den Zukunftsaufgaben, die in der kommenden Friedenszeit zu lösen sein werden, unter anderem die Forderung aufgestellt war, die Nationalitätenpolitik aus dem Kompetenzkreise des ungarischen Reichstages und des österreichischen Reichsrates auszuscheiden und sie der Rechtssphäre einer aus den Delegationen zu entwickelnden gesamtstaatlichen Legislative einzugliedern. Unter solchen Umständen kann es nur als dankenswert begrüßt werden, daß Graf Esterházy von der Ministerbank aus mit aller wünschenswerten Deutlichkeit erklärt hat, die Nationalitätenfrage könne unter keinen Umständen als gemeinsame Angelegenheit gelten, auch habe er bei den Faktoren, mit denen er bisher amtlich in Berührung war, nirgend eine solche Auffassung wahrnehmen können. Der Ministerpräsident fügte noch unter dem Beifall aller Parteien hinzu, daß, falls er je einem derartigen Hange begegnen sollte, er diesen mit der größten Entschiedenheit zurückweisen und mit ihm Abrechnung pflegen würde. Wie man sieht, hat sich auch darin eine restlose Uebereinstimmung zwischen den Anschauungen des Grafen Tißa und der Auffassung des Ministerpräsidenten ergeben. In der Interpellation des Grafen Tißa wurde der Ministerpräsident auch vor die Frage gestellt, ob er für die Zukunft Vorsorge zu treffen gedenkt, daß fortab Erklärungen, die im Namen der Monarchie in Fragen der Auslandspolitik erfolgen, mit seiner vorher eingeholten Zustimmung und einvernehmlich mit ihm abgegeben werden und daß in Aeußerungen der österreichischen, wie auch der gemeinsamen

liche Meinung respektiert das nationale Prinzip, die ganze ungarische öffentliche Meinung wünscht die freie Entwicklung und das Aufblühen der Nationen. Das nationale Prinzip kann aber bei den nationalen Staaten nur dort unbeschränkt zur Geltung kommen, wo die einzelnen Nationen in kompakten Massen innerhalb scharf gezogener ethnographischer Grenzen auf einem zu einer Staatsbildung geeigneten Territorium wohnen."

Ich will die Zeit und Aufmerksamkeit des geehrten Hauses nicht weiter in Anspruch nehmen. Ich glaube, dies ist die authentischeste Interpretation jener Botschaft, welche Interpretation damals das ganze ungarische Abgeordnetenhaus einstimmig zur Kenntnis nahm. Nach all dem beschränke ich mich meinerseits ganz kurz auf die Erklärung, daß ebenso wie die österreichische Regierung in betreff des österreichischen Staates, auch die ungarische Regierung in betreff Ungarns die Verweisung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht in dem von der Entente neuestens propagierten Sinne akzeptieren kann, als ob welche auf Basis der Nationalität oder einer andern Basis konstruierten Gruppe ungarischer Staatsbürger immer unter Auflösung des einheitlich ungarischen Staatsverbandes oder außerhalb des Souveränitäts- und Verfassungskreises des ungarischen Staates besonders über ihr Schicksal verfügen könnte. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Denn seien wir uns klar darüber, was es bedeutet, wenn wir den von der Enente neuestens aufgeworfenen Gedanken akzeptieren. Es bedeutet nichts andres, als daß wir damit die Integrität unsres tausendjährigen historischen Ungarn aufgeben, daß wir die Grundthese unsrer politischen Einheit aufgeben, die einzig und allein die sichere Basis für die Machtstellung der Dynastie und anderseits für die Freiheit und die gesunde Entwicklung sämtlicher Bewohner des Landes ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir würden damit unsern wertvollsten Schatz aufgeben, dessen Verteidigung unter den Zielen unsres Selbstverteidigungskampfes in diesem Weltkrieg an erster Stelle steht, und wir würden das Andenken unsrer Helden verleugnen, die eben zur Erreichung dieses Zieles und zur Verteidigung dieser unsrer Integrität ihr Leben geopfert haben. Ich

§ 14-Verordnungen.

(Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Juli.)

Eine umfangreiche Debatte füllte gestern die Sitzung aus. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Erklärungen, die die Abgeordneten Dobernig und Fink abgaben, die wir an leitender Stelle besprechen. Die Rednerliste enthält die Namen der Abgeordneten Dr. Körner, Dr. Tertil, Pik, Semaka, Dr. Roller, Dr. Grandi und Liebermann.

Nachstehend der Bericht:

Der Polenklub und die Herrenhausdebatte.

Abg. Dr. Tertil (Polenklub) bemerkt, man stehe unter zwei Eindrücken: jenem der Debatte im Herrenhaus und jenem des Gnadenaktes Seiner Majestät. Es hat sich herausgestellt, daß das, was wir allgemein dem Kaiser zuschreiben, das Hochherzige und Großzügige, sich in vollem Maße bewährt hat. (Beifall bei den Polen.) Und wir schulden ihm Dank für diesen Akt, der die Ergebnisse unsrer Verhandlungen berücksichtigt, der bestrebt ist, nach Tunlichkeit das angestiftete Uebel gutzumachen. Wir werden Freudentränen sehen, wenn auch getrübt durch manches, was nicht mehr gutzumachen ist. Wir sind zur Nachahmung der Beispiele aufgefordert worden. Wir sind gern bereit, dieses gute Beispiel zu befolgen; aber jenes Beispiel, das uns gestern hier bei der Kundmachung dieses Aktes gegeben wurde, werden wir nie nachahmen. In unserm Bestreben wird uns kein Intermezzo, wie das im Herrenhaus, stören und hindern. (Beifall bei den Polen.) In dieser Hinsicht spreche Redner auf Grund eines einstimmigen Auftrages des Polenklubs. Wir wünschen, sagt Redner, daß die Herren immer regen Anteil am öffentlichen Leben nehmen, aber wir müssen strengstens darauf bestehen, daß man uns in Ruhe lasse, unsre nützliche Arbeit nicht störe, unsre Angelegenheiten unsrer eigenen Erledigung überlasse. Wir wünschen gar nicht, daß dieser Schwall ein bißchen verspäteter ziemlich deplacierter Eloquenz über die Schwelle jenes Hauses in diesen Saal sich ergieße. Der Berichterstatter im Herrenhaus hat uns zum Vorwurf gemacht, daß wir Polen das freie, geeinte, unabhängige Polen verlangen. Wir schämen uns deswegen nicht. Diese Bestrebungen sind uns durch die Staatsgrundgesetze gewährleistet, und wir haben bis dato nichts unternommen, was eine Kollision zwischen unsre Verlangen und unsern bestehenden Pflichten darstellen würde. (Zustimmung bei den Polen.) Man kommt mit einem abgedroschenen Schlagwort und nennt dort alles Verrat. Wir haben gestern den Amnestieakt gehört: unter unsern Abgeordneten sind keine, die darauf gewartet haben. Aber trotzdem müssen wir eine solche Anschuldigung als etwas Frevelhaftes und Verbrecherisches zurückweisen. (Beifall bei den Polen.) Die Anschuldigungen sind schon durch Polen, die dem Herrenhaus angehören, zurückgewiesen worden. Es sprachen dort auch zwei gewesene Statthalter. Baron Diller ist zu Wort gekommen, das verkörperte Pflichtgefühl und die verkörperte Wahrheitsliebe. Ihm müssen wir zurufen, daß jene Liebe und jene gegenseitige Hochachtung, welche die Bande dem gewesenen Generalstatthalter und der polnischen Nation geknüpft haben, durch dieses mutige Auftreten im richtigen Moment sich nur gestärkt haben. (Beifall bei den Polen.)

Man hat im Herrenhause nur allgemeine Verdächtigungen vorgebracht. Heraus mit Tatsachen! Die Verursachung des Rücktritts des Kabinetts Clam wurde im Herrenhaus ganz einfach Hochverrat genannt. In einer Zeit, wo das Parlament tagt und wir unserm Recht und unserer Pflicht gemäß jene, die den § 14 angewendet haben, wenn auch mittelbar, artig, ohne eine Anklage gegen die Ministerbank, zur Verantwortung ziehen, sagt man uns noch, daß das Hochverrat ist. Freiherr v. Plener sei in polemischer Art gegen ganze Nationen aufgetreten und habe als Berichterstatter das Abgeordnetenhaus beleidigt. Das tun die Berichterstatter im Abgeordnetenhause nicht und das würde auch von den Vorsitzenden hier nicht zugelassen. Im Herrenhause habe der Vorsitzende seines Amtes in ganz entgegengesetzter Weise gewaltet, wie die Affäre Theodorowicz bewies, was die Polen nicht genug beklagen können. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.) Freiherr v. Plener habe den Polen auch wieder die Politik der Konzessionen vorgeworfen. Die Polen verlangen keine Gnade, sie wollen ihr Recht geltend machen, was ihnen auch gebühren würde, wenn sie in der äußersten Opposition verblieben. Die Polen hätten auch erwartet, daß Generaloberst Dankl anders gesprochen hätte. Wenn nicht zwei Drittel, so wären mehr als die Hälfte der Soldaten des Korps des Generaloberſten Dankl Polen. In seiner Abschiedsrede sagte er, daß diese Armee die stolzeste der Habsburger ist. Die Polen haben aufs strengste vermieden, sich in eine Erörterung dieser Angelegenheiten einzulassen, es gehe aber nicht an, durch solche einseitige Erklärungen der Beteiligten die Geschichte im vorhinein zu münzen und in das schmalspurige Geleise der eigenen Verdienste zu leiten.

Redner bringt namens des Polenklubs nachstehende Erklärung vor: Die im Laufe der Budgetdebatte im Herrenhause durch einige Redner und besonders durch den Berichterstatter gegen die Polen vorgebrachten Anschuldigungen weist der Polenklub mit Entrüstung zurück. (Lebhafter Beifall bei den Polen.)

Er begründet sodann die Stellung des Polenklubs zu den in Verhandlung stehenden Anträgen.

Die Erklärung der tschechischen Sozialdemokraten in Stockholm.

Abg. Pik (tschechischer Sozialdemokrat) protestiert gegen den vom Kriegsüberwachungsamt an alle Zensurbehörden ergangenen Auftrag, die von den tschechischen Sozialdemokraten in Stockholm abgegebene Erklärung zu unterdrücken und ihre Verlautbarung auf keinen Fall in den Blättern der Monarchie zuzulassen. Die Erklärung der tschechischen Delegation in Stockholm bewegt sich im Rahmen jener Erklärung, welche der tschechische Verband am 30. Mai im Hause abgegeben hat. Uebrigens sei die Erklärung der tschechischen Sozialdemokraten in Stockholm in reichsdeutschen Blättern veröffentlicht worden. Redner bemerkt sodann, der Arbeiterschaft der Skodawerke und der Staatsbahnwerkstätten in Pilsen wurde auf ihr Gesuch um Regelung ihrer Lohnverhältnisse, damit sie bei der abnormalen Teuerung ihre Existenz fristen könne, mit der Militarisierung geantwortet. Er protestiert dagegen, daß die Militärmacht zur Verfügung des Geldsackes gestellt werde, fordert die Beseitigung der gegen die Arbeiterschaft der Skodawerke und Staatsbahnwerkstätten in Pilsen gerichteten Verfügungen und appelliert an die Staatsverwaltung, sie möge sich der Arbeiterschaft der Skodawerke und der Staatsbahnwerkstätten in Pilsen annehmen, die unter den schwersten Verhältnissen ihre Pflicht für den Staat erfüllt. (Beifall bei den tschechischen Sozialdemokraten.)

Hierauf folgte die bereits im Abendblatte mitgeteilte Erklärung des Deutschen Nationalverbandes durch den Abg. Dobernig.

Die weitere Debatte.

Abg. Ritter v. Semaka (Ukrainischer Verband) fordert die möglichste Wiederherstellung der Freizügigkeit und im Zusammenhang damit die Aufhebung des Paß- und Legitimationszwanges, der sich als ein nicht recht taugliches Mittel gegen Spionage erwiesen habe, und spricht schließlich die Zuversicht aus, daß die Wiedereinführung der Schwurgerichte, zu welchen die gesamte Bevölkerung das größte Vertrauen habe, zusammen mit dem Parlament die besten Grundlagen für eine Konsolidation Oesterreichs bilden werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Ruthenen.)

Abg. Dr. Roller (Deutscher Nationalverband) führt aus, seine Partei werde für die Aufhebung der in Verhandlung stehenden Vorlagen stimmen, jedoch mit der ausdrücklichen Feststellung der Ablehnung der Verantwortlichkeit dafür, wenn durch die Aufhebung dieser Verordnungen und vor Annahme der Regierungsvorlage ein Vakuum in denjenigen Gebieten entsteht, wo die Zivilgerichte nicht funktionieren können, und wenn dieser Stillstand der Rechtspflege zum Schaden und Nachteil der dort ansässigen Bevölkerung ausfallen sollte. Redner erörtert nun in interessanter Weise die Nachteile der Militärjudikatur und fährt dann fort: Ueber den Amnestieerlaß steht es uns nicht zu, uns in irgendeine Kritik zu verbreiten. Es ist ein Recht der Krone, Gnade eintreten zu lassen, wo sonst die Schärfe des Urteils bleiben würde. Nachdem aber das Schriftstück gegengezeichnet ist und auch in andrer Beziehung gewissermaßen ein Programm enthält, muß es doch erlaubt sein, dazu Stellung zu nehmen. Wenn mitten im Kriege, nach dem Sturz einer Regierung, die „Oesterreich" auf ihr Programm geschrieben hat, zu einer Zeit, wo das Herrenhaus mit männlicher Offenheit den Finger auf die offene Wunde gelegt hat, wo hier so maßlose Reden gehalten wurden, die Amnestie erfolgt, müssen wir der Ueberzeugung sein, daß die Krone festes Vertrauen darein hat, daß dieser Erlaß verstanden werden und die beabsichtigten Folgen nach sich ziehen wird.

Es ist schon in der Erklärung unsres verehrten Obmannes, der wir alle zustimmen, gesagt worden; es sind sicher auch Unschuldige und Verführte, die darunter leiden. Tatsache aber ist es, daß nicht nur in Deutschböhmen, sondern vielleicht überall in Oesterreich die allgemeine Auffassung in der Oeffentlichkeit besteht, daß diejenigen, die vor dem Krieg die Zettelungen gemacht haben, jenes Einverständnis mit den bekannten Reichsfeinden, zum großen Teil an diesem Kriege schuld sind, da sie bei den Feinden die Meinung erwecken mußten, daß hier beim ersten Anprall alles auseinandergehen würde.

Wenn die von der Krone sicher erhofften Wirkungen eintreten sollten — die tschechische Presse scheint darauf gestimmt zu sein —, dann würde das deutsche Volk diesen Erlaß einmal segnen; wehe aber, wenn das Gegenteil eintritt, wehe, wenn er statt als Gnade als Schwäche ausgelegt wird! (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Dann wird die Verzweiflung und Empörung des deutschen Volkes auf das höchste steigen.

Die Deutschen in Oesterreich werden sich überlegen müssen, wie sie ihre Politik für die Zukunft einzurichten haben. Der jetzige Zustand, in dem die Deutschen und insbesondere die deutschen Abgeordneten eigentlich die Prügelknaben abzugeben haben, kann entschieden nicht weiter andauern. Wir spannen uns vor den Staatswagen. Die Forderungen, die wir aufstellen, sind nicht unsre Forderungen, es sind Forderungen des Staates. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Daß sie realisiert werden, braucht der Staat zu seinem Bestande. Wenn das, was wir im Namen des Staates wollen, nicht durchgeht, kommt die Bevölkerung zur Ansicht, daß die Deutschen unterlegen sind, obwohl sie hier einer erdrückenden Majorität gegenüberstehen. Diese Stellung ist unhaltbar, namentlich deshalb, weil die Regierung in Angelegenheiten, die eigentlich Staatsnotwendigkeiten sind, die Deutschen in keiner Weise unterstützt. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Es ist daher kein Wunder, wenn sich die Deutschen fragen, ob sie ihre Kräfte in einem Kampfe aufreiben sollen, in dem sie vollständig allein stehen, in dem sie einer ungeheuren Gegnerschaft gegenübergestellt sind und in dem sie von der Regierung nicht im geringsten unterstützt werden. Die Stimmen, und zwar die Stimmen ernster Leute, mehren sich, die dahin gehen: Stellt euch beiseite, wenn die andern den Staat nicht wollen! Wir haben das Bekenntnis zum Staate abgelegt, wir bleiben dabei. Nur wollen wir, daß unsre Kräfte in dem Kampfe nicht zerrüttet werden, sondern daß wir auch Unterstützung finden. (Lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Wir sind der Ansicht, daß vor

Kölnische Zeitung 6./VII. 1917 163

Die slawische Politik in Oesterreich.

✡ **Wien**, 1. Juli. Das Budgetprovisorium, allerdings nicht, wie sonst üblich, für ein halbes Jahr, sondern nur für vier Monate, und nicht als Blankovollmacht, wie sie die Regierung angesucht hatte, sondern nur für einen Höchstbetrag bis zu 6 Milliarden neuer Kredite, ist nun in beiden Häusern des Reichsrates rechtzeitig angenommen worden. Es war eine Schwergeburt, wie selten eine im Reichsrat stattgefunden hat. Der erste Geburtshelfer erwies sich als zu schwach und mußte daher einem zweiten Platz machen, dem indessen die schwierige Arbeit auch nur unter großen Anstrengungen gelang. Die Vorgänge, die sich dabei im Abgeordnetenhaus abgespielt haben, werden nicht so bald vergessen werden und eine starke Nachwirkung haben. Denn alle schlimmen Befürchtungen, die von denen gehegt wurden, die dem Wiederzusammentritt dieses „Volkshauses" mitten in dem aufwühlenden Orkan dieses Weltkrieges abhold waren und deshalb dem vielgeschmähten Grafen Stürgkh seinen Widerstand gegen die Einberufung des Reichsrates nicht zum Vorwurf machten, alle diese Befürchtungen sind eingetroffen, vielleicht noch übertroffen worden. Statt des von den Optimisten erhofften Schauspiels einmütiger Geschlossenheit und freudigen Bekenntnisses zu dem glorreich verteidigten österreichischen Gesamtstaat bot das „Volkshaus" das Bild einer Zerklüftung und eines Widerstrebens ganzer Nationalitäten gegen den Gesamtstaat, wie es düsterer nicht gedacht werden kann. Am tollsten trieben es dabei natürlich wieder die Tschechen. Keiner ihrer Redner fand ein Wort der Verurteilung der zahllosen Hochverrätereien, die Angehörige des tschechischen Volks im Felde vor dem Feinde und daheim begangen haben, und der wegen Hochverrats zum Tode verurteilte, aber bereits zu zwölf Jahren Zuchthaus begnadigte Abgeordnete und panslawistische Hetzapostel Kramarsch wurde von ihnen als nationaler Märtyrer gefeiert und sein Prozeß ganz keck als ein Prozeß gegen das ganze tschechische Volk hingestellt. Die Kühnheit der tschechischen Redner ging sogar so weit, daß sie mit Unterschlagung dieser Hochverrätereien als Anlaß und Ursache die Prozesse und die andern Sicherungs- und Vergeltungsmaßnahmen der Regierung gegen die verdächtigen tschechischen Elemente als Beleidigungen und gewalttätige Quälereien des tschechischen Volkes anschwärzten und die bei dem Tatbestande des erwiesenen oder mit gutem Grunde vermuteten Hochverrates wohl erklärlichen, gewiß bedauerlichen und scharf gerügten Ausschreitungen mancher untergeordneter ziviler und militärischer Organe gegen die Landesverräter maßlos und absichtlich aufbauschten und verallgemeinerten, um dadurch den Anschein einer ungerechten und unwürdigen Behandlung des ganzen tschechischen Volkes in Österreich zu erwecken. Und dabei zeigte sich in diesen tschechischen Reden ein weiteres Wachstum der großtschechischen Pläne. Jetzt begnügen sich die tschechischen Volksbeglücker nicht mehr mit der Forderung der Anerkennung des „böhmischen Staatsrechtes" und der Wiedererrichtung des Königreichs Böhmen mit seinen Nebenländern Mähren und Schlesien, sondern sie verlangen die Vereinigung aller Angehörigen der tschechisch-slowakischen Volksgruppe innerhalb der Donaumonarchie zu einer nationalen Einheit, dehnen also nunmehr ihre separatistischen Ziele über die Grenzen Österreichs auch auf die ungarische Slowakei aus und durchbrechen damit den durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 geschaffenen staatlichen Dualismus. Dabei ist natürlich von einer Anerkennung des Anspruchs der deutschen Bewohner Böhmens, Mährens und Schlesiens auf nationale Selbstbestimmung nicht mehr die Rede. Nicht mit einer Silbe hat irgendein tschechischer Redner auch nur angedeutet, daß er dem deutschen Volk in den sogenannten Ländern der böhmischen Krone ihr nationales Recht wolle zuteil werden lassen. Nicht viel besser zeigte sich der Gesamtstaatsgedanke aufgehoben bei den Südslawen, den Slowenen, Kroaten und Serben. Auch ihre Redner gingen mit Stillschweigen über die zahllosen tückischen Verrätereien namentlich serbischer Volksgenossen hinweg, die den schwer und heldenmütig kämpfenden Heeren der österreichisch-ungarischen Monarchie oft genug Verderben gebracht haben, erhoben dafür um so heftiger Klagen gegen die Maßnahmen, durch die die Zivilverwaltung und die Heeresleitung, gar oft erst nachträglich, wenn die bösen Folgen jedes wohlwollende Vertrauen und alle duldende Nachsicht als verderblich hatten anerkennen lassen, sich gegen weitere Schäden dieses zweideutigen, ja stellenweise offen feindseligen Verhaltens ganzer Gemeinden zu schützen versuchten. Und neben diesen Anklagen einer selbst verschuldeten strengen Behandlung kannten sie nur ein Thema: die Schaffung eines südslawischen Staates aus den von Slowenen, Kroaten und Serben bewohnten Landesteilen der Monarchie, also den österreichischen Provinzen („Kronländer" dürfen sie amtlich nur genannt werden) Südkärnten, Südsteiermark, Krain, Görz und Gradiska, istrisches Küstenland, Dalmatien, den ungarischen Gebieten Kroatien, Slawonien und dem serbischen Kolonialland Südungarns, sowie den Reichslanden, Bosnien und Herzegowina. Auch dieses Programm bricht also, wie man sieht, alle durch den Ausgleich mit Ungarn und die Angliederung der Reichslande errichteten Schranken bedingungslos nieder. Es ist allerdings nicht neuen Datums. Bekanntlich betrieben Serbien und Montenegro schon seit Jahrzehnten teils heimlich, teils offen eine Politik, die die Zusammenschweißung und Losreißung dieser slowenisch-kroatisch-serbischen Landesteile Österreich-Ungarns zum Ziele hatte, und es diente ja als der Schlachtruf, womit Serbien und dann Rußland und der ganze feindliche Verband ihr Banner gegen die Donaumonarchie entrollten. Es war auch bisher schon die Parole der nationalistischen Schwärmer dieser südslawischen Volksgruppen gewesen. Neu an der Sache war nur, daß es nunmehr auch in offener Parlamentssitzung von den anerkannten Parteiführern erhoben wurde, und noch dazu von einem Slowenen, dessen klerikaler Parteiverband bisher in seinen Bekenntnissen von Kudgebungen der Loyalität gegen Habsburg und Österreich überfloß. War man allerdings durch die Vorgeschichte dieser zentrifugalen Bestrebungen in der tschechischen und südslawischen Bevölkerung mehr oder weniger auf solche Ausschweifungen der nationalistischen Idee gefaßt, so bereiteten die Reden, die man von polnischer und ruthenischer Seite zu hören bekam, die schwersten Enttäuschungen. Die Polen Galiziens sind offenbar nur noch von einem einzigen Gedanken beherrscht: Hin zum Königreich Polen! Die Loyalen unter ihnen denken sich dabei dieses natürlich auch um die Polnisch redenden Landesteile Preußens vergrößerte Königreich Polen unter Habsburgs Hegemonie. Die übrigen aber, und das ist die Mehrzahl, will nur das einheitliche, selbstherrliche Polen. Natürlich soll diesem Polen weder das von Ruthenen (oder Ukrainern) bewohnte Ostgalizien, bisher eine schonungslos ausgebeutete Domäne des polnischen Schlachzizentums, noch Litauen und womöglich auch Kurland fehlen. Es soll eben das ganze ehemalige Großpolen werden, allem gepriesenen (aber nur heuchlerisch im Munde geführten) Selbstbestimmungsrechte der Völker zum Trotz. Die Gemütsverfassung des gesamten galizischen Polentums — man lese nur die Reden der polnischen Herrenhäusler, deren einer, der Lemberger Erzbischof Theodorowitsch, sich wegen des Tones seiner ganzen Rede eine scharfe Rüge des Präsidenten zuzog — hat sich schon soweit in dieser Richtung entwickelt, daß es die Befreiung Polens von zarischer Zwingherrschaft heute als das alleinige Verdienst der polnischen Legionen preist, die ungeheure Blutarbeit der deutschen und österreichisch-ungarischen Heere, die diese Befreiung in der Hauptsache vollbracht hat, aber totschweigt, und die vielfachen Hemmungen, die ihr polnische Volksangehörige bereitet haben, teils durch die liederliche Verwaltung, die es in dem ihm zur Selbstverwaltung überlassenen Galizien geführt hat, teils durch eine an passive Resistenz grenzende Lauheit großer Teile der Beamtenschaft und der Bevölkerung, teils durch mehr oder weniger offenen Landesverrat, mit dem Mantel der Liebe zugedeckt, um dadurch gleichfalls, wie die Tschechen und Südslawen, einen scheinbaren Vorwand zu Klagen über ungerechtfertigte harte Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen der Regierung und der Heeresleitung zu gewinnen. Nach der Vorstellung der galizischen Polen hätte Österreich das Werk ihrer Befreiung, zu dem sie in ihrer Masse so wenig beigetragen, dadurch noch vervollkommnen müssen, daß es obendrein noch Galizien an das Königreich Polen hergeschenkt hätte, ohne Sicherheit dafür, daß dieses so vergrößerte polnische Reich sich auch nicht zu Österreichs Widersacher entwickeln werde, und die schon aus dem Fehlschlagen dieser Pläne entstandene Mißstimmung wuchs ins Maßlose, als sich die österreichische Regierung, zum Teil auf Grund der Erfahrungen, die sie im Militärgouvernement Lublin mit der Gesinnung des polnischen Volkes gemacht hatte, dazu entschließen mußte, die anfangs großmütig als Entschädigung für den Verzicht auf die großpolnischen Träume zugesagte Sonderstellung Galiziens innerhalb des österreichischen Staatsverbandes auf Grund eines kaiserlichen Machtspruches wieder abzusagen. So erlebte man es denn, daß der Polenklub, der sich sonst immer mit seiner Loyalität gegen Staat und Krone brüstete, in dieser schweren Kriegszeit sich nicht scheute, der Regierung die Unterstützung, die sie zur Führung eines ordentlichen Staatshaushalts brauchte, zu versagen und dadurch der Welt das Schauspiel eines Staatswesens bot, das nicht einmal im härtesten Daseinskampfe der selbstlosen Hilfe aller seiner Volksteile sicher ist. Etwas weniger unerfreulich war das Verhalten der Ruthenen, die sich jetzt Ukrainer nennen. Bei ihnen ist der Gesamtstaatsgedanke noch rege, weil sie ihn als Schutz gegen polnische Übergriffe und Ausbeutung in Ostgalizien brauchen können. Sie bekämpfen daher die Idee der Sonderstellung Galiziens und noch mehr den Anschluß Galiziens an das zukünftige polnische Reich, verlangen vielmehr für Ostgalizien eine eigne autonome und Staatsverwaltung, um sich national frei entwickeln zu können. Darüber hinaus freilich gehen auch sie schon zur Forderung des Zusammenschlusses aller ruthenischen Volksteile der Donaumonarchie zu einem einheitlichen Gebiete über, d. h. der Vereinigung Galiziens mit der Westbukowina und dem ruthenischen Karpathenlande Nordostungarns, einer Forderung, die wie die entsprechenden Wünsche der Tschechen und Südslawen neuen Stoff zu Konflikten zwischen Österreich und Ungarn erzeugt. Sie drohen aber auch schon mit dem Anschluß an die südrussische ukrainische Bewegung, wenn auch noch in gedämpftem Tone und nur für den Fall, daß sie die ostgalizische Autonomie nicht erlangen sollten. Also auch bei ihnen ist das Bekenntnis zu Österreich und Habsburg nicht mehr ein unbedingtes. Auch sie schielen bereits über die Grenze. Das ist das Ergebnis der ersten Beratungen des mehr als drei Jahre vertagt gewesenen österreichischen Abgeordnetenhauses: kein erhebendes, von Seelenläuterung zeugendes Bekenntnis der nichtdeutschen Nationalitäten zu dem Gesamtstaat Österreich, keine Zurückstellung separatistischer Sonderwünsche, kein Verständnis für die Not und die Bedürfnisse der unter der Kriegslast seufzenden Bevölkerung, sondern immer und immer wieder maßlose Übertreibungen der nationalistischen Sonderbestrebungen, gehässige Verkleinerung der heroischen Leistungen der für den Gesamtstaat kämpfenden und alle Völker daheim schirmenden Heere der Monarchie, Anschwärzung der mit übermenschlicher Anstrengung für das Staatswohl schaffenden Beamtenschaft und des Offizierkorps, kleinliches Jammern über die aus der menschlichen Unvollkommenheit und der Unzulänglichkeit der österreichischen Verwaltung entstandenen Unbilden der Kriegswirtschaft. Was den ungünstigen Eindruck dieser Erörterungen noch vertiefte, war der Umstand, daß die Regierung ebenso wie die deutschnationalen Gruppen des Abgeordnetenhauses in gewiß staatskluger Selbstbeschränkung, um nicht durch schonungslose Enthüllung der die andern Nationalitäten bloßstellenden Vorkommnisse die nationalistische Flut noch höher aufzupeitschen und die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses zu gefährden, auch mit Rücksicht auf das lauernde feindliche Ausland streng vermieden, die Schleier zu lüften und die Heucheleien der Nationalitätenvertreter zu enthüllen. Es mußte ihnen leider überlassen bleiben, im verschwiegenen Schoße der Ausschüsse einiges darüber ans Licht zu bringen. Das hat denn auch der frühere Landesverteidigungsminister v. Georgi im Immunitätsausschuß mutig getan, so mutig, daß die Tschechen darüber ganz aus dem Häuschen gerieten. Eine herzerquickende Gegenäußerung in voller Öffentlichkeit hat erst die auf erfreulich hoher Stufe stehende Budgetverhandlung des Herrenhauses gebracht. Selten hat man die Notwendigkeit eines Oberhauses von abgeklärten, staatsmännisch denkenden und patriotisch fühlenden Männern für Österreich so deutlich empfunden, wie bei dieser Gelegenheit. In dieser ernsten, von wahrem Staatsgeiste durchglühten Aussprache des Herrenhauses kam alles zum Ausdruck, was man im Abgeordnetenhause hatte vermissen müssen, und wenn der österreichische Staatsgedanke im Volkshause als Aschenbrödel in den Winkel gestellt schien, hier feierte er seinen herrlichsten Triumph und beugte seine tschechischen und polnischen Widersacher, die auch hier bereits sich vorwagten, kräftig nieder. Es wird den Nationalitäten wohl scharf in den Ohren gellen, was ihnen hier gesagt worden ist. Ob es aber von dauernder Wirkung sein wird, das zu hoffen werden wohl selbst die größten Optimisten nicht wagen. [Inzwischen ist der Straferlaß des Kaisers erschienen.]

Abgeordnetenhaus.

(15. Sitzung. Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Aufhebung der § 14-Verordnung über die Geschwornen- und die Militärgerichte.

Abg. Udržal (Czeche) als Generalredner kontra führt im Laufe seiner Ausführungen noch aus, wer die Behauptungen über die sogenannten „unverläßlichen Regimenter" kennt, der muß mit offiziellen Nachweisungen kommen, sonst könne man sich mit dieser Materie nicht beschäftigen. Seit dem Briefe Palackys nach Frankfurt war es die czechische Nation, welche die Parole ausgegeben hat: Unsere Parole ist Oesterreich! (Beifall bei den Czechen.) Die Deutschen waren auch für Oesterreich, aber nur unter der Bedingung, daß ihre Hegemonie aufrechterhalten bleibt. Sobald hier solche Verhältnisse eintreten sollten, daß die deutsche Hegemonie der Gleichberechtigung Platz machen müßte, werden die Deutschen sofort ihre Front gegen den Bestand dieses Reiches wenden. Ein so ernster Mann wie Abg. Doberning hat für diesen Fall sogar mit dem Bürgerkrieg gedroht. (Widerspruch bei den Deutschen.) Die Geschäftsordnungsreform ist zwar durch Zutun der Deutschen zustande gekommen, aber nur deshalb, weil die Deutschen mit der Sonderstellung Galiziens gerechnet haben. Sie haben vor der Einberufung des Hauses die Erfüllung der bekannten Voraussetzungen durch Oktrois gefordert.

Redner verweist auf die zu Anfang des Krieges vom deutschen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg abgegebene Erklärung, wonach es sich in diesem Kriege um einen Kampf zwischen der germanischen und slawischen Welt handle, und bemerkt, man möge bedenken, in welchen psychischen Zustand czechische Soldaten versetzt werden, wenn sie solche Erklärungen hören. Als dann unsere Truppen der russischen Uebermacht in den Lemberger Schlachten unterlegen sind, hat man nach dem Prügelknaben gesucht und auf einmal hat es geheißen, daß die czechischen Regimenter nicht verläßlich waren. Redner habe sich an den ehemaligen Minister für Landesverteidigung Freiherrn v. Georgi mit der Bitte um Aufklärungen über die Haltung des Infanterieregimentes Nr. 28 gewendet und von ihm die Auskunft erhalten, nachdem die aktiven Offiziere, die deutsch waren, gefallen waren, haben sich die Reserveoffiziere, deren Nationalität identisch war mit der der Mannschaft, ergeben. Wenn aber bei einer Truppe alle aktiven Offiziere gefallen sind, dann muß diese doch genug hohe Verluste gehabt haben.

Der ehemalige Korpskommandant von Prag G. d. K. Giesl hat in einer offenen Karte davon gesprochen, daß die Prager Truppen wie Löwen kämpfen.

Das Verbrechen, das den Abgeordneten Kramarz, Raschin, Choc und Genossen zum Vorwurf gemacht wurde, bestand in Wirklichkeit darin, daß sie Tag und Nacht darüber nachdachten, wie die ungesunden, unhaltbaren, unmöglichen Verhältnisse, wie die Hegemonie der deutschen Minorität zu beseitigen und dadurch Oesterreich zu retten wäre. Redner werde noch beweisen, daß der Abg. Kramarz unter ganz eigentümlichen Verhältnissen, nämlich wegen seiner Weltanschauung, in Haft gesetzt wurde. Die Prozesse gegen Dr. Kramarz und Genossen waren nicht Prozesse gegen diese einzelnen Personen, sondern gegen die czechische Intelligenz, die Blüte des czechischen Volkes gerichtet. Man wollte dem czechischen Volke seine Seele, seinen Verstand und seine Wohlhabenheit nehmen.

Heute leben wir noch im Kriege, nach demselben wird kein Volk mehr herrschen und keines beherrscht werden. Das ist aber nur dann möglich, wenn alle, die es betrifft, ihre Hegemoniegelüste aufgeben. Zu einem ehrenvollen Frieden, nach dem alle rufen, wird es nur kommen können, wenn vorher ein gerechtes Oesterreich geschaffen wird. Auch die Deutschen werden sich der großen Strömung der Zeit fügen müssen, welche alle nivelliert und auf nationalem Gebiete in Zukunft keine Privilegien mehr dulden wird. (Lebhafter Beifall bei den Czechen.)

Generalredner pro Abg. Schiegl (Sozialdemokrat) führt aus, die bürgerlichen Parteien haben eine schwere Schuld auf sich geladen, da sie nicht gegen die Verfassungsbrüche Stellung nahmen. Nun erwarten alle Völker Oesterreichs mit Recht, daß das Parlament sich stark erweise und daß Recht und Gesetz wieder hergestellt werden. Es war ein grober Mißgriff der Regierung, während der Friedensdebatte, in einer Zeit der Auseinandersetzung über die Verfassung, auf die Kronrechte hinzuweisen. Der Mißgriff war um so gröber, als es der Regierung nicht unbekannt sein konnte, daß die Regierung Clam den Kaiser daran verhinderte, das Verfassungsgelöbnis abzulegen. Formell schließt der Kaiser den Frieden, aber wenn das Parlament sich seiner Pflicht bewußt ist, so wird es gewiß materiell den Friedensakt beeinflussen können. Redner bedauert es, daß in Graz aus unbekannten Gründen das Standrecht verhängt sei, und fordert rascheste Remedur. Zu Besprechung des Amnestieerlasses führt er aus, daß seine Partei mit diesem Erlasse selbstverständlich einverstanden sei, daß er aber ein Ausfluß der Gnade sei und nicht eine Gutmachung des verletzten Rechtes bedeute. (Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Berichterstatter Dr. Ofner begrüßt es mit Genugtuung, daß alle Reden in der abgeführten Debatte trotz der herrschenden Erregung auf einer bemerkenswerten Höhe gestanden seien. Nach einem Rückblick auf die abgeführte Debatte verweist der Berichterstatter darauf, daß selbst die gegenwärtige Regierung die Verantwortung für die in Beratung stehenden Verordnungen nicht tragen wolle. Der Berichterstatter erwartet einen einstimmigen Beschluß des Hauses. Dieser Beschluß wird eine Tat sein, wenn er nicht die augenblickliche Erregung ausdrückt, sondern den bewußten Willen des Parlaments, von seiner bisherigen schwächlichen Haltung abzustehen und seine Rechte zu wahren. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Er beantragt schließlich, die eingebrachten Resolutionen dem Justizausschusse zuzuweisen.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Gemäß den Anträgen des Verfassungsausschusses und des Justizausschusses wird einstimmig beschlossen, den kaiserlichen Verordnungen vom 7. Juli 1915, R. G. Bl. Nr. 189, vom 2. Januar 1916, R. G. Bl. Nr. 6 und vom 27. Dezember 1916, R. G. Bl. Nr. 427, betreffend Einstellung der Geschwornengerichte sowie den kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, betreffend die zeitweilige Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit die Genehmigung zu verweigern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die während der Debatte gestellten Resolutionen werden dem Justizausschusse zugewiesen.

Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes.

Es wird hierauf zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen: Bericht des Sozialversicherungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen über die Unfallversicherung der Arbeiter.

Berichterstatter Dr. v. Licht verweist darauf, der Gesetzentwurf enthalte Vorteile und Begünstigungen, die, wenn das Abgeordnetenhaus seine Pflicht erfüllt hätte, schon im Jahre 1908 oder 1909 der Bevölkerung hätten zugute kommen können. Die Lage der Arbeiterunfallversicherungsanstalt ist gegenwärtig günstig, so daß sie die ihr durch die Novelle auferlegten materiellen Lasten leicht wird tragen können. Sollte eine Erhöhung des Versicherungstarifes notwendig sein, so werden die Unternehmer auch diese Belastung gern übernehmen. (Beifall).

Abg. Gostinčar (Slowene) beginnt seine Rede in slowenischer Sprache. Deutsch fortfahrend, bespricht er die mehrfachen Verbesserungen in der Vorlage zugunsten der Arbeiter, urgiert die Schaffung der Sozialversicherung, deren baldigste Erledigung einem allgemeinen Wunsche der Bevölkerung entspreche, und verlangt die Reform der Arbeiterversicherungen bei Privatunternehmungen.

Abg. Widholz (Sozialdemokrat) erklärt, die Vorlage sei nach einer langen Pause die erste, welche der Arbeiterschaft gilt. Das vorliegende Gesetz bilde nur eine Abschlagszahlung auf die großen Forderungen der Arbeiterschaft. Er urgiert die Schaffung der Invaliden- und Altersversicherung, deren baldige Finalisierung namentlich im Zusammenhange mit der Versorgung der vielen Kriegsinvaliden besondere Bedeutung gewinne. Weiter betont er die Notwendigkeit der sozialen Fürsorge für Frauen und Kinder, für welche zu sorgen das Abgeordnetenhaus die moralische Pflicht habe.

Auf Antrag des Abg. Denk wird die Debatte geschlossen. Zum Generalredner pro wird Abg. Parrer gewählt; als Redner kontra ist nur noch der Abg. Wohlmeyer eingetragen.

Abg. Wohlmeyer (christlichsozial) bespricht in eingehender Weise die Lage des Gewerbestandes, der von den Lasten des Krieges so hart getroffen wurde, daß er, tief geschädigt, selbst aller Unterstützung bedarf. Der Gewerbestand werde durch die Bestimmungen des Gesetzes finanziell getroffen.

Generalredner pro Parrer (christlichsozial) appelliert an das Haus, den vorliegenden Gesetzentwurf einstimmig anzunehmen. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Berichterstatter Dr. v. Licht führt in seinem Schlußwort aus, er bedauere, daß der Koerbersche Entwurf nicht rechtzeitig erledigt wurde. Dann hätten wir ein wirksames Arbeiter- und Unfallversicherungsgesetz wie im Deutschen Reiche und hätten alle jene Begünstigungen, die trotz des Kriegszustandes für die Masse der Bevölkerung und ihre Leistungsfähigkeit dank einer guten Sozialversicherung im Deutschen Reiche eingetreten sind, auch bei uns gehabt. Bei den Milliarden, die im Kriege ausgegeben werden, spielen die wenigen Millionen, die für die Durchführung der Reform der Arbeiterversicherung notwendig sind, gar keine Rolle und der letzte Ort, an dem gespart werden darf, ist der, wo für die Masse der Bevölkerung eine Verbesserung ihrer sozialen Lage herbeizuführen ist. Er bittet das Haus, das Gesetz anzunehmen. (Lebhafter Beifall).

Das Gesetz wird hierauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Anfragen über die Lebensmittelversorgung.

Präsident Dr. Groß teilt mit, daß ihm eine Reihe von dringlichen Anfragen übergeben wurde, für die eine Verhandlung im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung von den Fragestellern vorgeschlagen wird. Es sind dies Fragen über die Einstellung der Requisitionen und Fragen bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, welche die Abgeordneten Glombinski, Sedlak, Dr. Lewicki, Dr. Dulibic, Abram, Jirasek, Brencic, Waldner, Luczi wicz, Demschar, Reger eingebracht haben.

Das Haus beschließt die Verhandlung über diese Anfragen gemäß § 69 der Geschäftsordnung.

Abg. Fürst Lubomirski (Pole) führt aus, daß wenn auch Galizien erst während des Krieges als Speisekammer Oesterreichs entdeckt wurde, so ist diese Speisekammer heute schon vollkommen erschöpft. Die Erlassung eines Requisitionsverbotes und einer Staatshilfe durch Zufuhr von Nahrungsmitteln für die von der wirtschaftlichen Not hart getroffenen Gebiete, ist ein Gebot der Menschlichkeit. Redner beklagt sich über Maßregeln und Verordnungen der Okkupationsbehörden, über die Art der Durchführung der Requisitionen, über die geringen Nahrungsrationen, über die Unterdrückung des polnischen Schulwesens und die Auflösung fast sämtlicher polnischer Volksbildungsvereine. Gegenüber den Ausführungen des Generaloberen Zankl im Herrenhause betont Redner, daß die in Polen einrückende Armee mit der Erinnerung an die antipolnische Ostmarkenpolitik behaftet war. Bei dieser Armee konnte man Mißachtung der polnischen religiösen und nationalen Gefühle beobachten. Er habe sich bei seinen Reisen an der Front und im Okkupationsgebiete bemüht, die Härten des Krieges zu mildern und die Interessen der Kriegführung mit denjenigen der Bevölkerung in Einklang zu bringen, in der festen Ueberzeugung, daß nur auf diese Weise die dynastischen Gefühle bei der Bevölkerung in Galizien und die Sympathien für Oesterreich-Ungarn in den von unseren Truppen besetzten Gebieten gestärkt werden können. Er anerkennt, daß er sowohl bei den österreichisch-ungarischen wie auch bei den reichsdeutschen Behörden immer den freundlichsten Empfang und großes Entgegenkommen gefunden habe, und bemerkt, die verbündeten Truppen hätten am Anfange des Krieges über die polnische Frage eine klare Richtlinie haben müssen. Dies scheine aber nicht der Fall gewesen zu sein. Bei dem bewunderungswürdigen Offensivgeist, der den verbündeten Truppen innewohnt, bleibe es unverständlich, daß sie für die zwingende Notwendigkeit der Lösung der Polenfrage nicht gerüstet waren, da doch der Weg nach Rußland über Polen führt.

Graf Clam-Martinic habe den politischen Mut gehabt, im entscheidenden Moment einzusehen, daß das Regierungssystem, das er übernommen hatte, nicht mehr zu halten war. Seine Pläne, die unmittelbare Inangriffnahme einer Neugestaltung Oesterreichs von oben, waren nicht an der Zeit. Er hat aber gehandelt als Ehrenmann und als guter österreichischer Patriot. Ein Bruch des Solidaritätsprinzips im Polenklub wäre gegen das Interesse der Nation, des Landes und des Staates und es gibt im Polenklub keine Gruppe, die andere als diese Interessen im Auge hätte. Den Vorwurf der parlamentarischen Konzessionspolitik müsse er als Mitglied des Polenklubs auf das entschiedenste zurückweisen. (Zustimmung bei den Polen.) Wenn Freiherr v. Plener von den Forderungen Kenntnis gehabt hätte, welche der Regierung in den Entwirrungsverhandlungen vorgelegen sind, hätte er gegen den Polenklub nicht die Anklage erhoben, dieser wolle wegen neuer Konzessionen dem Staate die Mittel zur Weiterführung des Krieges verweigern. Der Polenklub hat erklärt, er werde, ohne auf sofortiger Erfüllung seiner Forderungen zu bestehen, alle Staatsnotwendigkeiten beschließen, sobald er einer Regierung gegenüberstehen werde, gegen die keine Animosität bestände und die nicht mit den Sünden ihrer Vorgängerin belastet wäre. Diese Sünden bestanden in der Einstellung der Verfassung und Einführung eines Kolonialregierungssystems. Der Polenklub war aufrichtig und hat Wort gehalten. Nach erhaltener moralischer Genugtuung habe er, ohne eine einzige seiner Forderungen erlangt zu haben, für das Budgetprovisorium gestimmt, und er erwartet, daß dem Lande jetzt keine Konzessionen, sondern ohne Verzug Gerechtigkeit zuteil werde. (Lebhafte Zustimmung bei den Polen.)

Es besteht gar kein Grund, daß in Galizien bezüglich des Zivilstatthalters nicht derselbe Rechtszustand Geltung finden sollte wie in Tirol, einem Lande, dem die Polen in dieser schweren Stunde ihre ganze Sympathie entbieten. Redner rühmt die Tapferkeit der polnischen Legionen, er beklagt sich darüber, daß Nichtpolen zu

Frankfurter Zeitung

8./VII. 1917

tung.)

41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 70 ₰ Abendbl. 80 ₰ Reklamen ℳ 2.50, Abendbl. ℳ 3.—, Familienanzeigen 86 mm breit ℳ 1.20. Auf diese Preise 10% Teuerungszuschlag. Platz- und Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. — Anzeigen nehmen an: Unsere Exped. in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 3337, Schillerstr. 20, Mainz: Schillerplatz 3, Berlin: Mauerstr. 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastrasse 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststrasse 7, Zürich: Nordstraße 62. Unsere übrig. Agentur. u. d. Annonc.-Expeditionen.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4130.

Schwankungen der österreich-ungarischen Politik.

Was in den letzten Wochen in den beiden Staaten Oesterreich-Ungarns geschehen ist, hat Europa wieder lebhaft daran erinnert, was man während der dreijährigen Dauer des Weltkrieges, vor allem infolge des Eingreifens Englands fast vergessen hatte, daß dieser Krieg seinen Ursprung an den Toren Oesterreich-Ungarns genommen hat, daß er eigentlich entstanden ist, weil die Machthaber in Rußland und Serbien glaubten, Oesterreich-Ungarn sei ein baufälliges Gebilde, das man auch noch stoßen müsse, weil es doch schon im Fallen sei, und daß es die Erhaltung der Donaumonarchie ist, für welche Mitteleuropa in erster Reihe diesen Krieg führt. Die Vorgänge der letzten Monate haben wieder angemutet, wie so manches, was vor dem Kriege bei den Feinden Oesterreich-Ungarns den Glauben begünstigt hat, das alte Reich werde nur noch durch die ehrwürdige Persönlichkeit des greisen Kaisers Franz Josef zusammengehalten. Seit dem Tode dieses Monarchen sind in beiden Teilen der Monarchie die politischen Elemente in eine immer raschere Bewegung geraten, die aber einstweilen noch nicht ein bestimmtes Ziel erkennen läßt, sondern eher eine gewisse von Einwirkungen des Augenblicks erzeugte Unruhe verrät. In Ungarn ist die Krise, der die Regierung des Grafen Tisza erlegen ist, zwar vorläufig beigelegt. Aber das Kabinett der Sammlung, das wohl das Ziel dieser Krise war, ist nicht erreicht worden. Vielmehr ist die bisherige Regierungspartei, welche die Mehrheit des ungarischen Abgeordnetenhauses bildet, in die Opposition gegangen, die neue Regierung hängt somit vorläufig in der Luft, und es wird ihr bei einer längeren Dauer des Krieges nicht erspart bleiben, das jetzige Abgeordnetenhaus aufzulösen und Neuwahlen vorzunehmen, was dann wiederum zu sehr unerwünschten Wahlkämpfen führen muß. Der Hauptstreitgegenstand dieser Kämpfe wird die Demokratisierung des Wahlrechts sein, wobei es wiederum recht zweifelhaft ist, wieweit die neue, keineswegs in sich geschlossene Regierung imstande sein wird, sich auf ein wirklich demokratisches Wahlrecht zu einigen. Die Nationalitätenfrage, die vor dem Kriege auch die ungarischen Politiker ernstlich beschäftigte und zu welcher der Leiter der vorigen Regierung im Beginn des Krieges in einer den Nationalitäten günstigen Erklärung Stellung genommen hat, ist, wenn man von den Ergebenheitserklärungen rumänisch-ungarländischer Abgeordneter absieht, nicht an die Oberfläche gekommen. Es liegt aber auf der Hand, daß sie sich nach dem Kriege und bei etwaigen Wahlkämpfen auch schon während desselben wieder melden wird, und die kommende Regierung, mag sie von welcher Gruppe immer gebildet werden, muß eine Lösung suchen, ehe eine Demokratisierung des Wahlrechts, selbst wenn sie nur in karg bemessenem Umfange stattfindet, eine Lösung, die mit dem ungarischen Staatsgedanken vereinbar ist, erschwert. Was gegenwärtig diesseits der Leitha geschieht, und das, was dort seit dem Ausgleich mit Ungarn und dem Regiment des Grafen Taaffe geschehen ist und die stetige Steigerung der Schwierigkeiten, die hier das Hinausschieben der Lösung bis zu einer geradezu lebensgefährlichen Höhe mit sich gebracht hat, sollte den leitenden Männern Ungarns als warnendes Beispiel dienen.

In der Tat ist die Krise, von der die österreichische Reichshälfte gegenwärtig durchgeschüttelt wird, weit ernster und heftiger. Müßte man die Festigkeit und Kraft Oesterreichs nach den Reden beurteilen, die im Wiener Abgeordnetenhause von Vertretern der slawischen Parteien gehalten worden sind, und nicht vielmehr nach der Tapferkeit und dem Opfermut der österreichischen und ungarischen Heere, dann hätte allerdings die Entente Grund, sich dem Ziel ihrer Wünsche nahe zu glauben. Mit Rechtsverwahrungen und Erklärungen, welche die Mitarbeit von Bedingungen abhängig machten, begann die Tagung, und die Thronrede, die mit großen Worten verkündete, das Bekenntnis zum Staat könne nicht an Bedingungen geknüpft werden, hat auf Tschechen, Slowenen und Polen so wenig Eindruck gemacht, daß die letzten Aeußerungen des Dr. Stransky ganz offen verkünden konnten, die Tschechen erwarteten die Verwirklichung ihrer Bestrebungen gar nicht mehr von Oesterreich, sondern von den Friedensverhandlungen, was gar nichts anderes heißen soll, als von einem Siege der Feinde Oesterreichs. Das ist die offene Verkündigung des Abfalls von Oesterreich, der unverhüllte Hochverrat, und man weiß, daß es nicht bei Worten allein geblieben ist. Wiewohl auch die slawischen Soldaten in ihrer Mehrheit treu und tapfer ihre Pflicht erfüllt haben, ist doch aus den Mitteilungen des zurückgetretenen Landesverteidigungsministers von Georgi, des Generaloberſten v. Dankl sowie mehrerer Parlamentsmitglieder, aber auch aus zahlreichen Verurteilungen wegen Hochverrats, von denen besonders Tschechen betroffen wur-

Für Wien zum Abholen:
monatlich . . . . . K 2.60.
Mit tägl. Zustellung ins Haus innerhalb der dem I. Bezirke näher gelegenen Stadtteile:
monatl. K 2.70, viertelj. K 7.96.
Oesterr.-Ung. Bosn.-Herceg. Feldpost, täglicher Postversand.
monatl. K 3.20, viertelj. K 9.10,
halbj. K 18.—, ganzj. K 35.80.
Die wöchentliche Postzusendung des Samstagblattes (mit Beilagen)
viertelj. K 2.45, halbj. K 4.75
ganzjährig . . . . . K 9.30
Die zweimal wöchentl. Postzusendung der Samstag- u. Donnerstagausgaben (mit Beilagen)
viertelj. K 3.70, halbj. K 7.15
ganzjährig . . . . . K 13.95
Nach Deutschland:
Tägl. Zusendung monatl. K 4.50
dto. viertelj. K 13.—
Samstagausg. viertelj. K 3.90
Samstag- u. Donnerstag-Ausgabe viertelj. . K 5.90
Für das übrige Ausland:
Tägliche Ausgabe viertelj. K 17.—
Samstagausg. viertelj. K 4.90
Zweimal wöchentliche Ausgabe viertelj. . . . K 7.20

n im Lauslande
band.

63. Jahrgang

Verfalles erhielten, das ihnen die Hoffnung berechtigt scheinen ließ, dieses scheinbar morsche Gebäude gänzlich zum Einsturz bringen zu können. Hunderttausende sind durch die Folgen dieses Treibens um Leben, Gesundheit, Freiheit gebracht, Ströme von Tränen und Blut sind deshalb vergossen worden, eine Flut von Jammer und Not ist seit damals über uns hereingebrochen. Und dennoch — die Gnade löscht diese schwere Schuld aus dem Buche der Vergeltung, sie fordert von uns Oesterreichern, daß wir jene Männer als vollberechtigte Mitbürger in unsere Reihen wieder aufnehmen, sie öffnet ihnen neuerdings die Pforten des Parlaments — all dies von der erhabenen Voraussetzung ausgehend, daß der unerhörte, unerwartete, von höchster Selbstverleugnung zeugende Edelsinn dieser Verfügung die Arme, denen die freie Bewegung wiedergegeben wurde, für immer entwaffnen, daß er sie unfähig machen müsse, sich jemals wieder gegen den Staat, dessen oberster Lenker freiwillig das Richtschwert von sich legte, zu erheben. Nur mehr der Versöhnung, so hofft der milde Richter, werden sich diese Arme entgegenstrecken, nur mehr an der Eintracht der Völker, dieser Grundlage des Staatswohles, zu arbeiten wird ihr Ehrgeiz sein.

Man mag sich zu der Entschließung des jungen Monarchen stellen wie man will: Das Eine wird man unbedingt anerkennen müssen, daß sie nach ihrem Inhalt wie in ihrer Form von einem unendlichen, beneidenswerten Idealismus Zeugnis ablegt. Nur ein Idealist, der von den Menschen und ihrem moralischen Verantwortlichkeitsgefühl die höchste Meinung besitzt, ist imstande, einer edlen Tat die Macht zur Umwandlung von Charakteren und einem Beweis von unerhörtem Vertrauen die Gegenwirkung eines sittlichen Verpflichtungsgefühles zuzumuten.

Aber wir Deutsche, die wir in der ganzen Welt als unpraktische Idealisten bekannt und — verschrien sind oder wenigstens waren, wir, deren Volksstamm trotzdem in Bismarck zwar einen Mann der idealsten Ziele, aber zugleich auch einen unglaublich hellsäugigen Rechner mit Menschen und Verhältnissen hervorgebracht hat, wir vermögen ein Gefühl der Beklommenheit nicht zu unterdrücken, wenn wir erwägen, was alles bei diesem mutigen und alle Bedenken hintansetzenden Bekenntnis zum Idealismus auf dem Spiele steht. Der Abgeordnete Dobernig hat diesen ernsten, von unserer heißen Liebe zum Vaterland und von der Sorge um seinen Bestand vorgezeichneten Standpunkt in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Juli ebenso würdig wie entschieden zum Ausdruck gebracht. „Wir fürchten," so besagte die Erklärung, die er namens des Deutschen Nationalverbandes abgab, „daß die seltene Herzensgüte übel belohnt werden, daß der Staat neuerlich inneren Kämpfen preisgegeben und daß die Versöhnung der Völker erschwert wird, weil Machtgier und Begehrlichkeit sehen, daß ihnen keine Schranken gezogen werden." Und in der Tat, wie ein trauriger Beginn der Erfüllung dieser Prophezeiung mutete es an, als der tschechische Abgeordnete Dr. Stransky am 5. Juli im Verfassungsausschusse ein Einvernehmen mit den Deutschen als der Nation, „die eine bessere Stellung innehat", rundweg

Idealismus.

Von **Dr. Wolfgang Madjera.**

Man hatte sich in diesem Kriege allgemach daran gewöhnt, nur mehr Gewalt, kalte Berechnung und rücksichtslose Härte als die treibenden und entscheidenden Mächte zu betrachten, von denen die Völkerschicksale gelenkt werden. Man glaubte, daß nur eiserne Hände stark genug seien, den andringenden Stürmen der Bosheit und des unersättlichen Hasses zu wehren, und daß nur eiserne Herzen den furchtbaren Erregungen der Zeit ungebrochen standzuhalten vermöchten. Ja, man hatte sich selbst in diesen Jahren, da ungeheure Anforderungen und Bitternisse einander drängten, dazu erziehen wollen, weniger weich zu sein und die Seele zu stählen, um nicht unter dem ehernen Gehämmer des furchtbaren Weltgeschehens zermalmt zu werden.

Aber siehe! Da vollzog sich plötzlich ein Ereignis, das unseren staunenden Blick wie ein Strahl aus einer Region berührte, an welche die schmutzigen, schäumenden Wogen gemeiner Niedertracht nicht heranreichen, aus einer Region, von der aus gesehen auch Verbrecher nur als irrende Menschen erscheinen, aus einer Region, in der der Glaube an die unbedingte Allmacht der Liebe waltet und wo man in dem unerschütterlichen Vertrauen lebt, daß kein noch so verstocktes Gemüt ihr zu widerstehen vermöge.

Der Amnestie-Erlaß des Kaisers setzte mit einem Federstrich eine Schar von Menschen, die Jahre und Jahrzehnte schwerer Kerkerhaft vor sich hatten, in Freiheit, gab ihnen ihre bürgerliche Ehre wieder, beschenkte sie neu mit den verlorenen bürgerlichen Rechten. Menschen waren es, die sich zum Teil schon, bevor sie der Arm des Gerichtes erreichte, am Staate und am Wohlergehen seiner Völker schwer versündigt hatten, denen die Schuld auflastete, die Volksvertretung durch Jahre an gedeihlicher Arbeit verhindert und ihre Beratungsstätte zum Schauplatz entwürdigender Auftritte gemacht zu haben, und auf deren Tätigkeit es großenteils zurückzuführen ist, daß Oesterreichs Feinde von diesem Reich ein Bild der Schwäche und des

170

8./VII. 1917

wäre es vorteilhaft, die Lebensmittel bei den Besitzern zu belassen, welche sie sachgemäß aufbewahren würden, und die sichergestellten Vorräte rechtzeitig, gerecht und gleichmäßig zu verteilen. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen schildert Redner die Ernährungsverhältnisse in der Steiermark, unterstützt die Wünsche des Gastgewerbes und die Forderung nach besserer Kohlenversorgung der Steiermark. (Beifall).

Minister Generalmajor Höfer will dem Hause ein kurzes Exposé über das Gebiet der Volksernährung unterbreiten und bei dieser Gelegenheit nach Möglichkeit alle jene Fragen berühren, die von den Vorrednern zur Sprache gebracht wurden.

Oesterreich ist in normalen Zeiten ein Bedarfsgebiet. Es produziert nicht so viel, als sein Bedarf beträgt. Nun ist der Bedarf natürlich durch die Anforderungen des Krieges gestiegen, die Produktion aber ist infolge des abnehmenden Ernteertrages und des Wegfalles eines unserer reichsten Produktionsgebiete, der Bukowina und Ostgaliziens, zurückgegangen. Verschärft wurde die Situation dadurch, daß wir im Vorjahre nicht nur eine schlechte Ernte an Brotgetreide, sondern auch an Kartoffeln hatten und daß auch die Maisernte, die uns immerhin eine große Erleichterung hätte bieten können, eine schlechte war. Auf Grund der vorjährigen Ernteergebnisse haben wir, wenn wir die normale Kopfquote der Berechnung zugrunde legen, ein Manko von zirka 5½ Millionen Meterzentner Brotgetreide.

Bei seiner Amtsübernahme im Januar dieses Jahres fand der Minister folgende Situation vor: Jene Inlandvorräte, die man von den Großbetrieben rasch erfassen konnte, waren zum großen Teil aufgezehrt und die Vorräte bestanden eigentlich nur aus einzelnen zersplitterten Mengen, die man förmlich kiloweise von den Produzenten hereinholen mußte. Nun handelte es sich darum, über die kritische Zeit hinwegzukommen, bis die rumänische Einfuhr einsetzte, von der zu jener Zeit noch keine Rede sein konnte. Um über die Monate Januar, Februar, März und April hinwegzukommen, war es notwendig, die Vorräte, die noch im Inlande steckten, auf das äußerste herauszupressen, und da haben die mit Recht so unangenehm empfundenen Requisitionen eingesetzt, welche uns damals bis zum Einsetzen der rumänischen Einfuhr eigentlich über Wasser gehalten haben. Wir mußten weiter Maßnahmen treffen, um in dieser kritischen Zeit Hilfe von außen zu bekommen. Das Deutsche Reich und Ungarn haben uns geholfen.

Ungarn hilft uns bezüglich des Brotgetreides insoweit, daß es den ganzen Heeresbedarf, also auch die Quote, die Oesterreich zu leisten hätte, auf sich genommen hat. Außerdem hat uns Ungarn direkte Hilfe geleistet, indem es uns in den Monaten März und April zirka anderthalbtausend Waggons Mais zur Verfügung stellte, der zum größten Teil in die Südgebiete, nach Dalmatien und in das Küstenland abgesendet wurde. Im April begann der Zuschub aus Rumänien. Aus Rumänien haben wir bisher 54.000 Waggons bekommen, wovon die Hälfte, 27.000 Waggons, an das Heer, die Hälfte für das Hinterland Oesterreichs zur Verfügung stand. Der Zuschub fließt fort. Er wird, wie ich glaube, in der nächsten Zeit, etwas nachlassen, weil jetzt alle Kräfte in Rumänien zum Einbringen der neuen Ernte verwendet werden. Wir hatten also ein Manko von rund 5½ Millionen Meterzentner, haben die Hälfte bekommen, haben also eigentlich das Manko aus der rumänischen Einfuhr nicht gedeckt. Es war daher, so schwer man sich dazu entschloß, notwendig, die Quoten noch zu kürzen, um es nicht darauf ankommen zu lassen, daß wir dann plötzlich mit viel radikaleren Kürzungen vorgehen mußten.

Die Ueberschüsse aus Polen und Serbien gehen direkt an die Armee. Es wäre ja schließlich unpraktisch, aus Polen das Getreide herauszuziehen und dann um so viel mehr der Armee aus dem Hinterlande wieder zuzuführen. Dadurch wird das Hinterland indirekt entlastet.

Ein Vergleich mit der Situation des Vorjahres ergibt, daß die Lage im Vorjahre ungleich günstiger war. Wir hatten im vorigen Jahre schon im Dezember rumänische Einfuhr bekommen, die Monarchie hat von dort zirka 10 Millionen Meterzentner herausgezogen. Heuer ist es bisher ungefähr die Hälfte. Das erklärt die jetzige äußerst schwierige Brot- und Mehlsituation. Wir hoffen aber, daß wir jetzt schon über den Berg sind und daß wir durch Erfassen der neuen Ernte, insbesonders durch Organisierung des Frühdrusches in der Lage sein werden, die Mehlsituation auch dann aufrechtzuerhalten, wenn die rumänische Einfuhr vielleicht nachlassen sollte.

Was die Requisitionen betrifft, steht die Regierung auf dem Standpunkte, daß nicht die Gewalt und Brutalität das Richtige ist (Zustimmung), um aus den pflichttreuen Bürgern das herauszubekommen, was das Land, was der Staat braucht. (Beifall und Händeklatschen.) Bei unserer braven Bevölkerung ist mit Wohlwollen, mit Belehrung viel mehr auszurichten als mit Gewalt. (Lebhafter Beifall.) Die Schärfe und Härte soll nur gegen den einsetzen, der seinen Pflichten nicht nachkommt, denn er begeht dadurch ein Verbrechen an seinen Mitbürgern. Zur entsprechenden Erfassung der Ernte haben wir folgendes verfügt und streben folgendes — ich möchte es einen Idealzustand nennen — an: Jeder Landwirt bekommt durch ein Formular vorgeschrieben: Soviel ist dein Bedarf für dich, deine Familie und dein Vieh, dann für die Saat und soviel hast du abzugeben. Wenn man das rein durchführen könnte — und das streben wir mit allem Nachdruck an — so wären Requisitionen gar nicht notwendig, sie wären nur bei demjenigen nötig, der seiner Ablieferungspflicht nicht Folge leistet. Die Grundlage für alle diese Vorschreibungen ist natürlich eine eingehende Statistik, welche sich, soweit sie bis jetzt durchgeführt wurde, auf den Anbau bezog. Die Statistik wird durch Schätzungen bezüglich der Ernte und durch Druschproben ergänzt, die dann eine reelle Basis geben sollen. Es sind in jeder Gemeinde sogenannte Erntekommissionen und es sind Stellen geschaffen worden, die alle diese schwierigen Fragen lösen sollen.

Der Krieg hat gezeigt, daß die Unterorganisation bei uns den hohen Anforderungen des Krieges nicht nachzukommen vermag. Mangel an Personal und Ueberbürdung mit allen möglichen Arbeiten, die der Krieg ja erfordert, sind das Typische bei unseren unteren Instanzen. Man muß daher diese etwas stützen und ihnen einen gewissen Unterbau geben. Das hat das Amt für Volksernährung bewogen, die sogenannten Wirtschaftsämter und Wirtschaftsräte zu errichten, die in einigen Kronländern schon sehr befriedigend funktionieren, in einigen Kronländern jedoch noch zu wünschen übrig lassen. Wir geben nun Nachdruck, wo wir können, um diese Organisation durchzuführen. Das Wesen dieser Organisation basiert auf dem Grundsatze, daß man nicht bei verschlossenen Türen am grünen Tische arbeiten, sondern daß frische Luft in alle Bureaux hineinwehen soll (Beifall), und daß man die Kräfte, die in unseren vielen Organisationen, in der Bevölkerung selbst schlummern, vereinigt und mit dem Staat zu gedeihlicher Arbeit gewissermaßen zusammenschweißt.

Abg. Wohlmeyer: Und landwirtschaftliche Fachmänner dazu beizieht!

Minister Generalmajor Höfer: Gewiß, das hat eben zur Organisation der Wirtschaftsämter und Wirtschaftsräte geführt. Bei jeder Landesstelle, in jedem Bezirke und in jeder Gemeinde besteht jetzt ein Wirtschaftsamt — das ist gewissermaßen der Beamtenapparat — und dazu ein Wirtschaftsrat, in den alle die Organisationen und speziell auch die arme Bevölkerung — die soll auch mitarbeiten und sehen, wie es eben da zugeht — ihre Vertreter zu entsenden haben. Wir haben in dem Erlasse ausdrücklich betont, daß der Vertretung der Arbeiterschaft und auch der Landwirtschaft ein ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Bezüglich der Requisitionen möchte sich der Minister nur eine Bitte erlauben. Er sei außerordentlich dankbar, wenn er von Uebergriffen, Mißgriffen usw. konkrete Fälle erfahre, denn nur dann sei das Volksernährungsamt in der Lage, sofort einzuschreiten und abzuhelfen. Wir wollen absolut nichts beschönigen; dort, wo ein Mißgriff vorgekommen ist, soll auch die Strafe auf dem Fuße folgen. (Beifall.) Bezüglich der militärischen Requisitionen, über die auch vielfach geklagt werde, stehe das Volksernährungsamt mit dem Armeeoberkommando in sehr regem Verkehr und sei speziell in Galizien daran, den Armeebereich, wo er bisher gewissermaßen in Militärverwaltung war, in die Zivilverwaltung und in den Zivilbetrieb zu übernehmen (Zustimmung), so daß nur ein schmaler Streifen hinter der Front der militärischen Bewirtschaftung verbleibt. Wir hoffen, daß dadurch den Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Das Haus möge überzeugt sein, daß sich die leitenden militärischen Stellen mit allem Eifer bemühen, Uebelstände abzustellen.

Im Januar, als die Situation bezüglich des Brotes und Mehles kritisch und auch schon nur wenig an Kartoffeln vorhanden war, mußten wir daran denken, der Bevölkerung, insbesondere der notleidenden minderbemittelten Bevölkerung, eine andere Nahrung zuzuführen. Das einzige, worauf wir zu dieser Zeit greifen konnten, war das Fleisch, und es hat sich nun darum gehandelt, rasch Fleisch in erhöhtem Maße aufzubringen und es der notleidenden Bevölkerung zuzuführen. Das war der Grund der sogenannten Fleischhilfsaktion, die eigentlich ihren Namen nicht ganz verdient, weil sie sich ja nicht ausschließlich auf Fleisch beschränken soll. Natürlich war mit dieser Fleischhilfsaktion ein Eingriff in die Viehbestände notwendig. Man war sich dessen bewußt, daß da die Landwirtschaft zu großen Opfern herhalten muß. Diese Fleischhilfsaktion konnte sich natürlich nicht in ungemessenen Quantitäten bewegen. Man hätte ja sehr gern jedem Armen täglich ein Stück Fleisch zugewendet, aber das hätte unseren Viehbeständen dauernden Schaden zugefügt.

Es ist klar, daß diese Hilfsaktion sich nicht auf das Fleisch allein beschränken darf, denn wir könnten auf die Dauer in diesem Tempo nicht weitergehen. Sie muß sich auch auf andere Artikel erstrecken, die wir gerade in dem jeweiligen Augenblicke zur Verfügung haben. Bezüglich des Fleisches werden wir jetzt langsam abbauen müssen (Zustimmung), um, wenn uns die Vorräte der neuen Ernte zur Verfügung stehen, auf andere Artikel zu greifen. Die dieser Aktion gewidmeten 300 Millionen Kronen werden quartalweise an die einzelnen Kronländer derart verteilt, daß wir im ersten Quartal, das im April begonnen hat, und im zweiten Quartal, nämlich in den Monaten Juli, August und September, also in der kritischen Zeit, hohe Beträge hinausgeben, im ganzen 90 Millionen Kronen in jedem Quartal, im nächsten Quartal, das in die günstige Zeit nach der Ernte fällt, wo wir Kartoffeln haben werden, geben wir nur 30 Millionen Kronen, um die übrigen 90 Millionen Kronen für das letzte Quartal, wo die Not wieder eine größere ist, aufzusparen.

Besonders erschwert wird unsere Situation jetzt auch durch den gänzlichen Mangel an Kartoffeln. Es ist zweifellos, daß die bisherige Bewirtschaftung der Kartoffeln nicht den Anforderungen entsprochen hat. (Zustimmung.) Es sind Kartoffeln vielfach zugrunde gegangen. (Rufe: So ist es!) Wir werden uns bemühen, die schlechten Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, möglichst zu verwerten und für die neue Ernte ein besseres Kartoffelregime einzuführen. (Beifall.)

Eine große Gefahr bestand heuer darin, daß infolge der schlechten Kartoffelernte überhaupt und dadurch, daß in dieser Not auch auf das Saatgut gegriffen wurde, um den Industriegebieten Nahrung zuführen zu können — eine Maßnahme, die natürlich nicht in unseren Intentionen lag, aber durch die Not diktiert wurde — der Anbau an Kartoffeln noch zurückgehen und die kommende Ernte dann eine noch schlechtere sein wird. Um daher den Anbau möglichst zu fördern, haben wir die sogenannten Anbauverträge propagiert; natürlich mußte man die Quantitäten, welche in diesen Verträgen von einzelnen Konsumgebieten mit Produzenten abgeschlossen wurden, begrenzen. Es wurde das Quantum mit 60 Kilogramm per Jahr berechnet. Damit ist aber durchaus nicht gesagt, daß das die Kopfquote ist. Die Kopfquote wird so sein, wie es die Ernte ermöglicht. Die Kartoffeln werden gleichmäßig rationiert werden, und es wird jeder eine Kopfquote bekommen, ähnlich wie bei Brot und Mehl, nach den vorhandenen Quantitäten. Durch die Anbauverträge sind tatsächlich bedeutend mehr Flächen bebaut worden, als ursprünglich beabsichtigt war. Ein Fehler war es, daß der Kartoffelpreis viel zu niedrig war. (Zustimmung.) Die Kartoffelpreise wurden auf 15 bis 17 H. erhöht, welche Preise die Vertreter der Landwirtschaft, die an den Beratungen teilgenommen haben, für angemessen gefunden haben.

Wir hoffen also, daß die Kartoffelwirtschaft in der jetzigen Kampagne eine bessere sein wird. Ich bitte aber, nicht zu vergessen, daß die Kartoffeln ein äußerst schwer zu bewirtschaftender Artikel sind. Die Ernte ist im Oktober, im November kommen schon die Fröste, und man muß in der kurzen Spanne Zeit ungeheure Quantitäten transportieren. Das Transportwesen ist auf dem Gebiete der Ernährung von der allergrößten Bedeutung, und es wurde daher im Amte für Volksernährung sofort ein Transportdepartement errichtet, für welches die Militärverwaltung Fachleute, die schon mit dem Militärtransportdienst vertraut sind, zur Verfügung gestellt hat. Wir hoffen, daß wir es mit Hilfe dieser Transportstelle im Einvernehmen mit der Militärverwaltung erreichen werden, daß die Approvisionierungs-Transporte exakt laufen und daß nicht Transportstockungen, wie sie jetzt allzu häufig vorkommen, die Ernährung erschweren. (Lebhafter Beifall.)

Oesterreichischer Reichsrat.

Beendigung der Ernährungsdebatte.

Wien, 7. Juli.

Den ganzen heutigen Sitzungstag hat das Abgeordnetenhaus der wichtigen Ernährungsfrage gewidmet. Eine Fülle von Wünschen und Beschwerden wurde vorgebracht, die zu prüfen Aufgabe der Behörden sein wird. Im Mittelpunkt der Debatte standen die Erklärungen des Ministers Generalmajors Höfer, der heute zum erstenmal Gelegenheit fand, sein Ressort im Hause zu vertreten. Wir besprechen seine Ausführungen an anderer Stelle. Mehrere Redner konstatierten, daß die Rede wegen ihres Freimutes und ihres ungezwungenen Tones gut gewirkt habe. Als der Minister versicherte, daß das Amt für Volksernährung nicht bei verschlossenen Türen arbeite, damit frische Luft in alle Bureaux hineinwehe; daß man dort nicht kalte Verstandesarbeit leiste, sondern mit vollem Herzen bei der Sache sei; daß jeder Zutritt habe, ob arm oder reich, ob dieser oder jener Partei zugehörig, ertönte lebhafter Beifall.

Die Mehrzahl der Redner schilderte die Verhältnisse in ihren Kronländern, Abgeordneter Demschar jene in Krain, Abgeordneter Held jene in Steiermark, Abgeordneter Riedrist in Tirol, Hrasky in Böhmen, Ritter v. Moraczewski und Dr. Matakiewicz in Galizien, Abgeordneter List und Kittinger in Niederösterreich, Abgeordneter Eisterer in Oberösterreich. Diese Redner vertraten zunächst die Interessen der Landwirte und wandten sich hiebei insbesondere gegen die Requisitionen. Die Konsumenten der Städte vertraten die Abgeordneten Dr. Wichtl und Dr. Renner. Dr. Wichtl besprach das Steigen der Fleischpreise in Wien und kritisierte die Tätigkeit der Zentralen. Dr. Renner zeigte, wie Wien und Niederösterreich im Frieden von Ungarn verproviantiert worden waren und wie dann im Kriege durch die Sperre der ungarischen Grenzen, durch die hiedurch nötig gewordene Umlegung aller Verkehrswege und durch die Selbständigkeit des ungarischen Ernährungsplanes eine rationelle Ernährungspolitik vielfach unterbunden war.

Von den Abgeordneten Reger und Dr. Witt wurden die Ereignisse in Witkowitz und deren Uebergreifen auf das ganze Mährisch-Ostrauer sowie schlesische Industriegebiet und über die österreichische Grenze hinaus besprochen. Abgeordneter Reger verlangte, daß man den Bergarbeitern das Vereins-, Organisations- und Koalitionsrecht zurückgebe, Dr. Witt empfahl für die Verpflegung der Arbeiter in derselben Weise zu sorgen wie für das Militär.

Die Ernährungsdebatte ist heute beendigt worden. In seiner nächsten Sitzung am Dienstag wird das Haus das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz beraten.

Abgeordnetenhaus.

(16. Sitzung. Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Dringliche Anfragen in Ernährungsangelegenheiten.

Bei Fortsetzung der Debatte über die Anfragen in Ernährungsangelegenheiten teilt Präsident Dr. Groß mit, daß weitere Anfragen von den Abgeordneten De Carli und Doktor v. Langenhan eingebracht wurden.

Abg. Demschar (Slowene) klagt in dem deutschen Teile seiner Rede über die große Belastung der Bevölkerung Krains durch die militärischen Requisitionen.

Es sprechen dann die Abgeordneten Reger und Dr. Witt über die Vorgänge im Mährisch-Ostrauer Revier. Wir veröffentlichen ihre Ausführungen an anderer Stelle.

Abg. Kalina (Czeche) hält eine Rede in czechischer Sprache.

Abg. Held (Deutscher Nationalverband) führt aus, das völkerrechtswidrige Vorgehen Englands, welches dahin zielt, uns auszuhungern, wird keinen Erfolg haben. Wir haben Erfahrungen gemacht, die es uns ermöglichen, durchzuhalten. Redner bespricht in eingehender Weise die Aufgaben, welche die Verwaltung auf dem Gebiete der Lebensmittelfürsorge zu erfüllen hatte und verweist auf einzelne in dieser Richtung geschehene Versäumnisse. Insbesondere hebt er die Notwendigkeit hervor, eine mehrfache Deckung durch Lebensmittel, den Kettenhandel und das Hamstern zu verhindern. Was die Verwahrung der Lebensmittel anlangt,

Schwierig waren auch die Verhältnisse hezüglich [illegible] die Zufuhr mit der Straßenbahn, die § 14-Gere-

Jahre 1915 hervor, worin es heißt: [illegible] gesamten czechischen Volkes für Rußland gehen, beweise die Tatsache, daß in vielen Ortschaften und Dörfern die Einwohner in Erwartung der Ankunft der Russen schon jetzt verschiedene Lebensmittel in die Erde vergraben. (Lebhafte Hört! Hört! Rufe.) Die Aufregung über den Amnestieerlaß sei eine außerordentliche starke nicht nur in Deutschböhmen, sondern überall dort, wo Deutsche wohnen. Der Erlaß habe in dem Redner die Erinnerung an die Sage vom eisernen Landgrafen von Thüringen wachgerufen. Ich erlaube mir, schließt Redner, an unseren liebenswürdigen, jugendfrischen Kaiser das Mahnwort des deutschen Volkes zu richten: Du junger Landgraf von Tirol, du Herzog von Schlesien, du Erzherzog von Niederösterreich, du König von Ungarn, du Kaiser von Oesterreich, Karl I., werde hart! (Bravo! Bravo! Widerspruch und Zwischenrufe.)

Abg. Dr. Renner (Sozialdemokrat) findet die allgemeinen Klagen über die wirtschaftlichen Verwüstungen, von denen nur die Kriegsgewinner ausgenommen sind, vollauf berechtigt. Aber mögen die Klagen der Landwirte noch so gerechtfertigt sein, sie reichen lange nicht heran an das Maß der Leiden des arbeitenden Volkes in den Städten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Leben der industriellen Arbeiterschaft ist unleidlich geworden, aber sie trägt es und es gibt nichts in der Welt, was diesem Schauspiel namenloser Geduld gleichkommt. Die Landwirtschaft wird noch mehr Opfer bringen müssen, um dem gleich zu sein, was die anderen leiden. Man hatte nicht den Mut, sofort strenge zuzugreifen. Erst wollte man die Portionen der Selbstversorger nicht ein bißchen reduzieren, jeder Bauernhof erschien als ein unbetretbares Heiligtum (Widerspruch bei den Agrariern), Vorratserhebungen erschienen als Eingriffe des Selbstwirtschafters, und im Frühjahr mußten sie selbst zustimmen, daß die militärische Requisition eintritt, die sie sich hätten ersparen können, wenn sie von Anfang der Ernte an das strengste Regime hätten gelten lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch bei den Agrariern.) Die städtische Bevölkerung würde sehr gerne auf dem Lande acht Stunden arbeiten, statt acht Stunden auf dem Pflaster zu stehen, um auf 6 Dekagramm Fett zu warten, die sie dann erst nicht bekommt. In eingehender Weise erörtert Redner die Abhängigkeit Wiens und der einzelnen Kronländer in der Ernährungsfrage von Ungarn, die Unzulänglichkeit der Verkehrswege und Verkehrsmittel und die Mißgriffe in der Organisation des Ernährungswesens. Wir werden einen Wirtschaftsplan machen müssen, der uns das Auskommen halbwegs ermöglicht. Dieser Wirtschaftsplan muß dann ohne Erbarmen und ohne Ausnahme durchgeführt werden. Wie sollen wir aber leben, wenn keine Erwerbsgruppe für die andere die volle Verantwortlichkeit fühlt, und wenn jeder, der geben soll, vor allem nicht auf die Not des anderen sieht, sondern auf das klingende Geld, das er bekommen soll? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Widerspruch bei den Agrariern.) Nichts wäre mir lieber, als wenn meine Sorge hinfällig wäre. Ich fürchte aber, sie ist es nicht. Leben müssen wir vor allem anderen, erst leben, alle leben, wenigstens zur Not, und dann verdienen. (Zwischenrufe bei den Agrariern.) Es tut mir leid, daß diese Mahnung auf Widerspruch stößt, ich hoffe, Sie haben diesen Widerspruch niemals zu bedauern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hrasky (Czeche) erklärt im deutschen Teile seiner Rede, daß die Erklärung des Volksernährungsministers durch ihre Aufrichtigkeit und Ungezwungenheit sehr gut gewirkt habe, daß sie aber den Eindruck hervorrufe, als ob die Bevölkerung sich auch noch weiterhin auf Entbehrungen vorzubereiten habe. Man könne es nur bestätigen, daß die Organisation des Ernährungsamtes auf große Schwierigkeiten stoße.

Bei Besprechung der Kohlenfrage verlangt Redner von der Regierung Aufklärungen darüber, warum sie sich zur Ueberlandsausfuhr der Kohlen in so großen Mengen verpflichtet habe, ohne zu bedenken, daß hiedurch der heimische Bedarf auf das schwerste leiden muß.

Abg. Ritter v. Moraczewski (Pole) legt dar, daß nur unvernünftige Maßnahmen die heutige Lage verschuldet haben. In Polen beispielsweise wurden die Lebensmittel zum größten Teile an Spekulanten verkauft, die sie ins Ausland brachten oder an Ort und Stelle zu fünf- oder sechsfachem Preise verkauften. In Wolhynien sind ganze große Gebiete unbebaut und gleichen einer Steppe. In Galizien schleppte man Leute auf die Gründe des Großgrundbesitzes, denen man 80 H. bis 1 K. 20 H. bezahlte. Die politischen Folgen haben sich bereits gezeigt. Die Polen haben mit der Politik, die sie seit 1867 befolgten, gebrochen, sie stehen auf dem Standpunkt, daß sie nun auf eigenen Füßen in Oesterreich und Europa zu marschieren haben. Möge bald die Zeit kommen, wo die Polen das, wofür sie 150 Jahre lang geblutet haben, erobern werden. (Beifall bei den Polen.)

Abg. List (christlichsozial) erörtert die Requisitionen in Niederösterreich und vergleicht die Produktionskosten, die in Ungarn geringer sind als in Oesterreich, und trotzdem werden den Ungarn für ihre landwirtschaftlichen Produkte höhere Preise zugestanden. Zu diesem Uebelstande kommen noch die vielen Zentralen. Die Zentralen sind zu Judenversorgungsanstalten geworden.

Abg. Dr. Matakiewicz (Pole) klagt über die Viehrequisitionen im Tarnower Bezirke und verlangt den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften in Galizien.

Abg. Eisterer (christlichsozial) bespricht in eingehender Weise die Lage der Landwirtschaft in Oberösterreich.

Abg. Kittinger (deutschnational) spricht sich für die Zuweisung von Einsiedezucker an kleine Betriebe und Haushaltungen aus und verlangt die Sicherstellung der zur Lebenshaltung notwendigen Kohlenmengen für den Winter.

Die Rednerliste ist hiemit erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag, 10. d., 11 Uhr vormittags.

Tagesordnung: 1. Ausschußbericht über das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz; 2. eventueller Bericht des Staatsangestelltenausschusses über die Lehrerdienstpragmatik.